

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv
von Wolfgang Benz

Band 5

R. Oldenbourg Verlag München 1987

Ludwig Bergsträsser

Befreiung, Besatzung, Neubeginn

Tagebuch des
Darmstädter Regierungspräsidenten
1945–1948

Herausgegeben von
Walter Mühlhausen

R. Oldenbourg Verlag München 1987

Gedruckt mit Unterstützung des Landes Hessen

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bergsträsser, Ludwig
Befreiung, Besatzung, Neubeginn: Tagebuch d. Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948 / Ludwig Bergsträsser. Hrsg. von Walter Mühlhausen. – München: Oldenbourg, 1987.
(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945; Bd. 5)
ISBN 3-486-53871-3

NE: GT

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-53871-3

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung: Ludwig Bergsträsser und die hessische Politik der ersten Nachkriegsjahre 9

Zur Edition 33

Tagebuch 1945 37

Tagebuch 1946 66

Tagebuch 1947 215

Tagebuch 1948 271

Dokumente
Dokument 1: Der Weg ins neue Deutschland 331
Dokument 2: Grundsätze der Hessischen Verfassung 341
Dokument 3: Der Verfassungskompromiß 348
Dokument 4: Die Frage der zukünftigen deutschen Verfassung 359

Abkürzungen 371

Quellen und Literatur 373

Personenregister 376

Orts- und Sachregister 408

Vorwort

Schon der erste Programm-Entwurf der künftigen Historischen Kommission für das Großherzogtum Hessen, den der Darmstädter Archivdirektor Julius Reinhart Dieterich 1905 vorlegte, nannte unter den Publikationsvorhaben neben Urkundenbüchern und Archivrepertorien auch Akten, Briefe und Memoiren zur neueren und neuesten Geschichte. 1913 hat der Greifswalder Dozent Ludwig Bergsträsser als Band 2 der Kommissions-Reihe „Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte" die Erinnerungen des Gagern-Freundes Reinhard Eigenbrodt an die Revolutionsjahre 1848–1850 herausgebracht. Die von Bergsträssers Lehrer Heinrich Ulmann betreute Edition der „Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben des Hessen-Darmstädtischen Staatsministers Freiherrn du Thil" und Wilhelm Schüsslers Ausgabe der „Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860–1871" erschienen dann 1920/21 mit Unterstützung des Darmstädter Archivs in den „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts" bei der finanzkräftigeren Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München.

Eigene Erfahrungen im Reichsarchiv und in der Außenstelle Frankfurt, die er bis 1933 geleitet hat, führten Bergsträsser erneut zum Quellenwert von Briefen und autobiographischen Aufzeichnungen als wichtiges Korrelat zur amtlichen Aktenüberlieferung. Gerade das Reichsarchiv hat ja in jenen Jahren Pionierarbeit für die Einbeziehung zeitgeschichtlicher Dokumentation ins Berufsbild des Archivars geleistet. Von der Wiederbelebung einer „alten Idee" sprach Bergsträsser, als er im Herbst 1946 mit dem Offenbacher Verleger Ernst Drott eine neue „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren" plante. Die Tagebuchaufzeichnungen belegen Gespräche über die Veröffentlichung der Erinnerungen Paul Löbes, aber auch Otto Meissners und Schwerin von Krosigks, die dann andernorts erschienen sind. Vier Bände der „Bibliothek" sind in den Jahren 1948–1953 im Bollwerk-Verlag herausgekommen, darunter die Erinnerungen der beiden hessischen Staatspräsidenten der Weimarer Zeit Carl Ulrich und Bernhard Adelung, die ja in gewissem Sinne Bergsträssers Amtsvorgänger in Darmstadt waren. Das von ihm mitbegründete Institut für Zeitgeschichte hat diesen Ansatz in seiner Reihe „Biographische Quellen" erneut aufgegriffen.

Im kriegszerstörten Darmstädter Staatsarchiv, für dessen Erhalt sich Bergsträsser als Regierungspräsident tatkräftig eingesetzt hat, war man in der ersten Nachkriegszeit vorrangig an Sicherung und Neuaufbau der älteren Überlieferung interessiert. Auch die neubegründete Hessische Historische Kommission Darmstadt sah ihre Aufgabe zunächst in der Fortfüh-

rung der grundlegenden Urkundenpublikationen zur mittelalterlichen Geschichte. Das war wohl der Grund, daß Bergsträsser zwar ein autorisiertes Exemplar seiner Tagebücher im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt deponierte, den gewichtigeren Teil seines wissenschaftlich-politischen Nachlasses aber dem Institut für wissenschaftliche Politik an der Marburger Universität übergab.

Längst ist die Erfassung und Erschließung amtlicher und nichtamtlicher Quellen zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit auch in Hessen zur vordringlichen Aufgabe der Archive geworden. Der grundlegenden Rolle, die dem landeshistorischen Ansatz gerade in der zeitgeschichtlichen Forschung zukommt, suchen neue Arbeitsprogramme der historischen Kommission Rechnung zu tragen. Walter Mühlhausens Beschäftigung mit den Bergsträsser-Tagebüchern ergab sich aus seiner Arbeit über „Hessen 1945–1950", die im vorigen Jahr erschienen ist. Das Zusammengehen der Hessischen Historischen Kommission mit dem Institut für Zeitgeschichte, das sich auf die Präzedenzien der Nach-Weltkriegszeit berufen kann, ist sicher in Bergsträssers Sinne. Wir freuen uns, die in ihrer Subjektivität gelegentlich provozierenden, als farbiges Zeitdokument wichtigen Tagebücher des Regierungspräsidenten und Abgeordneten Ludwig Bergsträsser, der seine Parlaments- und Verwaltungsarbeit mit der Reflexion des politischen Historikers begleitet hat, zum 40. Jahrestag der von ihm maßgeblich mitgestalteten Verfassung des Landes Hessen vorlegen zu können.

Eckhart G. Franz
Vorsitzender der Hessischen Historischen Kommission
und Direktor des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt

Einleitung

Ludwig Bergsträsser und die hessische Politik der ersten Nachkriegsjahre

I.

„Als ich den Auftrag der Amerikaner annahm", so berichtet Ludwig Bergsträsser im Rückblick über seine Ernennung zum Verwaltungschef der Provinz Starkenburg im April 1945, „war ich mir durchaus bewußt, daß die Aufgabe schwierig sei und auch für mich persönlich verhängnisvoll werden könnte. Nicht etwa weil noch Krieg war und mir meine Handlungsweise als Hochverrat hätte ausgelegt werden können ... Bedenklich war die politische Seite der Sache. Ich war mir darüber klar, daß dieses Amt eine Mittlerstellung bedeute zwischen sehr verschiedenen Interessen und Auffassungen, zwischen Amerikanern und Deutschen, und für mich lag die eigentliche Gefahr darin, daß ich als deutscher Politiker das Vertrauen der Landsleute würde verlieren und so mein politisches Ansehen opfern können."[1]

Was Bergsträsser mit der Distanz von neun Jahren über den Beginn seiner Amtszeit als Leiter der Provinzialverwaltung Starkenburg (später als Präsident der hessischen Regierung im ehemaligen Volksstaat und Regierungspräsident im neugegründeten Groß-Hessen) schildert, umschreibt ein Grundproblem deutscher Politik am Ende des Krieges. Die totale Niederlage der faschistischen Zwangsherrschaft leitete eben nicht eine Phase selbstverantworteter deutscher Politik ein. Die bedingungslose Kapitulation hatte die Verlierer zum Objekt alliierter Interessen degradiert. Dies bedeutete in der Praxis jedoch nicht, daß der Aufbau des neuen Deutschland ohne die Besetzten vollzogen werden konnte. Die Alliierten besaßen weder Interesse noch ausreichende personelle Kapazitäten, ihre besatzungspolitischen Ziele ohne einen deutschen Verwaltungsapparat umzusetzen.

Diese Konstellation eröffnete Handlungsspielraum für die neuen Amtsträger, wenngleich sie im wesentlichen von den besatzungspolitischen Erfordernissen abhängig blieben. Selbst die im Zuge der Demokratisierung einsetzende Legitimierung deutscher Verwaltungen durch Wahlen – ein Prozeß, der in der amerikanischen Zone mit den Gemeindewahlen im Januar 1946 früh einsetzte und mit den Landtagswahlen im Dezember 1946

[1] Ludwig Bergsträsser, Als das politische Leben wieder begann, in: ‚Darmstädter Echo' 22./29.4.1954.

einen vorläufigen Schlußpunkt fand – änderte nichts am grundlegenden Problem, der Abhängigkeit von der Militärregierung. Sie blieb bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 bestehen. Im Dualismus von selbstverantworteter Politik und Interessen der Besatzungsmacht konnten eigene Vorstellungen von Wiederaufbau und Neuordnung nur unter Zustimmung der Militärregierung verwirklicht werden.

Vor diesem Hintergrund ist deutsche Politik der ersten Nachkriegsjahre zu sehen. Ohnehin hatten das bis dahin nicht vorstellbare Ausmaß an Zerstörung, der Zusammenbruch von privatem und öffentlichem Leben, die Stagnation der Wirtschaft, die Entwurzelung weiter Bevölkerungskreise die deutschen Verwaltungen vor schier unlösbare Probleme gestellt. Nur recht langsam konnten sich Wirtschaft und Politik konsolidieren, nur ganz allmählich kam der Wiederaufbau in Gang. Erst mit dem außen- wie innenpolitisch entscheidenden Jahr 1948 ist der Weg der Westzonen festgelegt. Währungsreform und Frankfurter Dokumente signalisieren den endgültigen Bruch der Westalliierten mit der Sowjetunion und zeichnen die weitere Entwicklung der kommenden Bundesrepublik vor. Die ersten drei Jahre, die für das Verständnis der bundesrepublikanischen Vor- und Frühgeschichte von grundlegender Bedeutung sind, begleitete Bergsträsser als Chronist der Ereignisse an exponierter Stelle. Von den elementaren Problemen der Zeit, von den Nöten der Mangelperiode bis hin zu den Auseinandersetzungen um die künftige Struktur des besiegten Deutschland, war er als Regierungspräsident direkt betroffen.

II.

Ludwig Bergsträsser wurde am 23. Februar 1883 im elsässischen Altkirch als Sohn reichsdeutscher Eltern, die ursprünglich aus Hessen stammten, geboren. Sein Vater war später Amtsgerichtsrat in Kaysersberg. Die Jugend gerade in diesem Land, auf das sowohl Deutschland als auch Frankreich Anspruch erhoben, prägte den politisch früh interessierten Bergsträsser. Nach dem Gymnasium in Colmar (1895–1902) begann er, in Heidelberg Rechtswissenschaften zu studieren, wechselte aber bald zur Geschichte. Nach Semestern in München und in Leipzig verbrachte er 1905, im Jahr der ersten Marokkokrise, einen Studienaufenthalt in Paris und promovierte schließlich in Heidelberg über den Juristen und Diplomaten Christian Friedrich Pfeffel.[2]

[2] L. Bergsträßer, Christian Friedrich Pfeffels politische Tätigkeit im französischen Dienste 1758–1784, Heidelberg 1906. Zur Biographie B.s, vor allem zu seinen historischen Arbeiten, vgl. Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. I. Strömungen–Konzeptionen–Institutionen, II. Die linksliberalen Historiker, Berlin (Ost) 1975, S. 303–345. Im Überblick auch Elisabeth Fehrenbach, Ludwig Bergsträsser, in: Deutsche Historiker Bd. VII, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1980, S. 101–117.

Zwischen Promotion und Habilitation begannen Bergsträssers politische Aktivitäten. Aus bürgerlichen Lebensverhältnissen stammend, fand er sich von Naumanns liberalen Ideen von Demokratie und Kaisertum am stärksten angezogen. Schon in der Elsässer Jugendzeit hatte er Vorträge des liberalen Führers mit Begeisterung gehört. Nach der Promotion gründete er in München zusammen mit anderen einen „Nationalverein für das liberale Deutschland" und arbeitete für die „Akademischen Blätter", die Verbandszeitschrift des „Vereins Deutscher Studenten". Von 1908 bis 1913 war er Redakteur dieser Zeitschrift. Das Interesse an der Parteiengeschichte, insbesondere am politischen Katholizismus, führte schließlich zur Habilitationsschrift „Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei"[3], die ihm 1910 in Greifswald die Lehrbefugnis für neuere Geschichte einbrachte. Bevorzugte Forschungsthemen waren und blieben über Jahre die Revolution von 1848 und die Parteiengeschichte. 1921 entstand die grundlegende Studie über die „Geschichte der politischen Parteien", die noch zu Bergsträssers Lebzeiten, von ihm selbst aktualisiert, die 10. Auflage erleben sollte; sie wird noch heute als Standardwerk von anderen Bearbeitern weitergeführt.[4]

Bergsträsser blieb bis 1915 in Greifswald. „Im 1. Weltkrieg", so bekennt er im Rückblick, „gehört er lange Zeit zu den Gläubigen."[5] Ein Fronteinsatz blieb ihm erspart, da er nicht felddiensttauglich war. Er fand Beschäftigung in der Presseabteilung des Stabes Ober-Ost in Kowno und ging Ende 1916 als „Lehrer in Uniform" an das Realgymnasium in Libau. Angeregt durch den Kriegsausbruch und die schon während des Krieges begonnene Diskussion um die Schuldfrage, widmete er sich grundsätzlichen außenpolitischen Fragen und legte eine Broschüre zum Kriegsausbruch vor, in der er auf der Basis der von den beteiligten Staaten herausgegebenen Farbbücher, der propagandistischen Rechtfertigungen der Diplomatie, eine Chronologie der außenpolitischen Aktionen entwickelte, dabei aber keineswegs in die allgemeine nationalistische Hochstimmung mit Schuldzuweisung an die anderen Staaten einschwenkte.[6] Nach dem auch für ihn überraschenden Zusammenbruch des Kaiserreiches trat er noch in Libau in die neugebildete Deutsche Demokratische Partei ein.

1919 ging er nach Berlin, arbeitete weiterhin publizistisch und übernahm einen einstündigen Lehrauftrag an der Handelshochschule, den er

[3] L. Bergsträßer, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, Tübingen 1910.

[4] L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 11. Aufl. Vollkommen überarb. und hrsg. von Wilhelm Mommsen. Mit einer Bibliographie von Hans-Gerd Schumann, München 1965.

[5] L. Bergsträßer, Mein Weg, Bonn 1953, S. 6.

[6] L. Bergsträßer, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch. Eine kritische Studie auf Grund der offiziellen Veröffentlichungen aller beteiligten Staaten, München/Berlin 1915.

bis 1927 beibehielt, obwohl eine ausreichende soziale Sicherung zunächst fehlte. Auf Fürsprache des ihm damals unbekannten Zentrumsabgeordneten Georg Schreiber kam Bergsträsser in die Forschungsabteilung des neugegründeten Reichsarchivs in Potsdam und wurde nach deren Auflösung 1923 als Oberarchivrat in die Archivabteilung übernommen. Dies gab ihm die Möglichkeit zu intensiver Forschung und reger Publikationstätigkeit in seinen Spezialgebieten, der Revolution von 1848 und der Parteiengeschichte. Auch die parteipolitischen Ambitionen entwickelten sich. 1924 zog er für den Wahlkreis Potsdam I in den Reichstag, dem er über 2 Wahlperioden angehörte, ehe er 1928 bereits bei der Kandidatenaufstellung an Georg Bernhard, dem populären Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", scheiterte.[7]

Im Reichstag selbst trat er wenig hervor. Für zwei Untersuchungsausschüsse war er benannt worden. Im vierten Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich mit den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 beschäftigte, war er Mitberichterstatter. Der Ausschuß befaßte sich mit der Frage des inneren politischen Zusammenbruchs und der revolutionären Bewegung, insbesondere mit dem Komplex der Dolchstoßlegende. Bergsträsser wies die Angriffe der Deutschnationalen auf die SPD vehement zurück; eine gleichlaufend erarbeitete umfangreiche Materialsammlung suchte die Dolchstoßlegende mit dem Nachweis der wachsenden Friedenssehnsucht zu widerlegen. Geringere Bedeutung besaß der zweite Reichstagsausschuß, in dem Bergsträsser die DDP vertrat. Unter der Leitung des Sozialdemokraten Paul Levi versuchte der sogenannte Feme-Ausschuß, Licht in das Dunkel der politischen Morde zu bringen, stellte aber seine Arbeit ohne Ergebnis ein.[8]

Innerhalb der Fraktion zählte Bergsträsser zum linken Flügel. Die Partei selbst war durch innere Spannungen zerrissen. So lehnte Bergsträsser im November 1926 die vom eigenen, deutsch-demokratischen Innenminister Külz vertretene Vorlage über das Jugendschutzgesetz, weithin als Schmutz- und Schundgesetz bekannt, gemeinsam mit der Mehrheit der DDP-Fraktionsmitglieder ab, zu der auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende Erich Koch-Weser zählte. Im gleichen Jahr votierte er im Vorstand gegen eine Mitarbeit von Parteimitgliedern in der 1924 gegründeten Liberalen Vereinigung, die eine Vermittlerrolle zwischen DDP und DVP zu spielen versuchte, um die Spaltung des politischen Liberalismus zu überwinden. Für Bergsträsser gab es zwischen dem sozial orientierten Libera-

[7] Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933, Göttingen 1972, S. 389.

[8] Bergsträßer, Mein Weg, S. 8; dazu auch Schleier, Geschichtsschreibung, S. 129.

lismus seiner Partei und der national-wirtschaftsliberalen Position der Deutschen Volkspartei nichts zu vermitteln.[9]

Die konsequente Folgerung aus dieser linksliberalen, wirtschafts- wie innenpolitisch reform-orientierten Haltung war Bergsträssers Weigerung, in die 1930 ins Leben gerufene Deutsche Staatspartei überzutreten. Die neue Partei entsprang dem verzweifelten Bemühen einiger Deutschdemokraten, die zunehmende Schwäche, die drohende Bedeutungslosigkeit in der deutschen Parteienlandschaft, in der Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden abzufangen. Bergsträsser erkannte das Illusionäre dieser Hoffnung und verachtete die Staatspartei später als „seltsame Verbindung", als „einen faden Absud der Spätromantik".[10] Allerdings vermochte er sich nicht so spontan wie der prominente Parteiwechsler Anton Erkelenz, der schon kurz nach der Bekanntgabe des Gründungsaufrufes seinen Übertritt zur SPD erklärte, zu einem derart spektakulären Schritt zu entschließen. Wohl erst einige Zeit später trat auch Bergsträsser – mittlerweile in der Außenstelle des Reichsarchivs in Frankfurt – der SPD bei, die für ihn die letzte demokratische Bastion in der zerbröckelnden Republik war.[11] In seiner fest in bürgerlich-liberaler Tradition verankerten Familie stieß dieser Schritt auf wenig Verständnis.

Nach dem ungewollten Ausscheiden aus dem Reichstag 1928 beauftragte ihn das Reichsarchiv mit der Erforschung der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49. Das Material befand sich in der bereits erwähnten Außenstelle des Reichsarchivs in Frankfurt, in die Bergsträsser 1928 versetzt wurde, um im November 1932 ihre Leitung zu übernehmen. Doch blieb ihm nur die Zeit, einen Quellenband zu veröffentlichen, ehe die nationalsozialistische Machtübernahme seine Tätigkeit stoppte. Die umfangreiche Materialsammlung wurde beschlagnahmt.[12] Zwangsläufig durfte er auch seinen Lehrauftrag an der Frankfurter Universität nicht mehr wahrnehmen.

Am 21. März 1934 wurde Bergsträsser nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" endgültig in den Ruhestand ver-

[9] Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978, S. 252.

[10] Bergsträßer, Mein Weg, S. 9.

[11] B. selbst gibt als Datum seines Eintritts in die SPD den Juni 1930 an. Dies läßt sich nicht genau überprüfen. Wahrscheinlich ist der Eintritt erst später erfolgt. Sein Parteimitgliedsbuch (No. 22 des Bezirkssekretariats Kreis Darmstadt in: UB-MR, NL Bergsträsser 1) vermerkt unter der Rubrik „Der SPD beigetreten am ..." das Datum 15.9.1945, während die Rubrik „Mitglied vor 1933" nicht ausgefüllt ist. Da die Parteien nach dem Krieg zunächst verboten waren, mußte der Beitritt nach der Lizenzierung in jedem Fall neu erklärt werden.

[12] Fehrenbach, Bergsträsser, S. 101.

setzt. Mit einer Pension von knapp 500,– RM monatlich ausgestattet[13], wandte er sich zunächst einer Biographie des 1848 erschossenen Fürsten Felix von Lichnowsky zu, die ihn 1935 nach Grätz bei Troppau (Sudetenland) führte, wo er in der dortigen Schloßbibliothek der Lichnowsky Material sammelte.[14] Er hatte – für ihn überraschend – einen fünf Jahre gültigen Paß erhalten, der ihm in der Folgezeit nahezu ungehinderte Reisemöglichkeiten eröffnete. Neben Frankreich war England sein bevorzugtes Reiseziel. Dort knüpfte er Kontakte, die nach dem II. Weltkrieg von Vorteil sein sollten. Bergsträsser nutzte seine Reisemöglichkeiten zu Verbindungen mit einem sozialdemokratischen Emigrationszirkel in Mühlhausen, dem er Informationen zuspielte; er arbeitete auch an Flugschriften mit, die er dann nach Deutschland schleuste. Mit dem Ausbruch des Krieges mußte er diese Tätigkeit jedoch zwangsläufig einstellen.[15]

Im Krieg verfaßte er unverfängliche Artikel, kleinere Abhandlungen zur Briefmarkenkunde und Aufsätze über Eugène Sue.[16] Die angestrebte Biographie über den französischen Schriftsteller vollendete er allerdings nicht. Seine Oppositionshaltung gegen Unterdrückung und Krieg motivierte ihn zu einem scheinbar politisch wertfreien Aufsatz über „Napoleon vor dem russischen Krieg", der in der von Rudolf Pechel herausgegebenen „Deutschen Rundschau" im Frühjahr 1940 publiziert wurde.[17] Dieser Aufsatz machte dem geübten Leser durchaus deutlich, daß mit dem harschen Urteil über Napoleons Machtausübung und Kriegsziele nicht der französische Kaiser, sondern Hitler gemeint war. In jener Zeit fast allgemeiner Siegesgewißheit bedeutete dies schon ein mutiges Wort gegen Expansion

[13] UB-MR, NL Bergsträsser 1: Ruhegeldbescheinigung.

[14] Mitteilung von Walter und Richard Gritz; auch Bergsträßer, Mein Weg, S. 9.

[15] Bergsträßer, Mein Weg, S. 9. Auch Mat. Bergsträsser: B. an SPD-Parteivorstand, 15.8.1947, „betr.: Sozialdemokratische Widerstandsbewegung gegen Nationalsozialismus".

[16] Zu den Aufsätzen vgl. Anm. 34/1945. B. verfaßte außerdem einige Artikel in der Zeitschrift „Deutsche Zeitung für Briefmarkenkunde", u.a. Nr. 4/1941. Daraus erklärt sich sein Interesse an der Gestaltung von Briefmarken in der Nachkriegszeit; vgl. u.a. das Gespräch mit Hendlmeyer, 28.2.1946.

[17] L. Bergsträßer, Napoleon vor dem russischen Krieg, in: Deutsche Rundschau. Bd. CCLXII (Januar–Februar–März 1940), S. 1–6. Die gewollte Analogie Napoleon-Hitler angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung des II. Weltkriegs, die einen Angriff auf die Sowjetunion befürchten ließ, wird in den nachfolgenden Sätzen deutlich: „Als Napoleon gegen Rußland zog, hoffte er auf einen leichten Sieg, und seine Phantasie, ausschweifend seit seinen ersten Siegen, rechnete mit dem Vorstoß nach Indien, dem Sieg, dem endlichen, über England. Statt dessen war sein Machtsystem unterhöhlt und konnte den einen großen Mißerfolg nicht überwinden. Der so oft die Ideologen verhöhnt hatte, war selbst ein Ideologe, ein Götzenanbeter der militärischen Macht, eine hemmungslose und im letzten Sinne unmoralische Figur."

und Auswüchse der nationalsozialistischen Diktatur. Der wollte sich Bergsträsser entgegenstellen. So gehörte er in Darmstadt zum Kreis um Wilhelm Leuschner. Noch kurz vor dem Attentat auf Hitler fand in seiner Wohnung ein Treffen mit Leuschner statt, bei dem auch der spätere Oberbürgermeister Darmstadts, Ludwig Metzger, und Karl Friedrich, den Bergsträsser nach dem Krieg zum Leiter der Erziehungsabteilung berief, zugegen waren.[18] Die Pläne zum Umsturz waren ihm in den Grundzügen bekannt; Leuschners Aufforderung, bereit zu sein und nach einem erfolgreichen Attentat Führungspositionen zu übernehmen, wurde von dem konspirativen Zirkel bejaht. Doch war Bergsträsser offensichtlich nicht in den Zeitpunkt eingeweiht, wann das Attentat ausgeführt werden sollte. Für ihn mag es ein Glück gewesen sein, daß er durch den Großangriff auf Darmstadt am 21. September 1944 in ein Gasthaus im südlichen Odenwald verschlagen wurde und sich dem direkten Blickfeld der nationalsozialistischen Verfolger entzog. Dort in Schlossau harrte er sechs Monate zwischen Angst vor Nachstellungen und Hoffen auf ein baldiges Kriegsende aus. Die Radiomeldungen, daß die amerikanische Armee den Rhein überschritten hatte, ließen ihn nicht mehr länger warten. Zu Fuß ging er durch umkämpftes Gebiet zurück nach Darmstadt, wo er fast gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen eintraf.[19]

III.

Über den von den Amerikanern eingesetzten sozialdemokratischen Oberbürgermeister Ludwig Metzger ergab sich ein erster Kontakt zur Militärregierung, die Bergsträsser zum Verbindungsmann zwischen Besatzungstruppe und Stadtverwaltung ernannte. Von da bis zur Berufung zum Leiter der südhessischen Regionalregierung war es nur ein kurzer Weg: „Einige Tage später war eine Besprechung zwischen Bürgermeister und mir auf der einen und dem Obersten und dem Major auf der anderen Seite, wobei sie uns sagten, daß sie beschlossen hätten, für das Gebiet der Provinz Starkenburg eine Zivilregierung einzusetzen. Wen wir vorschlagen würden? Der Bürgermeister nannte mich, sie stimmten zu, und so übernahm ich am 14. April, als noch Krieg war, diese Aufgabe."[20] Es mag nicht zuletzt der Bekanntheitsgrad Bergsträssers als Verfasser der Parteiengeschichte gewesen sein, der zu dieser Ernennung führte. Für den Historiker und Politiker Bergsträsser bedeutete die ihm übertragene Funktion mehr als eine bloße

[18] Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt/Marburg 1985, S. 112.

[19] So die Schilderung bei L. Bergsträsser, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: VfZ 5 (1957), S. 397-416.

[20] Ebd., S. 399.

Verwaltungsaufgabe; sie bot ihm die Möglichkeit, an exponierter Stelle am Aufbau eines neuen Deutschland mitzuwirken. So verstand er seine Position in erster Linie als politischen Auftrag.

Mit der neuen Aufgabe unterbrach Bergsträsser seine während der Kriegsjahre regelmäßig geführten Tagebuch-Aufzeichnungen, da ihm „die Hetzjagd der Arbeit keine Zeit mehr ließ".[21] Diese Hetzjagd begann mit der Bildung eines Kabinetts, das schon eine Woche später seine erste Sitzung im erhalten gebliebenen Ostflügel des Landesmuseums abhielt. Die Rekrutierung von führenden Beamten wurde durch den Mainzer Bischof Albert Stohr erleichtert, dessen Unterstützung die Heranziehung „einiger katholischer Herren als leitende Mitarbeiter ermöglichte".[22] Die Auswahl beruhte weitgehend auf persönlichen Beziehungen und Erfahrungen und mußte durch die Militärregierung bestätigt werden. Anfangs gab es dabei keinerlei Konflikte zwischen der Landesregierung und der für den Volksstaat Hessen zuständigen amerikanischen Besatzungseinheit unter Col. Davis, da sich die Amerikaner auf die Vorschläge der deutschen Seite, weil eine politische Überprüfung so rasch nicht möglich war, weitgehend verlassen mußten. In den ersten Wochen der Besetzung agierte die Regierung Bergsträssers bei der Benennung ihrer Mitarbeiter relativ autonom, denn die Aufrechterhaltung von Ordnung und die Ingangsetzung des normalen Lebens besaßen Vorrang vor einer konsequenten Säuberungspolitik. Erst im Laufe des Sommers, als die Entnazifizierung sämtliche Verwaltungsstufen erreichte, begannen die Amerikaner mit einer eingehenden Überprüfung auch der bereits ernannten Mitarbeiter und wendeten strenge Kategorien an. Diesen fiel der mit dem Justizressort betraute Peter Hansen zum Opfer, weil er zwar nicht der NSDAP angehört, aber während des Dritten Reiches als Vizepräsident des Darmstädter Landgerichts ein hohes Amt bekleidet hatte.[23] Die Entnazifizierungsproblematik wurde dann insgesamt zu einem ständigen Konfliktherd.

Die „Deutsche Regierung der Provinz Starkenburg" bestand aus sieben Ressorts. Ihr waren sämtliche ehemaligen Reichs- und Landesbehörden unterstellt. Ihren vorläufigen Dienstsitz legte sie in das kaum beschädigte Gebäude der Landwirtschaftlichen Versuchsstation in der unteren Rheinstraße. Nach knapp dreiwöchiger Erprobung erhielt Bergsträsser am 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation, die offizielle Ernennungsurkunde.[24] Damit war er oberster Verwaltungschef, zunächst allerdings nur für eine der drei Provinzen des Volksstaats Hessen. Oberhessen, den nörd-

[21] Ebd., S. 399 (Anm. 3).

[22] Ebd., S. 402; dazu auch Mat. Bergsträsser: Bischof von Mainz an B., 30.4.1945.

[23] Zum Fall Hansen vgl. Anm. 13/1945.

[24] Die amtliche Ernennungsurkunde in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Zur Regierungsbildung auch: StA-DA, H 1 RP Liste 15/Nr. 1: Manuskript (Verf. unbekannt), Die „Deutsche Regierung des Landes Hessen" April 1945–Oktober 1945.

lichen Landesteil, betreute er zunächst nur kommissarisch mit. Rheinhessen, die westlich des Rheins gelegene hessische Provinz, war dem in Neustadt a. d. Weinstraße errichteten Oberpräsidium Rheinhessen-Pfalz unter Hermann Heimerich unterstellt worden, die bestrebt war, ihren Einflußbereich auch über den Rhein auf Starkenburg auszudehnen. Dem widersetzte sich Bergsträsser. Aus dieser Auseinandersetzung wuchs ein gespanntes Verhältnis zu Heimerich und der in Neustadt tätigen Militärregierungseinheit, die später die hessische Landesmilitärregierung bildete. Diese Spannungen sollten beim Aufbau der ersten groß-hessischen Regierung von Bedeutung sein.[25]

Bergsträsser besaß erheblichen Anteil an der Gründung eben dieses neuen Landes Groß-Hessen. Schon im Mai 1945 richtete er ein Memorandum an die Militärregierung, in dem er die Bildung einer Provinz Rhein-Main, bestehend aus dem Volksstaat Hessen, dem Regierungsbezirk Wiesbaden (zuletzt preußische Provinz Nassau) und dem Aschaffenburger Mainviereck, vorschlug.[26] Diese Anregung war zu diesem Zeitpunkt keineswegs einzigartig. Sie gehörte in den Rahmen der deutschen Bestrebungen, die totale Niederlage zu einer territorialen Neugliederung zu nutzen und größere Verwaltungseinheiten zu schaffen. Zu einer grundlegenden Änderung waren die Amerikaner vorerst jedoch nicht bereit. Nachdem die Siegermächte im endgültigen Zonenprotokoll vom 22. Juni 1945 die linksrheinischen Gebiete und einen rechtsrheinischen Brückenkopf mit vier nassauischen Kreisen der französischen Zone zugeordnet hatten, wurden im späteren Groß-Hessen zunächst zwei Länder geplant: Hessen-Nassau und Hessen(-Darmstadt). Bergsträssers Regierung durfte sich jetzt „Regierung des Landes Hessen" nennen.[27] Sie war zuständig für Starkenburg und Oberhessen, während Rheinhessen zur französischen Zone gehörte und damit auf Dauer ausgegliedert blieb. Die Handlungsfähigkeit der Darmstädter Regierung wurde erschwert durch die anfangs ungeklärte Stellung der Kreise im Frankfurter Umland, die einem eigenen Bezirk im Bereich des US-Hauptquartiers vorbehalten werden sollten.[28]

Die Gebietsverluste ließen Bergsträsser zum Vorreiter einer Revision werden, da sein Hessen zu klein war, um in einem künftigen föderalen

[25] Die Spannungen Heimerich – B. werden im Tagebuch breit dokumentiert; vgl. Eintragung 15.10.1945.

[26] Das Memoire über die Verwaltungseinteilung des amerikanischen Besatzungsgebietes vom 28.5.1945 in: Bergsträsser, Zeugnisse, S. 403.

[27] Vgl. Walter Mühlhausen, Hessen 1945–1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Frankfurt 1985, S. 26.

[28] Ebd., S. 27. Die Kreise Offenbach und Friedberg sollten aus dem Land Hessen herausgelöst und dem geplanten Regierungsbezirk Frankfurt (zum Land Hessen-Nassau gehörend) zugeordnet werden. Erst mit dem 8. August kamen auch diese Kreise offiziell wieder zu Darmstadt.

Deutschland selbständig existieren zu können. Er war sich durchaus bewußt, daß ein Gelingen dieses Plans im wesentlichen davon abhing, die Amerikaner von der verwaltungs- wie wirtschaftspolitischen Notwendigkeit zu überzeugen, ein geeintes Groß-Hessen zu schaffen. Dazu sandte Bergsträsser weitere Denkschriften an die Militärregierung, in denen er die Idee eines Groß-Hessen unterbreitete. Er war nicht der einzige, der in dieser Sache vorstellig wurde, aber sicherlich zählte er zu denjenigen, die durch ihre exponierte Stellung bei den Amerikanern Gehör fanden. Parallel dazu vermittelte er Gespräche zwischen deutschen Protagonisten der bereits traditionellen, mit dem Kriegsende in ihrer Aktualität verstärkten Forderung nach einem geeinten Hessen und amerikanischen Experten, die selbst eine Revision der Juni-Entscheidung als unbedingt notwendig erachteten. So korrespondierte hessisches Verlangen nach Vereinigung mit den Zielsetzungen von Angehörigen der Militärregierung wie Walter L. Dorn und James K. Pollock, die die Stimmungslage der Bevölkerung in dieser Frage erkunden sollten. Gemeinsame Anstrengungen von deutscher und amerikanischer Seite führten schließlich am 19. September 1945 zur Bildung des Landes Groß-Hessen, das erst mit der Annahme der Verfassung 1946 die bescheidenere Bezeichnung Hessen wählte.[29]

Zweifelsohne stellte die Landesgründung nur eines von vielen anstehenden Problemen in dem in Bergsträssers Tagebuch ausgeblendeten halben Jahr zwischen seiner Ernennung und der Bildung der ersten groß-hessischen Regierung dar. Der Aufbau von Regierung und nachgeordneten Behörden, Entnazifizierung und Konflikte mit der sich in die Regierungsbelange der deutschen Stellen einmischenden Militärverwaltung auf der einen, wirtschaftliche Probleme, Versorgung der Bevölkerung und Wiederaufbau eines halbwegs normalen Lebens in einem zerstörten und besetzten Land, auf der anderen Seite waren die grundsätzlichen Fragen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Oft wechselnde Zuständigkeiten, der Austausch von Militärregierungspersonal und personelle Veränderungen in den unteren Verwaltungsstufen erschwerten die Handlungsmöglichkeiten der Regierung, die ohnehin im Dualismus von Militär- und deutscher Verwaltung subordiniert blieb.

Gerade die Rekrutierung von Personal auf allen Verwaltungsebenen erwies sich als schwieriges Problem. „Wir haben allmählich niemanden mehr", notierte Bergsträsser am 18. März 1946. Das unterstrich das Dilemma des Verwaltungsaufbaus, daß das Personal zugleich fachlich qualifiziert und politisch einwandfrei sein mußte, spiegelte aber zugleich die Verärgerung über personalpolitische Entscheidungen der Militärregierung, die für die deutsche Seite oft unverständlich waren, beruhten sie doch nicht selten auf persönlichen Differenzen und lagen abseits des unabdingbaren personellen Revirements im Zuge der Entnazifizierung, der

[29] Ebd., S. 41.

sich die eingesetzten Verwaltungen sehr wohl stellen wollten; persönliche Motive beim Austausch von leitenden Beamten konnten sie jedoch nicht akzeptieren.[30]

Die in diesem Punkt zum Teil kontroverse Auseinandersetzung war jedoch nicht symptomatisch für die Beziehungen zwischen Besatzungssoldaten und deutschen Amtsträgern. Trotz offiziellem Fraternisierungsverbot und Reserviertheit einzelner Offiziere entwickelten sich mit zunehmender Dauer teilweise sogar Freundschaften, Kontakte auf privater Ebene, die die Familien mit einschlossen. Einladungen zum Essen, von deutscher Seite wegen der ohnehin schlechten Ernährungslage gern wahrgenommen, sind nur ein Beispiel für die engen privaten Beziehungen. Auch dies änderte jedoch nichts an der grundsätzlichen Abhängigkeit der deutschen Politik von der amerikanischen Besatzungsmacht.

Dies Wechselspiel zwischen besatzungspolitischen und deutschen Interessen – ein Wechselspiel ungleichrangiger Autoritäten – wurde besonders bei der Bildung der groß-hessischen Regierung deutlich. Sie war zum einen noch Ausdruck einer vom Effizienzdenken bestimmten Besatzungspolitik, in der nicht parteipolitische Affinität, sondern fachliche Qualität den Ausschlag gab, enthielt aber andererseits doch schon – wenn auch nur nachrangig – demokratie-ähnliche Elemente, da die deutschen Vorschläge nicht gänzlich unberücksichtigt blieben.

Die zur Landesmilitärregierung (Office of Military Government Greater Hesse – OMGH) ernannte Einheit in Wiesbaden unter Col. James R. Newman war in Neustadt für die dort gebildete deutsche Provinzialregierung unter Heimerich zuständig, die sich nach Übergabe des Gebietes an die Franzosen aufgelöst hatte.[31] Die mit dem Aufbau der deutschen Landesverwaltung beauftragte Abteilung für Zivilangelegenheiten (Civil Administration Division) unter der Leitung von Harold W. Landin setzte bei der Bildung der groß-hessischen Regierung auf die vertraute Mitarbeit der Neustädter Regierung und nominierte zunächst Heimerich für das Amt des Ministerpräsidenten. Heimerich, obwohl Sozialdemokrat, wurde von den hessischen Arbeiterparteien abgelehnt, da er nach Aufgabe der Neustädter Regierung bereits wie der kommende Ministerpräsident in Hessen auftrat und ein inoffizielles Koordinationsbüro errichtete, das sich anmaßte, den Regierungspräsidenten in Hessen Anweisungen zu erteilen. Bergsträsser stand in vorderster Front der Kritiker. Er selbst war von den

[30] Hervorzuheben ist dabei der Fall des Landrates im Kreis Bergstraße, Gustav König; vgl. Anm. 14/1946 u.ö.

[31] Zur Struktur der amerikanischen Militärregierung und Hessen und zur Geschichte der im Oktober zum Landesdirektorium ernannten Einheit vgl. im Überblick das bisher unveröffentlichte Manuskript: Dieter Emig/Alfred G. Frei: Die amerikanische Militärregierung in Hessen. Struktur und Organisation des Office of Military Government for Hesse 1945–1949 (MS), Darmstadt.

Arbeiterparteien als künftiger Ministerpräsident ins Spiel gebracht worden, und zahlreiche Indizien sprechen dafür, daß er mit der Regierungsbildung betraut werden sollte. Doch ernannte die Wiesbadener Militärregierung schließlich den liberalkonservativen Karl Geiler, der – nachdem Heimerich wegen der ablehnenden hessischen Haltung nicht mehr zur Disposition stand – aus dem Neustädter Kreis vorgeschlagen worden war. Bergsträsser selbst, der nicht nur bei hessischen Parteivertretern, sondern bis in die höchsten amerikanischen Stäbe als geeigneter Kandidat galt[32], hatte sich durch die scharfe Frontstellung gegen Heimerich bei der einflußreichen Civil Administration Division von OMGH unbeliebt gemacht. Man hatte wohl auch die offensichtlich guten Beziehungen zwischen Heimerich und Newman unterschätzt. Der ehemalige Oberpräsident in Neustadt fand beim obersten Offizier der amerikanischen Verwaltung in Hessen für seine Pläne stets ein offenes Ohr. Zudem stellte es sich als Fehler heraus, daß die Arbeiterparteien erst in dem Moment ihre Forderungen erhoben, als von amerikanischer Seite bereits ein Kandidat benannt worden war, an dem die Militärregierung dann trotz Protesten von SPD und KPD festhielt.[33]

Zu diesem Zeitpunkt setzen die Aufzeichnungen Bergsträssers wieder ein, aus denen schon zu Beginn die Enttäuschung über die Regierungszusammensetzung herauszulesen ist. Ein von Geiler angebotenes Ministerium lehnte er ab. Er selbst ließ keine Gelegenheit ungenutzt, sich über die „desolaten Wiesbadener Verhältnisse" zu mokieren. Gegen die Wiesbadener „Zentralisierungswut", vor allem im kulturpolitischen Bereich, setzte sich Bergsträsser heftig – selten mit Erfolg – zur Wehr. Auch die kurzzeitige Hoffnung, daß Geiler in der Februarkrise zurücktreten werde, als die in den ersten Wahlen in ihrem politischen Führungsanspruch bestätigte SPD der Regierung Geiler das Vertrauen entzog, belegt Bergsträssers Ambitionen, selbst wenn er mit Genugtuung notierte, daß er – da er nicht an der Konferenz, auf der der Beschluß gefällt wurde, teilgenommen hatte – nicht mit dem Makel des Intriganten belastet sei.[34] Der Zugriff scheiterte, und Bergsträsser widmete sich künftig intensiv der Verfassungsarbeit.

Die in der amerikanischen Zone früher als in anderen Zonen eingeleitete Demokratisierung, die mit den Wahlen zur Verfassungberatenden Landesversammlung im Juni und mit den Landtagswahlen und den Volksabstimmungen über Verfassung und Art. 41 einen vorläufigen End- und Höhepunkt erreichte, gab dem zweimal verschmähten Bergsträsser Gele-

[32] So Clarence L. Adcock in einem Memorandum für Clay vom 12.12.1945; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 61 (Anm. 97).

[33] Ebd., S. 46.

[34] Vgl. Eintragung 11.2.1946.

genheit, sich nicht nur innerhalb der eigenen Partei zu profilieren. Dem im Februar 1946 gebildeten Beratenden Landesausschuß gehörte er zwar nicht an, doch die Wirkung dieses Gremiums in der hessischen Politik war ohnehin begrenzt. In den Vordergrund trat er jedoch im Vorbereitenden Verfassungsausschuß. Das von Geiler berufene Expertengremium sollte die erforderlichen Vorarbeiten für die eigentlichen Verfassungsberatungen leisten. Der im Juni präsentierte Entwurf war richtungsweisend für die Landesversammlung, wenn er auch in wirtschaftspolitischen Fragen, insbesondere für die Sozialdemokratie, kaum ausreichen konnte.[35] Die sozialdemokratische Forderung nach Wirtschaftsdemokratie konnte sich gegen die zunächst dominierenden liberalen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft nicht durchsetzen. Das machte die Formulierung einer eigenständigen sozialdemokratischen Konzeption der Verfassung um so dringlicher. Bergsträsser gehörte auch der Verfassungskommission der hessischen SPD an und konnte sich hier hervortun, so daß seine Nominierung zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses in der am 30. Juni gewählten Landesversammlung schließlich fast zwangsläufig erschien.

Die Juni-Wahlen brachten der SPD die relative Mehrheit. Sie war damit – wie Bergsträsser im Plenum unumwunden plakatierte – in der „angenehmen Situation", mit jeder der drei anderen Parteien eine Verfassung entwickeln zu können.[36] Zu Beginn der Verfassungsdiskussion glaubte Bergsträsser wie die Mehrzahl der Abgeordneten an die Möglichkeit, eine Verfassung auf breitester Grundlage zu entwerfen. Mit zunehmender Dauer der Beratungen zeigten sich dann vor allem zwischen SPD und CDU grundsätzliche, aber keinesfalls unüberbrückbare Differenzen im Bereich der Wirtschafts- und Kulturpolitik sowie in Fragen des Staatsaufbaus. Dies setzte zunächst eine – wie Bergsträsser es im Rückblick nannte – „Abstimmungsmaschine von SPD und KPD" in Gang[37], die ihre in der Essenz kongruenten Verfassungsvorstellungen in der ersten Lesung gegen CDU und LDP durchbrachten. Doch noch während das Plenum den von SPD und KPD getragenen Entwurf in zweiter Lesung beriet, kam es zwischen den beiden stärksten Fraktionen zu entscheidenden Gesprächen über einen Verfassungskompromiß, der eine dauerhafte Koalition einleitete. Auf seiten der SPD überwogen die Bedenken gegen eine allein von SPD und KPD verantwortete Verfassung, deren Annahme im Volksentscheid, in Anbetracht des knappen Vorsprungs von SPD und KPD (53%)

[35] Vgl. Eintragungen ab März 1946; die Sitzungen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses werden breit dokumentiert.

[36] Vgl. Anhang, Dok. 2.

[37] So B. in seiner Rechtfertigungsrede vor sozialdemokratischen Funktionären im Darmstädter Lokwerk am 14.10.1946; abgedruckt im Anhang, Dok. 3.

gegenüber CDU und LDP (47%) in den Juni-Wahlen, keineswegs gesichert schien.[38]

Bergsträsser gehörte zu den drei Sozialdemokraten, die mit drei Vertretern der CDU den historischen Verfassungskompromiß erarbeiteten, ein Kompromiß, der dem künftigen Koalitionspartner in den Augen der hessischen SPD ein höheres Maß an Nachgeben abverlangte als der eigenen Partei. Die hessische CDU zählte allerdings zu den linken Landesverbänden der neuen Union. Bergsträsser hielt die Übereinkunft wie die Mehrheit seiner Fraktion für unabdingbar.[39] Gleichzeitig blieb die Hoffnung, daß auch die KPD die Kompromißformel letztendlich akzeptieren und damit in die erste gewählte Regierung eintreten könnte. Die Fusionsangebote der Kommunisten wurden von der Sozialdemokratie Westdeutschlands unter Kurt Schumachers Führung vehement zurückgewiesen; auch Bergsträsser stand hinter den von der überwiegenden Mehrheit der SPD getragenen Resolutionen zum Jahreswechsel 1945/46, die Bildung einer SED als Aufgabe sozialdemokratischer Politik und Organisation abzuwehren.[40] Dies war jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Ablehnung jeder Kooperation mit der KPD. Mit den führenden Kommunisten in Hessen wie Walter Fisch, Leo Bauer und Oskar Müller glaubte Bergsträsser zusammenarbeiten zu können, „wenn nicht die Schreier da wären".[41] Noch Ende 1946 galt die KPD für die hessische SPD durchaus als möglicher Regierungspartner. Damit verband sich für die SPD die Hoffnung, ein gewisses Gegengewicht gegen den christdemokratischen Koalitionspartner zu schaffen, eine Hoffnung, die sich angesichts einer ablehnenden Haltung der hessischen CDU im Dezember als illusionär erwies. Auf die christdemokratische Offerte in den Gesprächen zur Regierungsbildung nach den Landtagswahlen, die KPD nur zu beteiligen, wenn auch die LDP aufgenommen würde, konnten sich die Sozialdemokraten keineswegs einlassen, denn die Liberalen in Hessen standen damals auf dem äußersten rechten Flügel der Parteienlandschaft und hatten einen vehementen Kampf gegen Verfassung und wirtschaftspolitische Neuordnung geführt.

Mit dem Kompromiß vom Oktober 1946 war eine längerfristige Koalition eingegangen worden, die ihre erste Probe zu bestehen hatte, als die Amerikaner drängten, den von der hessischen SPD zäh verfochtenen Artikel 41, der mit Annahme der Verfassung eine sofortige Sozialisierung be-

[38] Zu den sozialdemokratischen Beweggründen, letztendlich mit der CDU die Verfassung zu gestalten, vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 258.

[39] So B. vor dem Plenum der verfassungberatenden Landesversammlung am 1.10.1946 nach Abschluß der Kompromißverhandlungen; LV-Drucks. III, S. 191 (5. Sitzung Plenum).

[40] Siehe Eintragung 6.1.1946 mit Anm. 3/1946.

[41] Eintragung 19.5.1946.

stimmter industrieller Leitsektoren vorsah, auf eine bloße Absichtserklärung ohne unmittelbare Wirkung zu reduzieren. Dieser Versuch von OMGUS, der Zentrale der amerikanischen Militärregierung im besetzten Deutschland, mußte scheitern, da auch die CDU – wenn auch schweren Herzens – zu der gefundenen Kompromißformel stand, bei der sie immerhin die Herausnahme der chemischen Industrie hatte durchsetzen können. Die einheitliche Front der hessischen Parteien, aus der nur die Liberaldemokraten ausscherten, erlaubte keinen restriktiven Eingriff der Besatzungsmacht, die in diesem Fall den internen Konflikt zwischen demokratischem Anspruch und eigenen wirtschaftspolitischen Interessen zugunsten des demokratischen Ideals entschied, zumal eine Verfassung, die auch über ein mögliches, noch nicht absehbares Ende der Okkupationszeit Bestand haben sollte, im amerikanischen Selbstverständnis einen hohen Stellenwert besaß.[42] Daß die amerikanische Militärregierung in der Folgezeit dann doch das eigene wirtschafts- und sozialpolitische Interesse über den Demokratisierungsanspruch stellte und dazu beitrug, die Umsetzung deutscher Neuordnungsforderungen zu verhindern, konnten die hessischen Verfassungsschöpfer im Oktober 1946 noch nicht ahnen. Für sie mußte der gefundene Kompromiß, den Artikel 41 einer gesonderten Volksabstimmung zu unterziehen, als Erfolg erscheinen. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses war Bergsträsser maßgeblich an diesen Verhandlungen beteiligt.[43] Im Dezember wurde der Artikel durch die hessische Bevölkerung mit Mehrheit angenommen.

Obwohl der Verfassungskompromiß durchaus als ein persönlicher Erfolg Bergsträssers zu bewerten ist, blieb seine Position in der eigenen Partei keineswegs unumstritten. Er selbst gehörte zum rechten Flügel der SPD, auf dem sich vor allem die Funktionsträger der Verwaltungen sammelten. Ihnen gegenüber stand die von Willi Knothe geführte Landesleitung. Die Beziehung zwischen dem Frankfurter Arbeiterführer und dem aus bürgerlichen Verhältnissen stammenden Professor für Geschichte war nie spannungsfrei. Bergsträsser übernahm keine parteipolitischen Ämter, teils gewollt, teils ungewollt. Er hielt sich mit Kritik an der eigenen Partei kaum zurück. Dabei fällt vor allem der Gegensatz zu Knothe und Brill ins Auge, die beide den linken Flügel der Partei repräsentierten. Sie wurden von Bergsträsser mit überzogenen Vorwürfen und oft unberechtigten Spötteleien bedacht. Seine Kritik beruhte vor allem auf persönlichen Differenzen, ist in ihrer Schärfe und Polemik kaum zu verstehen und wird den Gegenspielern nicht gerecht. Gerade das Verhältnis Bergsträsser–Brill, die zweifellos beide zu den herausragenden Persönlichkeiten in der hessischen

[42] Siehe Eintragungen 21.10.1946ff.; zur amerikanischen Diskussion um die hessische Verfassung, insbesondere um den Sozialisierungsartikel, vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 265.

[43] Vgl. Eintragungen 21.10.1946ff.

Sozialdemokratie zählten, wird aus Bergsträssers Optik sicher sehr einseitig beleuchtet. Zwischen Brill, der seine Mitgliedschaft (zunächst in der USPD) bis in das Jahr 1918 zurückführen konnte, der seinen Widerstand im Dritten Reich mit Zuchthaus und KZ-Haft bezahlen mußte, und dem erst spät zur SPD gestoßenen Bergsträsser gab es kaum Gemeinsamkeiten. Aber auch Konkurrenzverhalten war im Spiel, gehörten doch beide im Dezember 1946 zu den aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Hessischen Ministerpräsidenten.

Die Bildung der Koalitionsregierung brachte für Bergsträsser eine weitere Enttäuschung. Obwohl er selbst auf eine Nominierung für das höchste Amt in Hessen rechnete, was angesichts seiner Rolle in der Verfassungsarbeit keineswegs unberechtigt war, wurde am 20. Dezember 1946 nicht er, sondern Christian Stock zum Ministerpräsidenten gewählt. Stock, der wie Bergsträsser maßgeblich zum Verfassungskompromiß beigetragen hatte, besaß gegenüber dem Darmstädter Regierungspräsidenten entscheidende Vorteile: Er war ein altgedienter hessischer Sozialdemokrat, mit engen Verbindungen zu den Gewerkschaften und zur von Knothe geführten Landesleitung. Stocks Karriere vom Zigarrenmacher zum profilierten Sozialversicherungsfachmann war ein weiteres Moment, das für ihn sprach. Er schien im Gegensatz zu Bergsträsser fest verwurzelt in sozialdemokratischer Politik und Tradition. Bergsträsser selbst, der nach der Landtagswahl eine Reise nach Frankreich unternommen hatte, mußte nach der Rückkehr Pressemeldungen, er habe freiwillig auf das Amt verzichtet, heftig dementieren. Allein die Tatsache, daß hier im Tagebuch eine deutliche – nicht zu erklärende – Lücke vorhanden ist, läßt Rückschlüsse auf die Enttäuschung zu, das erhoffte Amt nun schon zum dritten Mal nicht erreicht zu haben.[44] Wirklich aussichtsreicher Gegenkandidat zu Christian Stock war wohl lediglich Hermann Brill. Doch auch der Staatssekretär mußte sich bei der Abstimmung in der Fraktion schließlich geschlagen geben. In der von Stock geführten SPD/CDU-Koalitionsregierung war dann für Bergsträsser kein Platz. Das Kultusministerium, das ihm aufgrund seiner persönlichen Neigungen natürlich nahegelegen hätte, wurde der CDU zugesprochen. Das Innenministerium, für das ihn schon Geiler nach dem zu erwartenden Rücktritt Venedeys vergeblich zu gewinnen gehofft hatte, blieb ihm ebenso versagt, da es weiter von Zinnkann geführt wurde.[45] Die Enttäuschung war bei Bergsträsser nachhaltig und fand ihren Niederschlag im Tagebuch der Jahre 1947 und 1948. Plenar-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen charakterisierte er des öfteren als langweilig und wenig ergiebig. Im ersten hessischen Landtag vertrat er den Wahlkreis I

[44] Vgl. Anm. 349/1946.

[45] So schreibt B. an Severing, daß die Lösung bei der Verteilung der Ministerien bewußt gefunden worden sei, um ihn aus der Regierung herauszuhalten; Mat. Bergsträsser: B. an Severing, 22. 1. 1947.

(Darmstadt-Stadt und -Land, Groß-Gerau) als Direktkandidat. Die Fraktion benannte ihn zum Mitglied des Rechts- und des Kulturpolitischen Ausschusses. Dabei galt sein Interesse vor allem schul- und hochschulpolitischen Fragen. Den Kontakt zur Universitätslehre hatte er nie verloren. Zunächst an der Technischen Hochschule Darmstadt und dann ab Februar 1946 an der Universität Frankfurt nahm er Lehraufträge zu „Gegenwartsfragen der Politik" wahr.

Dem Historiker lag vor allem die Sicherung von Quellen und historischen Dokumenten am Herzen, denn das Darmstädter Staatsarchiv hatte den Verlust zahlreicher Bestände zu beklagen. Dies veranlaßte Bergsträsser, eine „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren" ins Leben zu rufen, um die Lücken an Originaldokumenten zumindest teilweise zu schließen. Er sah diese Publikationsreihe gleichzeitig als geeignetes Mittel, um über die nationalsozialistische Diktatur aufzuklären. Im Offenbacher Bollwerk-Verlag von Karl Drott, der in dieser Zeit zahlreiche aktuelle und historische Schriften zur sozialdemokratischen Politik herausbrachte, begann Bergsträsser seine Reihe allerdings mit einer überarbeiteten und übersetzten Fassung der Memoiren seines ehemaligen Fraktionskollegen im Weimarer Reichstag, Oscar Meyer, der 1933 in die Vereinigten Staaten emigriert war.[46]

Das Engagement in der kulturpolitischen Diskussion der Zeit, vom „Kampf für Darmstadt" in den Auseinandersetzungen um die künftige Theaterorganisation in Hessen[47] und der regelmäßigen Teilnahme an den Marburger Hochschulgesprächen bis hin zu den Plänen, eine Hochschule für Politik ins Leben zu rufen, ging einher mit auffallender Gleichgültigkeit gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Neuordnungsversuchen. So registrierte Bergsträsser Auseinandersetzungen um die Verwirklichung von Mitbestimmungsrecht und Sozialisierung eher beiläufig und stellte sich in die Front der Kritiker an dem von Wirtschaftsminister Koch als Modell für eine sozialdemokratische Vergesellschaftung entworfenen So-

[46] Vgl. Anm. 284/1946. Allerdings konnte er seine Absicht, weitere Memoiren, vor allem von Politikern des Dritten Reiches (u.a. Meissner und Schwerin-Krosigk) in seiner Reihe zu veröffentlichen, nicht realisieren; vgl. Anm. 67/1948. Die Memoiren-Bibliothek war für ihn auch Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte, da die im Zuge der Nürnberger Prozesse veröffentlichten Dokumente „bisher ziemlich wirkungslos blieben"; so B. an Landin, 25.3.1948, in: Mat. Bergsträsser. Gleichzeitig versuchte er vergeblich, eine umfangreiche Dokumentation über die Nürnberger Prozesse auf der Basis der dort verwandten Materialien herauszugeben. Diesem Plan zeigte sich die Militärregierung wenig aufgeschlossen; vgl. Anm. 22/1946. Aus ähnlichen Motiven kritisierte er die von Gerhard Ritter u.a. entwickelten Lehrpläne für den Geschichtsunterricht, die nach seiner Auffassung eine bewußte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur vermieden; vgl. Eintragung 21.5.1948 mit Anm. 89/1948.

[47] Eintragung 23.4.1946.

zialgemeinschaftsgesetz.[48] Von den Kontroversen zwischen Landes- und Militärregierung um die Genehmigung des im Mai 1948 verabschiedeten Betriebsrätegesetzes, die dann im September mit dem für hessische Gewerkschaftler und Sozialdemokraten nicht zufriedenstellenden Kompromiß der Suspendierung wirtschaftlicher Mitspracherechte endeten, vermittelt das Tagebuch nichts.[49]

Demgegenüber wuchs das außenpolitische Interesse, je mehr sich die Spannungen zwischen den Westmächten einerseits und der Sowjetunion andererseits verschärften und die künftige außenpolitische Orientierung des geteilten Deutschlands festgeschrieben wurde. Dabei richtete Bergsträsser, der aus dem Elsaß stammte, in Paris studiert hatte und französische Literatur bewunderte, sein Augenmerk vor allem auf den unmittelbaren Nachbarn im Westen. Schon 1945, am Tiefpunkt des deutsch-französischen Verhältnisses, hoffte er auf einen Ausgleich zwischen beiden Staaten. Der Blick auf Frankreich und das Verständnis für französische Ängste waren für einen Sozialdemokraten dieser Zeit keineswegs typisch. Dies manifestiert sich in Bergsträssers kritischen Bemerkungen zu Schumacher. Bei dem ersten Zusammentreffen noch sichtbar von dem durch Verfolgung gekennzeichneten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie beeindruckt, wandelte sich die Begeisterung in Distanz, je deutlicher Schumachers außenpolitische Konzeption hervortrat.[50] Der auf die angloamerikanischen Siegermächte ausgerichteten Sichtweise, verknüpft mit Angriffen auf die Sowjetunion und Vorwürfen an die Adresse Frankreichs, stellte Bergsträsser das Ziel eines Ausgleichs mit allen vier Besatzungsmächten entgegen. Während eine Delegation des SPD-Parteivorstandes im Dezember 1946 in London weilte, unternahm Bergsträsser eine Reise nach Paris.[51]

[48] Dazu die Diskussion auf der Städtetagstagung am 3.5.1947 in Gießen; vgl. auch Anm. 18/1947 und Eintragung 25.11.1947.

[49] Die Auseinandersetzung um die Genehmigung des Mitbestimmungsrechtes im Einzelnen bei Mühlhausen, Hessen, S. 366. B. vermittelt von dieser höchst interessanten Diskussion wenig. Lediglich die Eintragung vom 31.5.1948 gibt Hinweis darauf, daß die CDU trotz Aufhebung des Fraktionszwangs geschlossen für die Annahme des Betriebsrätegesetzes stimmte.

[50] B. zeigt sich zu Beginn (Eintragungen 25.10.1945 und 6.1.1946) sichtlich von Schumacher beeindruckt. Die außenpolitischen Aktivitäten der Partei, insbesondere die Schumacher-Reise in die Vereinigten Staaten auf Einladung der AFL, kritisiert er dann ungemein scharf (Eintragung 25.9.1947). Darüber hinaus hält er die sozialdemokratische Politik in der Bizone für verhängnisvoll. Die Absetzung Rudolf Muellers und die Wahl von Viktor Agartz zum Leiter des Mindener Wirtschaftsamtes bezeichnet er ebenso als politische Unklugheit (Eintragung 4.2.1947) wie die Verweigerung der SPD, bei der Besetzung der bizonalen Wirtschaftsämter den Kompromiß mit der CDU zu suchen (Eintragungen 1.8.1947 und 4.10.1947).

[51] Vgl. den Reisebericht am Ende des Tagebuches 1946.

Das Bemühen um die deutsch-französische Verständigung hielt ihn allerdings nicht davor zurück, die überzogenen französischen Gebietsansprüche auf Rhein und Ruhr entschieden abzulehnen. Der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden und innenpolitische Konsolidierung lag für ihn in der Abwehr französischer Annexionspläne, obwohl er eine Kontrolle der schwerindustriellen Kapazitäten im Ruhrgebiet als Beruhigung der durch die Erfahrung dreier Kriege mit Deutschland verständlich erscheinenden französischen Ängste akzeptieren wollte. Vom außen- wie wirtschaftlichen Standpunkt mußte den hartnäckigen Abtretungsforderungen seitens der Pariser Regierung entschieden widersprochen werden, gerade weil die Zukunft der anderen beiden deutschen Kohlengebiete – die Saar und Oberschlesien – ungewiß blieb. Eigene Kohle war für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands unbedingte Voraussetzung.[52] Bergsträsser hoffte jedoch, daß Frankreich insgesamt im Konzert der alliierten Siegermächte eine vermittelnde Rolle spielen könnte: „Dabei ging ich von zwei Gedanken aus: erstens einmal, daß Frankreich an allen deutschen Problemen meist interessiert ist, zweitens, daß Frankreich eine gewisse Mittelstellung innerhalb der Siegermächte einnimmt. Wenn wir uns mit Frankreich in Verbindung setzen, nimmt uns das niemand übel. Wenden wir uns an Rußland, werden die Angloamerikaner mißtrauisch, wenden wir uns an die Angloamerikaner, werden die Russen mißtrauisch. Und dieses Mißtrauen würde immer bedeuten, daß man nun glaubt, Deutschland wolle versuchen, aus den Spannungen zwischen den Mächten – ganz natürlichen Spannungen – für sich Sondervorteile herauszuschlagen, d.h. die alte Politik ungebundenen Schaukelns wieder aufzunehmen. Es scheint mir aufs äußerste wichtig, daß wir dies vermeiden."[53]

Grundvoraussetzung, den Ausgleich mit allen vier Besatzungsmächten zu verwirklichen, war für Bergsträsser, daß die Verbindungen zur sowjetisch besetzten Zone trotz tiefer werdender Spannungen zwischen Ost und West nicht abrissen. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947) wurden allerdings die Hoffnungen von deutscher Seite, an den Verhandlungen beteiligt zu werden und demnächst einen Friedensvertrag zu erhalten, ebenso enttäuscht wie die Erwartungen, man könne doch noch eine gemeinsame deutsche Verfassung entwickeln. Auch Bergsträsser teilte die Illusion, daß Deutschland an den alliierten Erörterungen um die deutsche Zukunft beteiligt würde.[54] Seine Denkschrift über die „Frage der zukünftigen deutschen Verfassung" vom Mai 1947, einer ge-

[52] So B. in seiner Denkschrift: „Ruhr, Rhein und Friede", 7.3.1947; in UB-MR, NL Bergsträsser 1.

[53] Mat. Bergsträsser: B. an Laure Cames, 6.2.1947.

[54] In diesem Zusammenhang ist die Einladung an Paul Reuter zu sehen; vgl. Eintragung 4.2.1947.

samtdeutschen Verfassung, entsprach zu diesem Zeitpunkt zweifelsohne den Wünschen vieler deutscher Politiker, war aber in dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt unzeitgemäß, weil gerade die Moskauer Konferenz die Uneinigkeit der Alliierten unterstrich.[55] Die Entzweiung der Siegermächte, die zum Jahresende 1947 auch für die Politiker im besetzten Deutschland unübersehbar wurde, bewog dann auch Bergsträsser, die Notwendigkeit der westeuropäischen Bindung voranzustellen. Im bipolaren System der Weltmächte war für einen eigenständigen – und dies hieß auch eigenverantwortlichen – deutschen Weg, in deutscher Einheit und losgelöst von außenpolitischen Orientierungen, kein Platz.

So unterstützte auch Bergsträsser den von den Westmächten vorgezeichneten Schritt zur separaten Weststaatsgründung als Chance, für das besetzte Deutschland weitergehende Rechte, wenn nicht gar die volle Souveränität zu erringen. Daß er dabei die im Juni 1948 durch das Londoner Kommuniqué angekündigten, am 1. Juli den Ministerpräsidenten vorgelegten Mechanismen weiterer Kontrolle durch ein Besatzungsstatut, vor allem im außenpolitischen Bereich, als unzeitgemäß und auf dem Weg zur Souveränität hinderlich ablehnte, änderte nichts an der grundsätzlichen Bejahung des eingeschlagenen Weges hin zum Separatstaat.[56] Es ist dabei einigermaßen auffallend und dokumentiert den sich verstärkenden Isolierungsprozeß, in dem sich die kommunistische Partei befand, daß Bergsträsser, der 1946 durchaus eine Möglichkeit zur Einbeziehung der KPD in die hessische Regierung gesehen hatte, unter dem Eindruck der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei und des tiefer werdenden Grabens zwischen Ost und West vor dem Landtag eine – wie er selbst notierte – antikommunistische Rede hielt, mit schneidenden Angriffen gegen die immer stärker in sowjetische Abhängigkeit geratende KPD und die im Osten Europas anhaltende Pressionspolitik.[57]

IV.

Wenn Bergsträsser die Versetzung in den Ruhestand als Hessischer Regierungspräsident im August 1948 ohne Kommentar hinnahm, so geschah dies in der Gewißheit, daß sich ihm in der Mitwirkung an der Konsolidierung des neuen Westzonen-Staats ein neues Betätigungsfeld eröffnen würde. Die hessische SPD nominierte ihn gemeinsam mit Zinn und Hoch

[55] B.s Denkschrift über die „Frage der zukünftigen deutschen Verfassung" vom 19.5.1947 ist im Anhang als Dok. 4 abgedruckt.

[56] Die Einschätzung B.s wird in zwei ausführlichen Zeitungsartikeln deutlich; Auszüge in Anm. 126 und 127/1948.

[57] Vgl. Eintragungen 23.3. und 29.4.1948 mit Anm. 64/1948.

für den Parlamentarischen Rat. Wie schon die Beratungen um die hessische Verfassung, entsprach die hier gestellte Aufgabe dem ureigensten Interesse Bergsträssers, der damit zu einem der Schöpfer des Grundgesetzes wurde.[58] Fast zwangsläufig ergab sich daraus die Wahl in den ersten deutschen Bundestag. Im Wahlkreis Groß-Gerau/Maintaunus errang er mit sicherem Vorsprung das Direktmandat. Im Bundestag selbst engagierte sich Bergsträsser weiter in kulturpolitischen Fragen und zählte zu den Initiatoren der 1952 aufgebauten „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien", die ihm 1953 zu seinem 70. Geburtstag eine Festschrift widmete.[59] Persönlichen Anteil nahm er auch an der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte in München, in dessen wissenschaftlichen Beirat er tätig war.[60] All diese Aktivitäten schienen mit der Berufung auf einen der drei vom hessischen Kabinett eingerichteten Lehrstühle für Politik ihren Höhepunkt zu finden. Obwohl er lange Zeit als erster Anwärter auf diese neu geschaffenen Professuren galt und vom hessischen Kultusminister Stein empfohlen wurde, entschieden sich die Universitäten von Marburg, Frankfurt und Darmstadt für Abendroth, Meyer und Kogon. Das war zweifellos eine erneute Enttäuschung für Bergsträsser, der sich sichtlich übergangen fühlte, hatte er doch gerade in Darmstadt auch während seines Bundestagsmandates einen Lehrauftrag wahrgenommen.[61] Ein Lehrauftrag an der Universität Bonn konnte da nur schwachen Trost bieten.

Für den zweiten Bundestag hat Bergsträsser, mittlerweile 70 Jahre alt, nicht mehr kandidiert. Er zog sich aus der aktiven Politik zurück und starb am 22. März 1960, kurz nach Vollendung seines 77. Lebensjahres, an den Folgen eines Herzinfarkts in Darmstadt.

V.

Als Politiker der ersten Stunde und führendes Mitglied der hessischen SPD, als Regierungspräsident in Darmstadt, als Abgeordneter der Verfassungberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags war Ludwig Bergsträsser bestens über Politik und Strategie von Regierung und

[58] Bergsträßer, Mein Weg, S. 11. Dazu auch: Das Bonner Grundgesetz. Eine Einführung von L. Bergsträsser und Heinrich von Brentano, hrsg. vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt a. M., Frankfurt 1949.

[59] Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von L. Bergstraesser, hrsg. im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Alfred Herrmann, Düsseldorf 1954.

[60] Dazu Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554.

[61] Vgl. Anm. 86/1948.

eigener Partei informiert. Sein Tagebuch besitzt vor allem hohen Quellenwert für die regionale und lokale Nachkriegsgeschichte Hessens und des Darmstädter Raums. Der Bestand an überlieferten Selbstzeugnissen ähnlicher Aussagekraft ist nicht allzu groß. Man wird bei der Beurteilung hessischer Politik dieser Phase in wichtigen Punkten nicht ohne Bergsträssers Aufzeichnungen auskommen können. Dies gilt insbesondere für die Bewertung des Verfassungskompromisses und die Auseinandersetzung zwischen der gewählten Verfassungberatenden Landesversammlung und der amerikanischen Besatzungsmacht um den Sozialisierungsartikel, denn die Kontroverse spielte sich vornehmlich auf der direkten, mündlichen Ebene ab. Da die schriftlichen Überlieferungen von Landesversammlung und Militärregierung, die mittlerweile leicht zugänglich sind, nicht allzu inhaltsreich sind, können Bergsträssers detaillierte Aufzeichnungen zu diesem Komplex wichtige Aufschlüsse geben. Die Eiertänze um den Sozialisierungsartikel sind anderswo kaum in einer solchen Dichte dokumentiert.

Dasselbe gilt auch für die Bildung der provisorischen Regierung Geiler. Zwar kommentiert Bergsträsser mehr als Beobachter denn als direkt Beteiligter, doch teilt er mit seinen Aufzeichnungen wichtige Berichte von Vertrauenspersonen mit. Wie stark dabei persönliche Beziehungen, die in ihrer Bedeutung für politisches Handeln nicht zu unterschätzen sind, mitgespielt haben, erfährt der Betrachter durch die Notizen. Es wird ebenso gezeigt, daß die Krise im Februar 1946 nicht binnen weniger Tage, mit dem formellen Zurückweichen der Sozialdemokratie, bereinigt war, daß sie vielmehr nachhaltig auf das politische Klima in Hessen eingewirkt hat. Der zweite Teil von Bergsträssers Aufzeichnungen für die Jahre 1947 und 1948 weist sicher nicht mehr die Dichte der ersten zwei Jahre auf, doch dokumentieren sie die wesentlichen Probleme der ersten Legislaturperiode und geben interessante Einblicke in Verwaltung und Regierungstätigkeit, in das Verhältnis zwischen der Regierungszentrale in Wiesbaden und der nachgeordneten Verwaltung in der Provinz. Mitunter drückt Bergsträsser seine Abneigung gegen die Landesregierung, die sicherlich zu einem Großteil aus der Enttäuschung über die Regierungsbildungen von 1945 und 1946 erwuchs, in sehr drastischen Worten aus. Er überzeichnet damit das gegenseitige Verhältnis, so daß der nicht immer den realen Gegebenheiten entsprechende Eindruck eines fortwährenden Konflikts entstehen mag. Doch spielen etwa in der Behauptung regionaler Eigenständigkeit gegen überzogenes Zentralisierungsbestreben durchaus auch grundsätzliche Überlegungen mit. Bergsträsser scheute sich nicht, Konflikte, Affären und Skandale festzuhalten; dies gilt im besonderen für Darmstadt selbst. Von Interesse sind im Tagebuch auch jene Passagen, die Einblick in die Struktur der amerikanischen Militärregierung gewähren, die zeigen können, daß zwischen den einzelnen Ebenen bzw. Abteilungen durchaus Streitpunkte und persönliche Aversionen vorhanden waren. Zum Teil minutiös sind die Darlegungen über die Regierungskrise zwischen SPD und

CDU anläßlich der Kreistagswahlen 1948; für einzelne Orte und Kreise sind diese Passagen von besonderem Wert. Doch spiegeln die Aufzeichnungen auch – zwangsläufig in etwas geringerem Maße, da Bergsträsser eben nur einer von drei Regierungspräsidenen in einem Land der amerikanischen Zone war – die außen- und deutschlandspolitischen Erwartungen und Hoffnungen der ersten drei Nachkriegsjahre. Von besonderem Interesse sind dabei Einschätzungen der französischen Siegermacht, die im Zentrum von Bergsträssers außenpolitischem Denken rangiert.

Es mag auffallen, daß politische Intentionen und Neuordnungsvorstellungen nicht so sehr im Vordergrund des Tagebuches stehen, wie man dies bei einem engagierten Historiker und Politiker erwarten könnte. Das alltägliche Geschäft eines regionalen Verwaltungschefs im besetzten und zerstörten Deutschland war von zeitbedingten Nöten bestimmt. Sie finden auch in Bergsträssers Notizen ihren Niederschlag und nehmen breiten Raum ein. Gerade hier liegt ein weiterer Reiz des Tagebuches. Bergsträsser beschreibt die Unregelmäßigkeiten in der Phase des Neubeginns, in der eben nicht das politische Konzept, sondern die Sorge um Alltägliches die Zeitläufe prägte. Notierte Randerscheinungen wie die bekannten Nudeln in der Staatskanzlei, die sinkende Widerstandsfähigkeit als Folge mangelhafter Ernährung (Beispiel Frl. Kögel), die Gier nach lange vermißten Vergnügungen, Reise- und Paßschwierigkeiten, das Einfrieren von Benzin, Sorge um sich ausbreitende Geschlechtskrankheiten und das Umsichgreifen von Wurmerkrankungen – bruchstückhafte Ausschnitte der Zeit, Nebensächlichkeiten wie es scheint – gewinnen erst in ihrer Addition an Bedeutung und zeigen Konturen dieser Jahre. Dabei ist auch der politische Amtsträger den Problemen des Mangels unterworfen. Verlorengegangene Kartoffelmarken müssen erst wieder besorgt werden. Zugleich ist diese Zeit nicht frei von Bestechung und Korruption, von persönlichen Schwächen in Verantwortung stehender Personen, von der Verdächtigung, der politische Würdenträger sei ohnehin bessergestellt. In das von Bergsträsser vermittelte Bild der Zeit gehört auch die schlagartig mit der Währungsreform verbesserte Lage des Marktes. Plötzlich kann man nicht nur Nahrungsmittel legal außerhalb des Schwarzmarktes erwerben, auch die Geschäftsleute setzen ihre Verbrauchsgüter in erhöhtem Maße ab. Bergsträsser wirft ein sehr persönliches Licht auf Leben und Lebensumstände der Okkupationsperiode, auf das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten, das bei aller Aufgeschlossenheit zwischen Amerikanern und Deutschen nicht durch Gleichrangigkeit gekennzeichnet war. Persönliche Freundschaften schloß dies keineswegs aus. Zahlreiche Einladungen zum Essen oder gemeinsame Veranstaltungen legen hierfür Zeugnis ab.

Die spontanen, wohl nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmten Aufzeichnungen, die zum Teil einen gewissen Mangel an Selbstkritik und eine aus der Distanz befremdliche Überheblichkeit Bergsträssers dokumentieren, überzeichnen nicht selten Situationen und können Zeitgenossen des

Darmstädter Regierungspräsidenten in ein nicht zutreffendes Licht setzen. Ludwig Metzger etwa, der sich als Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt nicht nur beim Aufbau der Stadt große Verdienste erwarb, konnte in seiner bewußten Hinwendung zum religiösen Sozialismus von Bergsträsser kaum verstanden werden, der selbst – gerade zu Beginn der Aufzeichnungen – mit Vorwürfen an die Adresse der Kirchen nicht sparte („Die Kirche ist der Tod des Christentums" – 10. 12. 1945). Gerade im Fall Metzger stehen gelegentliche, abfällig wirkende Bemerkungen im Widerspruch zu der langjährigen freundschaftlichen Beziehung der beiden „Männer der ersten Stunde" und ihrer Familien. Harsche, ungerechtfertigte Urteile über Staatssekretär Brill auf der anderen Seite entsprangen allzu offensichtlich der Konkurrenz um die Führung in Hessen. Bergsträsser übte mit dem politischen Gegner und erst recht mit dem Parteifreund keine Nachsicht und hat die entsprechenden Passagen wohl auch bewußt nicht korrigiert. So bleibt hier ein recht subjektives Bild, das politischen Gegnern und Mitstreitern oft nicht gerecht wird.

Der Wert der Quelle überwog jedoch die Bedenken gegen eine Publikation der Aufzeichnungen Bergsträssers einschließlich ihrer zum Teil ungerechten Werturteile. Das Tagebuch macht ja zugleich deutlich, daß auch die Person Bergsträssers innerhalb der Partei nicht unumstritten war. Kontroversen werden naturgemäß – darin liegt Manko und Reiz eines Tagebuches zugleich – im Normalfall nur einseitig von Bergsträssers Standpunkt beleuchtet. Er hat sein Tagebuch, eine Folge von Momentaufnahmen seines Lebens, nicht mehr nachträglich überarbeitet, abgeschwächt und verändert, wie dies die Rücksicht auf andere Personen vielleicht nahegelegt hätte. Dies wiederum unterstreicht jedoch die Authentizität der unverfälschten Quelle, die von geringfügigen Details abgesehen ungekürzt vorgelegt wird.

Zur Edition

Ludwig Bergsträsser führte vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis zur Berufung in den Parlamentarischen Rat im September 1948 Tagebuch. Der erste Teil der Tagebücher endet am 7. April 1945. Der hier veröffentlichte zweite Teil beginnt im Oktober 1945 und schließt somit an die von Bergsträsser (in: VfZ 5/1957, S. 397–416) mitgeteilten „Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen" an. Die Eintragungen enden am 6. August 1948. Überliefert ist ein Schreibmaschinenmanuskript, dessen Original von den Kindern Bergsträssers, Gisela, Christine und Ludwig, in Darmstadt verwahrt wird. Ein Durchschlag befindet sich im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt (Abt. O 21), eine weitere Kopie im Institut für Zeitgeschichte in München. Das im Staatsarchiv Darmstadt aufbewahrte Exemplar liegt in einem Umschlag, auf dem Bergsträsser handschriftlich notiert hat: „Tagesnotizen Prof. Bergstraeßer 1945–1948 täglich oder in Abständen von ganz wenigen Tagen der Sekretärin diktiert. B. 27. VIII 53."

Das Manuskript, auf dem rechten oberen Rand durchnumeriert (Blatt 1–192 ohne Lücken), ist in drei Abschnitte unterteilt, die nochmals gesondert durchgezählt sind:

Teil I (Bl. 1–25): 19. 10. 1945–6. 2. 1946
Teil II (Bl. 26–135): 11. 2. 1946–31. 12. 1947
Teil III (Bl. 136–192): 1. 1. 1948–6. 8. 1948

Bergsträsser hat das Tagebuch nicht mehr überarbeitet. Nur in ganz wenigen Fällen finden sich im Original handschriftliche Verbesserungen, die zum Teil in den Durchschlägen fehlen. Als Grundlage für diese Veröffentlichung diente das Original. Ob Bergsträsser selbst eine Publikation geplant hat, ist nicht feststellbar. Ein Vermerk vom 12. Februar 1948 – „Über die Zurechtmachung meines Tagebuches gesprochen" – mag sich auf das handschriftlich geführte Tagebuch der Kriegsjahre beziehen, das nachträglich transkribiert wurde. Der Zustand des hier zugrundegelegten Originaltexts läßt jedenfalls darauf schließen, daß er so nicht zur Publikation vorgesehen war, da Schreib- oder Hörfehler der aufnehmenden Sekretärin unkorrigiert geblieben sind und die häufig falsche Schreibung von Namen und Fremdwörtern nicht verbessert wurde: *Griedermann* für Kriedemann, *Byrd* für Burt, *Kniedingen* für Knittlingen, *okkulent* statt opulent etc. Rechtschreibfehler und Falschschreibungen von Eigennamen, Fremdworten bzw. fremdsprachlichen Ausdrücken wurden in der Edition stillschweigend korrigiert, soweit sie offensichtlich waren bzw. Personen eindeutig identifiziert werden konnten. In einigen Fällen war dies nicht möglich (z. B. *Dumkow oder so,* Eintragung 11. 1. 1946).

Lücken im Original wurden im Text vermerkt, Ergänzungen des Bearbeiters mit [] gekennzeichnet. Personen, die lediglich mit Amtsbezeichnungen o.ä. Erwähnung finden, werden im Text mit [Namen] genannt, sofern sie eindeutig identifiziert und namentlich ermittelt werden konnten. Aufgrund der Vielzahl der vorkommenden Personen wurde auf personelle Anmerkungen weitgehend verzichtet; an ihre Stelle tritt ein Personenregister mit kurzen biographischen Angaben. Da Bergsträsser seine Eintragungen oft erst nach einiger Zeit (s.o.) vorgenommen bzw. diktiert hat, ist die Chronologie nicht immer voll gewahrt worden. Sie wurde im Regelfall – soweit dem nicht sachlogische Zusammenhänge entgegenstehen – ohne nähere Kennzeichnung wieder hergestellt. Das Bild der Eintragungen ist nicht einheitlich. Sie wurden zu Beginn oft nur mit Wochentag ohne Datum oder mit Datum (mit und ohne Jahresangabe) ohne Wochentag geführt. Soweit es zulässig schien, wurde ohne besonderen Hinweis auf Tag und vollständige Datumsangabe vereinheitlicht.

Die Grundsatzentscheidung von Herausgeber und Bearbeiter zur vollständigen Publikation schließt einzelne, geringfügige Kürzungen nicht aus, die durch [...] sichtbar gemacht wurden. Es handelt sich vor allem um knappe Eintragungen (z.B. *Sonntag: Zuhause*), die ohne wesentliche Aussagekraft sind. Kürzungen von längeren Passagen wurden entsprechend angemerkt.

Der Bearbeiter hat es für notwendig erachtet, vorhandene Lücken oder Unterbrechungen im Tagebuch durch ergänzende Quellen zu schließen. Dies betrifft die Reisen nach Berlin, Paris und London, über die Bergsträsser unmittelbar danach Aufzeichnungen angefertigt hat oder anfertigen ließ. Darüber hinaus erschien es sinnvoll, dem eigentlichen Tagebuch eine tagebuchähnliche Aufzeichnung voranzustellen, ohne die die nachfolgenden Eintragungen z.T. unverständlich bleiben würden. Die ergänzenden Dokumente sind durch Einrückung ausgewiesen.

Eine wesentliche Lücke konnte allerdings nicht ausgeglichen werden. Nach dem 7. Dezember 1946 brechen die Aufzeichnungen ab. Ob Bergsträsser die Eintragungen fortgeführt und später entfernt hat oder ob er – bedingt durch die Frankreich-Reise – keine Eintragungen vorgenommen hat, läßt sich nicht mehr feststellen. Anzeichen deuten darauf hin, daß er die weiteren Aufzeichnungen nachträglich herausgenommen hat (vgl. Anm. 349/1946).

Die zum Teil rudimentären und doch sehr ins Detail gehenden Aufzeichnungen erfordern einen umfangreichen Anmerkungsapparat. In erster Linie wurden hierbei die zeitgenössische Presse und archivische Unterlagen herangezogen. Bei den erwähnten Reden Bergsträssers und sonstigen Sachverhalten wurde nur dann auf weitere Quellen hingewiesen, soweit sie nähere Informationen bereithalten.

Eine wichtige Grundlage für die Sachanmerkungen bildet der in der Universitätsbibliothek Marburg verwahrte Teil-Nachlaß Bergsträssers, der

ursprünglich im Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg verwahrt wurde. Einzelne, von früheren Bearbeitern als im Nachlaß befindliche zitierte Schriftstücke sind mittlerweile dort nicht mehr zu ermitteln (vgl. Anm. 120/1946). Ohne den noch bei den Kindern Bergsträssers erhaltenen Schriftwechsel Bergsträssers aus den Jahren 1945 ff. (20 Aktenordner, zitiert: Mat. Bergsträsser) hätte die Publikation nicht vollendet werden können.

Bergsträsser selbst hat für seinen eigenen Namen recht unterschiedliche Schreibweisen verwendet. Während für die Zeit vor 1945 fast durchweg die Schreibweise *Bergsträßer* zu finden ist, benutzt er nach 1945 vornehmlich *Bergsträsser*, aber auch *Bergsträßer*, *Bergstraeßer* und *Bergstraesser*. Soweit in den Anmerkungen nicht direkt Bezug zu Literatur Bergsträssers oder zu Zeitungsartikeln genommen wird, ist grundsätzlich die Schreibweise *Bergsträsser* gewählt worden, zu der er wohl in der Mitte der fünfziger Jahre endgültig übergegangen ist. Da Bergsträsser in seinem Tagebuch in erster Linie als Chronist von Ereignissen auftritt, werden im zweiten Teil noch einige ergänzende Dokumente (drei Reden und eine Denkschrift) abgedruckt, die stellvertretend für seine politischen Konzeptionen stehen. Der Abdruck dieser Dokumente wie auch der im Tagebuch integrierten Berichte und Aufzeichnungen erfolgte mit Genehmigung der Kinder von Ludwig Bergsträsser und des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg.

An dieser Stelle danke ich besonders Frau Dr. Gisela Bergsträsser, die durch die zahlreichen Gespräche bei der Klärung von Sachverhalten unerläßliche Hilfe gewährte. Emil P. Walk, Dr. Ekkehard Born, Dr. Artur E. Bratu und Otfried Keller haben durch zusätzliche Informationen wesentlich zur Verifizierung von Sachverhalten beigetragen. Darüber hinaus danke ich zahlreichen Institutionen und Privatpersonen für die Unterstützung bei der Vervollständigung des Namenregisters. Das Hessische Staatsarchiv Darmstadt, Prof. Dr. Eckhart G. Franz und Armin Hildebrandt besitzen wesentlichen Anteil an der Publikation. Sie reduzierten die Schwierigkeiten, die bei der Bearbeitung eines Darmstädter Tagebuchs für einen Nordhessen entstehen.

Im April 1986 Walter Mühlhausen

Tagebuch 1945

Montag, 15. Oktober 1945:
Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler, Wiesbaden, in Frankfurt/M. (verfaßt am 19. Oktober 1945)[1].

Montag, den 15. Oktober 1945 fuhr ich morgens nach Frankfurt zu einer Besprechung mit Prof. Geiler, Heidelberg, der mit der Bildung der Regierung Groß-Hessen beauftragt war. Er hatte schon Samstag in einer Rücksprache mit meinen Parteifreunden bedauert, daß er mich bisher nicht habe sprechen können, erst gesagt, er wolle mich Montag früh aufsuchen, dann das zurückgezogen, weil er infolge einer anderen Nachricht umdisponieren mußte, und hatte mich dann in einem Gespräch mit Walk am Sonntag bitten lassen zu kommen. Ich traf ihn in der Handelskammer. Nach kurzer Begrüßung bot er mir die Stelle des Vizepräsidenten des Minsteriums an, mir freilassend, ob ich ein Ministerium übernehmen wolle oder nicht. Er denke dabei an das Ministerium des Innern. Ich lehnte ab mit der Begründung, daß erstens seine Regierung, wie mir schiene, ein Gemisch einer Geschäftsregierung und einer parteipolitisch fundierten Regierung sein solle. Ich sei in dieser Beziehung für klares Entweder – Oder. Zweitens sagte ich, daß ich mit einem seiner vermutlichen Minister, nämlich Herrn Mattes, der zum Finanzminister, wie ich wisse, ausersehen sei, nicht zusammenarbeiten möchte, da Herr Mattes zu denen gehöre, die in Neustadt weggegangen seien, als die Franzosen kamen.[2] Das sei für mich, da der Träger eines so hohen Amtes eine Verantwortung gegenüber der von ihm regierten Bevölkerung habe, ein Zeichen absoluter Verantwortungslosigkeit. Überdies setzte ich auch aus persönlichen Gründen Zweifel in die möglichst gedeihliche Zusammenarbeit, da Herr Mattes kürzlich in meiner Regierung gewesen, dort Herrn Dr. Boll aufgesucht, ihn um Auskünfte gefragt und sich dabei den Anschein gegeben habe, als komme er von mir, während er

[1] In: UB-MR, NL Bergsträsser 2.

[2] Mattes war zuvor Leiter der Abt. Finanzen in der in Neustadt gebildeten Regierung Mittelrhein-Saar (Regierungsbezirk Pfalz, Saarland, Rheinhessen, Trier und Koblenz) unter Oberpräsident Heimerich. Nach Abschluß des Zonenabkommens am 22. 6. 1945, das u. a. Rheinhessen der französischen Zone zuschlug, löste sich die Regierung Heimerich auf, und einige leitende Beamte folgten der bis dahin für Neustadt zuständigen Militärregierungseinheit unter Col. Newman nach Wiesbaden. Vgl. Ulrich Springorum, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1947), Berlin 1982, S. 63.

tatsächlich nicht bei mir gewesen war, mich also geschnitten hatte.[2a] Das sei eine unbedingte Taktlosigkeit. Er sprach dann weiter über die Besetzung seiner Ministerien, und er bat mich um Äußerung dabei, auch über die Personen. Ich billigte Oskar Müller, wurde auch wegen Besetzung des Landwirtschaftsministeriums nach Dr. Häbich gefragt, sagte, daß ich ihn wenig kenne, aber aus einigen dienstlichen Unterredungen und Denkschriften den Eindruck hätte, er sei ein Einspänner und nicht ganz klar in seinen Plänen. Er hatte erwogen, ihm das Landwirtschaftsministerium anzubieten und fragte mich, ob ich jemand anders wisse, worauf ich den Grafen Matuschka-Greiffenklau nannte, der Gutsbesitzer im Rheingau und zugleich in der Verwaltung erfahren sei als bisheriger Oberregierungsrat. Als er nach den anderen fragte, sagte ich ihm, daß mir über Dr. Fritz, den er zum Justizminister ausersehen hatte, gesagt worden sei, dieser sei von den Nazis ziemlich unvermittelt 1934 befördert worden und gelte als nazi-affiliiert. Die außergewöhnliche Beförderung sei sicher. Die Affiliation könne ich nicht nachprüfen.[3] Im weiteren Gespräch kam er dann nochmals auf die Vizepräsidentschaft zurück. Wir stimmten dahin überein, daß der Vizepräsident besser kein Ressort habe, da er ja dazu bestimmt sein müsse, den Ministerpräsidenten allgemein zu entlasten und auch Sprechminister zu sein, infolgedessen über alle Fragen und die Tätigkeit aller Ressorts unterrichtet sein müsse. Er drang nochmals in mich, ich sagte wieder, daß ich nicht wolle und daß ich höchstens auf strikten Befehl meiner Partei evtl. mich würde bestimmen lassen müssen, daß ich aber nicht annähme, meine Partei werde mich in dieser besonderen Situation dazu veranlassen wollen. Überdies machte ich ihn darauf aufmerksam, daß es wohl für sein eigenes Ministerium nicht klug sei, mich mit vorzuschlagen, da er nach meinen Eindrücken auf Widerstand bei der Militärregierung Wiesbaden stoßen werde. Ich sei dort unbeliebt, da man dort nicht mit Unrecht meine, daß ich die Möglichkeit Heimerich zunichte gemacht habe.[4] Die

[2a] Vgl. StA-DA, H 1 RP Liste 15/2: Niederschrift über den Inhalt einer Unterredung zwischen Mattes und Boll am 1.10.1945 (verfaßt von Boll). Mattes, von dem Boll glaubte, er sei von B. geschickt worden, wollte Auskünfte über die Finanzorganisation im Volksstaat, da er Berater der Militärregierung beim Regierungspräsidium in Wiesbaden sei. Für Boll war nicht ersichtlich, ob Mattes nur Kontakt aufnehmen oder Material für Heimerich beschaffen wollte.

[3] Fritz wurde zwar zum Justizminister ernannt, doch schon am 28.10. wieder entlassen.

[4] Heimerich wurde von der Civil Administration Division des Office of Military Government Greater Hesse (OMGH), der Landesmilitärregierung in Wiesbaden, favorisiert, von hessischer Seite jedoch abgelehnt; man verübelte ihm, daß er bei seiner Ankunft in Wiesbaden wie der kommende Ministerpräsident auftrat und den Regierungspräsidenten Anweisungen zu erteilen suchte, wogegen sich B. ausdrücklich verwahrte; vgl. sein Schreiben an die Militärregierung, 26.7.1945, in: Bergsträsser, Zeugnisse, S.407.

Unterhaltung spielte sich in den angenehmsten Formen ab. Er nahm freundlich Abschied. Er schien meiner Versicherung, daß ich nicht nur loyal mit ihm zusammenarbeiten wolle, sondern auch innerlich zur Zusammenarbeit bereit sei, Glauben zu schenken. Zum Schluß sprachen wir noch über Oberschulrat Friedrich, und ich sagte ihm, daß ich diesem schon am Sonntag wie einem lahmen Schimmel zugeredet hätte, das Angebot, ins Kultusministerium als Beamter einzutreten, anzunehmen. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß ich für Hessen staatsbürgerlichen Unterricht eingeführt hätte[5], und bat ihn, das doch auch für Groß-Hessen zu tun, worauf er anerkennend und billigend einging.

Ich fuhr dann ins I.G.-Gebäude und besuchte Major Oppenheimer, den ich bat, einen Handkoffer mit Sachen von uns aus Potsdam gelegentlich mitzubringen. Oppenheimer kam auf die Amerika-Sache zurück.[6] Ich erklärte erneut meine Bereitwilligkeit und bemerkte, es sei zwar ein gewagtes Unternehmen, aber es biete u.U. die Möglichkeit, einen Türspalt aufzumachen, und die müßte man wahrnehmen. Er fragte dann nach der Bildung der Wiesbadener Regierung. Ich erzählte ihm von dem Angebot und der Ablehnung. Er meinte selbst, ich hätte doch annehmen sollen, war aber dann doch meiner Meinung, daß ich richtig gehandelt habe.

Von da fuhr ich zu Binder, wo mir gesagt wurde, er sei im Zimmerweg im Gewerkschaftshaus. Dort traf ich ihn in einer Sitzung der SPD. Anwesend Venedey, Knothe, Metzger, Stock, Richter, Schäfer, Friedrich. Geiler hatte inzwischen mit ihnen gesprochen und ihnen die Vorschläge von sich aus gemacht, die ich ihm vorgeschlagen hatte: kein Vizepräsident, nur einen Stellvertreter, und zwar den Minister des Inneren, für den er Hoch, Kassel, ausersehen habe. Venedey Justiz, Oskar Müller Arbeit, Mattes wahrscheinlich Finanz, Hilpert Wirtschaft; Binder sollte ein neues Ministerium Wiederaufbau bekommen, da die Kommunisten auf dem Arbeitsministerium beständen und er die Kommunisten unbedingt dabei haben wolle. Man war gerade in der Debatte darüber, wußte, daß ich das vorgeschlagen hatte, war erfreut und legte nur fest, daß Binder Präsident des Landesarbeitsamtes bleiben und da nur beurlaubt werden solle, mit der schriftlich niederzulegenden Bedingung, daß sein Nachfolger ein Sozialdemokrat sein werde. Knothe ging hinaus. Geiler sagte ihm dies zu. Wir sprachen dann noch darüber, daß Geiler die Parteien um Vorschläge für die Besetzung der Beamtenposten

[5] Staatsbürgerlicher Unterricht wurde kraft Erlaß vom 25.10.1945 ab 7. Schuljahr Pflichtunterrichtsfach mit 2 Wochenstunden; Erlaß in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

[6] B. sollte vor dem amerikanischen Rundfunk sprechen. Die „Sachen aus Potsdam" waren persönliche Gegenstände, die B. nach der Ausbombung im September 1944 bei Freunden in Potsdam untergebracht hatte.

in den einzelnen Ministerien gebeten habe, und wir einigten uns, daß wir am Donnerstag in einer neuen Sitzung solche Vorschläge ausarbeiten sollten. Friedrich blieb noch da und erzählte mir abends, daß in einem weiteren Gespräch mit den Kommunisten Geiler gesagt habe in bezug auf Kultur, er sei für Trennung von Staat und Kirche und er wolle staatsbürgerlichen Unterricht einführen. Die Antworten auf andere Fragen habe ich nicht behalten. Ich fuhr nach Hause und legte mich erkältet ins Bett.

Dienstag morgen gegen 9 Uhr Anruf von Fräulein Cames, es sei aus Wiesbaden telefoniert worden, ich hätte von Geiler verlangt, daß er einen Teil meiner Beamten übernähme. Ich antwortete, das sei eine infame Lüge, und ich möchte wissen, wer das aufgebracht habe, um dem Betreffenden ein paar Ohrfeigen zu geben. Cames war erstaunt über die Schärfe meiner Äußerung. Ich hatte Geiler schon gestern gesagt, daß ich bei seiner Einführung heute meiner Krankheit wegen wohl nicht zugegen sein könne, Ahl fuhr statt dessen. Auch einige andere waren drüben. Aus dem Telefonat hatte ich schon den Eindruck, der schon vorher in mir aufgestiegen war, daß man mich hier beseitigen wolle. Nachmittags kam Friedrich und erzählte, daß die Besetzung der Ämter sich inzwischen wieder geändert habe: Venedey Inneres, Dr. Fritz, Hanau, Justiz, Vizepräsident bisher nicht, Hilpert noch unsicher. Hoch, der auch anwesend war, sei gesagt worden, man habe nichts gegen ihn, ob er das Wirtschaftsministerium übernehmen wolle. Er habe geantwortet, davon verstehe er nichts, das lehne er strikt ab. Es wurde dort auch verhandelt über ein weiteres Wiederaufbau-Ministerium, das Binder bekommen solle. Die Sache ist aber noch in der Schwebe. Auch scheint von dem Beirat die Rede gewesen zu sein und angeboten worden zu sein, um die Partei zu entschädigen, solle sie in diesem Beirat den Vorsitzenden stellen.[7] Friedrich hatte den Eindruck, daß der Macher in Wiesbaden Mattes sei und daß er zusammen mit Landin mich herausbeißen wolle. Auch Ahl scheint dort sehr unbeliebt zu sein. Ich hatte am Montag, ehe ich nach Frankfurt fuhr, Williver noch privat gefragt, ob zwischen M.G. Darmstadt und Wiesbaden Gegensätze beständen. Er hatte gesagt, sie kennten sich kaum, aber sachliche Reibungen scheinen doch vorhanden zu sein. Mindestens hat Williver am Samstag, als ich ihm erzählte, daß Stock die Nachricht gebracht habe, in einer Arbeitstagung von Amerikanern und Deutschen in Höchst sei am Freitag nachmittag Geiler von Newman als Ministerpräsident vorgestellt worden, sehr deutlich seinen Unmut darüber geäußert, daß wir derartige Dinge früher erführen als die doch sehr daran interessierten Militärregierungen.

[7] Gemeint ist der im Februar 1946 nach heftigen Kontroversen gebildete Beratende Landesausschuß, der dann doch unter Vorsitz Geilers zusammentrat; vgl. Anm. 71/1946.

Freitag, 19. Oktober 1945

Nachmittags Frankfurt – USFET[8], Major Oppenheimer. Der Vorschlag, den er mir vor 10 Tagen, mich im Jägerhaus[9] aufsuchend, gemacht hatte, im amerikanischen Rundfunk zu sprechen, hat sich geändert. Leider brauche ich nicht hinüber. Ich spreche von Wiesbaden aus. 7½ Minuten Programm – Hoffnungen der Demokratie in Deutschland. Die anderen Redner sind alles höchst prominente Leute, französischer Minister, evtl. Stalin, Abschluß durch Truman selbst. Wird manchen Leuten Spaß machen. Mir in der augenblicklichen Situation besonders erwünscht. Morgens langes privates Gespräch mit Williver über meine Stellung und die Absicht der Wiesbadener, mich hinauszuwerfen. Ich gebe genau an, was ich Geiler gesagt habe, daß ich nicht gefordert, sondern vorgeschlagen habe. Er billigt alles, bittet mich um Aufzeichnung in englischer Übersetzung, um sie gegebenenfalls jederzeit aus der Tischschublade herausziehen zu können. „I go straight to the top for you." Während der Unterredung hatten wir die Türen geschlossen. Williver war zwei Tage in Luxemburg, hat glänzende Zeugnisse für Metzger mitgebracht.[10] Wie mir dieser heute morgen sagte, auch ein großes Liebesgabenpaket von Luxemburger Familien. In Frankfurt abends versucht, Binder zu erreichen. Seine Frau [Marianne] sagte, er nähme nun doch an.[11] Wir müßten die Verantwortung mit übernehmen. Ich sagte, das sei dumm. Ich werde nicht zu der Besprechung heute nach Hochwaldhausen fahren, teils des Rufes wegen, teils um mich formell draußen zu halten. Bei der Rückkehr schlägt Frl. Pfannmüller vor, Publikation in der deutschen Presse; ich werde das am Montag arrangieren, wenn ich meine Rede bringe.

[8] USFET (United States Forces, European Theater) war das in den I.G.-Farben-Gebäuden untergebrachte Hauptquartier der Amerikanischen Armee.

[9] Landgasthaus zwischen Schotten und Laubach (Vogelsberg).

[10] Metzger war als Oberbürgermeister suspendiert worden, da er sich geweigert hatte, alle nominellen NSDAP-Mitglieder aus der Verwaltung zu entlassen; außerdem verdächtigte man ihn nationalsozialistischer Beziehungen, da er seit 1943 bei der Deutschen Umsiedlungs- und Treuhandsgesellschaft in Luxemburg tätig gewesen war; vgl. Ludwig Metzger, In guten und in schlechten Tagen, Darmstadt 1980, S. 84. Williver war als zuständiger Offizier der Regierungsbezirkseinheit zur Überprüfung nach Luxemburg gereist. Am gleichen Tag übergab B. ein Gutachten über Metzger, in dem er dessen persönliche Integrität unterstrich; UB-MR, NL Bergsträsser 2.

[11] Binder nahm bereits an der 1. Kabinettssitzung am 19. 10. 1945 teil. Protokoll in: Wolf-Arno Kropat, Hessen in der Stunde Null 1945/1947, Wiesbaden 1979, S. 31 (Dok. 20).

Samstag, 20. Oktober 1945

Besuch des Finanzminister Mattes. Will mit Boll reden, ihn und Krapp hinübernehmen. Entwickelt seinen Plan, Oberfinanzpräsidium aufzulösen. Ich sage darauf, ich hielte es für falsch, weil es die zukünftige Reichsgewalt präjudiziere. Er sagt, es sei sachlich notwendig. Wir würden dann auf den Zustand von 1918 zurückkommen. Überdies werde Personal für die Finanzämter frei, und die Amerikaner billigten seine Pläne, und wenn wir es nicht machten, würden sie es machen, worauf ich sehr stark betonte, daß dies etwas völlig anderes sei, ob wir es machten oder die Amerikaner. Der Herr betrachtet sich also, wie ich nicht anders von ihm erwartet hatte, als Büttel der Amerikaner, für den Ausreißer aus Neustadt bezeichnend. Mit ihm Dr. Swart, der Leiter der Staatskanzlei werden soll. Auch sehr hübsch, nachdem er seines Vorwärtskommens wegen vor einigen Monaten versucht hatte, in Koblenz anzukommen, ohne dem Landrat Dr. König vorher davon Mitteilung zu machen.[12] Ich war eisig. – Um 9 Uhr bei Major [A.] Nichols. Er ließ sich eine Schreibmaschine kommen. Er fragte mich über Hansen[13] und schrieb selbst nieder. Montag soll ich das Schriftstück unterzeichnen. Er erzählte dabei, daß der zuständige Colonel bei USFET erst sehr dagegen gewesen, jetzt sehr dafür sei, Hansen zu halten. „Er kämpft für mich, ich brauche es gar nicht mehr." Ich dankte ihm für dieses Beispiel enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit und sagte, ich wünsche mir immer einen so guten englischen Sekretär. Lachend freundlicher Abschied. Vorher bei Williver, der nicht da war. Cames die Amerika-Sache erzählt – große Freude. Nachher bei Col. Irvin Denazifizierung der Kirche besprochen. Ich scharf die Ungerechtigkeit hervorgehoben, daß sie nur suspendiere, während anderswo herausgeworfen werde; hervorgehoben, daß sie sehr stark mitschuldig.

Nachmittags Besuch Dr. Kempner, der bei dem Kriegsverbrecher-Prozeß in Nürnberg mitbeteiligt ist. Besprechung der ganzen Situation. Ich schlage vor, bekannte und sachliche Deutsche heranzuziehen und ihnen die Dokumente auch zur Verwertung zugänglich zu machen. Das wäre wirksamer, als wenn es nur von Ausländern gemacht. Nenne Radbruch, andere fallen mir nicht ein. Wie ich Severing und Noske nenne, diese seien durch die Aufrüstung in der Republik, die viel umfangreicher gewesen sei als bisher bekannt, mit kompromittiert. Mir wäre es recht, wenn man mich gerade jetzt hierzu heranzöge [...]. Samstag abend Besprechung

[12] Gustav König war seit Ende April Landrat des Kreises Bergstraße; vgl. Anm. 23/1945.

[13] Peter Hansen, während des Dritten Reiches zum Vizepräsidenten am Darmstädter Oberlandesgericht ernannt, war im Juli aus der Justizabteilung entlassen worden; vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Weekly Military Government Summary E1B2 (Land Hessen), 28.7.1945; desgl. 4.8.1945.

in Borneo[14] über meine Ansprache. Dabei erzählte er mir, daß Schürer in einem Kolloquium von den Gorillas gesprochen habe, die auf Bäumen sitzen und glauben, uns Natur lehren zu können. Professorenidiot. Sonntag morgens Ansprache gemacht, abends in Borneo gebilligt.

Montag, 22. Oktober 1945

Faber erzählte mir, daß Dr. Swart ihm gesagt habe, daß Mattes und er im selben Haus wie Landin wohnen und abends bei einer Flasche Wein alles besprechen.

Nachmittags Frankfurt. Major Oppenheimer krank. Meinen Schrieb 3 Stunden lang mit Ellenbogen übersetzt. Heute muß ich wieder hin. General Clay will es lesen. Nette improvisorische Fütterung mit „rations" und Wein aus Militärtrinkbechern. Morgens bei Reiber wegen Staatsbürgerkunde der Volkshochschule. Dabei erzählte mir Reiber, daß Schürer in einem Vortrag der Kulturwoche über Kunst von der Schuldfrage gesprochen und gesagt habe, es habe niemand das Recht, Deutschland Schuld aufzubürden. Elefant im Porzellanladen, wenn nicht schlimmer! Wir gehen heute der Sache nach. Mir wäre es das liebste, wenn ich ihn rausschmeißen könnte.

Dienstag, 23. Oktober 1945

Heute mit Hoffmann darüber gesprochen.
Nachmittags bei Oppenheimer Umredaktion.

Mittwoch, 24. Oktober 1945

Bei Oppenheimer nachmittags endgültige Redaktion[15], dann nach Wiesbaden. Im Auto die neue Fassung mehrmals überlesen, nachdem ich sie morgens mit einer Amerikanerin geübt hatte. Abends dann Aufnahme auf einer Platte, die nach Paris gebracht und von dort nach New York übertragen wird. Komisches Gefühl, zum ersten Mal die eigene Stimme durch die Platte zu hören. Vorher langes Gespräch mit Levin vom „New York Herald Tribune" und Nichols vom Rundfunk. Nichols erst einige Tage hier. Ich schlug ihm vor, einmal ein paar Tage herüberzukommen. Levin fragte mich nach der Wiesbadener Regierung. Ich sagte ihm, da ich ihr Unterge-

[14] Anspielung auf Ekkehard Borns Wohnung im Haus Olbrichweg 19, das als einziges in dieser Straße nach dem großen Angriff auf Darmstadt im September 1944 unversehrt geblieben war.

[15] Entwurf und überarbeitete englische Fassung: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Die Rede wurde am 31.10.1945 ausgestrahlt.

bener sei, könne ich mich nicht äußern. Nur auf die Frage, Geiler sei wohl ein verkappter Faschist, antwortete ich scharf „Nein", er sei Demokrat. Dann bat er um ein paar private Äußerungen, worauf ich dann einige weitere Fragen privatissime und streng vertraulich beantwortete. Er sagte mir, er habe die Regierung Schäffer gestürzt[16], und wir lächelten uns verständnisinnig an.

Donnerstag, 25. Oktober 1945

Abends gab Friedrich einen weiteren Bericht über Wiesbaden, wohin er beschieden worden war. Die SPD verlangt drei Kabinettsmitglieder. Man hat ihr noch das Landwirtschaftsministerium angeboten, aber gegenwärtig scheint [dies] keine Gnade zu finden. So wurde gestern beschlossen, Hoch dieses Ministerium anzubieten, aber er wird sicher mit der Begründung ablehnen, er verstehe davon nichts. Mueller ist Wirtschaftsminister geworden. Die Kommunisten verlangen nun ein zweites Ministerium, und gestern wurde erwogen, ihnen das Kultusministerium zu geben. Das wäre genau so ein Fehler wie der mit dem Zehn-Gebote-Hoffmann 1918.[17] Die drei Bischöfe möchte ich sehen, wenn das publiziert würde. Daß man an so etwas überhaupt denkt, zeigt die politische Unerfahrenheit. Überhaupt ist dieses Kabinett, wenn es einmal zustande kommt, gänzlich unharmonisch, die Personen gar nicht aufeinander abgestimmt. Innenminister Venedey versteht nichts von Verwaltung, war nur Rechtsanwalt, hat die ganze Nazi-Zeit in der Emigration gelebt und kennt infolgedessen die deutschen Verhältnisse nicht mehr. Heute kam von ihm eine Anfrage, wieviel Nazi-Beamte noch bei uns beschäftigt sind. Aus einer Privatäußerung von ihm weiß ich, daß er selbst alle hinauswerfen will. Unsinn! Er will päpstlicher als der Papst sein. Unfehlbarkeitsdogmatiker sind im prakti-

[16] Auslöser für den Sturz der bayerischen Regierung Schäffer war die Absetzung des für Bayern zuständigen Generals George Patton, der sich in einem Interview, das in den USA einen Sturm der Entrüstung auslöste, abwertend zur Entnazifizierung geäußert hatte. Levin hatte für die ‚New York Herald Tribune' kommentiert (23.9.1945). Gleichzeitig wurde die Entnazifizierungspolitik der Regierung Schäffer scharf kritisiert. Vgl. Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayern, Bonn/Berlin 1982, S.234.

[17] Der durch seine kirchenfeindliche Agitationsschrift „Die Zehn Gebote und die besitzende Klasse" (1891 u.ö.) bekanntgewordene linksradikale Politiker Adolf Hoffmann hatte als USPD-Mitglied gemeinsam mit Konrad Haenisch (SPD) im November und Dezember 1918 das preußische Kultusministerium geleitet; seine Verordnung über Abschaffung des Schulgebets, des Religionsunterrichts und der religiösen Schulfeiern führte zu massiven Protesten im kirchlichen Lager, die der innerpolitischen Festigung der Zentrumspartei zugute kamen. Vgl. Hermann Giesecke, Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S.162–177.

schen Leben unmöglich. Politik ist Praxis, nicht Moral. Die Parteien sind trotz allem noch nicht an das Ministerium gebunden. Es kann aus der Rivalität immer noch zu plötzlichen Zwischenfällen kommen.

Nachzutragen ist, daß dieser Tage ein Professor Herrfahrdt aus Marburg bei mir war, früher in Greifswald, jetzt Berater der Militärregierung in Wiesbaden, der einen Entwurf für Gemeindewahlrecht gemacht hat, in dem er seine alten ständischen Ideen spazierenführt. Er erinnerte mich an ein Gespräch, das wir etwa 1930 bei einer Tagung der Staatsrechtslehrer in Frankfurt hatten, wo ich diese Ideen schon als Unsinn bezeichnete. Ich sagte, ich stünde bei meiner damaligen Auffassung. Stände seien der Tod der Demokratie. Scharlatane! Deutsch-national ist er wahrscheinlich auch. Die ganze Wiesbadener Geschichte ist eine Kette von Scharlatanismen. Politische Erfahrung hat nur Mattes und wohl auch Oskar Müller. Mattes zieht die Tratte.

Guter Vortrag von Schumacher.[18] Viel Anregung für eigene Ideen. Scharfe Stellung gegen die Kommunisten, außenpolitisch begründend. Sie machten sich zum Vorkämpfer des unerbittlichsten Reparationsgläubigers.

Samstag, 27. Oktober 1945

Als ich auf das Büro kam, waren die Karlsruher schon da. Nachdem kamen auch die Stuttgarter. Wir unterhielten uns zwanglos.[19] Plötzlich mußte ich zum M.G., einmal in einer Denazifikationssache Lauterbach, die dann dadurch gelöst wurde, daß Frl. Pfannmüller als Kurier nachmittags hinfuhr.[20] Dann war dort Professor Armstrong, Princeton, den ich von einigen Besuchen im Sommer 38 und 39 kannte. Er ist jetzt in Berlin bei der Kontrollkommission, hat die ganze amerikanische Zone bereist und wollte sich mit mir unterhalten, fragte nach sehr vielen Dingen. Ich sprach sehr

[18] Eine Rede Schumachers im hessischen Raum wurde für die fragliche Zeit nicht ermittelt. B. bezieht sich offenbar auf die Rede Schumachers anläßlich der Konferenz der westzonalen SPD am 5./6. Oktober 1945 in Wennigsen; an der Konferenz hat B. zwar nicht teilgenommen, doch war die Rede bekannt. Vgl. Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit? Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Bonn/Berlin ²1980, S. 127.

[19] B. hatte auf Anregung Hoegners die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder der US-Zone eingeladen; vgl. Mat. Bergsträsser: B. an Köhler, 12.10.1945.

[20] In dem gemäß Gesetz Nr. 8 gebildeten Entnazifizierungsausschuß in Lauterbach gab es Unstimmigkeiten über die Zusammensetzung; vgl. Akten des Office of Military Government U.S., Best. 260 der National Archives, Suitland (Maryland), von denen der Hessen betreffende Teil als Microfiches im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (Best. 649), im Staatsarchiv Darmstadt (Abt. Q 4) und im Staatsarchiv Marburg (Best. 711) vorhanden ist. Im Folgenden wird der Bestand mit OMGH gekennzeichnet, hier: OMGH 5/7–3/6: Weekly Summary Mil. Gov. for RB Land Hessen, 4.–10.11.1945, S. 3.

offen, sagte alle Fehler der Amerikaner, gab meine Denazifizierungsdenkschrift.[21] Besonders erfreut war er, als ich ihm sagte, daß ich Angst hätte, die englisch-amerikanisch-russischen Gegensätze könnten sich verschärfen; das würde doch nur auf unserem Buckel ausgetragen. Er hat mancherorts anderes gehört. Sehr hübsches Gespräch, leider nur zu kurz. Er brachte mir ein Paketchen mit – Seife, Süßigkeiten und Zigaretten. Sehr netter Mensch. Ich erzählte ihm auch von der Regierungsbildung in Wiesbaden. Neuer Kanal durch ihn. Dazwischen Telefonat Nichols wegen einer Fotographie, die nach Amerika gekabelt werden sollte. Ich schickte meinen Fahrer nach Hause, der meine sehr schlechten Paßbilder brachte – alles was ich noch habe. – Nachmittags Sitzung in Dieburg mit den Auswärtigen. Für Simultanschule gegen weltliche Schule. Mein Ausdruck, weltliche Schulen zu verlangen, wäre heute Zehn-Gebote-Hoffmann II, fand allgemeinen Beifall. Meine Ordnung des staatsbürgerlichen Unterrichts wurde allgemein begrüßt. Abends sehr nette Unterhaltung beim Wein, teils politisch, teils nur menschlich. Ulrich, Stuttgart, erzählte entzückende Gogenwitze. Sonntag morgens Besprechung über vielerlei andere politische Fragen.

Dahinein plötzlich Binder und Hoch. Neueste Konstellation in Wiesbaden, vier Sozialdemokraten: Hoch Innenminister, Venedey Justiz, Binder Wiederaufbau, ein Sozialdemokrat Landwirtschaft. Nachmittags um 2 Uhr hatten sie eine neue Besprechung in Dieburg mit den Amerikanern. Wir stimmten dahin überein, daß es unter diesen Umständen richtig sei, wenn Hoch einträte. Hoch wäre gegen den radikalen Narren Venedey eine glänzende Lösung. – Nachmittags in Eberstadt im Konzert Erfrischung – gutes Programm.

Montag, 29. Oktober 1945

Sehr viele Besuche wie üblich, aber nichts Wesentliches. Williver weg. ½1 Uhr kam ein lustiger Leutnant vom M.G. Wir rasten zum Fotografen; er konnte nicht, da kein Strom da war. So fuhr ich nach Eberstadt am Nachmittag zum gleichen Zweck. Nun klappt's. Morgen um 11 Uhr kriege ich das Bild, dann kann es nach New York gekabelt werden. Echt amerikanisches Eiltempo!

Konferenz über das Theater, dann Sauermann interessant über die Frankfurter Universität. Die Unzufriedenheit von Blaum, der auch eine Puppe gegen die Amerikaner ist. Situation hat sich geändert. Hoch und Häring werden von den Amerikanern, die am Samstag auf Hoch furchtbar herumgekniet hatten, nun nicht akzeptiert, weil Hoch in der Nazi-Zeit

[21] Nicht ermittelt.

noch Landrat war und bei Häring ähnliches vorliege.[22] Geiler hat zu den SPD-Leuten gesagt, sie sollten fest bleiben und sich diese Behandlung nicht gefallen lassen. Ich habe Geiler immer für anständig gehalten, nur eben politisch unerfahren. Ob die Frankfurter sich vernünftig verhalten, ist mir sehr fraglich. Friedrich fährt nach Heppenheim.[23] Keil soll Landwirtschaftsministerialdirektor werden. Nun wollen sie mir die Leute holen, die ich zusammengebracht habe. Gutes Kompliment. Die Blödheit, mich abzulehnen, dadurch noch eklatanter.

Dienstag, 30. Oktober 1945

Morgens Keil, nach Wiesbaden fahrend. Er werde dort ablehnen mit der Begründung, wenn sein Präsident nicht tauglich sei, sei er es auch nicht. Nachmittags Wiesbaden! Nischalke sagte, die Minister seien alle weggefahren. Montag solle das zusammengesetzte Kabinett nun endgültig vorgestellt und veröffentlicht werden. Inzwischen telefoniere und telegrafiere man herum auf der Suche nach Ministern!

Mittwoch, 31. Oktober 1945

Morgens, Ahl, Zinnkann. Wir stumpten Zinnkann, nach Frankfurt zu fahren und zu veranlassen, daß die SPD-Organisationen von Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden, Kassel gemeinsam dagegen protestieren, daß man die besten Männer der SPD absäge. Aus lächerlichen Gründen. Sagen, daß man sich so nicht behandeln lassen könne und da nicht mehr zusammenarbeiten könne. Dies in gleichlautende Schreiben an die örtlichen Militärregierungen zugleich mit dem Verlangen, dem General Clay die Angelegenheit gemeinsam vortragen zu können. Zinnkann sehr einverstanden. Bei ihm macht sich in solchen Fällen doch die politische Erfahrung gut geltend.

Nachmittags Fahrt nach Bad Nauheim. Vortrag auf dem Weg gemacht. Soll sehr wohl gelungen gewesen sein. Nachher sagte mir Fay vom Frankfurter Rundfunk, ich solle eine kurze Rundfunk-Ansprache halten. Wir gingen durch den Park ins Studien-Haus, und ich sprach in diesem Fall wirklich unvorbereitet 8 Minuten über staatsbürgerkundlichen Unterricht. Es schien mir richtig, das jetzt zu tun, um den neuen Kultusminister zu präjudizieren. Leeds, der amerikanische Mann des Rundfunks, kam auch

[22] Nicht korrekt: Hoch war bereits ab Herbst 1932 Oberregierungsrat in Kassel; Häring war 1933 entlassen worden.

[23] In Heppenheim gab es Schwierigkeiten zwischen Landrat König, der kurz zuvor im Amt bestätigt worden war, und der örtlichen Militärregierung; König wurde am 28.10. beurlaubt; zum Fortgang Eintragung 11.1.1946 mit Anm. 14/1946.

dazu und bat mich sehr, öfter im Rundfunk zu sprechen. Es ist mir sehr angenehm, daß sich mir diese Tür in die Öffentlichkeit so zwanglos öffnet. Es ist immer gut, wenn man wartet, bis was von selbst kommt. Am 1.11. abends gab der Rundfunk einen, wie mir gesagt wurde, vortrefflichen Bericht über meinen Nauheimer Vortrag, wobei mein Rundfunkvortrag für Sonntag angekündigt wird. Am selben Tag abends um 9 Uhr behandelte der Redner der Stimme Amerikas meinen amerikanischen Vortrag wohlwollend. Geiler hat zu Friedrich gesagt, er freue sich sehr über meine ausgezeichnete Ansprache nach Amerika. Bestätigte den Eindruck persönlicher Anständigkeit, den ich beim ersten Gespräch hatte.

Donnerstag, 1. November 1945

Abends Rede in Eberstadt, voller Saal. Es war viel Bürgertum da. So sprach ich über die Stellung des Mittelstandes. Es war viel Jugend da, und ich mahnte sie zur politischen Arbeit.

Nun ist die endgültige Ministerliste für Groß-Hessen einschließlich der Stellvertreter veröffentlicht.[24] Komisches Gemisch. Ich kann mir eine Zusammenarbeit kaum denken. Aber das ist ja glücklicherweise nicht meine Sache. Ich reiche ein Urlaubsgesuch für 10 Tage ein, will in die englische Zone gehen.

Clemm kam heute, will Zusammenlegung der Archive Darmstadt und Marburg. Ich lehnte ab, da diese Zentralisation nur dazu führen würde, das geistige Leben in Darmstadt zu mindern. Heute, 2.11. morgens, war Dr. Rasp bei mir. Er hat ein Angebot nach Wuppertal, dort die Stadtbibliothek zu übernehmen und zugleich der Leiter des geistigen Lebens zu werden. Vorträge usw. Bat um Urlaub, sich das ansehen zu dürfen, und sagte, da die Bibliothek ja doch auf lange Zeit nicht arbeiten könne, habe er eigentlich das Interesse an ihr verloren. Die Gefahr für den geistigen Mittelpunkt Darmstadt ist groß, und ich werde mit der Stadt reden müssen, um einigen Antrieb zu geben.[25]

[24] Die Minister der Regierung Geiler und (in Klammern) ihre Stellvertreter: Ministerpräsident: Karl Geiler; stellvertr. Ministerpräsident: Werner Hilpert; Inneres: Hans Venedey (Karl Rost); Wirtschaft: Rudolf Mueller (Ludwig Keil); Ernährung/Landwirtschaft: Georg Häring (Otto Eisinger); Arbeit/Wohlfahrt: Oskar Müller (Josef Arndgen); Kultus/Erziehung: Franz Böhm (Karl Friedrich); Finanzen: Wilhelm Mattes (Robert Nöll v. d. Nahmer); Justiz: Georg August Zinn (Karl Canter); Wiederaufbau/Politische Bereinigung: Gottlieb Binder (Karl Heinrich Knappstein).

[25] Rasp blieb Direktor der nachmaligen Landes- und Hochschulbibliothek in Darmstadt. – Zum späteren Wandel der Haltung Clemms in der Archivfrage Eintragung 26.6.1946 mit Anm. 203/1946.

Freitag, 2. November 1945

Nachmittags Kunstausstellung mit Williver. Er machte eine komische Dollarberechnung und findet alles zu teuer. Die guten Sachen in der Ausstellung waren alle unverkäuflich. Abends nach dem Jägerhaus. Dort hörte ich merkwürdige Dinge über den Bürgermeister [Schneider] von Grünberg.[26] Er scheint auch den diktatorischen Größenwahn zu haben. Interessant war es mir, daß meine Rede nach Amerika offenbar als mutige Tat begrüßt wurde. Ich habe so deutlich die Lage dargestellt, sagte mir ein dortiger Fabrikant. Auch Fritz Bassermann sagte heute dasselbe, und selbst Ahl war dieser Meinung, was ich [ihnen] schließlich mit Erfolg ausredete. Immerhin ist es gut, daß die Deutschen befriedigt sind. Ich empfand die Rede als überaus vorsichtig, aber da das Echo im amerikanischen Radio am Donnerstag (Stimme Amerikas) günstig war, so ist ja wohl doch das erreicht, was ich wollte: der Türspalt ist offen. Interessant, daß die „Frankfurter Rundschau" als einzige Zeitung den deutschen Text nicht brachte. Knothe?[27] Sonntag abends lag die unbestätigte Nachricht vor, daß Williver auf 2 Monate nach Amerika gehe. Heute bestätigt. Cames geht auch auf 2 Monate. Heute morgen bei Burt wegen Denazifikation der Staatskasse. Auch bei Major Sheehan, der angenehm, aber umständlich und natürlich nicht recht orientiert ist. Wir kamen überein, immer offen miteinander zu sprechen.[28] Cames gab ihren Segen dazu, indem sie sagte, das sei ja die Tradition. Er bat mich, die Kopie meiner Amerikaansprache, die sie für ihre Akten herstellen, doch persönlich zu unterschreiben. Amerikanische Andenkensammelei! Morgens erzählte Friedrich, daß die Staatssekretär-Posten auch als politisch betrachtet würden. Die SPD hat diese Art der Besetzung verlangt und schlecht dabei abgeschnitten.[29] Dazwischen Gespräch mit Guyot, dem ich sagte, die Haltung der evangeli-

[26] Schneider wurde später entlassen; vgl. Eintragung 2.3.1946 mit Anm. 84/1946.

[27] Knothe war einer der Lizenzträger der ‚Frankfurter Rundschau'; Abdruck der gesamten Rede u.a. in ‚Hessische Nachrichten' 31.10.1945 und ‚Marburger Presse' 2.11.1945. Die ‚Frankfurter Rundschau' brachte am 8.11.1945 nur einen Auszug.

[28] Das in Darmstadt ansässige, für den Regierungsbezirk Hessen (späterer Reg.-Bez. Darmstadt) zuständige Detachment E 3 wurde zunächst von Clare R. Davis geleitet, der aus einem USA-Urlaub im Oktober 1945 nicht zurückkehrte. An seine Stelle trat William T. Burt, der zunächst kommissarisch und ab 26.11.1945 ordnungsgemäß Direktor der Einheit wurde. Am 16.12.1945 folgte Richard W. Copeland, ehe am 11.2.1946 der unter Burt als stellvertretender Leiter fungierende William R. Swarm das Kommando übernahm und bis zur Auflösung der Regierungsbezirkseinheit im Juni 1946 behielt. Sheehan war Leiter der Zivilabteilung. Vgl. zu den häufigen Funktionswechseln: The History of Military Government Detachment E-3 (F1B2), Darmstadt 1946.

[29] Friedrich (Kultusministerium) war der einzige von 8 Ministerialdirektoren, der der SPD angehörte.

schen Kirche in der Denazifizierung und anderen Fragen werde allmählich skandalös. Gestern abend hatte mir Irmgard[30] erzählt, daß der Pfarrer von Erzhausen bei einem Begräbnis wegging, weil die Arbeitersänger ein Lied sangen, und daß derselbe Mann einen Jünglingsverein damit unterhalten wollte, daß Walter Flex gelesen werde, worauf ihm Irmis Mitarbeiter[31] sagte, dann werde er nicht kommen und verhindern, daß irgend jemand komme. Es ist immer wieder dieselbe nationalsozialistische oder hochkonservative Idiotenbande. Wenn es so weitergeht, werde ich mit ihnen auch formell brechen. – Mein Urlaubsgesuch genehmigt.

Dienstag, 6. November 1945

Morgens bei Sheehan. Ich erzählte ihm, daß ich 10 Tage Urlaub hätte und in die englische Zone fahren würde. Worauf er meinte, dann käme ich wohl mit einer Masse Kritik zurück gegen die Amerikaner. Worauf ich lachend erwiderte, das sei ja der Zweck der Übung. Vorher hatten wir davon gesprochen, daß wir immer offen und frei gegeneinander reden würden. Es ist eine angenehme Seite der Amerikaner, daß sie Kritik nicht übelnehmen, wenn sie in anständiger Form gebracht wird. Im Gegenteil!

Nachmittags nach Mainz. Die Brücke war gesperrt. Ich mußte an der Fähre hinüber, kam aber doch noch rechtzeitig. Vor dem Vortrag stellte mir Steffan den Kommandanten Kleinmann vor und einen anderen Offizier. Wir sprachen deutsch. Ich fragte Kleinmann, ob er Elsässer sei, da ich es aus seiner Aussprache entnehmen zu können glaubte. Als er bejahte, sagte ich unvermittelt: „Do kenne mr Elsässer Ditsch redde!" Großes Erstaunen bei beiden, der andere war es nämlich auch. Auf der Autofahrt hatte mir der Vortragsarrangeur gesagt, man müsse vorsichtig sein und es sei gut, wenn ich etwas vom Einfluß der französischen Revolution usw. spreche. Infolgedessen hielt ich einen ganz anderen Vortrag wie in Nauheim und betonte bei der Behandlung der deutschen Außenpolitik der Wilhelminischen Zeit die verpaßte Gelegenheit des Angebotes von Caillaux, absichtlich erwähnend, daß er selbst mir dies alles einmal erzählt habe.[32] Der Kommandant saß direkt vor mir, und es war interessant, daß

[30] Zweite Tochter B.s.

[31] Irmgard Bergsträsser und ein nicht näher bezeichneter Mitarbeiter leiteten ein Kinder- und Jugendheim.

[32] In der zweiten Marokkokrise 1911 hatte der französische Ministerpräsident Caillaux ohne Wissen seines Außenministers in Gesprächen mit dem deutschen Botschaftsrat von der Lancken in Paris Möglichkeiten eines dauerhaften, umfassenden Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich auf verschiedenen außenpolitischen Gebieten sondiert, um die Differenzen zwischen den beiden Staaten zu überwinden; dies führte nach Bekanntwerden zum Sturz von Caillaux im Januar 1912. Hinweis auf diese Gespräche bei: Wolfgang J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt 1969, S. 191; vgl. auch: Die große Politik der Europä-

er oft mit dem Kopf nickte – für mich ein guter Leitstern, meinen Vortrag weiter darauf einzurichten. Nachher Komplimente und weitere Plauderei. Abends bei Steffan sehr anregende Unterhaltung. Am anderen Morgen zum Kommandanten, um mir einen Autopassierschein geben zu lassen. Dabei langes, sehr anregendes Gespräch, das die Politik streifte. Ich war erstaunt, daß er mir sagte, meine Formulierung, Demokratie sei unmöglich, wenn die Regierung nicht Brot und Arbeit geben könne, sei glänzend und eine Prägung beeinflußt von der clarté latine.[33] Er akzeptierte sie damit vollständig. Ich sprach auch auf Veranlassung von Steffan mit ihm darüber, daß es falsch sei, die Parteien noch nicht zuzulassen. Er stimmte zu, er habe schon lange darauf gedrückt, aber bisher seien nur die Gewerkschaften erlaubt worden. Zum Abschied sagte er mehrmals, welche Freude und Ehre es ihm gewesen sei, meinen Besuch zu haben, und er hoffe, sie wiederhole sich. Am Abend hatte mir Steffan gesagt, daß er ihm gegenüber meinen Vortrag ungeheuer gelobt und dabei gesagt habe: Ja, er ist halt ein Landsmann. So hoffe ich, späterhin mit ihm und durch ihn mit anderen ins politische Gespräch zu kommen. Absicht, in Mainz einen Vortrag über Eugène Sue zu halten.[34]

Mittwoch, 7. November 1945

Walk berichtet über Übergriffe des Landwirtschaftsamtes und erhält Instruktionen, meine persönliche Entrüstung über dieses Verfahren aussprechend. Hoffmann erzählt, daß Schürer der Ausfüllung seines Fragebogens offenbar ausweiche. Es scheint also wirklich etwas nicht zu stimmen. Abends erzählt Friedrich, daß der Minister Böhm den Plan entwickelt habe, pädagogische Klassiker herauszugeben mit Einleitungen. Die Herren, denen er das sagte, haben alle nicht widersprochen, obwohl sie es alle für zwecklos halten. Mit staatsbürgerlichem Unterricht ist Böhm einverstanden, hält aber Juristen für absolut ungeeignet, da sie nur zur [Lücke im Original] der Politik beitrügen. Bismarckoider Theoretiker.

ischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Timme, 29. Bd.: Die Zweite Marokkokrise 1911, Berlin 1925, S. 303 und S. 438.

[33] In seiner Ansprache im amerikanischen Rundfunk hatte B. unterstrichen, daß „es unmöglich ist, friedliche Zustände herbeizuführen, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, dem Volk Arbeit und Nahrung zu geben"; vgl. Anm. 27/1945.

[34] B. hatte im Dritten Reich mehrere Artikel zu Eugène Sue verfaßt: Eugène Sues literarische Anfänge. Eine psychologische und zeitgeschichtliche Studie, in: Zeitschrift für französische Sprache und Literatur 1940, S. 129–219; Die Entstehung von Eugène Sues ‚Juif Errant', in: Archiv für das Studium der neueren Sprachen 1941, S. 108–123; Eugène Sue und die Frauenemanzipation, in: Germanisch-romanische Monatsschrift 1941, S. 281–294.

Donnerstag, 8. November 1945

Göttingen. Dekan der juristischen Fakultät [Smend] erzählt, daß doch Schwierigkeiten bestünden mit der geistigen und in gewissem Sinn selbstdisziplinären Einordnung der früheren Offiziere; was mir am Tag darauf in der Kultusabteilung des Oberpräsidenten bestätigt wird, wo man sagte, daß man am Trampeln bzw. Scharren solche Gruppen erkenne, besonders dann, wenn von der Verantwortung der vergangenen Regierung gesprochen wird. Ich sehe hierin eine große Gefahr. Dann bei Smend. Lange, teils persönliche, teils sachliche Unterhaltung. Er schafft viel durch sein vermittelndes Wesen, ist dabei in seiner politischen Haltung durchaus klar, da er aus ethischen Gründen die Nazis immer ablehnte. Seltsam starkes Interesse für unsere politische, d.h. staatsrechtliche Arbeit, wovon er nichts weiß, da in der anderen Zone. Ich hoffe, er kommt mal. Mit den Engländern arbeitet er gut. Wir sprachen auch über Kirchendinge. Er ist ganz meiner Meinung über die Verderblichkeit des Luthertums und die Gefahr der Unmodernität der Kirche und ihres neuerlichen Niederschlags, wenn sie mit der Zeit geht. Ich werde ihn noch einmal besuchen, wenn es geht. Von meiner Ansprache wußte er nichts, wohl aber Schaeder, der mich auf der Straße sah und ansprach. Nach beinah 30 Jahren erstaunlich, daß er mich sofort erkannte. – Abends in Pattensen. In der englischen Zone gibt es regelmäßig Zucker und mehr Nährmittel als bei uns. Die Versorgung mit Kartoffeln ist gut, was sich schon darin zeigte, daß wir in Göttingen auch ohne Kartoffelmarken gut durchkamen. Heute in Hannover hatten wir im Ratskeller gegessen, opulent, da wir angemeldet waren, und ohne Marken. Zander und Gänsefleisch. Sehr reichlich, sehr gut zubereitet. RM 9,– pro Nase.

Freitag, 9. November 1945

Erst bei Grimme. Mit ihm verabredet, daß ich in Bad Sachsa etwas über staatsbürgerlichen Unterricht sage und auf einer Geschichtslehrer-Tagung in Hannover ausführlich darüber spreche. Ich ließ meine Instruktionen da. Es fand sogar Anklang bei ihm. Dann bei Major Geddes, dem Bruder der Prinzessin Ludwig. Er setzte mir in langer Rede auseinander, daß man zu einer vollkommen neuen Ordnung der Verwaltung zu kommen beabsichtige. Man will die Arbeit des englischen „solid government" einrichten, daß überall von Gemeinde über Kreis erst ernannte, später gewählte vertretende Körperschaften nicht nur beratende, sondern direkt beschließende Tätigkeit ausüben; Bürgermeister und Landräte sollen in den [Lücke im Original] Beamte werden, denen Berufsbeamte als ihre Exekutivorgane, aber abhängig von ihnen zur Seite stehen. Der Bürgermeister wie der Landrat sollen an die Beschlüsse ihrer vertretenden Körperschaft gebunden sein. Man will im Frühsommer nächsten Jahres die Wahlen ma-

chen.[35] Er sagte, daß man darauf erst die „higher levels" analog aufbauen solle. Ich habe in dieses Verfahren doch große Bedenken, da es mir ein zu schneller und ungerechter Schritt in ein neues System zu sein scheint. Ich wurde schon bei dieser Unterredung das Gefühl nicht los, daß die amerikanische Schlamperei doch gewisse Vorteile hat. System ist bei der Politik eine zweifelhafte Sache.

Dann zu Regierungspräsident Ellinghaus, sehr freundlicher Empfang. Er ist ganz meiner Meinung, daß wir als Partei ins Bürgertum vorstoßen müssen. E. erzählte noch, daß die welfische Bewegung zuerst ziemlich stark gewesen sei. Der erste Präsident [Hagemann] habe sie gefördert.[36] Es habe immer ein starker Separatismus bei ihm gespukt, und das Ideal der Personalunion mit England sei von ihm aufgestellt worden. Doch die Engländer hätten die kalte Schulter gezeigt. Seit Kopf da ist, ist es damit aus. Es sei keine Gefahr mehr. Er betonte dabei stark unseren antiseparatistischen Standpunkt als Partei. Er sagte, daß die Begründung des Landes Niedersachsen unter Einbeziehung von Oldenburg, Braunschweig und Hannover im Werke sei, sehr wahrscheinlich unter Führung Kopfs, des Oberpräsidenten.[37] Dieses beides wären weitere Schritte auf dem Wege, den ich mit Groß-Hessen[38] ging, und so lange das in der Hand der Linken bleibt, gibt es dabei keine separatistische Gefahr.

Dann bei Nölting[39] über Schulfragen gesprochen. Hier erzählte Frau Prof. Feuerstack davon, daß in den englischen Gefangenenlagern vielfach die Offiziere die eigentliche Leitung hätten und noch absolut militaristisch und nazistisch spielten. Nölting erzählte, daß in Münster eine Art Westfälische Landesregierung im Entstehen sei, die auch schon gewissermaßen Ministerien bilde.[40]

[35] Die Wahlen der britischen Zone fanden am 15.9. (Gemeinde und Amtsvertretungen) und am 13.10.1946 (Stadt- und Kreistage) statt.

[36] Mit „welfischer Bewegung" sind hier die Bestrebungen zur Wiederherstellung Hannovers als souveränes Königreich unter den Welfen gemeint; die im Juni 1945 gegründete Niedersächsische Landespartei verstand sich als Nachfolgerin der 1869 aus der Welfen-Bewegung hervorgegangenen Deutsch-Hannoverschen Partei.

[37] Hinrich Kopf, zunächst ab 1.5.1945 Regierungspräsident, war am 18.9.1945 zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt worden. Den zwischen ihm und den Ministerpräsidenten von Oldenburg und Braunschweig am 29.9.1945 unterzeichneten Staatsvertrag über eine „Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen" lehnte die britische Militärregierung ab. Erst im November 1946 wurde das Land Niedersachsen offiziell gegründet. Vgl. Ullrich Schneider, Niedersachsen 1945. Kriegsende, Wiederaufbau, Landesgründung, Hannover 1985, S.135.

[38] Vgl. Einleitung mit Anm. 26.

[39] Nicht sicher, ob Ernst oder Erik Nölting; vermutlich Ernst N., der in der Provinzregierung in Hannover die Abteilung Wirtschaft und Verkehr leitete.

[40] Im Juli hatte die britische Militärregierung den früheren Regierungspräsidenten Amelunxen mit der Bildung einer Regierung für Westfalen in Münster beauftragt.

Nachmittags Schumacher nicht gesprochen, er krank. Seine rechte Hand Kriedemann völlig mit mir konform betr. Einbruch ins Bürgertum. Der Teilungsstrich gegenüber den Kommunisten wird immer deutlicher. Er ist im Grunde genommen nicht damit einverstanden, daß die Partei in Berlin in dem russischen Gebiet arbeitet, da sie doch völlig abgehängt sei. Deshalb hat man auch den Versuch, in Berlin einen Parteivorstand für ganz Deutschland zu bilden, strikt abgelehnt.[41] Sie dürfen in Berlin, Grotewohl z. B., frei sprechen, aber die Berichte im Rundfunk sind zensiert und die in der Zeitung auch. Daraus erfolgt manchmal eine Unkenntnis des ursprünglich Gesagten. Auf der Tagung in Köln[42] werde man deutlich sagen, daß die Alten, die nicht mitkönnen mit dem neuen Problem, nicht die Partei repräsentieren. Wir waren einig über den Unsegen der Parteisekretäre.

Dann zu Col. Hume auf Veranlassung von Ellinghaus. H. hat deutsche Schulen besucht und spricht fließend deutsch. Längere interessante Unterhaltung. Er setzte mir die Neuordnung der Verwaltung als Selbstverwaltung auseinander. Meine Bedenken wuchsen, da er mir sagte, daß die Beiräte augenblicklich vom Militärgouvernement ernannt würden, sprach sehr verständig über wirtschaftliche Fragen. Ich sagte ihm meine Formel: Keine Demokratie ohne Arbeit und Brot, der er voll zustimmte. Er ging noch mehr aus sich heraus, als ich ihm sagte, daß ich mit Steed befreundet sei. Als er, den Mangel an Nachwuchs für die Beamtenschaft hervorhebend, davon sprach, Offiziere der Wehrmacht als Beamtenlehrlinge herbeizuziehen, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß ich diese Elemente durchaus für ungeeignet hielte, und erzählte, was ich von anderer Seite gehört hatte. Er war aufmerksam. Geddes hatte mir von einer längeren und langsamen, auf einige Jahre verteilte Entwicklung gesprochen. Hume sprach sich ähnlich aus, wenn auch ohne Termine. Wir sprachen über Wahlen. Er war erstaunt, daß das Frauenwahlrecht in unserer Zone nie diskutiert worden sei. Ich sagte, man könne die Nazis nicht vom aktiven Wahlrecht ausschließen. Er stimmte dem zu. Die Flüchtlingsfrage betrachtet er auch als ernst, obwohl er glaubt, daß sie in Hannover gelöst werden kann. Es ist halt doch mehr ein landwirtschaftliches, ein sehr fruchtbares Gebiet. Als er erzählte, daß Beamte hier nicht politisch hervortreten dürfen, machte ich den Einwand, daß ich das Hervortreten als sehr nützlich

[41] Zur Auseinandersetzung zwischen dem Berliner Zentralausschuß der SPD und dem von Schumacher geleiteten Büro in Hannover vgl. Kaden, Einheit, S. 130 und 148. Dem Anspruch der Berliner, Zentrale für das gesamte Reich zu sein, hatte sich Schumacher in einem Rundschreiben am 15.9.1945 widersetzt. Auf der Wennigser Konferenz im Oktober war man übereingekommen, daß Berlin für die sowjetische Zone, Schumacher für die westlichen Zonen verantwortlich sei.

[42] Zu dieser Tagung anläßlich der SPD-Gründung in Köln vgl. ‚Kölnischer Kurier' 13.11.1945 (Dr. Schumacher sprach in Köln).

empfunden hätte, da die Bevölkerung Zielsetzungen brauche.[43] Vorher hatte ich ihn direkt gefragt, ob auch ihm aufgefallen sei, wie stark durch die letzten 12 Jahre die Initiative zurückgegangen sei. Er pflichtete dem völlig bei. Er kennt Deutschland schon aus der Vorweltkriegszeit und auch aus der Weimarer Zeit. Gerade darauf gründete er sein System, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zu schaffen. Ich setzte ihm auseinander, daß wir bis 1918 eine andere Art von Opposition gehabt hätten, da diese nie hätte in die Lage kommen können, Verantwortung zu übernehmen. Auch er hielt es für günstig, die Kommunisten in die Verantwortung zu ziehen. Geddes hat mir überdies gesagt, daß die Absicht bestehe, die Regierungspräsidien allmählich aufzuheben. Da man hier keine neue Organisation der Verwaltung in der Art wie bei uns in Groß-Hessen durchgeführt hat, scheint mir das richtig. Meine früheren Vorschläge vor 1933 gingen immer in derselben Richtung.

Der Wirt im Ratskeller sagte mir, daß ihre Versorgung mit Fisch sehr schlecht sei. Seltsam bei der Nähe von Hamburg.

Mittwoch, 5. Dezember 1945

Abends kommt Dr. Peters, mit ihm ein langjähriger Freund, internationaler Wirtschaftsberater. Erst längeres Gespräch über politische Lage in Frankreich. Er ist durch französische Beziehungen sehr gut informiert. Ich gebe noch Zusammenhänge dazu. Dann Mitteilung, daß er enge Verbindung zu einem Großindustriellen in Schweden haben kann, und die Offerte, mich mit diesem in Verbindung zu bringen. Er hat immer schon politische Verhandlungen geführt oder gefördert, sei scharf anti-russisch eingestellt, und es sei möglich, über ihn an die englische und französische Regierung heranzukommen. Ebenso an außenpolitisch bestimmte Schweizer Kreise wie Dr. Burckhardt. Wir waren uns darüber einig, daß die Zeit zu einer solchen Aktion reif sei und daß England augenblicklich der politisch Treibende in dem Spiel sei. Die amerikanische Aktion gegen Frankreich beruht offenbar auf englischem Stumpen. Heute besonders die Nachricht im Radio, der amerikanische Außenminister [Byrnes] will die Zentralisierung in Deutschland auch gegen Frankreich durchführen.[44]

[43] Über die Pläne der britischen Militärregierung, das Beamtentum zu entpolitisieren, vgl. Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985, S. 155. Dagegen erhob die Sozialdemokratie heftigen Widerspruch; dazu Willy Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, Berlin/Bonn 1985, S. 365.

[44] Frankreich wollte die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen deutschen Zentralverwaltungen, gegen die es bereits auf der ersten Sitzung des Außenministerrats in London (11.9.–2.10.1945) interveniert hatte, jedenfalls erst nach Abtrennung von Rheinland und Ruhrgebiet errichten. Zu den amerikanischen Plänen, die Zen-

Vorher Besprechung mit den Christlich-Demokraten. Angenehmer Verlauf. Einigung über das Grundsätzliche, daß wir gemeinsam die Demokratie verteidigen müssen und daß eine gewisse Gemeinsamkeit notwendig ist, um nicht wieder die Extreme aufkommen zu lassen. Sie sind sich darüber klar, daß sie die reaktionären Elemente entweder ausscheiden oder unwirksam machen müssen. Das soll zunächst auf einer Tagung in Godesberg[45] noch in diesem Monat versucht werden. Ich gab meine Informationen aus dem Münsterland, die mit den Schwierigkeiten übereinstimmen.

Nachmittags Keil und Weisgerber wegen Bodenreformgesetz. Den Forstmann verblüffte ich mit meiner Kenntnis, die ich am Sonntag abend beim Förster Flick im Jägerhaus gelernt hatte. Wir waren uns einig darüber, daß wenn Bodenreform im Forstwesen, dann nur in Staatshand, sonst wird die Arbeit komplizierter und teurer und weniger wirkungsvoll. Pflanzgärten, Pflanzenkauf usw. Morgens beim M.G. Metzger-Sache. Ich soll mit Dorn sprechen. Was mir sehr recht ist, da ich ihn sowieso besuchen wollte. Als ich am letzten Donnerstag in Frankfurt war, ging ich abends noch zu Levin vom „New York Herald Tribune", der mir sagte, er habe mit Dorn noch über mich gesprochen und Dorn habe gefragt, warum ich den Ministerpräsidenten abgelehnt hätte. Da muß also ein Lügner dabei sein, und den muß ich stellen. Wenn es Mattes wäre, wäre es besonders schön.

Letzten Freitag, am 30.11., nachmittags nach Wiesbaden ins Innenministerium bestellt, die drei Regierungspräsidenten.[46] Als wir ankamen, sagte uns die nicht liebenswürdige Sekretärin, der Minister [Venedey] sei nicht da und der Ministerialrat [Rost] zum Militärgouvernement berufen. Die Sitzung müsse also erst um 3 Uhr beginnen. Dann wurde uns einiges über Gemeindewahlen und einige andere Dinge gesagt, vermutlich Sachen, die man schriftlich kürzer und besser hätte machen können. Der alte Haussmann war da, angenehm, aber verkalkt; der Ministerialrat Coßmann machte den Eindruck des richtigen alten Scheissters.[46a] Nett nur ein Asses-

tralstellen gegebenenfalls ohne die Franzosen mit Großbritannien und der Sowjetunion einzurichten, vgl. John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt 1971, S.54; Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: VfZ 18 (1970), S.511–528, hier S.514.

[45] In den Resolutionen der „Reichstagung" der CDU in Godesberg (14.–16.12.1945) konnten sich tatsächlich die linken Kräfte in der CDU durchsetzen; vgl. Heinrich Rüschenschmidt, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Marburg/Darmstadt 1981, S.325; A. R. L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. von Dieter Emig, Frankfurt 1980, S. 120.

[46] Hoch (Kassel), Nischalke (Wiesbaden) und B. (zu diesem Zeitpunkt noch offiziell „Regierungsbezirk Hessen").

[46a] Gemeint ist wohl engl. „shyster" (Rechtsverdreher oder Winkeladvokat).

sor Schmitt, der mordserfreut war, als ich ihm das Verzeichnis unserer Telefonnummern aus der Tasche zog und sagte, das hätte ich selbst initiiert. Ich habe den Eindruck, daß in Wiesbaden eine ungeheure Regierwut herrscht, so richtig in dem Stil, daß der Staat Kindermädchen sei. Überdies will sie zentralisieren. Gestern erzählte mir Prof. Muß, daß er zum Leiter des Landesstatistischen Amtes bestimmt ist und daß man ihm gesagt habe, die Amerikaner wünschen dieses Amt nach Wiesbaden verlegt, worauf er sagte, das sei im ersten halben Jahr aus technischen Gründen ganz unmöglich. Mir sagte er, Zeit gewonnen, viel gewonnen. Ja.

Am Freitag abends noch ein paar Minuten bei Geiler. Formvoll und liebenswürdig wie immer. Den Vortrag in Nauheim lehnte er wegen Überlastung ab. Ich sagte ihm dann, ich hätte einen groben Brief von Venedey bekommen, ohne das einzelne zu erwähnen. Er sagte, der müsse noch erzogen werden, und ich solle das ruhig in meiner Antwort tun. Überdies sei Venedey, ohne ihm Mitteilung zu machen, auf ein paar Tage weggefahren. Am Dienstag habe ich den Brief an Venedey abgeschickt.[47] Hauptsache: Ich verbiete mir einen derartigen Ton für die Zukunft! Dieser Emigrantenflegel muß so behandelt werden. Ich habe Zinnkann und Knothe den Briefwechsel zur Kenntnis geschickt.

Montags [3.12.] Einführung Mellers in Bad Nauheim. Nachher fleischloses Essen. Kelly, Finanzoffizier der M.G. Hessen, war dabei und sagte mir und den anderen, er habe es „very much enjoyed" und sei „deeply impressed". Ich hatte davon gesprochen, das Bad sei eine Tür in die Welt, speziell Amerika. Meller sehr erfreut über meine kleine Tischrede, ihn und unsere Jugenderinnerungen betreffend.[48]

Freitag bis Sonntag, 7. bis 9. Dezember 1945

2½ Stunden bei Dr. Dorn, USFET. Ich sagte ihm, daß ich durch Levin gehört habe, ihm sei erzählt worden, ich hätte das Ministerpräsidium abgelehnt. Mir sei es wichtig, Klarheit zu schaffen. Es sei falsch und wahrscheinlich ihm absichtlich falsch mitgeteilt. Er sagte, es sei nicht von einer deutschen Seite geschehen. Ich erklärte die näheren Umstände, Heimerich usw. Er fragte mich dann über die ganze Regierung aus. Zunächst wunderte er sich, daß ich über nichts gefragt werde, und meinte, ich sollte doch von mir aus meine Meinung sagen usw. Ich antwortete, daß ich das nicht könne, da man mir Intrige vorgeworfen hat. Wenn ich gefragt würde, würde ich natürlich loyal antworten und meine Meinung offen sagen, wie auch ihm gegenüber. Über einzelne Minister befragt, sagte ich, Oskar Müller werde sehr gerühmt, Venedey verstehe nichts und habe ei-

[47] Nicht ermittelt.

[48] Meller und B. hatten zur gleichen Zeit in München studiert.

nen Ton, den ich mir verbeten habe. Geiler sei menschlich sehr angenehm. Er sprach sich etwas abfällig darüber aus, daß die Regierung noch nicht recht arbeite. Ich wies darauf hin, daß sie ja noch nicht sehr lange komplett geworden sei und es daran liege. Wir sprachen dann von der Denazifizierung. Er fragte mich um mein Urteil. Ich hatte vorher schon betont, daß ich es sehr begrüße, daß nicht allen PG's das Wahlrecht entzogen werde. Er war für Entziehung. Ich erklärte ihm, daß man damit künstlich eine Opposition zusammenschweiße. Ich betonte, daß der Besserungsschein, der eingebaut werden soll, sehr richtig sei. Ich hob sehr scharf hervor, daß alle Kategorien falsch seien. Man müsse zu jeder Kategorie in einem neuen Regulativ [festlegen], daß Ausnahmen möglich seien. Im Grunde genommen könne man den Einzelfall überhaupt nur individuell behandeln. Erwähnte als Beispiel den Fall Hansen und den Fall Metzger. Über den sprachen wir ziemlich genau, und ich sagte ihm, daß es völliger Unsinn sei, Metzger nicht wieder zu installieren. Er sagte, er selbst habe die Initiative ergriffen, daß er noch einmal überprüft werde. Ich war also in die Höhle des Löwen geraten. Wir sprachen noch über die allgemeine Entwicklung in Deutschland und stimmten vollständig darin überein, daß das ministerielle Koordinationsbüro in Stuttgart[49] in keinem Fall eine Behörde werden dürfe, die eigene Initiative entwickeln könne. Ich sagte, das führe dazu, daß die Zonen staatenähnlich würden, und das sei unmöglich. Er stimmte betont zu. Ich betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Einheit. Er war ganz einverstanden. Es war erstaunlich, wie viel Zeit er für diese Diskussion hat, die sich in deutscher Sprache und in angenehmster Form abspielte. Kluger Kopf. Auch über Venedey gesprochen. Man ist entsetzt. Um so mehr als man festgestellt hat, daß er mit allen Kommunisten auf Du steht, und vermutet, daß er eigentlich mehr Kommunist wie Sozialdemokrat sei.[50] Es wird erzählt, er habe in der Emigration den Kommunisten Spitzeldienste gegenüber den Sozialdemokraten geleistet. Das wird jetzt nachgeprüft. Sonntag beim Parteitag erzählte mir das der Genosse aus Paris. Samstag nachmittag: Fritz fühlt sich hier unerhört wohl. Liselotte fast noch mehr.[51] Man merkt ihr immer die Freude an, Dinge zu hören, die sie sonst nicht hört. Beide von meiner Rede sehr beeindruckt. Wandel der Bourgeoisie. Sonntag Parteitag – miserabel organisiert.[52] Blöd-

[49] Gemeint ist der Länderrat der amerikanischen Zone, der sich am 17. 10. 1945 in Stuttgart konstituiert hatte.

[50] Venedey hatte während seines Schweizer Exils Kontakte zur Bewegung „Freies Deutschland" unterhalten, zu der auch die in Hessen führenden Kommunisten Walter Fisch und Leo Bauer gehörten.

[51] B.s Vetter Fritz Bassermann und dessen Tochter Liselotte.

[52] Der konstituierende Parteitag der hessischen SPD am 9. 12. 1945. Der „Genosse aus Paris" war wohl Günter Markscheffel, der aus Paris kam; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 83.

sinniger Vortrag des Marburger Bürgermeisters [Siebecke], Philosophaster. Knothe sprach unter Benutzung eines Manuskriptes, was ihn nicht hinderte, in entscheidenden Dingen unklar und unvorsichtig zu formulieren. Angenehmes Mittagessen mit dem Polizeikommandanten [Weyand]. [...]

Montag, 10. Dezember 1945

Morgens Prinzessin. Nahm englische Exemplare der Rede. Will sie hinüberschicken. Schrieb der Evangelischen Kirche, Anstalten der Inneren Mission unterständen ihr, und sie wolle das denazifizieren. Das Pack sieht nicht, daß Ungerechtigkeit unchristlich ist. Die Kirche ist der Tod des Christentums.[53] Ich will versuchen, das „Evangelische Darmstadt" aufzutreiben und Bergér durch Auszüge aus seinen eigenen Artikeln unmöglich zu machen. Die Herrschaften werden wieder arrogant und verkennen vollkommen die Zeitlage.

Nachmittags Eröffnung der Lehrerbildungsanstalt auf dem Heiligenberg bei Jugenheim. Ich erst ganz kurz Zusammenarbeit mit dem Amerikaner, die in diesem Fall so erfreulich war, als Vorbild national-internationaler Haltung hinstellend. Dann Böhm zu lange, sich wiederholend, schlechter Redner. Bergér kirchlich-anmaßend. Der katholische Pfarrer [Igel] hübsch über Lebensfreudigkeit. Der Bürgermeister [Fries] reizend, fast rokokohaft, die Landschaft mit Sinn erfüllend. Nachdem kamen mehrere, mich beglückwünschend. Einer hob den Gegensatz zwischen dem ersten und dem zweiten Redner hervor.[54]

Mittwoch bis Freitag, 12. bis 14. Dezember 1945

Nachmittags nach Hannover. Donnerstag mein Vortrag über Staatsbürgerkunde. Mehr Plauderei, ganz unpathetisch, dadurch von den anderen sehr abstechend, aber für die philosophiegeplagten Zuhörer offenbar erholentlich. Nachher mit Blunck über das Staatsbürgerlexikon gesprochen. Beim Essen zwei Stunden Audienzen erteilt. Alter Schüler aus Greifswalder Tagen. Nachmittags Einleitung des Ferkelkaufs bei Dr. Pflaumbaum vom Viehwirtschaftsverband. Interessantes Gespräch. Auch er der Meinung, daß die deutsche Landwirtschaft schutzzollverdorben und sehr zurück sei.

[53] Vgl. B.s Denkschrift vom 26.11.1945 „Die Stellung der Kirche", UB-MR, NL Bergsträsser 1.

[54] Das pädagogische Institut wurde wegen fehlender Räumlichkeiten in Darmstadt auf den Heiligenberg nach Jugenheim verlegt; vgl. Wernfried Schreiber, Auf dem Wege der universitären Lehrerbildung. Lehrerbildung in Hessen von 1945–1950, Diss. (MS) Frankfurt 1978, S.96 und S.385; zur Eröffnung: ‚Darmstädter Echo' 12.12.1945 (Eröffnung des Pädagogischen Instituts).

Mein Eindruck aus Belgien[55] seinerzeit seinem aus Dänemark gleich. Dann bei zwei Buchhändlern Einkauf von Flugschriften eingeleitet. Dann bei Koselleck. Langes Gespräch über Staatsbürgerkunde, bei dem ich versuchte, ihm die Systematik und die Ethik auszutreiben. Überall regnete es Anfragen, ob ich kommen könne zum Reden. Verbindung mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk angeknüpft. Dr. von Zahn, Neffe des Ministerialrates.[56] Er nahm meine Langener Rede[57] mit und will meine Staatsbürgerkunde streifen. Abends Essen bei Grimme im Neuen Rathaus. Prunkbau, dem man es ansieht, daß er von Wilhelm II. eingeweiht wurde. Der amerikanische Offizier, der schon bei meinem Vortrag belustigt aufmerksam zugehört hatte und mich nachher ansprach, karrte [?] mich geradezu an. Vor und nach dem Essen. Auch sonst allerlei Leute, die mich ansprachen. Der alte Obst, sehr erfreut, daß ich sein Rußlandbuch kannte und noch lebte.[58] In Göttingen auf der Rückfahrt am Freitag interessantes Gespräch mit Ando Seeberg und einigen seiner Medizinkollegen. Stimmung der Jugend: Sie ist leicht verletzlich in ihren Gefühlen, politisch unerfahren und unreal. Hier liegen Gefahren. Ando selbst sehr Sohn seiner Mutter [Margot].

Samstag, 15. Dezember 1945

Morgens schrecklicher Trubel, nachmittags Theatereröffnung; schlechte Rede durch die Abhetzung. Heute, im ersten Teil etwas zu leidenschaftliche Vorstellung. Starker Eindruck der seelischen Aktivität des Stückes, nicht nur bei mir.[59] Minister Böhm sagte nachher genau dasselbe. Abends 30 Personen bei uns. Amerikanische Brötchen, eigener Kartoffel- und Ge-

[55] Wann sich B. in Belgien aufhielt, läßt sich nicht feststellen. Gemeint ist vielleicht ein Aufenthalt aus dem Jahre 1915, als er sich vor seiner Anstellung bei der Presseabteilung des Stabes Ober-Ost in Kowno um eine Verwendung bei der deutschen Verwaltung in Belgien beworben hatte, dann aber nicht berücksichtigt wurde.

[56] Peter von Zahn, Neffe von Karl von Zahn, Ministerialrat im Reichsinnenministerium, der 1933 entlassen und ins Reichsarchiv versetzt worden war. Karl von Zahn hatte 1925 im Streit zwischen B. und der Archivkommission des Reichsarchivs um die Veröffentlichung von B.s Studie zur preußischen Wahlrechtsfrage für diesen Partei ergriffen und angeregt, die Studie als private Arbeit veröffentlichen zu lassen. Vgl. Schleier, Geschichtsschreibung, S. 333. Die Studie erschien als: L. Bergsträßer, Die Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Nach den Akten der preußischen Ministerien und der Reichskanzlei, Tübingen 1929.

[57] Langener Rede: vgl. Anhang, Dok. 1.

[58] Erich Obst, Russische Skizzen, Berlin 1925.

[59] Gespielt wurde Goethes ‚Iphigenie auf Tauris'; vgl. den ausführlichen Vorbericht in ‚Darmstädter Echo' 19.12.1945 (Darmstädter Theater wieder auferstanden); B.s Rede als Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

müsesalat, zum Essen Tee, nachher Wein. Die letzten gingen um 3 Uhr morgens. Ungemein animiert. Amerikaner sehr „pleased". Viel Wein und viel Zigarren verkonsumiert. Auch einigen Damen merkte man den Wein an. Gier des Mangels. Langes Gespräch mit Böhm. Feiner Mensch, sehr sauber, sehr klug, aber doch eben nicht eigentlich politisch. Ein Amerikaner hatte seine Freundin mitgebracht. Sie sagte, sie sei Engländerin. War überaus nett.

Sonntag, 16. Dezember 1945

In Wolfsgarten[60], wo die Prinzessin einen Verkauf für das Rote Kreuz gemacht hat. Erlös 15000,–. Ich kaufte ein kleines Bild der großen Landgräfin. Beim Glase Wein Zusammentreffen mit Irvin und Hillman und einem amerikanischen Journalisten und dessen französischer Frau. Prinzessin gab ihm die Rede. Ich verabrede einen Besuch hier.

Montag, 17. Dezember 1945

Bei Sheehan, lange Diskussion über die Ernennung der Landräte, da er zu einer Sitzung nach Wiesbaden mußte. Es ist eigentlich im Grunde immer unangenehm, daß man so bedeutsame Fragen abrupt behandeln muß. Ich machte den folgenden Vorschlag: Der Regierungspräsident schlägt vor, der Minister ernennt. Er hat ein Einspruchsrecht genau wie das Militärgouvernement. Sheehan nahm das auf und wollte es vertreten.[61] In solchen Fällen ist es angenehm, daß man auf mich hört. Nachmittags sagte Härting, daß die Kaffeestube am Bahnhof nun die ganze Nacht aufbleiben wird und ausschenkt. So ist nun ein neuer Aufenthaltsraum gewonnen und eine Erfrischungsmöglichkeit. Erstes Ergebnis meines nächtlichen Besuches am Dienstag. In Hannover hatte mir Kopf gesagt, daß er die Organisation des Roten Kreuzes nach meinem Modell durchführe.[62] Auch er

[60] Jagdschloß Wolfsgarten bei Langen war der Wohnsitz Prinz Ludwigs von Hessen.

[61] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 17.12.1945. Bei den im Nachlaß verwahrten englischsprachigen Gesprächsaufzeichnungen handelt es sich um Zusammenfassungen der Militärregierung, die B. zur Kenntnisnahme übermittelt wurden.

[62] UB-MR, NL Bergsträsser 24: Erlaß über die Bildung des Hessischen Landesverbandes des Roten Kreuzes, 13.7.1945. Um das Rote Kreuz als „Angelegenheit einer kleinen Schicht der oberen Klasse" zu erweitern, verfügte B., daß die beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Innere Mission in den Vorstand aufgenommen wurden. Durch die Benennung des Referenten für Fürsorgewesen, Härting, zum Leiter wurde das Rote Kreuz an die staatliche Verwaltung angebunden. Darüber hinaus gelang es, den Arbeitersamariterbund und die Rote Hilfe zum Anschluß zu bewegen. Dazu auch B.s Aufzeichnung „Die Reorganisation des Roten Kreuzes in Hessen", 16.4.1946, in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

fürchtet, daß die kirchlich-reaktionären Kreise uns viel Schwierigkeiten machen werden. Morgens mit Irvin gesprochen über einen neuen Erlaß der Militärregierung betr. Kirche und Schule. Ich habe sehr gewarnt, da die evangelische Kirche in Deutschland Steigbügelhalter der Nazis gewesen sei. Infolgedessen legte er den Erlaß zurück und erklärte das Gespräch als privat. Nous avons discuté la matière en français.

Mittwoch, 19. Dezember 1945

Bei Milazzo. Seine Dolmetscherin sprach so seltsames Deutsch, daß ich sie nach der Herkunft fragte. Französin aus Paris. Wir sprachen über Paris, was sie sehr beglückte. Mittwoch nachmittags kamen zwei Amerikaner aus Homburg mit der Frage, ob ich bereit wäre, ein Lehrbuch über „Civics" zu schreiben. Ich erzähle von dem Lexikon, das ich mit Blunck plane.[63] Sie waren davon erfreut. Die Aufforderung lehnte ich ab, da ich keine Zeit habe. Erklärte mich aber bereit, mir zu überlegen, wer sonst es machen könne, und nach Neujahr an ihren Obersten zu berichten. Es freut mich doch immer, daß Amerikaner zu mir statt zu den eigentlich zuständigen Stellen kommen. Abends Metzger aufgeregt und schimpfend. Er macht mir den Vorwurf, nichts getan zu haben. Am nächsten Morgen besprach ich die Sache mit Sheehan, der auch dringend davon abriet, daß ich hingehen solle. Über die etwaige Aktion von Zinnkann und Knothe sprach ich natürlich nicht mit Sheehan. Aus seinen Äußerungen ging deutlich hervor, daß der Widerstand bei Kelly (F 12) liegt, dem von der Stadt. Das kompliziert die Sache. Sie scheint mir nicht günstig zu liegen.[64]

Donnerstag, 20. Dezember 1945

Besuch eines Herrn aus dem Innenministerium in Wiesbaden mit einem Amerikaner. Ich sagte, wir seien erzbereit, hätten auch die Städte schon angewiesen vorzubereiten. Er sagte darauf, man wisse ja, daß unser Bezirk am weitesten vorgeschritten und am besten in Ordnung sei. Ich sagte, wir hätten am frühesten angefangen von der ganzen amerikanischen Zone, daraus erkläre sich das. Er meinte nein, Neustadt. Worauf ich sagte, Neustadt sei im Mai, ich im April.[65] Dann sprach er von Intrigen, die hier ge-

[63] Bluncks ausgearbeitetes Exposé vom 22.12.1945 in: Mat. Bergsträsser.

[64] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 19.12.1945. Die amerikanische Militärregierungseinheit F-12 war für den Stadtkreis und den Landkreis Darmstadt (ab 1946 auch für den Kreis Groß-Gerau) verantwortlich.

[65] B. war am 14.4.1945 kommissarisch zum Leiter der Provinz Starkenburg ernannt worden; offizielle Ernennungsurkunde vom 8.5.1945 in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Heimerich war in Neustadt am 18.5.1945 offiziell eingeführt worden.

sponnen würden gegen Wiesbaden. Ich lehnte auf das schärfste ab. Es handelte sich um den Fall Hamberger.

Nachmittags Genaueres von Faber erfahren. Er hat festgestellt, daß Hamberger Nazi, und zwar seit einiger Zeit vor der Machtübernahme. Es geht aus seinen Personalakten hervor, die man entdeckt hat. Sie bestätigen alle Vermutungen. So muß dieser Wiesbadener Polizeichef gehen. Die Wut ist begreiflich. Die Blamage ist leidlich groß. Faber hatte ganz den Eindruck, daß man nicht ihm, sondern mir aus der Sache einen Strick drehen wollte, nahm in der Sachlage mit Recht alle Verantwortung auf sich und wird über den ganzen Vorgang mit seinen üblen Nebenerscheinungen, der sich an seinem Krankenbett abspielte, einen Bericht machen, den ich dem hiesigen M.G. vorlege.[66] Dazwischen Amtmann Kuster, der eine anschauliche Darstellung der Wirrnisse drüben gab, wo man nicht weiß, was man will, und nicht einmal weiß, wie eigentlich ein Staatshaushalt aufgestellt wird. Dann diskutierten Boll, Ahl und ich das Schreiben Swarts über die Rollschränke, in dem dieser Herr uns mit den Amerikanern droht. Ahl sagte, ziemlich wutschnaubend, so etwas wäre doch bei uns nie vorgekommen. Im Zusammenhang mit der Hamberger-Sache ist bei Ahl von einem anderen amerikanischen Offizier inoffiziell angefragt worden, ob er als Ersatz in Betracht komme. Er weigert sich natürlich, da er von hier nicht weggehen will. Ich sehe darin den Versuch, mich von meinem wichtigsten und mir wegen seiner Erfahrung in der Verwaltung unentbehrlichen Mitarbeiter zu trennen und mich dadurch zu Fall zu bringen. Heute, Freitag morgen, besprachen wir dies beim Kaffeetrinken, und Gisela[67] meinte, die Unzufriedenheit darüber, daß ich nicht Ministerpräsident geworden sei, gehe durch die ganze Bevölkerung, einschließlich aller übrigen Parteien, und wenn ich etwa beseitigt würde, würde das ein Rieseneklat. Ich gucke behaglich zu.

Donnerstag abend Einladung im Schlößchen Seeheim von Irvin und Hillman. Reizender Abend. Am Ende des Essens kam noch Sheehan dazu, und alle drei wetteiferten in der nettesten Weise, aufmerksam zu sein und es uns behaglich zu machen. Interessantes Gespräch über amerikanisches Schul- und Universitätswesen und vor allem zwischen Hillman und mir hin- und hergehende Spötteleien. Er zog mich mit den Civics auf. Wir sprachen über die alten Zeiten seit dem März. Er erwähnte die Erinne-

[66] Der im März 1933 als Ausbildungsleiter der Hessischen Polizeischule entlassene Dr. Philipp Hamberger war seit August 1945 mit der Reorganisation der hessischen Polizei beauftragt und wurde am 10.12.1945 zum Chef der Landespolizei ernannt. Die Vorwürfe richteten sich in diesem Fall wohl gegen Faber, da dieser als Leiter der Personalabteilung in Darmstadt Hamberger zuvor überprüft hatte. Vgl. auch Anm. 130/1946.

[67] B.s älteste Tochter.

rungsschrift seiner Formation.[68] Ich bat um ein Exemplar für mich, eines für die Landesbibliothek. Er sagte beide zu und ergänzte dahin, daß in dem Buch für mich die noch vorhandenen Offiziere aus der Anfangszeit alle eine Widmung schreiben sollen. Hillman hat Sinn für Selbstironie. Er ist Hotelier, und wie wir im Juni durch Oberhessen fuhren, erzählte er mir das mit dem Bemerken, er habe einen „pub". Ich sagte an dem Abend, als man von meinem Bild in der Zeitung sprach (Zeichnung Pfeil)[69]: „I look like an old hawk." Große Freude darüber. Gutes Essen, guter Wein, Schnäpse. Für mich nachher ein Paket Zigaretten, für die beiden weiblichen Wesen je eine Tafel Schokolade. Sheehan hatte vorher einen Karton mit Pralinen gebracht. Wohltuende Menschlichkeit.

Freitag, 28. Dezember 1945

Morgens Wiesbaden. Langes Gespräch mit Oskar Müller, teils über Rotes Kreuz, wo er alle meine Vorschläge und Meinungen durchaus billigte, teils über das Verhältnis der beiden Parteien. Ich lehnte Zusammengehen strikt ab und sagte, entweder Diktatur des Proletariats, für sie sei der Zusammenschluß der beiden Parteien richtig. Aber die Diktatur lehne ich strikt ab. Dann bleibt nur der Weg der Demokratie, und für diesen Weg bedeute der Zusammenschluß die Isolierung von dem kleinen Bürgertum und der Intelligenz. Die Arbeiterschaft allein könne auf demokratischem Wege niemals siegen, brauche also die Verbindung, und die sei nur möglich, wenn wir getrennt marschierten. Es war ein sehr sachliches Gespräch. Härting, der dabei saß, machte sich sogar einige Notizen. Oskar Müller im Verkehr sehr angenehm, geistig gewandt, klug, menschlich sympathisch. Dabei erfuhr ich, daß Venedey in einer gemeinsamen Versammlung der SPD und KPD über und für die Diktatur des Proletariats gesprochen hat.[70] Das hatte mir Nischalke schon vorher mit Behagen und Kommentar erzählt. Der Tag begann übrigens damit, daß Oskar Müller zur Militärregierung gerufen worden war. Wenn man nach Wiesbaden kommt zu einer Besprechung, sind die Herren bei der Militärregierung.

[68] The History of Military Government Detachment E-3 (F1B2), Darmstadt 1946.

[69] Hartmuth Pfeils Zeichnung im ‚Darmstädter Echo' 19. 12. 1945. Vgl. zur Inspektionsreise durch Oberhessen im Juni 1945 die einzelnen Berichte in: UB-MR, NL Bergsträsser 2.

[70] Venedey hatte sich auf einer gemeinsamen Funktionärskonferenz von SPD und KPD am 22. 12. 1945 in Wiesbaden, an der auch Müller teilgenommen hatte, für die sofortige Bildung der Einheitspartei ausgesprochen; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 79.

Montag, 31. Dezember 1945

Morgens. Besuch bei Dr. Mueller. Unterhaltung wegen der Reparationslieferungen von Maschinen und der oberhessischen Industrie. Die Handelskammern in Gießen und Wetzlar scheinen nicht recht im Bild zu sein. An wem das liegt, war nicht herauszukriegen. Sicher nicht an dem Minister. Wahrscheinlich mehr am Landeswirtschaftsamt. Um seine schöne politisch-historische Bibliothek könnte ich ihn beneiden. Ich fand alle die Werke darin, die ich einst besaß.

Tagebuch 1946

Mittwoch, 2. Januar 1946

Bei der Militärregierung Neujahrsglückwünschend. Ich besuchte die vier Herren, die vom letzten März noch übrig geblieben sind. Wilson war sichtlich gerührt von meinem Besuch, da ich ja sonst mit ihm persönlich nichts abzumachen habe, und sprach von seiner Freude, daß er nun endlich der deutschen Polizei Waffen verschafft hat.[1] Mit Irvin anregendes Gespräch wie immer. Er will möglichst lange bleiben.

Freitag, 4. Januar 1946

Ein Regierungsrat aus Kurhessen (Rohrbach) kam wegen Beamtenschule und Verwaltungsakademie. Er meinte, man sollte die Verwaltungsakademie-Arbeit einer zentralen Leitung übertragen. Ich protestierte stark: eine Stelle, die sich als Amt auftue, suche immer Arbeit und mache unnötige Arbeit. Ich sei gegen solche Bürokratisierung, worauf er billigend zusammenklappte. Ich betonte, daß wir hier eine Verwaltungsakademie gehabt hätten, in Anlehnung an die T.H. und Uni Frankfurt. Er ließ eine Denkschrift hier. Die Lehrpläne hatte er vergessen. „Mein Kampf" für Darmstadt fängt an, mir Spaß zu machen. Vorher Faber aus Wiesbaden berichtend. Comedia tragica! Die Herren dort bekommen einfach Mitarbeiter in ihre Büros gesetzt von der Militärregierung. Dabei sollen sie die Verantwortung tragen. Faber hat ihnen gesagt, so etwas sei bei uns nie vorgekommen, und sie sollten ihnen doch einfach den Bettel vor die Füße werfen.

In der Sache Hamberger hatten die Minister noch nichts erfahren (zuständig Innenminister [Venedey] und Denazifizierungsminister Binder!). Sie waren erstaunt, billigten und waren schließlich gar nicht unerfreut. Bei dieser Gelegenheit sagte Binder, ob ich etwas gegen ihn habe; ich sei in Wiesbaden gewesen bei Mueller im selben Haus und hätte ihn nicht besucht. Er sei sich keiner Schuld bewußt. Ich sagte, ich hätte keine Zeit gehabt. Er will das hinübergeben. Venedey sagte Faber nach der Dienstbesprechung, er bedauere die Friktion mit mir und möchte sie gern aus der Welt schaffen. Er hat von seinem Vater[2] seinerzeit nur das günstigste über mich gehört und hätte sich gefreut, mit mir, dessen politische Bedeutung

[1] Die deutsche Polizei wurde zunächst mit amerikanischen Karabinern ausgestattet. Die „vier Herren vom letzten März" waren die verbliebenen Offiziere der ursprünglichen Regierungsbezirkseinheit Hillman, Irvin, Wilson und Old.

[2] Martin Venedey, Rechtsanwalt und Politiker.

er anerkenne, zusammenzuarbeiten. Als der Jüngere sei er zum ersten Schritt bereit. Ich sagte Faber, er solle hinübergehen, ich sei bereit, darauf einzugehen. Sowohl im Interesse des Dienstes als vor allen Dingen im Interesse der Partei. Venedey sagte ihm übrigens, als die Sache mit Geiler hin und her ging, der sich nicht entschließen konnte, hat er den Amerikanern gesagt, sie hätten doch in mir den führenden Kopf und geeigneten Mann. Darauf hätten sie entrüstet abgewinkt: Niemals. Nur wegen Heimerich. Es ist ein behagliches Gefühl, daß Hamberger Heimerichs Schützling war. Einige von Hambergers Kreaturen werden noch ins Gras beißen müssen. Wir waren behaglicher Stimmung. Die beiden sagten mir übrigens, die amerikanische Militärregierung dort würde mich gern herausbeißen, aber das ginge nicht. Im Lauf des Gesprächs hatte Faber gesagt, bei mir bestehe keinerlei Animosität, daß ich nicht Ministerpräsident geworden sei, und hatte von sich aus hinzugefügt, ich hätte ja auch gar keinen Grund dazu, daß ich für eine viel höhere Stelle in Berlin in Aussicht genommen sei, worauf die Minister antworteten, davon hätten sie auch schon gehört.

Sonntag, 6. Januar 1946

Parteikonferenz in Frankfurt. Ausgezeichnetes Referat Schumacher, scharf ablehnend gegen Verschmelzung mit Kommunisten. Ich vierter Diskussionsredner mit großem Applaus. Dann Venedey, für Verschmelzung, unklar, unpointiert und gänzlich abfallend. Resolution gegen 6 angenommen.[3] Wir alle sehr befriedigt. Zinnkann noch am Montag richtig begeistert, was er auch Gisela sagte, die ihn besuchte wegen des Frauenausschusses, und der er sagte, sie müsse an maßgebender Stelle mitarbeiten. Es ist eine für die Partei wichtige Entscheidung, daß sie 1.) die Demokratie als Dauerform festhält, nicht nur als Durchgangsstadium und daß sie 2.) die Möglichkeit gibt, aus der Isolierung der Arbeiterklasse als politischer Faktor herauszukommen. Labour Party als Modell. Interessant war, daß der alte Simon, Nürnberg, früher unabhängige SPD, gegen die Vereinigung sprach und ebenso Markscheffel aus Paris. Aus sehr beachtlichen politischen Gründen heraus. Überhaupt war es doch sehr interessant zu sehen, wie das außenpolitische Denken in der Partei sich gerade unter dem Einfluß Schumachers immer mehr durchsetzt. Genau wie die nationale Note immer stärker betont wird. Natürliche Folge der Verantwortung, die man trägt. Knothe auch sehr gut für Linie Schumacher.

[3] Die Resolution dieser Konferenz der US-Zone gegen die Einheitspartei wurde, soweit feststellbar, mit 144:6 Stimmen angenommen; B. notierte später, wohl irrtümlich, 114:6; vgl. Eintragung 20.3.1946. Dazu Mühlhausen, Hessen, S.85. Auszüge des Schumacher-Referats im Artikel von Knothe in: ‚Frankfurter Rundschau' 11.1.1946 (Klare Entscheidung); vgl. ebd. 8.1.1946 (Sozialdemokraten gegen Verschmelzung).

Nachmittags in Groß-Rohrheim. Ahl leider bedrückt, da Intrigen gegen ihn in Groß-Rohrheim gesponnen werden und man behauptete, er sei in der NSV gewesen, während nur seine Frau [Marie] drin war.[4] Ich habe ihm den Rat vom Götz von Berlichingen gegeben.

Montag, 7. Januar 1946

Beerdigung Hansen. Pfarrer schlecht, trotzdem er ihn gut kannte. Ich kurz, Landgerichtspräsident Gros breiter. Grauenhafte Kälte in der Kapelle. Nachher Meldung, Ahl sei im Auto verunglückt. Große Bestürzung im ganzen Haus, die sich abends in Wohlgefallen auflöst, da nur sein schlechtes Benzin eingefroren war. Nachmittags Besuch zweier Amerikaner, mit denen Denazifizierung, Demilitarisierung eingehend besprochen wurde. Höchst interessant. Sie deuteten an, daß sie zu mir kämen, weil ich auf der weißen Liste stehe. Sie wollen nächste Woche mit ihrem Chef wiederkommen. Es ist doch immer wieder spaßig, daß diese Leute alle zu mir kommen und nicht zu anderen. In Wiesbaden, so entnehme ich aus vielen neuen Indizien, ist man innerlich unsicher. Das Regieren dort besteht aus Tauziehen. Mit Venedey habe ich am Sonntag Versöhnung gefeiert. Ich sagte ihm allerdings dabei, daß ich für ihren Zentralismus kein Verständnis hätte. Ulkig, daß ich nun in die Situation komme, für Darmstadt zu kämpfen.

Dienstag, 8. Januar 1946

Morgens M.G.: Sheehan sagte, daß Metzger nun gebilligt sei, doch sei Kelly gegen ihn, und Landin, der mit Kelly befreundet sei, folge dessen Meinungen. Ich sagte ihm, ich würde alles tun, daß Metzger wieder eingesetzt werde; willkürliche, von persönlichen Launen getragene Entscheidungen seien für mich unmöglich.[5] Nachmittags mit Zinnkann und Ahl über die Sache gesprochen. Zinnkann billigte, daß wir heute hinfahren und sehr energisch fordern. Das Ansehen der Partei hänge davon ab. Hillman kommt nun auch nach Wiesbaden. Schade! Er berichtete über seinen Aufenthalt in der Schweiz und den Eindruck des Friedenslandes, wo es alles gäbe.

[4] Die Spannungen stammten aus der Zeit unmittelbar nach der Parteienzulassung, als in Groß-Rohrheim zwei sozialdemokratische Gruppen konkurrierten; vgl. Mat. Bergsträsser: Vermerk Ahl, 9.3.1946.

[5] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 8.1.1946. Sheehan meinte, daß USFET Metzger lediglich als nominelles Parteimitglied betrachten würde, so daß seine Wiedereinsetzung erfolgen könne.

Wenn die Franzosen auf ihren Plänen über das Rheinland bestehen, ist es fast unmöglich, in Deutschland die Gesinnung zu demilitarisieren. Überdies besteht dann die Gefahr, daß der von mir erstrebte Anschluß an den Westen unmöglich wird, weil er geistig nicht durchgesetzt werden kann, vielmehr die Hoffnung sich trotz allem Geschehenen durchsetzen könnte, daß in Verbindung mit Rußland mehr erreicht werde. Die Möglichkeit einer deutschen Sowjetrepublik, d.h. eines ungeteilten Deutschland im Anschluß an Rußland. Wo Generale Politik machen, ist es Irrsinn.[6] Nach Anzeichen scheint die außenpolitische Spannung zwischen Frankreich und den anderen beiden Westmächten stark zu sein. Ich überlege mir, was man tun könnte. Leider tun alle anderen nichts in dieser Beziehung.

Die Männer vom Arbeitsamt kamen und wollten, daß ich das Amt besichtige und feststelle, daß sie nicht arbeiten könnten. Sie mußten umziehen, das Haus ist unfertig. Ich lehnte ab, da es nicht zu meiner Kompetenz gehöre. Es ist Sache von Binder.

Abends erzählte Gisela, daß ihr Debattier-Club[7] jetzt in den Formen eines Parlamentes arbeitet, daß aber das Übersetzen der amerikanischen Ausdrücke Schwierigkeiten macht, weil fast niemand von den Anwesenden die deutschen Ausdrücke mehr kennt. Typisch!

Donnerstag, 10. Januar 1946

Gestern abend Feier der [Ernennung Giselas zur] Kustodin. Feigel von der liebenswürdigsten Plauderseite, machte mir das Kompliment, ich sei unverändert trotz der Stellung. – Heute morgen nach Wiesbaden. Venedey war bereit, Wiedereinstellung Metzger dem Ministerpräsidenten vorzuschlagen, machte den Schrieb aufgrund meines Entwurfes sofort fertig, dann zu Geiler. Geiler sagte, er sei 100%ig bereit, und wollte eben anfangen zu diktieren, als den beiden Mutigen Bedenken ob ihres Mutes kamen. Sie müßten das doch der Militärregierung sagen. Ich sagte, nach den amerikanischen Bestimmungen sei es seit dem 1. Januar kompetenzmäßig ausschließlich Sache der Regierung.[8] Sie bestritten das mit windigen Grün-

[6] Anspielung auf General de Gaulle und die französischen Pläne zur Abtrennung des Ruhrgebietes; vgl. Oswald Post, Zwischen Sicherheit und Wiederaufbau – Die Ruhrfrage in der alliierten Diskussion 1945–1949, Gießen 1986, S. 20.

[7] Jugendgruppe in Darmstadt, die unter der Leitung von B.s Tochter Gisela in Zusammenarbeit mit den Amerikanern staatsbürgerliche Fragen diskutierte.

[8] Vgl. Organisationsanweisung Nr. 12 des OMGH vom 28. 12. 1945: „... 3. Die Ernennung und Entlassung aller Beamten mit Ausnahme der Wahlbeamten wird von dem Ministerpräsidenten oder von den Stellen, denen er diese Befugnisse übertragen hat, vorgenommen, vorbehaltlich der Zustimmung dieses Hauptquartiers", in: Kropat, Hessen, S. 40 (Dok. 26).

den, die nicht in der Rechtslage, sondern in der Tatsachenlage beruhten, und ich sagte noch, wenn ich so zwischen zwei Juristen säße, so sei es ja an sich [ab]sonderlich, wenn ich von der Rechtslage redete. Beschlossen wurde, daß ich autorisiert wurde, Metzger zu benachrichtigen, er solle sofort seine Tätigkeit kommissarisch aufnehmen. Ich tat das nachmittags um 5 Uhr. Weiter wurde gesagt, man werde der Militärregierung Mitteilung machen und dann sofort die Bestallungsurkunde schicken. Ministerpräsident fragte mich über Sache Hamberger. Ich sagte, alles, was von hier geschehen sei, sei von mir gebilligt, [ich] trüge die Verantwortung. Die Sache liege so, daß er unmittelbar vor der Machtergreifung sich mit den Nazis verbunden habe. Dies sei in ganz Darmstadt bekannt. Besonders bei der Polizei. Er sei infolgedessen völlig unmöglich und sei sein Nichtverbleiben eine Sache der Staatsautorität. Geiler sagte mir, Polizeipräsident Siegert in Frankfurt habe ihm auf seine Frage dasselbe geantwortet. Siegert war über diese Sache nicht in Verbindung mit uns. Geiler wollte die Fotokopien beim M.G. benutzen. Venedey widersprach von sich aus. Das gehe unsertwegen nicht. Geiler bat dann, ihm die Tatsachen als Gedächtnishilfe zusammenzustellen. Ich sagte, ich würde Faber damit beauftragen. Dann fragte Geiler, was ich über Ahl dächte. Ich antwortete, er sei ein ausgezeichneter Beamter, eine ungeheure Arbeitskraft, umfassende Kenntnisse der Verwaltung. Er deutete an, daß Ahl vielleicht zu selbständig arbeite. Ich sagte, ich trüge die Verantwortung, und alle wichtigen Fragen, besonders die politischer Natur, würden vor der Entscheidung mir vorgetragen. Ich träfe die Entscheidung. Ich sagte dann, wenn gegen Ahl gearbeitet werde, könne das nur von den Kommunisten kommen, die mit ihm unzufrieden seien, aber ungerechterweise, denn die Maßregelung einiger kommunistischer Beamter sei nicht erfolgt, weil sie Kommunisten seien, sondern weil sie entweder unseren Weisungen nicht nachkamen oder sich strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen. Zählte einige Fälle[9] auf und sagte, unser oberstes Bestreben sei, die Staatsautorität zu stabilisieren und den Beamtenkörper sauber zu halten. Wir gingen ebenso entschieden auch gegen Sozialdemokraten vor und erwähnte den Fall Hildebrandt, der Sozialdemokrat sei.[10] Der gesamte Eindruck war der alte, unerfreuliche,

[9] Prominenteste Fälle waren der im Oktober 1945 als Landrat des Kreises Groß-Gerau suspendierte ehem. KPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Hammann und der entlassene Leiter der Forstverwaltung, Leonhard Daum. Zur Entlassung Hammanns: StA-DA, H 1 RP Liste 21/26: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Reg.-Dir. Ahl, 5.12.1945; Mat. Bergsträsser: Briefwechsel Hammann/Ahl Oktober 1945. Zur Entlassung Daums vgl. Eintragung 7.2.1946 mit Anm. 58/1946.

[10] Hugo Hildebrandt, Treuhänder der Firma Merck, wurde wegen unterlassener Angaben im Fragebogen angeklagt. Er war während der amerikanischen Besatzung kurzzeitig Landrat in Saarbrücken und hatte nach Übergabe des Gebietes an die Franzosen bei B. um Verwendung gebeten; vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memo-

daß sie Angst haben und sich nicht durchsetzen. Ich besprach das mit Zinnkann auf der Rückfahrt, der ganz meiner Meinung war. Metzger nimmt seine Tätigkeit wieder auf, wird sich selbst, nachdem er es getan hat, bei Kelly als wieder im Amt vorstellen. Fährt nächste Woche 3 Tage nach Essen – HEAG.[11]

Freitag, 11. Januar 1946

Äußerst bewegter Tag. 10 Uhr M.G. Mit Sheehan gesprochen über Kasus Ahl.[12] Alles genau gesagt. Dann über Metzger genau erzählt, was ich für Befehle von Wiesbaden bekam. Sheehan sagte, das sei eine merkwürdige, unentschiedene Entscheidung. Ich widersprach nicht. Sheehan ist der Ansicht, daß die endgültige Einsetzung Metzgers die Unterschrift des Ministerpräsidenten, des Innenministers und Landins tragen müsse.[13] Ich hatte in Erinnerung, daß das nicht nötig sei, aber mag sein, daß ich nicht ganz im Bild bin. Das Wesentliche bleibt, daß nunmehr wirkliche Gründe nicht vorliegen, und ich sagte Sheehan, wenn er nicht genehmigt würde, sei das ein Akt der Willkür, und da Gerechtigkeit die Grundlage jeden Staates sei, so müsse ich das auf das schärfste ablehnen. Ich hätte ja allerdings nichts dabei zu sagen. Ich betonte energisch, daß ich in der Angelegenheit jetzt nur Briefträger gewesen sei, und ich bat, Frl. Reuleaux diesen bestimmten Satz zu übersetzen. Ich sagte, ich hätte das Recht „suggestions" zu machen, was ich auch getan hätte, aber nicht mehr. Eben abends kam Reiber und erzählte, daß er heute auf 11 Uhr zum Ministerpräsidenten Geiler angesagt war, dort warten mußte, weil dieser bei der Militärregierung war. Geiler kam um 1 Uhr. Empfing ihn doch. Reiber sagte, die Hauptsache,

randum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 8.2.1946. Auch OMGH 5/7-3/2: Historical Report E-3, January 1946, S.6. Zum Fortgang siehe Eintragung 22.1.1946 mit Anm. 33/1946.

[11] Metzger war als Oberbürgermeister Aufsichtsratsvorsitzender der Hessischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (HEAG) und reiste in dieser Eigenschaft nach Essen, um mit dem dortigen Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), der Hauptaktionärin der HEAG, zu verhandeln; vgl. Metzger, In guten und in schlechten Tagen, S.78 und S.97.

[12] UB-MR, NL Bergsträsser: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 11.1.1946. Außer der Entlassung von Kommunisten wurde Ahl die Verbindung zu einem Freund des ehemaligen Gauleiters vorgeworfen. Die Civil Administration Division des OMGH drängte auf Ahls Entlassung; vgl. HStA, 502/1874: Aktenvermerk einer Besprechung von Geiler, Hilpert und Landin, 10.1.1946.

[13] Darauf hatte Landin in einer Besprechung mit Geiler am Tag zuvor nachdrücklich hingewiesen. Aktenvermerk vgl. Anm. 12/1946.

weswegen er komme, sei ja nun erledigt, nämlich die Frage Metzger, worauf Geiler sagte: „Nein, leider nicht", sie stehe sehr schlecht. Er habe gestern abend noch den Befehl bekommen, Metzger sofort wieder aus dem Amt zu entfernen. Er wisse nicht, was man machen könne. Er gehe in derselben Angelegenheit um 2 Uhr nochmals zur Militärregierung. Inzwischen war Metzger von Darmstadt aus angerufen worden. Das Gespräch hatte ihn verfehlt, er fuhr zurück und erfuhr hier von dem völlig erledigten Schrauth, daß dieser morgens bei der Militärregierung war und dem Capt. Dumkow oder so ähnlich, nachdem er Sachliches mit ihm besprochen hatte, sagte, Herr Metzger sei seit gestern wieder im Amt, worauf dieser ihn anbrüllte, Herr Metzger müsse sofort raus. Am Telefon mit Kelly sprach [?], wütende Unterhaltung. Die Herren vom städtischen M.G. waren über die Wiedereinsetzung von Metzger sichtlich nicht informiert. Die Entscheidung von gestern abend gegen Metzger beim Wiesbadener M.G. ist also nicht von ihnen, sondern von Landin [und] Newman gefallen. Reiber bekam im Laufe des Tages den Befehl, Metzger sofort zu eröffnen, daß er keine Amtshandlungen vornehmen dürfe und nicht Bürgermeister sei. Ich bekam nachmittags 4.30 Uhr dieselbe Weisung. Reiber kam zu mir, und wir besprachen, daß er Metzger einen Brief schreibe, er solle morgen früh, ehe er aufs Amt gehe, bei ihm vorbeikommen, um zu verhindern, daß Metzger das Amt wieder betrete, und solle Reiber ihm sagen, daß der Auftrag sowohl von der Militärregierung wie durch mich von der Zivilregierung komme. Ich solle Bestätigung des Gesprächs in einem Schreiben bekommen. Anrufer war Dr. Swart.

Ich selbst war nachmittags 14.30 Uhr bei der Militärregierung, eine Stunde Gespräch mit Leggatt und Dengler über König. Königs Benehmen ist höchst kindisch, wohl unter dem Einfluß seiner Frau [Maria].[14] Schade. Kaum im Amt zurück, wurde ich nochmals zu Col. Copeland befohlen, der mir sagte, ich solle nun jeden Dienstag um 10 Uhr zu ihm kommen zur Besprechung. Zurück, mehrere Besuche. Morgens längere Unterhaltung mit dem französischen liaison-officer, Capt. Trotouin, angenehm. Wir sprachen noch über Politik, und ich sagte ihm klar meinen Standpunkt, daß die Franzosen, gegen die Angelegenheit Deutschland sich stellend, die Entmilitarisierung unmöglich machen. Er stimmte zu. Ich sagte, ich würde mich freuen, ihn in meinem Hause zu sehen. Immer wieder seltsam

[14] B.s Bemühungen um Wiedereinsetzung des wegen persönlicher Spannungen von der örtlichen Militärregierung suspendierten Landrats König in Heppenheim hatten keinen Erfolg; vgl. Bericht an Militärregierung Darmstadt, 24.11.1945, in: Mat. Bergsträsser. Im Kreis Bergstraße verblieb der zum 1.12. als kommissarischer Landrat eingesetzte Erbacher Bürgermeister Dengler. König wurde statt des Anfang November von der Militärregierung entlassenen Landrats Rosenkranz nach Alsfeld geschickt, mußte aber auf Anordnung der Militärregierung am 22.2.1946 erneut abberufen werden.

der Unterschied zwischen dem Benehmen und der ganzen Art sich zu geben, der Amerikaner und der Franzosen. T. sagte überdies, daß die kriegsgefangenen Franzosen, die aus Deutschland zurückkehren, so gut wie alle mit ihrer Behandlung sehr zufrieden waren. Besonders die, die auf dem Lande arbeiteten. Ich sagte ihm, daß wir uns gefreut hätten, wie anständig sich nach dem Zusammenbruch die Franzosen benommen hätten gegenüber anderen, speziell den Polen. Er schimpfte auch auf die Polen. Ich werde den Krügehandel mit ihm inszenieren für Steinhagen.[15] Die Wiesbadener Geschichten machen uns alle kaputt, und ich überlege mir, ob es nicht besser wäre, sich auf eine Professur zurückzuziehen. Ich werde morgen mit Hoffmann darüber sprechen. Zu arbeiten, ohne Erfolg zu haben, weil andere einem die Erfolge unmöglich machen, ist eine auf die Dauer unhaltbare Situation. Zur rechten Zeit auszusteigen, ist die Aufgabe eines verantwortungsbewußten Politikers.

Samstag, 12. Januar 1946

Zinnkann und Metzger. Wir kamen überein, er müsse zu Knothe fahren, und dieser solle eine Parteisitzung veranlassen, zu der die Regierungspräsidenten hinzugezogen würden. Zum Teil aussteigen. Ich glaube nicht daran. Habe ihm das auch gesagt. Aber machen soll man es natürlich. Ich habe [...] gesagt, und Metzger sagt dasselbe, wenn die Partei ihre in besonderen Stellungen befindlichen Mitglieder nicht stützen kann, kann man mit der Partei auf die Dauer nicht arbeiten. Er begriff das durchaus. Wie ich weggehen wollte, kam Häbich mit einem Ministerialrat, der als Vertreter für Großhessen nach Berlin gehen soll.[16] Ich gab ihm Adressen und Hilfsstellungen, was er nicht erwartet hatte und was ihn mordserstaunte. Abends Erbachs. Sie erzählten mancherlei, was man gut verwenden kann. Die Gräfin[17] hat Angst, die Nazis kämen wieder zu Einfluß.

[15] Karl Niederstadt, Besitzer einer Spirituosenfabrik in Steinhagen und ehemaliger Schüler B.s an der Universität Greifswald, hatte B. darauf aufmerksam gemacht, daß die Steinhäger-Krüge aus dem Kannebäcker-Land im jetzt zur französischen Zone gehörenden Bezirk Montabaur wegen der Zonengrenzen nicht mehr geliefert wurden.

[16] Wohl Victor Pröstler, der als Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten im Auftrage des Hessischen Staatsministeriums nach Berlin ging; Leiter der hessischen Wirtschaftsvertretung war seit November 1945 Julius Segel.

[17] Gräfin Christa von Erbach-Erbach.

Sonntag, 13. Januar 1946

Zwei Amerikaner (aus Berlin von der Kontrollkommission)[18] erkundigten sich bei mir nach geeigneten Leuten für das Staatssekretariat der Wirtschaft. Sie sprachen sehr gut deutsch, wollten aber partout mit mir englisch sprechen, und wie sie weggingen, sagte der eine, ich hätte das Examen gut bestanden. Sie hatten alle meinen Namen ersichtlich sehr ernst genommen. Von mir selbst war ihnen fälschlich gesagt worden, ich sei Professor der Nationalökonomie. Sie hatten aber schon daran gezweifelt, und ich sagte ihnen, für das Wirtschaftliche käme ich ja nicht in Betracht. Mich interessierten Außenpolitik und Education und allgemeine Politik. Samstag nachmittags Bieberfield. Er erzählte, was Geiler in seiner Neujahrsansprache darüber gesagt habe, daß Presse und Rundfunk, Nachrichtenwesen, Lizenzierungen usw. auf die deutschen Behörden übergingen, sei falsch.[19] Geiler sei wegen dieser Äußerungen der Kopf gewaschen worden. Fragte, ob ich wüßte, warum Geiler das gesagt hätte. Ich sagte ihm, ich sei mit Wiesbaden überhaupt nicht in Fühlung. Man frage mich grundsätzlich nicht, auch die anderen Regierungspräsidenten nicht, mich noch am allerwenigsten wegen der Spannung mit dem Landeshaus.[20] Er fragte warum. Ich machte die nötigen Angaben. Dann fragte er, was ich darüber denke, wenn die von Geiler angekündigten Maßnahmen verwirklicht würden. Ich sprach mich offen darüber aus, betonte, daß ich immer offen sei. Ja, deswegen komme er ja immer zu mir. Sagte ihm dann auch, daß die Veröffentlichung des Testamentes Hitlers Blödsinn sei[21], da es doch wieder die Tränendrüsen in Bewegung setze, und sagte, man müsse den Nürnberger Prozeß durch einen deutschen Historiker ausschlachten lassen.[22] Ich hätte einen auf Lager. Nannte auch den Namen. Sprach dann über die Lage an den Hochschulen Göttingen, Tübingen, was ihn sehr interessierte, und über die böse Wirkung der französischen Politik auf den deutschen Militarismus, der wieder aufwache. Über beides soll ich ihm

[18] Vermutlich der deutsche Emigrant Karl F. Bode und der später wiederholt genannte Wollkiser, beide Mitglieder der Economics Division OMGUS, die Personal für die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Zentralverwaltungen rekrutieren sollten.

[19] Vgl. ‚Darmstädter Echo' 5.1.1946 (Neujahrsbotschaft der Groß-Hessischen Staatsregierung), auch ‚Hessische Nachrichten' (Übergang der Zivilverwaltung).

[20] Im Wiesbadener Landeshaus, dem ehem. Sitz der Bezirksverwaltung Nassau, residierte OMGH.

[21] Vgl. ‚Darmstädter Echo' 1.1.1946 (Hitlers Testament und Trauschein gefunden).

[22] Ein von B. wiederholt gemachter Vorschlag, den die Militärregierung ablehnte; vgl. dazu den Schriftwechsel in UB-MR, NL Bergsträsser 3; dazu, ebd. 11, eine umfängliche Materialsammlung zu den Nürnberger Prozessen.

Darlegungen machen. Wieder mehr Arbeit. Aber kurios ist es doch, daß die Leute immer zu mir kommen.

Wie schon erwähnt, waren Sonntag nachmittags zwei Amerikaner aus Berlin bei mir. Nachher gingen sie zu Walk, der mir dann auch sehr belustigt über die inquiry erzählte. Abends Theater „XYZ"[23], die Kaun in voller Fahrt.

Montag, 14. Januar 1946

Im Bett, erkältet. Besuch des Bodenreform-Predigers und des Dr. Steinecke, unbedarfter Jüngling.[24] Er hat in seinen Kursen weder Rechtswissenschaft noch Nationalökonomie vorgesehen und Politik auch nur am Rand, dafür Philosophie und viel Ästhetik.

Mittwoch, 16. Januar 1946

Morgens in Gießen Sitzung der Landräte-Vereinigung. Lange Ansprache Dr. Geiler über allgemeine Fragen. Jetzt weiß ich, warum er das Ministerpräsidium annahm. Ich habe selten einen so gefallsüchtigen und eitlen Redner gesehen. Persönlich war er angenehm, formvoll, freundlich wie immer. Ich hatte Gelegenheit, kurz mit ihm über die Behandlung von Behörden in Darmstadt zu berichten und soll ihm darüber persönlich schreiben. Mit Venedey vorher gesprochen, der sich sehr beklagte, daß die Partei ihn so schlecht behandele, auch persönlich, worauf ich ihm sagte: „Sehen Sie, wie gut reinigend die Gewitter sind, ich tue das nun nicht, obwohl ich auch ihre Haltung für sehr dumm halte." Er suchte offenbar Anlehnung und ist jetzt sehr freundlich. Die Landratssitzung: Referat sehr gut des Landrats [Treibert] von Ziegenhain; Tendenz war, Regierung in Wiesbaden, Verwaltung bei den Regierungspräsidenten und Landräten, fand verdienten Beifall.[25] Venedey antwortete, ließ die Kernpunkte aus und bewegte sich in allgemeinen Meinungen. Ich möchte nicht so dastehen. –

[23] ‚XYZ – Spiel zu dreien' von Klabund, die zweite Premiere des Landestheaters in der Darmstädter Orangerie, in der Ingeborg Kaun zusammen mit R. Kalvius (Regie) und R. Bohnet spielte.

[24] Dr. Wolfgang Steinecke, seit Sommer 1945 Kulturreferent der Stadt Darmstadt, trug B. das Programm der am 3.2. eröffneten Volkshochschule vor, bei dessen endgültiger Vorstellung (vgl. ‚Darmstädter Echo' 23.1.1946) die politischen Vortragsreihen in den Mittelpunkt gerückt wurden. – Mit dem „Bodenreform-Prediger" ist wohl Weisgerber oder Keil gemeint.

[25] Vgl. ‚Gießener Freie Presse' 22.1.1946 (Treffen der Landräte von Groß-Hessen).

Nachmittags Vortrag in Nauheim, DANA[26] und Rundfunk anwesend. Abends hübsches kleines Essen, Meller, Bach, Seelbach.

Donnerstag, 17. Januar 1946

Morgens Eröffnung der TH, feine Rede von Irvin, ich nur ein paar Sätze, weil die übrigen Ansprachen sehr lang waren.[27] Dann Lunch bei uns. 4 Amis, Böhm, Reuleaux. Sie schienen sich bei Domänenwein sehr behaglich zu fühlen. Hillman machte beim Hinausgehen mir ein Kompliment über die feine Küche, die wir hätten. Durchbruch des Hoteliers. Nachmittags trug Boll lange vor über die falschen Zentralisationsbestrebungen von Mattes. Ich erbat Denkschrift für Geiler, evtl. müssen wir die Presse mobil machen. So geht es nicht. Ich komme mir als Kämpfer für Darmstadt immer kurioser vor. Abends Mülheim, über 700 Menschen, andächtige Gemeinde, einer hielt mich wieder für 73. Böhm sagte, daß die Höheren Schulen nun endgültig bei den Regierungspräsidenten bleiben.

Freitag, 18. Januar 1946

Morgens bei Copeland. Nichts besonderes. Bei Sheehan neue Intrige gegen Frl. Pfannmüller und Frl. Herget. Ich stelle fest, daß [das] von der Monnard bei der Stadt ausgeht. Berichtete dann dementsprechend hinüber und hatte den Eindruck, daß Frl. Wantz sehr im Bilde über Frl. Monnard war. Deutsches Lumpengesindel.[28]

Dr. Wollkiser hier, telefonierte bei uns; die Wiesbadener, wohl die Militärregierung, haben Heimerich vorgeschlagen für Berlin.

Mit Dr. Wadsack Erwachsenen-Bildung besprochen. Ich brauche unbedingt jemand dafür. Meine Schulabteilung ist der schlechteste Teil meiner Regierung. Ich suche krampfhaft einen Kopf für sie. Kopf in doppelter Bedeutung. Wenn doch B[orn] möglich wäre. Abends Rüsselsheim. Saal

[26] Die Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur (DANA, später DENA) war am 29.6.1945 als Nachrichtenagentur für die amerikanische Zone in Bad Nauheim begründet worden, da das Reichspropagandaministerium seine Ausrüstung dorthin verlagert hatte; sie fusionierte im Herbst 1949 mit dem Deutschen Presse Dienst der britischen Zone zur dpa. Zu B.s Vortrag im Rahmen der 3. akademischen Vortragswoche in Bad Nauheim vgl. ‚Darmstädter Echo' 26.1.1946 (Deutschlands staatliche Zukunft).

[27] Die Reden in: Darmstädter Hochschulblatt. Rundschreiben der Technischen Hochschule Darmstadt, Febr. 1946, S. 1–7; vgl. ‚Darmstädter Echo' 19.1.1946.

[28] Vgl. Eintragung 28.1.1946 mit Anm. 37 und 218/1946.

polizeilich abgesperrt wegen Überfüllung. 12–1500 Menschen. Auf die Frage, ob jemand was zu fragen habe, kam niemand.[29]

Samstag, 19. Januar 1946

Abends Sprendlingen. Die dortigen Genossen wollten eine Resolution über Vereinigung mit der KPD verlesen. Ich sagte ihnen, entweder diese Resolution oder ich. Wenn ihr die Resolution verlest, spreche ich in der Versammlung offen darüber, daß ihr auf dem falschen Weg seid. Darauf unterblieb die Resolution, und ich sprach deutlich gegen die KPD. Auch gegen ihre unfaire Agitation.

Montag, 21. Januar 1946

Morgens nach Wiesbaden, Parteivorstand, auch Nischalke. Knothe hatte natürlich alles wieder vermasselt und die Minister nicht eingeladen. Ich habe die Affaire Hamberger und die Sache Metzger sehr scharf vorgetragen. Knothe wird die nötigen Schritte tun. Dann Nischalke und ich über die Zentralisierungswut der Regierung. Es wurde beschlossen, dies in größerem Maßstab noch einmal in Anwesenheit der Minister zu behandeln. Auf dem Wege Gespräch mit Zinnkann. Er stimmte sehr zu, als ich sagte, wenn wir nicht allein eine Regierung bilden könnten nach den Wahlen, wäre jetzt die Zeit, sie mit der KPD zu bilden. Wenn wir die hereinnähmen, wäre die Opposition von links unmöglich. Zinnkann schmunzelte und freute sich offenbar, daß gerade ich das sagte. – Abends Kolleg über die Grundlinien deutscher Dinge, aber ich hatte sie völlig in der Hand. Dann Seeheim. Sehr voll. Das ganze Theatervolk, das nachher mit den üblichen Komplimenten aufwartete. Frau Pierenkämper war auch da, und ich sagte, ich freue mich, bei ihr politische Erziehungsversuche anstellen zu können. „Die wievielte politische Versammlung war es, die Sie besuchten?" „Die erste!" Allgemeines Hallo!

[29] Über B.s Versammlungsreden zu den Gemeindewahlen wurde in der noch auf wenige Seiten beschränkten Zeitung, die nur zweimal wöchentlich erschien, nicht gesondert berichtet; vgl. jedoch B.s Leitartikel zum ersten Wahlsonntag, ‚Darmstädter Echo' 19.1.1946 (Die große Bedeutung der Gemeindewahlen).

Dienstag/Mittwoch, 22./23. Januar 1946

Morgens bei Copeland und Sheehan und beide sehr befriedigt über die Wahl.[30] Ich sagte zu Copeland, die richtige Folgerung sei nun, die Wahlen für Groß-Hessen früher anzusetzen. Er meinte, Clay habe sie mit guten Gründen auf den Oktober angesetzt. Man wolle organisch von unten aufbauen. Ich: „Das könnte man ja auch etwas schneller tun." Er hatte Bedenken und bewies damit, daß er kein Kopf ist. Ich mußte meine Ansichten über die Wahl auseinandersetzen und sagte, erstens sei die Wahlbeteiligung ein Beweis des politischen Interesses, was ich ja immer vorher gesagt hätte, daß es stimulierend wirken werde. Zweitens sei der Mißerfolg der KPD auf die Nachrichten aus der russischen Zone zurückzuführen. Der Erfolg der SPD ist darauf zurückzuführen, daß man von ihr eine ruhige Entwicklung erwarte und daß alle Leute, die sich vor Radikalismen der KPD fürchten, eben zu uns gingen. Ungeklärt sei die Lage nach rechts. Dort werde sich neben christlichen Parteien wohl mit der Zeit eine reaktionäre auftun. – Wie recht ich damit hatte, zeigte sich am selben Nachmittag, wo ich in Nauheim wegen des für das Pädagogium vorgeschlagenen Professor Buchenau eine Untersuchung anstellte, wobei herauskam, daß die Nationaldemokraten unter Leuchtgens seltsames Gemisch aus früheren Wirtschaftsparteien und deutschnationalen Kreisen sind, bei denen man von Wiedererrichtung der Monarchie spricht und das gar für eine Erziehungsanstalt hält, die unentbehrlich sei. Dem Buchenau wird das wohl mit seinen unüberlegten Äußerungen den Kopf kosten.[31]

Abends in Friedberg sehr gute Versammlung. Man hatte mich telefonisch hierher zitieren wollen wegen Dr. Dorn. Den besuche ich nun Mittwoch morgens in Frankfurt. Sehr freundliche Aufnahme. Erst über die Wahlen wie oben. Dabei hervorhebend, daß ich mich seinerzeit dagegen ausgesprochen hätte, sie zu verschieben. Dann sagte er mir, daß die Zeitungsnachrichten, die Landeswahlen sollten schon im Juni sein, zutreffen. Ich freute mich sehr und sagte ihm das und freue mich auf Dienstag, wo ich Copeland sagen kann:„I am in the same line with General Clay." Dann über die Wiesbadener Regierung. Ich sagte, sie sei noch nicht eigentlich gefestigt, frage uns Regierungspräsidenten zu wenig, mache infolgedessen in personellen Dingen (Fall Hamberger und anderes) ebenso-

[30] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 22.1.1946. Die Gemeindewahlen fanden in zwei Etappen statt. Im Regierungsbezirk Darmstadt wurde am 20.1. in den Kreisen Alsfeld, Gießen und Büdingen, am 27.1.1946 in den Gemeinden der übrigen Kreise gewählt.

[31] Zur Gründungsphase der NDP vgl. Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.) Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik 1945–1980, Bd. II, Opladen 1984, S. 1892–1921. Ein Exzerpt der Rede Buchenaus vom 20.1.1946 in: Mat. Bergsträsser.

viel Fehler wie in sachlichen. Das Zentralisieren von Behörden in Wiesbaden und Frankfurt sei Unsinn. Wir kennten die Verhältnisse, die Minister, insbesondere die, die aus anderen Gegenden kommen, gar nicht. Ich sagte ihm auch, warum die Militärregierung gegen mich voreingenommen sei, und daß wir doch, wenn wir auf Denazifizierungsnotwendigkeiten hinwiesen, nur unsere Pflicht täten. Das Gespräch war über eine Stunde. Er sagte im Laufe, die Regierung in Wiesbaden werde erst nach den Wahlen umgebildet. Dann aber offenbar sehr.

Nachmittags bei Sheehan, wo Hillman zugegen, über mein Gespräch referierend. Sie waren erfreut, da sie am Dienstag abend Dr. Dorn genau dasselbe gesagt hatten. Vorher Bieberfield auch meine Meinung über die Wahlen einholend. Angenehmer Mensch. Man kann hübsch offen mit ihm sprechen. Gegenseitiges Vertrauen. C.I.C. verlangt von mir Bericht über Heimerich.[32] Soll heute abgeholt werden. Er hat es nun wirklich fertig gebracht, durch den üblen Hildebrandt Rechtsvertreter von Merck zu werden, und dabei übernimmt er noch die Verteidigung von Hildebrandt.[33] Höher geht der Mangel an Feingefühl überhaupt nicht. Ich sagte das den Amerikanern, und sie stimmten alle zu. Na endlich! Wollkiser ist, wie Walk mir berichtete, an Heimerich nicht interessiert.[34] Ein Glück! – Abends in Michelstadt ungeheueren Beifall nach meiner Rede. Dann bei Neff Wein. Späte Heimkunft. – Beim Gespräch mit M.G. wurde mir gesagt, daß man statt Hildebrandt jetzt Peter Reinhold haben will. Das geht auf meine Initiative zurück.[35] Minister Mueller hat ihn vorgeschlagen. Hillman sagte, für diesen Posten müsse man einen prima Mann haben.

Donnerstag, 24. Januar 1946

Abends Griesheim. Ein Kommunist sprach lange. Meist Gewäsch. Erwähnte aber pathetisch, ich hätte in einer Bürgermeisterversammlung des Landkreises Darmstadt gesagt, ich hätte keine Angst vor den Kommunisten. Ich griff das im Schlußwort auf, bestätigte und sagte, der letzte Sonn-

[32] B.s Bericht an das Counter Intelligence Corps (CIC), den amerikanischen Besatzungsgeheimdienst, vom 24.1.1946 in: Mat. Bergsträsser.

[33] Vgl. Anm. 10/1946. Heimerich verteidigte Hildebrandt vor dem Darmstädter Militärgericht, das ihn im Februar zu einem Jahr Haft und 10000 RM Geldstrafe verurteilte; ‚Darmstädter Echo' 23.2.1946 (Fälle vor dem Militärgericht). Siehe auch OMGH 5/7-3/5: Weekly Summary Mil. Gov. RB Darmstadt, 20.–26.2.1946.

[34] Heimerich stand nicht mehr auf der von der hessischen Landesregierung an OMGUS übermittelten Liste, auf der wiederum Walk für eines der geplanten Zentralämter empfohlen wurde. HStA, 1126 NL Geiler 13.

[35] B. hatte Reinhold schon früher um seine Bereitschaft zur Übernahme der Treuhänderschaft von Merck gebeten; Mat. Bergsträsser: B. an Reinhold, 27.11.1945.

tag habe ja bewiesen, daß ich recht habe. Brüllendes Gelächter. Darauf sagte ich, die Vereinigung sei sehr einfach, wenn der Kleinere zum Größeren komme, d.h. die KPD in uns aufginge. Zweite Lachsalve.

Freitag(?)/Samstag, 25.(?)/26. Januar 1946

Letzte Wahlversammlung, Groß-Gerau. Riesensaal der Helvetia gut besucht. Ich merkte aber doch ein wenig die Müdigkeit. Vielleicht weil ich zuvor 1½ Stunden spazieren gelaufen war. – Samstag morgens lange Besprechung mit Friedrich und Faber. Über Schulabteilung. – Samstag nachmittag, wie ich eben ausgeschlafen hatte, Gespräch aus Nauheim wegen Buchenau, der in Friedberg vor seinen Schülern gesagt hat, er habe es den Amerikanern in einer öffentlichen Versammlung gründlich gegeben. Daraufhin habe ich ihn telefonisch über Bach suspendiert.

Sonntag, 27. Januar 1946

Morgens vor 10 Uhr im Auto los, Roßdorf, Dieburg, dann bis Schöllenbach hinunter. Nachmittags Kailbach, Unter-Sensbach, Beerfelden, Fürth. Überall sehr große Wahlbeteiligung. Selbst in Gemeinden mit Einheitslisten, die nicht eben häufig waren, und in solchen mit unpolitischen Listen, die ich nur auf dem oberen Odenwald fand, Winterkasten zum Beispiel. In einigen Orten, die abgelegen sind, sind überhaupt keine Wahlversammlungen gewesen. Es fehlt halt auch hier an Rednern. Allgemein war man ersichtlich erfreut, daß der Regierungspräsident selbst kam. In Beerfelden wurde mir ein Glas Wein angeboten. Die Leute waren da sehr lustig bei schon 92% Wahlbeteiligung.

Montag, 28. Januar 1946

Wahlergebnisse sehr günstig für uns (SPD).[36] – Abends kam Faber, aus Frankfurt zurückkommend, wo er mit Knothe gesprochen hatte. Er sagte, die Partei wolle nicht darauf drängen, daß jetzt das ganze Ministerium umgebildet werde, sie wolle aber Geiler und Mattes jetzt stürzen durch Angriffe in der Öffentlichkeit. Ich solle Nachfolger Geilers werden. Es sei klar, daß ich der Einzige sei, der in Betracht komme. Er selbst wolle Redakteur bleiben und in keine solche Stellung hinein. Reibold teilte mir mit, daß der Kommunist Keil in Ober-Ramstadt Ahl und mich scharf angegriffen habe. Ahl, weil er 12-Ender einstelle, mich, weil ich eine BDM-

[36] Gesamtergebnis der Gemeindewahlen in Hessen: SPD 44,5%, CDU 31%, KPD 5,7%, LDP 2,7%, Sonstige 16,0%.

Führerin als Sekretärin habe.[37] Echte Vereinigungsapostel, sie hauen wieder auf die SPD, statt auf die anderen.

Dienstag, 29. Januar 1946

Morgens. Gestern Artikel über die Wahl durchgesehen.[38] Faber und Ahl halten ihn für gut und finden die Äußerungen über die Umbildung der Regierung nicht zu scharf. Gestern abend traf ich B[orn], der mir sagte, ich hätte mich bei der Vorlesung glänzend durchgeschlängelt. Bei der Militärregierung unbedeutende Gespräche. Der zweite [Teil der Wahl] ist ihnen nicht mehr bedeutsam. Sie sind wie ihre Presse. Die Sensation ist wichtig, dann wird es weggeworfen.[39]

Prof. Herzfeld aus Wiesbaden, dort Jugendreferent, er hat das richtige Alter dazu. Beinahe 70. Ein Mensch des Wasserfalles. Als Tischgast Herr Wilke, der Dora Kießhauer aus Dresden mitbrachte am letzten Samstag. Interessant über russische Zone. Die vielen abmontierten Maschinen, zum Teil Präzisionsmaschinen, stehen auf allen Bahnhöfen und werden nicht verladen. Oft uneingepackt und gehen kaputt. Keinerlei Disziplin. Soldaten kehren sich nicht an Befehle, nur die GPU schafft ab und an Ordnung in ihrer drastischen Art. Auch Fabriken arbeiten. Vor allem Untergrundbahnen usw., das ganze Verkehrssystem in Berlin wieder glänzend in Ordnung gebracht. Nachmittags Schulabteilungssorgen. Dann interessanter Bericht unseres Delegierten zum Landwirtschaftsamt, der auf die Stellung verzichtet, da ihm kein Einfluß gegeben sei. Minister Dr. Mueller ist wieder umgefallen. Der Einfluß des Opel-Kreises scheint zu stark zu sein.[40] Verstärkter Eindruck des Gegeneinander und Durcheinander in Wiesbaden.

Morgens Besuch Hermes [und] Vockel. Interessante Abgrenzung dessen, was ich konservative Partei nenne gegen die Bewegungspartei. Sie sagten, sie wären mit der Enteignung einverstanden gewesen, wenn sie wirklich den Grundbesitzern das Restgut von 100 ha gelassen hätten.[41] Aber sehr

[37] B.s Sekretärin Irmgard Pfannmüller gab noch im Februar ihre Tätigkeit auf und fand eine Anstellung in Heidelberg; vgl. Eintragung 21.7.1946.

[38] Veröffentlicht in ‚Darmstädter Echo' 30.1.1946 (Das Probestück).

[39] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 29.1.1946.

[40] Auf eine Wirtschaftsgruppe um Fritz von Opel, der nach dem Verkauf der Firma 1928/29 Generaldirektor der Opel-Werke geworden war, finden sich sonst keine Hinweise.

[41] Der ehem. Reichsfinanzminister Andreas Hermes war wegen seiner Weigerung, der in der sowjetischen Zone im September 1945 eingeleiteten Bodenreform zuzustimmen, am 19.12.1945 als Vorsitzender der Ost-CDU abgesetzt worden und anschließend nach Westdeutschland gekommen.

viele würden einfach vertrieben. Ungünstige Entwicklung der SPD. Ich klärte sie darüber auf, daß wir hier dies absolut nicht mitmachten. Im Gegenteil. Hermes behauptete, Schäffer habe viel gelernt. Ich sagte, seine Regierung habe diesen Eindruck nicht hinterlassen. Hoegner gab ich natürlich preis, mit seinem Föderalismus.

Mittwoch, 30. Januar 1946

Zinnkann teilte mir mit, daß der pp Gedat, der in der Bessunger Kirche Vorträge hält, Nazi sei, und gab mir ein Buch aus dem Jahr 1934, in dem er Hitler als dem deutschen Volk von Gott gesandt usw.[42] Trotzdem hat die Militärregierung, der ich es sofort vortrug, seinen Vortrag nicht verboten. Sie läßt ihn nur überwachen. Immer wieder wird die Kirche, die doch eine Hauptbrutstätte zum Nationalsozialismus war, geschont. Der Mann scheint übrigens einen falschen Fragebogen abgegeben zu haben. Wenn das der Fall sein sollte, lasse ich ihn anzeigen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß so ungerecht verfahren wird. Die Pfaffen werden dadurch immer frecher. Sie sind die größte Gefahr. – Meller erfreut über mein Eingreifen gegenüber städt. Wohnungsamt Nauheim.[43] Kammer alle meine Ansichten über Schulfragen weitgehendst billigend. Meine Instruktionen haben Schule gemacht. Auch der Schulmann in Kassel hat sie übernommen.[44]

Donnerstag, 31. Januar 1946

Morgens Verhandlung mit M.G. wegen Gedat.[45] Am folgenden Tag erfuhr ich, daß sie ihm das Reden verboten haben. Hoffentlich führt das dazu, daß der Kirche mehr auf die Finger geklopft und Gerechtigkeit geübt wird. Ich hatte morgens noch eine ganz kurze Denkschrift über die kirchli-

[42] Vgl. Gustav Adolf Gedat, Ein Christ erlebt die Probleme der Welt. Versuch einer volkstümlichen Einführung in das Weltgeschehen unserer Tage, Stuttgart [8]1934. Dazu ‚Darmstädter Echo' 2.2.1946 (Ein seltsamer Heiliger) und die Erwiderung der Landeskirchenleitung, ebd. 16.2.1946.

[43] Anscheinend hat hier B.s Eingreifen nicht viel bewirkt, denn geraume Zeit später beschwerte sich Meller erneut, daß das Wohnungsamt in Bad Nauheim trotz der hohen Frequentierung durch Militär- und andere Behörden weiterhin Wohnungen beschlagnahme, so daß eine Unterbringung der Kurgäste erhebliche Schwierigkeiten bereite. Mat. Bergsträsser: Briefwechsel Meller/B., Mai/Juni 1946.

[44] Der „Schulmann in Kassel" war wohl Hermann Schafft, Leiter der Erziehungsabteilung im dortigen Regierungspräsidium.

[45] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 31.1.1946.

chen Verhältnisse geschrieben, die ich übersetzen ließ, um sie dem M.G. zu geben.[46]

Nachmittags wollte ich gleich nach Worms fahren zum Vortrag, wurde aber angerufen, daß Dr. Dorn mich sprechen wolle. Langes Gespräch erst allein mit ihm, dann unter Zuziehung Ahls. Dorn fragte mich über die Wahlen und die Folgerungen, die aus den Wahlen zu ziehen seien für die nächsten Wahlen. Ich sagte ihm, man solle die Landtagswahlen vor dem Juni abhalten und mit den Kreiswahlen in den Großstädten verbinden. Das häufige Wählen nutze das politische Interesse ab. Er fand das „sehr vernünftig" und wies auf seine eigenen Erfahrungen in Deutschland 1932 hin.[47] Er fragte dann nach den Wahlterminen. Ich sagte 1. Hälfte März. Er war erstaunt und fragte, ob das möglich sei, ich sagte, bei uns ist alles in Ordnung, bei uns können Sie in 8 Tagen wählen lassen. Ich begründete den Termin damit, daß der Zwischenzustand unmöglich sei. Er meinte, ob die Regierung Geiler nicht bestehen könne, da doch 4 Sozialdemokraten darin seien und die übrigen Christliche Union. Ich sagte darauf, Geiler und Mattes, die eigentlich Leitenden, gehörten meines Wissens keiner Partei an. Venedey gegenüber bestehe eine Spannung in der eigenen Partei. Überdies sei die Bevölkerung erbittert darüber, daß sie von Landfremden, d. h. von Badenern, regiert würde.[48] Auch sei das Ministerium in allem völlig uneinheitlich und absolut unpopulär. Über das Wahlrecht gefragt, sagte ich, ich sei für den Einerwahlkreis mit Stichwahl. Wenn Listenwahlsystem, müßten unbedingt die drei Regierungsbezirke je einen Wahlkreis bilden. Meine Absicht ist dabei zu verhindern, daß alle möglichen Leute auf eine allgemeine Landesliste kommen, z. B. die landfremden Minister. Ich sprach mich für das Panaschieren aus; er ist dagegen, weil es umständlich und unklar sei. Ich sagte ihm, das Ministerium Geiler sei tot. Nur habe das Begräbnis noch nicht stattgefunden. Er war der angenehme, liebenswürdige Unterhaltungspartner wie immer und dankte mir, ehe Ahl hereinkam, für meine Darlegungen und betonte, daß er sich besonders gefreut habe, mit mir allein all dies habe erörtern zu können. Mit Ahl be-

[46] Ebd. die angesprochene Denkschrift B.s „Die evangelische Kirche und die demokratische Zukunft", 31. 1. 1946, in der er Passagen aus Gedats Buch wiedergibt. Offensichtlich hat B. der Militärregierung ein Exemplar zugesandt, denn im darauffolgenden wöchentlichen Bericht der Darmstädter Einheit wird noch ausführlicher aus Gedats Buch zitiert. Gedat erhielt umgehend Redeverbot; vgl. OMGH 5/7-3/5: Weekly Summary E-3 for Period 30. 1.–5. 2. 1946, S. 2/3.

[47] Vgl. Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen. Aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, Einleitung S. 10; Dorns Notizen zur Inspektionsreise durch Hessen im Januar ebd., S. 64.

[48] Mit den „Landfremden" sind Geiler, Mattes und Venedey gemeint.

sprachen wir dann wesentliche Verwaltungsprobleme, insbesondere die Kompetenz der Regierungspräsidenten, wobei Ahl mehrere Details, ich mehr die allgemeine Linie behandelte. Von allem hat sich Dorn bis ins einzelne gehend Notizen gemacht. Ich gab ihm meinen Artikel über die Wahlergebnisse und die kleine Denkschrift über die Kirche, die ich am Vormittag geschrieben hatte.[49]

So kam ich erst nach 5 Uhr dazu, nach Worms zu fahren. Die Kontrolle auf der Brücke in Oppenheim behandelte uns bei Hin- und Rückfahrt gleich freundlich. Auch die Franzosen. Bei dem Vortrag, dem gleichen wie in Mainz, waren 2 französische Offiziere anwesend, die nachher dem Stadtbibliothekar [Illert] als dem Veranstalter die größte Anerkennung über meine Rede sagten. Mir sagte der Hauptmann [Soutou], ich solle ja doch sehr bald wiederkommen. Er werde sich freuen, mich wieder zu hören. 350 Zuhörer etwa. Die Einleitung des Bürgermeisters Schmitt, eines früheren Arbeiters, ganz vorzüglich. Nachher saßen wir zusammen. Ich hatte von Schmitt den Eindruck eines außerordentlich klugen und befähigten Menschen. Man sagte mir, dort sei kein Separatismus, wohl aber in Mainz und in Neustadt. Verhältnis zu den Franzosen angenehm, sie versuchten, auch die Industrie zu fördern. Lebensmittelverhältnisse gespannt. Die Franzosen hätten wohl noch weniger.

Freitag, 1. Februar 1946

Morgens nach Frankfurt. Erste Fakultätssitzung mit Sauermann, Gerloff, Skalweit und einem Lehrbeauftragten. Als die Frage über dessen Zulassung als Privatdozent erörtert wurde und er deswegen hinausging, wollte ich mich als nicht offizielles Mitglied anschließen, wurde aber dringend zum Dableiben gebeten. Die Herren behandelten mich alle sehr als Präsident, was ich sehr ablehnte, da ich ja nur Mitglied der Fakultät sei. Für meine Vorlesung soll die Aula genommen werden.[50] Eröffnung: Blaum begrüßte erst die Militärregierung, dann den Ministerpräsidenten, taktloses Gekrieche. Die beste Rede hielt Capt. Vent von USFET in deutscher Sprache mit starkem amerikanischen Anklang. Geiler gut und wirkungsvoll. Es war sehr viel davon die Rede, daß die Religion uns aufhelfen müsse. Man will Theologie-Fakultäten begründen. Nachkriegskonjunktur-Gewäsch! Rektor [Hohmann] sprach nicht ganz durchdacht und schwach, Gerloff ist

[49] Vgl. Anm. 38 und 46/1946.

[50] B. las im Rahmen seines Lehrauftrags an der Frankfurter Universität über „Gegenwartsfragen der Politik".

wohl der nächste Rektor.[51] Ich soll Vortrag im Forum academicum[52] halten über Verfassungsprobleme. Giese noch nicht zugelassen. Nachmittags Härting gesagt, daß ich den dreckigen Denunzianten Keil (KPD) und die ganze Denunzier-Verdächtigungsmanier der KPD in öffentlicher Versammlung anprangern werde und in wirkungsvollem Gegensatz zu dem Verhalten von Ahl und mir stellen werde, wenn's nicht aufhört. Er soll's ihnen sagen. Seiner Versicherung, daß er damit nichts zu tun habe, glaube ich und sagte ihm das auch. [...]

Mittwoch, 6. Februar 1946

Abends in Frankfurt bei Weyand, lauter Partei. Der alte Noske ungemein frisch. Langes Gespräch mit Markscheffel, der die französische Kabinettskrise auch für uns als günstig ansieht.[53] Ich bin sehr der Meinung, daß es klug ist, von unserer Seite aus nichts zu tun, den Friedensvertrag zu beeilen. Die Stimmung kann nur besser werden. Ein Genosse Richter aus Düsseldorf auf der Durchfahrt nach der Schweiz, wo er ein Hilfswerk organisieren will.[54] Auch das ist bezeichnend für die Situation. Ebenso, daß Gisela einen sehr hübschen Brief einer Schweizer Dame bekommen hat, die in einer Zeitung, die wir zufällig bekamen, sich über Deutschland geäußert hatte.[55] Ein Anknüpfungspunkt mehr. Gespräch bei Weyand mit Knothe. Er will gegen Geiler in der Zeitung vorpreschen. Ich würde es für die Partei nicht für günstig halten, wenn vor den Wahlen noch eine Änderung käme. Jetzt hätten wir ausgezeichnetes Agitationsmaterial. Knothe scheint zu wollen, daß Metzger Kultusminister wird. Das wäre ein Unglück, denn er ist ein reiner Moralist, was ihm den Weg für die Politik oft verbaut. Ich sehe überhaupt ein Problem darin, daß die Partei meint, Mi-

[51] Die Reden von Blaum, Geiler und Hohmann in: Die Bildungs- und Erziehungsaufgabe der heutigen Universität. Drei Reden gehalten zur Feier der Eröffnung der Frankfurter Universität am 1. Februar 1946. Frankfurter Universitätsreden Heft 1, Frankfurt 1946. Nächster Rektor wurde nicht Gerloff, sondern Hallstein.

[52] Das im November 1945 ins Leben gerufene ‚Forum academicum' der Frankfurter Universität sollte nach amerikanischem Vorbild Persönlichkeiten des In- und Auslandes die Möglichkeit zu allgemeinen Vorträgen geben, die nicht nur für die Hochschulöffentlichkeit bestimmt waren.

[53] Am 21.1. war de Gaulle zurückgetreten.

[54] Georg Richter hatte bereits während seines Schweizer Exils dort ein Hilfswerk aufgebaut.

[55] UB-MR, NL Bergsträsser 30: Lily Biermer an Gisela B., 21.1.1946. Lily Biermer, die bis 1944 als Auslandsschweizerin in Frankfurt gelebt hatte, hatte in einem Artikel der ‚Weltwoche' (13. Jg. Nr. 625, 2.11.1945, S. 10, Briefe an Claudine) zur Völkerverständigung, insbesondere aber zu einer internationalen Front der Frauen aufgerufen. Gisela B. nahm daraufhin mit ihr Kontakt auf.

nisterposten müßten nach ihren Vorschlägen, d.h. denen des Parteivorstandes besetzt werden. Das kann nur der Ministerpräsident, sonst kann er nicht arbeiten. Ein Kabinett muß personell abgestimmt sein. Sonst gibt es unnötige Reibungen. Ich sehe es an der Zusammenarbeit mit meinen Männern.

Montag, [4.2., hielt ich] Vortrag in der Volkshochschule über die innerpolitische Entwicklung. Ich hörte viele günstige Urteile darüber.[56]

Donnerstag, 7. Februar 1946

Venedey wegen Metzger. Traf den amerikanischen Offizier des Stadtteams [Musgrove] nicht. Kommt heute wieder. Er erzählte sehr hübsch von der politischen Ungewandtheit Geilers. Der erste Satz des Grundgesetzes, daß Hessen ein Teil von Deutschland, war von ihm nicht vorgesehen. Ebenso war eine Formulierung darin, die die französisch besetzten Gebiete endgültig von Groß-Hessen ausschloß.[57] Beides wurde auf Antrag von Venedey geändert und zeigt die völlige politische Unfähigkeit Geilers.

Klage Ahl – Daum. Daum zieht zurück.[58] Ich formuliere eine sehr deutliche Erklärung und verlange eine angemessene Zahlung an das Rote Kreuz. Dieses Gelichter muß man zertreten. Sonst geht es uns wie 1918ff. Ich habe schon am Dienstag, als ich bei Copeland war, diesem gesagt, daß es auf die Dauer nicht tragbar sei, daß die Militärregierung jede Kommunistenverleumdung ernst nimmt. Das störe uns ungeheuer in der Arbeit und erschüttere unsere Autorität. Copeland fragte mich darauf, ob andere Parteien auch so vorgingen. Ich sagte nein. Christliche hätten den Wahlkampf nach der Personenseite absolut anständig geführt. Er wollte Schritte unternehmen. Mir ist es klar, daß man hier sehr deutlich werden muß, sonst kommen wir unter die Räder.

[56] Im Rahmen der Darmstädter Volkshochschul-Reihe „Gegenwartsfragen" sprach B. zum Thema „Vom Untertan zum Staatsbürger – 150 Jahre einer Politik"; ‚Darmstädter Echo' 9.2.1946.

[57] In Art. 2 des am 22.11.1945 verkündeten Staatsgrundgesetzes heißt es: „Die in der französischen Besatzungszone liegenden Gebietsteile der ehemaligen Provinz Nassau und des ehemaligen Volksstaates Hessen gehören zur Zeit nicht zu dem Staatsgebiet des Staates Groß-Hessen"; vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt Groß-Hessen (GVbl) 1945, S.23.

[58] Daum, den B. im Oktober 1945 als Leiter der Forstabteilung entlassen hatte, machte Ahl dafür verantwortlich; vgl. Mat. Bergsträsser: B. an Militärregierung Darmstadt, 15.2.1946; auch OMGH 5/7-3/6: Weekly Summary Military Government for Regierungsbezirk Hessen, 14.–20.10.1945.

Montag, 11. Februar 1946

Als ich Sonntag abend nach Hause kam, erzählte Gisela, die Partei habe ihre Minister zurückgezogen.[59] Es sei durch das Radio gegangen. Montag bestätigte Zinnkann. Anlaß, daß die Partei gefragt worden sei, lag am Kultusminister, da offenbar die Militärregierung mit Dr. Böhm nicht mehr einverstanden. Warum dies, konnte ich nicht genau erfahren. Dr. Wadsack meinte, weil er besonders in der Frage der christlich-simultanen Schule keine klare Linie halte, überhaupt nicht entschieden klar sei. Die Entscheidung fiel samstags auf der Konferenz, die ich nicht besuchte, mir jetzt ein genehmer Zufall, da ich dadurch rein stehe als Nicht-Intrigant. – Weitere Nachricht: Landin nach Amerika auf Nimmerwiedersehen.[60] Freitags sollte nachmittags eine Besprechung sein, die abgesagt wurde. Nun soll heute ein anderer Mann aus Wiesbaden kommen.

Montag morgens die Jugendkonferenz. Drott sprach sehr gut. Ich habe das Gefühl, daß bei der ganzen Sache wenig herauskommt. Herzfeld von der Wiesbadener Regierung sprach zweimal tödlich langweilig und völlig diffus, absolut senil, geistiger Zustand: wilhelminisches Zeitalter. – Donnerstag war Venedey da, um in der Metzger-Sache mit der städtischen Militärregierung zu sprechen, kam aber nicht zum Zuge, Freitag auch nicht. Er ist jetzt immer sehr liebenswürdig mir gegenüber und erzählte mancherlei Wiesbadener Einzelheiten. – Im Jägerhaus interessantes Gespräch mit Pfarrer Heinrich, Gonterskirchen, der sich sehr scharf gegen die Kirchenregierung aussprach. Man setzt die jungen BK-Pfarrer direkt und absichtlich zurück. – Abends Gespräch mit Duderstadt über wirtschaftliche Fragen, speziell der Textilindustrie und über das üble Benehmen kommunistischer Investigatoren. Ich bat um eine Darlegung. Man muß dieser Agitationshydra den Kopf umdrehen, sonst kommen wir wieder zu den Verhältnissen der Weimarer Zeit.

Dienstag, 12. Februar 1946

Morgens bei Sheehan, über die Krise gesprochen.[61] Hervorgehoben, daß das Ministerium Geiler auf die Dauer unmöglich ist. Dann Besuch von Bieberfield. Über denselben Gegenstand gesprochen. Bieberfield ging dann zu Zinnkann, kam nachmittags wieder und hatte das Kommuniqué.

[59] Das Landespräsidium der hessischen SPD hatte am 9.2. beschlossen, die sozialdemokratischen Minister zurückzuziehen, um eine Neubildung des Kabinetts und die Ablösung Geilers einzuleiten; vgl. Knothe an Geiler, 10.2.1947, in: Kropat, Hessen, S. 105 (Dok. 73); zu dieser Februarkrise auch Mühlhausen, Hessen, S. 148.

[60] Landin ging doch nicht nach Amerika, sondern blieb vorerst beim OMGH und wechselte 1947 als Consultant zur Civil Administration Division von OMGUS.

[61] Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 12.2.1946.

Ich sagte ihm, die Erklärung von Newman, da noch kein parlamentarisches Regime bestehe, dürften die Parteien solche Forderung nicht stellen, hielte ich für falsch.[62] Die Parteien seien befragt worden bei der Bildung der Regierung, sie könnten also jederzeit sich zur Bildung äußern und auch solch einen Schritt tun. Ich verwies auf die Analogie in Frankreich. Man verfahre eben nach den parlamentarischen Bräuchen, auch wenn keine Konstitution bestehe. Auf die Frage, ob ich für richtig hielte, den Beschluß aufrechtzuerhalten, bejahte ich aufs schärfste. Hin und her sei unmöglich für die Partei. Ich betonte natürlich, daß ich persönlich unbeteiligt sei. – Dann Zinnkann, dem ich meine Auffassung für den kommenden Tag sagte. Im Gespräch ergab sich, daß er sich Bieberfield gegenüber genauso geäußert hatte wie ich, das war sehr erfreulich. – Nachher bei Faber. Gleiches besprochen, gleiche Übereinstimmung. Vor dem Abendessen in Borneo. Es wurde mir vorgeschlagen, einen Artikel zu schreiben über das Verhältnis von Produktion und Geldumlauf und Währungssicherung.[63] Das ist richtig. – Nach dem Abendessen d'Hooge. Über radikale Strömungen in der Studentenschaft.

Mittwoch, 13. Februar 1946

Morgens Wagenbach, erzählte, daß Superintendent Knodt einen Pg, der merkwürdigerweise das Mitteilungsblatt der Stadt [Gießen] herausgibt, fördert, indem er ihm, gegen die Abmachung mit dem Landratsamt, die kirchlichen Anzeigen, auch des ganzen Landkreises, gibt. Bezeichnend. – Abends Vorlesung in Frankfurt/M. über die französische Krise. Seltsame andere Stimmung wie in Darmstadt. Als ich von Léon Blums Haltung[64] sprach, wurde geklatscht, ebenso am Schluß, und das ist doch sonst in diesen Hallen nicht möglich. Etwa 400 Hörer. Es sind noch viel neue Studenten im Anzug.

[62] Erklärung Newmans vom 11.2.1946, in: Kropat, Hessen, S.105 (Dok. 74): „Das hiesige Hauptquartier fühlt sich zu der Feststellung verpflichtet, daß die politischen Schritte, die kürzlich von einer Partei unternommen wurden, jeder rechtmäßigen Grundlage eines parlamentarischen Verfahrens entbehren, da die Landtagswahlen und die Annahme der Verfassung noch ausstehen. Ferner lassen sie auch die bestehenden Richtlinien über die Zusammenarbeit der Militärregierung und der Zivilregierung außer acht".

[63] Offensichtlich nicht verfaßt.

[64] Léon Blum hatte in einer Leitartikelserie im Organ der sozialistischen Partei Frankreichs ‚Le Populaire' gegen französische Forderungen nach Abtrennung des Ruhrgebietes Stellung bezogen und für eine Internationalisierung der Ruhr plädiert; vgl. Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977, S.95.

Donnerstag, 14. Februar 1946

Abends in Wolfsgarten, Vossler jun. wohnt dort, da seine Frau in Lich. Er wird auch in Darmstadt lesen.

Freitag, 15. Februar 1946

Williver tatsächlich zurück. Ich habe ihn noch nicht gesehen. Telefongespräch von Friedrich aus Wiesbaden. Dort sei große Krise, kommt um 7 abends. Kurios, aber nicht unerwartet.

Samstag, 16. Februar 1946

Freitag abend erzählte Friedrich, daß die Militärregierung den Rücktritt von Böhm und von ihm verlange. Mit Böhm ist man wohl unzufrieden, weil er unentschieden ist. Er, Friedrich, soll fallen, weil es sonst aussehe, als hätte die SPD einen Erfolg. Daraufhin habe sich Geiler entschlossen zu demissionieren. Ich sagte Friedrich gleich, Geiler bleibt doch, denn er ist einer von denen, die an Unersetzlichkeitskomplexen leiden. Samstag morgen kam Friedrich noch einmal. Er sprach mit Böhm und schlug diesem vor, dann als Regierungsdirektor und Leiter der Schulabteilung hierher zu gehen, womit ich einverstanden bin. Über Geilers Demission war noch nichts weiter bekannt. Ich war der Meinung, daß man Geiler sicher halten wolle von der Militärregierung aus und daß die Zeit für die Umbildung des Kabinetts noch nicht gegeben sei, nachdem man den Fehler gemacht habe, unsere Minister nicht wirklich zurückzuziehen. Man müsse sich bei einem solchen Schritt die Konsequenzen, und zwar für jeden möglichen eintretenden Fall genau überlegen.

Dann langes Gespräch mit Williver, der sehr gut aussieht. Er soll nach Wiesbaden oder Frankfurt kommen, und ich riet ihm sehr zu, nach Wiesbaden zu gehen. Er hat alle meine Zusendungen aufmerksam gelesen und weitergegeben. Sein Schwager wünsche weiteres von mir, um es zu verwenden. Also ein neuer Anker. Sein Schwager ist deutscher Herkunft. Die Stimmung in den USA bezüglich Deutschlands sei im Fließen. Sehr günstig wirkten die Erzählungen der rückkehrenden Soldaten, die allgemein mehr für Deutschland inklinierten als für Frankreich oder England. Er erzählte interessant von den inneren Schwierigkeiten in Amerika, dem Kampf um die Stellung des Kapitalismus, und sagte, die meisten Leute hätten noch nicht begriffen, was die Stunde geschlagen habe, und seien zu sehr in privat-kapitalistischen Gedanken befangen. Seine innere Selbständigkeit erfreulich wie je.

Dann eine Stunde gesprochen mit einem Offizier von der Berliner Kontroll-Kommission, der mir einen Plan entwickelte, wie man nach dem Ende der Besatzung die deutsche Industrie kontrollieren könne. Der Plan

ist klug, auch darin, daß er die Kontrolle möglichst wenig in Erscheinung treten lassen will. Das Technische war nicht zu kritisieren. Ich machte ihn aber darauf aufmerksam, daß die Wirksamkeit dieses Planes abhängig von der Einigkeit der Alliierten ist, worauf er mich erstaunt und zustimmend ansah und sagte, ja das sei der Haken, und das sei ihm auch schon aufgegangen. Dann nahm ich die Gelegenheit wahr, ihm zu sagen, daß die Umerziehung des deutschen Volkes zu einer friedlichen Demokratie das Wichtigste sei, denn das sei die Möglichkeit, auf die Dauer zu arbeiten. Darauf fußend kritisierte ich die Denazifizierungsmethoden, zum Teil ziemlich deutlich. Letztlich machte ich ihn darauf aufmerksam, daß durch die Umschichtung des landwirtschaftlichen Besitzes uns die Autarkie in der Getreideversorgung genommen sei und daß das auf unsere auswärtige Politik einwirken werde. Wir könnten jetzt keine freie Politik mehr treiben, sondern nur im Anschluß an West oder Ost. Dadurch sei die größte Gefahr, von außen gesehen, jetzt weggefallen, denn Deutschland müsse sich binden.

Abends „Orpheus", glänzende Aufführung.[65] Das Ewige immer modern.

Sonntag, 17. Februar 1946

Parteitag in Offenbach.[66] Knothe in seinem Referat oberflächlich und rein demagogisch. Es fehlt ihm die Fähigkeit, das Grundsätzliche herauszuarbeiten, und er sagte kein Wort über das, was wir in Zukunft tun müßten. So kann eine große Partei auf die Dauer nicht arbeiten. Ich ging aus dem Referat weg und unterhielt mich mit vielen Menschen privat, hörte dabei allerlei, und es war interessant.

Montag, 18. Februar 1946

Morgens neues Gespräch mit Zinnkann und Friedrich über die Wiesbadener Situation. Friedrichs Entlassung ist durch den Rundfunk gegangen, ebenso daß Hilpert vorläufig das Kultusministerium übernimmt. Von Geiler war nicht die Rede. Ich bin sicher, daß er sich zum Bleiben beschwatzen läßt. Käme es so, wäre für die Partei die Situation sehr verschlechtert. Ich sagte ausdrücklich, daß ich das Minister-Präsidium jetzt nicht übernehmen möchte, d. h. vor den Wahlen, und daß ich, wenn eine Anfrage an

[65] ‚Orpheus und Eurydike' von Christoph Willibald von Gluck, die erste Opern-Inszenierung des neueröffneten Landestheaters in der Orangerie (Premiere am 9. 2. 1946).

[66] Es handelt sich hierbei um die zweite Landeskonferenz der hessischen SPD; vgl. ‚Volksstimme' 6. 3. 1946, ‚Darmstädter Echo' 20. 2. 1946.

mich kommt, zwei Bedingungen stellen würde: 1.) Völlige Umbildung des Kabinetts nach meinen Wünschen, 2.) das Recht für mich, alle Ministerien personell durchzukämmen. Ziel: Entgreisung und Harmonisierung. Ich soll das Zinnkann aufschreiben. Das habe ich inzwischen getan. (Denkschrift vom 19.2.)[66a]

Zum Mittagessen Williver, reizend wie immer. Er weiß noch nicht, wohin er kommt, und ich redete ihm wieder zu, nach Wiesbaden zu gehen, weil er da den praktischen Dingen näher sei.[67] Ich bewunderte wieder seinen erstaunlich schnellen, klaren und praktischen Verstand. Über Wiesbaden waren wir uns einig, daß es für mich richtig sei, jetzt nichts zu erstreben und zu warten, bis die Dinge sich geklärt hätten. Ich fragte ihn über Newman, und er sagte, er habe napoleonische Allüren. Das stimmt ja mit dem überein, was man merkt. Interessant war, was er über Amerika wußte, daß dort die wirtschaftlichen Gegensätze jetzt sehr scharf würden und daß die Unternehmer die Lohnerhöhungen, die sie gewähren mußten, zu solchen Preisaufschlägen benutzten, daß die Lohnerhöhung dadurch vollständig unwirksam gemacht werde. Typischer Hochkapitalismus. Er ist durchaus der Meinung, daß mit diesen Methoden gebrochen werden müsse, sonst werde die Demokratie durch die wirtschaftliche Macht der Scheindemokratie herabgewürdigt. Man rede in Amerika sehr viel von dem kommenden Krieg mit Rußland, besonders in den Zeitungen, und es sei völlig falsch, das zu tun, denn mit dem Reden könne man eine solche Situation herbeiführen, die abzuwenden im Interesse der ganzen Welt liege.

Nachmittags der Bezirks-Jugendausschuß. Frage der Abgrenzung der Jugendorganisationen und ihrer Arbeit gegen die der politischen Jugendorganisationen. Wir sind uns einig darüber, daß die politischen Organisationen sich am besten auf die Politik beschränken. – Abends Vorlesung über parlamentarische Regierungssysteme. Dann das erste Sinfonie-Konzert. Lange ausgezeichnet. Hindemith-Suite sehr interessant und traditionsgebundener, als man eigentlich erwarten sollte.

Dienstag, 19. Februar 1946

Um 10 beim M.G. Besprechung über die Polizei-Ordnung. Die Amerikaner wollen unbedingt die Polizei der Gemeinde überlassen und bezeichneten meine Einwendungen als zentralistisch und der Demokratie widersprechend, stimmten aber mit mir dahin überein, daß die Zentralisierung der Gendarmerie in Wiesbaden falsch sei, und wollen in diesem Sinne vorstellig werden. Swarm sagte, sie würden das tun, auch wenn sie mit ihren

[66a] Nicht ermittelt.

[67] Williver ging für kurze Zeit zum OMGH, ehe er demobilisiert wurde.

Köpfen gegen steinerne Wände rennen täten, das seien sie nun gewohnt. Ich sagte, ich sei es auch gewohnt. Nachmittags lange Besprechung wegen Oberrechnungskammer und Gemeinderechnungskammer.[68] Ich koordinierte die Vorschläge. – Dazwischen Gespräch mit Venedey wegen Metzger. Er wollte telegrafieren, ich bat um Telefonnachricht, die am 20.2. vormittags kam und mich zur Einsetzung ermächtigte. Endlich!

Mittwoch, 20. Februar 1946

Langes Gespräch mit Friedrich und Zinnkann über die Krisis. Sie sind beide der Meinung, daß Knothe unbedingt weg muß. Aus den Darlegungen von Friedrich ging auch deutlicher hervor, wie dumm er sich benahm. Die ganze Geschichte beruht auf einer Intrige, die nach meinem Vermuten von der KPD, nach Friedrich vielleicht von der CDU eingeleitet wurde und auf die der platte Bursche plättlings hereinfiel. Dann übereingekommen, daß auch ein politischer Weg gesucht werden muß, um aus der Sache herauszukommen. Faber wieder da. Auch mit ihm die Sache diskutiert.

Donnerstag, 21. Februar 1946

Nachmittags Ober-Ramstadt, allerlei Einkäufe. Plexiglas-Verarbeitung angesehen, Gespräch mit Braband, auch über die Partei. Verständiger Mann. Auf dem Amt dann Besuch von Dr. Uffelbein – Referentin im Justizministerium – die sich nach Literatur über Verfassungen usw. bei mir erkundigte. Wir kamen noch auf die allgemeinen Fragen zu sprechen, und sie sagte von sich aus, daß die Regierung dort so schwer und schlecht arbeite und daß das zum Teil damit zusammenhänge, daß man alles tue, was die Amerikaner befehlen, ohne Gegenvorstellungen zu machen. Ich sagte, das wüßte ich längst und bei mir sei es anders. Merkwürdig ist die Idee, die so viele Leute jetzt haben, nach den Wahlen müßten SPD und CDU zusammen regieren. Das ist eine völlige Verkennung des parlamentarischen Systems und würde bedeuten, daß beide Parteien zugleich sich abnutzen. Wenn die SPD die Mehrheit bekommt, muß sie allein regieren, evtl. mit den Kommunisten, damit die sich auch mit abnutzen. Dann ist die CDU

[68] Obwohl es sich auch hier um eine der sonst so angefeindeten Zentralisierungsmaßnahmen handelte, stimmte man in Darmstadt zu, da der künftige Landesrechnungshof in Darmstadt blieb. Die Auflösung der auf den Volksstaat Hessen zurückgehenden Gemeinderechnungskammer war relativ problemlos, weil die Dienststelle beim Bombenangriff vom 11.9.1944 völlig zerstört, die Akten vernichtet worden waren. Das Personal war nach dem Einmarsch der Amerikaner in den Ruhestand versetzt oder anderen Dienststellen zugewiesen worden. Die Auflösung wurde im Juni 1946 angeordnet. Vgl. StA-DA, O 24 NL Hesse 126/1: Ahl an Innenministerium, 11.7.1946. Zur Einsetzung des Landesrechnungshofs Eintragung vom 19.3.1946 mit Anm. 102/1946.

Opposition und kommt bei den nächsten Wahlen dran. Alles andere ist Gemütsgefasel und darum wohl echt deutsch. Ich kam mir auch mal wieder vor wie der Fuchs, der den Enten predigt, dabei ist das Mädchen durchaus gescheit. Nachmittags hörte ich von Nischalke, daß die Krise sich wohl noch einige Wochen hinziehen, aber dann doch wohl zum Klappen kommen werde.

Morgens Telefonat mit Innenministerium: der Ministerialdirektor [Rost] war über die Frage der Besetzung der Landratsämter natürlich nicht unterrichtet.[69]

Samstag, 23. Februar 1946

Gratulationscour.[70] Friedrich mit Nachrichten aus Wiesbaden. Wir beschließen, Montag hinzufahren. Montags wird der Beschluß umgestoßen, da ich inzwischen zur Eröffnung der Beratenden Landesversammlung[71] auf Dienstag eingeladen bin und wir beides miteinander verbinden wollen. Friedrich fährt allein nach Wiesbaden als Kundschafter.

Dienstag, 26. Februar 1946

Den ganzen Tag in Wiesbaden. Ich fahre mit Friedrich hin. Ich gehe zuerst ins Kultusministerium, er zu Zinn. Im Kultusministerium Besprechung mit Wadsack über Bibliothekswesen, Jugendfragen etc. Dazwischen kommt Friedrich und zieht mich zu Zinn hinüber. Zinn war entrüstet. Die Liste für den vorbereitenden Verfassungsausschuß ist nicht von ihm, sondern im Büro des Ministerpräsidenten gemacht, wahrscheinlich von Swart. Es beginnt sofort ein großes Telefonieren nach Frankfurt a. M., ob Giese die Lehrerlaubnis habe oder nicht, wobei sich herausstellt, was ich eben wußte, daß er sie nicht hat. Zinn schreibt sofort einen Bericht an den Ministerpräsidenten, daß ich als Verfassungshistoriker und Zinnkann als

[69] Durch Erlaß des Innenministeriums vom 22. 2. 1946 war – neben der Wiedereinsetzung Metzgers als Oberbürgermeister in Darmstadt – die Entlassung von Landrat König in Alsfeld, die Pensionierung des Dieburger Landrats Frh. von Gemmingen und die Ernennung von Landrat Moosdorf in Büdingen angeordnet worden; vgl. StA-DA, H 1 RP Liste 21/7a. Für König vgl. bereits Anm. 14/1946.

[70] B.s 63. Geburtstag.

[71] Nach Art. 9 Staatsgrundgesetz (GVbl 1945, S. 3) war ein Beratender Landesausschuß (BerLA) als Vorläufer eines künftigen Landesparlamentes zu bilden, der nach heftigen Kontroversen zwischen Regierung und Parteien schließlich paritätisch von SPD, CDU, KPD und LDP besetzt wurde. B. gehörte dem Landesausschuß nicht an. Protokolle des BerLA im Archiv des Hessischen Landtags (im Folgenden AHLT), BerLA 3c/08; dazu auch Mühlhausen, Hessen, S. 153.

Altparlamentarier in diesen Ausschuß kommen müßten.[72] Wir sprechen dann über die Frage Knothe. Vorher hatte mir Friedrich berichtet, daß erwogen werde, Zinn zum Ministerpräsidenten zu machen, was dieser aber strikte ablehne, weil er die Fähigkeiten zum Reden, Repräsentieren usw. nicht habe. Masse verschiedener Gerüchte. Übereinstimmung nur darüber, daß Geiler in einigen Wochen zurücktreten werde, ansonsten, daß ich oder Nischalke für das Kultusministerium vorgesehen seien, ich mit Zinn in Konkurrenz stehe für das Ministerpräsidium. Daneben auch die ganz merkwürdige Idee, die drei Regierungspräsidenten zugleich zu Ministern in Wiesbaden zu machen, ihnen also Doppelämter zu geben. Dabei sollte ich Kultus, Nischalke Inneres und Hoch Staatskanzlei übernehmen. Frage, ob das nun die Vorbereitung der Aushöhlung der Regierungspräsidien sein soll oder nur ein Übergangsstadium. Ich erklärte Zinn, daß ich auf keinen Fall ein Kultusministerium übernehmen würde, wenn ich nicht Gelegenheit hätte, vorher ein Programm vorzulegen und dieses Programm gebilligt würde, wobei Simultan-Schule, Lehrerbildung und grundsätzliche Universitätsfrage (Haltung der Studenten etc.) im Augenblick vielleicht das wichtigste wären. Mache man es anders, sei man in vier Wochen verbraucht. Überhaupt bestehe die Gefahr, wenn man jetzt Minister wäre, daß man sich verbrauche. Man habe eine ganz andere Stellung, wenn man gewählt sei, das gebe Rückendeckung.

Dann zurück ins Kultusministerium, wo man im Vorzimmer gerade wegen Giese nach Frankfurt telefonierte.[73] Die telefonierende Weiblichkeit wußte nicht einmal richtig den Namen, den ich erst korrigieren mußte. Daß man sich in der Staatskanzlei nicht vorher erkundigte, ist auch ein tolles Stück. Lange mit Schramm gesprochen, der mich von Vorträgen im Jahr 1929 kannte[74], mir wieder den Orden der Vitalität umhängte und mit dem ich gut auskam. Er nahm meinen Standpunkt an, daß alles Material, das bei der Reduzierung oder Aufhebung der Universität Gießen anfällt[75], in meinem Regierungsbezirk bleiben muß, weil es zu dessen Vermögen ge-

[72] Gemäß amerikanischer Direktive sollte der vom Ministerpräsidenten zu berufende Vorbereitende Verfassungsausschuß (VVA) Vorarbeiten für eine künftige Verfassung leisten und ein Wahlgesetz entwerfen. Dem VVA gehörten an: Geiler, Hilpert, Venedey, Zinn, Swart, Hoch, Blaum, Jellinek, Vossler, Bauer, Brentano und B; Sachbearbeiter war Ulrich Noack. Zinnkann ist somit auch nachträglich nicht berufen worden.

[73] Giese wurde nicht mehr berufen, erhielt aber einen Lehrauftrag an der Universität Mainz.

[74] B. hatte bereits von 1929 bis 1933 einen Lehrauftrag an der Universität Frankfurt.

[75] Die alte Ludwigs-Universität in Gießen war geschlossen worden; sie wurde zum Sommersemester zunächst als Justus-Liebig-Hochschule für Landwirtschaft und Veterinärmedizin neueröffnet.

hört. Vor allen Dingen auch die Ausstattung des kunstwissenschaftlichen Lehrstuhls samt Bibliothek und die Bibliothek überhaupt. Betreffend Personalien erklärte ich, daß Hoffmann in der vorgeschlagenen Stellung hier aus politischen Gründen nicht möglich sei.[76] Ich sagte ihm, es erstaune mich, daß er dort mit den Amerikanern nicht gut auskommen solle, er sei hier glänzend ausgekommen und habe für uns viel erreicht. Es liegt offenbar wieder alles daran, daß man in Wiesbaden mit den Amerikanern nicht richtig umzugehen versteht. Spira gesehen, gerupftes Kaninchen.

Nachmittags Festakt im Theater. Ich ging in eine Loge, holte mir Nischalke, der mir interessante Gerüchte erzählte, vergl. oben, begrüßte beflissen Böhm, der auch da war. Es schien ihm wohlzutun. Geiler keine Begrüßung, amerikanischer Major gut.[77] Dann Geiler länger, lange nicht so gut wie sonst. Dann die Minister, nach ihrem Alter geordnet. Häring begann sachlich und verständig, wie vorauszusehen. Mir wurde so kalt, daß ich dann wegging und bei Didi[78] eine Tasse Tee trank, deutschen, aber er wärmte. Als ich zurückkam, war der Wagen da, ich suchte mich noch von Nischalke zu verabschieden, der aber verschwunden war. Wir fuhren zu einem Buchhändler, wo ich zufällig einige verfassungsgeschichtliche Bücher entdeckte und mitnahm, darunter den Kommentar von Anschütz[79], und fuhren heim.

Mittwoch, 27. Februar 1946

Morgens beim M.G., wo ich alle Gerüchte auspackte, zu gegenseitigem Amüsement. Sie schimpften auch über den Zentralismus. Newman sei nur in Italien, nicht in Amerika.

Nachmittags: Frankfurt a. M. Erst bei der amerikanischen Filmstelle. Man begrüßte unsere Kooperationsvorschläge sehr. Ich machte mich wichtig mit gelernten Brocken. Dann bei Vizepräsident Hendlmeyer wegen der Rotkreuz-Sonderbriefmarken. Er führte mich zu seinem Major, der sich sehr wohlwollend zeigte und einen Bericht von mir will. Der Vorschlag, Block mit zerstörten Gebäuden auf der einen Seite, denselben Gebäuden in früherem Zustand auf der anderen, gefiel ihm gut. Er fragte, ob ich es nur für Groß-Hessen oder fürs Reich wollte. Als ich ihm antwortete, ich sei in diesem Fall Geschäftsmann, wenn auch nur für das Rote Kreuz, und wenn es für Groß-Hessen allein wäre, bekäme ich das ganze Geld,

[76] Hoffmann sollte die Erziehungs-Abteilung in Darmstadt wieder übernehmen.

[77] Konstituierende Sitzung des Beratenden Landesausschusses; Protokoll, in: AHLT, BerLA 3c/08; als Vertreter der amerikanischen Militärregierung sprach Arsen L. Yakoubian. Vgl. auch die Presseberichte, u. a. ‚Darmstädter Echo' 2. 3. 1946.

[78] Else Werner geb. Dieterle, Schulfreundin von B.s Tochter Irmgard.

[79] Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl. 1933.

lachte er belustigt; sehr freundlicher Abschied. – Ins soziologische Institut zu Dr. Demeter wegen Verwertung des seinerzeit von mir gesammelten Materials über das Frankfurter Parlament.[80] Rückfahrend in der Kaiserstraße in ein Kaffee, karawansereiähnlich, alter Stil Kaiserstraße nicht ganz verdeckt. Ansprechbare Mädchen. Eisgetränk. Mein männliches Gegenüber sagte: „Es wärmt wenigstens den Magen!" – Vorlesung noch voller, hinterher Sprechstunde: 4 Mann hoch. Dann mit Abraham aus Rathenow, jetzt in amerikanischen Diensten, Interessantes, wenn auch nur vorläufig, besprochen. Er deutlich über Knothe. Entwickelte Ideen über Erziehung, die mir zu weit gehen. Ich rauchte seine Zigaretten, er meine Zigarren. Wiederholung vorgesehen.

Donnerstag, 28. Februar 1946

Nachmittags Dubensky, Bieberfield, Metzger, Reiber, Henrich: Besprechung über Zuschüsse für das Theater. Die beiden Amis, die begeistert von den Leistungen unserer Bühne sind, helfen uns. Wiesbaden soll beschnitten werden zugunsten von Kassel und Darmstadt. – Nachher noch schnell Denkschrift über unser Rotes Kreuz für die Wiesbadener, die es nicht begreifen.[81] Ahls famose Denkschrift über die Polizei, im Ton sehr deutlich.[82] Wiesbaden wird sich freuen. – Abends „Parasit": old fashioned.[83]

[80] B. hatte seit 1928 im Auftrag des Reichsarchivs an einer Geschichte des Frankfurter Parlaments gearbeitet. 1929 erschien als erstes Ergebnis die Quellenausgabe: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt 1929. B.s umfangreiche Materialsammlung war 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt worden; vgl. Fehrenbach, Bergsträsser, S. 101; Schleier, Geschichtsschreibung, S. 336.

[81] Nicht ermittelt; vgl. aber die in Anm. 62/1945 zitierte Aufzeichnung „Die Reorganisation des Roten Kreuzes" vom 16. 4. 1946.

[82] StA-DA, H 1 RP Liste 310/1: Ahl an Innenministerium, 27. 2. 1946, „betr. Neuaufbau und Organisation der Gendarmerie im Staate Groß-Hessen" (mit Anlagen). Landespolizeichef Hamberger hatte die Referenten für die Polizei bei den Regierungspräsidien zur Stellungnahme zu dem von ihm entwickelten Organisationsplan über die hessische Polizei aufgefordert und sie zu einer Besprechung eingeladen. Ahl widersetzte sich in dieser Denkschrift den Planungen des Ministeriums, die Landpolizei (Gendarmerie) zu zentralisieren, von der übrigen Verwaltung abzukoppeln und dem Innenministerium direkt zu unterstellen. Er hielt die Gendarmerieorganisation des ehemaligen Volksstaates für nicht revisionsbedürftig. Im Volksstaat leitet ein Ministerialrat im Innenministerium die Gendarmerie, die in 18 Bezirke, die den Kreisen in den drei Provinzen entsprachen, unterteilt war. Der Leiter des Gendarmeriebezirkes unterstand dem jeweiligen Landrat (früher Kreisdirektor).

[83] Das Lustspiel ‚Der Parasit' von Louis Benoît Picard.

Samstag/Sonntag, 2./3. März 1946

Im Jägerhaus. Bei Wagenbach und Mandt Vorbereitungen zu dem Empfang getroffen, der am 30. in Schotten sein soll. Der Bürgermeister Schneider in Grünberg ist suspendiert.[84] Plem-plem! Duderstadt erzählt reichlich unsinnige Sachen über das Landeswirtschaftsamt. Wir müssen dafür sorgen, daß Wolle und Altstoffe ihrem Zweck für die Allgemeinheit zugeführt werden. Hat mir eine Darstellung versprochen.

Montag, 4. März 1946

Im Amt merkwürdig stiller Tag, ich komme zum Lesen. Abends Vorlesung über Spanien. Trotzdem ich sehr gegen Franco spreche, wird sie ruhig angehört.

Dienstag, 5. März 1946

Morgens Piepenbring, dann M.G. Das wird bis zum Juni auf 3 oder 4 Offiziere zusammenschrumpfen.[85] Williver geht wohl wieder nach Amerika zurück, da er hier keine geeignete Tätigkeit findet. Schade!

Mittwoch, 6. März 1946

Nachmittags Frankfurt a. M. Erst Präsident Köster. Gießen kommt zur RBD Frankfurt a. M. zurück. Sonst erzählt er anschaulich von der Desorganisation in Wiesbaden, ebenso von der Denazifizierung der Oberbetriebsleitung.[86] – Dann I.G.-Werk Mainkur wegen Süßstoff-Herstellung. Sie geben mir die Unterlagen über die Beschaffung der Vorprodukte. Leider hängen die mit Möglichkeiten der Exklusiv-Herstellung zusammen,

[84] Landrat Wagenbach hatte Schneider am 15.2. trotz des einmütigen Protestes des gesamten Grünberger Stadtrates des Amtes enthoben; dazu bereits Eintragung 2.11.1945; zum Fortgang vgl. Eintragung 22.7.1946 mit Anm. 219/1946.

[85] Die Regierungsbezirkseinheiten wurden im Juni 1946 ganz aufgelöst; an die Stelle der Stadt- bzw. Kreiseinheiten traten sogen. Verbindungs- und Sicherheitsbüros (Liaison und Security Offices) mit reduziertem Mitarbeiterstab und beschnittenen Aufgaben und Befugnissen.

[86] Die Reichsbahn war im November angewiesen worden, die Entnazifizierung durchzuführen. Kösters Vorgänger Georg Bauer mußte sein Amt am 1.2. zur Verfügung stellen: vgl. Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart 1973, S. 136; Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil III, Boppard 1983, S. 364; siehe auch: Akten Vorgesch. BRD 1, S. 221.

das macht die Sache schwierig. Ich will mit den Amerikanern darüber verhandeln. Wiesbaden kümmert sich natürlich darum auch nicht.[87]

Donnerstag, 7. März 1946

Walk und Dang über das Landeswirtschaftsamt. Walk soll säubern, Augiasstall. Abends erzählte mir Dr. Köhler ebenso über den Unsinn der dortigen Referenten. Einer habe einem Herren, der bei ihm vorsprach, gesagt, er solle doch zur Industrie- und Handelskammer gehen, die verstünde vielleicht die Verordnung, die sie herausgegeben hätten. – Rhein-Ruhr-Denkschrift.[88] – Bei Ahl [mit] Wink; Zentralisation der Polizei, die man den Landräten und Regierungspräsidenten nehmen will. Motto wäre dann für beide „auf dem Dache sitzt ein Greis". Und dabei sollen sie die Verantwortung tragen. Wink berichtete darüber, daß man in Wiesbaden den Landräten die Kreisernährungsämter A (Landwirtschaftliche Produkte und Erfassung) nehmen und ehrenamtlichen Kreisbauernführern übertragen will, die vom Landrat völlig unabhängig und von den Bauern selbst gewählt sind. Dann hätten wir überhaupt nichts mehr zu essen, da eine Krähe der anderen die Augen nicht aushackt. Er sagte auch, man hätte festgestellt, bei richtiger Erfassung könne man 30% mehr herausholen. Schnorr ist darüber gar nicht gefragt worden, ich fahre morgen zu ihm.

Faber erzählte die neueste Phase über Wiesbaden: Höxter wolle wissen, Geiler trete zurück. In einer Besprechung von Parteifunktionären – meist Gewerkschaftlern – sei ich als einziger Nachfolgekandidat nominiert. Die Militärregierung wolle, daß der neue Ministerpräsident zugleich das Kultusministerium übernehme. Ich habe Faber gesagt, nur wenn ein Programm von der Militärregierung gebilligt sei und wenn ich Kultusminister werden solle, auch vom Ministerpräsidenten. Im übrigen sei es mein Wunsch, daß die Sache erst komme, wenn die Constituante gewählt sei, dann habe man Rückendeckung.

[87] B. hatte die Firma Merck im Herbst 1945 gebeten, möglichst bald den Süßstoff Saccharin herzustellen. Merck führte daraufhin erste Laborversuche durch und setzte sich mit den I.G. Farben zwecks Rohstofflieferung in Verbindung, verzichtete dann aber auf weitere Versuche, da das I.G.-Werk Mainkur bereits Dulcin produzierte und die Aufnahme der Produktion von Saccharin zu erwarten war. Mat. Bergsträsser: Firma Merck an B., 20.12.1946.

[88] UB-MR, NL Bergsträsser 1: Denkschrift „Ruhr, Rhein und Friede", 7.3.1946. Gegen die französischen Forderungen nach Separation des Ruhrgebietes führte B. neben wirtschaftlichen vor allem politische Argumente an. Zum einen sei bei der Umsetzung der französischen Ansprüche eine „kommunistische Welle" zu befürchten, zum anderen eine Verschärfung der inneralliierten Konflikte, in der ein geeintes Deutschland möglicherweise die Anbindung an den Osten suchen könnte.

Nachmittags drüben gesprochen mit Williver. Schade, daß er keinen geeigneten Posten findet. Er war frisch und frank wie immer, schimpfte gründlich auf die Professoren, sodann über seine Reibungen mit E-5[89] und begrüßte es sehr, daß ich in den Krisenschritt der Partei nicht verwickelt war. Durch ihn geht Rhein-Ruhr-Denkschrift nach Amerika und an Steed. – Kammer berichtete von einer Sitzung in Wiesbaden über Schulfragen und dortige Zentralisationsbestrebungen, was mich veranlassen wird, zur nächsten Sitzung selber zu gehen.

Freitag, 8. März 1946

Morgens Eröffnung des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. Beste Rede von Zinn.[90] Dann beim Essen. Geiler sagte mir, daß ich in den vorbereitenden Verfassungsausschuß berufen sei, Zinn, daß Giese ausgeschifft ist. Man hat mich also geschluckt. Vorher bei Dr. Schnorr, Landesernährungsamt. Er ist über die Neuerung der Erfassung, die man vorhat, durch ehrenamtlich tätige Kreisbauern, unabhängig vom Landrat, auch nicht gefragt worden und hält sie ebenso verrückt wie ich.

Nachmittags Lorenz, dann Heidelberg Jellinek. Ein wenig Kriegsplan vorbereitet. Als Mitglied des Verwaltungsgerichtsausschusses kann er in der Zivilmesse der Militärregierung essen. Ich aß mit und befand mich nachdem im Zustand einer genudelten Gans.

Samstag, 9. März 1946

Walk berichtet, daß die Bayern beim Ausschuß gesagt haben, entweder müsse die Industrie-Statistik von Nauheim nach München kommen oder auffliegen. Der Ausschuß wollte sie sachgemäß nach Stuttgart haben.[91] Ich

[89] E-5 war die Bezeichnung des nunmehrigen Office of Military Government Greater Hesse, der Landesmilitärregierung in Wiesbaden.

[90] ‚Frankfurter Rundschau' 12. 3. 1946 (Eröffnung des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.).

[91] Walk hatte in Vertretung von Wirtschaftsminister Mueller an der Sitzung des Hauptausschusses Gewerbliche Wirtschaft am 4. 3. in Stuttgart teilgenommen, auf der über die Verlegung des Statistischen Reichsamtes, Abt. Bad Nauheim (Institut für Berichterstattung), im Zuge der Bildung eines zonenumfassenden statistischen Amtes verhandelt wurde. Das während des Krieges nach Bad Nauheim verlagerte Amt arbeitete nach Kriegsende unter amerikanischer Aufsicht als Statistical Office of German Industries. Der Unterausschuß Planung und Verbrauchslenkung empfahl auf einer Sitzung am gleichen Tag, auf der sich Walk als Abgesandter Hessens vertreten ließ, das Nauheimer Institut nicht wie vorgesehen nach München, sondern nach Stuttgart zu verlegen, damit die statistischen Unterlagen für die Planungsarbeiten des Länderrats zur Verfügung ständen; Protokoll in: HStA, 528/114. Im Hauptausschuß votierten die Vertreter Württemberg-Badens und Hessens für Stuttgart als künftigen Sitz des Instituts für Industrieberichterstattung. Bayern

sagte, ich würde nach München telegrafieren, sie müsse in Stuttgart bleiben, und ich würde das Telegramm veröffentlichen, wenn die Bayern nicht nachgeben. Kurz darauf rief Magnus aus Wiesbaden bei Walk an, Hilpert habe gesagt, man solle den Bayern nicht nachgeben. Walk sagte, ich hätte dasselbe gesagt und den Publizierungsvorschlag gemacht, worauf Magnus über den Vorschlag sehr erfreut war und sagte, wenn zwei so hervorragende Politiker, dann!

Montag, 11. März 1946

Clemm wegen Archivalien-Schutzgesetz.[92] Abends nach meiner Vorlesung Vortrag von Laird in englischer Sprache, wie die Amerikaner die Deutschen sehen. Ungeheuer lustig.

Dienstag, 12. März 1946

Morgens lange bei Sheehan, der mich eines Berichtes wegen über alles mögliche und unmögliche ausfragte.[93] Ich gab ihm einen Überblick über das Rhein-Ruhr-Problem, über die Hochschulfrage und die Notwendigkeit, daß die Zonen fallen, meine Ansicht über den Nürnberger Prozeß. Das wird nun alles weitergegeben.

Nachmittags Wiesbaden, vorbereitender Verfassungsausschuß. Geiler hat noch Professor Vossler und einen mir unbekannten Professor Noack hinzugezogen.[94] Beide waren stumm wie die Fische. Was sollen Professoren auch bei praktischen Dingen mitreden! Geiler las einen Schrieb vor, aus dem hervorging, daß er für Zweikammersystem und für ständigen Einschlag der ersten Kammer ist. Wahrer Unsinn! Die Verhandlungen über

konnte sich der Erklärung nicht anschließen. Protokoll in: HStA, 528/57. Das projektierte Amt für die amerikanische Zone kam nicht zustande; vgl. Vogel, Westdeutschland III, S. 301/302; Akten Vorgesch. BRD 1, S. 187 (3. Tagung Länderrat US-Zone, 4.12.1945).

[92] B. hatte den Direktor des Staatsarchivs mit Schreiben vom 21.2.1946 um Berichterstattung über die rechtlichen Regelungen im Archivalienschutz ersucht, um zu verhindern, daß „wertvoller archivaler Besitz alter Familien" aus Not auf den Markt komme. Clemm gab am 6.3. einen ersten Bericht und konzipierte nach mündlicher Besprechung mit B. anhand eines preußischen Entwurfs von 1936 ein „Gesetz zum Schutz von Archivgut" in Großhessen. Der Entwurf ging den Staatsarchiven in Marburg und Wiesbaden mit Schreiben vom 18.3.1946 zur Stellungnahme zu. Der daraufhin modifizierte Entwurf ging mit Schreiben vom 18.9.1946 an B., der die Sache offenbar nicht weiterverfolgt hat. Vgl. StA-DA, Dienstakten 431/1 und Mat. Bergsträsser.

[93] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 12.3.1946.

[94] Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3. Zur Zusammensetzung vgl. Anm. 72/1946.

den Gang unserer Arbeiten nahm ich so ziemlich in die Hand, alle meine Vorschläge wurden genehmigt und zumeist als dankbare und praktische Anregung von allen Seiten begrüßt; auch der, daß wir einen kontradiktorischen Bericht machen sollten, in dem alle Streitfragen besonders bearbeitet sind, und zwar jeweils der Vertreter einer Meinung selbst seine Auffassung formuliert. Bauer von den Kommunisten ist klug und offenbar auch ganz vernünftig. Venedey brachte einen besonderen Gesetzvorschlag eines seiner Referenten, den er noch nicht gelesen hatte, in dem das passive Wahlrecht auf das 30. Jahr hinaufgesetzt war. Ich widersprach, Geiler meinte, man müsse sich doch an das Gemeindewahlrecht[95] halten, und wurde bedeutet, daß dieses auch das 25. Jahr vorsehe. Der Vorschlag wollte auf 25000 Einwohner einen Abgeordneten. Dann hätten wir ein Parlament von etwa 130 Leuten. Ich sagte, die Hälfte genüge. Wir einigten uns auf 40000.[96] Kluge Äußerungen von Hilpert. Leider will man allgemein das Listenwahlsystem, doch wird es gelingen, einige Elastizitäten einzubauen. Jellinek machte einen sehr müden Eindruck. Die Besprechung hatte Niveau und persönlichen Zuschnitt. Ich bin in die Unterkommission gewählt für das Wahlrecht am Donnerstag, 21.3., 9 Uhr.

Nachher im Kultusministerium wegen Bibliotheken und Archivalienschutz. Dann Essen mit Swart, Zinn und Häring. Z. und H. einig mit mir in der Beurteilung Knothes und der Parteiführung. Ich plädierte dafür, daß ein Minister zugleich Parteiführer sein müsse, natürlich nicht Geschäftsführer. Die Unordnung ist riesig. Ich bekam erst Dienstag früh Nachricht von einer in Nieder-Florstadt angesetzten Tagung der Partei über Kommunalfragen am Mittwoch (13.3.) und erst nach der Verhandlung des Verfassungsausschusses von einem Beschluß des Vorstandes, am Listenwahlsystem festzuhalten.

Mittwoch, 13. März 1946

Bieberfield fragte nach Eindruck und etwaiger Wirkung des Denazifikationsgesetzes.[97] Ich sagte ihm, da ich noch nicht einmal den Originaltext gelesen hatte, könne man es überhaupt noch nicht sagen. Er möge in 14 Tagen wiederkommen. Er sagte, das hätte er denen, die ihn schickten, auch schon gesagt. Gegenseitiges o.k.

[95] Text des Gemeindewahlgesetzes in: GVbl 1945, S.7.

[96] In einem Artikel für den ‚Wiesbadener Kurier' sprach sich B. für 60 Abgeordnete (je 50000 Einwohner ein Abgeordneter) aus. Gleichzeitig präferierte er das Einerwahlkreissystem; vgl. ‚Wiesbadener Kurier' 13.3.1946 (Der nächste Schritt).

[97] Am 5.3.1946 wurde in München das vom Länderrat entworfene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" unterzeichnet; Text in: GVbl 1946, S.57ff. Dazu Justus Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Neuwied/Berlin 1969, S.58; Niethammer, Mitläuferfabrik, S.291.

Donnerstag, 14. März 1946

Friedberg. Den ganzen Tag Schul- und Bibliotheks-Angelegenheiten besprochen. Nachmittags kleine Konferenz mit den Studienräten, die staatsbürgerlichen Unterricht geben. Einer erschien gleich mit seinem ganzen Material, wohlgeordneten Zeitungsausschnitten, die er geschickt zu benutzen versteht. Der Schulrat [Köth] war auch dabei. Es gab ein wirklich hübsches Gespräch. Bach erzählte von der Kommission zur Vereinfachung der Verwaltung in Wiesbaden, wo er der einzige aus dem früheren Land Hessen ist.[98] Ich wies ihn an, dafür einzutreten, daß die höheren Schulen auch bei den Regierungspräsidenten bleiben. Er ist erschüttert über dortige Unkenntnis und über die Zentralisierungsbestrebungen von Mattes. Der kommt aus Baden und ist halt Zentralist im Sinne der napoleonischen Einrichtungen. – Die SPD in Friedberg ist völlig verrückt und hat sich mit Leuchtgens koaliert, damit sie den Bürgermeister bekommt. Dagegen wird Leuchtgens unbesoldeter Beigeordneter. Schuld daran ist schließlich die KPD, die mit ihren Stimmen ausfiel wegen der 15% und deren Stimmen sonst der SPD die Mehrheit gegeben hätten.[99] Das kann man im Wahlkampf benutzen und damit die Dummheit der eigenen Leute vertuschen.

Freitag, 15. März 1946

Dr. Boll über das Einkommensteuergesetz. Gleicher Meinung, tötet die Initiative. Stock für einen politischen Beirat der Partei. In unserem Regierungsbezirk gäbe es nur drei ernst zu nehmende Leute: mich, Zinnkann und ihn. Auch Metzger fehle der politische Instinkt.

Samstag, 16. März 1946

Über Birstein nach Richthof, dort sehr freundliche Aufnahme, reizendes Wohnen. Leider mußte ich nachmittags schon zur Konferenz in Hohenwehrda und sonntags ebenso. Schulmänner aus der amerikanischen und

[98] Der vom Kabinett Geiler eingesetzte Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsorganisation unter der Leitung von Venedey sollte eine Verwaltungsreform und Angleichung der Verwaltung in Hessen vorbereiten. Mitglieder waren Swart, Venedey, Mattes, Müller, Hoch, Treibert, Blaum, Miss (Landrat Wetzlar) und Bach, der tatsächlich als einziger aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen kam. Protokolle in: HStA, 1126 NL Geiler 5 und StA-DA, O 24 NL Hesse 120/16; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 487.

[99] Die KPD war in den Kommunalwahlen in Friedberg im Januar unter der im Gemeindewahlgesetz vom 15.12.1945 (GVbl 1945, S. 7) festgelegten Sperrklausel von 15 Prozent geblieben, so daß in der Stadtverordnetenversammlung nur SPD, CDU und NDP vertreten waren. Mit den Stimmen von SPD und NDP wurde am 14.3. der Sozialdemokrat Fritz Bebber zum Bürgermeister und Heinrich Leuchtgens zum 1. Beigeordneten gewählt. Protokoll der Sitzung im Stadtarchiv Friedberg.

englischen Zone. Es fehlt ihnen fast allen die letzte Klarheit, eine Spritze juristischen Denkens. Überdies nehmen sie die Erziehungsfragen viel zu wichtig. Idealistische Verschwommenheit, Schuß von Romantik. Man will jetzt wieder das Gymnasium und ist sich nicht klar darüber, daß das fehlen wird im Augenblick, wo die Parteien wieder mitreden, und zwar mit Recht. Zur Orientierung für mich war es sehr nützlich. Weniger, Göttingen, klar, Grimme natürlich auch mit politischem Instinkt, Schramm verständig. Sehr hübsches Haus, niedliches Landheim für Mädchen. Sonntag nachmittag Rückfahrt.

Montag, 18. März 1946

Nachmittags Capt. Kenny aus Wiesbaden wegen Denazifizierung der protestantischen Kirche. Er kam zu mir, weil ihm meine Denkschrift anläßlich des Gedat-Falles zugegangen war.[100] Der Kirche ist von der Militärregierung aufgegeben worden, für Groß-Hessen einen Denazifizierungsausschuß zu bilden unter Aufsicht der Militär-Regierung. Vorsitzender: Fricke, Frankfurt a. M. In Kassel sei es noch schlimmer wie hier. Er sah ein, daß es unmöglich ist, die Ungerechtigkeit weiter zu behalten. Falls binnen zwei Monaten nicht Ordnung geschaffen, werde man schärfer eingreifen. Ahl, Faber, ich sehr erfreut über diese Erklärung. Wir begründeten unsere Stellung nochmals und gaben Beispiele. Höchst erfreulicher Sieg über die Reaktionäre à la Müller. Ich erwähnte den unmöglichen Bergér. Ich sagte auch, daß die Pfarrer aus dem Osten speziell überprüft werden müßten. Nun kann in Wiesbaden niemand mehr bei der Militärregierung uns den Vorwurf machen, wir denazifizierten nicht, da wir hier nachweislich Bannerträger sind. – Nachher Gespräch mit Ahl und Faber über Landratsbesetzung.[101] Wir haben allmählich niemanden mehr. Der Personenmangel wird immer schlimmer.

Vor dem Kolleg Unterhaltung mit Rektor [Vieweg] über Studenten. Parallele Auffassung. Nach dem Kolleg Vortrag Major Brown über amerikanisches Schulsystem. Interessant. Abends Party in unserem Hause, ich kurz dabei. Fräulein Christ dankte sehr, fühlt sich bei Trotouin sehr wohl.

Dienstag, 19. März 1946

Dr. Boll über Oberrechnungskammer. Er hat den Eindruck, erreicht zu haben, daß sie nicht, wie geplant, nach Gießen, sondern nach Darmstadt

[100] Vgl. Eintragung 31.1.1946 und Anm. 46/1946.

[101] B. hatte der vom Innenministerium mit Erlaß vom 22.2. – vgl. Anm. 69/1945 – vorgeschlagenen Versetzung von Landrat Bach von Friedberg nach Alsfeld unter gleichzeitiger Berufung von Dr. Theodor Marquard nach Friedberg mit Bericht vom 11.3. widersprochen; Entwurf in: StA-DA, H 1 RP Liste 21/17a.

kommt. Er soll sie übernehmen, hat sich aber Bedenkzeit ausgebeten.[102] Aus seiner weiteren Unterhaltung mit Mattes geht hervor, daß dieser die Regierungspräsidenten am liebsten abschaffen möchte, mindestens sie auf innere Verwaltung im engeren Sinne reduziert sehen will. – Bei der Militärregierung gab es von beiden Seiten nichts Neues.

Nachmittags Dr. Peters. Er übte starke Kritik an der Tätigkeit der Wirtschaftsämter, die die Initiative der Wirtschaft töteten. Man solle das Fertigprodukt durch Bezugscheine verteilen, aber dem einzelnen Fabrikanten Freiheit darin lassen, wie er zu seinen Rohstoffen komme. Dann werde der Tüchtige sie kriegen und der Untüchtige hintunter fallen, und das wäre richtig. Gedankengänge, die sich mit meinen eigenen berühren. Ich besprach sie deswegen Mittwoch früh gleich mit Walk, der nicht so ganz weit geht, aber auch Sympathien dafür hat.

Mittwoch, 20. März 1946

Henrich wegen der Reibungen zwischen Lange und Stroux bestellt. Ihm meine Autorität als Schlichter angeboten. – Nachmittags waren in der Militärregierung zehn Russen, Journalisten, die eine Reise machen, alle Militärs, eingehendes Ausgefrage.[103] Auch über Wirtschaft, über meine Person, wobei ich meine Arbeiten von der 48er Revolution hervorhob[104], was ersichtlich beifällig begrunzt wurde, über die Parteien, wobei natürlich die Verschmelzung KPD-SPD berührt wurde. Ich erzählte vom Abstimmungsergebnis 6:114[105] und begründete, nach meiner Haltung gefragt, damit, daß die vereinigte Partei weniger Stimmen bekommen würde wie beide, wenn sie getrennt marschieren. Zwei der Herren sprachen ausgezeichnet deutsch. Lebhafter Dank ihrerseits hinterher. Mit dem einen noch ein kurzes Gespräch über Humanität, wobei ich es für richtig fand, mit meiner Kenntnis russischer Literatur zu protzen.

[102] Boll wurde Leiter des Rechnungshofes für das Land Groß-Hessen, der im August 1946 seine Tätigkeit in Darmstadt aufnahm; vgl. im Detail StA-DA, H 1 RP Liste 21/18; dazu bereits Eintragung 19.2.1946 mit Anm. 68/1946.

[103] Vgl. die Zusammenfassung der Militärregierung in UB-MR, NL Bergsträsser 3: Report on a discussion with some Russian Officers, 20.3.1946; dazu ‚Darmstädter Echo' 23.3.1946 (Russische Pressevertreter in Darmstadt).

[104] U.a. Ludwig Bergsträßer, Das schwarz-rot-goldne Parlament und sein Verfassungswerk, Berlin o. J. (1919); ders., Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, Berlin 1923; ders., Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt 1929. Vgl. im einzelnen Schleier, Geschichtsschreibung, passim.

[105] Gemeint ist hier das Abstimmungsergebnis der SPD-Funktionärstagung am 6.1.1946; vgl. Anm. 3/1946. Zur Bildung der SED in der sowjetischen Zone vgl. Kaden, Einheit, S.205.

Dann Professor Ritter, Freiburg, mit einem Plan, durch Bildung politisch interessierter Gruppen die in die Politik hineinzuziehen, die bisher abseits stehen, also sich keiner politischen Partei anschließen wollen.[106] Ich sagte, das sollten die Herrschaften eben einfach tun. Ich sei gegen solche Gruppen. Interessante Mitteilungen über die französische Besatzung. Persönlich alle überaus formvoll und liebenswürdig. Sachlich starke Einengung der Universität. Die Schreckensherrschaft 1793 soll kaschiert werden. Napoleon als Eroberer müßte übergangen werden, so daß Ritter sich offenbar von Freiburg wegsehnt. Er erzählte interessant von seiner Gefängniszeit.[107] Aber er ist im Grunde genommen eben doch eine professorale Natur ohne die nötige Verbindung mit dem praktischen Leben.

Abends nach der Vorlesung bei Sauermann mit Prof. Hartshorne, dem amerikanischen Beauftragten für die Hochschulen in Groß-Hessen. Ich unterstrich die Rechte meines Regierungsbezirks am Erbe der Gießener Universität. Frankfurt scheint auch hier wieder großen Hunger und einen großen Rachen zu haben. Vorher mit Sauermann über Blaum, der seine Diktatoren-Manieren sogar auf das Gesellschaftliche zu übertragen scheint. Zeichen politischer Unklugheit. Wenn man gescheit ist, macht man es umgekehrt. Sauermann klagte sehr über Mangel an Menschen. Jeder bekam eine Denkschrift.

Donnerstag, 21. März 1946

Vormittags Wiesbaden. Eine Stunde im Museum. Freudiges Wiedersehen mit den Sachen des Kaiser-Friedrich-Museums. Nofretete ist doch ein äußerstes Stück von Raffinement. Ein mir unbekannter kleiner van Eyck und Jan van Coq.[108] Dann zur Militärregierung zu Capt. Kenny und ihm meinen neuen Vorschlag wegen der Denazifizierung der Kirchenvorstände gesagt, worüber ich ihm schon geschrieben hatte, was er aber noch nicht erhalten hatte.[108a] Große Freude. Jetzt kann mir keiner mehr damit kommen, ich denazifizierte nicht.

[106] Ritter zielte mit der von ihm konzipierten überparteilichen Studiengesellschaft „Neue Gemeinschaft", in der sich die exponierten Führer der Parteien und die wissenschaftliche Intelligenz zusammenfinden sollten, auf die Überwindung der Kluft zwischen praktischer Politik und Bildungsschicht. Vgl. Gerhard Ritter – ein politischer Historiker in seinen Briefen. Hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, Boppard 1984, S. 417 (dort Anm. 2).

[107] Ritter war im Zuge der Nachstellungen nach dem Juli-Attentat am 2.11.1944 von der Gestapo verhaftet worden und blieb bis zum 25.4.1945 im Gefängnis; ebd. S. 10.

[108] Gemeint ist wohl der niederländische Maler Gonsael Cockx oder Gonzales Coques; zu den nach der Evakuierung in Wiesbaden zwischengelagerten Beständen des Kaiser-Friedrich-Museums gehörten zwei Bilder von Coques und mehrere van Eycks.

[108a] Vgl. Anm. 53/1945.

Nachmittags Verfassungsausschuß. Ergebnis: ohne Listen – aufgrund eines Brentano'schen Vorschlages. Sehr gute Lösung, Jellinek soll sie in §§ bringen.[109] Mit Schramm über die Bibliotheken gesprochen und unsere Erbberechtigung. Er ist einverstanden. Der arme Geiler hat Furunkel.

Freitag, 22. März 1946

Mit Zinnkann gesprochen, daß wir zwei Garnituren Ministrator-Leute als Abgeordnete haben müssen, von denen der eine Minister werden kann, der andere als Sachverständiger im Parlament auftreten kann. Von ihm gebilligt. Auch er ist der Meinung, daß Knothe weg muß. Die Sache mit der „Rundschau" hat ihn nun ganz unmöglich gemacht.[110] – Walk berichtet über Stuttgart[111] und Wirtschaftsamt. Bei unserem Wirtschaftsamt wird es eine Untersuchung geben, da die Herren große Denkschriften vertreiben. Wiesbaden sehr angenehm berührt und verabredet, daß ich demnächst nach Stuttgart mitfahre, um Pollock zu besuchen. Ich sage Venedey telefonisch, daß wir natürlich Klapproth in Dieburg nicht einführen, da wir die Genehmigung nicht haben.[112] Das sei wieder einmal Geschwätz gewesen. Es ist aber typisch, daß das immer kommt. – Ein Bergamt kommt hierher. Ich habe durch Entgegenkommen der Militärregierung in deren Gebäude Räume für es bekommen. Wenn es auch nicht viel ist, so ist es doch etwas. Hoffentlich gibt nun auch das Wohnungsamt das nötige.

Mittags Bad Nauheim. Trotz Müdigkeit sehr gelobter Vortrag. Netter Abend mit Meller und Compagnie.

[109] Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

[110] Knothe war als Lizenzträger der ‚Frankfurter Rundschau' von der amerikanischen Militärregierung wegen – wie es offiziell hieß – mangelnden Engagements entlassen worden. Das Entlassungsschreiben der Militärregierung vom 11.2.1946 in: ‚Frankfurter Rundschau' 15.3.1946 (In eigener Sache); vgl. Harold Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972, S.318. Knothe führte seinen Ausschluß auf kommunistische Intrigen zurück; Mat. Bergsträsser: Knothe an Mitglieder Landesparteivorstand, 5.4.1946.

[111] Walk hatte am 18./19.3. in Stuttgart gemeinsam mit Hilpert an Sitzungen des Hauptausschusses Gewerbliche Wirtschaft und des Unterausschusses Planung und Verbrauchslenkung teilgenommen; Protokolle in: HStA, 528/57 und 114.

[112] Der von Innenminister Venedey mit Erlaß vom 22.2.1946 vorgeschlagenen Ernennung des Bensheimer Bürgermeisters Willi Klapproth als Nachfolger Landrat von Gemmingens in Dieburg hatte B. in seinem Bericht vom 11.3. grundsätzlich zugestimmt; StA-DA, H 1 RP Liste 21/17a. Auch der SPD-Kreisverband Bergstraße setzte sich in einer Eingabe an Zinnkann vom 26.3. nachdrücklich für Klapproth ein; Abschrift in: Mat. Bergsträsser. Zum Fortgang Eintragung 25.4.1946 mit Anm. 140/1946.

Samstag, 23. März 1946

10 Uhr Smend. Ich bringe ihn zu Ahl und Faber. Beide machen starken Eindruck auf ihn. Nachmittags langer Spaziergang mit Smend. Wir sprachen kirchliche und politische Lage durch. Selbst im kirchlichen ziemliche Übereinstimmung. Interessant, daß auch er berichtet, wie wenig eigentlich im englischen Gebiet die Dinge noch entwickelt sind. Sie haben immer noch keine anständigen Zeitungen dort. Reorganisation der Akademien. Er will die „Göttinger Mitteilungen"[113] umstellen auf internationale Zusammenarbeit. Berichte führender Männer des Auslandes über den Stand dort und desgleichen führender von uns über den Stand hier. Sprechen über Verfassungen. Übereinstimmung über die Art der Kabinettsbildung. Wir sind auch beide für Einerwahlkreise und Stichwahlen, was leider nicht zu erreichen sein wird. Abends noch eine grundsätzliche Unterhaltung über Wissenschaft und ihr Wesen.

Sonntag, 24. März 1946

Morgens noch einmal zwei Stunden Unterhaltung, auch über Studenten und Hochschulen. Er ist gegenüber den aktiven Offizieren nicht so radikal, da ein Teil von ihnen von den Universitäten abgewandert sei, weil damals der Beruf des Offiziers noch die Möglichkeit [geboten] habe, außerhalb der Partei zu bleiben. Ich betone stark, daß das Militärische fast gefährlicher sei wie das Nazistische, das nun doch mehr oder minder tot sei. Auch er hält Erziehungsmöglichkeiten für gegeben und wichtig. Er bedauert, daß Haltung nach der Linksseite gegen die Universitäten ungerechtfertigt sei. Der ihn begleitende Student unterstreicht die Unorientiertheit der Studiosen in politischen Dingen. Ich werde den Göttingern anbieten, dort zu sprechen, wenn ich zum Parteitag gehe im Mai.[114]

Montag/Dienstag, 25./26. März 1946

Bei der Militärregierung wegen der ewigen Denunziationen. So gehe es nicht weiter, sie müssen unbedingt dazu übergehen, Leute, deren Angaben sich als unwahr erweisen, ins Gefängnis zu setzen. Sonst könnten wir nicht arbeiten. Der Vorschlag fand Zustimmung. Nachmittags Wiesbaden. Unterausschuß. Wir arbeiteten ein Wahlgesetz aus, das Proporz und Einerwahlkreis vereinigte. Abends in Erbach.

Am anderen Morgen neue Aussprache. Venedey war gegen diese Rege-

[113] Das erste Nachkriegsheft der ‚Nachrichten der Akademie der Wissenschaften Göttingen' (Jg. 1945 der Phil.-Hist. Klasse) erschien noch im Jahr 1946.

[114] B. nahm am ersten Nachkriegsparteitag der westzonalen SPD (9.–11.5.1946 in Hannover) nicht teil.

lung, ich betonte, daß wir am besten nicht abstimmten, sondern uns voreinigten. Es kam ein Kompromißvorschlag, daß 90 Abgeordnete gewählt werden sollen, 64 in Wahlkreisen, die mit den Kreisen übereinstimmen, 26 auf einer Landesliste.[115] Ich persönlich hätte es unter diesen Umständen lieber gesehen, wenn man die größeren Wahlkreise der preußischen Provinzialvertretungswahlordnung genommen hätte. Dem einzelnen Kandidaten ist es völlig frei, ob er, wenn er auf zwei Listen steht, für die eine oder die andere sich entscheiden will. Ich habe das durchgesetzt, weil es ja wichtig sein kann, für den Gewählten, dadurch seinen Nachfolger zu bestimmen. Wir saßen auch noch nachmittags, dann hatte ich noch eine Besprechung mit Hilpert über die Landräte. Venedey will in Dieburg Weyland haben. Ich sprach mich dagegen aus, es wird aber nichts zu machen sein. Venedey gehört zu den Menschen, die immer von allgemeinen Grundsätzen und nie von der Praxis ausgehen. Mit solchen Leuten ist schwer auskommen. Dann eröffnete mir Hilpert, sie wollten einen Vizepräsidenten hierher setzen, der der CDU angehöre, und zwar haben sie einen aus Preußen vorgesehen (Kassel). Ich sprach mich sehr dagegen aus, wüßte auch nicht recht, was der Mann hier tun sollte. Es ist wieder das Prinzip, innerhalb der einzelnen Behörden die politische Macht zu verteilen. Das führt nur zu Reibung und Uneinheitlichkeit. Blöder Mechanismus. Ich werde ihm heute schreiben, daß ich es für unnötig finde, wenn aber, möchte ich mindestens einen Katholiken haben. Mit einem protestantischen CDU-Mann würde ich nicht gut arbeiten können.[116] Der würde gleich die Verbindung zu gewissen Kreisen suchen, und ich hätte die Intrigen am Bein und im Hause.

Mittags interessantes und kluges Gespräch mit dem Kommunisten Bauer. Ich konnte ihm nur recht geben, daß Knothe bei der Regierungsbildung die Situation verpatzt habe. Geiler an Furunkel nicht unbedenklich krank. Tut mir persönlich leid.

Mittwoch, 27. März 1946

Nachmittags Faber. Er hatte Dienstag die Kreisparteivorsitzenden bei sich wegen der Denazifizierungsausschüsse. Dabei allgemein scharfe Stimmung gegen Knothe, so daß beschlossen wurde, eine Parteiausschuß-Sitzung einzuberufen, die ihn absetzt. Da kommt wohl wenigstens die Sache ins Rollen. Die Blamage Knothes mit der „Frankfurter Rundschau" hat sehr stark gewirkt.

[115] Dem entsprach das angenommene Wahlgesetz für die verfassungberatende Landesversammlung, in: GVbl 1946, S. 139.

[116] Mat. Bergsträsser: B. an Hilpert, 28.3.1946.

Dann in Frankfurt Besuch bei Elliott, dem Nachfolger von Levin,[117] den ich aber nicht traf, mit dem ich aber eine Verabredung durch seine Sekretärin traf für nächsten Dienstag nach meinem Vortrag im Forum. Dann Kolleg, bei dem Hartshorne und Sauermann anwesend waren. Belustigende Situation. Ich sprach natürlich für den Amerikaner.

Abends in Hanau vor geladenen Gästen, teils Partei, teils Handel, Industrie etc. Allgemeine politische Rede mit starkem Hervorheben der Mittelstellung der Partei. Schien günstig aufgenommen zu werden. Hübscher kleiner Saal im Schloß Philippsruhe. Große Säle gibt es in Hanau keine mehr.[118] Die DANA war mit.

Donnerstag, 28. März 1946

Dr. Boll über die Finanzpläne von Mattes. Der napoleonische Zentralismus macht sich überall bei ihm geltend.

Samstag, 30. März 1946

Nachmittags unser Empfang für Oberhessen in Schotten. Rege Beteiligung, gute Stimmung, offenbar allgemeine Befriedigung. Ahl und Walk waren auch da und schlugen am Montag vor, das auch für Starkenburg zu machen.

Montag, 1. April 1946

Zinnkann: Parteiangelegenheit. Er teilt meine Auffassung, daß wir eine doppelte Garnitur der Leute im Parlament haben müssen. Der „Fraktionsführer" Knothe redet nicht in der beratenden Landesversammlung, da es ihm dazu an Kenntnissen fehlt. Ich sagte schärfstens, er müsse weg. – Keil: Ablieferung sei bei uns sehr zufriedenstellend. Ich übermittelte ihm Mandts Vorschlag, daß Selbstversorger, wenn sie schlachten, halbe Schweine in natura abliefern sollten. Da kommt besseres Schweinefleisch auf den Markt. Keil soll direkt zum Minister gehen.

[117] John Elliott war Nachfolger Levins als Korrespondent der ‚New York Herald Tribune' in Frankfurt.

[118] Hanau gehörte mit einem Zerstörungsgrad von 87 Prozent zu den am schwersten getroffenen Städten im gesamten Reichsgebiet.

Dienstag, 2. April 1946

Bei der Militärregierung nichts Neues. Wegen der Bewaffnung der Förster wiesen sie mich an Wiesbaden.[119] Abends rief mich Faber noch an und sagte, die Partei habe in Gießen beschlossen, mich als Kultusminister vorzuschlagen. Ich sagte ihm gleich meine Bedenken. Gestern – Mittwoch, 3.4.1946 – in Gießen sprach man auch mit mir darüber, und ich sagte, erstens täte ich es sehr ungern, aber wenn die Partei befehle, sei ich bereit, und zweitens, Vorbedingung sei, daß die Frage der Simultan-Schule, d.h. der christlichen Simultan-Schule schnell geklärt werden muß, und zwar mit Geiler. Spira, der Kirche und Religion bearbeitet, hat mir in einem Gespräch gesagt, christliche Simultan-Schule sei nicht nur die Schule, deren Lehrer auf dem Boden der Bergpredigt stehen müßten, sondern sie sollte auch dogmatisch gebunden sein (Glaubensbekenntnis etc.). Das lehnte ich ab im Gespräch und lehne es ab aus Überzeugung, und auch die Partei lehnt es ab. Deshalb muß die Situation geklärt werden, denn ein Minister der Partei kann sich nicht auf diesen Boden stellen, und es würde nur eine Blamage für die Partei und den Minister zugleich. Des weiteren müsse vorher geklärt werden, ob die Amerikaner mich nähmen oder nicht, denn jetzt sei man noch von ihnen abhängig, nach den Wahlen sei es etwas anderes. Man stimmte zu.

Mittwoch, 3. April 1946

In Gießen lange, sehr gut und anregend verlaufende Tagung über den Verfassungsentwurf.[120] Auch Venedey sprach gut, allerdings immer wieder etwas theoretisch. Er verlangte z.B., daß die Minister, nicht nur der Ministerpräsident, vom Landtag gewählt werden, und das könnte dazu führen, daß bei einer Koalitionsregierung, wenn einige von einer Koalitionspartei abspringen, der Landtag einen Minister wählt, der gar nicht in die Koalition paßt, ganz abgesehen davon, daß ich die stärkere Stellung des Ministerpräsidenten nach dem englischen System für das reibungslose Arbeiten der Regierung für wichtig halte. Der Vorschlag von Caspary, eigentlich

[119] Offiziell durften die Forstbeamten ab 1.4.1946 wieder Waffen tragen, in begründeten Ausnahmen schon früher. Aus Oberhessen wurden Überfälle von herumziehenden Banden der „displaced persons" (DP) auf abgelegene Forsthäuser gemeldet, was eine umgehende Bewaffnung erforderlich machte; Mat. Bergsträsser: Heymeyer (Laubach) an B., 25.3.1946.

[120] Hier wurde die Verfassungskommission der SPD gebildet, der auch B. angehörte; vgl. Hans-Christoffer Beyer, Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946, Diss. Marburg 1977, S. 108. Die dort zitierten Protokolle der SPD-Verfassungskommission (S. 305) sind im Nachlaß (UB-MR) nicht mehr feststellbar.

die ganze Verwaltung zu kommunalisieren, wurde erfreulicherweise allgemein abgelehnt. Man hat eben doch allmählich Staatsgefühl bekommen. Man scheint auch mancherorts die Bedenklichkeit allzuvieler Grundrechte einzusehen. Ebenso war man einig darüber, daß unser Verfassungsentwurf in keiner Weise das zukünftige Reich [präjudizieren] dürfe, denn sonst könnte es dazu kommen, daß auch die anderen Länder sich in dieser Richtung festlegen, und das würde die Möglichkeit des Reiches überhaupt verbauen. [...]

Donnerstag, 4. April 1946

Friedrich bringt Vorschläge und Ausarbeitungen über Organisation und genaue Festlegung für Abteilung V.[121] Mit Keil Ablieferungsfragen etc. besprochen. Ablieferung in meinem Gebiet gut. – Nachmittags Wiesbaden: Wir machen einen genauen Fragebogen.[122] Interessante Diskussion. Gute Zusammenarbeit. – Abends bei Oskar Müller, nette Unterhaltung, über die Verfassungsfragen sind wir im großen und ganzen einig. – Dann in Erbach, langes interessantes und nettes Gespräch mit Otto [Crass].

Freitag, 5. April 1946

Vormittags Verfassungsausschuß.[123] Festlegung eines Kataloges strittiger Fragen, der der Öffentlichkeit unterbreitet werden soll, damit sie sich äußere. Es soll eine Sitzung von Vertretern der Verfassungsausschüsse der drei Länder in Stuttgart stattfinden; ich werde hineindelegiert. Dabei wird gesagt, daß Bayern und Württemberg noch weit zurück seien, was mich nicht wundert. Am Donnerstag abend wurde auch die Frage des Kultusministeriums besprochen, und man kniete auf mir herum. Auch Oskar Müller und L. Bauer. Ich machte meine Bedenken geltend und halte die Sache nach wie vor für ein Experiment. Man sagte mir allgemein, daß die Stellung der Amerikaner mir gegenüber sich durchaus gewandelt habe. Freitags nach der Sitzung langes Gespräch mit Brentano wegen der Vizepräsidenten. Ich konnte ihm meine Bedenken umso wirksamer geltend machen, als wir bei Tisch mit Jellinek über die Regierungsbildung im allgemeinen, d.h. die dazu zu erlassenden Verfassungsbestimmungen gesprochen hatten und dabei dahin übereinstimmten, daß der Ministerpräsident

[121] Die künftig wieder von Friedrich geleitete Abt. Erziehung und Unterricht des Regierungspräsidiums; vgl. Anm. 139/1946.

[122] Der Vorbereitende Verfassungsausschuß entwarf einen Fragebogen zu Problemen der Verfassung, der an 17 Institutionen und 34 Einzelpersonen gesandt wurde; vgl. Manfred Dörr, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/46, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1971, S. 99–122, hier S. 111.

[123] Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

seine Kabinettsmitglieder berufen solle. Ich wies auch auf die harmonische Zusammenarbeit im letzten Jahre zwischen mir und meinen Herren hin und sagte auch, daß ich ja doch mit seiner Richtung gar keine Schwierigkeiten gehabt hätte; ich sei wohl berechtigt anzunehmen, daß ich auch dort Vertrauen genieße. Er bestätigte das und war selbst der Meinung, daß ein andersgläubiger Vizepräsident nur ein Hemmnis sei. Hoch sagte mir überdies, daß der in Aussicht genommene nicht verträglich sei. Hilpert sagte zu, keine Entscheidung zu treffen, ehe er sich mit mir nochmals genau ausgesprochen habe. Als ich ins Amt zurückkam, Gespräch mit Knothe, der am selben Abend noch nach Wiesbaden fahren wollte und mich auf Mittwoch nachmittag zu sich bat, zur persönlichen Aussprache wegen meiner Kritik an seiner Amtsführung. Mindestens ein Zeichen dafür, daß mein Ansehen auch in der Partei so groß ist, daß man nicht um mich herumkommt, und das ist angenehm.

Samstag, 6. April 1946

Hoffmann bespricht allerlei mit mir. Wir kommen auch auf Spira zu sprechen. Er lehnt ihn als Wuschelkopf genau so ab wie ich. Es seien aber Erwägungen, ihn zum Kultusminister zu machen. Ich sage, ich würde mich sehr freuen, besonders auf die erste Debatte in der Constituante, wo ich gegen ihn auftreten würde. Über den Sieger sei ich mir nicht im Zweifel.

Montag, 8. April 1946

Frau Dr. Brücher von der „Neuen Zeitung". Sie hatte beim Rektor der TH [Vieweg] erfahren, daß ich dort Vorlesungen halte. Ich schilderte ihr Art und Absicht meiner Vorlesung. Wir kamen auch auf Allgemeines zu sprechen betreffs der Hochschulen, und ich erklärte ihr meinen Standpunkt über all diese Dinge. Sie macht eine Rundreise zu den Hochschulen.[124] Ich hob hervor, daß man die Studenten mit zarten Händen anfassen müsse.

Nachmittags Prinzessin Ludwig, aus London kommend. Sie hat sehr viel Leute dort gesprochen, auch Auswärtiges Amt, auch leitende Leute der Labour-Party. Die Stimmungen ringen miteinander. Doch scheint die Vansittart-Gruppe allmählich zurückgedrängt zu werden. Sie soll demnächst maßgeblichen englischen Besuch bekommen, wozu sie mich auch bitten will. Über das Konzert am Montag fürs Rote Kreuz.

Letzte Vorlesung in der TH, massenhaftes Diskutieren. Der Rektor der TH [Vieweg] hat eine Gegenschrift gegen meine Denkschrift gemacht; er

[124] Vgl. die Berichte Hildegard Brüchers in ‚Die Neue Zeitung' 17.5./27.5.1946 (Reise durch Universitätsstädte).

ist natürlich für die aktiven Offiziere.[125] Manche Leute lernen's nie. Gestern sprach Colonel Swarm mit mir über diese Sache und sagte mir, er neige meiner Auffassung zu; ich antwortete, dann sei er auf dem rechten Weg.

Dienstag, 9. April 1946

Vormittags lange Sitzung in Wiesbaden über Schulangelegenheiten. Die Wiesbadener Absichten, die Schulaufsicht zwischen Wiesbaden und den Referenten der Regierungspräsidenten zu teilen, ist unsinnig. Wir setzten ihnen das auseinander, und Schramm schien es einzusehen, behauptete aber, man könne das bei den Personalverhältnissen nicht ändern, gab uns aber zu, daß wir alle Schulen selbst besuchen könnten. Das würde einen hübschen Kuddelmuddel geben und eine hübsche Masse neuer Gegensätze. Wiesbaden ist die Organisation der Reibungsflächen. Dann über Staatsbürgerkunde, die man in Wiesbaden „Gemeinschaftskunde" nennt. Das führt auch wieder vom eigentlichen Ziel weg. Osterdienstag soll eine Tagung sein, wo man darüber reden will, wie die Kreislehrervereinigungen, die alle Monat sein sollen, mit derartigen Fragen und Vorträgen bespickt werden. Der Redner war ein Fantast. Ich verfocht wieder einmal die Realität, plädierte für juristische und nationalökonomische Vorträge. Überdies machte ich die Bemerkung, daß man zu diesen Tagungen doch Programme aufstellen und uns vorher schicken solle, damit wir wissen, um was es sich eigentlich handele. Dann könne man diskutieren und brauche keine Vorträge. – Dann ging ich zur Forstabteilung wegen der Forsteleven. Dort war große Umwälzung. Von Schenk war vor 14 Tagen entlassen worden. Schenck selbst, von dem die Amerikaner einmal geschwärmt hatten, war vor 3 Tagen auch entlassen, und die ganze Forstverwaltung ist verwaist.[126] Komisches Verfahren. So kann man doch nicht arbeiten.

Beim Essen setzte sich Mattes neben mich und fragte mich nach Hochschulangelegenheiten von seinem Finanzstandpunkt aus. Die Gießener ha-

[125] Wohl Denkschriften zur politischen Überprüfung der Studenten. Auf Anordnung der Militärregierung mußten die Fragebogen der Studenten nach der Einschreibung durch einen Fakultätsausschuß, der aus dem Dekan und 2 oder 3 Studenten bestand, geprüft werden. Dieser Ausschuß konnte ggf. einen Ausschluß vom Studium verfügen. B., dessen Denkschrift nicht ermittelt wurde, wollte in seiner betont antimilitaristischen Haltung neben politisch belasteten Bewerbern offenbar auch die ehemaligen aktiven Offiziere zurückstellen. Eine spätere Denkschrift des TH-Rektors wies auf die Schwierigkeiten bei der Ermittlung von HJ-Tätigkeiten, NSDAP-Anwartschaften oder -Mitgliedschaften hin. Vgl. HStA, 504/374, Vieweg an Kultusminister, 17.7.1946.

[126] Carl Alwin Schencks Entlassung als Leiter der Landesforstverwaltung stand in Zusammenhang mit deren Umgruppierung vom Wirtschafts- zum Landwirtschaftsministerium.

ben den grotesken Vorschlag gemacht, die Technische Hochschule und die Universität Frankfurt/M. zu vereinigen, was natürlich Frankfurt bedeuten würde, um die daraus resultierenden Ersparnisse zur Erhaltung der Universität Gießen zu verwenden. Ich wies Mattes nach, daß das völlig unmöglich sei und daß gar keine Ersparnisse daraus erwüchsen, da es bei chemischen und ähnlichen Instituten ja darauf ankomme, wie groß die Zahl der Arbeitsplätze sei, man also sich nicht mit einem bestehenden Institut bei einer Zusammenlegung begnügen könne. Ich entwickelte ihm meine Pläne, die Hinterlassenschaft der Universität Gießen nutzbringend für Darmstadt anzuwenden, die Bibliothek des volkswirtschaftlichen Lehrstuhls und die des kunstwissenschaftlichen. Er schien von alledem sehr befriedigt und bedankte sich sehr.

Nachmittags Feier für die Rotationsmaschine des „Darmstädter Echo".[127] Ich sprach viel mit den amerikanischen Offizieren. Sehr lustige Stimmung, die erlaubte, allerlei Kritisches in lustiger Form vorzubringen. Dann mit Poth, Lebensmittelgroßhändler aus Langen, gesprochen, der die Wirtschaftsämter-Politik treffend kritisierte. Man muß den Leuten der Wirtschaftsämter immer deutlich sagen, daß sie nicht Herrscher, sondern Diener sind. Die werden sonst so größenwahnsinnig wie Zensoren. – Abends noch gelesen.

Mittwoch, 10. April 1946

Morgens Massenandrang. Die Sache wegen Stuttgart in Ordnung gebracht. Walk berichtet, daß L.[128] zur Zeit unmöglich wegen Zugehörigkeit zur SA und er nicht weiß, wen er als Ersatzmann nehmen soll. Die Personalfrage spitzt sich immer mehr zu.

Nachmittags Frankfurt. Beinahe zwei Stunden bei Knothe. Lange unfruchtbare Unterhaltung über unsere zukünftige Politik. Ich habe sehr scharf herausgearbeitet, daß wir den größten Wert darauf legen müssen, Verwaltungsorganisation und Verfassung so einzurichten, daß eine wirklich arbeitsfähige Regierung möglich sei, und habe betont, daß die Einrichtung in Wiesbaden mit der politischen Besetzung der Ministerialdirektorenstellen gänzlich unlogisch sei. Was ich sagte, soll ich am 6. 5. als Referat vor einem engeren Kreis von Parteileuten halten. Knothe behauptete immer wieder, mit meinen Auffassungen völlig übereinzustimmen.

Dann Vorlesung, Riesenbesuch, lange Sprechstunde hinterher. Ein Metzgermeister erzählte mir hinterher, daß man in Alsfeld sage, König sei weggekommen, weil er für sich privat zu viel Benzin gebraucht hat und

[127] Das ‚Echo' wurde bis dahin in der Druckerei der ‚Frankfurter Rundschau' hergestellt; ‚Darmstädter Echo' 13.4.1946 (Die Weihe des neuen Anfangs).

[128] Name auf Initiale verkürzt.

ähnliches.[129] Ich trat ihm aufs schärfste entgegen und bat ihn, dasselbe zu tun, unter Hinweis darauf, daß er authentisch informiert sei. Es ist widerlich, was alles an Verdächtigungen gesagt wird. Knothe war auch einig mit mir, daß ein politisches Arbeiten in Wiesbaden nicht möglich sei, wenn nicht die Stellung der Regierung gegenüber der Militärregierung geklärt werde, was bisher nicht geschehen ist.

Donnerstag, 11. April 1946

Vormittags Presse-Konferenz. Ich gab einen kleinen Rückblick über das Jahr. Nachmittags nach Stuttgart zum Verfassungsausschuß der Länder. Abends mit Minister Ulrich, Cahn-Garnier etc. zusammen. Erst politisches Gespräch, dann lustige Unterhaltung.

Freitag, 12. April 1946

Morgens Tagung, Vorsitzender der alte Keil mit 76 Jahren noch sehr mobil. Die Bayern waren unter Vorwänden nicht erschienen, Saupack. Staatsrat Prof. Schmid gab eine Einleitung aufgrund seines Vorentwurfs, dann sehr anregende Diskussion hohen Niveaus. Frage der Grundrechte, Frage der Souveränität überhaupt, wobei ich die Meinung vertrat, daß die Verfassungen, wenn sie erst einmal da sind, geeignet sind, Willkürakte der Besatzungsmächte zu verhindern und eine klare Abgrenzung für deren Eingriffsrecht zu geben. Andere betrachteten das als ungerechtfertigten Optimismus. Schmid vertrat Zweikammernsystem mit halb ständischer erster Kammer, was allgemein abgelehnt wurde, wesentlich dadurch, daß alle Hessen dagegen waren. Es war überhaupt merkwürdig, daß Bauer, Bergsträsser, Blaum, Brentano ohne Verabredung eigentlich in allem dieselbe Linie hielten. Jellinek sprach sehr wenig, da es sich meist um politische Fragen handelte und er doch mehr Verfassungs-Techniker als Verfassungs-Politiker ist. Die Württemberger haben eine große Verfassung entworfen. Wir hatten Bedenken, daß dadurch der zukünftige Zusammenschluß Deutschlands erschwert werde. Einigkeit über Déclaration des droits de l'homme im Sinne von 1789. Weiterzugehen erscheint mir immer als bedenklich, weil es das Vertrauen zur Verfassung erschüttert, wenn es nicht in eine Form gebracht wird, die den Normativbestimmungen Gesetzeskraft gibt. Das Vorbild Weimar sollte man nicht nachahmen. Die Württemberger wollen einen Staatspräsidenten. Wir halten das für nicht nötig und haben gegen eine erste Kammer auch Bedenken wegen des riesenhaften Apparates. Ohne Diäten kann man sie nicht gut machen, mit Diäten wird sie beim Volk Anstoß erregen. Reizende Rückfahrt, eine Stunde in Maulbronn, Vesper in Knittlingen mit Wein. Im Mai Wiederholung.

[129] Vgl. Anm. 14/1946.

Samstag, 13. April 1946

Ahl, Faber um die Hamberger-Affäre. Ball scheint das wunderbar organisiert zu haben. Der Mann ist damit geliefert, und seine Schützer in Wiesbaden werden wohl in den Strudel mit hineingezogen werden.[130] – Samstag nachmittag Empfang, Feigel reizend. Die Hörer schienen sehr befriedigt.

Sonntag, 14. April 1946

Abends in Reichelsheim. Ich pomadisiere bürgerlich.

Montag, 15. April 1946

Special Branch[131] bat mich hinüber wegen der Behandlung der Fragebogen von Leuten aus dem Osten. Ich erzählte ihnen meine Regelung, daß ich auf solche Fragebögen nichts gäbe, wenn ich nicht zwei einwandfreie und nachprüfbare Referenzen hätte, also aus einem der Westgebiete. Sie hatten vor, auf alle solche Fragebogen mit Adverse recommendation zu reagieren.[132] Ich machte ihnen klar, daß das zu allgemein und infolgedessen ungerecht sei, womit sie auch übereinstimmten. Ball verabschiedete sich. Ich dankte ihm für seine gedeihliche Wirksamkeit. Er ermahnte mich in gespielter Väterlichkeit, mich wohl zu verhalten, worauf ich sagte, das könnte ich vielleicht fürs nächste Jahr versprechen. Er: „Warum nur für ein Jahr?" Ich: „Weitere Versicherungen gibt ein Politiker nicht ab." Großes Gelächter.

[130] Ball als Special Branch Officer der Darmstädter Militärregierung war Anklagevertreter im Prozeß gegen Hans Joachim Lehr, Personalreferent im hessischen Justizministerium, vor dem Darmstädter Militärgericht. In diesem Prozeß wurde Hamberger, Lehrs Schwiegervater, durch von Ball vorgelegte Dokumente belastet, aus denen man schloß, daß Hamberger bereits im März 1933 in die NSDAP eingetreten sei. Hamberger versicherte eidesstattlich, daß er nicht NSDAP-Mitglied gewesen sei. Vgl. ‚Darmstädter Echo' 13.4.1946 (Großhessischer Polizeichef schwer belastet).

[131] Special Branch war die für die Entnazifizierung zuständige Unterabteilung der Militärregierung. Sie gehörte bis zum Juli 1946 der Public Safety Division an und bildete dann eine eigene Abteilung, die zunächst Special Branch Division, ab Ende 1946 Denazification Division hieß.

[132] Im Fragebogen-Prüfungsverfahren der Special Branch wurde mit „Mandatory Removal" die sofortige Entlassung angeordnet, während die mit der „Adverse Recommendation" gegebene Empfehlung, von einer Anstellung oder Weiterbeschäftigung abzusehen, die letzte Entscheidung der jeweils zuständigen Militärverwaltungseinheit überließ. Vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 134; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 150.

Dr. Häbich aus Wiesbaden wegen Vermessungsfragen. Sie wollen uns ein Meliorationsamt einrichten und uns Fonds für Meliorationen geben. Sie sind in angenehmer Weise entgegen dem sonstigen Wiesbadener Betrieb für Dezentralisieren. – Friedrich: neuestes Gerücht aus Wiesbaden, einer der jetzt schon vorhandenen sozialdemokratischen Minister soll das Kultusministerium zunächst mitverwalten. Wie angenehm wäre es, wenn das geschähe, dann wäre ich draußen.

Gegen Abend erzählte mir Stürmer, daß Hamberger wieder im Dienst sei.[133] Wenn das Ministerium das mitmacht, ist es politisch unmöglich. Ich gab abends die Nachricht noch an Ball im Konzert. Es wird nichts übrig bleiben als die Presse. Fragt sich nur, welche. Abends Rotes Kreuz-Konzert von Kwast-Hodapp. Improvisiertes Abendessen im Post-Hotel, ein Haufen Leute. Ich neben Kwast, auf sie und die Prinzessin redend und dankend. Dann sprach Frau Kwast selbst sehr fein über die inneren Bedingungen des Künstlertums. Es war mir angenehm, das Lob der Prinzessin gerade an diesem Abend zu singen, das wohlverdiente Lob übrigens, wo viele Angehörige ihrer Familie da waren, Prinzessin Christoph mit ihrem Verlobten, dem Prinzen von Cumberland[134], die Prinzessin Cecilie von Preußen etc. etc. Ich merkte, wie es ihnen Freude machte.

Dienstag, 16. April 1946

Militärregierung. Ich sprach über die Gefährdung der weiblichen Jugend, worüber man einen Bericht will, und darüber, daß die dauernde Gefangenhaltung von Nazis, ohne ihnen einen Prozeß zu machen, in der Bevölkerung unangenehme Vergleiche mit Nazimethoden hervorrufe. Man sagte mir, die überwiegende Mehrzahl dieser Fälle werde jetzt durch Entlassung erledigt. – Dr. Peters kündigte den Besuch von Dahrendorf an, der die Absicht hat, in Frankfurt a. M. eine überparteiliche Zeitung aufzumachen, und sagte einiges Interesssante aus dem russischen Gebiet. – Nachmittags Wiesbaden: Verfassungsausschuß. Vorher nahm mich Geiler beiseite und sagte, die Kultusministerfrage könne er im Sinne unserer Partei derzeit nicht lösen, aber wenn es Veränderungen im Innenministerium gäbe, möchte er mich als Minister haben. Ich sagte, daß das Kultusministerium an mir vorbeigehe, sei mir angenehm. Ich fühle mich in Darm-

[133] Hamberger wurde im Amt belassen, da kein geeigneter Nachfolger gefunden wurde und auch die Militärregierung in Wiesbaden keinen Anlaß sah, ihn zu suspendieren; er ist dann am 31. 12. 1946 auf eigenen Wunsch ausgeschieden.

[134] Sophie Prinzessin von Griechenland, die Witwe des Prinzen Christoph von Hessen (1901–1943), heiratete am 24. 4. 1946 Georg Wilhelm Prinz von Hannover, den zweiten Sohn Herzog Ernst Augusts, der bis zur Übernahme der Regierung in Braunschweig 1913 den nach der Annexion Hannovers durch Preußen 1866 geschaffenen Titel eines Herzogs von Cumberland geführt hatte.

stadt durchaus wohl, zum Innenminister hielte ich mich nicht für ausreichend. Er meinte, dreimal besser wie der bisherige Inhaber würde ich es sicher machen. Ich antwortete, ich glaubte, daß ich den Vergleich aushielte. Er meinte, ein guter Ministerialdirektor könne mir eine Stütze sein, aber ich zog nicht. Dann sagte er mir, daß die Frage des Vizepräsidenten hier vertagt sei. Ich verbarg ihm nicht meine Befriedigung darüber. Im Verfassungsausschuß sehr hochstehende Diskussion ohne parteipolitische Bindung. Auch wir Sozialisten sehr oft ungleicher Meinung. Die Wahl eines Staatspräsidenten aus dem Volke erledigte ich mit Hinweis auf Hindenburg. Geiler fiel daraufhin sofort um. Nur Swarts deutschnationales Herz blieb standhaft.[135] Geiler hatte mir übrigens gesagt, er wolle Hoch als Nachfolger von Swart, doch der hat abgelehnt. Er sagte mir gegenüber am Mittwoch, er habe doch keinen Anlaß, in Wiesbaden den jungen Mann zu spielen. Mit Vossler zurück, der meist unergiebig ist.

Abends in Bensheim. Dann mit dem Verleger Essel über seine Pläne gesprochen.[136]

Mittwoch, 17. April 1946

Gießen: Verfassungsausschuß der Partei, sehr angenehme Diskussion im kleinen Kreis. Ich drang nur mit dem Antrag nicht durch, daß die Regierung die Befugnis zur Auflösung haben solle. Doch wurde die Frage vertagt. Dann die Bibliotheken des volkswirtschaftlichen und des kunstwissenschaftlichen Seminars angesehen wegen meiner Überführungspläne. – Dann bei Knothe, gegenseitiger Bericht. Dann Kolleg, dann heim, behaglicher Abend. Vorspiel der Osterferien.

Donnerstag, 18. April 1946

Morgens mit Zinnkann politische Situation durchgesprochen. Gleiche Perspektiven. Der Fall Hamberger geht weiter.

Dienstag, 23. April 1946

Sitzung in Frankfurt a. M. über Gemeinschaftskunde auf Einladung des Minister gewordenen Dr. Schramm. Das Wort „Gemeinschaftskunde" ist schon blödsinnig, und die Leute redeten auch meistenteils absolut dummes Gewäsch. Der erste, der ihnen das deutlich sagte, war Dr. Ebbinghaus von Marburg, der zweite ich. Wir trafen uns beglückt im Rationalismus

[135] Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

[136] Hermann Essel wollte eine Geschichte der hessischen Sozialdemokratie von Bergsträsser u. a. verfassen lassen und herausgeben; Mat. Bergsträsser: Essel an Zinnkann, 16. 3. 1946; B. an Essel, 3. 4. 1946.

und warfen uns immer die Bälle zu. Schramm war ersichtlich ein wenig verärgert. Entsetzlich viel Gerede über Religion, was gar keinen Sinn und Verstand hat in dieser Verbindung. Sehr hübsch war, daß Renneisen mir auch stark sekundierte, den ich nachher ansprach, worüber er sichtlich erfreut war. Er macht einen guten Eindruck. Noack sprach echt professoral dumm, man müsse das nationalsozialistische Geschichtsbild durch ein anderes ersetzen. Ebbinghaus sagte mir nachher, er hätte ihn eigentlich als Historiker nach Marburg haben wollen, aber daraufhin verzichte er. Viel verständiger war Noacks Sekretärin [Buschette], die mit uns, als wir im Garten herumspazierten, einmal sehr nett von ihrem Jugendstandpunkt aus die Frage diskutierte. Die Deutschen sind doch meistenteils ein unpraktisches, theoretisches Volk.

Als ich nachmittags aufs Amt kam, Einladung von Dubensky zu einer Sitzung heute nachmittag über Theaterfragen. Es scheint sich um Zuschüsse zu handeln, und ich werde für Darmstadt kämpfen wie ein Löwe und werde sagen, Wiesbaden mehr zu geben, sei ein Skandal, auch wenn Geiler da ist.[137] Mir wird das allmählich schrecklich worscht, und man kann mit manchen Leuten offenbar nur noch mit Grobheit arbeiten, daß man eben die Dinge deutlich mit Namen nennt. – Abends Pfungstadt, sehr gut besucht. Die Sevenich soll da gesprochen haben vor etwa 40 Leuten, von denen die Hälfte SPD war.

Mittwoch, 24. April 1946

Morgens mit Ahl, Faber über die Wiesbadener Verhältnisse gesprochen, auch mit Zinnkann. Ich bin der Meinung, daß ich dem Ruf, evtl. das Innenministerium zu übernehmen, nicht folgen sollte, denn in diese Bude der Unklarheiten heute einzusteigen, ist nicht richtig. Zinnkann sagte mir, daß Häring kürzlich erklärt habe, er gehe auf alle Fälle weg, und Zinn gesagt habe, er sehne sich nach dem Augenblick, wo er das auch tun könne. Wir erreichen in Wiesbaden nichts, und die Verwässerungs- und Vernebelungsbestrebungen steigen immer mehr. Die Gemeinschaftskunde ist nur ein Symptom. Es wäre richtig, jetzt allmählich zum aktiven Kampf gegen die Wiesbadener Tendenzen überzugehen. Faber machte dagegen geltend, daß sehr viel verschüttet werden könne in der Zeit. Trotzdem blieb ich bei meiner Meinung, und Zinnkann billigte sie auch. Während dieser Besprechungen hatte Faber gesagt, gegen meinen Einwand, ich verstände von den administrativen Sachen nichts; wenn ich Ahl zum Leiter der Polizei machte, könne das alles ganz gut laufen. Als ich nachher zur Militärregie-

[137] Finanzminister Mattes hatte erklärt, daß die Finanzlage nur die Unterhaltung eines Staatstheaters gestatte, und dieses sollte Wiesbaden sein. Der Gesamtzuschuß in Höhe von 1 000 000 RM sollte wie folgt aufgeteilt werden: Wiesbaden 600 000, Kassel und Darmstadt je 200 000 RM.

rung hinüberging, sprach Colonel Swarm über einige nicht eben wichtige Fragen mit mir und kam dann plötzlich darauf zu sprechen, ob Faber nicht die Aktion gegen Hamberger mit betrieben habe, um dessen Nachfolger zu werden. Ich sagte, davon könne gar keine Rede sein, und erzählte ihm die Unterredung, die ich gerade eine Stunde vorher gehabt hatte, mit der Bitte, von ihr sonst keinen Gebrauch zu machen, gab ihm auch noch andere Gründe, warum das völlig ausgeschlossen sei. Es scheint Leute zu geben, die nicht begreifen, daß man für eine Sache streiten kann, ob das die M.G. in Wiesbaden ist oder die C[entral] G[overnment], das ist noch die Frage.

Nachher Besprechung mit Stroux über Theaterfragen wegen der Nachmittagssitzung in Wiesbaden. Diese war im Haus und unter Vorsitz von Capt. Dubensky. Fusion wurde allgemein abgelehnt, eine gewisse Abrede über Neuinszenierungen, diese unter Einschluß der Frankfurter Theater, begrüßt. Ich sagte, ich könnte nicht einsehen, warum Darmstadt und Kassel weniger Zuschuß bekämen wie Wiesbaden. Es sei ungerecht. Man ging darauf nicht ein. Ich schrieb anschließend einen Bericht an den Ministerpräsidenten in dieser Sache, wobei ich darauf aufmerksam machte, daß die ungerechte Bevorzugung von Wiesbaden vom Landtag sicher wieder umgestoßen würde.[138]

Abends Rede in Homburg. Trotzdem ich vorher in der Staatskanzlei die wohlbekannten Nudeln gegessen hatte, aß ich nach dem Vortrag noch mit Behagen Selbstgeschlachtetes bei dem dortigen Parteivorsitzenden. Wunderbarer Schinken. Angenehme Rückfahrt auf der nun wieder durchgehenden Autobahn.

Donnerstag, 25. April 1946

Vormittags Friedrich wegen des Ministerialdirektor-Postens.[139] Ich billigte, daß er Bedingungen stellt, ich würde es auch tun. – Dann Architekt Theis, neue Kunstbaustoffe aus Flugasche vorführend, ein Holz sehr ersparendes Bauverfahren. Ich schickte ihn zu Stork, und wenn der Bericht günstig ausfällt, werde ich ihn zu Binder bringen.

Nachmittags zwei Briefe des Innenministeriums, daß die Landratsämter in Dieburg und Alsfeld neu besetzt seien und wir die Leute einführen sol-

[138] B.s Schreiben nicht ermittelt; vgl. aber HStA, 504/828: Henrich an B., 1.5.1946.

[139] Mit der Entlassung Böhms als Kultusminister war auch Friedrich als Ministerialdirektor suspendiert worden. Man war bemüht, ihn als Ministerialdirektor des neuen Kultusministers Schramm oder auch im Innenministerium in Wiesbaden zu halten. Er blieb dann aber bis zu seiner Pensionierung 1951 Leiter der Abt. Erziehung und Unterricht des Darmstädter Regierungspräsidiums.

len. Von dem Landrat in Alsfeld wissen wir nicht einmal den Namen.[140] In einigen Tagen sind die Wahlen, und man weiß nicht, ob diese Leute bleiben. Man blamiert sich also noch in einer Einführung. Echt.

Freitag, 26. April 1946

Nachmittags Besuch des neuen Handelskammer-Präsidenten Euler. Ich verschuf ihm für seinen Verband der kunstwerkstoffverarbeitenden Industrie Räume hier, um den Verband in Darmstadt zu halten. In allem anderen leichte Verständigung. – Abends Rede in Vilbel, recht gute Versammlung, angenehmer Apfelweintrunk hinterher.

Samstag, 27. April 1946

Bei der Militärregierung wegen der Mädchen unter 18 Jahren und wegen der Bestrafung der Nazi-Denunzianten. Beides beeindruckte Sheehan. – Nachher Sitzung CDU/SPD. Brentano kam leider spät, so daß Sevenich und Metzger Gelegenheit hatten, sich lange über politische Theorien zu unterhalten, was mir ziemlich gleichgültig war. Ich habe mich dann mit Brentano leise sprechend über einige praktische Dinge schnell geeinigt, und das Ganze wäre eigentlich nicht nötig gewesen. Haster sprach über ihren etwaigen Übergang nach Wiesbaden mit mir. Sie hat keine Lust, was ich verstehe. Nach dem Ausgang der Wahlen wird ihre Lust noch weniger groß sein.

Samstagabend große Theater-Vorstellung „Antigone" und Besuch des Landesdirektors von Thüringen [Paul], des Ministerpräsidenten etc. etc. Vorstellung ganz glänzend.[141] Für mich tiefer Eindruck, echt französische Ironie über das Leben. Nachher Essen in der Post. Kleine Begrüßung von mir, sonst keine Reden. Die ganze Veranstaltung machte auf die thüringischen wie auf die Wiesbadener Beteiligten ersichtlich starken Eindruck. Auch die bewaffnete Polizei, die der Landesdirektor mitgebracht hatte, die auf uns alle recht seltsam wirkte, mich zu einer Parallele zwischen Diktaturen anregte, war sehr befriedigt und sprach sich Schork gegenüber so aus.

Nachdem der Schwarm sich verlaufen hatte, noch 1½ Stunden Besprechung über das Theater und seine Zukunft unter formeller Leitung von

[140] Kommissarischer Landrat in Dieburg wurde Philipp Weyland, der bereits ab 1.2. als stellvertretender Landrat amtierte; vgl. Eintragung 29.4.1946. Der Kreis Alsfeld wurde bis zur Kreistagswahl im April von Landrat Mandt in Lauterbach mitversehen; zur endgültigen Neubesetzung Eintragung 17.5.1946.

[141] ‚Antigone' von Anouilh. Zum Besuch Pauls vgl. Manfred Overesch, Gesamtdeutsche Initiativen. Hessisch-thüringische Beziehungen 1945/46, in: Nassauische Annalen 91 (1980), S.247–258, hier S.252f.

Dubensky. Neuester Vorschlag: Darmstadt macht ganz selbständig das Schauspiel für Darmstadt und Wiesbaden, Wiesbaden ebenso selbständig die Oper für beide. Ich sagte mit betonter Deutlichkeit, was ich schon dem Ministerpräsidenten geschrieben hatte, daß das alles Provisorien seien, die nach der Wahl keine Bedeutung mehr hätten, denn die Parteien würden sich die ungerechte Bevorzugung Wiesbadens nicht bieten lassen. Im übrigen kehrte ich in bezug auf die Vertragsbestimmungen den Juristensohn heraus.

Sonntag, 28. April 1946

Von 9–18 Uhr Reise durch Wahllokale. Langen, Seligenstadt, Büdingen, Mittagessen im Jägerhaus, dann Alsfeld, Lauterbach. Bunte, hübsche Fahrt bei schönem Frühsommerwetter. Wieder festgestellt, daß die Leute von meiner Anwesenheit mit Freude Notiz nehmen. Die Repräsentation des Staates ist eben wichtig.

Montag, 29. April 1946

Besprechung mit Stadt und Landestheater über die Zukunft des Landestheaters.[142] Die Stadt stellt sich auf den Standpunkt, daß sie ein vollständiges Theater behalten will und evtl. Wiesbaden anbieten will, das Wiesbadener Schauspiel zu bespielen. Steinmetz stimmt meiner Auffassung sehr zu, daß die unglückliche Verteilung des Staatszuschusses in der Landesversammlung geändert werden würde. – Das Wahlergebnis mit Ahl besprochen.[143] Wir sind beide der Überzeugung, daß die SPD die führende Partei bleibt, Ahl meint, man müsse alle Parteien heranziehen, die SPD müsse den Ministerpräsidenten stellen, und so muß es zu einer großen Koalition unter unserer Führung kommen. Ich bin aus politischem Klarheitswillen eigentlich mehr für eine Linksregierung, aber taktisch gesehen mag Ahl recht haben. Der Landesdirektor [Paul] (Thüringen) meinte übrigens, daß die Zonengrenzen bald fallen würden. Wenn er das aus Kenntnis der Intentionen der russischen Militärregierung sagt, wäre das höchst befriedigend.

Montag vormittags Eröffnung der Forstschule in Schotten. Häring hielt eine gute politische Rede. Einige sehr nette Forstleute. Bei Tisch saß ich

[142] In dieser Besprechung kamen die Vertreter der Stadtverwaltung und B. überein, gegen die ungerechte Verteilung der Staatszuschüsse zu protestieren und eine Drittelung zu fordern; vgl. HStA, 504/72: Henrich, 3.5.1946, „betr.: Großhessisches Staatstheater". Kassel und Darmstadt erhielten ab Beginn der Spielzeit 1946/47 je 300000 RM Zuschuß.

[143] Ergebnis der Kreistagswahlen in Groß-Hessen: SPD 44,1%, CDU 38%, KPD 8,3%, LPD 6,2% und Sonstige 3,4%.

neben dem einen amerikanischen Offizier und machte teilweise noch den Dolmetscher zwischen ihm und dem Minister. Nachmittags im Amt: die Wahlresultate. Für uns im großen und ganzen befriedigend. Vorher Telefongespräch mit Minister Venedey. Weyland soll unbedingt eingeführt werden. Dabei ergibt sich aus den Wahlresultaten, daß er nicht bleiben wird, da die CDU ihn ablehnt.[144] Warum sollen wir uns da eigentlich mit dem Affentheater blamieren?

Dienstag, 30. April 1946

Wiesbaden: Verfassungsausschuß morgens und nachmittags. Allgemein starker Eindruck der französischen Verfassung, die auch im Original vorliegt.[145] – Abends Marburg, sehr stark besuchte Versammlung, auch viel Akademiker. Meine Rede mit größtem allgemeinen Beifall aufgenommen.[146]

Mittwoch, 1. Mai 1946

Morgens bei Ebbinghaus, wieder vollkommene Übereinstimmung. Sie planen für den Herbst einen internationalen Ferienkurs. Sehr gut. Unter Mittag kleine Ansprache im Jägerhaus bei Duderstadt & Co. Abends zu Hause das Referat für Montag gemacht.

Donnerstag, 2. Mai 1946

Verfassungsausschuß in Stuttgart, etwas beeinträchtigt durch schwüle Hitze und die Zentralheizung. Merkwürdig, daß wir vier Hessen in voller Übereinstimmung waren, ohne Verabredung.[147] Alle gegen Staatspräsident und erste Kammer. Schmid hat doch einen stark romantischen Einschlag, verbunden mit Pathos. Auf der Fahrt mit Brentano Einzelheiten über die Prozedur der Constituante verabredet. Wir gingen ganz einig, und auch er

[144] Zur Amtseinführung Weylands vgl. ‚Darmstädter Echo' 8.5.1946 (Einführung des neuen Landrats des Kreises Dieburg). Im neugewählten Kreistag hatte die CDU 16, die SPD 14 Mandate (Wahlergebnis: CDU 45,5%, SPD 41,7%, KPD 12,8%). Statt Weylands (SPD) wurde im Juni Dr. Rudolf Belzer zum neuen Dieburger Landrat gewählt; vgl. Eintragungen 26.6. und 23.7.1946.

[145] In dieser Sitzung wurde beschlossen, bei der Militärregierung eine Verlängerung der Frist bis zum 10.6. zu beantragen, was zugestanden wurde. Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[146] ‚Marburger Presse' 3.5.1946 (Der Glaube an Deutschlands Zukunft).

[147] Hessische Mitglieder im Verfassungsausschuß beim Stuttgarter Länderrat waren außer B. Brentano, Blaum und Bauer.

hielt diese Vorbereitungen für sehr wichtig. Wir stimmten dahin überein, daß man die richtigen Leute an die richtigen Stellen setzen müsse, ohne mechanisches Parteiinteresse.

Freitag, 3. Mai 1946

Morgens toller Tag. Anfangend mit Liselotte und ihrem Kümmerchen wegen Zulassung. Dazwischen gab ich ein Interview für die „Gießener Freie Presse“[148], das ständig durch Telefongespräche unterbrochen war. Wirrnisse wegen eines Emigrantenzuges aus der Schweiz, dem aus einem Mißverständnis die ausgewiesenen deutschen Diplomaten beigehängt waren. Wie ich hörte, haben sie sich am nächsten Tag nach vielem Hin- und Hertelefonieren doch gelöst, und die Emigranten sind hier ausgeladen worden. – Walk mit Einigungsideen, denen ich widersprach. Er geht davon aus, daß man den Gegensatz zwischen Osten und Westen in Deutschland nicht vertiefen dürfe. Ich gehe davon aus, daß eine Vereinigung nur dazu führen würde, daß die radikalen Elemente die Linie bestimmten, abgesehen davon, daß die Öffentlichkeit uns dann mit dem Kommunismus identifizieren würde und unsere Chancen kaputt gingen. – Der Bürgermeister [Giegerich] von Nieder-Kainsbach trug mir vor über den Fleischbeschauer, die Hebamme und ähnliche Dinge und die Familienpolitik eines Beamten des Landratsamtes Erbach.

Nachmittags Wiesbaden bei vielen Ämtern. Im Wiederaufbauministerium platzte ich in eine Diskussion über neue Bauten. Es war belustigend, daß alle Herren auf meine genaue Kenntnis des Bezirks und lange Erfahrung besonderen Wert legten. Beim Abendessen Gespräch mit dem großhessischen Vertreter beim Interalliierten Kontrollrat, der sich von Frommann und anderen Eseln im Ruhrgebiet dahin hatte beeindrucken lassen, der Krieg zwischen Rußland und Angloamerika komme sicher. Überhaupt ein politisch ganz unbegabtes Huhn. Ich widersprach scharf und sagte, diese Großindustriellen seien politisch immer Esel gewesen und würden nie etwas anderes sein. Vorher Besprechung über die Darmstädter Theaterfrage. Ich habe da zwar nichts zu sagen, aber die Herren wünschen mein Urteil, und ich dudelte Gerechtigkeit. [...]

Samstag/Sonntag, 4./5. Mai 1946

Theis berichtet über den guten Ausgang der Besprechung mit Minister Binder über die Herstellung von Baustoffen aus Flugasche. – Nachmittags nach Hochwaldhausen. Samstag und Sonntag Verfassungsausschuß der

[148] ‚Gießener Freie Presse‘ 4.5.1946 (Zonengrenzen würgen die Wirtschaft).

Partei, sehr nette Aussprache.[149] – Sonntag gegen Abend Wagenbach im Jägerhaus wegen Landratswahl. Er hat zwei andere Angebote.[150]

Montag, 6. Mai 1946

Erweiterter Vorstand in Nauheim. Mein Referat trotz Sachlichkeit günstig aufgenommen. Pompöses Schlußwort, um zu zeigen, daß ich auch so kann. Kleiner Aufstand der mittleren Beamten wegen der „Fachleute". Ich sondierte bei den Gießenern und den Offenbachern wegen der Landratswahlen. Sie scheinen nur ausgesprochene Parteimitglieder wählen zu wollen. Beschränkt. Ellenlange Diskussion, die nicht viel Neues brachte.

Dienstag, 7. Mai 1946

Friedrich wegen Abteilung V. Auch hier lächerliche Zentralisationsbestrebungen von Wiesbaden. Meine Schreiben gingen in Abschrift an Nischalke und Hoch.[151] Faber über die Politik der Partei. Ritzel will geholt werden. Lächerliche Überschätzung. Emigranten sind ungeeignet. – Beim M.G. eine Stunde Gespräch mit Swarm. Zu den Wahlen sagte ich, ich hätte sie in einem Rutsch gewollt; er sagte, sie hätten dasselbe gewollt, aber vielleicht gerade deswegen sei es von den höheren Autoritäten nicht gemacht worden. Ich sprach über die Unmöglichkeit der Zonengrenzen; er stimmte zu. Ich sagte, wir als Deutsche dürften uns nicht an eine Siegermacht binden, um nicht Mißtrauen hervorzurufen. Er bekräftigt diesen Standpunkt. Er sagte, Demokratie sei in Deutschland nur möglich unter wirtschaftlich nicht ungünstigen Zuständen; ich stimmte lebhaft zu und bezog mich auf meine Ansprache an Amerika. Ich sagte, die Militärregierung müsse sich gegen die Zivilregierung abgrenzen. Wenn die Militärregierung zu verantwortlichen Personen Vertrauen habe, müsse sie diese arbeiten lassen und in Einzelheiten nur eingreifen in negativem Sinne, d.h. sie haben nur die Möglichkeit zu verhindern, nicht die Möglichkeit eigener Aktion. Nur wenn diese Grenze eingehalten werde, habe die Zivilregierung das nötige Vertrauen und die nötige Autorität. Er stimmte durchaus zu, was ich zum Anlaß nehmen werde, über diese Dinge eine Denkschrift zu machen aufgrund der vielen Beschwerden bei der Diskussion in Nauheim gestern. Walk gibt mir die Stichworte. Walk gegenüber scharf betont, daß auch Listenverbindung mit der KPD unser Tod sei.

[149] Zum Verlust der Protokolle Anm. 120/1946.

[150] Dr. Wagenbach, seit Mai 1945 Landrat des Kreises Gießen-Land, entschied sich für den Landratsposten des Main-Taunus-Kreises in Frankfurt-Höchst.

[151] Bisher nicht ermittelt.

Mittwoch, 8. Mai 1946

Morgens Bad Nauheim. Ansprache anläßlich der Schlußfeier der Abiturientenkurse. Der Sohn Bach, der für die Abiturienten sprach, sagte, unabhängig von mir, ziemlich dasselbe wie ich, was ein gutes Zusammenklingen gab. Meine Rede wird stenografiert und unter Umständen vervielfältigt.[152] – Auf dem Rückweg bei Altwein von der Degussa. Interessante Besprechungen. Ich nannte ihm Walk als geeignet.

Abends Theater „Die Illegalen".[153] Man erlebte die Zeit der eigenen Angst wieder durch und war dadurch ungemein gefesselt.

Donnerstag, 9. Mai 1946

Beim M.G. Der Schutz der weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren wird für mein Gebiet genau nach meinen Vorschlägen geregelt. Schöner Erfolg. Ich dankte dem Obersten [Swarm] und sprach Sheehan gegenüber aus, daß dies wieder einmal ein Fall, der zur Tradition in Darmstadt gehöre. – Nachmittags 3 Stunden bei Merck, interessante Besichtigung der Firma, dann lange Unterhaltung über die Schwierigkeiten der Firma. Man will mir einige Denkschriften überreichen, die ich weiter benutzen kann. Die tödlichen Auswirkungen der Zonengrenzen sind wieder deutlich geworden.

Freitag, 10. Mai 1946

Besprechung mit Raupp wegen Wiederaufbau Neu-Isenburgs. Freitag abend Offenbach. Vor der Versammlung wurde mir mitgeteilt, daß Frau Sevenich unsere Partei sehr scharf und sehr illoyal angegriffen habe. Ich ging in meiner Rede darauf ein, und da Frl. Pfannmüller gerade da war, bat ich sie, die betreffenden Ausführungen zu stenografieren. Sie gab mir das am Samstag, und ich werde es Brentano übermitteln. So geht es nicht, so kann man nicht zusammen arbeiten. Eine Renegatenpsychologie der Frau von Sevenich.

[152] Gedruckt als: „Ein Wort an die Jugend". Ansprache des Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser, Darmstadt, anläßlich der Abiturienten-Abschiedsfeier in Bad Nauheim im Kerckhoff-Institut am 8.5.1946, Darmstadt 1946; aufgenommen in den Sammelband L. Bergsträsser, Der Weg der Jugend in unserer Zeit, Offenbach 1947, S. 4–14.

[153] ‚Die Illegalen' von Günter Weisenborn.

Samstag, 11. Mai 1946

Meine Nauheimer Rede wird gedruckt. Sie ist in einem schlechten Bericht von DANA verbreitet worden.[154] Haster von Unterredung mit Schramm berichtet. Der klagte entsetzlich über die Verwahrlosung der weiblichen jüngeren Jugend. Sie soll einen Bericht über Abhilfe machen. Das einzige, wozu man in Wiesbaden komme, war Unterhaltungsabend für die Mädchen zu machen, natürlich ohne Buben, wodurch die Wirkung sehr herabgesetzt werden wird. Ich sprach mich ziemlich zynisch aus und wies auf meinen Erfolg hin.

Mittags bei den Ärzten in Jugenheim. Kurioses Essen, Ansprache von mir, nachher Vortrag von Drigalski unter dem Titel „Politische Fragen", wildes Gerede über die Nazis. Taktlos und wirkungslos, rein negativ. Ich ging sehr schnell weg.

Montag, 13. Mai 1946

Faber war am Parteitag bei Knothe (12.5.).[155] Sie haben das Verhältnis zur Besatzungsmacht und vor allem auch den Fall Hamberger und die übrigen Verhältnisse sehr scharf behandelt. Auch die Frage Venedey spitzt sich zu. Sie soll nachmittags entschieden werden.[156]

Nachmittags in Wiesbaden. Nach dem Essen Gespräch mit Schramm, der sich sehr über die reaktionären Strömungen in beiden Kirchen beklagt. Ich erzählte ihm von meinen Erfahrungen in Darmstadt. Daß ich mit dem kirchlich Gebundenen in der Auffassung so übereinstimme, ist immerhin eine Pikanterie. Ich sage ihnen deutlich meine Meinung über Herzfeld und Spira.

Abends beim Essen erzählt mir Dr. Mueller lange von seiner Reise im russischen Gebiet.[157] Es sei ungefähr wie bei den Nazis, viel freiwilliger Zwang, sehr gutes Leben der leitenden Leute. Jeder frage den Besucher gleich, ob er mit Unterkunft und Verpflegung in Ordnung sei, lade ein und sorge für alles. Schrecklich seien die Essen mit den Russen, wo dauernd Toaste ausgebracht würden, nach denen man das Wasserglas voll Schnaps austrinken müsse. Die Ernährungsverhältnisse in den einzelnen

[154] Vgl. Anm. 152/1946.

[155] Knothe sprach am 12.5. nachmittags auf einer Kundgebung im Reichsbahnausbesserungswerk Darmstadt; ‚Darmstädter Echo' 11. und 18.5.1946.

[156] Knothe schrieb Venedey noch am gleichen Tage, daß er den Ausschluß beantragt habe; Archiv der Sozialen Demokratie (ASD), Best. Schumacher J 18: Knothe an Venedey, 13.5.1946. Unmittelbarer Anlaß war ein Interview Venedeys während des Besuchs von Paul, in dem er sich für die Einheitspartei aussprach. Vgl. Ernst-Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945–1950, Frankfurt 1978, S.189 (dort Anm. 30).

[157] Zur Reise Muellers in die sowjetische Zone Overesch (wie Anm. 141), S.253.

Gebieten seien völlig verschieden, in der Provinz Sachsen – da agrarreich – gut, im Land Sachsen schlecht. Es darf nichts über die Grenzen der einzelnen Länder, und hamstern ist schwierig, weil man für jede Reise eine Erlaubnis brauche. Die CDU wird schon überwacht. GPU in Tätigkeit. Sehr viel Abmontage von Fabriken, zweiten Gleisen der Eisenbahn etc. Die Polen lassen die abmontierten Sachen nicht durch, die vielfach an der Grenze verkommen. Die russischen Truppen benehmen sich jetzt gut, außer wenn sie betrunken sind. Er fuhr im Auto und wurde nicht behelligt. Die russischen Truppen sind kaserniert in Kasernen und Blocks. Wenn sie Schnaps bekommen haben, dürfen sie nicht raus. Fabriken arbeiten teilweise, aber meist für Rußland auf Reparationskonto. Von den westlichen Zonen wisse man überhaupt nichts. Die Propagandamaschine gäbe keine Nachrichten. Er meint, es sei wichtig, daß viele Leute dorthin reisten und man Nachrichten hingeben soll, um die Menschen zu stärken.

Nachher noch bei Zinn, angenehme Unterhaltung. Vorher erzählte mir Fräulein Buschette über ein langes Gespräch mit Hartshorne, dem sie die Auffassung der Jugendlichen nach einer Aufzeichnung, die sie mir zu lesen gab, vortrefflich auseinandergesetzt hatte. Noack redete mir zu wie einem lahmen Schimmel, zu dem Jugendtag zu kommen.[158] Ich sagte, ich spielte nicht gern Statist. Ich sei durch meine Tochter würdig vertreten.

Im Verfassungsausschuß legte Jellinek einen Entwurf der Grundrechte[159] vor, juristisch tüpflig, redaktionell unwirksam. Nachher lange Diskussion über die Stellung der Regierung. Freudiges Kopfnicken bei Hilpert, als ich die Stellung des Ministerpräsidenten, wie sie in der alten Reichsverfassung gefaßt ist, erklärte und die dort festgelegte Verantwortlichkeit als nur für das Erreichen von Mißtrauensquoten beachtlich bezeichnete. Hilpert ist eben ein Praktiker, und die anderen verstehen die Sachen nicht. Nach längerer Diskussion [Aussprache] über einen etwaigen Wirtschaftsrat als hemmendes Moment. Die Gegner dieser Institution jagten die Freunde von einer Position zur anderen. Auch Blaum war gegen den Wirtschaftsrat, weil er Gegner der ersten Kammer ist. Merkwürdig im Gespräch mit Zinn, daß er die Hamberger-Frage nicht begreift. Spät zurück.

Dienstag, 14. Mai 1946

Walk berichtet interessant von der Reise nach Leipzig zur Messe.[160] Es war doch offenbar alles ziemlich Attrappe. Dr. Peters schildert launig, wie er

[158] Von Noack geplanter „Tag der jungen Generation"; vgl. Anm. 169/1946.

[159] UB-MR, NL Bergsträsser 3: Grundrechte, Entwurf für Groß-Hessen, von Walter Jellinek; Protokoll VVA ebd.

[160] Walk gehörte zu der von Mueller geführten hessischen Delegation auf der Leipziger Messe.

die Schuh-Maschinen aus Schopfheim nach Offenbach brachte und nur alte nach Pirmasens ablieferte.[161] Aber es geht alles sehr langsam, und die Schwierigkeiten der Wirtschaft nehmen ungeheuer zu. Wenn die Zonengrenzen nicht fallen, kommt sie zum Erliegen. – Bei Swarm wieder langes allgemeines Gespräch. Zonengrenzen, Verhältnis zur Militärregierung. Unterschied Wiesbaden – Darmstadt etc. Diese wöchentliche Plauderei ist immer sehr hübsch, ganz abgesehen von dem Paket Zigaretten, das nun schon ständiger Brauch geworden ist.

In Mannheim bei dem Industrie-Leutnant in Sachen Bassermann.[162] Mein sehr offenes Reden gefiel ihm gut. Ich hoffe, es nutzt. Daß er nicht aktiv war, konnte ich sehr nachdrücklich betonen. – In Heidelberg bei Dibelius, Schwierigkeiten der Universität. Manche Lehrstühle gar nicht zu besetzen, Neuere Geschichte z. B. – Bei Durand[163]: er klagte, daß die alten Lehrer so altmodisch seien, nicht in politischer Hinsicht, aber im Gesamtverhältnis zur Welt. Die moralische Gefährdung der Mädchen schlägt auch in seine Schule über. Er muß jetzt wahrscheinlich zwei wegen Abtreibungen entlassen. – Rosenhof: interessante Besichtigung der Züchtungsversuche für eine Kartoffel, die der Kartoffelkäfer nicht anfrißt.

Mittwoch, 15. Mai 1946

Steffan: Interessant, wie wir beide unabhängig voneinander die Politik der Partei fast mit den gleichen Worten begründen. Einladung zur Eröffnung der Hochschule Mainz. Sie sei nicht separatistisch. Separatismus überhaupt ziemlich aus.[164] – Mit Kammer über Religionsunterricht gesprochen. Es geht nicht, daß wir unsere Lehrer damit beschäftigen, die Kirche soll aufkommen.

Nachmittags Frankfurt a. M. die Zusammenkunft über Verfassung bei der „Rundschau" für ein paar Minuten besucht. Mich mit Caspary über unsere Haltung besprochen. Noack redete Quatsch.[165] Vorher Arbeitsamt noch einmal meine Unzufriedenheit mit dem hiesigen dargelegt. Kolleg

[161] Offenbar eine Umgehung von Demontage-Auflagen, kraft deren Maschinen der Schuhfirma Tack an die Schuhfachschule in Pirmasens geliefert werden sollten.

[162] B.s Vetter Fritz Bassermann betrieb in Mannheim einen Chemikaliengroßhandel.

[163] Oberstudiendirektor Karl Durand in Heidelberg war B.s Studienfreund.

[164] Zu den separatistischen Bestrebungen in der Pfalz vgl. Hans Jürgen Wünschel, Der Neoseparatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hansmartin Schwarzmeier, Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Kriegsende und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, Karlsruhe 1980, S. 249–328.

[165] Zu dieser Zusammenkunft und Noacks Rede ausführlich ‚Frankfurter Rundschau' 17. 5. 1946 (Im Gedenken an die Paulskirche).

über die neue französische Verfassung. Schlecht besucht, da die meisten Studenten meinten, daß ich wie die juristischen etc. Professoren diese Woche noch nicht lese.

Freitag, 17. Mai 1946

Euler über Handelskammer und vor allen Dingen über Zonengrenzen und die übrigen Hinderungen durch die Engländer. Es ist merkwürdig, daß die so unzugänglich und stur sind.

Nachmittags Einführung des Landrates in Alsfeld. Ich redete kurz. Der Landrat Raue macht nicht den Eindruck, als wäre er der Position gewachsen. Mandt sagte zynisch, in Alsfeld gäbe es nie Ordnung. Er rechnete damit, auch bald wieder dieses Landratsamt mitversehen zu müssen, und sagte mir am Dienstag darauf, das Gescheiteste sei eigentlich, die beiden gleichgearteten Kreise zusammenzulegen.[166] Das könne ein Landrat machen. Er hat wohl recht in allen praktischen Dingen. Die Einführung vor der endgültigen Wahl war Unsinn. Ich ging auch auf diese Dinge nicht besonders ein. Die SPD wollte darüber eine Erklärung abgeben, was ich aber abbog. Die Feier war in einem Kinosaal, auch sehr unfeierlich, keine Musik und nichts besonderes. So etwas wirkt dann nicht und verfehlt damit seinen Zweck.

Sonntag, 19. Mai 1946

Kreiskonferenz der SPD hier. Ich soll hier Spitzenkandidat sein, aber mit der Bedingung, hier zurückzutreten zugunsten von Riegel, und man will beantragen, daß ich als erster auf die Landesliste komme. Ich konnte dagegen nichts tun. Es wäre mindestens die Möglichkeit, den gänzlich ungeeigneten Riegel von der ersten Stelle zu entfernen. Nun wollen wir in Frankfurt a. M. erreichen, daß allgemein bestimmt wird, daß die, die auf der Landesliste und auf einer Kreisliste gewählt werden, für die Kreislisten annehmen.[167] Dann könnte man diesen Schwätzer ausschalten. Die Partei ist sich nicht im klaren darüber, was eine Volksvertretung bedeutet.

Abends in Wiesbaden bei Oskar Müller mit Leuten von der SPD und KPD zusammen. Sehr nette politische Unterhaltung bis 12 Uhr. Mit Leuten wie Müller, Bauer und Fisch kann man gut auskommen. Wenn nur die anderen nicht wären, die blöden Schreier. Positiv ergab sich allerdings wenig. Atmosphärisch war es wirkungsvoll.

[166] Raue wurde zum 1.7.1946 durch den vom neuen Kreistag gewählten Landrat August Rosenkranz abgelöst, der bereits 1945 an der Spitze des Kreises gestanden hatte; vgl. Anm. 14/1946. Zur Frage der Zusammenlegung der beiden Vogelsbergkreise auch Eintragung 14.2.1948 mit Anm. 33/1948.

[167] B. kam nicht auf die Landesliste.

Montag, 20. Mai 1946

Landräte-Versammlung in Eltville bei Matheus Müller.[168] Schöne Säle. Zum Mittagessen Fisch und Sekt, glücklicherweise sehr herb. Langes Gespräch mit Regierungspräsidenten Haussmann, der mir sagte, sie hofften sehr, ich würde die Nachfolge von Venedey übernehmen. Als ich sagte, erste Bedingung wäre die Entlassung von Hamberger, meinte er, das sei bei der Militärregierung sofort zu erreichen, Venedey decke ihn. Da ich mit Haussmann vertrauensvoll zusammenarbeiten kann, trete ich diesem Projekt nun doch näher, um so mehr als es notwendig wäre, daß Geiler unter eine wirkungsvolle Kuratel gestellt wird; er macht sonst zu viel Unsinn. In seiner Rede plauderte er Dinge aus, die ich in Anwesenheit der Presse nie gesagt haben würde, auch über die außenpolitischen Verhältnisse. Daß Frankreich alles hemmt, ist richtig, aber man kann darüber nur hinwegkommen, wenn man sich mit den Franzosen ausspricht. Davon versteht er natürlich nichts. Ich gehe deswegen Mittwoch zur Eröffnung der Universität nach Mainz.

Als ich zurückkam, Bericht von Gisela über die Jugendtagung.[169] Der romantische Simpel Noack hat dabei als politischer Referent des Ministerpräsidenten wieder seinen ständischen Blödsinn vertreten, obwohl unser Verfassungsausschuß in der Ablehnung gerade dieser Dinge völlig einig ist. Ich werde aufs schärfste im Verfassungsausschuß protestieren. Wenn er als Privatperson spräche, wäre es anders. Aber das können wir uns nicht bieten lassen, daß ein politischer Narr in der Öffentlichkeit und gar bei der Jugend gegen uns auftritt. Im übrigen erzählte Gisela, daß man bei dieser ganzen Sitzung offenbar die jugendlichen Arbeiterkreise zu wenig berücksichtigte, Kommunisten schienen gar keine dagewesen zu sein, und daß man überdies [...] in der Leitung bestrebt war, auch die sozialistische Gruppe nicht recht zum Zuge kommen [zu] lassen. Auch das geht nicht. Sie wird einen Bericht machen.

Erste Vorlesung in der Technischen Hochschule. Sehr voll. Nachher Unterhaltung mit zwei Studenten, die mich nach Hause brachten. Abends langes Gespräch mit Lautz über Politik, Jugend etc.

[168] Zu dieser Sitzung in der Sektkellerei Matheus Müller ‚Darmstädter Echo' 25. 5. 1946 (Arbeitsgemeinschaft der Landkreise).

[169] Der „Tag der jungen Generation" am 18./19. 5. 1946 in Königstein, an dem u. a. Geiler, Blaum und Brentano teilnahmen. Materialien in: HStA, 1126 NL Geiler 18. Geilers Rede in: Karl Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Wiesbaden 1947, S. 111–120.

Dienstag, 21. Mai 1946

Militärregierung, Einladung zum Essen auf Freitag, beide besonders nett wie immer. Sie verkleinern sich, um uns mehr zu überlassen. Auch Swarm findet das richtig. – Gleich mit Ahl und Faber die Wiesbadener Situation besprochen.

Mittwoch, 22. Mai 1946

Zur Eröffnung der Universität nach Mainz. Sehr interessant, sehr gute Rede von Hallstein, vom Bischof, vom Rektor [Prélot] von Straßburg. Der Vertreter der französischen Militärregierung sprach nur von den Gebieten, die Frankreich verwaltet. Ein anderer Franzose sprach davon, daß Frankreich eine an den Rhein reichende Großmacht sei.[170] Die Franzosen sind vorsichtig und zurückhaltend, indem sie z. B. verboten haben, französische Fahnen auf dem Terrain der Universität zu hissen, das sei eine deutsche Sache. Langes Gespräch mit Falck. Es kann keine Rede davon sein, daß die Universität separatistisch sei. Im Regierungsbezirk überhaupt eigentlich kein Separatismus. – Abends in Gießen, sehr gute Versammlung; Aula voll.

Donnerstag, 23. Mai 1946

Mit Krapp Fragen der Brandversicherung besprochen, worauf mich Falck aufmerksam gemacht hatte. Ihm die Weisung gegeben, alle Bänder nach drüben (Rheinhessen) zu pflegen.

Nachmittags Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Ich habe mich sehr deutlich dagegen ausgesprochen, daß Noack als politischer Referent des Ministerpräsidenten auf der Jugendtagung ständische Ideen und Zweikammersystem vertrat. Bauer sekundierte. Geiler gab zu, daß das nicht ganz korrekt sei.[171] Dann lange Diskussion über Grundrechte. Zum Schmerz von Jellinek wurde der Satz „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" als Privileg, und zwar ungerechtfertigtes, da es oft mißbraucht worden sei, gestrichen. Wir legten Jellineks Entwurf zugrunde, weil keiner von uns die Zeit gehabt hatte, einen eigenen zu machen. An Jellineks Ent-

[170] Als Vertreter der französischen Militärregierung sprachen die Generäle Pierre Koenig und Raymond Schmittlein; sämtliche Reden in: Ansprachen zur Eröffnung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz am 22. Mai 1946, Mainz 1946.

[171] Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3, mit ausführlicher Schilderung des Streits zwischen B. und Noack, in dem Geiler seinen Referenten in Schutz nahm.

wurf ist sehr gut, daß er die juristische Tragweite der Formulierungen scharf herausarbeitet, aber doch bemerkenswert, daß ihm der politische Sinn vielfach fehlt. – Abends Völker-Konzert in Neu-Isenburg.[172]

Freitag, 24. Mai 1946

Faber berichtet über Absichten der Partei bezüglich Innenministerium etc. Ich habe sehr scharf betont, daß es von mir ein Opfer wäre, daß es aber sachlich anders nicht zu machen ist, wenn man die Regierung Geiler wenigstens unschädlich machen will. Ein anderer könnte das gar nicht leisten. Ich habe auch betont, daß ich als Bedingung stelle, auf die Landesliste zu kommen. Mich da zu übergehen, würde ich als Affront bezeichnen und Folgerungen daraus ziehen. In der Partei regen sich wieder die kleinen Sekretäre zum Unsegen. Das sind Leute, die nicht regieren können und nur einen unbeschränkten kindlichen Ehrgeiz haben.

Nachmittags wollte mich Bieberfield über den Stand des Verfassungswerkes aushorchen. Ich sagte ihm nur, daß wir den Staatspräsidenten und die zweite Kammer abgelehnt hätten, lehnte es ab, ihm den Jellinek'schen Entwurf zu geben, da dieser vertraulich sei. Ich sagte ihm aber sehr deutlich, daß ich noch zu meiner alten Meinung stünde, nach den Wahlen müßte eine Regierungsumbildung kommen, da es unmöglich sei, mit einem unpolitischen Ministerpräsidenten und einem unpolitischen Finanzminister zu regieren. – Dr. Degen vom Landesarbeitsamt habe ich sehr deutlich meine Kritik am hiesigen Arbeitsamt gesagt. Er war derselben Meinung, und ich hoffe, es wird nun abgeholfen. – Nachmittags Bratu interessant über England erzählend. Er ist im Hauptquartier in Oeynhausen, nahm alle meine Denkschriften mit.[173]

Abends bei Swarm und Sheehan in Seeheim. Frau Sheehan lebhaft, klug, anteilnehmend, angenehm. Wir werden sie viel in deutsche Gesellschaft bringen, es wird nützlich sein. Sehr angenehmer Abend. Man tat uns alles Gute an, was man konnte. Wir wurden ein dutzendmal geknipst mit Amerikaner und ohne Amerikaner, mit einfacher Kamera und mit Bewegungsfilmen.

[172] Der aus Neu-Isenburg stammende Kammersänger Franz Völker konzertierte mit seinem Sohn Georg.

[173] Der aus Offenbach gebürtige Artur Bratu, den B. aus seiner SPD- und Reichsbanner-Arbeit vor 1933 kannte, lebte während des Krieges als politischer Flüchtling in England; er war von Februar bis Oktober 1946 bei der German Personal Research Branch der britischen Militärregierung in Bad Oeynhausen tätig.

Sonntag, 26. Mai 1946

Nachmittags in Offenbach, wo die Wahlen sich verhältnismäßig schnell abwickelten, da jeder Wähler eine Benachrichtigung bekommen hatte.[174] Man hatte die Wahllisten mit der Adrema geschrieben, und so ging das vorzüglich. Es war um so wichtiger, als infolge des Regens sich die Wähler am späteren Nachmittag stauten. In Darmstadt führte das zu Unannehmlichkeiten, da hier die Wählerlisten nur handschriftlich waren und nicht innerhalb der Buchstaben, d.h. nicht die 100 Schäfer und die 100 Müller alphabetisch durchgeordnet. So standen um 6 Uhr vor Schluß der Wahl an einzelnen Wahllokalen noch 100 und mehr Leute, und ich konnte in die Lokale z.T. nur unter polizeilicher Bewachung hineingehen. Das muß für das nächste Mal geändert werden. Man hat die Absicht, es nach Straßen aufzubauen. In Frankfurt a.M. sollen die Wahllisten sehr schlecht gewesen sein, massenhaft waren Menschen nicht in den Wahllisten enthalten.[175] Auch Hoch erklärte mir, daß in Kassel viel Unordnung gewesen sei, und gerade die Arbeiter, die spät kamen, hätten nicht mehr wählen können.

Dienstag, 28. Mai 1946

Verfassungsausschuß Wiesbaden.[176] Nachmittags Forum. Da ich am Abend vorher eine kleine Gesellschaft mitgemacht hatte, war ich etwas müde, und es war einigermaßen anstrengend.

Mittwoch, 29. Mai 1946

Dr. Lemmer, der Bevollmächtigte des Länderrats für Wirtschaft in Minden, gab mir eine lange und anschauliche Schilderung über die Verhältnisse in der englischen Zone, wo durch bürokratische Kleinlichkeit und dadurch, daß jeder Betrieb ein Permit haben muß, der unter Umständen nach einigen Monaten entzogen wird, die Wirtschaft in volle Unordnung gerät. Wenn sich das nicht ändert, wird in drei Monaten überhaupt nicht mehr produziert werden können. Er stellte mir eine Denkschrift in Aussicht, die ich versuchen werde auf allerlei Wegen – Geddes – nach England zu bringen. Ich fuhr noch mit ihm zusammen nach Wiesbaden, und wir setzten die interessante Unterhaltung fort. Er beklagte auch sehr und

[174] Ergebnis der Wahlen in den kreisfreien Städten: SPD 41,2%, CDU 34,5%, KPD 11,5%, LDP 9,8% und Sonstige 2,9%. Ergebnis für Darmstadt: SPD 51,7%, CDU 30,1%, KPD 13,3% und LDP 4,9%.

[175] Die Frankfurter CDU wollte Protest gegen die Wahl einlegen; vgl. ‚Darmstädter Echo' 29.5.1946 (CDU protestiert – Unstimmigkeiten in den Frankfurter Wählerlisten).

[176] Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

mit Recht, daß dort die Beamten nicht politisch tätig sein dürfen, daß infolgedessen die Bevölkerung der Führung entbehrt, sagte auch, daß in den Gewerkschaften dort starker KPD-Einfluß sei.

Mittags eingeladen bei Colonel Newman. Die 3 Regierungspräsidenten, steif. Ich saß Kelly gegenüber, mit dem ich mich zeitweise ganz gut unterhielt, trotz dessen, was zwischen uns liegt, wie die Affäre Hildebrandt und sein Eintreten gegen Metzger. Er kommt nach Marburg.[177] Plötzlich hielt Newman eine kleine englische Rede, die dann ins deutsche übersetzt wurde, in der er den Regierungspräsidenten für ihre Zusammenarbeit mit den Militärregierungen dankte und sagte, daß die regionalen Militärregierungen nun aufgehoben würden.[178] Diese Aufhebung ist falsch, denn wir müssen nun alle für uns wichtigen Dinge in Wiesbaden verhandeln, und der natürliche Instanzenweg ist verbaut, da die Militärregierung in Wiesbaden bleibt und die Militärregierungen für die Kreise auch bleiben. Wir haben Wiesbaden gegenüber nicht mehr den Rückhalt an unserer Militärregierung. Man fragt sich dabei, ob dieser Zentralismus von den Amerikanern oder etwa von der großhessischen Regierung gewünscht wird. Nach dem Essen sprach mich Newman an, englisch und zu seiner Dolmetscherin gewandt, worauf ich ihm zunächst sagte, daß ich englisch spreche, was ihn erstaunte und erfreute. Dann dankte er mir noch personell, und ich sagte ihm, als ich angefangen hätte, mit den Amerikanern zusammen zu arbeiten, hätte ich mir gesagt, da ich zwölf Jahre lang meine Überzeugung unter Hitler festgehalten hätte, hätte [ich] auch keinen Grund, mich unter den Amerikanern zu ändern. So hätte ich offen mit ihnen gesprochen, auch gesagt, was ich für richtig und unrichtig hielte. Wir hätten uns ausgesprochen und dadurch gut zusammen gewirkt. Ich tat das nicht ohne Absicht. Er war sehr freundlich.

Donnerstag, 30. Mai 1946

Hochwaldhausen; Verfassungsausschuß der Partei.[179] Ich habe in der Eigentumsfrage stark darauf aufmerksam gemacht, daß wir zurückhaltend sein müssen und scharf präzisieren müssen, welches Eigentum wir in Gemeineigentum überführen wollen. Die französischen Verhältnisse schrekken.[180]

[177] Louis G. Kelly wurde, nachdem er als Leiter der für den Stadt- und Landkreis Darmstadt zuständigen Einheit bereits im Januar durch Frank R. Musgrove abgelöst worden war, im Juni 1946 Leiter der Militärregierung in Marburg.

[178] Vgl. Anm. 85/1946.

[179] Die auf dieser Sitzung verabschiedeten „Hochwaldhäuser Beschlüsse" der hessischen SPD in: Kropat, Hessen, S. 122 (Dok. 82).

[180] Der von der französischen Nationalversammlung mit 309 gegen 249 Stimmen verabschiedete Verfassungsentwurf war im Volksreferendum mit 53% abgelehnt worden.

Freitag, 31. Mai 1946

Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Wieder interessante Diskussionen, besonders über das Auflösungsrecht der Regierung, das ich unbeschränkt forderte nach englischem Muster.[181] – Hoch erzählte nachher, daß die Amerikaner wieder auf ihm herumgekniet hätten, er solle Innenminister werden. Er will auf keinen Fall, was ich bedauere, erstens, weil er der sachkundigste Mann ist, und zweitens, weil ich dann die Sicherheit hätte, daß ich es nicht zu werden brauche.

Samstag, 1. Juni 1946

„Frankfurter Neue Presse" Interview gegeben.[182]

Dienstag, 4. Juni 1946

Wiesbaden, Verfassungsausschuß.[183] Interessante Debatte über Staat, Kirche und Religionsunterricht. Brentano war mit den sachlichen Formulierungen, die die anderen brachten, einverstanden, nur stieß er sich an dem Ausdruck „Trennung von Kirche und Staat". Ich schlug vor „Abgrenzung", und darauf ging er ein, aber die anderen nicht. Der feine Unterschied, der darin besteht, daß Trennung etwas feindliches, Abgrenzung etwas loyales bedeutet, war ihm natürlich klar, mir auch, und ich wurde durch diese Debatte in dem Gedanken bestärkt, wie wichtig es wäre, wenn man in der konstituierenden Versammlung erreichen könnte, daß die beiden großen Parteien sich ganz einigen und dann gemeinsam für die Verfassung eintreten. Ich besprach das auf der Rückfahrt mit ihm, wobei herauskam, daß wir beide in Darmstadt kandidieren werden, was ja dafür garantiert, daß der Wahlkampf hier anständig geführt wird. Venedey war nicht da, was alles sehr erleichterte. Die Finanzparagraphen machten einige Schwierigkeiten, sind aber dann auch überwunden worden. Dabei kam mir sehr klar zum Bewußtsein, daß man, um manche Dinge richtig zu würdigen, einmal in einem Parlament gesessen haben muß. – Die französischen Wahlen sind sehr bezeichnend. Rückgang der Kommunisten, während sie gleichzeitig in der Tschechoslowakei eine sehr starke Stellung haben.[184] Das mitteleuropäische Deutschland wird dadurch in seiner Bedeu-

[181] Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[182] ‚Frankfurter Neue Presse' 6.6.1946 (Männer in der Verantwortung III. Der Regierungspräsident)

[183] Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[184] In den Wahlen zur Verfassungsberatenden Landesversammlung in der ČSSR am 26.5.1946 wurden die Kommunisten mit 38% stärkste Partei. Bei den Wahlen in

tung unterstrichen. Wir bekamen den bayerischen Verfassungsentwurf. Er ist geradezu grotesk diktatoriell.

Mittwoch, 5. Juni 1946

Nachmittags in Frankfurt a.M. langes Gespräch mit dem Chef der „Neuen Frankfurter Presse“[185], der klug über Verwaltung und über schlechte Organisation in Wiesbaden redete. – In der Universität bei Professor Kirn wegen Reichenau und bei Prof. Böhm wegen einer Zulassung, die sich inzwischen erledigt hat.[186] Dann Kolleg über die Wahlen in Holland, Belgien, Frankreich, CSSR, Italien. In meinem Kolleg war man sehr erstaunt, wie mir Liselotte nachher sagte, daß ich bei Besprechung der italienischen Wahlen mich gegen eine Spezialgesetzgebung gegen politisierende Geistliche wandte.[187] Diese Toleranz hatte man offenbar nicht erwartet. Um so besser; man wird, was ich sage, um so mehr diskutieren.

Donnerstag, 6. Juni 1946

Interessanter Bericht von Dr. Röthe, Geschäftsführer der MIAG in Ober-Ramstadt[188], über wirtschaftliche Verhältnisse im englischen Gebiet, durchaus dem entsprechend, was Dr. Lemmer erzählte. Dieser meint, daß es wesentlich darauf beruhe, daß die Engländer die deutsche Konkurrenz nicht wieder hochkommen lassen wollen, gibt allerdings zu, daß sehr viele englische Offiziere keinen Hehl daraus machen, daß sie gegen die Arbeiter-Regierung stehen.

Frankreich am 2.6.1946 büßten sie 6 ihrer Sitze ein; ihr prozentualer Anteil (incl. der ihnen angeschlossenen kleinen Splittergruppen) ging von 26,2% im Oktober 1945 auf 25,9% zurück.

[185] Lizenzträger der am 15.4.1946 zum ersten Mal erschienenen ‚Frankfurter Neuen Presse‘ waren August Heinrich Berning und Hugo Stenzel. Mit wem B. sprach, war nicht zu ermitteln.

[186] Charlotte von Reichenau ersuchte vergeblich um Wiederzulassung an der Frankfurter Universität.

[187] Anspielung auf den gegen die Stimmen von Christdemokraten und Monarchisten angenommenen Artikel im italienischen Wahlgesetz, wonach sich der Klerus unter Androhung von Strafen jeder Art politischer Betätigung, inbegriffen der Stellungnahme für oder gegen eine Partei, zu enthalten hatte; vgl. Keesing's Archiv der Gegenwart 1946, S.659 (D).

[188] Die Mühlenbau und Industrie A.G. (MIAG) in Ober-Ramstadt war von den Amerikanern beschlagnahmt worden, da sie während des Krieges vor allem Geschützteile für die Artillerie hergestellt hatte; sie verlegte ihren Sitz später nach Braunschweig.

Dienstag, 11. Juni 1946

Verfassungsausschuß Wiesbaden, Schlußsitzung.[189]

Mittwoch bis Samstag, 12. bis 15. Juni 1946

Mehrere Besuche in Sachen Innenminister. Ich präzisierte noch einmal in einem Brief an den Parteivorstand meine Auffassung über die Bedingungen, unter denen allein ein Mitglied der Partei den Posten des Innenministers übernehmen könne, besonders in der Frage Hamberger und der Frage des Ministerialdirektors. Inzwischen hat sich die ganze Geschichte gelöst wie das Hornberger Schießen, indem nach einer Mitteilung von Faber Venedey über die Militärregierung gegen seinen Ausschluß aus der Partei protestiert, Knothe entgegen dem Parteistatut einem Schiedsgericht zugestimmt und dieses keinen Grund zum Ausschluß gefunden hat, da alles, was Knothe vorbrachte, nur Gerede war und keine Tatsache. So bleibt Venedey, und wir bleiben, wo wir sind. Die Blamage liegt natürlich bei Knothe und der Partei. Mir persönlich ist es sehr angenehm so.[190]

Nachmittags nach Marburg. Dort die „Marburger Gespräche" mitgemacht bis Freitag abend.[191] Samstag morgen zurück, in Nauheim die Fahrt unterbrochen und mit dem Besitzer des Hotel „Kaiserhof", Eilermann, Besprechung über die Möglichkeit, die Kur in Bad Nauheim wieder in Gang zu bringen. Er will mir das ganze Material geben, und ich werde wohl einmal nach Wiesbaden zu Colonel Newman in dieser Sache fahren.

Am Mittwoch vormittag wurde mir noch die Kandidatur in Gießen-Land angeboten, die ich auch annehme, weil auch das der einzige Weg ist, die Kandidatur eines Partei-Bönzleins zu hintertreiben. So muß ich in diesem Wahlkreis einige Versammlungen abhalten, was immerhin bequemer ist wie Kassel, da ich überdies am Sonntag einen ruhigen Morgen im Jägerhaus habe. Auf der Fahrt nach Marburg wurden die Einzelheiten in Gießen festgelegt. Mein Ersatzmann ist ein Landwirt, und es wäre ein ganz erfreulicher Zuwachs für die Partei, denn, wenn ich hier in Darmstadt gewählt werde, nehme ich hier an.[192]

[189] Letzte Sitzung des VVA; Druck des in dieser Sitzung verabschiedeten Texts: Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses für Groß-Hessen, Kassel 1946.

[190] Dem Parteivorstand in Hannover erschienen die Gründe für einen Ausschluß damals nicht ausreichend: ASD, Best. Schumacher J 18: Parteivorstand an Knothe, 18.5.1946. Venedey wurde schließlich am 3.7.1946 ausgeschlossen; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 87.

[191] Marburger Hochschulgespräche; vgl. unten, Anm. 194/1946.

[192] Vgl. dazu Eintragung 29.6.1946 mit Anm. 207/1946.

In Marburg war es sehr interessant, da eine Reihe Amerikaner und mehrere Schweizer anwesend waren, mit denen ich vielerlei sprach. Ich habe zweimal in die Diskussion eingegriffen, einmal in der Frage der Studentenauswahl und was damit zusammenhängt, einschließlich der politischen Ausbildung der Studenten, und ein andermal in der Frage der Freiheit der Wissenschaft, wo wir dann noch eine Sondersitzung hatten und ich Hallstein und Ebbinghaus nachher privat die politische Situation klarlegte und die Abneigung weiter Kreise gegen die Hochschulen und dagegen, daß diesen ein Privileg gegeben werde. – Besonders wichtiges Gespräch mit Professor Loewenstein von OMGUS, d.h. der amerikanischen Abteilung des Kontrollrates. Er ist der Mann, der die Verfassungen von den Amerikanern aus prüft, und erklärte sich scharf gegen den bayerischen Entwurf. Er sprach mit mir auch über die Verhältnisse in Hessen, die ich ihm sehr offen schilderte. Ich hatte sein Herz gewonnen dadurch, daß ich auf eine Frage nach Arnold Bergsträsser deutlich meine Meinung sagte.[193] Ich habe damit einen Weg zu den obersten amerikanischen Stellen, und das ist gut. Viele sonstige Bekanntschaften. Diskussionen auf sehr hohem Niveau, aber sehr theoretisch, was der amerikanischen Mentalität widerspricht, ebenso der der Schweizer, so daß meine den Einzelheiten des Lebens zugewandten Ausführungen ihrem Pragmatismus wohl gefielen. Es ist immer dieselbe Leier. Ausgezeichnetes Referat von Mitscherlich über die jetzige Jugend.[194] Meine Ansprache gefiel ihm sehr gut. Die Tage waren für mich erholsam.

Sonntag, 16. Juni 1946

Leuschner-Feier, ausgezeichnet verlaufen, für meine Rede vielfach beglückwünscht.[195] – Nachmittags Konzert Ellen Bassermann bei uns, großer Erfolg für die junge Künstlerin.

Montag, 17. Juni 1946

Viel Hin und Her über Ausführungen von Geiler im Landesausschuß, ich hätte in der Zeit meiner Selbständigkeit dem großherzoglichen Hause ei-

[193] Noch 1948 plädierte B. dafür, daß sein in die USA emigrierter Vetter Arnold keine Professur erhalten sollte; UB-MR, NL Bergsträsser 3: B. an Karsen (Dir. OMGUS Education and Cultural Relations Division), 31.5.1948.

[194] Mitscherlich referierte zweimal: „Politische Gesichtspunkte in Forschung und Leben der gegenwärtigen Studenten" und „Die Not der Studenten", beide in: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt 1947.

[195] ‚Darmstädter Echo' 19.6.1946 (Die Gedächtnisfeier im Landestheater).

nige Hunderttausend Reichsmark ausgezahlt.[196] Das ist völlig falsch, und ich werde eine Erklärung dagegen loslassen. Wir haben nichts gezahlt. Meiner Meinung nach besteht die rechtliche Verpflichtung, aber wir hofften auf ein neues Arrangement. Die falsche Darlegung von Geiler könnte mir und der Partei sehr schaden und muß infolgedessen öffentlich und sehr scharf dementiert werden.

Dienstag, 18. Juni 1946

Nachmittags bei Merck Betriebsappell, gesprochen, viel Beifall, der von den Betriebsherren mir gegenüber als etwas besonderes hervorgehoben wurde.[197] In der Nazizeit sei das nie vorgekommen. Auch wurde mir nachher mitgeteilt, daß meine Rede viel diskutiert worden sei. Zweck der Übung. – Abends Versammlung in Darmstadt, schlecht besucht.[198]

Mittwoch, 19. Juni 1946

Langes Gespräch mit Konsul Gaire. Er ist sehr verständig und behauptete sehr, daß man in Frankreich mancherlei gelernt habe. Er persönlich sei gegen eine Aussonderung des Ruhrgebietes, weil er vollständig verstehe, welche politische Wirkungen das haben müsse. Gaire ist Lothringer, spricht sehr gutes Deutsch. Der alte Sekretär, der mir so manches Mal ein Visum schnell verschafft hatte, begrüßte mich lebhaft und sehr erfreut. [...]

Freitag, 21. Juni 1946

Dr. Clemm erzählt, der Finanzminister wolle ein Generalstaatsarchiv für ganz Groß-Hessen. Badisches Vorbild für hiesige Verhältnisse unmöglich. Auch aus Raumgründen wohl kaum durchzuführen. Wegen der Universität in Marburg vollständig falsch, denn die braucht am Ort ein Archiv zur Ausbildung der Studenten.[199]

[196] In der Sitzung des Beratenden Landesausschusses am 7.6. hatte Geiler auf die Anfrage der KPD, welche Zahlungen das Land Groß-Hessen an das großherzogliche Haus geleistet habe, erklärt, daß die Zahlungen auf einem Vertrag beruhten, der vor der Entstehung des Landes Groß-Hessen von der von B. geführten hessen-darmstädtischen Regierung abgeschlossen worden sei; Protokoll in: AHLT, BerLA 3c/08, S. 83. Vgl. auch Eintragung vom 25.6.1946 mit Anm. 202/1946.

[197] ‚Darmstädter Echo' 22.6.1946 (Regierungspräsident bei Merck).

[198] ‚Darmstädter Echo' 26.6.1946 (Prof. Dr. Bergsträsser sprach).

[199] Der Finanzminister hatte zum Haushaltsvoranschlag des Kultusministers vermerkt, er sei dafür, zwei der drei aus den historischen Territorien erwachsenen

Samstag, 22. Juni 1946

Mit Hoffmann über Staatsbürgerkunde an den Hochschulen gesprochen. Ich werde in einem Artikel in der „Neuen Zeitung" einiges bringen, was wir verabredet haben.[200] – Abends Rede in Laubach.

Sonntag, 23. Juni 1946

Mittags Grünberg, abends in Hungen. Die letzte Versammlung im Verhältnis am besten besucht. Scheußliches Wetter, etwas hinderlich. In Hungen wurde mir erzählt, daß darüber geredet werde, daß ich im Jägerhaus öfters sei und da Sektgelage abhalte. In Grünberg hat ein Nazi erzählt, dem Herrn Duderstadt sei eine Menge Fleisch beschlagnahmt worden, es sei aber nachher zurückgegeben worden, weil es für mich bestimmt gewesen sei, und zwar 30 Pfund Leberwurst und noch einiges andere. Sachverhalt: dem Fahrer [Hermann Schork] vom Herrn Duderstadt, dem Bruder meines [Adolf Schork], sind einmal 4 Pfund Schinken weggenommen worden. Er konnte aber nachweisen, daß er sie ordnungsgemäß erworben und nur einem Metzger zum Einsalzen gegeben hatte, so bekam er sie wieder. Ich überlege, ob ich den Mann verklage.

Montag, 24. Juni 1946

Abends Schumacher-Versammlung, etwa 9000.[201] Er nicht so gut wie wohl sonst, mir in manchem zu scharf. Sein Gegensatz gegen Rußland wurde zu deutlich. Er würde aufgrund dieser Rede nie Ministerpräsident (Reichskanzler oder Außenminister) werden können. Agitatorisch sehr wirkungsvoll, aber doch wäre es vielleicht auch da besser gewesen, mehr zu dämpfen. Ich komme immer mehr zu der Anschauung, daß auch die Bevölkerung, d. h. gerade die, die nicht zu uns gehören und schwanken, mit sachlichen Darlegungen leichter zu gewinnen wäre als mit Schärfe.

Staatsarchive (Darmstadt, Marburg, Wiesbaden) aufzuheben „oder, wenn dies besonderen Bedenken begegnen sollte, als Abwicklungsstelle (k.w.) zu bezeichnen"; vgl. StA-DA, Dienstakten 123. Dazu Eintragungen 26.6. und 17.7.1946 mit Anm. 203 und 215/1946.

[200] Der geplante Artikel wurde offenbar nicht gedruckt.

[201] Zu Schumachers Rede ausführlich ‚Darmstädter Echo' 26.6.1946 (SPD niemals Staatspartei einer fremden Gegenmacht).

Dienstag, 25. Juni 1946

Anruf vom Pressechef des Ministerpräsidenten [Bartsch]. Sie hatten eine pflaumenweiche Erklärung in der Sache der Zahlungen an das großherzogliche Haus gemacht, die mir nicht paßte, so daß ich eine Gegenformulierung machte, die er mit dem Ministerpräsidenten besprechen sollte. Inzwischen habe ich nichts von Wiesbaden gehört, aber ich habe meine eigene Erklärung im „Echo" veröffentlicht, die auch nun durch Plakate weiter bekanntgemacht wird.[202] Ich lasse mir meinen anständigen politischen Namen durch derartige Mätzchen nicht kaputt machen.

Abends Rede in Allendorf a. d. Lumda. Infolge der plötzlichen Benzinsperre durch die Amerikaner hätte ich nicht hinfahren können, wenn mir Major Sheehan nicht das Benzin zur Verfügung gestellt hätte. Nach der Rede Einladung zu der Metzgersfrau dort, die wir bei unserem ersten Aufenthalt im Jägerhaus letztes Jahr kennengelernt hatten. Es gab Beefsteaks mit Bratkartoffeln und Salat und dann noch gut belegte Brote, von denen ich auch noch zwei aß. Nach der schlechten Ernährung der letzten Tage war das eine Wohltat.

Mittwoch, 26. Juni 1946

Der neue Landrat von Dieburg [Belzer] stellt sich vor. Er kommt aus dem Badischen. Ich gab ihm gute Lehren über den Umgang mit den Amerika-

[202] ‚Darmstädter Echo' 26.6.1946 (Erklärung): „Keinen roten Heller hat das Großherzogliche Haus im Jahre 1945 von der Regierung in Darmstadt bekommen, als diese noch selbständig war. 1946 hat der Finanzminister Dr. Mattes in Wiesbaden die Regierungshauptkasse in Darmstadt veranlaßt, eine Zahlung an dieses Haus zu machen. Wenn der Ministerpräsident Dr. Geiler meinen Namen mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht hat, als er die Anfrage der KPD beantwortete, so war seine Antwort unzutreffend: er war falsch informiert von Beamten, die es nicht einmal für nötig hielten, in Darmstadt über diesen Sachverhalt anzufragen. Wer weiterhin behauptet, daß die Regierung in Darmstadt unter meiner Leitung Zahlungen an das Großherzogliche Haus gemacht hat, der lügt." Vgl. dazu StA-DA, O 24 NL Hesse 50/14: B. an Geiler, 18.6.1946, sowie Mattes an Militärregierung Wiesbaden, 25.5.1946 (Bericht über Zahlungen an Prinz Ludwig von Hessen). Demnach hatte B. mit Schreiben vom 9.2.1946 bei der Landesregierung angefragt, ob aufgrund des 1930 revidierten Auseinandersetzungsvertrages von 1919 weiterhin Zahlungen an das großherzogliche Haus zu leisten seien. Nach dem Vertrag waren bis einschließlich 1947 jährlich 400000 RM als Abfindungsrate zuzüglich 190000 RM für die Verzinsung der Restsumme zu zahlen. Die 1944 noch ordnungsgemäß erfolgten Zahlungen waren 1945 eingestellt worden. Das Finanzministerium verfügte dann, daß nicht der volle Betrag zu zahlen sei, da das auf den Volksstaat Hessen übergegangene Vermögen von 74000 Hektar Forstbesitz zum Teil außerhalb der Grenzen des neuen Landes Groß-Hessen lag. So kamen als Tilgungsrate nur 350000 RM zuzüglich 150000 RM Zinsen zur Auszahlung. Der Zinsanteil floß zudem aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 zu 95% wieder in die Staatskasse zurück, während die Tilgungsrate zur Deckung rückständiger Steuerforderungen verwandt wurde. Im Juli 1946 verfügte die Militärregierung eine Zahlungssperre.

nern einschließlich Nichtverbeugen und Nichthackenklappen. Wie er wegging, klappte er doch, und ich machte ihn darauf aufmerksam. – Landrat Uebel kam wegen Räumung von Buchschlag und Neu-Isenburg. Es wird nicht viel zu machen sein. – Dr. Clemm zeigte mir den Entwurf einer Denkschrift gegen die Zentralisation der Archive.[203] Ich gab ihm noch einige Punkte. Das war wieder ein Zeichen des Mattes'schen Napoleonismus; weil man in Baden ein General-Landesarchiv hat, will er es hier auch, und hier ist es unmöglich. – Abends in Offenbach. Nachher sehr nett mit Parteifreunden zusammen.

Donnerstag, 27. Juni 1946

Besuch von Severing, Mittagessen bei mir, angeregte Unterhaltung. Nicht allzuviel Politisches. – Abends Eberstadt, sehr gute Versammlung. Meine Erklärung betr. die Fürstenabfindung wirkt.[204]

Freitag, 28. Juni 1946

Morgens den amerikanischen Captain hier begrüßt, der meinen Schulleuten über dortige Lehrerbildungsanstalten erzählte. Dann Vortrag bei den Fürsorgerinnen über die Grundfehler der deutschen Politik in den letzten fünfzig Jahren.

Nachmittags in Heppenheim, Rede bei der Abiturienten-Abschiedsfeier. 500 Menschen. Dann 2½ Stunden Abendessen und guten Wein, dann im selben Lokal, Turnhalle, politische Rede, auch sehr gut besucht. Es waren viele Jugendliche vom Nachmittag wiedergekommen. Weinangeregt sprach ich sehr lebhaft. – Dann noch bei Keil.

Samstag, 29. Juni 1946 [und Folgetage]

Abends [am 28.6.] Rede in Wetzlar. Übernachtet in Nauheim, morgens von dort bis Vilbel Wahllokale besucht. In Vilbel dazwischen bei einem

[203] Clemms erster Bericht an den Kultusminister vom 26.6.1946 „betr.: Die Organisation der staatlichen Archive in Großhessen" kam dem Erlaß vom gleichen Tage zuvor; vgl. Anm. 199/1946; Entwurf StA-DA, Dienstakten 123; Kopie Mat. Bergsträsser. Clemm, der sich ausdrücklich auf die einschlägige Fachkompetenz B.s berief, brachte verwaltungspraktische und finanzielle Gründe gegen die Zusammenfassung: „Ein großräumiger Zentralismus, der ja an sich schon nicht dem deutschen Wesen entspricht und auch tatsächlich der französisch-napoleonischen und rheinbündlerischen Verwaltungspraxis mit ihren diktatorischen und absolutistischen Tendenzen entstammt, würde für die Archive bzw. ihre Wirkungsmöglichkeiten und ebenso für die Verwaltung nur eine Einengung und Hemmung bedeuten." Vgl. dazu die gegenteiligen Vorschläge Clemms im Vorjahr, Eintragung 1.11.1945.

[204] Vgl. Anm. 202/1946.

Onkel von meinem Fahrer Schork, einem alten SPD-Mann, eingekehrt und ein Glas Wein getrunken. Sehr nette Unterhaltung. Nachmittags noch in Babenhausen, dann nach Bamberger Mühle.[205]

Am zweiten Abend [wohl 30.6.] kam um 12 Uhr Gisela ins Zimmer, die den holländischen Verbindungsoffizier [Velleman] und einen Herrn Mozer aus Amsterdam mitbrachte, der mich von meiner Parteigeschichte her kennt, eine Reise durch Deutschland macht, über die er auch dem Auswärtigen Ministerium in Holland berichtet und mich unbedingt sprechen wollte.[206] Wir saßen bei Wein von mir und Zigaretten von der Gegenseite bis zwei Uhr in höchst anregendem Gespräch. Er berichtete über die Arbeiterpartei dort, über die politische Stimmung und über ihre Paneuropa-Pläne, die mir den Haken zu haben scheinen, daß man sich dort an dem natürlichen Übergewicht Deutschlands stößt, das nun doch nicht beiseite zu schaffen ist. Er sagte mir, daß Holland auch einiges Besatzungsgebiet übernehmen will, aber nur unter der Bedingung, in den Kontrollrat zu kommen. Ich sagte ihm, das sei richtig und ich würde das begrüßen. Mir scheint, daß dadurch die Möglichkeit gegeben wäre, den Kontrollrat etwas elastischer zu gestalten, und das wäre richtig.

Acht Tage später besuchte mich Riegel wegen der Annahme der Kandidatur in Gießen, die der Parteivorstand von mir fordere.[207] Ich wollte keinen Krach machen und gab es zu, es ist natürlich idiotisch. – Wenn man ein paar Tage in Bayern ist, hat man den Eindruck, als klappe dort alles nicht. Schlechte Postverhältnisse, man kann z.B. außerhalb des Kreises nicht telefonieren ohne Erlaubnis der Militärregierung. Ich telefonierte mit der Militärregierung in Alzenau, die mir sagte, für die Bamberger Mühle sei eigentlich Lohr zuständig, aber der amerikanische Offizier sagte, ich solle dem Postamt gegenüber erzählen, er habe nichts dagegen. Wenn das Postamt darauf eingehe, sei es sehr gut. Ich bedankte mich lebhaft, und es klappte.

[205] B. machte in der Bamberger Mühle bei Schöllkrippen im bayerischen Kreis Alzenau Urlaub.

[206] Mozer war zuvor in Begleitung des niederländischen Ministerpräsidenten Schermerhorn durch die britische Zone gereist; vgl. Walter Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947. Mit zwei Beiträgen von Wilfried Loth, Stuttgart 1977, S. 141.

[207] B. blieb bei der Entscheidung für die Kandidatur im Wahlkreis Gießen-Land, so daß Riegel als sein Vertreter auf der Liste Darmstadt-Stadt in die Verfassungberatende Landesversammlung gelangte. Ergebnis der Wahlen: SPD 44,3%, CDU 37,3%, KPD 9,7%, LDP 8,1%, Arbeiterpartei 0,6%; Sitzverteilung: SPD 42, CDU 35, KPD 7, LDP 6.

Sonntag, 14. Juli 1946

Abends zurück, nachdem wir noch in Dieburg bei Ostheimers eingekehrt waren, wo wir den Landrat Belzer trafen, mit dem ich mich längere Zeit unterhielt. Angenehmer Mann. Er erzählte mir von Mattes, nicht eben Günstiges. Mattes war als badischer Finanzminister der volksparteiliche, also reaktionäre Nachfolger [von Staatspräsident Schmitt] im Jahre 1932. So sieht er auch aus.[208]

Montag, 15. Juli 1946

Morgens ab 10 Uhr Fraktionssitzung in Wiesbaden. Ich soll den Vorsitz im Verfassungsausschuß übernehmen. Ich sprach sehr häufig, wenn auch nur sehr kurz, und alle meine Vorschläge über Handhabung der Verfassungsberatungen etc. etc. wurden angenommen, und einige Mitglieder sprachen mir nachher noch ihre besondere Anerkennung aus. Auch Knothe nahm alle meine Vorschläge, ich möchte fast sagen, ungesehen an. Man scheint in diesem Fall die Empfindung zu haben, daß ich der Einzige bin, der in Betracht kommt.

Nachmittags Eröffnungssitzung mit der Unwirksamkeit, die derartige Dinge immer haben. Der 76jährige Alterspräsident [Ruhl] war nicht mehr der richtigen Konzentration fähig. Leopold Bauer dirigierte ihn etwas, da er Jugendschriftführer wurde, eine kuriose Situation. In der Fraktion war uns gesagt worden, daß Geiler eine Begrüßungsansprache halten wolle. Ich hatte daraufhin gleich gesagt, er müsse sie erst vorlegen. Es wurde uns dann gesagt, er wolle nur begrüßen, weiter gar nichts. Er machte aber dann doch einige Ausführungen, die ich als politisch erachtete, und es wäre klüger gewesen, wir hätten sie uns vorher genau zeigen lassen. Mindestens wurde ihm das Konzept insofern verdorben, als auf meine Anregung hin die Fraktion beschloß, nicht zu antworten, und dies dann die [CDU-]Fraktion dazu veranlaßte, ein gleiches zu tun. So redete er in die Luft.[209] Leider hat sich das Haus – auch der Verfassungsausschuß – bis zum 5.8. vertagt.[210] Wir werden dann in die größten Zeitschwierigkeiten kommen, aber die CDU wollte es nicht anders. Am 5.8., evtl. auch am

[208] Mattes hatte das Karlsruher Finanzministerium bereits im Herbst 1931 erhalten, als Josef Schmitt (Zentrum) mit der zweiten Berufung zum Staatspräsidenten statt der Finanzen das Justizressort übernahm.

[209] 1. Sitzung Plenum Verfassungberatende Landesversammlung, in: Drucksachen der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Wiesbaden 1946 (im Folgenden LV-Drucks.), S. 4–8.

[210] Die eigentlichen Verfassungsberatungen wurden im von B. geleiteten Verfassungsausschuß der Landesversammlung geführt; dessen Protokolle in: LV-Drucks. IIIa.

6.8., soll erste Lesung der Verfassung und einleitende Generaldebatte sein, einige Tage vorher Fraktionssitzung.

Ich machte die Bekanntschaft des neuen Staatssekretär Brill, SPD. Er war früher in Thüringen, dann bei OMGUS, ersichtlich klug. Ich aß mit ihm zu Abend, und es war mir doch recht angenehm, da er am Tag vorher erst angekommen war, daß ich so so ziemlich der Erste war, der menschlich mit ihm redete. Seine Frau schien das sehr zu goutieren, umso besser.

Man scheint zunächst gegen das Ministerium nicht vorgehen zu wollen. Man wird aber doch betreiben müssen, daß es nichts tut, was die Partei nicht billigt, da die Wahlen ergeben haben, daß ohne die Partei Politik überhaupt nicht zu machen ist, denn eine Koalition gegen sie gibt es nicht, und die Partei kann mit jeder anderen zusammen eine Mehrheit haben. – Kurioser Zwischenfall, daß die LDP erklärte, sie wolle nicht auf dem rechten Flügel, sondern neben der SPD sitzen, sie beabsichtige auch, weitgehend mit dieser zusammenzuarbeiten. Sie saß dann doch rechts. Tagung in der Aula einer Schule[211], da das Schloß noch nicht hergerichtet ist. Der Landeskonservator Bleibaum soll an der Verzögerung wesentlich schuld sein. Das wäre wieder typische Fachverblödung.

Dienstag, 16. Juli 1946

Ruhiger Tag, viel Korrespondenz aufgearbeitet, da ich wenig gestört wurde, weil mein ganzes Amt beim monatlichen Schippen war. Interessanter Besuch von Dr. Doerell, jetzt aus Hamburg, Leiter der wissenschaftlichen internationalen Superphosphatstelle, mit dem ich englisch-deutsche Probleme durchsprach. Anregend wie immer.

Dr. Hammer wegen des Abtreibungsfalles Dr. W. Die Kommunisten machen natürlich aus dieser Sache eine Skandal-Affäre.[212] Keil ist der Typ eines Politikers, der überhaupt nicht weiß, was Politik ist und nur Theaterdonner macht, dabei denunziatorischer Charakter. Das nennt sich Ministerialdirektor.

Nachmittags Herr Gumpertz von Information-Control[213], der, wie sein Vorgänger Bieberfield, offenbar öfters kommen will, um meine Ansicht über viele Dinge zu erfahren. SED-Gefahr, die ich abstritt, die er übrigens

[211] Die Verfassungberatende Landesversammlung tagte in der Aula der Gewerbeschule.

[212] Name des genannten Arztes auf Initiale verkürzt. Die KPD benutzte diesen Fall zu einer Kampagne gegen § 218; vgl. OMGH 5/7-2/1: Monthly Political Activity Report, F-12, 1.8.1946; ‚Darmstädter Echo' 27.7.1946 (KPD und Paragraph 218).

[213] Die Information Control Division war die für Medien (Presse, Rundfunk, Film und Theater) sowie für öffentliche Meinung zuständige Abteilung der Militärregierung.

auch abstritt. Fall Sevenich längere Zeit interessant erörtert.[214] Wir kamen dabei auf ausländische Literatur, und ich sagte ihm, es sei ein wahrer Unsinn, daß man nicht wenigstens erlaube, daß unsere ausländischen Freunde uns ausländische Literatur schickten, wenn ich auch zugäbe, daß die kaufmännische Übermittlung ausländischer Literatur Währungsschwierigkeiten mache. Angenehme Unterhaltung. Er will meine Anregung bei einer Tagung der Information-Control, die am 17. stattfindet, gleich weitergeben. Er wußte davon nichts und war erstaunt.

Mittwoch, 17. Juli 1946

Dr. Clemm gibt mir seine Denkschrift gegen die Aufhebung des Staatsarchivs Darmstadt.[215] Ich mache einige Zusätze. – Lange Besprechung mit Kammer und Friedrich über die Schulabteilung und Kultus-Dinge.

Nachmittags Frankfurt a. M. bei Polligkeit wegen Salzhausen.[216] – Nach dem Kolleg eine Stunde bei Knothe. Ich werde Vorsitzender des Verfassungsausschusses und Generalreferent der Partei. Wir diskutierten alle meine Vorschläge, und er war mit fast allem einverstanden. Er war sichtlich erfreut, daß ich ihn nun als Fraktionschef behandelte, und unser früherer Gegensatz ist im Augenblick völlig ausgewischt.

Freitag, 19. Juli 1946

Heppenheim: Einführung des Landrats Steinmetz.[217] Entsetzliche Begrüßungsrede des Kreisdeputierten. Mit Steinmetz warf ich mir Bälle zu. Reizendes Abendessen im Vinzenz-Haus. Man merkte die alte Kultur in der Art des Servierens etc.

[214] Maria Sevenich hatte auf einer Kundgebung in Marburg am 26.6. die Entnazifizierung scharf kritisiert, sie als „Vorbereitung der Bolschewisierung Deutschlands" diskreditiert. Sie erhielt daraufhin durch die CDU-Landesleitung Redeverbot. Vgl. Rüschenschmidt, Gründung, S. 313; auch ‚Darmstädter Echo' 14.8.1946 (Der Fall Sevenich); ebd. Maria Sevenichs „Erklärung zu den Angriffen".

[215] Entwürfe und Durchschlag der zweiten, ausführlicheren Denkschrift Clemms an den Kultusminister vom 15.7.1946 „betr. Einsparung von Staatsarchiven" in: StA-DA, Dienstakten 123; vgl. Anm. 199 und 203/1946. Der Finanzminister zog den Zentralisierungsvorschlag daraufhin zunächst zurück.

[216] Im Kurhaus von Bad Salzhausen, das nun für Flüchtlinge bereitgestellt werden sollte, waren pflegebedürftige Alte und Hirnverletzte untergebracht; Mat. Bergsträsser: Meller an B., 22.7.1946; siehe auch Eintragung 16.9.1946.

[217] Manuskript der Rede B.s in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Samstag, 20. Juli 1946

Pfarrer Rathgeber lehnt Referentenstelle Jugend ab, da er seinen Beruf nicht aufgeben will. Sympathisch wie immer. Von 11 Uhr ab lange Besprechung mit Viehweg, dem neuen Ministerialdirektor im Kultusministerium, über eine Unmasse von Kultusfragen, speziell [die] persönlichen meiner Abteilung V. Wir kommen sehr schnell auf eine vernünftige Linie. Mittendrin mache ich ihm den Vorschlag, das Abitur zu ändern, französisches System, scheint ihm sympathisch. Kammer, der dabei ist, sagt, er hätte mir das schon vortragen wollen, Anregung König, Gießen. Auch über Hochschule etc. Hoffentlich kommt durch ihn etwas Ordnung in den Wiesbadener Betrieb.

Samstag/Sonntag, 21. Juli 1946

Viel Verfassungssachen gelesen. Sonntags Walk berichtet. – Samstag Fräulein Pfannmüller: die unpersönliche Arbeit gefällt ihr nicht.[218]

Montag, 22. Juli 1946

Duderstadt wegen Stänkereien in Grünberg.[219] Typisches kleines Klatschnest mit Haß gegen alle, die von auswärts kommen und Luft bringen. – Beim Mittagessen Wittstock, interessant über Staatsbürgerkunde erzählend. Die meisten wissen sich nicht zu helfen, weil sie keine politische Erfahrung haben. – H[ildebrandt] und die Möbel aus Saarbrücken, komischer Zufall, daß ich das durch Dr. Ludwig erfahre. Gefundenes Fressen.

Dienstag, 23. Juli 1946

Mit Merlau gesprochen über die Möbel, die Hildebrandt offenbar in großer Zahl hierher gebracht hat aus dem Saargebiet. – Nachmittags Einführung Landrat [Belzer] Dieburg mit anschließendem langen Essen, dazwischen Kognaktrinken beim amerikanischen Kommandanten [Chapin].[220]

[218] B.s ehemalige Sekretärin arbeitete bei Buchhändler Hannes Wilke in Heidelberg; vgl. dazu Eintragung 28.1.1946 mit Anm. 37/1946.

[219] Nach der Entlassung Schneiders (vgl. Anm. 84/1946) hatte der Grünberger Magistrat Hermann Magel zum neuen Bürgermeister gewählt. Landrat Wagenbach berief statt dessen im April den Darmstädter Regierungsassessor Gilbert Just, der angesichts der anhaltenden Widerstände in Grünberg im August nach Darmstadt zurückkehrte. In Grünberg wurde schließlich der bisherige Beigeordnete Karl Bück Bürgermeister.

[220] „Geleitwort zur Einführung des Landrates Belzer in Dieburg" in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Mittwoch, 24. Juli 1946

Knothe bei mir, Verfassungsfragen besprochen. – Nachmittags beim Leiter des Landesernährungsamtes [Dietz in Frankfurt]: die Lage bessert sich. Ich sprach auch mit ihm wegen Sonderkarte für uns, da wir so viel Gäste haben. – Dann bei Stadtrat Keller wegen der wissenschaftlichen Vorbereitung des Jubiläums der Nationalversammlung.[221]

In der Vorlesung sprach ich über die Art, wie ein Parlament arbeitet. Als ich fertig war, fragte ich, ob noch Fragen zu stellen seien, worauf sich eine fast dreiviertelstündige Aussprache entwickelte. Dabei wurde die ständische Idee vertreten, die ich aufs schärfste ablehnte. Irgendwie kam ich darauf zu sagen, daß es unanständig sei, private Angelegenheiten eines politischen Mannes in den politischen Kampf zu ziehen. Wenn mein Gegner dem Alkohol huldige oder eine Freundin habe, gehe mich das nichts an. Darauf gab es Widerspruch, und einer der Hörer sagte, der Politiker gerade müsse sich an die Moral halten. Ich betonte – was teilweise gebilligt, teilweise mißbilligt wurde –, daß der Politiker in erster Linie gute Politik zu machen habe und man bei guter Politik über solche Dinge hinwegzusehen allen Grund habe. Ich wäre bereit, selbst silberne Löffel bei sehr guter Politik auf Unkostenkonto abzuschreiben.

Donnerstag, 25. Juli 1946

Landrat Benner von Gießen, guten Eindruck machend. Ich besprach mit ihm auch die Grünberger Dummheiten. – Thesing will mich Freitag nachmittag zeichnen, möchte mich gern für eine Ausstellung malen. Die 12 Stunden-Sitzung herauszuschinden, wird schwierig sein.

Nachmittags Offenbach, Einführung des Landrats [Arnoul].[222] Wie ich erwartet hatte, verhältnismäßig unfeierlich. Von allen Seiten Anerkennung für Uebel. – Dann noch in Jügesheim, interessante Unterhaltungen mit Sahm und einem Portefeuille-Fabrikanten über die Lage der Offenbacher Industrie und die Versuche anderer Gebiete, sie abzuziehen.

Freitag, 26. Juli 1946

Gegen Mittag kam Sheehan mit Professor Edgar N. Johnson, der bald in die Staaten zurückkehrt und dort gegen die Illusionisten und für die Entwicklung der deutschen Zustände auch in der Öffentlichkeit wirken will.

[221] In Frankfurt wurde für 1948 eine große Jubiläumsfeier anläßlich des 100. Jahrestages der Nationalversammlung geplant. B. war Mitglied des hierfür gebildeten Ausschusses sowie des wissenschaftlichen Beirates.

[222] Das Manuskript der Rede B.s zur Einführung Arnouls in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Er besucht jetzt drei Wochen die amerikanische Zone, um sich im einzelnen zu informieren. Langes, sehr interessantes Gespräch. Er stellte vielerlei Fragen und war erstaunt, wie ich ihm sagte, es sei doch eine Dummheit, daß uns nicht von drüben Bücher geschickt werden dürften. Schließlich sähe ich den Grund nicht ein, warum wir nur Briefe privaten Inhalts hinüberschicken dürften. Wenn ich z. B. über politische Dinge nach drüben schreiben wolle, müsse ich Sheehan bitten, diese weiterzugeben, und könne das nicht direkt tun. Er fragte auch nach den Möglichkeiten der demokratischen Weiterentwicklung und vielen anderen Dingen. Ich betonte die wirtschaftliche Notwendigkeit, auch das Hereinkommen von Rohstoffen für unseren Export, verwies auf die Offenbacher Industrie. Er hat in der Internationalen Kommandantur in Berlin gearbeitet und erzählte, wie umständlich es sei, schon der Sprache wegen. Sie hätten allein über die Frage des Eides und das Wort „unparteiisch", das die Russen krampfhaft als „unpolitisch" auffassen wollten, zwei Stunden diskutiert. Meiner Meinung, daß Austausch von Professoren und Studenten, auch Lehrern im großen Maßstab geschehen müsse, stimmte er sehr zu. Als ich im Gespräch sagte, ich wäre noch nie in den Staaten gewesen, sagte er, das müsse arrangiert werden, daß ich bald einmal hinüberkomme. Er betonte sehr stark die Bedeutung der Denazifizierung für die öffentliche Meinung in USA.

Am selben Tag Brief von Lewy aus New York – große Freude.[223] – Im Haus einiges Kopfschütteln und Hin und Her über die Verhältnisse in Wiesbaden. Mittwoch war der Abgang von Venedey mitgeteilt worden, zugleich, daß Zinnkann von der SPD vorgeschlagen sei. Donnerstag stand in den Zeitungen, Blaum würde Innenminister.[224] Das wäre ein absoluter Affront gegen die Partei und ein Zeichen ihrer völlig ungeschickten Taktik. Ich verhehlte übrigens dem Professor [Johnson] durchaus nicht meine deutliche Kritik an der Regierung Geiler.

Nachmittags eine Stunde Thesing, lebhaftes Gespräch, meist französisch. Er hat 10 Jahre in Paris und 10 Jahre in Spanien gelebt. Mein Kopf ist gut geworden. – Abordnung von Ausgebombten aus Ober-Ramstadt, sie wollen einen Ausschuß gebildet sehen nach Mainzer Vorbild. Ich habe nichts dagegen.

[223] Benno L. war Bergsträssers ehemaliger Schüler in Libau; der Brief vom 29. 5. 1946 in: Mat. Bergsträsser.

[224] So u. a. die Meldung der ‚Frankfurter Rundschau' 25. 7. 1946 (Prof. Geiler schaltet sich ein); vgl. zur Entlassung Venedeys und der Ernennung Zinnkanns Mühlhausen, Hessen, S. 87.

Montag, 29. Juli 1946

Morgens um 7 Uhr nach Stuttgart. Drei Stunden Besprechung mit Keil und anderen Genossen. Sie sind offenbar unter dem Einfluß der Badener (Veit, Karlsruhe) vom Staatspräsidenten und der zweiten Kammer zurückgekommen. Die Bayern waren unter einem Vorwand nicht erschienen, werden wohl inzwischen die Lösungen noch einmal konferieren.

Zurück um 2 Uhr und gleich zur Einführung des Oberbürgermeisters Metzger. Das Arrangement war gut, meine Rede soll es auch gewesen sein, die von Metzger ausgesprochen schlecht.[225] Schade. – Dann zwei Stunden Kolleg, dann Abendessen mit den Stadtverordneten. Gut und nett.

Dienstag, 30. Juli 1946

Vormittags Einführung des Oberbürgermeisters Mann in Gießen. Riesenversammlung in der Aula. Ich hörte nachher, daß meine Rede kolossal gewirkt habe. Dönges taktlos. Der Landrat [Benner] schauderbar pathetisch. Sehr gute Musik. Concerto grosso. Nachher kleines Essen bei Dönges, sehr nett. Im Auto tief geschlafen. Nachmittags Fraktion in Wiesbaden. Sonntags hatte ich mich eingehend mit den Verfassungsfragen beschäftigt, so daß ich Dienstags das Referat in der Fraktion kurz, klar und wirkungsvoll geben konnte. Der parlamentarische Betrieb macht mir doch wieder viel Spaß.

Mittwoch, 31. Juli 1946

Große Fraktionssitzung. U.a. wurde die Rede von Knothe besprochen. Ich fürchte, sie gerät daneben. Er hat kein Maß für die Dinge und tut viel zu vielerlei. Etwas haben wir ihn davon zurückgebracht, lange geschichtliche Ausführungen zu machen. Typisch für viele Leute, daß sie immer dilettieren wollen. Er sollte über die gegenwärtigen Probleme reden. Mindestens wird mir, da ich nun endgültig zum eigentlichen Verfassungsredner bestimmt bin, diese Aufgabe ganz bleiben. Für das Wahlrecht ist nun für den Proporz entschieden, aber zugleich für kleine Wahlkreise.[226] Das ist immerhin ein mögliches Kompromiß. Die Parteileitung wurde allgemein getadelt, daß sie sich nicht genügend bei den Wahlen eingeschaltet habe.

[225] Manuskript der Rede B.s anläßlich der Einführung Metzgers in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

[226] Während die Wahlkreise bei der Wahl im Juni mit den politischen Kreisen übereinstimmten, wurden für die Dezember-Wahl größere Wahlkreise gebildet, in Hessen insgesamt 15; vgl. Wahlgesetz vom 14.10.1946 in: GVbl 1946, S.177.

Donnerstag, 1. August 1946

Den ganzen Tag Partei-Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Abends als Beauftragter der Fraktion zur Militärregierung. Langes Gespräch mit Sergeant Wahrhaftig (siehe das Sonderblatt mit der Aufzeichnung darüber).[227] Das Gespräch war erst im Landeshaus, dann nahm mich W. mit in seine Wohnung zum Essen. Es war ein angenehmes Gespräch, bei dem ich des Partners eingedenk vorsichtig war und mich vielfach im allgemeinen hielt. Als ich wegging, sagte ich ihm, daß mir diese Fühlungnahme nützlich und angenehm erscheine, er möge davon Gebrauch machen, ich würde es gegebenenfalls auch tun. Ich werde nach Wiesbaden schweren Wein mitnehmen und ihn dazu einladen. – Der Verfassungsentwurf, den der Phantast Noack für die CDU ausgearbeitet hat, scheint der Militärregierung bekannt und nicht sympathisch zu sein.[228] Nicht verwunderlich.

Freitag, 2. August 1946

Den ganzen Tag Verfassungsausschuß der Fraktion.[229] Die sozialpolitischen Fragen, die natürlich schrecklich viel Zeit kosteten, riefen viel unnötige Debatten hervor. Ich schwang gründlich den Bakel, aber es half nichts. – Abends dann noch bei Knothe in Frankfurt. Er ist derselben Meinung wie die große Mehrheit unseres Verfassungsausschusses, daß es gänzlich unmöglich ist, auf irgendeine Art von ständischem Prinzip einzugehen. Ich werde das also in meiner Rede scharf betonen. Er sprach mir von den Absichten auf Eingemeindung von Offenbach, allerdings auf meine Mitteilung hin, daß ich demnächst den Offenbacher Oberbürgermeister [Reinicke] einführen werde. Ich sagte ihm, wenn man Frankfurt a. M. so groß mache, dann könne der großhessische Staat einpacken, dann sei das ganze Hessen weiter nichts wie ein Groß-Frankfurt, und das sei ein vollkommener Unsinn. Ich werde meine Rede in Offenbach danach einrichten.

[227] Dem Tagebuch ist eine Aufzeichnung über das Gespräch mit Wahrhaftig beigefügt. Danach hegte W. einige Bedenken gegen den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf; er hielt es für wünschenswert, daß SPD und CDU die Verfassung gemeinsam gestalten würden.

[228] Der Text des von Noack und Kremer entwickelten Entwurfs, der selbst in der CDU äußerst umstritten war, in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Vgl. Erwin Stein, Die Staatszielbestimmungen der Hessischen Verfassung, in: 30 Jahre Hessische Verfassung 1946–1976. Im Auftrag der Landesregierung und des Landtags hrsg. von E. Stein, Wiesbaden 1976, S. 183–203, hier S. 196. In dem in Anm. 227 zitierten Gespräch kritisierte Wahrhaftig den Entwurf von Noack sehr heftig.

[229] Vgl. Beyer, Sozialisierung, S. 341. Die dort erwähnten Protokolle der SPD-Fraktion sind, wie bereits früher vermerkt, im Nachlaß B. der UB-MR nicht mehr feststellbar.

Mittags sprach mich Dr. Köhler beflissen an. Die CDU sucht die Verbindung mit uns, speziell jetzt mit mir als dem Verfassungsmann der Partei. Ich habe mich in dieser Beziehung in der Fraktion absolut durchgesetzt, absolut heißt: bis auf Einzelheiten, wo die Fraktion meiner Meinung nach nicht elastisch genug ist, aber dafür haben wir ja dann den Ausschuß. – Caspary wird nicht sprechen, er hat sich um seine Reputation gebracht.[230] Parlamente sind eine gute Auslese.

[...] Der Ältestenrat hat beschlossen, daß wir markenfrei essen. Es geht auch einfach nicht anders. Mein Zimmer ist angenehm, groß, alte Möbel, alte Bilder. Die Wohnungsinhaberin, älteres Mädchen von altem Adel.[231] Sie war auf den Regierungspräsidenten reingefallen, warum auch nicht, und war dann entsetzlich erstaunt, daß er Sozialdemokrat ist. Das sagte sie mir bei einer netten Unterhaltung, in der Form, sie hätte sich Sozialdemokraten ganz anders vorgestellt, worauf ich sie fragte, ob sie denn meine, die müssen alle mit dem Messer essen. Ich hatte mich mit Kultiviertheit schrecklich in Szene gesetzt.

Montag, 5. August 1946

Wiesbaden, Fraktion, nachmittags Plenum, sehr schlechte und oberflächliche Rede von Knothe. Wohlüberlegte Rede von Dr. Köhler, gerissene von Leopold Bauer.[232] Abends Einladung zu Landin, wo auch Wahrhaftig war. Es wurde sehr dringend gemacht, echt amerikanisch, und bestand in weiter nichts als einem wirklich hübschen gesellschaftlichen Abend, wobei Landin mir in einem längeren Zusammensitzen – und uns allen sagte, er wolle das nun öfters machen, und er oder Wahrhaftig seien jeden Abend da, denn er hoffe, daß diese privaten Aussprachen uns fördern würden. Dabei lange Unterhaltung mit Dr. Köhler. Es gab Getränke – ich trank Bier, um gut zu schlafen – und nachher belegte Brötchen und Kaffee. Nach 11 zurück.

Dienstag, 6. August 1946

Morgens früh aufgewacht und meine Rede gemacht. Lustige Unterhaltung mit Frl. von Leers, der ich eine Karte gab und sagte, wenn sie Zeit habe,

[230] Caspary hatte sich entschieden gegen den offiziellen Entwurf von Zinn und Arndt ausgesprochen und ihn als nicht in Einklang mit den Hochwaldhäuser Beschlüssen der SPD bezeichnet. ASD, NL Brill 5: Caspary an Landesparteivorstand, 2.7.1946.

[231] B. wohnte während der Verfassungsberatungen in Wiesbaden in der Mainzer Str. 29 bei Rose von Leers.

[232] 2. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S.9–31.

solle sie doch kommen, sie werde das Vergnügen haben, den komischen Sozialdemokraten sprechen zu hören. Sie kam auch, doch hatten wir nachmittags keine Zeit mehr, über die Sache zu sprechen. Ich gab ihr auch mein „Wort an die Jugend".[233]

Ich war der erste Redner in der Sitzung und hatte dadurch, daß Knothe gar nichts präzisiert hatte, ein weites Feld, sprach ¾ Stunden und hatte nicht nur den vollen Beifall der Fraktion, deren ein jeder eigentlich nachher zu mir kam und mir das Pfötchen drückte, sondern auch sehr starken Beifall verschiedentlich bei der CDU, so daß durch diese Rede nicht nur die Stellung der Fraktion gehoben, sondern auch meine eigene Autorität als Vorsitzender des Verfassungsausschusses in gewissem Sinne begründet wurde.[234] Die nachfolgenden Reden habe ich nur teilweise angehört, sie boten nichts mehr Bedeutendes.

Als die zweite Garnitur zu Ende war, sprach Staatssekretär Dr. Brill, der im Ältesten-Ausschuß nicht angesagt hatte, daß er reden wolle. Der Präsident meinte, er wolle nur im Auftrag des abwesenden Ministerpräsidenten begrüßen, aber er gab eine volle Rede über Verfassungsprobleme und, da er sich gegen die CDU wandte, wurde diese natürlich wild und fragte uns. Wir erklärten auch, daß wir der Regierung kein Recht zuerkennen könnten, und Zinnkann gab eine sehr hübsche Erklärung im Namen der Fraktion ab.[235] Knothe war nicht da, ein unmöglicher Zustand. – Nachmittags in der Fraktionssitzung wurde dann beschlossen, daß wir der Regierung sagen sollten, wir würden im Verfassungsausschuß Mitglieder der Regierung als Experten zuziehen. Das bedeutet, daß die Regierung bei unserer Arbeit kein Initiative-Recht hat. Mir ist das sehr erfreulich, denn wir müssen daran halten, daß das Ansehen dieser vorläufigen Regierung herabgesetzt und nicht gestärkt wird. Ich hatte deswegen in meiner Rede auch die Vorläufigkeit dieser Regierung scharf herausgehoben, wobei ich auch bei der CDU starken Beifall fand. Die Gratulanten der CDU waren nicht nur die, die mich kannten, auch andere, mit denen ich zufällig bekannt wurde.

[233] Vgl. Anm. 152/1946.

[234] 3. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S. 33–50; B.s Grundsatzrede in Auszügen in Teil II (Dok. 2).

[235] Brill sprach als Beauftragter der Regierung; ebd. S. 45–47. Zinnkann erklärte im Namen des Ältestenrates, ebd. S. 47: „Wir haben unserem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß der Staatssekretär hier zu Verfassungsfragen das Wort ergriffen hat." Der Ältestenrat hatte am Morgen den Beschluß gefaßt, daß Regierungsvertreter nur mehr als Sachverständige gehört werden dürfen.

Mittwoch/Donnerstag, 7./8. August 1946

Verfassungsausschuß, Verfassungsausschuß.[236] Wir kamen immerhin am Donnerstag nachmittag so weit, daß wir den ganzen Landtag noch erledigt hatten. Jetzt müssen erst wieder die Fraktionen arbeiten. Meine Rede wirkt sich immer noch gut aus, und ersichtlich sind die Mitglieder aller Fraktionen mir gegenüber als dem Vorsitzenden überaus entgegenkommend. Da nun die Militärregierung ihren ganzen Einfluß dahin geltend macht, eine breite Grundlage zu finden, wird meine ursprüngliche Absicht auch von anderen Seiten unterstützt, was mir nur lieb sein kann. Die Fraktion ist mit meiner Art der Geschäftsbehandlung auch sehr zufrieden.

Am Mittwoch fuhr ich zur Vorlesung nach Frankfurt a. M., dann gleich wieder zurück und ins Wohnhaus der Militärregierung, wo wir uns mit einem Herrn Dayton von OMGUS[237] unterhielten, der uns eine Menge Einzelheiten über den Verfassungsausschuß fragte, ungefähr ähnlich dem, was Wahrhaftig mich schon vorher gefragt hatte, wobei, da er kaum Deutsch kann, die Verständigung über die Spezialausdrücke manchmal ziemlich schwierig war. Gute Getränke! Dauerte bis gegen 12 Uhr.

Donnerstag morgen kam in den Verfassungsausschuß[238] plötzlich Herr Moll von Information-Control. Ich sagte ihm, unsere Sitzungen seien nicht öffentlich, und er könne nicht teilnehmen, worauf er dann auch ohne Widerrede verschwand. Ich sagte ihm, das richte sich weder gegen die Militärregierung noch ihn persönlich, nur ein Prinzip sei zu wahren. Abends erzählte ich das Landin, und er sagte, wenn M. wiederkomme, soll ich ihn ihm zuschicken. Landin ist überhaupt steigend freundlich, was immerhin kurios wirkt.

Donnerstag abend große Einladung führender Persönlichkeiten des Verfassungsausschusses. Zu Dayton war noch ein Oberst Johnson von OMGUS gekommen. Wir aßen ausgezeichnet und tranken vorzüglich im Restaurant im Kloster Eberbach, unterhielten uns auch sehr angeregt. Rückkehr nachts um 1.

Freitag, 9. August 1946

Hauptausschuß. Es wird ein ganz unmögliches Bodenreformgesetz erwogen nach dem Bericht Geilers über den Landtag, bei dem auch die Kleinen abgeben sollen. Ich sprach scharf dagegen. Beschwerden über die Grenzpolizei konnte ich gut unterstützen.[239]

[236] 1. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 64ff.

[237] Kenneth Dayton war von OMGUS zum amerikanischen Verbindungsoffizier für die Verfassungsberatungen in Hessen und Württemberg-Baden ernannt worden.

[238] 2. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 74ff.

[239] Beschluß-Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. – Das vom Länderrat verabschiedete, am 15.10.1946 in Kraft tretende „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Montag, 12. August 1946

Morgens Vertreter der Firma Tewa. Sie stellt hygienische Gummiartikel her, und ich habe ihnen gesagt, daß ich sie sehr fördern will, weil ich schon seit Monaten darauf aus bin, daß für unser Gebiet Präservative hergestellt werden zur Verminderung der Geschlechtskrankheiten. Überdies sehe ich nicht ein, warum man in dieser Zeit nicht eine übermäßige Kinderzahl verhindern soll. Wir hatten gerade am Samstag zuvor im Hauptausschuß eine Unterredung darüber, weil eine Verordnung der Nazis, die die Herstellung empfängnisverhütender Mittel erschwert, aufgehoben werden soll.[240] Es war interessant, daß Dr. Köhler sich sehr für die Aufhebung aussprach.

Nachmittags Einführung des Oberbürgermeisters Reinicke in Offenbach im Nationaltheater. Auch die höheren Schulklassen waren auf meine Anregung hin anwesend. Es war wirklich feierlich, und einer der Studienräte sagte mir nachher, daß auch die Schüler davon beeindruckt gewesen seien. Man muß den Staat sichtbar machen. Ich nutzte die Gelegenheit, mich sehr deutlich gegen die Eingemeindungspläne Frankfurter Herkunft auszusprechen und dadurch Reinicke, der ihnen früher energisch anhing, das Handwerk zu legen, ebenso dem neuen Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, von dem ich gehört habe, daß er ähnliche Tendenzen verfolge. Deswegen nahm ich auch den Vertreter der DANA mit, und es kam in die Zeitungen.[241] Es ist gut, wenn man anderen Leuten um eine Pferdelänge voraus ist.

Dienstag bis Freitag, 13. bis 16. August 1946

Verfassungsausschuß[242] und Fraktion. – In der Fraktion Dienstag morgens über Währung und Steuern gesprochen, mit sehr viel Beifall. Unter den

und zur Bodenreform" zielte im wesentlichen auf die Gewinnung von Siedlungsland und konnte der politischen Intention einer grundlegenden Umverteilung von landwirtschaftlichem Grundbesitz nicht gerecht werden, da die Grundeigentümer über 100 ha nur progressiv (prozentual) abgeben sollten. Vgl. zum Gesetz: Akten Vorgesch. BRD 1, S. 76; dazu speziell für Hessen: Onno Poppinga, Bauernland in Junkerhand. Bodenreform in Hessen, Kassel 1983, S. 105.

[240] Irrtum B.s: Die Hauptausschußsitzung war nicht am Samstag, sondern am Freitag. Gemeint ist hier die „Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft" vom 9.3.1943, in: Reichsgesetzblatt, Teil I 1943, S. 140. Der Hauptausschuß richtete eine entsprechende Eingabe an den Ministerpräsidenten.

[241] So in ‚Frankfurter Rundschau' 16.8.1946 (Oberbürgermeister Reinicke). Arnoul hatte B. auf die Eingemeindungsbestrebungen aufmerksam gemacht; Mat. Bergsträsser: Arnoul an B., 8.8.1946.

[242] 3. und 4. Sitzung Verfassungsausschuß am 14. und 16.8.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 89ff. und S. 106ff. Die Grundrechte wurden am 14.8.1946 diskutiert, S. 97ff.

Blinden ist der Einäugige König, und die Fraktion leidet darunter, daß sie für diese Fragen keinen Fachmann hat. Die Beratung der persönlichen Grundrechte ging verhältnismäßig leicht und glatt vonstatten, da die CDU einen recht brauchbaren Entwurf vorbereitet hatte, in den wir Einzelbestimmungen des hessischen Vorentwurfs einarbeiteten. In der Fraktion die Sozialisierungsfragen besprochen. Ich habe mich da sehr scharf gegen Willi Richters und der Gewerkschaften Pläne ausgesprochen, der Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Unternehmern eine offizielle Stellung innerhalb der Staatsmaschine zu geben[243], und hatte die Freude, daß die Fraktion mir fast einstimmig folgte und von meinen Ausführungen ersichtlich stark beeindruckt war. – Dienstag abend bei den Amerikanern. Die Verfassungs-Fraktions-Führer, Witte und ich. Spezialunterhaltung mit Dayton über einzelne Paragraphen der Verfassung. Anregende und kluge Diskussion.

Mittwoch abend war Köhler bei mir zu einer Flasche guten Wein. Sehr anregende Unterhaltung, in der wir uns menschlich gut verstanden. Der Gedanke, daß die vier Parteien die Verfassung gemeinsam machen müßten, hat werbende Kraft. Das macht meine Stellung umso interessanter, denn ich muß ja schließlich die Leute unter einen Hut bringen. Köhler sprach auch über Noack, bedauernd, daß es nicht gelungen sei, ihm eine Professur zu verschaffen. Ich sagte, er sei für mich von meiner geschichtlichen Auffassung aus ein Verderber der Geschichtswissenschaft. Köhler sah mich erstaunt an. Dann kam noch Fräulein Buschette. Interessante Unterhaltung. Sie ist für ihre 24 Jahre merkwürdig reif und könnte ihrem Chef recht viel Realitäten beibringen.

Donnerstag abend Verfassungsfragen bearbeitet, um besser leiten und die Dinge vorwärts treiben zu können. Dann noch Unterhaltung mit Fräulein von Leers und ihrem Schwager [Behncke], einem abgetakelten Offizier, der auch erstaunt war, daß es solche Sozialdemokraten gibt. Zwei Briefe an Brill im Auftrag des Verfassungsausschusses geschrieben, die die Regierung in ihre Schranken verweisen und in dünnen Worten sagen, daß sie mit dem Verfassungswerk als Regierung nichts zu tun haben.[244] Die Anregung ging von der CDU aus, fiel aber bei mir auf äußerst fruchtbaren Boden.

[243] Seit März 1946 gab es Besprechungen zwischen Gewerkschaften und Industrie- und Handelskammern um die Bildung eines paritätisch besetzten Landeswirtschaftsrates, dem die Gewerkschaften einen offiziellen Status innerhalb einer planwirtschaftlichen Ordnung zuweisen wollten; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 215.

[244] AHLT, LV-Verfassungsausschuß, Allgem. Schrifttum: Bergsträsser an Brill, 16.8.1946, bezieht sich auf den Wunsch der Militärregierung, daß in den Ländern der US-Zone gleiche Grundrechte verankert werden sollten. B. informierte Brill, daß er sich deshalb direkt an die Verfassungsausschüsse der anderen Länder gewandt habe, ohne die hessische Regierung einzuschalten, was Brill in einem Schreiben vom 8.8. vorgeschlagen hatte. Brill hatte empfohlen, daß die Staatssekretäre

Samstag, 17. August 1946

Regiert. Walk und Stork wegen Wohnungsbeschlagnahme durch Flüchtlingskommissare. Der typische Wiesbadener Jammer, daß sie die Kompetenzen nicht klar zu grenzen verstehen. Sie können nicht konsequent denken. Stork ungemein verständig. – Herrn Dr. Michel über Theaterfragen gesprochen. Was er vorhat, ist verständig. Man muß von dem allzu exklusiven Spielplan, den wir im Schauspiel im Winter hatten, herunter, sonst wird der Kreis der interessierten Besucher zu eng. – Feigel, Feldbusch in Sachen Bildstelle. Dabei fiel die Sache Bleibaum ab, die mir sehr Spaß machte. Diesbezüglicher Brief an Witte.[245] – Viehweg ein paar Minuten. Gute Verständigung, wie immer. Philosophie-feindliche Gemeinschaft. – Rasp stellte Rückführung meiner Flugschriften in Aussicht. –

Sonntag, 18. August 1946

Morgens: eine Stunde war Minister Dr. Mueller bei mir. Wir besprachen die ganze Zonenfrage. Er ist heute in Minden, um die Dinge einzuleiten, hat aber den Eindruck, daß es sehr schwierig sein werde wegen der schon sehr verschieden gewordenen Organisation im englischen Gebiet, wo man vom Politiker weiter [entfernt] ist als bei uns, selbst in den politischen Dingen. Ich betonte, daß wir neben den Staatssekretären, die kommen sollen, unbedingt einen Beirat aus den Volksvertretungen haben müßten, unter Umständen neben jedem Staatssekretär einen, wenn man es nicht zentral machen kann, wobei mir inzwischen die Möglichkeit aufging, daß ja derselbe Beirat bei den verschiedenen Staatssekretären eingerichtet werden könne, d.h. aus denselben Personen bestehend und so eine de facto Einheit erzielt werden könne. Er war ganz der Meinung, daß es dringend notwendig sei, jetzt mit Stellen in England und Amerika selbst Fühlung zu nehmen, um sie zu informieren. Amerikanische Senatoren, politische und wirtschaftliche Kreise in London. Wir überlegen, wie man das machen kann. Mueller ist der Meinung, daß es für die eigentlich politischen Leute an manchen Stellen noch zu früh sei. Sie würden sich schon so schnell ver-

unter Hinzuziehung der Verfassungsausschußvorsitzenden eine Angleichung erarbeiten sollten. Im zweiten Brief vom 16.8.1946 (ebd.) übermittelt B. den Beschluß des Verfassungsausschusses vom 8.8.1946: „Mitglieder der Regierung, Regierungsbeamte und sonstige Personen können von dem Verfassungsausschuß als Sachverständige herangezogen werden, dagegen darf die Regierung als solche nicht an den Sitzungen teilnehmen." Brill hatte ebenfalls am 8.8. mitgeteilt, daß er als Vertreter der Landesregierung an den Verfassungsberatungen teilnehmen werde.

[245] Ebd. (auch in Mat. Bergsträsser): B. an Witte, 19.8.1946. Bleibaum hatte sich nach B. gegenüber Feldbusch geäußert, daß das Wiesbadener Schloß für eine Volksvertretung zu schade sei. B. verlangte deshalb die Absetzung des Landeskonservators.

brauchen und man brauche sie für später. Andererseits gab er zu, daß durch die unpolitischen mancherlei verschüttet werde. Geiler sei zwar unpolitisch, das sei sein Fehler, aber er sage doch General Clay offensichtlich ganz deutlich einmal seinen Standpunkt, mehr wie die beiden anderen Ministerpräsidenten. Über Mattes denkt er wie ich: Amerikahörig. – Dann Feldbusch, Bleibaumiana bestätigend. Wenn man gegen solche Leute, die die Parlamente verächtlich machen wollen, nicht vorgeht, kommt man wieder in die Misere der Weimarer Zeit. – Dann Walk über Besprechung mit Ministerialdirektor Keil referierend, dabei mir erzählend, daß Keil sich über mich und meine Rede im Plenum usw. ersichtlich in der Absicht, daß es an mich komme, ungemein günstig ausgesprochen habe. Ich sei doch tatsächlich der leitende Kopf in der Fraktion. So haben grobe Briefe ihre amüsanten Erfolge. Keil hob auch hervor, ich arbeitete sehr gut mit der KPD und wohl auch mit den anderen Parteien zusammen.

Sonntag nachmittag bei Ahls. Mit ihm auch sachliche Gespräche. Er jammerte über die Masse der Besucher, die er abfertigen muß, wenn ich nicht da bin.

Dienstag, 20. August 1946

Im Verfassungsausschuß – Wiesbaden – erst Diskussion über den, wie sich herausstellte, von Noack verfaßten Artikel in der „Frankfurter Neuen Presse" über die CDU und die Verfassung. In diesem Artikel hatte dieser Esel wieder die These aufgestellt, es könnten mehrere Verfassungsentwürfe zum Referendum gestellt werden, was ja auch Geiler in seiner Unkenntnis in einer Radio-Ansprache gesagt hatte. Der Kommunist Bauer sagte mit Recht, wenn die CDU das wolle, habe es keinen Zweck, daß wir uns im Verfassungsausschuß um einen Kompromiß bemühen. Die CDU zog sich zu einer Beratung zurück und erklärte dann, daß sie unsere Auffassung teile. Damit ist in dieser Beziehung eine klare Situation geschaffen. Noack war weg, kam erst am folgenden Tag, und ich sah ihn etwas als begossenen Pudel durch die Staatskanzlei spazieren. Er hat die CDU in eine sehr unangenehme Lage gebracht und taktisch sehr eingeengt. Vielleicht ist das für die Kompromiß-Verhandlungen günstig. Es wundert mich bei Noack nicht. Er hat keine praktische Erfahrung und keinen Sinn für das Praktische.[246]

[246] Das Protokoll vermerkt zu Beginn lediglich, daß eine Aussprache über den Noack-Artikel stattfand; LV-Drucks. IIIa, S. 114. Noack hatte in der ‚Frankfurter Neuen Presse' am 19.8.1946 (Um die Verfassung Hessens. Der Königsteiner Entwurf. Eine Verlautbarung der CDU) auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die CDU mit einem eigenen Entwurf ins Volksreferendum gehen könnte. Im Kommuniqué des Verfassungsausschusses hieß es, der Artikel sei kein offizielles CDU-Dokument und es werde nur ein Entwurf vorgelegt; vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3.

Über die Sozialisierung war eine große, auf gutem Niveau stehende Generaldebatte, bei der allerdings die SPD unelastisch und infolgedessen taktisch falsch vorging. Bauer war viel klüger, indem er sagte, eine sozialistische Verfassung sei es nicht und werde es nicht. Infolgedessen sei seine Fraktion nur bestrebt, einige praktische Ergebnisse zu sichern. Das war ganz meine Auffassung, denn insoweit wir die CDU auf die Sozialisierung binden, ist sie durchgeführt. – Dienstag abends sehr nett bei Schlitt. Guter Wein.

Mittwoch, 21. August 1946

Morgens kurz nach 8 Uhr kam schon Fräulein Buschette, die Sekretärin von Noack, um sich bei mir zu informieren, weil sie aus der Darstellung der CDU-Leute nicht klargeworden war. Ulkige Situation. Ich erfuhr aber mancherlei, was mich interessiert. Schlitt sagte mir, wie wir einmal einen Augenblick allein sprachen, seine Fraktion sei sehr erfreut über meine Führung und setze große Hoffnungen auf mich, d.h. daß es mir gelinge, die Einigung herbeizubringen. – Nachmittags lange Beratung mit Witte über den weiteren Gang der Prozedur und den Termin der Plenarsitzung. – Gespräch aus Stuttgart, daß die personellen Grundrechte nach einer Einigung, die man dort mit den Amerikanern träfe, nicht im Wortlaut übereinstimmend sein müssen, sondern nur im Inhalt. Gemeinsame Tagung wegen Zeitmangel abgelehnt.[247]

Abends in Frankfurt beim Gesellschaftsabend des Parteiausschusses. Die alte Kollegin Frau Schroeder getroffen. Einem französischen Journalisten und einer italienischen Journalistin ein Interview gegeben. Kurz mit Schumacher gesprochen. Die Partei hat zwar eine Einladung der Labour-Party nach London, die aber ohne Termin ist.[248] Und mit Frankreich und Amerika bestehen überhaupt noch keine Verbindungen.

[247] General Clay hatte auf der Länderratssitzung am 6.8.1946 den Wunsch ausgesprochen, daß die Grundrechte der Länder wörtlich übereinstimmen sollten; Akten Vorgesch. BRD 1, S.639. B.s Vorschlag vom 16.8. an die Landesversammlungen in Württemberg-Baden und Bayern, gemeinsame Sitzungen durchzuführen, wurde jeweils abschlägig beantwortet. Simpfendörfer (Württemberg-Baden) wies bei dieser Gelegenheit auf ein Gespräch mit Dayton hin, daß die Grundrechte nicht im Wortlaut, jedoch inhaltlich übereinstimmen sollten. Briefwechsel in: AHLT, LV – Verfassungsausschuß, Allgem. Schrifttum.

[248] Die SPD-Delegation mit Schumacher an der Spitze (u.a. mit Knothe und Heine) reiste dann vom 29.11. bis 6.12.1946 nach London. Vgl. ‚SPD-Mitteilungsblatt' 13.12. und 20.12.1946 (Bericht Knothes) sowie Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982, S.113, und Albrecht, Kurt Schumacher, S.113.

Donnerstag, 22. August 1946

In Frankfurt a. M. den russischen Verbindungsoffizier gesucht. 12.20 Uhr gefunden, nachdem er schon weggegangen war. Zum Essen der Partei im „Tivoli". Ich saß neben Prof. Vidal, Maire von St. Germain, der hielt eine ausgezeichnete Ansprache, die ich im Inhalt dann angab.[249] Mit Ollenhauer darüber gesprochen, daß Besuche in den drei betreffenden Ausländern wichtig seien. So will ich es versuchen. Vidal meinte, daß es für Frankreich wohl gelingen werde. – Nachmittags zur Fraktion. Es war nicht viel Wichtiges.

Abends bei den Amerikanern mit Dayton. Drei Stunden Unterhaltung. Da Wahrhaftig erst nicht da war, mußte ich auch noch dolmetschen. Dayton sprach sich absolut klar gegen jedes ständische Prinzip aus, was der CDU höchst unangenehm gewesen ist. Als Köhler fragte, ob es für die Wirtschaftseinheit nicht hindernd sei, wenn in der einen Zone sozialisiert werde und in der anderen halb sozialisiert und in der dritten gar nicht sozialisiert, sagte er sehr deutlich, das seien Dinge, die nur die Deutschen angingen. Das war die zweite Unannehmlichkeit für die CDU. Wir sprachen dann, auf Anregung von Dayton, unsere Meinung über Beamtenwesen aus, nachdem Dayton das amerikanische Verfahren auf meine Bitte hin erklärt hatte. Wir diskutierten auch die Frage, ob ein parlamentarischer Vertretungskörper für die beiden Zonen den wirtschaftlichen Zusammenschluß fördern oder hindern werde. Alle Parteien waren der Meinung, daß es förderlich sei, schon weil die Fraktionen unter sich sich zu verständigen und die Dinge aufeinander abzustimmen bestrebt sein würden. Mit Köhler dann noch über die Schulfrage gesprochen. Er will das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Eltern. Ich sagte ihm, wir müßten auf der Simultanschule unbedingt bestehen, sonst könnten wir nicht mitarbeiten und würden alle Einigungs-Versuche scheitern, worauf er, verärgert wie er war, antwortete, „dann muß es eben scheitern".

Freitag, 23. August 1946

Vormittags war Sitzung der Siebener,[250] die nicht eben viel weiter kam. Ich hatte während des Mittagessens eine lange Unterhaltung mit Euler, LDP,

[249] Raymond Vidal sprach anläßlich einer Sitzung von SPD-Parteivorstand und Parteiausschuß; ‚Volksstimme' 30. 8. 1946; ‚Hessische Nachrichten' 29. 8. 1946 (Um die deutschen Ostgrenzen).

[250] Der sog. „Siebener-Ausschuß" – eigentlich 9 Mitglieder (zunächst unter Vorsitz Casparys mit Altwein, Freidhof, Kanka, Köhler, Bauer und Euler sowie B. und Schlitt als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses) – sollte Streitfragen klären. Die Sitzungen des Ausschusses wurden erst später stenographisch festgehalten, da zunächst kein Stenograph zur Verfügung stand. Stenographische Protokolle setzen erst mit der Sitzung am 4. 9. 1946 ein (LV-Drucks. IV), die dort als 1. Sitzung genannt wird.

der auch für die Simultanschule sich aussprach, aber meinte, wenn Eltern eine Konfessionsschule wollten, solle man sie ihnen zugestehen, doch müßten sie sie selbst bezahlen. Sie seien der Meinung, daß Eltern in der heutigen Zeit dazu finanziell nicht imstande seien. Ich hielt dem entgegen, daß die katholischen Schwestern in Gotteslohn arbeiteten und daß gewisse Kreise die letzten Mittel zusammenkratzen würden, um zu verhindern, daß ihre Kinder mit den Flöhe-Kindern zusammensitzen müssen. Das leuchtete ihm durchaus ein, und er sagte, das sei so beachtlich, daß er es mit seinen Leuten am 24. auf der Homburger Tagung besprechen werde.[251] Er sagte übrigens sehr deutlich, daß seine Partei damit rechne, daß die CDU sich zersetze und sie erben könnte. Ich bestärkte ihn darin, weil ich bestrebt bin, durch die LDP einen Druck auf die CDU auszuüben, und wünschte ihm einen guten Erfolg. Wir müssen danach trachten, eine der bürgerlichen Parteien bei der Verfassung mit dabei zu haben. Das würde die Aussichten des Referendums für unser Verfassungswerk sehr erhöhen. In der Fraktionssitzung wurde Interessantes erzählt über die Verhältnisse in der englischen Zone. Unsere Leute waren über die Bedeutung des Zentrums in Westfalen nicht orientiert. – Freitag morgens in der Militärregierung. Nettes menschliches Gespräch mit Hillman. Erinnerungen an das Jahr zuvor. – Nachmittags längere Sonderunterhaltung mit Metzger über Kirchenfragen. Er sagte auch, die reformierten Kreise seien absolut für Trennung, die anderen unentschieden. Die Bergér-Frage besprochen. Er hat einen Artikel, der so kompromittierend sei, daß wir hoffen, es wird klappen. Ich werde mir diese Tage den Säbelmüller[252] bestellen.

Samstag, 24. August 1946

Ich gab Walk, Ahl, Faber eine Übersicht über die Lage in Wiesbaden.

Sonntag, 25. August 1946

Eröffnung der [Kranichsteiner] Musikkurse. Abends nettes Zusammensein in der Post.

Montag, 26. August 1946

Nachmittags lange Unterhaltung mit Mommsen aus Berlin, speziell über Wirtschaftsfragen. Wir waren uns einig, daß die Geldfrage vordringlich

[251] Parteitag der LDP; vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 27. 8. 1946 (Liberaldemokratischer Parteitag in Bad Homburg).

[252] Der Präsident der vorläufigen Kirchenleitung in Darmstadt, Dr. Friedrich Müller, der auch den im Herbst 1945 gebildeten Verbindungsausschuß der evangelischen Landeskirchen in Hessen und Nassau leitete; vgl. Aufzeichnung 26. 8. 1946.

gelöst werden müsse. Er billigte die Linie unseres eventuellen Antrages[253] und sagte, wir sollten doch erst mit der Militärregierung in Wiesbaden verhandeln und ihr sagen, sie möge zwei Leute vom OMGUS nach Wiesbaden kommen lassen, um mit ihnen die Sache abzustimmen. Er meinte, daß industrielle Kreise gegen die Deflation, womöglich für Inflation, bei den Amerikanern vorstellig werden. Das wäre die Wiederholung von 1918. Es muß schnell gehandelt werden. Der Weg ist gut. Ich hoffe, wir gehen ihn. Zonenprobleme erörtert, auch die englische Politik: Mommsen stimmt mit meiner Auffassung vom Gegensatz zwischen Militär und Labour-Regierung überein. – Dann Präsident Säbelmüller. Bergér sei liberaler Theologe. Wenn er falle, bekomme die Orthodoxie die Mehrheit. Er wie Bergér seien für Simultanschule. Das sind beachtliche Gründe, gerade in der augenblicklichen Situation. Es war eine sehr persönliche Aussprache, die ihm offenbar sehr gefiel. Der gute Wein auch. Er hat sich über die Simultanschule in einer Zuschrift für die Simultanschule ausgesprochen. Das wird man also benutzen können. Er identifiziert die BK mit der Orthodoxie, auch mit gewissen reaktionären Bestrebungen. Letzteres ist nicht ganz richtig, vergl. Weinberger. – Abends: Vertrauensmänner-Versammlung. Lauter Kohl. Es dauerte bis ¼ nach 11. Zum Kotzen. Metzger antwortete sehr energisch, Reiber sehr humoristisch. Wir wurden nur wegen Kuhn angegriffen.[254] Faber antwortete. Heddäus sagte heute, „die Leute sind plemplem". Nicht mit Unrecht. Deuker hat sich in Pfungstadt geäußert, wir sollten eigentlich einen Bischofshut tragen. Rindvieh.

Dienstag, 27. August 1946

Vormittags ½8 Brentano auf eine Viertelstunde. Er geht nach Wiesbaden gegen den Willen des Arztes.[255] Gemeinsame boshafte Bemerkungen über die Leute, die die Notwendigkeit des Kompromisses nicht einsehen und noch weniger, daß bei einem Kompromiß sie selbst auch nachgeben müssen. Ich habe ihm die Simultanschulfrage sehr deutlich erklärt. Er fuhr dann weiter zu Köhler und will den Ausschuß heute mitmachen. Ich sagte ihm, wenn es so komme, bekäme man den Kirchenkampf, und ich würde der Führer. Er versteht das alles. Es war auch nur gesagt, damit er es benutze. Als ich ihm erzählte, daß die Amerikaner gegen das Ständische seien, war er sehr erfreut und sagte „Gott sei Dank". Es ist ein Unglück,

[253] LV-Drucks. I, Nr. 34: Antrag der SPD zur Errichtung eines wirtschaftlichen Interzonenausschusses der britischen und amerikanischen Zone.

[254] Oberregierungsrat Ferdinand Kuhn, Referent in der Inneren Abteilung, galt als strenger Katholik.

[255] Brentano wurde aufgrund längerer Krankheit im Verfassungsausschuß von Kanka vertreten.

daß er durch Krankheit gehindert war, bisher mitzuarbeiten. Aber er sah noch schlecht aus. – Sitzung des Siebener-Unterausschusses.[256] Behandelt wurden Grundrechte, soziales Leben und Wirtschaft. Dr. Köhler wollte nachmittags Schule behandeln, weil er offenbar wirtschaftliche Konzessionen, die er machte, gegen Schulkonzessionen der SPD aushandeln wollte, ein Ausdruck, den er selbst gebrauchte. In der Schulfrage waren die Dinge aber noch nicht so weit. Ich sprach unter Mittag nochmals mit Brentano und sagte ihm, daß wir an der Simultanschule festhalten müßten, wenigstens für die Gebiete, wo sie eingeführt ist. Das andere sei von der Fraktion noch nicht behandelt. [Ich] sprach auch nochmals mit Euler und Bleek. Bleek war sehr stark meiner Meinung. Die Dinge sind also noch in der Schwebe, und wir behandelten nachmittags diese sozialen Grundrechte weiter. Freitag nachmittag soll Fortsetzung sein. Es wurde auch beschlossen, zunächst überhaupt nur als Siebener-Kommission zu verhandeln, nicht im größeren Kreis. Bauer machte einige gute Vermittlungsvorschläge. Ich war nur zeitweise dabei, weil ich mehrfach abgerufen wurde. Eine Amerikanerin kam, Vertreterin der Congress Library, die alle unsere Drucksachen etc. sammeln will. Witte kam und erzählte, daß die Militärregierung eine öffentliche Propagandasitzung des Ausschusses wünsche mit mir als erstem Redner, im Theater. Echt amerikanische Kino-Idee. Wir sind alle dagegen. Die Amerikaner hatten abends keine Zeit, so wird die Aussprache über all dies erst nächste Woche sein.

Abends noch in Olm, Zwetschen und rote Rüben geholt. Auf der Hinfahrt über die Brücke ein deutsch sprechender Amerikaner. Sohn deutscher Eltern, auf der Rückfahrt ein überaus höflicher Franzose, Wirkung meiner Standarte. Ich fragte ihn dann, ob er Elsässer sei. Er war aus Zabern, und wir plauderten einen Augenblick. Er revidierte nicht.

Mittwoch, 28. August 1946

Morgens in Frankfurt, beim russischen Offizier: Erstes Zimmer: ein Schreibtisch, ein Leutnant; zweites Zimmer: ein Oberst, ein Schreibtisch, ein Leutnant. Der Oberst gab mir gleich das Pfötchen, war sehr freundlich. Ich soll in einem Monat wiederkommen, dann hätte ich Nachricht.[257] Sie wollten sich erkundigen. – Dann bei Konsul Gaire, meinen Reiseantrag ausgefüllt.[258] Er beschenkte mich reichlich mit Büchern und Zeitschriften. Das geistige Leben in Frankreich ist erstaunlich wie immer. – Dann Verlei-

[256] Nicht in den LV-Drucks. enthalten; Beschluß-Protokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[257] Offensichtlich ging es hier um die Freilassung des Sohnes Ludwig aus sowjetischer Gefangenschaft.

[258] Im Zusammenhang mit seiner geplanten Reise nach Frankreich.

hung des Goethe-Preises.[259] Ausgezeichnete Rede von Kolb, die er aber nicht selbst gemacht hatte. Beutler neben mir und der Schweizer Konsul [Hochstrasser], dem ich für die mancherlei Hilfe für meinen Regierungsbezirk dankte. Mit Eppelsheimer 48er Sachen besprochen. Redslob eine Viertelstunde geplaudert, sehr angenehm. Großes Lob meiner Nauheimer Rede.[260] Einen Artikel von Noack habe er nicht genommen, da dieser ein Buch geschrieben hat, daß hitleristisch sei.[261] Ich lasse es suchen durch Dr. Bammel, der nach Tübingen fährt und mich nachmittags besuchte. Das wäre ein Fressen. Mit Eppelsheimer plaudernd zurückgefahren. – Nachmittags Bammel, der dann ein langes Gespräch mit Muß hatte. Frank ganz kurz. Dann Kurz und ein Herr Sprenger, SPD-Genossen aus Wieck. Die alten Klagen aus der englischen Zone. Bestätigung des Gegensatzes zwischen Militärs und Labour-Party. Viele §-Fragen über die Notwendigkeit, die jungen und die aktiven Elemente der Partei zusammenzufassen. Scharfes Urteil über Kolb, der sich zeitweise sehr schlecht gehalten habe. Notwendigkeit der Verbindung mit den Regierungen der westlichen Besatzungsmächte. Übereinstimmende Kritik an der Haltung Schumachers gegenüber Rußland. – Dann ein junger Ingenieur, darüber klagend, daß die Leute zwischen 25 und 35 Jahren von der Mitarbeit ausgeschlossen werden. Ich regte eine Denkschrift an Befreiungsministerium etc. an. – Dann mit Bammel in der Post zu Abend gegessen, bei Reichvilser Wein getrunken, sehr angeregte Unterhaltung. Großes Lob meiner Nauheimer Rede. Kritik an doktrinärer Haltung vieler alter Genossen. Sie könnten im Rheinland nicht für die Simultanschule eintreten, die mit 80% abgelehnt worden sei. – Abends zu Hause noch langes Gespräch über Politik.

Freitag, 29. August 1946

Morgens Fraktionssitzung. Ich gab den Bericht über den Verfassungsausschuß, allgemeine Lage. Ansonsten viel Gewäsch und wenig Wolle. Über die Fahrer-Verpflegung und alle möglichen anderen Dinge, die man hätte kurz behandeln können. Beim Mittagessen Verhandlungen, dann in den Landtag und den Bericht der Kommission durchgesehen. Um ½3 kurze Gesamtausschuß-Sitzung. Wir haben beschlossen, daß in der nächsten Zeit nur der Siebener-Ausschuß tagen soll, weil die Dinge noch nicht ganz spruchreif sind. Nächsten Donnerstag ist auf Wunsch der Amerikaner

[259] 1946 erhielt Hermann Hesse den Goethe-Preis.

[260] Vgl. Anm. 152/1946.

[261] Gemeint ist hier: Ulrich Noack, Das politische Ethos in der europäischen Diplomatie, Hamburg 1939. B. ersuchte die Landesbibliothek um eine Liste der Veröffentlichungen von Noack; Mat. Bergsträsser: B. an Landesbibliothek, 29.8.1946.

eine öffentliche Sitzung. Die Einzelheiten besprach ich zwischendurch mit Präsident Witte etc. Ich brauche nur das Schlußwort zu reden. Dann wieder in den Ausschuß, wo eine lange Debatte darüber war, zum so und so vielten Male, ob man überhaupt die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte machen soll oder nicht. Die LDP ist gegen diese Grundrechte, und die CDU möchte sich davor drücken. Ich habe in einer kurzen Rede scharf betont, daß man diese Grundrechte nun doch einfach geben müsse, weil sonst die Verfassung an dem, was die Leute im Augenblick für das Wichtigste hielten, vorbeigehe, und das sei politisch unmöglich. Altwein gab durch Zeichen zu erklären, daß er sehr zustimme. – Um 6 Uhr aufs Jägerhaus gefahren. Wunderhübsche Fahrt durch den Taunus.

Sonntag, 1. September 1946

Nachmittags in Gießen. Theatereröffnung: „Don Carlos". Für mich eindruckslos, schrecklich lang gedauert. ½2 nachts zurückgekommen.

Montag, 2. September 1946

Morgens überströmend liebenswürdiger Brief vom Präsidenten Müller (Kirche) mit der Dissertation von Bergér über die Simultanschule.[262] Sonst unendlich viel Kleinigkeiten, die mir die Zeit stahlen. Das Flüchtlingsproblem wird immer schlimmer, die Aufnahmefähigkeit auch des Landes erlischt. Dabei sollen jetzt noch polnische Juden hier herein gepumpt werden. Die Zivilregierung scheint der Militärregierung gegenüber nicht genug Rückhalt zu zeigen. Sodann erfahre ich, daß leider auch Zinnkann nicht so klug war, vor Übernahme des Amtes Bedingungen zu stellen. So hat die Militärregierung mitgeteilt, sie verlange, daß der Ministerialdirektor [Heckert] bliebe und ebenso Hamberger. Ein gänzlich unmöglicher Zustand. Sie hat auch gar kein Recht dazu. Mir wäre es nicht passiert. Ich erinnere mich noch, wie Geiler mir das Innenministerium anbot, daß er mir direkt sagte, ich könne mir einen Ministerialdirektor nach meinem Wunsche wählen.[263]

[262] Wilhelm Bergér, Welche Schulart ist von evangelischem Standpunkt aus zu wünschen? Mit besonderer Berücksichtigung der hessischen Verhältnisse, Darmstadt 1927. Die Arbeit wurde im November 1930 von der Universität Gießen als phil. Diss. angenommen.

[263] Vgl. Eintragung 16.4.1946.

Dienstag, 3. September 1946

Nach Wiesbaden zum Siebener-Ausschuß, der schwergeburtlich über Betriebsräte verhandelte.[264] Nachmittags spitzten sich die Gegensätze zu, und CDU und LDP setzten sich in ein anderes Zimmer. Wir arbeiteten sieben verschiedene Formulierungen aus, die ich immer hin und her trug. Der ehrliche Makler im Wandeln. Am nächsten Tag kamen wir doch zu einem guten Ende, nachdem ich Dienstag noch lange gearbeitet und dann mit der Buschette mich ebenso lang unterhalten hatte, die mir sehr interessante Sachen über CDU und andere politische Dinge erzählte.

Mittwoch, 4. September 1946

Abends bei der Militärregierung mit Dayton. Die Parteien betonten alle sehr scharf, daß eine Vertretung des Landtages bei der Zonenregierung notwendig sei.

Donnerstag, 5. September 1946

Nachmittags die Galavorstellung des Verfassungsausschusses. Die Konzilianz, mit der die Parteien sprachen, wurde von der Hörerschaft bemerkt und wirkte sich gut aus. Mein Schlußwort soll besonders auf die Jugend gewirkt haben.[265]

Freitag, 6. September 1946

Fahrt nach Stuttgart mit Zinnkann und Kanka. Wir hörten die Rede von Byrnes, die einen sehr starken Eindruck machte.[266] Ich habe am Samstag vormittag der Militärregierung, da mich Sheehan hinüberbitten ließ, meine „reaction" gesagt und dabei stark hervorgehoben, daß ich die Dinge so auffaßte, wenn der Staatssekretär sich für seine Rede Deutsch-

[264] Nicht in den LV-Drucks. enthalten; Beschluß-Protokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[265] Die Sitzung des Verfassungsausschusses war die von den Amerikanern geforderte öffentliche Sitzung: LV-Drucks. IIIa, S. 146ff. B.s Schlußwort ebd., S. 156/157.

[266] Byrnes kündigte in seiner Stuttgarter Rede eine Friedensregelung und Vorbereitungen zur Bildung einer demokratischen deutschen Regierung an. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Zonen sollte auf der größtmöglichen Stufe erfolgen. Wenn nicht alle Zonen der Aufforderung folgen würden, sollte der Zusammenschluß nur mit den Alliierten vollzogen werden, die sich bereit erklärten. Dies wurde dann mit der Bildung der Bizone realisiert. Text der Rede in: Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington 1950, S. 3–9; dazu Gimbel, Besatzungspolitik, S. 121.

land ausgesucht habe und da eine große Anzahl maßgebender Deutscher zugegen gewesen sei, sie zu hören, so bedeute das eine Verpflichtung dem deutschen Volke gegenüber, von diesem Mindestprogramm nicht abzugehen. Überdies sei für uns wichtig, daß er nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschland für nötig halte und ihre baldige Durchführung für erstrebenswert. Auch daß die Ostgrenze durch die jetzige Verwaltungsregelung nicht festgelegt sei, sei für uns sehr erfreulich. Die Tatsache, daß Ruhr und Rhein bei uns bleiben sollten, sei eine wichtige Grundlage der Zukunft. Was er über die Saar gesagt habe, faßte ich so auf, daß er dadurch Frankreich von Rußland lösen und die westlichen Mächte auf eine Einheit bringen wolle, ohne Rußland zu isolieren. Ich erzählte, daß ich nach der Rede mit Geiler gesprochen hätte, der mir gesagt habe, er wolle bei dem Treffen der Ministerpräsidenten der englischen und amerikanischen Zone im Oktober eine Resolution einbringen, die diese Dinge unterstreiche.[267] Und daß ich Geiler geantwortet hätte, man müsse da doch vorher bei Byrnes anfragen, ob das ihm opportun erschiene. Ich persönlich hätte den Eindruck, es sei besser, wir Deutschen hielten uns zurück, weil wir sonst Gegensätze neu hervorrufen oder verstärken könnten. Unsere Situation sei noch nicht derart, daß wir auch in dieser Form aktiv wirkend in die Außenpolitik eingreifen können. Ich habe übrigens mit Geiler auch darüber gesprochen, daß ich einen Einreiseantrag nach Frankreich eingereicht habe, was er sehr billigte. Das habe ich natürlich der Militärregierung nicht erzählt.

In Stuttgart sprach ich noch mit Keil, der mir den Verfassungsentwurf, zweite Lesung, und seinen Bericht gab. Sie haben die zweite Kammer abgeschafft und den Staatspräsidenten und in der Frage der Schule das badische System der Simultanschule übernommen. – Langes Gespräch vor der Rede mit Oskar Müller über Heimerich. Ich sagte ihm, ich würde nicht nur persönlich, sondern auch meine Partei würde es begrüßen, wenn er überall ausgeschaltet würde. Er sei ein Mann, mit dem man nicht arbeiten könne. Oskar Müller behauptete, daß Heimerich der hauptsächliche Querschläger sei bei der Neuordnung der sozialen Versicherung.[268] Das sieht dem Kerl ähnlich.

[267] Am 4./5. 10. 1946 fand in Bremen die Konferenz der Länderchefs aus der britischen und amerikanischen Zone statt. Obwohl ursprünglich eine Interzonenkonferenz geplant war, konnten Vertreter aus der französischen und sowjetischen Zone nicht teilnehmen. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 1, S. 878; dazu auch Gimbel, Besatzungspolitik, S. 124.

[268] Im Sozialpolitischen Ausschuß hatte die CDU für einen einheitlichen Sozialversicherungsträger gestimmt; Antrag in: LV-Drucks. I, Nr. 11. Im Plenum unterstützte die CDU mehrheitlich einen Antrag der LDP, der auch private Versicherungsträger zuließ; 4. Sitzung Plenum 19. 9. 1946: LV-Drucks. III, S. 87.

In einer Sitzung des Verfassungsausschusses letzte Woche, wo wir uns über die Frage der Beteiligung der Landtage an der Interzonenregelung unterhielten, hat Staatssekretär Brill seine rechtliche Auffassung dahin geltend gemacht, es gäbe kein Deutsches Reich mehr. Ich habe dem aufs allerschärfste widersprochen.[269] Es ist einer der typischen Fälle, wo ein Jurist zu einer Überzeugung kommt, die er dann glaubt, seiner Politik zugrundelegen zu sollen, während das einzig richtige Verfahren doch ist, daß der Politiker sein Ziel festlegt und juristische Ausführungen benutzt, dieses Ziel zu erreichen. Je mehr ich wieder in der aktiven Politik stehe, desto mehr sehe ich, daß die Fachleute für derartige Arbeit ungeeignet sind. Wenn man bedenkt, welch ungeheure Wirkung das Gutachten der Handelskammer über die soziale Wirtschaftsordnung in den Verfassungen[270] gegen ihren eigenen Standpunkt ausgeübt hat, begreift man das doppelt. – In Stuttgart sprach ich auch mit Pfarrer Fricke von Frankfurt a. M., den ich zufällig kennenlernte, über die Schulfrage. Er ist ganz für die Simultanschule, und auch das ist wichtig. [...]

Montag, 9. September 1946

Unter anderen Besuchern Karsten. Interessante Aufschlüsse über die Lage der Eisenbahn. Die Schwierigkeiten, mit den Reparaturen dem Bedarf nachzukommen.

Dienstag bis Freitag, 10. bis 13. September 1946

Wiesbaden.[271] In dieser Woche mit dem wirtschaftlichen Teil der Verfassung fertig geworden. Dann noch eine Generaldiskussion über zweite Kammer. Im Grunde genommen war sie so lendenlahm wie die Sache selbst. Da die CDU nun ihr ständisches Ideal nicht verwirklichen kann der Amerikaner wegen, ist sie mit anderen Gestaltungen gekommen, die

[269] Der Disput B.–Brill um die Frage der Fortexistenz des deutschen Reiches fand wohl auf der nicht in den LV-Drucks. enthaltenen Sitzung des Siebener-Ausschusses am 4.9.1946 statt. Hinweis in der ersten (stenographierten) Sitzung des Siebener-Ausschusses: LV-Drucks. IV, S. 249. In der dritten (stenographierten) Sitzung wurde der Streit fortgeführt: ebd. S. 267. Brill ging davon aus, daß mit der bedingungslosen Kapitulation die Staatsgewalt des deutschen Reiches untergegangen sei. Für B. bestand die nach der Haager Landkriegsordnung auf die Siegermächte übergegangene Staatsgewalt fort.

[270] Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens vom 1.8.1946, in: Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) mit Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt, Frankfurt 1978, S. 320. Hier sprachen sich die Kammern gegen eine Verankerung sozialistischer Grundsätze in den Verfassungen aus.

[271] 2. bis 4. (stenographierte) Sitzung Siebener-Ausschuß: LV-Drucks. IV, S. 254ff.

aber eigentlich keinen rechten Sinn haben.[272] Sie hängt an einem Traume. Bauer machte den guten Vermittlungsvorschlag: Ausbau des Staatsrates.[273] Inzwischen ist in Württemberg die zweite Kammer und der Staatspräsident gefallen und in München der Staatspräsident. Letzteres ist von wirklich großer politischer Bedeutung, da die Freunde des Staatspräsidenten in München ihn wollten als den Vertreter der Eigenstaatlichkeit.[274] So scheint doch das gesunde Volksempfinden gegen das partikularistische in diesem Fall gesiegt zu haben.

In unserer Fraktion gab es Widerstände gegen unser Tun, weil die 13 Mitglieder des Verfassungsausschusses[275] sich zurückgesetzt fühlen, da wir immer nur im kleinen Kreis der sieben Leute verhandeln. Aber zu der Sitzung der Fraktion am Freitag nachmittag kam nur Willi Richter und keiner von den übrigen 13. Es gab furchtbar viel Geschrei im buchstäblichen Sinne des Wortes, hervorgerufen dadurch, daß Richter alle Formulierungen so auslegte, wie er sie begriff, und nicht so, wie sie juristisch begriffen werden müssen. Ich beteiligte mich wenig und fuhr um 5 nach Darmstadt zum Zahnarzt.

Am interessantesten war eine lange Diskussion am Donnerstag in Anwesenheit von Staatssekretär Brill über einige Schritte des Hauptausschusses in Bezug auf die demokratische Gestaltung beim bizonalen Ausschuß und im Hinblick auf die von Staatssekretär Byrnes in Aussicht gestellten Reichsregelungen. Brill vertrat wieder seine These, daß das Deutsche Reich nicht mehr existiere. Er sei aus juristischen Gründen darauf gekommen. Typisches Beispiel eines Fachmannes, der aus Fachgründen zu einem Ergebnis kommt und es durchficht, auch wenn es politischer Wahnsinn ist. Dabei lag schon die Rede von Byrnes vor, in der ausdrücklich gesagt ist, daß das Reich wieder belebt werden soll, daß es also noch existiert. Wir haben ihn – alle 4 Fraktionen – zugedeckt.[276] Ich war der erste

[272] Statt der ständischen Zusammensetzung der II. Kammer forderte die CDU jetzt ein aus den kommunalen Vertretungen gewähltes Gremium; LV-Drucks. IV, S. 280; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 235.

[273] Bauers Vermittlungsvorschlag vom 13.9.1946 in: LV-Drucks. IV, S. 281.

[274] In München hatten sich ursprünglich nicht nur die CSU-Fraktion, die mit 109 von 180 Mandaten die absolute Mehrheit in der bayerischen Landesversammlung besaß, sondern auch 5 SPD-Abgeordnete (darunter Hoegner) für die Einführung des Staatspräsidenten ausgesprochen, die dann am 12.9. überraschend mit 85:84 Stimmen abgelehnt wurde, da eine starke Minderheitsgruppe von CSU-Parlamentariern dagegen votierte. Bei der zweiten Abstimmung am 20.9. war die Gegenmehrheit mit 87:81 noch höher, da nun auch die anfänglichen Befürworter aus der SPD sich der Fraktionsdisziplin fügten und der Abstimmung fernblieben. Vgl. Die Auseinandersetzung, S. 213/214.

[275] Vertreter der SPD im Verfassungsausschuß waren außer B. Caspary, Selbert, Metzger, Willi Wittrock, Altwein, Richter, Freidhof, Nischalke, Precht, Zinnkann, Stock und Wagner.

[276] Vgl. LV-Drucks. IV, S. 266.

Redner und sagte das Grundsätzlichste. Es gehört doch zu den wirklich reizvollen Dingen dieser parlamentarischen Politik, daß man jeden Augenblick gewappnet sein muß auf Dinge, die man nicht voraussehen kann. Unsere Diskussion stand auf hohem Niveau. – Donnerstag nachmittag, wie ich nach Hause ging, lief Herr von Fries hinter mir her, mich eifrig begrüßend, viel erzählend. Er geht nach Minden. Ich hatte den Eindruck, daß er sich der vermuteten neuen Größe versichern wollte. Anschmuser.

Sonntag, 15. September 1946

Breuberg, Vortrag vor etwa 50 jugendlichen Leitern von Jugendgruppen über Jugend und Politik.[277] Ich machte es mit viel Einzelbeispielen, und man schien befriedigt zu sein. Einige sehr nette Leute. Auf der Rückfahrt Lager in Sandbach besichtigt und in Dieburg. Ostheimers auf ihren Brief mündlich geantwortet.[278]

Montag, 16. September 1946

Nachmittags in Bad Salzhausen. Besprechungen über das Bad. Wir kamen überein, daß das Kurhaus von den Hirnverletzten und den Altersheim-Leuten aus Frankfurt a.M. allmählich geräumt wird, daß dahin Leute kommen, Evakuierte und Flüchtlinge, die wirklich herzleidend sind. Das gleiche soll geschehen mit allem anderen im Ort verfügbaren Raum, damit wir nachweisen können, daß das Bad als Bad gebraucht wird. Das ist das Entscheidende. – Abends Sitzung in Wiesbaden wegen der Resolution zur Byrnes-Rede.[279] Ich machte mehrere Zusätze, besonders den, daß Deutschland seine zwischen den Blocks selbständig sein wollende Außenpolitik ihm schwer geschadet habe.

Dienstag, 17. September 1946

Morgens Verfassungsausschuß. Öffentliche Sitzungen, in der die Spannungen sich steigerten und mancherlei Vernünftiges zerredet wurde. Frau Selbert hielt eine lange theoretische Rede über sozialistische Wirtschaft

[277] Die Rede ist aufgenommen in den Sammelband: L. Bergsträsser, Der Weg der Jugend in unserer Zeit, Offenbach 1947, S. 19–27: „Jugend und Politik, eine Rede zu den Jugendleiterkursen auf dem Breuberg bei Neustadt i. Odw. am 15. September 1946".

[278] Konrad Ostheimer hatte sich in einem Brief vom 12.9.1946 beklagt, daß eine an Flüchtlinge vermietete Wohnung in seinem Haus nun beschlagnahmt und neu belegt werden sollte; Mat. Bergsträsser.

[279] Die vom Hauptausschuß eingebrachte Resolution in: LV-Drucks. I, Nr. 49.

und wollte diesen Ausdruck in die Grundrechte hinein haben.[280] Das war der Beschluß einer Sitzung unserer Dreizehn am Montag nachmittag, an der ich nicht hatte teilnehmen können. Die hatten uns überhaupt versucht zu überrennen. Richter war dabei führend, der nicht die Fähigkeit hat, einen Gesetzestext objektiv auszulegen. Er legt ihn immer so aus, wie er ihn versteht. Überdies ist er gerade so wirtschaftlich beschränkt wie sein Gegenpart, der typische Arbeitgeber. Er ist der beste Beweis gegen das ständische Prinzip. Köhler gab seinem Unmut Ausdruck, wie mir scheint, zu Recht.

Mittwoch bis Freitag, 18. bis 20. September 1946

Morgens Fraktionssitzung. Nachmittags begann das Plenum. Da der Aufnahmewagen erst spät kam, kam unsere Erklärung[281] spät auf die Tagesordnung. Ich war durch die schlechte Luft im Saal und die Tage vorher abgespannt und sprach für meine Begriffe schlecht. Es wurde mir aber nachher gesagt, es sei sehr wirkungsvoll gewesen und habe sich im Rundfunk besonders wirkungsvoll gemacht. Ich hatte allerdings meine Rede etwas auf die Außenwirkung berechnet. „Wiesbadener Kurier" hat sie sehr gelobt.[282] – Abends Fraktionssitzung. Fortsetzung der Verfassungsdebatte. Es wurde kein Beschluß gefaßt, aber die Stimmung war uns gegenüber schlecht.

Am nächsten Morgen während des Plenums (Donnerstag, 19.9.) dauernde Verhandlungen und dazwischen Sitzung der dreizehn Männer unserer Fraktion, die im Verfassungsausschuß sind. Da ein paar Schreier nicht da waren, hatten wir eine überwiegende Mehrheit und also wieder Handlungsfreiheit gewonnen. – Nachmittags schwänzte ich das Plenum und war mit meiner Frau im Museum. Wundervolle Handzeichnungen und unter den Renaissance-Plastiken die herrliche Büste aus dem Kaiser Friedrich-Museum. Es war eine Erholung. Dann eine Stunde in der Sitzung, Sitzungen für den Ausschuß etc. festgelegt. Dann nach Frankfurt a. M. Städtisches Abendessen für den Soziologen-Tag. Meine Frau ging mit Frau Gerloff hin. Sehr netter Abend, für mich immer wieder amüsant, unter den Groß-Kopfeten zu sitzen. Zwischen Wiese und Hallstein. Kempner am sel-

[280] 10. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 157; Selberts (nach dem Protokoll allerdings recht kurzer) Beitrag am Ende der Sitzung, ebd. S. 163.

[281] In der bereits in der Eintragung 16.9.1946 (mit Anm. 279) erwähnten, einstimmig angenommenen Resolution zur Byrnes-Rede heißt es u.a.: „Die Landesversammlung bittet ... die amerikanische Militärregierung zu ermöglichen, daß die Landtage nicht nur der US-Zone, sondern auch der anderen Zonen miteinander in Verbindung treten, um die Bildung eines ... Zwischen- oder Vorparlamentes einzuleiten"; in: LV-Drucks. III, S. 64/65.

[282] 4. Sitzung Plenum 18./19.9.1946: LV-Drucks. III, S. 51–128; B.s Rede zur Byrnes-Resolution ebd. S. 66/67; ‚Wiesbadener Kurier' 20.9.1946 (Es gilt zu handeln).

ben Tisch, lange Unterhaltung mit ihm. Mit Gerloff Fakultätssachen besprochen. Geiler will Sauermann nicht bestätigen. Vermutlich Intrige von Blaum. Man will Nöll von der Nahmer als Professor nach Frankfurt a. M. haben, offenbar weil man damit rechnet, daß er bei Neubesetzung des Ministeriums weg muß. Es sei das Wort gefallen, das müsse gemacht werden, ehe die neue Regierung komme. Dabei ist Nöll von den Nazis nach Wien berufen worden, also mindestens nazi-affiliiert.[283] Ich werde es mit Viehweg besprechen. Fakultät war sehr erfreut über mein Erscheinen.

In Wiesbaden hatte ich noch mit Drott verabredet, eine Bibliothek zeitgenössischer Memoiren herauszugeben.[284] Noske, Severing, Wissell, aber auch Nicht-Sozialisten. Ich Herausgeber und verantwortlich. So komme ich zu meiner alten Idee aus einem Zufall.

Freitags Siebener-Ausschuß. Wir waren alle todmüde, kamen aber zu einer Lösung der Schulfrage, indem wir eine Formulierung fanden, die die Entscheidung vertagt.[285] – Abends, nach dem Essen im Ministerium, noch zweites Abendessen im Ratskeller mit dem Landes-Jugendausschuß. Guter Fisch. Zu Hause ½ 10 abends ins Bett und geschlafen bis 7 – trotz Riesensturm.

Sonntag, 22. September 1946

Stuttgart: Kulturrede – gegen proletarische Kultur, die es nicht gebe, für den deutschen Geist.[286] Schlecht organisiert, schlecht besucht. – Nachher Forstmeister Gritz getroffen.[287] Gutes Essen. – In Heidelberg bei Jellinek, Grundrechte durchgesprochen.[288]

[283] Heinz Sauermann wurde dann doch bestätigt, während Nöll v. d. Nahmer, der 1940 eine Professur an der Hochschule für Welthandel in Wien erhalten hatte, als Volkswirt nach Mainz berufen wurde.

[284] In der von B. herausgegebenen, von Drott im Bollwerk-Verlag verlegten „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren" erschien als erster Band die Übersetzung von: Oscar Meyer, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, Offenbach 1948 (1. Aufl. 1944 in den USA).

[285] 5. (stenographierte) Sitzung Siebener-Ausschuß: LV-Drucks. IV, S. 287. Hier wurde der Artikel aufgenommen, daß das Schulwesen bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen bei dem derzeitigen Rechtszustand bleibe; ebd. S. 288.

[286] Das Manuskript der Rede B.s auf der Kulturtagung in Stuttgart in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

[287] B. hatte 1935 für mehrere Monate bei Richard Gritz, seinerzeit Leiter der Forstverwaltung des Grafen Lichnowsky in Grätz bei Troppau/Sudetenland, gewohnt, um in der dortigen Schloßbibliothek Materialien zu seiner geplanten, allerdings nicht fertiggestellten Biographie über den 1848 erschossenen Fürsten Felix Lichnowsky zu sammeln.

[288] Der Verfassungsausschuß hatte B. beauftragt, Jellinek zur Formulierung einiger Grundrechte zu konsultieren. Vgl. 11. Sitzung Verfassungsausschuß 23.9.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 163.

Montag bis Samstag, 23. bis 28. September 1946

Nach Wiesbaden; die ganze Woche dort im Verfassungsausschuß. Die Dinge entwickelten sich so, wie nach den letzten Verhandlungen anzunehmen war. Es kommt nicht zu einer gemeinsamen Verfassungs-Vorlage. Den Ausschlag gab das Verhalten der CDU, die zu keiner ihrer Vereinbarungen mehr stand. Sie hatte im Wirtschaftsteil einer Formulierung zugestimmt, daß mit Inkrafttreten der Verfassung bestimmte Betriebsgattungen in Gemeineigentum überführt werden sollten.[289] Und plötzlich erklärte Dr. Köhler, das müsse aus der Verfassung raus. Sie hatte in der Sitzung am Freitag eine Formel für das Schulwesen selbst vorgelegt (Dr. Kanka), nach der die ganze Schulfrage auf ein Schulgesetz vertagt und bis dahin am status quo festgehalten werden solle.[290] Auch das wurde widerrufen. Es war ersichtlich die Absicht, eine Pression auszuüben und uns zu prellen. Bei Dr. Köhler entpuppte sich die wahre Natur des ehemaligen Syndikus, der die Politik als einen Pferdehandel betrachtet. Ich habe den anderen Fraktionen später bei erneuten Verhandlungen glatt erklärt, die CDU sei für mich nicht mehr vertragsfähig. Ein derartiges Verhalten könne ich nicht mitmachen, ich sei bisher absolut loyal gewesen und könne also beanspruchen, daß andere auch loyal seien, wobei ich von den beiden anderen Parteien das Zeugnis der Loyalität bekam. Besonders verschnupft war Dr. Köhler darüber, daß ich in einer Sitzung, als wir zu der Staatsorganisation übergingen, die bisherige Diskussion über eine zweite Kammer rekapitulierte, was wir über das Wahlverfahren gesprochen hätten, und infolgedessen die Frage stellte, ob es nicht richtig sei, ehe wir in eine weitere Spezialdiskussion über die zweite Kammer eintreten, doch zunächst einmal darüber abzustimmen, ob überhaupt eine zweite Kammer eine Mehrheit finde oder nicht. Die CDU widersprach dieser Abmachung nicht, was sie jederzeit hätte tun können, d.h. sie bat auch nicht um Zurückstellung der Abstimmung. Die Abstimmung ging so aus, wie sie ausgehen mußte: SPD und KPD dagegen, also eine Mehrheit. Darauf zog sich die CDU zurück und erklärte nachher, man hätte diese Abstimmung nicht vornehmen sollen, und kritisierte mein Verhalten als nicht loyal. Ich widersprach sehr scharf und bekam auch von Bauer und der LDP in der öffentlichen Sitzung das Vertrauen ausgesprochen. Der Pferdehändler nahm das übel, daß er aus mangelnder Praxis und Geistesgegenwart hineingefallen war. Die Stimmung war bei uns (SPD) schon dadurch verdorben, daß Dr. Köh-

[289] Vom 23. bis 29.9.1946 fanden täglich Sitzungen des Verfassungsausschusses statt: LV-Drucks. IIIa, S.163–228. Bei dem hier angesprochenen Sozialisierungsartikel (zunächst Art. 37, später als Art. 41 verabschiedet) hatte die CDU im Siebener-Ausschuß der Sofortsozialisierung einiger Leitsektoren zugestimmt, dafür im Gegenzug von der SPD die Herausnahme der Baustoff-, der chemischen und der pharmazeutischen Industrie gefordert und erhalten. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S.254.

[290] Vgl. Anm. 285/1946.

ler sich zwar wochenlang an der Ausarbeitung eines Kompromisses über Sozial- und Wirtschaftsleben beteiligt hatte, da auch einer Formulierung zugestimmt hatte, nach der bestimmte Betriebe mit dem Inkrafttreten der Verfassung sozialisiert seien, daß er aber dann Caspary erklärte, dazu nicht stehen zu können, wörtlich: „Das muß raus." Überdies hatten wir ein Kompromiß über das Schulgesetz gemacht, und auch da hatte Köhler kalte Füße bekommen. Infolgedessen hatten wir kein Vertrauen mehr zu ihm. Ich habe ihn direkt als verhandlungsunfähig anderen gegenüber bezeichnet. Die ganze Situation wurde dadurch kompliziert, daß ein Schrieb von der Militärregierung kam, die Verfassung müsse unbedingt zum 30. fertig und abgeliefert sein.[291] Inwischen ist dies widerrufen worden und uns gesagt worden, wir hätten bis zum Mittwoch, evtl. Donnerstag Zeit. Die Folge des Schriebs war, daß wir auch abends Sitzungen einlegten und ohne übermäßig viel Diskussionen alle restlichen Teile erledigten, darunter auch den Teil über das Wirtschaftsleben, soweit er noch ausstand, und den Teil über Schule und Kirche. Bei dem letzteren beteiligte sich die CDU an der Diskussion nicht mehr und enthielt sich dauernd der Stimme. Die Folge davon war, daß wir mit dem Wirtschaftsteil gut durchkamen und sehr viel mehr für uns Günstigeres darin stand, als wir bei einem Kompromiß mit der CDU hätten erreichen können, auch für Kirche und Erziehung, da wir eigentlich alles ungefähr so machten, wie wir wollten, da die LDP sich in diesem Falle auch uns fast immer anschloß. So entstand ein Verfassungsentwurf, der zwar nur damit rechnen konnte, daß SPD und KPD ihn annehmen; der aber in seinem letzten Teil auf die CDU gar keine Rücksicht mehr nahm, denn wir wurden eher von der KPD noch weiter getrieben, als wir eigentlich wollten, wobei es zu einem ulkigen, an sich für uns dummen, aber inzwischen ausgebügelten Zwischenfall kam, indem unsere Fraktion bei dem Paragraphen über das Beamtenwesen auseinanderfiel und einer Formulierung der KPD zustimmte, die eigentlich das Beamtenwesen ganz abschaffen wollte.[292]

Als wir am Samstag[293] wieder zusammentraten, wurde von CDU-Seite mehrfach bei einzelnen von uns sondiert, ob diese Entwicklung nicht wie-

[291] AHLT, LV – Verfassungsausschuß: OMGH an Geiler, 16.9.1946; dort die Aufforderung, bis zum 30.9. die Verfassung vorzulegen. Die Frist wurde bis zum 2.10. verlängert; vgl. 12. Sitzung Verfassungsausschuß 24.9.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 170.

[292] Der Verfassungsausschuß hatte am 25.9. (13. Sitzung) mit 11 Stimmen von SPD und KPD gegen 10 Stimmen von CDU und LDP den von Bauer vorgeschlagenen Art. 113 angenommen: „Zur Durchführung der Gesetze und sonstigen Aufgaben bedienen sich Staat und Selbstverwaltung des öffentlichen Angestellten." LV-Drucks. IIIa, S. 202; der Artikel wurde dann auf Antrag der SPD (LV-Drucks. I, Nr. 77) am 1.10. wieder gestrichen: 5. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S. 200.

[293] 5. Sitzung Plenum 28.9. bis 2.10.1946: LV-Drucks. III, S. 129–208.

der rückgängig gemacht werden könne. Ich sagte einem der CDU-Herren nun ganz klar, daß ich es nach dem bisherigen Verhalten von Dr. Köhler ablehnen müsse, mit diesem allein zu verhandeln. Wenn sie bereit wären, Vorstandsmitglieder zu schicken, d.h. noch einige andere Leute, so wäre das etwas anderes. Allerdings würde es sehr schwerfallen, zu einer vernünftigen Ordnung zu kommen, denn über die Simultanschule in Hessen und Nassau ließen wir nicht mit uns reden.

Sonntag/Montag, 29./30. September 1946

Am Sonntag ging der erste Teil der 2. Lesung über die Bühne, und da wurde dann von der CDU der Vorschlag gemacht, es sollten sich drei Leute von der CDU und drei von uns zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen. Wir hatten vorher beschlossen gehabt, auf keinen Fall bei der CDU Schritte zu tun, sondern sie an uns herankommen zu lassen. Sie kamen also auch, und am Montag morgen saßen wir vier Stunden: Stieler, Köhler, Kanka, Bergsträsser, Caspary und Stock. Wir wurden über alles einig und machten ein Protokoll,[294] nachdem die Abmachung von den Fraktionen nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden könne. D.h. wir banden uns auf diese Abmachung, um nicht noch einmal mit etwaigen Änderungen Schwierigkeiten zu haben. Nachmittags waren wir in den beiderseitigen Fraktionen. In der Fraktion der CDU war es, wie ich von einigen Mitgliedern hörte, schon vorher zu schweren Auseinandersetzungen und Angriffen auf Köhler gekommen. Während wir noch verhandelten – im ganzen sprachen von den einigen 30, die anwesend waren, 20 – ließ mich Stieler herausbitten und teilte mir mit, sie seien bereit. Ich dürfte das auch benutzen. Die Fraktionsleitung hatte mich als letzten Redner zurückgestellt, nachdem ich über die Schul- und Kirchenfragen schon offiziell berichtet hatte. Ich sprach sehr lebhaft und pointierte scharf, und dann wurde der Kompromiß gegen vier oder fünf Stimmen angenommen. Wir – Caspary und ich – gingen dann zur CDU hinüber, und es gab einen komisch-feierlichen Akt, da die Herren bei unserem Eintreten alle aufstanden. Ich fragte, was los sei, und es begann ein großes Händeschütteln; Köhler sprach ein paar bewegte Worte. Wenn es nicht so gekommen wäre, wäre er wahrscheinlich abgesägt worden. In der Fraktion wurde natürlich auch viel gemeckert, da jeder gern sein besonderes Lieblingsschäfchen ins Trockene gebracht hätte, außer Stock, der die neue Formulierung über die Sozialversicherung sehr geschickt verteidigte. Die jungen Leute wissen halt noch nicht, wie man es macht; sie bilden in den beiden großen Fraktionen das schwierige Element. Aber damit hatten wir dann doch schließlich „die Kuh vom Eise"

[294] StA-DA, O 27 NL Stock 10: „Zwischen den Fraktionen der SPD und CDU wurde heute folgendes vereinbart, 30.9.1946".

(Lieblingsausdruck von Dr. Köhler). Für uns war das Entscheidende, daß wir von vornherein die Absicht gehabt hatten, wenn es gehe, mit der CDU die Verfassung zu machen, nicht nur weil eine Verfassung einer breiteren Basis bedarf, auch weil wir es für uns für gefährlich angesehen hätten, ein Referendum nur mit der KPD zusammen zu bestehen. Es wären uns dann sicher eine Menge Leute weggelaufen, die zu uns gehen, weil wir eben gegen die KPD sind, und der Bolschewismus ist immer noch ein Gespenst. Für uns lagen die Dinge insofern günstig, als wir weniger uns abhandeln lassen mußten, nachdem die Verfassung schon einmal von der Linken gemacht worden war, und wir hätten zugeben müssen, wenn wir von vornherein sie mit der CDU gemacht hätten. Meine Taktik, die mit der Abstimmung über die zweite Kammer begann und die CDU bei den Kulturfragen im Ausschuß völlig insolierte, erwies sich also als vollständig richtig, und da überall bekannt war, daß ich gern zu den Unterhändlern gehörte und am Kompromiß sehr aktiv mitarbeitete, so galt das nach außen hin als ein großer persönlicher Erfolg für mich. Eingeleitet worden war die Möglichkeit schon dadurch, daß auf ein paar Worte hin, die ich in meinem kurzen Generalbericht[295] gesagt hatte über die Unterstützung durch die Mitglieder des Verfassungsausschusses, von Brentano in sehr lobenden Worten meine Tätigkeit hervorgehoben hatte, was ihm persönlich natürlich nicht schwerfiel, was aber doch auf meine Fraktion einen beträchtlichen Eindruck machte. Eine ganze Anzahl von Leuten der Fraktion, die sich gegen einzelne Punkte der Abmachungen ausgesprochen hatten, stimmten der Schlußabmachung doch zu, und im Plenum stimmte nachher die Fraktion geschlossen. Die Militärregierung war über diesen Ausgang sehr erfreut. Wahrhaftig beglückwünschte mich lebhaft und sagte, diese Verfassung sei die beste von allen deutschen Verfassungen. Wir haben die ganzen Verfassungsparagraphen mit Herrn Dayton laufend besprochen in manchmal recht anstrengenden Abendunterhaltungen – eine dauerte bis nach Mitternacht. So werden sich nicht übermäßig viel Anstände bei der Militärregierung ergeben. Die Amerikaner hatten dabei immer sehr nett Schnaps und Zigaretten aufgefahren und nachher Kaffee und belegte Brote. Als das Kompromiß fertig war, waren alle Beteiligten auch fertig.

Mittwoch, 2. Oktober 1946

Nachmittags sagte Köhler, nachdem alles vorüber war, er würde sich jetzt ins Bett legen, er könne nicht mehr. Die LDP wird wohl nicht mitmachen, aber der kluge Bauer hat sich alle Möglichkeiten offengehalten,[296] und es

[295] Generalbericht B.s am 28.9.: LV-Drucks. III, S. 133; Brentanos Dankeswort an B. ebd. S. 145.

[296] Bauer ließ die endgültige Stellungnahme der KPD noch offen, während Euler für die LDP eindeutig ablehnte: LV-Drucks. III, S. 191 und S. 193.

wäre von uns aus durchaus erwünscht, wenn er schließlich noch zustimmte. Vielleicht tut er es, um einer zukünftigen Koalitionsarbeit keine Schwierigkeiten zu machen. Wie alles nun gesichert war, war die Fraktion doch sehr froh, und ich bekam viele anerkennende Worte zu hören, da man eben doch wußte, daß ich es getan habe. Eine kleine Spannung mit Bauer habe ich bei der Sitzung des Verfassungsausschusses am Mittwoch morgen ausgebügelt, wo wir die Übergangsbestimmungen berieten, ich Schlitt die Leitung überließ und wiederholt zu Bauer ging, um mit ihm gemeinsam Vorschläge zu machen. Während der ganzen Verhandlungen über die Verfassung hatte ich eigentlich die Führung der Fraktion. Knothe hat viel zu wenig Gedankenklarheit und Kenntnis, als daß er es hätte machen können, so daß mich am Mittwoch nach dem Essen Willi Wittrock direkt fragte, ob ich nicht die Führung der Fraktion im nächsten Landtag übernehmen wolle. Ich winkte ab, da es doch wohl besser sei, daß jemand, der aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sei, das tue, und wies auf Heisswolf hin, betonte allerdings sehr scharf, daß die Verbindung von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz ebenso unmöglich sei wie die von Parteileitungssekretär und Fraktionssekretär. Es hat sich doch geltend gemacht, daß es nicht so weitergeht. Andere wieder, sowohl aus der Fraktion wie von den anderen Parteien, sagten, damit hätte ich nun doch wohl den Ministerpräsidenten nach den Wahlen in der Tasche. Brill, der wohl eine Zeitlang hoffte, Ministerpräsident zu werden, ist durch sein unkluges Auftreten und seine mangelnde Psychologie, wie mir scheint, so ziemlich erledigt. – Die Militärregierung scheint mir auch jetzt ausgesprochen günstig gegenüberzustehen. Ich hatte Mittwoch nachmittag noch ein Schlußgespräch mit Wahrhaftig, der zu mir in den Landtag hinüberkam. Wir saßen behaglich auf einem Sofa in der Wandelhalle, und er äußerte sich sehr interessant über Bauer und dessen fehlgeschlagene Taktik. Neben dem Verfassungsausschuß war ich auch im Hauptausschuß und am Mittwoch im Ältestenrat, weil wir eben Leute, die diese Dinge beherrschen, einfach sonst nicht haben.

Am Mittwoch kam es noch zu einem ulkigen Zwischenfall. Die Fraktion hatte einen Antrag vorbereitet, daß Papen und Schacht und andere Leute vor deutsche Gerichte gestellt werden müßten.[297] Der Antrag war politisch richtig, denn man kann die Großen nicht laufen lassen und die Kleinen verurteilen in den Spruchkammern. Aber die Begründung, die Zinn gemacht hatte, sprach davon, daß die Reichsverfassung nicht mehr existiere und das war natürlich Unsinn, worauf ich sofort hinwies, als Knothe mir den Antrag zur Durchsicht gab. Knothe, der davon nichts versteht, war er-

[297] Der Antrag, die vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg freigesprochenen Schacht und Papen umgehend vor einem deutschen Gericht wegen Hochverrats anzuklagen (LV-Drucks. I, Nr. 90), wurde dem Hauptausschuß überwiesen: LV-Drucks. III, S. 208.

staunt. Ich sagte ihm, er solle sich an die Juristen, sowohl an Selbert als auch an Brentano wenden, was er tat und wo ich die Antwort bekam, ich hätte vollständig recht. So habe ich auch das Unheil verhindert, denn die Frage ist politisch für den Neuaufbau Deutschlands von großer Bedeutung, und ich habe in dieser Beziehung ja schon gegen Brill seinerzeit vollständig gesiegt.

Beim Mittagessen, wozu ich in die Staatskanzlei gegangen war, saß ich mit Ministerialrat Berger zusammen und sagte im Gespräch, es sei richtig, wenn die beiden juristischen Fakultäten jetzt einigen Leuten, die an der Verfassung hauptsächlich mitgearbeitet haben, den juristischen Ehrendoktor gäben, d.h. den vier Fraktionsführern. Er stimmte sehr zu, und vielleicht wird es gemacht.[298] Er will es wenigstens einleiten. Es würde sicher einen ausgezeichneten Eindruck machen. – Als ich zurückfuhr und das Radio im Wagen anstellte, hörte ich nach einiger Musik den Abgeordneten Dr. Bergsträsser seinen Generalbericht geben. Es ist immer ein komischer Eindruck, sich selbst zu hören.

Zinnkann sagte mir, ich ginge jetzt wohl einige Wochen in Urlaub. Die Möglichkeit habe ich also, aber ich muß erst ins Ruhrgebiet, dann Konferenzen halten, und die amerikanische Militärregierung in Wiesbaden drängt, daß ich einmal ein paar Tage nach Berlin fahre, was ich also auch unbedingt tun muß. Ich sprach mit Wittrock und anderen über die zukünftige Gestaltung, über die Personenauswahl für die Ministerämter etc., fand auch einmal in der Fraktion großen Beifall, wo ich gegen die politischen Ministerialdirektoren wetterte. Im ganzen kann ich auf diesen Abschnitt meiner öffentlichen Tätigkeit befriedigt zurückblicken. [...]

Freitag, 4. Oktober 1946

Nachmittags nach Dillenburg. Bei Knodt, sehr hübsch und angenehm. Langes Gespräch mit ihm über die Landtagsberatungen und die Regierungsumbildung. Dort ist die Stimmung der Fraktion wohl so, daß, wenn wir die stärkste Partei bleiben, ich den großen Besen in die Hand bekomme. Brill habe abgewirtschaftet, Zinn wolle partout nicht, und die Fraktion scheint von meinem Erfolg bei der Verfassungsmacherei stark beeindruckt zu sein. Er fragte mich direkt, ob ich mir schon Ämter-Besetzungen überlegt hätte. Wir sind einig darüber, daß die untauglichen Ministerialdirektoren politischer Herkunft verschwinden müssen. Brentano scheint ihn stark beeindruckt zu haben, so daß er möchte, wenn eine Koa-

[298] Die juristische Fakultät in Frankfurt lehnte ab, zumal B. schließlich empfohlen hatte, nur die Fraktionsführer der drei verfassungsbejahenden Parteien zu Ehrendoktoren zu ernennen; Mat. Bergsträsser: Skalweit an B. 30.11.1946; auch HStA, 1126 NL Geiler 12: Dekan jur. Fakultät an Rektor Univ. Frankfurt, 15.11.1946.

lition zwischen CDU und SPD zustande kommt, daß er Minister würde. Ich stimmte befriedigt zu; fragt sich nur, ob B. will. Hübscher Gang durch das nette Nest. – Abends Siegen, ziemlich total zerstört, auch nach dem 20.7. Rede im Bunker, der zum Kino umgebaut ist.

Samstag, 5. Oktober 1946

Morgens wunderhübsche Fahrt durch das östliche Sauerland, Olpe, Meschede nach Steinhagen. Dort nachmittags mit den Freunden zusammen. Abends Rede in Bielefeld. Severing und Menzel leider nicht da. Aus den Gesprächen mit Niederstadt und Frau Menzel und ebenso Sonntag nachmittag mit Piepenbring ging klar hervor, wie sehr die englische Zone politisch noch zurück ist und wie sehr der politische Aufbau mit der Klärung der Zuständigkeiten zwischen Militärregierung und deutschen Regierungsstellen zusammenhängt. Man bestätigte mir auch allgemein, daß sehr viele englische Offiziere als Konservative die Tendenzen der Labourregierung sabotieren. Es geht in der englischen Zone nicht vorwärts, besonders da jeder Betrieb, wenn er arbeiten will, einen Permit braucht, der dann plötzlich zurückgezogen wird ohne Begründung. So fehlt es sehr leicht an Zwischengliedern der Produktion, und es kommt nicht zum richtigen Anlaufen.

Sonntag, 6. Oktober 1946

Morgens in Dortmund. Nachmittags in Lünen. Schöne Rückfahrt. Im ganzen war es recht erholentlich.

Dienstag, 8. Oktober 1946

Morgens Brentano. Langes Gespräch über zukünftige Gestaltung und Regierungsbildung. Wir waren uns einig, daß die beiden großen Parteien zusammen arbeiten müssen. Er ist bereit, ein Ministerium zu übernehmen, und hält Stein, Offenbach, für durchaus ministeriabel. Unter der Voraussetzung, daß die SPD die stärkste Partei wird, wäre Hilpert geeigneter Finanzminister. Er will sondieren, ob Hilpert in der Politik bleiben will oder nicht. Keine Zusammenlegung von Ministerien im Augenblick. Daran kann man in einigen Jahren denken. Zinn erhalten, die anderen wären minderer Qualität. Mattes müsse natürlich sofort weg. Ich sprach von der Unmöglichkeit Köhlers und fand Verständnis. Sie seien in der Lage, daß sie aus optischen Gründen nicht lauter Katholiken zu Ministern machen können, deshalb also Stein. – Dann mit Meller und ihm die Selters-Sache durchgesprochen. Der Finanzminister zöge den Vertrag mit der Firma, die von den Nazis hinausgesetzt wurde, hinaus, obwohl es ein reiner Akt der

Wiedergutmachung ist.[299] Meller glaubt, daß persönliche Motive unterlägen. Brentano notierte sich den Fall. – Gegen Abend kam Hesse, hauptsächlich wegen einiger Formulierungen in der Verfassung über das Finanzwesen. Er sprach sich auch sehr deutlich über die Mattes-Politik aus, die den kulturellen Ruin herbeiführen würde. Ich tröstete ihn; die Tage dieses Mannes seien gezählt.

Abends noch eine Stunde bei Dr. Mueller, der mir bestätigte, was Walk schon angedeutet hatte, daß die Franzosen offenbar Neigung haben, dem Zweizonenabkommen beizutreten. Motiv wahrscheinlich, daß sie sonst Lebensmittel aus Eigenem liefern müssen, was sie nicht können. Es wäre ein großer Erfolg. Die Russen seien sich noch nicht klar und hielten sich beide Wege offen. Einzelverträge im Anlaufen. Die Engländer haben zugestanden, daß ihre Riesenwirtschaftsorganisation abgebaut und die wirtschaftliche Gestaltung in deutsche Hände gelegt wird. Durchführung dauere einige Zeit. Man müsse die Leute ja irgendwie unterbringen oder zurückschicken. Das wäre fast der größte Erfolg, da die wirtschaftliche Lenkungsarbeit der Engländer inkonsequent und infolgedessen von bedenklichster Wirkung ist. Über Agartz waren wir uns einig. Er ist zu theoretisch. Mueller bezeichnete die ganze Haltung der SPD im englischen Gebiet als zu theoretisch. Ich sehe einige Motive davon, aber ich billige sie nicht. Wir sprachen auch über die Führung der Partei in Hessen und waren gleicher Meinung. Man kann nur auf dem Boden der Elastizität Politik machen. Das war schon das Leitmotiv in meiner Unterredung mit Brentano. Er bestärkte mich sehr in der Absicht, nach Berlin zu fahren. Aber wann? – Kammer berichtete über den Nachprüfungsausschuß für Schulmänner, den wir auf Veranlassung des Kultusministeriums einsetzen sollten.[300] Ich halte das schon rein juristisch für unmöglich. Es würde bedeuten, daß jemand wegen derselben Tat zweimal bestraft wird. Das ist gegen die Verfassung und gegen das Recht. Man müßte das Innenministerium zum Organisationsministerium ausbauen, sonst bleibt es dabei, daß politische Fragen von jedem Ministerium anders behandelt werden. Das ist unmöglich.

[299] Ende 1946 wurde der Vertrag dann doch abgeschlossen.

[300] Das Kultusministerium hatte mit Runderlaß vom 19.9.1946 die Bildung von sog. Fünfer-Ausschüssen in den Regierungsbezirken angeordnet, die die Wiederverwendung von entnazifizierten Lehrkräften erneut überprüfen sollten: Die Ausschüsse bestanden aus dem Regierungspräsidenten (oder seinem Vertreter), dem Schulrat des Kreises, in dem der Betroffene wohnte, einem ständigen Mitglied aus der Lehrerschaft und zwei Lehrern des zuständigen Kreis- oder Stadtgebietes; Materialien und ergänzende Anordnung Steins vom 23.10.1947 in: HStA, 504/442a.

Mittwoch, 9. Oktober 1946

Morgens Lt. Velleman. Er wünscht Material über Unterernährung und Elend in Deutschland, um es in Holland zu verwenden. Der Sozialdemokrat Mozer will es haben. Wir waren uns einig darüber, daß das psychologische Aufräumen nach diesem Kriege verhältnismäßig schnell geht. Er will auch Elends-Fotografien machen für dortige Blätter. – Dr. Bammel: Die Hochschule scheint an seiner Jugend Bedenken zu haben; dumm![301]

Nachmittags Sitzung des Redaktions-Komitees des Verfassungsausschusses. Dann nett zusammen in der Post gegessen, dann nach Wiesbaden gefahren zu Landin und Wahrhaftig. Clay hat in einem Schreiben an Witte keinen unbedingten Anstand unserer Verfassung gegenüber und im Schlußsatz des Schreibens uns für unsere Arbeit gedankt und unser Werk gelobt als gut demokratisch und im Zuge dessen liegend, was für uns alle richtig und nötig sei.[302] Landin sagte dazu, dieses große Lob würde noch viel an Wert für uns gewinnen, wenn wir die Schreiben kennten, die an Bayern und Württemberg gegangen sind. Clay legt das zur Entscheidung Washingtoner Stellen vor, was die Sachen verzögert und den Wahltermin auf Dezember hinausschiebt.[303] Es war mir interessant, daß Köhler, der zuerst für den 8. 12. war, nun sehr betrübt ist, daß die Wahl hinausgeschoben werden solle. Vielleicht ist Wahrhaftig auf dem richtigen Weg, da er mir sagte, daß die Bischöfe eine Erklärung gegen die in der Verfassung festgelegte Simultanschule erlassen und evtl. dazu auffordern wollten, gegen die Verfassung zu stimmen. Das würde den Bruch in der CDU und für uns einen großen Vorteil bedeuten. Hoffentlich tun sie es.[304] Dann wäre meine Politik noch gerechtfertigter, der Sieg noch größer. Köhler sagte mir, er werde Freitag bei einer Parteisitzung in Treysa in verklauselierten Worten, aber für Wissende verständlich, äußern, daß die gemeinsame Verfassungsarbeit die Grundlage für gemeinsame weitere politische Zusammenarbeit werden könne, und er hoffe, daß das ein Echo finde. Er sagte mir, jemand – aber kein Mitglied unserer Fraktion – habe ihm zugetragen, daß Brill oder Kolb für den Ministerpräsidenten von uns ausersehen wäre.

[301] Die TH beabsichtigte, die allgemeine Abteilung zu erweitern und eine außerordentliche Professur für Geschichte einzurichten. B. hielt einen Lehrauftrag für geeigneter, für den er den erst 23jährigen Ernst Bammel vorgeschlagen hatte; B. an Bammel, 24. 7. 1946, Mat. Bergsträsser.

[302] Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 12. 10. 1946 (Militärregierung billigt hessischen Verfassungsentwurf).

[303] Vgl. zur Diskussion in der amerikanischen Administration um die hessische Verfassung Mühlhausen, Hessen, S. 265.

[304] Zu den im November tatsächlich ergangenen Hirtenbriefen Eintragungen 26. und 27. 11. 1946 mit Anm. 345/1946.

Er hätte bisher immer angenommen, daß ich der einzige in Betracht kommende sei, und würde jede andere Lösung nicht begrüßen. Ich sagte ihm, ich hielte Brill für erledigt, von Kolb hätte ich nie etwas gehört. Daß sie mich nun wollen, ist sehr lustig. Ich fragte nach Hilpert, ob der in der politischen Laufbahn bleiben wolle. Er sagte ja, und wenn sie die stärkste Partei wären, würden sie ihn zum Ministerpräsidenten präsentieren. Es war ein ersichtlich sondierendes Gespräch. Euler betonte mir wiederholt, ich hätte die Verhandlungen ausgezeichnet geführt, und daß die Sache so gekommen sei, sei mein persönlicher Erfolg. Wahrhaftig und Landin behandelten mich wieder vorzüglich.

Donnerstag, 10. Oktober 1946

Zwei Vertreter der Gewerkschaften erkundigten sich nach dem Stand der Sozialisierung von Merck wegen unserer Abstimmung, die im KPD-Blatt angegriffen wurde.[305] Ich klärte die Kinder auf. – Dr. Wetzel will Material geben wegen der Unterernährung für Velleman. – Lange Besprechung Landrat Wink, Oberbürgermeister Metzger, Elsesser, Lang wegen Flüchtlingsfragen, Raumüberbelegung etc. Es kam nicht viel dabei heraus. Das wichtigste war halt die Bautätigkeit. – In Frankfurt a. M. Landesernährungsamt: Ich bekomme Ersatz für die verlorenen Kartoffelkarten, die meine älteste Tochter [Gisela] verlor – und etwas Zusatz für Gäste. [...]

In Wiesbaden mit Brill gesprochen – denn Hilpert war nicht da – über das Reden bei der Handelskammer-Feier in Offenbach. Er teilte schließlich meinen Standpunkt. – Dann zu Wahrhaftig. Er sagte, die KPD werde sicher der Verfassung zustimmen, weil ihr alles daran liege, den Gegensatz zwischen SPD und KPD nicht zu scharf herauszustellen. Die CDU könne in große Verlegenheit kommen, da vermutlich die Bischöfe sich wegen der Simultanschule gegen die Verfassung aussprechen würden. Wenn sie es doch täten! Über Reise nach Berlin: Er gibt mir alle Möglichkeiten. – Dann Verfassungsausschuß, keine großen Diskussionen.[306] Freitag geht es weiter. – Ich fuhr zur Vorlesung, diesmal im Hörsaal S, der überfüllt war. Sprach über die erste Kammer und Stellung der Richter, da dies von Hörern erbeten worden war. Große Aufmerksamkeit.

[305] Die „Informationen der KPD" hatten am 9.10.1946 unter der Überschrift „Spaltung innerhalb der SPD-Fraktion" einen Bericht über den im Plenum mit 33 zu 32 Stimmen abgelehnten kommunistischen Antrag gebracht, der die Staatsregierung „direkt" ersuchen sollte, die Überführung der chemischen Fabrik Merck einzuleiten. Nach diesem Bericht stimmten 25 SPD-Abgeordnete dafür, 5 (namentlich genannt Knothe, Metzger, Stock, Caspary und B.) dagegen; der Antrag wurde lediglich dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen; LV-Drucks. III, S. 205.

[306] 17. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 235/236.

Freitag, 11. Oktober 1946

In Wiesbaden die vorläufig letzte Sitzung des Verfassungsausschusses.[307] Es kam kaum mehr zu Diskussionen; nur bei dem Schulkompromiß über die Bedeutung des Wortes „Schulbezirk". Das ist ein Ausdruck, der nur in Hessen vorkommt und von uns hereingesetzt wurde, weil niemand aus Preußen damals da war. Der analoge preußische Ausdruck ist „Schulverband", und die CDU machte den Versuch, die Sache etwas zu ändern, um jeder Schule die Möglichkeit zu geben, d.h. den Eltern der Kinder jeder Schule, was wir natürlich nicht mitmachen. Die Verfassung wird nicht endgültig daran scheitern. – Nachmittags mit Schlitt, Dr. Kanka, Dr. Stein bei Söhnlein Sekt getrunken.[308] Es war sehr nett und wurde wenig politisiert. – Abends todmüde zu Hause, früh zu Bett.

Caspary schreibt eine Broschüre, aber nur parteipolitischer Art.[309] Ich glaube, man sollte doch den alten Plan, ein Büchlein für Schulen zu schreiben, wieder aufnehmen, und ich will mit Brentano darüber sprechen.

Montag, 14. Oktober 1946

Abends vor den Vertrauensleuten im Lokwerk gesprochen.[310] Kaum Kritik an unserer Haltung. – Die Nachricht, daß Mattes zum Chef der bizonalen Finanzen geworden sei, erregte meine Wut. Ich habe mit Brentano telefoniert, daß wir – die Fraktionen – Stellung nehmen wollen; dann machte Brentano den Vorschlag, das Parlament müsse zusammentreten deswegen. Ich billige das durchaus. So kann man nicht Politik machen, und dieses Subjekt, das genau weiß, daß alle Fraktionen gegen es sind, will sich nun doch einen Posten sichern. Solch ein Schwein!

Dienstag, 15. Oktober 1946

Morgens im Kultusministerium wegen Theater. Schramm hielt die Auffassung aufrecht, daß das hiesige Theater kein Landestheater, sondern ein städtisches Theater sei, und bestritt, daß Groß-Hessen als Rechtsnachfolger an den Vertrag gebunden sei. Unmöglich! Zeigt, daß er keinerlei Ah-

[307] 18. Sitzung Verfassungsausschuß: ebd. S. 236 ff.

[308] In der Kellerei in Wiesbaden-Schierstein.

[309] Friedrich H. Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Offenbach 1946.

[310] Siehe Anhang, Dok. 3.

nung von rechtlichen Dingen hat. Holl machte einen guten Eindruck, indem er uns wegen eines Intendanten beriet.[311] – Bei Wahrhaftig meine Reise nach Berlin eingeleitet. Auf dem Landtag mein Geld geholt, dann bei Köhler wegen Mattes usw. Am Freitag ist Ausschuß-Sitzung, Hauptausschuß.[312] – Nachmittags in Frankfurt bei Knothe, wo über eine Darstellung der Verfassungsberatungen beraten wurde und ich meinen Senf dazu gab. Sie lassen sich immer von Einzelheiten impressionieren. Knothe geht nicht zur Hauptausschuß-Sitzung, weil er private Angelegenheiten zu erledigen hat. Der eigentliche Grund wird sein, daß er von den Dingen nichts versteht, die die eigentlich wichtigen politischen Angelegenheiten sind. Ich gehe für ihn, und mir ist es gerade recht. Die Ernennung von Mattes zum Leiter der bizonalen Finanzen ist ein absoluter Skandal. So kann man keine Demokratie aufbauen. Ich werde so scharf wie möglich sein. – Wenn die Amerikaner sich gegen den Artikel 41 „Sofortsozialisierung" erklären, müssen wir gegen die Verfassung stimmen. Ich werde ihnen das deutlich sagen. Apel will mit mir eine Privatunterredung haben. [...]

Samstag, 19. Oktober 1946

Sitzung der Handelskammer Offenbach. Interessantes Gespräch mit Hilpert, meinen Eindruck bestätigend, daß die CDU aufs stärkste daran interessiert ist, mit uns zusammen in Zukunft zu regieren. Sie legt alles darauf an. Hilpert war äußerst zugänglich. Der ganze Festakt war sehr hübsch, der obere Raum unbesetzt, wo man höhere Schulklassen sehr gut hätte hinschicken können. Aber dazu sind die Menschen bei uns noch zu dumm. Und doch hat sich gezeigt, daß die „Boys' Week", die wir eine Woche zuvor hatten, recht fruchtbar verlief, wie mir meine Tochter aus ihren Berichten in ihrem Debattierklub erzählte.[313] Mein Jüngling schien auch ziemlich viel gelernt zu haben.

Samstag abends horchte mich Vaisseur vom CIC in Gießen über allerlei Dinge aus. Ich antwortete vorsichtig. Er fragte auch über die Zustände in der russischen Zone; ich erzählte ihm, was Dr. Mueller mir erzählt hatte,

[311] Der im Sommer 1945 berufene Intendant Wilhelm Henrich war aus Gesundheitsgründen zurückgetreten.

[312] Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. In dieser Sitzung erklärte keine der vier Parteien, daß sie Mattes das Vertrauen entgegenbringe.

[313] Im Rahmen der auf Anregung des deutsch-amerikanischen Debattierclubs in den Herbstferien erstmalig durchgeführten „Boys' Week" hospitierten Schüler wochenweise bei verschiedenen öffentlichen Einrichtungen; Materialien in: UB-MR, NL Bergsträsser 15.

aber ohne den Namen zu nennen. Er sagte, der Name bliebe absolut diskret. Ich sagte ihm aber, ich wüßte selber, was ich zu tun hätte.

Sonntag, 20. Oktober 1946

Grünberg: Kreisdelegiertenversammlung. Eine ganze Reihe von Dummköpfen in der Diskussion erklärte ihre Unzufriedenheit und brüllte, daß die Jugend es machen müßte. Einer dieser Jugendlichen war 48 Jahre alt, Schulmeister in Alsfeld, den wir nicht zum Schulrat gemacht haben, weil er Dreck am Stecken hat. Der Mann wird jetzt Kandidat, und wir müssen ihm das Genick brechen. Knothe weiß auch schon davon. Es war unerfreulich, aber schließlich setzte ich mich doch völlig durch in der Verfassungsfrage. Über die Personenfrage redete ich nicht mit den Leuten. – Nachmittags spazierengegangen, ebenso Montag morgens.

Montag/Dienstag, 21./22. Oktober 1946

Nachmittags in Lauterbach. Die Webschule, die Ausstellung besichtigt. Hübsche Gablonzer Sachen. – Dazwischen 10 Minuten bei einer Feier der Riedesel für alte Forstbeamte, kleine Rede gehalten zur Bewunderung von Mandt. Als ich ankam, Telefonat aus Darmstadt, ich müsse abends bei den Amerikanern in Wiesbaden sein. Im Tempo hin. Drei Schwierigkeiten wegen Artikel 41: Am 21.10. abends war eine Besprechung der leitenden Herren des Verfassungsausschusses mit Herrn Dayton, dem Referenten des General Clay für die Verfassung. Die hessische Verfassung wird von der Militärregierung im ganzen genehmigt. General Clay hat aber Anstände in bezug auf Artikel 41, Sofort-Sozialisierung; er sagt, dann stimme die Bevölkerung innerhalb der Verfassung zugleich über eine gesetzgeberische Maßnahme ab. Herr Dayton sah die Sache als ernst an. Ich sagte ihm sofort, wenn das Wort „werden sozialisiert" durch den Ausdruck „können sozialisiert werden" auf Wunsch der Militärregierung ersetzt werden müsse, so werde meine Fraktion, wie ich sie kenne, dieser Änderung im Landtag nicht zustimmen und werde ihre Anhänger auffordern, gegen die Verfassung zu stimmen. Die Formulierung sei, wie sie dastehe, ein Stück der Abmachung mit der CDU, die für uns hinfällig werde, wenn sie schon geändert werden müsse. Dr. Köhler bestätigte, daß es ein Stück der Abmachung sei. Euler sprach zynisch aus, der Standpunkt der Militärregierung sei richtig. Im weiteren Verlauf sagten wir, wir seien mit diesem Programm in den Wahlkampf gegangen und könnten unsere Wähler nicht prellen. Dr. Köhler sagte dann, auch sie seien mit dem Programm „Sozialisierung" in den Wahlkampf gegangen, und Bauer sagte dasselbe. Wahrhaftig sagte zu Dayton, er verstehe, daß die Sozialdemokratie dabei beharren müsse, sie begehe sonst Selbstmord. Bauer wie Köhler betonten, daß die Verfassung gefährdet werde. Dayton fragte mich, ob die Partei es verantworten

könne, wegen dieses einen Wortes es dazu kommen zu lassen, daß keine Verfassung zustande komme. Ich bejahte.[314]

Dienstag morgen besuchte ich Wahrhaftig in anderer Angelegenheit auf der Militärregierung, wobei ich Herrn Dayton nochmals traf und hinzufügte, die Sozialdemokratie sei doch die demokratisch zuverlässigste Partei, und es sei vom Standpunkt der Amerikaner ein großer Fehler, sie vor den Kopf zu stoßen. Ich sagte das nicht nur als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, sondern als Staatsmann, denn ich sei ja nicht engstirnig nur Parteimann. Landin, der dabei saß, bestätigte meine letzte Bemerkung kräftig. Ich gewann dabei den Eindruck, daß Dayton versuchen werde, General Clay in diesem Sinne zu beeinflussen. Ich ging sogar so weit – ob am Abend oder am Morgen, weiß ich nicht mehr – Dayton deutlich zu sagen, daß unsere Position als Partei gut sei, wenn bekannt werde, daß wir der Militärregierung Widerstand geleistet hätten in einer Angelegenheit, die die Interessen der Militärregierung nicht direkt berühre. Ich betonte, daß ich das persönlich um so offener aussprechen könne, als ich 1½ Jahre in anerkannter Loyalität mit der Militärregierung zusammengearbeitet hätte.

Montag abend im Wiesbaden übernachtet, am nächsten Morgen zu Knothe. Knothe war ernstlich entrüstet über Gießen und sagte, er werde alles tun, damit ich ins Parlament käme. Es ginge nicht ohne mich. Er war ungeheuer freundlich, und es ist belustigend, wie unser früherer Gegensatz dadurch, daß man mich so dringend braucht, ausgeräumt ist. Aber er ist an vielem schuld. In Grünberg war in der Diskussion gesagt worden, er habe doch die Parole ausgegeben: „Die Partei steht für sich allein". Er läßt sich eben immer hinreißen, wenn er spricht, weil er dann nicht mehr weiß, was er sagt. – Dann zum russischen Verbindungsoffizier. Ungeheuer liebenswürdig empfangen. Mein Hut ist zwar nicht da, aber ich sollte mit dem Obersten reden, der mir sagte, er hätte veranlaßt, daß der Sohn freigegeben werde, worauf ich ihm sagte, das sei das schönste Weihnachtsgeschenk.[315] Ich soll am 15.11. etwa wieder hinkommen. Dann sprachen wir über allerlei. Er ließ sich die Verwaltung in Deutschland erklären, fragte, was ein Regierungspräsident sei und erkundigte sich nach meiner politischen Partei. Hoffentlich wird's was. – Eine Viertelstunde im Amt, nach Hause, da kam schon das Telefongespräch, ich solle wieder nach Wiesbaden kommen. Um 3 Uhr in Landins Zimmer mit Dayton und Wahrhaftig. Clay ist obstinat. Entweder sollen wir ändern. Wenn wir nicht ändern, wird die Verfassung mit Ausnahme dieses Paragraphen angenommen. Wir sollen eine Spezialabstimmung über diesen Paragraphen selbst noch ma-

[314] Vgl. zu diesem Gespräch und dem Folgenden den Aktenvermerk B.s vom 22.10.1946 in: Die Auseinandersetzung, S. 145.

[315] B.s Sohn Ludwig befand sich noch in sowjetischer Gefangenschaft und kam erst im September 1947 frei. Der Hut war in Gießen liegengeblieben.

chen. Wir saßen nachher noch bei Dr. Köhler. Es waren diesmal vernünftigerweise nur die beiden großen Parteien geladen. Wir überlegten uns die Sache, kamen aber zu keinem unbedingten Schluß. Ich habe mir dann auf der Rückfahrt überlegt, daß das beste sei, daß über diesen Artikel nicht alternativ, sondern mit „ja" oder „nein" besonders abgestimmt wird und wir eine Erklärung abgeben, die Militärregierung habe aus Gründen der Gewaltentrennung das nicht genehmigt und wir empföhlen allen unseren Anhängern nun, dafür zu stimmen. Schwierigkeiten kommen in der Politik immer von Generälen.

Mittwoch, 23. Oktober 1946

Nach Wiesbaden, weil ich evtl. Senatoren vorgeführt werden soll. Hoffentlich! Dann hätte ich Gelegenheit, ihnen über die Wohnungsbeschlagnahme deutlich einiges zu sagen. – Interessant ist mir bei den ganzen Verhandlungen über die Verfassung, daß der vielgeschmähte Wahrhaftig offenbar ein sehr brauchbarer und ordentlicher Mensch ist, der auch politischen Takt hat. Die Schwierigkeiten, die man von deutscher Seite auf W. schob, stammen wahrscheinlich von deutscher Seite selbst her. Er ist sicherlich nicht Kommunist, und bei der Bildung der Regierung im letzten Jahr kamen die Schwierigkeiten offenbar auch von deutscher Seite, offenbar von dem Schweinehund Heimerich.

In Wiesbaden eine Viertelstunde mit den Senatoren gesprochen, nur über Verfassung. Sehr nette Leute. Gespräch mit Wahrhaftig über Artikel 41. Ich fragte, ob „sind in Gemeineigentum zu überführen" möglich sei. Antwort kriege ich heute. Die CDU ist gegen Sonderabstimmung. Es wird sich aber wohl nicht umgehen lassen. Da müssen wir in diesem Punkt mit der KPD zusammen machen. Clay hat eine sehr unerfreuliche Situation geschaffen. Generäle in der Politik!

Donnerstag, 24. Oktober 1946

10 Uhr Hauptausschuß-Sitzung in Wiesbaden. Interessant war, daß die LDP inzwischen plötzlich die Presse hatte wissen lassen, sie habe kein Mißtrauen gegen Mattes. Der Ministerpräsident als Zeuge stellte fest, daß er auch aus der Sitzung weggegangen sei mit dem Eindruck des allgemeinen Mißtrauens und das Kabinett in diesem Sinne informiert habe. Euler ist in seinem politischen Verhalten, wie ich vermute, aus Kindlichkeit, unmöglich.[316] Wir sprachen das Pressegesetz durch; mein vernichtendes Ur-

[316] Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. Der ‚Wiesbadener Kurier' 23.10.1946 (Dr. Mattes und die Parteien) hatte eine Stellungnahme der LDP verbreitet, wonach sie keinen Grund sehe, Mattes das Vertrauen zu entziehen. Dies widersprach ihrer Stellungnahme in der Hauptausschußsitzung vom 18.10. (vgl. Anm. 312); dazu ebd.: Köhler an Schriftleitung ‚Wiesbadener Kurier', 24.10.1946.

teil war so scharf, daß es mit einigem Staunen aufgenommen wurde.[317] Ich belegte es aber mit den nötigen Zitaten. Ich war der Einzige, der es wirklich durchgearbeitet hatte. Auf Vorschlag von Bartsch stimmten wir, um keine Lücke in der Gesetzgebung zu lassen, zu, daß es trotzdem Gesetz würde, aber befristet zum 31.3. Es ergibt sich daraus eine schöne neue Aufgabe für den nächsten Landtag.

Ich fuhr hin mit Brentano, der seinerseits auch abgeneigt ist, die Sonderabstimmung zu machen. Ob wir der CDU mit einer Erklärung, daß die Sonderabstimmung aus den und den Gründen von der Militärregierung gewünscht werde, eine Brücke bauen können, ist noch nicht klar. Brentano meinte, das beste sei, überhaupt gegen die Verfassung zu stimmen, um zu zeigen, daß man so etwas nicht mitmache. Mir kamen darüber nachher Bedenken, ob man das tun könne bei einer formalen Frage. Wahrhaftig gegenüber sprach ich mich nachmittags doch, autorisiert von Brentano, aus, daß führende Mitglieder der CDU dies erwägen, verhehlte auch nicht, daß die ganze Geschichte von den Amerikanern angerührt sei und unsere politische Arbeit aufs schärfste gefährde, offenbar aus Unkenntnis der Zusammenhänge. Wahrhaftig machte ein langes Gesicht, gab mir nicht unrecht. Die Zusammenarbeit mit W. ist jetzt für mich ausgezeichnet und sehr angenehm. Vorher hatte mir Bauer die bindende Erklärung abgegeben, sie würden bei Sonderabstimmung für den Artikel 41 stimmen, wollten überhaupt aus dieser Sache gegenüber uns kein Kapital schlagen. Ich sagte das Wahrhaftig. Er sagte, er habe in diesem Sinn schon mit Bauer gesprochen, was natürlich unter uns beiden bleibt. – Nach Schluß der Hauptausschuß-Sitzung sprach ich noch mit Köhler, Stieler, Buch bei einer Flasche Wein (Geburtstag Stieler) über die Sache. Witte war leider dabei und äußerte Bedenken wegen der drei Abstimmungen. Er kann halt auch nicht politisch denken. Sonntag abend ist Fraktionsvorstand, an dem ich teilnehme.

Abends in Frankfurt Kolleg über Sozialisierung. Zuhörerschaft sehr aufmerksam. Ich begann mit dem Kommunistischen Manifest.

Samstag, 26. Oktober 1946

Abends Delegiertenversammlung. Riegel hielt eine dumme Rede für sich selbst, die das Ergebnis hatte, daß ich mit 64 von 100 Stimmen als Spitzenkandidat aufgestellt wurde, während Riegel nur 19 bekam, 18 ungültig wegen Doppelnamen. Auf der Bezirkskonferenz am Sonntag stimmten einige Delegierte nicht geschlossen, so daß ich auf die dritte Stelle kam. Ich teilte das Apel und Knothe mit, die dafür sorgen wollen, daß ich in Marburg Li-

[317] In B.s Stellungnahme zum Entwurf des Pressegesetzes hieß es, er stehe in Widerspruch zur hessischen Verfassung. Der Hauptausschuß lehnte eine Weiterberatung ab; Text des Entwurfs in: HStA, 1126 NL Geiler 12.

stenführer werde, so daß ich möglichst noch auf die Liste komme. Es ist nur eine Prestigefrage, denn ich bin in Darmstadt auch sicher.[318] Als ich es Stork erzählte, sagte er, ich solle nichts weiter dagegen tun und darf annehmen, die leitende Stelle sei mir doch sicher. Durch meine Arbeit an der Verfassung bin ich ins Geriß gekommen. Mehrfach wurde mir für den zukünftigen Landtag der Fraktionsvorsitz angeboten. Ich erwähnte Apel gegenüber, daß ich in den Hauptausschuß wolle, was er sofort billigte.

Meine Reise nach Berlin scheint mir mit zukünftigen deutschen Gestaltungen zusammenzuhängen. Geiler gesagt, daß Paris-Reise gesichert. Er will mich am Donnerstag neben den wichtigsten Franzosen setzen. Billigt die Reise sehr. Erich von Schubert, der sich in Wiesbaden bewirbt, wurde von Binder persönlich empfangen und höchst liebenswürdig behandelt.

Sonntag, 27. Oktober 1946

Zur Fröba-Feier nach Arheilgen, hübsches literarisches Programm. Schlechte Rede von Keil, sehr schlechte Besetzung. Rede vor den Flüchtlingen, Rede von Elsesser. Längere Unterhaltung mit zwei katholischen Pfarrern aus der Gegend von Karlsbad. – Dann nach Wiesbaden. 8 Uhr Sitzung des Fraktionsvorstandes. Die ganze Situation über den Artikel 41 durchgesprochen. Wir waren der Meinung, daß wir eigentlich von der Sonderabstimmung nicht abgehen könnten, daß wir aber mit der CDU verhandeln wollten, um ihr, wenn möglich, entgegenzukommen, da wir sehen, daß sie Schwierigkeiten mit der LDP bekommen wird, woran uns ja auch nichts liegt, denn die CDU bindet Wähler, die sonst in die Opposition gehen und eine größere Reaktionärpartei bilden könnten. Das ist nicht im Interesse des Staates. Abends noch zu Köhler, wo Brentano. Da lange Unterhaltung, dann gegen Mitternacht noch zu Wahrhaftig auf die Militärregierung. Dort bis 1 Uhr. Ergebnislos.

Montag, 28. Oktober 1946

Morgens um 9 Uhr im Taunus-Hotel. Hin- und Hergespräche. Dann ging die CDU in die Militärregierung, ich in den Ältestenrat. Von dort zur Militärregierung geholt. Lange Unterhaltung über etwaige Möglichkeiten einer gemeinsamen Erklärung oder sonstiger Auswege. Wahrhaftig machte den Vorschlag, Artikel 41 in die Übergangsbestimmungen zu nehmen und einen Absatz beizufügen, nach dem die Gesetze bis zum 28.2.47 dem Landtag vorgelegt werden müssen. Ich erklärte gleich, daß ich nicht glaubte, [m]eine Fraktion würde darauf eingehen. Nachmittags Fraktion mit äußerst schlechter Stimmung. Mehrere sagten, dann müsse man über-

[318] B. wurde Listenführer im Wahlkreis I (Darmstadt-Stadt, Darmstadt-Land und Groß-Gerau).

haupt gegen die Verfassung stimmen. Ich fuhr zur Militärregierung und besprach die Situation, worauf Wahrhaftig mir anbot, daß er und Dayton in die Fraktion kommen würden, um dort neue Gesichtspunkte auseinanderzusetzen. Zurück zum Taunus-Hotel, wo die Mehrzahl der Mitglieder unserer Fraktion dem Verfassungsausschuß zustimmten. Zurück zur Militärregierung und Dayton benachrichtigt. Nach 5 Uhr Fraktionssitzung im Schlachthof, warm und Bouillon. Ich mußte dolmetschen, obwohl ich völlig erledigt war. Das Dolmetschen machte auf die Fraktion großen Eindruck. Die Ausführungen der beiden Amerikaner auch. D. war ausgesprochen geschickt. Als [sie] weggingen, beriet [die Fraktion] noch kurz unter Leitung von Heisswolf[318a] und beschloß, für die Sonderabstimmung zu stimmen gegen 1 Stimme. Ins Taunus-Hotel und Köhler mitgeteilt. Tiefer Eindruck auf ihn, wurde blaß. Berief von seiner Fraktion, was noch da war.

Dienstag, 29. Oktober 1946

Morgens Fortsetzung bei der CDU, die schließlich auch zustimmte. Dann Verfassungsausschuß, wo es bei dem Art. 17 wegen Anfechtung der Worte im Beschwerdewege noch längere Auseinandersetzungen gab.[319] Ich verbesserte die Stimmung durch schlagfertige Bemerkungen. Dann zur Militärregierung. Dayton sprach in meiner Gegenwart mit Berlin und holte deren Zustimmung ein. Zurück und Knothes Rede durchgesehen. Sie war im Thema durchaus falsch gegriffen, da sie nicht auf die Verfassung Bezug nahm. Ich änderte Einzelheiten und brachte noch die Erwähnungen der anderen drei Mächte hinein, denn er hatte sich nur mit den Franzosen beschäftigt. Aber grundsätzlich ändern konnte ich nicht mehr. Er liest alle Reden ab und kann nicht improvisieren. Dann ins Plenum [in] der [Gewerbe-]Schule.[320] Abstimmung über die unstrittigen Artikel. Inzwischen kam das Schreiben von Clay[321], so daß wir auch die strittigen Artikel be-

[318a] Im Manuskript verderbt: „Als wir weggingen, beriet ich noch kurz unter Leitung von Harries Wolf ...".

[319] Art. 17 lautete in der ursprünglichen Fassung: „Auf das Recht der freien Meinungsäußerung, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie auf das Recht der Verbreitung wissenschaftlicher oder künstlerischer Werke kann sich nicht berufen, wer den verfassungsmäßigen Zustand angreift oder gefährdet." Aufgrund des amerikanischen Einspruchs wurde noch hinzugefügt: „Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet im Beschwerdewege der Staatsgerichtshof."

[320] 6. Sitzung Plenum am 29.10.1946: LV-Drucks. III, S.209ff.

[321] Witte verlas Clays Brief im Plenum, ebd. S.212. Die Militärregierung genehmigte damit die hessische Verfassung vorbehaltlich der Umsetzung der von ihr gewünschten Änderungen und der Zustimmung der Landesversammlung, den Art. 41 einem gesonderten Volksentscheid zu unterwerfen.

handeln konnten. Schlußreden der Fraktionsführer, mit der kleinsten beginnend. Euler motivierte Ablehnung. Als er das ausgesprochen hatte, ging er hinaus. Bauer stimmte zu, was mir eine persönliche Freude war und sachlich für uns sehr viel bedeutet. Ich saß während seiner Rede bei Fisch im Hintergrund. Köhler motivierte pathetisch. Ich kam gegen das Ende und hörte gerade den sehr herzlichen Dank an mich. Händeklatschen der großen Fraktionen. Als alles vorüber war, fiel persönlicher Dank und Glückwunsch an mich, ebenso nachher im Taunus-Hotel. – Zuhause noch Bericht und Unterhaltung mit Frau Künicke-Henckels.[322] Die bekannten Klagen über die englische Wirtschaftspolitik.

Donnerstag, 31. Oktober, bis Freitag, 7. November 1946:
Bericht über die Berliner Reise (11. November 1946).[323]

Ich habe Sie hierher freundlichst eingeladen, um Ihnen ohne große Aufmachung eingehend von meiner Erkundungsreise oder Forschungsreise nach Berlin zu erzählen. Ich will mit einigen Innerlichkeiten beginnen: Die Fahrt nach Berlin im Amerikaner-Zug gilt als sicher. Da aber der Engländer-Zug von den Russen einmal nicht gerade freundlich behandelt wurde, so wird der Amerikaner-Zug durch die russische Zone jetzt von MP mit Revolvern begleitet. Es soll im Amerikaner-Zug noch nie etwas passiert sein, wird erzählt. Wo die russische Grenze beginnt, ist sichtbar, besser: fühlbar, die Gleise werden schlechter, überall eingleisiger Bahnbetrieb, die zweiten Gleise sind überall abmontiert. Im Halbdunkel sah ich Potsdam liegen – ziemlich zerstört; der schöne Teil um das Stadtschloß, Rathaus, Nikolai-Kirche. Leider ist die Garnisonkirche nicht ganz zerstört, ich hätte es ihr von Herzen gegönnt. Die Zerstörung ist teilweise auf Bombenangriffe, teilweise auf Beschuß und Granateinschlag in allerletzter Zeit zurückzuführen. In Wannsee endet der Zug.

In Berlin angekommen, war ich zuerst im Zentrum, in der Gegend des Kurfürstendamms. So zerstört wie Darmstadt ist es nicht. So paradox es klingen mag, aber mir scheint es zum Teil nicht genügend zerstört. In jedem Viertel gibt es immer noch zahlreiche Häuser, die verwertbar sind, folglich würden alle großen Baupläne mehr oder weniger Tüneff. Man wird eben das, was noch da ist, weiter ausbauen, weiter be-

[322] Ruth Henckels geb. Künicke, Schulfreundin von Gisela Bergsträsser, die 1945 nach ihrer Flucht aus Potsdam kurze Zeit bei B.s untergebracht war.

[323] In: UB-MR, NL Bergsträsser 1. Die vollständige Überschrift lautet: „Bericht über die Berliner Reise des Herrn Regierungspräsidenten, Prof. Dr. Bergsträsser, in der Zeit vom 31.10.1946 – 7.11.1946 (am 11.11. den Herren Regierungsdirektoren, Oberbürgermeister Metzger, Präsidenten Stock und Dr. v. Brentano vorgetragen)".

nutzen müssen. Es sind noch genügend Grundmauern und Straßen da. Es wird in Berlin, ähnlich wie jetzt hier, allerlei neu aufgebaut, Wohnungen geflickt usw. Auf Merkwürdigkeiten stößt man hin und wieder. So sieht man an der Straßenkreuzung Friedrichstraße–Linden rot-gelb-grüne Lichter, die allerdings überflüssig sind, denn Autos gibt es kaum. Die Amerikaner und Engländer können in dieses Gebiet nicht hinein, die Russen nur wenig und schlecht, Franzosen haben zu wenig Benzin, daß sie kaum die Innenstadt besuchen können. Ein Bekannter von mir, der in einem Vorort wohnt und mit den Franzosen Fühlung hat, sagt, sie bedauern es, daß sie zu ihm nicht kommen können, aber für 2 Stunden, 40 km könnten sie keine Autos aufwenden. Der Russe macht sich im Stadtbild von Berlin wenig bemerkbar. Wenn man aber nach Potsdam kommt, wo sich das russische Hauptquartier befindet, wimmelt's von Russen.

Wenn man die Bevölkerung ansieht – ich hatte durch meine öfteren Untergrundbahnfahrten genügend Gelegenheit dazu –, so stellt man fest, daß sie sich kaum in ihrem Aussehen von den Menschen hier unterscheidet. Ich müßte unvorsichtig sein, wenn ich das feststellen wollte. Allerdings ist es mir in Potsdam aufgefallen, wieviel schlecht aussehende Kinder im Alter von 10–15 Jahren zu sehen sind. Wenn man die Berliner selbst fragt – in der Untergrundbahn, ich bin selbst früher 8 Jahre lang in Berlin ansässig gewesen, kam mir jetzt vor wie ein kleines Kind, man findet sich in den Verkehrsmitteln und überhaupt in der Stadt nicht zurecht –, so kommt man mit den Leuten ins Reden. Die Untergrundbahn ist in Ordnung – bis auf ein Stück zwischen der S-Bahn an der Stelle zwischen Linden und Berliner Bahnhof. Sie fährt rasch, im 10- und manchmal 5-Minuten-Verkehr in der Innenstadt, fast wie im Frieden. Die Stadtbahn ist allerdings gerade in der letzten Zeit durch die Stromreduzierungen so qualvoll voll, daß es kein Vergnügen ist, mit ihr zu fahren. Auch die Elektrische in Potsdam ist geradezu unerhört voll; es ist ein großes Mißvergnügen, mit ihr zu fahren. Der Berliner hat sich seine Schnauze bewahrt und nimmt die Natur eines Stachelschweines an.

Was die Stimmung in Berlin betrifft, so macht sich in manchen Kreisen die gleiche pessimistische Lethargie bemerkbar wie hier. Die Stimmung ist in einem unglaublich ausgesprochenen Maß scharf gegen die Russen, und zwar aus den verschiedensten Gründen: Zunächst einmal haben sich die russischen Truppen bei der Einnahme von Berlin nach dem einhelligen Urteil, das ich gehört habe, von Leuten, die ich sehr gut kenne, die zuverlässig sind, sehr schlecht benommen. Was von den vielen Vergewaltigungen gesagt worden ist, scheint im großen und ganzen – wenn auch natürlich etwas übertrieben – doch im allgemeinen zu stimmen. Es wurde vor allen Dingen damit begründet, daß noch große Schnapslager entdeckt und ausgebeutet wurden und die Russen dann

im Suff völlig hemmungslos waren. Da sie sich vielfach an den Frauen vergriffen haben, hat dies dazu geführt, daß man in der Zeit der ersten russischen Besatzung stillschweigend von den Gesetzen wegging und jede Abtreibung erlaubt hat. Vielfach sind Geschlechtskrankheiten verbreitet worden. Die Russen hätten sich, wie erzählt wird, diese in Polen meistens geholt. Ich habe mit zwei deutschen Ärztinnen über diese Dinge gesprochen, und sie bestätigten mir, daß viele Frauen, die nicht gesundheitlich geschädigt wurden, diese Dinge seelisch langsam überwunden hätten. Am meisten hätten ältere Frauen, die unverheiratet und bis dahin enthaltsam gelebt haben, darunter gelitten. Was aber die Stimmung gegen die Russen so scharf herausstellt, ist doch wohl im wesentlichen das, wie mir scheint, berechtigte Gefühl der Unsicherheit, daß niemand weiß, wann er etwa plötzlich einmal einem Gewaltakt unterliegt in der russischen Zone. Es wurde auch von Plünderungen erzählt, die Banden in russischer Uniform durchführen, so ähnlich wie man hier schon Plünderungen von Banden in amerikanischer Uniform erlebt hat. Doch oft sind es reine Willkürakte der GPU. Die Willkür der Russen hat ein System, d. h. es wird eben in der Behandlung der Menschen vielfach ein Unterschied gemacht, wo sie politisch stehen. Von sehr einwandfreier Seite wurden mir Fälle erzählt, wo junge Leute das Abitur wie hier bei diesen Überholungskursen noch einmal machen müssen, wenn sie studieren wollen; wenn sie aber SED-Mitglieder sind, brauchen sie diese Kurse nicht zu machen. Je nachdem, welcher Partei der einzelne angehört, wird er halt benachteiligt oder begünstigt.

Über die Deportationen habe ich nicht weiter gesprochen. Mindestens besteht der sogenannte „freiwillige Zwang" wie in der Nazi-Zeit, wahrscheinlich nicht einmal der. Auch diese Dinge hörte ich von alten Bekannten, die zum Teil durchaus auf der russischen Seite stehen und die mir nichts anderes gesagt haben. Auch Personen, die nun im Zentralorgan der Russen tätig sind[324], sprachen sich über die Schwierigkeiten in der Tätigkeit sehr deutlich und sehr akzentuiert aus. Eine Art der Zusammenarbeit, wie sie dann doch hier mit den amerikanischen Stellen ist, gibt es einfach dort nicht. Überdies sind die Zuständigkeiten in einer ganz anderen Art verteilt. Im Grunde genommen sind die deutschen Behörden im russischen Gebiet doch nur Ausführungsorgane. Sie schlagen vor, und die eigentlichen Entscheidungen fallen in der Regel woanders. Dann sind dort z. B. in den Zentralämtern – so eines der interessantesten Gespräche, das ich hatte, und zwar mit dem uralten Greis Schiffer, ehemaliger Reichsminister, 87 Jahre alt, frisch und geistig kräftig, über interessante Kompetenzen und politische Probleme, wie ich sie vor 30–40 Jahren mit ihm durchgesprochen hätte – die Zuständigkeits-

[324] Gemeint sind die bereits 1945 gebildeten elf deutschen Zentralverwaltungen für die sowjetische Zone.

abgrenzung zwischen seiner Behörde und den Länder-Behörden sehr ungenau. Die Zentralbehörde hat sich die Ernennung der Präsidenten der Landgerichte, Generalstaatsanwälte vorbehalten, auf Vorschlag der Länder. Es geht in den einzelnen Fällen einmal so und einmal so, das eine Land macht es ganz mit, das andere nicht ganz usw. Die Abgrenzung ihrer Zuständigkeiten gegenüber den Ländern ist schwankend, gegenüber der russischen obersten Behörde ist noch schwankender und eigentlich vielfach von den Personen und von den Launen abhängig, aber sie besteht und ist also so etwas wie eine bizonale Behörde, nur daß kein Mensch ganz genau weiß, was zu fassen ist. Der Verkehr in Berlin: Die einzelnen Sektoren merkt man nicht. Bald kommt an einer Straße ein Schild „Hier beginnt die englische oder die französische Zone". Der Verkehr geht darüber hinweg, es gibt da keinerlei Hinderungen. Auch in Potsdam – in der russischen Zone – ist es so. Dort ist das militärische Hauptquartier der Russen. Das politische Hauptquartier der Russen ist in Karlshof, das der Franzosen in Frohnau, der Engländer am Fehrbelliner Platz, im früheren Oberkommando des Heeres. Das Hauptquartier der Amerikaner ist in Dahlem. Dort sitzt OMGUS in einem Riesending, wie mir gesagt wurde, im früheren Luftgaukommando. Die Engländer sitzen in einem Fuchsbau, wo sich kein Mensch hinein- und herausfindet.

Nun will ich einmal anfangen, von meinen Verhandlungen mit den Amerikanern zu berichten. Ich wurde da systematisch herumgereicht. Mein Führer war der Ihnen auch nicht unbekannte Herr Dayton, der ja bei OMGUS sitzt. Am ersten Morgen wurde ich gleich zu General Parkman gebracht, der mich freundlich aufnahm, mich zum Abendessen einlud. Ich hatte eine lange Unterhaltung mit ihm. Das Äußerliche ist so: Man kommt an, muß in eine Straße gehen, wo man einen Paß für OMGUS, eine Karte zum Mittagessen in der Kantine des deutschen Personals und Lebensmittelkarten bekommt. Dayton hat mich im Auto abgeholt. Ich wohnte im Parkhotel in Zehlendorf, sehr teuer, sehr gute Bedienung. Das Mittagessen im deutschen Kasino muß man mit RM –,50 bezahlen.

Das Wichtigste, was ich bei meinen Unterhaltungen mit den Amerikanern gemerkt habe, ist zunächst einmal dies, daß die Amerikaner dabei sind, die deutsche Frage sehr energisch weiterzutreiben. Sie wollen nicht nur die Frage des Zusammenschlusses der Zonen, sondern die Frage des Friedens mit Deutschland und die Frage der deutschen Einheit beschleunigt lösen. Sie erwähnten auch, daß diese Frage im nächsten Jahr schon gelöst sein wird, and zwar ist Voraussetzung für den wirklichen Friedensschluß eine Zentralregierung und ein Zentralparlament, auf die sie hinausgehen. Ich kann Ihnen auch sagen, und das müssen Sie diskret behandeln, daß mein Eindruck durch eine Landkarte, die sie mir gezeigt haben, verstärkt wurde, daß die Amerikaner

die Absicht haben, dafür einzutreten, daß die Grenze im Osten ziemlich verändert wird, und zwar um Mittelpommern, den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder, Regierungsbezirk Liegnitz, also eine Linie, die von Mittelpommern etwa auf Breslau zuläuft, wobei das Gebiet von Schlesien, südlich von Breslau und westlich der Oder bestritten ist. Da wollen sie offenbar noch mit sich reden lassen. Oberschlesien bleibt polnisch. Das wäre immerhin eine sehr große Veränderung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Damit hängen offenbar bestimmte Vorstellungen, wie es am besten wäre, den deutschen Bundesstaat einzurichten, zusammen. Und zwar sind alternative Vorschläge gemacht worden – ich sprach mit dem zuständigen Referenten eine Stunde lang. Den Vorschlag, der etwa 8–9 Länder umfassen soll, scheint man am praktischsten und richtigsten zu finden. Genau erinnere ich mich nicht mehr. Hier nur einiges: Rheinland, Westfalen bleiben, wie es ist. Bayern scheint man noch in einen südlichen und nördlichen Teil zu teilen. Sicher ist man der Meinung, das Aschaffenburger Gebiet zu Hessen zu tun. Dafür wollen sich die Amerikaner einsetzen, eine Idee, die, wie meine ältesten Mitarbeiter wissen, schon bei der Begründung von Groß-Hessen eine gewisse Rolle gespielt hat.[325] Sie war nur damals nicht auf großes Verständnis gestoßen, und zwar zum Teil durch Gegenströmungen aus anationalistischem Interesse heraus, z.T. wirtschaftlich begründet. Man will zu Rheinland-Westfalen das linksrheinische Gebiet nehmen, wie es jetzt ist, zu Hessen das Gebiet Koblenz, Trier und Rheinhessen. Ich wurde dann über die Pfalz gefragt, denn dem Referenten war vorgetragen worden, die Pfalz gehöre zu Rheinhessen, man spreche hier und dort den gleichen Dialekt. Ich habe dem betreffenden Herrn gesagt, daß ich mich anheischig machte, jeden Menschen sofort zu klassifizieren. Zwischen Weinheim und Mannheim verliefe deutlich die Linie des Dialektes. Ich habe [mich] durchaus dafür ausgesprochen, daß, wenn Württemberg-Baden zusammenbleiben, die Pfalz dazu gehöre. Inzwischen ist mir gesagt worden, daß die Mannheimer eigentlich die Tendenz hätten, sich nach dem Norden zu entwickeln. Das würde freilich die Sache etwas ändern. Meine Meinung ist die, daß es gut wäre, wenn möglichst viel rechtsrheinische Länder auch linksrheinisch beteiligt wären. Das ist ein wichtiges politisches Prinzip.

[325] Zu den auf ältere Raumordnungspläne zurückgehenden hessischen Vorschlägen im Vorfeld der Gründung des Landes Hessen, das Aschaffenburger Main-Viereck einzubeziehen, vgl. Walter Mühlhausen, Die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht zur Gründung des Landes Hessen 1945. Darstellung und Dokumentation zum 40. Jahrestag der Landesgründung, in: Nassauische Annalen 96 (1985), S. 197–232, hier: S. 212. B. selbst hatte in einem „Memoire über die Verwaltungseinteilung" vom 28.5.1945 gefordert, den Bezirk Aschaffenburg in die Provinz Rhein-Main zu integrieren; vgl. Bergsträsser, Zeugnisse, S. 405.

Dann bin ich nach Vorschlägen über einige Dinge der zukünftigen Reichsverfassung [...] gefragt worden. Man ist demnach dabei, daß man schon Pläne macht über die Reichsverfassung, Entwürfe. Man versucht, sich über die Kompetenzen zwischen Reich und Ländern Gedanken zu machen. Man fragte mich, ob das Reich eigene Einnahmen haben solle usw. Ich habe mich sofort dahin ausgesprochen „wer Geld ausgibt, soll es auch selber einnehmen". Das schien mir die neutralste Art. Das Reich muß seine eigenen Einnahmequellen haben. Ich habe mich inzwischen mit Herrn Professor Gerloff in Verbindung gesetzt und werde dann ein Memoire in dieser Linie nach Berlin richten.[326] Das Wichtigste dabei ist aber die Tatsache, wie nahe man diesen ganzen Dingen doch schon ist. Wir müssen uns alle darauf einrichten, daß wir uns in der nächsten Zeit mit all diesen Dingen beschäftigen, müssen unsere Meinungen an amerikanische Stellen geben, damit aus Unkenntnis heraus kein Unsinn entsteht.

Eine andere wichtige Sache, über die ich von einem anderen Herrn bei OMGUS befragt worden bin: die Frage der kommunalen Selbstverwaltung. Man macht jetzt eine Denkschrift über die kommunale Selbstverwaltungsordnung in Wiesbaden, Kassel und Darmstadt. Ich habe mich natürlich für die hiesige ausgesprochen, die anderen seien Parallelisierungen, die mir verwaltungspolitisch falsch erscheinen, überdies seien sie sehr teuer. Der Referent selbst war der Meinung, daß diese Ordnung in Wiesbaden und Kassel einen politischen Fehler habe, indem keine eigene Kontrolle dabei sei.

Die dritte Frage, die ich nun auch noch besprochen habe und die im Augenblick wichtig ist und interessant, ist die Frage der Denazifizierung. Die Denazifizierung wird bearbeitet von Dr. Dorn. Er war früher in Frankfurt a. M., Universität, spricht gutes Deutsch. Ich hatte damals mit ihm immer sehr gute Verbindung gehabt. Um so erstaunter war ich, daß Dr. Dorn sich – nicht mir persönlich gegenüber, aber im allgemeinen – in einem etwas groben Ton über die Denazifizierung ausließ, und zwar sich steigerte bis zu der Formulierung: Die Deutschen hätten das jetzt übernommen, zwei Monate Zeit ließe man ihnen jetzt noch. Wenn die Denazifizierung nicht oder in der Art weiter durchgeführt werde wie bisher, würde die Militärregierung die Denazifizierung wieder selbst in eigene Regie nehmen, dann sei natürlich an eine Selbstverwaltung oder Regierung mit Landtagen gar nicht zu denken. Die Entwicklung würde dadurch ganz zurückgehen. Ich bin natürlich der Meinung, daß diese

[326] Zur Vorbereitung dieser Ausarbeitung vgl. Eintragungen 22., 23. und 27.11.1946; ein entsprechender Text ist nicht nachweisbar.

Suppe nicht ganz so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde.[327] Ich machte Gegenargumente geltend, vor allen Dingen dahin, die Denazifizierung sei deswegen schwierig, weil wir nicht über genügend Personal verfügten, worauf er sagte, da müßten wir gute Kräfte aus der Verwaltung nehmen, selbst wenn die Verwaltung dann stillstehen müsse. Dann habe ich mir die Dinge überlegt, in seiner Gegenwart nur diese Äußerungen und einige andere Dinge dagegen gesagt, wobei mir einen Augenblick ein Schauer über den Rücken ging, in dem er mir erklärte, für die Denazifizierung sei in dem Ministerium in Bayern gar nichts gemacht worden, in Württemberg sei die Sache auch schief gegangen, in Hessen auch nicht gut, allerdings sei Binder krass gewesen, habe aber einen Rundfunkvortrag gehalten, in dem er dieses Gesetz kritisiert hat.[328] Wir müßten energische Leute haben: „Sie wären der Mann, der das machen könnte." Von den Hauptschuldigen (ca. 550) seien über 300 zu Mitläufern geworden (in Bayern), das sei doch unmöglich. Ich sagte, daß ich über diese Dinge nicht Bescheid wisse, ich hätte drei Monate Verfassung gemacht, hätte mich um diese Details nicht kümmern können, in meinem Regierungsbezirk wäre die Sache in Ordnung. Ja, das wisse er auch. Ich habe an Minister Binder natürlich auch eine kleine Aufzeichnung gemacht. Es scheint mir so zu sein, daß man, um der öffentlichen Meinung in Amerika entgegenzukommen, einige nationalsozialistische Schlachtopfer präsentieren muß, und die amerikanische Presse braucht dringend den Gestank dieser Opfer.[329] Ich wollte Ihnen das doch zur Abrundung dieses ganzen Bildes sagen, weil es für die Gesamtbeurteilung der politischen Situation notwendig ist.

Im übrigen, um auch das zu erwähnen, kann ich persönlich nur sagen, daß ich in diesen ganzen Tagen von amerikanischer Seite sehr angenehm behandelt worden bin. Ich war eigentlich jeden oder jeden zweiten Abend bei den Amerikanern zum Essen eingeladen; dabei wurden politische Gespräche geführt. Ich hatte – durch einen alten Bekannten, der bei OMGUS als deutscher Berater tätig ist und den erlauchten Namen Mommsen trägt, er arbeitet in der Wirtschaftsabteilung – Gelegenheit, mit Engländern in Verbindung zu kommen. Ich habe mit einem Herrn, der mich bat, ins englische Hauptquartier zu kommen, gesprochen, der speziell die Frage „Deutschland und Länder" usw. bearbeitet.

[327] Tatsächlich waren die Amerikaner mit der bisherigen Durchführung durch die deutschen Stellen dermaßen unzufrieden, daß Clay schließlich auf der Länderratssitzung am 5.11.1946 drohte, die Entnazifizierung wieder von den Amerikanern übernehmen zu lassen. Akten Vorgesch. BRD 1, S. 1015; vgl. Mühlhausen, Hessen, S.320.

[328] Manuskript der Rundfunkansprache Binders in: StA-DA, H 1 RP Liste 21/27.

[329] B.s Einschätzung der amerikanischen Presse entsprach der wachsenden Unzufriedenheit in der amerikanischen Öffentlichkeit. Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, S.149; Niethammer, Mitläuferfabrik, S.413.

Ich habe mit ihm auch die Probleme durchgesprochen, um so angenehmer, als er mir sofort erklärte, er sei seit 20 Jahren Sozialdemokrat (also Labour-Party). Es stellte sich heraus, daß eine sozialdemokratische Bezirksstadtverordnete in London, die ich sehr gut kenne, mit ihm auch gut bekannt ist. Die Engländer scheinen doch sehr stark in derselben Linie wie die Amerikaner in der Lösung der deutschen Frage vorgehen zu wollen. Ich werde auch diese Gelegenheit und Verbindung benutzen, um da meine Auffassung zu sagen.

Mit den Russen bin ich nicht in Verbindung gekommen, aber ich werde das nächste Mal mit Ihnen auf zwei Wegen in Verbindung kommen. Der eine führt über meinen alten früheren Fraktionskollegen, den jetzigen CDU-Mann Lemmer. Der andere Weg ist kurios: ich habe natürlich auch sofort die Verbindung mit meiner Partei gesucht, habe sie samstags nachmittags bei einer kleinen Unterhaltung zunächst gefunden, dann am Montag in meiner Partei einen Besuch gemacht, am Dienstag ebenso. An diesem Tag entwickelte sich etwas sehr Kurioses. Ich ging um ½3 hin, erfuhr, daß ich sehr ungelegen käme, denn um 3 Uhr sei Parteiausschuß-Sitzung, alle Großkopfeten seien dabei beteiligt. Ich ging mittlerweile zu den kleineren Geistern, ließ mir Flugblätter und ähnliches Material geben. Plötzlich stürzte einer der SPD-Leute, der an der Sitzung beteiligt war, ins Zimmer, sagte zu mir: „Sie müssen sofort heraufkommen. Oben ist bei unserer Sitzung ein russischer Major. Er hat ja das Recht, zu all diesen Sitzungen zu kommen. Aber wir wollen vor ihm nicht das verhandeln, was wir ursprünglich verhandeln wollten." Ich ging natürlich mit ihm, wurde feierlich begrüßt und habe eine halbe Stunde über die hessische Verfassung gesprochen, so wie man gewünscht hatte. Nach meinen Ausführungen, während die Sitzung weiterging, ging ich zu dem Major hin und sagte, ich würde mich gern mit ihm unterhalten. Wir sprachen dann hauptsächlich darüber, wie die Sozialisierung in unserer Verfassung auszulegen sei. Ich habe heute die Verfassung an ihn abgeschickt, um die er mich bat. Wenn ich gelegentlich wieder nach Berlin komme, werde ich mit maßgebenden russischen Personen die Verbindung aufnehmen. Das halte ich auch für notwendig.

Ein weiteres sehr wichtiges Problem: Durch, wie ich im Anfang sagte, die scharfe Stellung der Bevölkerung gegen die Besatzungsmacht ist natürlich sowohl die Niederlage der SED bei den Wahlen wie der große und von der Partei selbst nicht in diesem Maße erwartete Erfolg der SPD zu erklären.[330] Die SED gilt allgemein als völlig abhängig von den Russen und tut in einer, wie mir scheint, seltsamen Ungeschicklichkeit alles, um dies zu verstärken. Am Donnerstag hingen überall in Berlin

[330] Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 20. 10. 1946 hatte die SPD 48,7% erreicht; die SED war mit 19,8% weit abgeschlagen (CDU 22,1%, LDP 9,4%).

große Plakate, die zu einer Großveranstaltung der SED anläßlich des 29. Jahrestages der Oktoberrevolution aufforderten. Das ist nun vom Standpunkt der SED aus, meiner Kenntnis der Psychologie der Berliner nach, absolut das Dümmste, was sie überhaupt machen können, sich in diese enge Verbindung mit diesen russischen Dingen zu bringen. Die SPD verdankt ihren Erfolg einerseits dem Gegensatz der Bevölkerung gegenüber den Russen, zweitens der Agitation, wie ich von vielen Seiten gehört habe.

Am Sonntag nachmittag machte ich Besuche, hatte 1½ Stunde Zeit, um Forschungen über die öffentliche Meinung anzustellen. Ich ging in ein Kaffee, setzte mich zu drei Mädels an den Tisch, bot jeder von ihnen eine amerikanische Zigarette an, sagte: „Das tue ich nicht Eurer schönen Augen wegen. Da ich 16 Jahre nicht in Berlin war, sollt Ihr mir erzählen, wie es in Berlin aussieht". Die eine war Stenotypistin, die andere arbeitete im väterlichen Baustoff-Handel-Geschäft, die dritte hatte bei den Amerikanern gearbeitet. Augenblicklich arbeitete sie nichts, sie hatte sich einen amerikanischen Freund zugelegt. Sie erklärten: „Ja, was sollte man wählen: SED – das sind die Russen; LDP – ist reaktionär, natürlich auch nicht; CDU – ist katholisch, also auch nicht, folglich: SPD". Es ist da immer noch so – ich kenne diese Einstellung aus Norddeutschland, meine Frau stammt dort her[331] –, daß das, was katholisch ist, für den nicht katholischen Deutschen so ungefähr der Teufel ist. Früher wurde immer erzählt, man brauche einen Katholiken nur anzusehen, wenn man ihm genau ins Gesicht sieht, der ist eben falsch. Zum Teil hat man infolgedessen aus Überzeugung, zum Teil aus Verlegenheit in Berlin die SPD gewählt, und so ist der Sieg der SPD entstanden. Wenn in der russischen Zone die SPD zugelassen wäre, würde sie in allen Gebieten ähnliche Erfolge gehabt haben.

Nun ergibt sich aus dieser Situation ein Problem: In Berlin muß jetzt regiert werden. Die SPD wird wohl den Oberbürgermeister, eine große Anzahl von Bürgermeistern, Stadträten usw. stellen.[332] Es ist aber keine absolute Mehrheit, und nun taucht die Frage auf: Wie wird diese sozialdemokratische Staatsregierung sich mit der russischen Militärregierung stellen? Das ist jetzt nicht nur eine Frage für Berlin, sondern für die Deutschen überhaupt. Ich will da eine Einschaltung machen: Wenn man so durch Berlin geht und mit den Deutschen redet, hat man doch

[331] B.s Frau Martha war in Zerbst (Anhalt) geboren. Für den Südhessen Bergsträsser war dies schon Norddeutschland.

[332] Am 5.12.1946 wurde der Sozialdemokrat Otto Ostrowski zum Bürgermeister von Berlin gewählt. Er trat aber schon im April 1947 auf Drängen der eigenen Partei zurück. Insgesamt gehörten 19 von 20 Bezirksbürgermeistern der SPD an.

das Gefühl, nicht nur weil die vier Mächte ihre Vertretungen da haben, sondern überhaupt, obwohl die Stadt schwer mitgenommen ist: Das ist doch eigentlich die Reichshauptstadt! Ich wenigstens hatte das Gefühl, sie wird von außen auch so angesehen. Und wenn man nun sieht, wie schnell man, trotz der schlechten Verkehrsmittel, wieder für alle möglichen Dinge seine persönlichen Anknüpfungspunkte bekommt, sagt man sich: Hier ist eben einfach ein Mittelpunkt. Um so bedeutender wird das Problem: Wie wird man dort mit den Russen auskommen? Dieses Problem ist mir von vornherein klar, denn Sie wissen ja alle, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß wir als Deutsche den größten Fehler machen, wenn wir uns von einer Macht so sehr fernhalten oder uns einer so sehr anschließen. Beides erweckt Mißtrauen bei den anderen Mächten und die Empfindung, wir würden an der Uneinigkeit der anderen unsere Suppe kochen. Diese Frage ist in Berlin sehr schwierig, weil die ganzen Stimmungsgegensätze auf beiden Seiten dagegen sprechen: bei den Russen der Ärger, daß ihre Partei so furchtbar hereingefallen ist, bei der SPD das Gefühl: Ja, die russische Militärregierung schikaniert uns, wo sie nur kann. Dieses Problem wird nun auch von amerikanischer und englischer Seite aus gesehen, und von beiden Seiten aus versucht man, dieses Problems Herr zu werden.

Ich bin einen Tag später von Berlin zurückgefahren, weil ich von amerikanischer Seite aus eingeladen wurde, einige leitende Persönlichkeiten der SPD nach Zehlendorf zu bringen, um sich über diese Dinge zu unterhalten, wobei ich nun sagen muß, daß der Vorsitzende der SPD, Franz Neumann, ein sehr ruhiger, klar denkender Mensch ist. Das gleiche Problem wurde mir auch von Lemmer und Jakob Kaiser (CDU) gestellt, die beide genau dasselbe sagten. Lemmer erzählte mir, daß er mit einem der russischen Generale jetzt in eine sehr gute Verbindung gekommen sei. Es gäbe aber dabei große Anstrengungen; man wird zum Abendessen um 9 Uhr eingeladen, dauernd werden Trinksprüche auf die Gesundheit aller Anwesenden ausgebracht, und man müsse jedesmal sein Glas austrinken.

Wenn es wirklich so kommt, daß wirklich ein Friede zustande kommen soll, müssen Wahlen kommen, dann muß die SPD in der ganzen russischen Zone zugelassen werden. Man scheint darin einig zu sein, wenigstens die Engländer und Amerikaner, auch Russen, daß eine vorläufige Regierung gebildet wird, aber der Friedensvertrag von einer Regierung parlamentarischer Art unterstützt werden soll; ob schon mit einer Reichsverfassung oder ohne – das ist eine Frage, die ich nicht erörtern will, weil ich zu einer endgültigen Auffassung nicht gekommen bin.

Kurz will ich noch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der russischen Zone streifen. Man kann in Berlin einige Dinge frei kaufen, die es anderswo nicht gibt: Kochtöpfe, Pinzetten und ähnliche Kleinigkeiten. Im übrigen blüht genau wie hier ein ungeheurer Handel mit Bildern, weil

eben Leute, die keine andere Möglichkeit haben, das benutzen, um sich dafür anderes auf dem Schwarzen Markt zu kaufen. Ich habe vom Schwarzen Markt nichts gesehen. Eine Zeit lang soll er am Reichstagsgebäude betrieben worden sein, 30000 Menschen hätten sich dort bewegt. Manches wird in Kaffees verkauft, doch ich hatte keine Zeit, um mir das anzusehen. Die Preise sollen, wie man erzählt, ungefähr so sein: ein paar Damenstrümpfe RM 250,–, Butter genausoviel, eine Zigarette RM 8,–. Allerdings: Wer keinen Schwarzen Markt benutzt und nicht irgendwelche sonstigen Möglichkeiten hat, lebt in Berlin sehr schlecht; er muß höchstens die Möglichkeit haben, durch gute Freunde oder Bekannte etwas zu erhalten. In der russischen Zone fallen auch die CARE-Pakete aus. Das, was man in den Hotels bekommt, ist so jämmerlich wenig, wenn auch gut zubereitet, daß es für mich ungefähr eine Vorspeise wäre. Ich habe einmal in einer kleinen Kneipe gegessen; es war dann so, daß ich bis abends um 6 Uhr ganz gut aushalten konnte von ½2 an. Doch auch da gewinnt man kein genaues Bild, denn es gibt Leute, die doch alles haben. Ich war bei Verwandten, der Mann ist Spezialarzt, hat also eher Möglichkeiten, etwas zu bekommen. Wir aßen wie im tiefsten Frieden. Eine merkwürdige Einrichtung: der Club des Kulturbundes in der Jägerstraße – das Haus wurde von den Russen zur Verfügung gestellt, ebenso die Lebensmittel. Dort kostete ein Abendessen RM 6,–, beste französische Küche, absolut friedensmäßig. Wer von Ihnen einmal nach Berlin kommt, dem rate ich sehr, sich irgendeinen Freund aufzutun, der Mitglied des Clubs ist. Ich besuchte einen Professor auf Empfehlung unseres gemeinsamen Freundes Leopold Bauer. Dort traf ich einen anderen Herrn, der bei mir studiert hatte und der mir die Gastkarte überreichte. Das ist nun wieder ein Platz, wo man ganz Berlin findet: den Leiter des Aufbauverlags, dann Regierungspräsident Friedensburg, Lemmer, Schäffer, alles! Ein paar Stunden in diesem Club, und man sieht die Masse der Menschen und hat die Masse der Verbindung.

Interessant war mir ein Gespräch mit Lemmer: Wir sollten um Gottes Willen nicht Leute aus der russischen Zone hierher ziehen. Das gäbe eine Entvölkerung, und sie leiden genau wie wir an dem Mangel an guten Kräften, und die Entvölkerung würde dort zu einer großen Gefahr. Wir sollten uns also auf die Leute beschränken, die in der amerikanischen Zone ansässig sind.

Freitag, 8. November 1946

Morgens von Berlin angekommen. Abends in Neu-Isenburg zum Film mit Knothe zusammen, der sehr gut aufgelegt und sehr nett war. Der Filmstreifen soll in Läden usw. für die Partei Reklame machen.

Samstag, 9. November 1946

Gießen: Ansprache an die Abiturienten, Lichtsperre, halbdunkler Saal. 9. November als Ausgangspunkt bei der Rede. König gut einleitend.[333] Bei Königs gegessen. Mittagsschlaf im Auto. Nachmittags zu Hause gearbeitet. Abends Volkshochschule – schlecht organisiert. Ich werde da nicht mehr reden.

Sonntag, 10. November 1946

Morgens Zeitungen gelesen. Nachmittags zu Löbe. Formvollendete Rede. Gute Gedanken. Löbe mit einigen Prominenten der Partei zum Wein. Löbe dann zum Abendessen, er erzählte reizend. Die Anwesenden ersichtlich dankbar über dieses Arrangement. In der Versammlung etwa 3000 Menschen. Das politische Interesse flaut ab. Die Kälte tut das ihrige.[334]

Montag, 11. November 1946

Mit Hoffmann über Universitätssachen gesprochen. Über die Gemeinschaftskunde geschimpft mit voller Absicht. – Nachmittags Bericht über Berlin an die Regierungsdirektoren, Stock, Oberbürgermeister und Brentano. Brentano in voller Fahrt, boshafte Bemerkungen. – Mit Jockisch Theaterfragen besprochen. Wir werden ihn wohl zum Intendanten machen.[335] Abends zu Hause Schreibtisch aufgeräumt.

Dienstag, 12. November 1946

Abends „Orpheus", glänzende Vorstellung. – Dr. Rasp: die Bibliothek geht vorwärts. – Bei der Militärregierung von Berlin erzählt.

Mittwoch, 13. November 1946

Mit Weyand darüber gesprochen, wie man es machen kann, Leute aus dem Lager für Aufbauarbeit zur Verfügung zu bekommen. – Abends Be-

[333] Oberstudiendirektor Friedrich König war im gleichen Jahr wie B. im elsässischen Kaysersberg geboren.

[334] Der ehemalige Reichstagspräsident Löbe sprach auf einer Kundgebung der SPD-Darmstadt; vgl. ‚Darmstädter Echo' 12.11.1946 (Wir begrüßen die sozialistische Verfassung des hessischen Volkes).

[335] Dr. Walter Jockisch, der sich bereits zu Jahresbeginn mit seiner ‚Orpheus'-Inszenierung in Darmstadt eingeführt hatte, leitete das Darmstädter Theater von Herbst 1946 bis Sommer 1948.

sprechung der Kandidatenfrage. Knothe wie Apel sehr einsichtig. Knothe in seiner etwas übertriebenen Art anerkennend und liebenswürdig für mich.

Donnerstag, 14. November 1946

Besuch von Mr. Bolten von OMGUS. Diskussion über Wahlrecht. Er hält den Proporz für richtig, wenn die politischen Parteien so stark voneinander in den Auffassungen differieren wie bei uns. Ich sagte ihm, für mich sei das Wichtigste der Kompromiß, und erörterte das Stichwahlsystem. Die Aktion für das Proportionswahlrecht in Heidelberg (Alfred Weber und Sternberger) ist so ungeschickt aufgezogen wie möglich. Flugblätter an der Universität verteilen für so etwas, ist kindisch.[336] Beweis meines alten Wortes, daß es Leute gibt, die für die Politik zu gescheit sind.

Nachmittags in Frankfurt. Längere Zeit bei Bieberfield. Er wollte die Stimmung gegen die Amerikaner mit mir erörtern. Ich sagte ihm sehr deutlich, daß die ausschließlich beruhe auf Wohnungsbeschlagnahme und einigen ähnlichen Ungeschicklichkeiten. Man könne es nicht verstehen, daß ein Offizier eine große Villa bewohne. Er meinte, es hätte doch wohl politische Gründe. Ich bestritt das absolut und werde ihm einige inzwischen aufgelaufene Fälle das nächste Mal erzählen. [...]

Vorlesung, Erzählung aus Berlin. Großes Interesse, große Sprechstunde hinterher. Abendessen bei Weyand. Mit Knothe und Nischalke über die Ministerpräsidentenfrage gesprochen. Knothe scheint mir gegenüber jetzt sehr günstig eingestellt zu sein. Ich äußerte mich eingehend über Brill. Landfremd, ungeschickt, unverträglich [...].[337] Bei Weyand Aufregung wegen Severing, der krank hier ankam. Er reist Montag ab, Gallenanfall. Seine Tournee abgesagt. Seine menschlich reizende Art tut einem wohl. Vollendeter Takt.

Freitag, 15. November 1946

„Die das Leben ehren" – seltsames Stück.[338] Eine Art Ibsen'scher Gesellschaftskritik, aber ohne Ibsens dramatischen Glanz, halbwegs nihilistische Tendenz. Typische Reaktion gegen den Kapitalismus in Amerika. Sehr gute Aufführung, aber das Publikum wird das Stück nicht gern sehen. Wir

[336] Die Heidelberger Gruppe um Sternberger und Weber trat nicht für, sondern gegen das Verhältniswahlrecht ein und propagierte das Mehrheitswahlsystem. B. meinte hier ein Flugblatt von Sternberger, das der Verfassungberatenden Landesversammlung zugesandt worden war, in: AHLT. Dazu: Dolf Sternberger, Über die Wahl, das Wählen und das Wahlverfahren, in: Die Wandlung 11, 1946, S. 923–942.

[337] Streichung von persönlichen Bemerkungen.

[338] ‚Die das Leben ehren' von Clifford Odets.

brauchen Stücke, die hinaufziehen, nicht die herabziehen. Pessimismus und Nihilismus genug im Land. Das jüdische Milieu des Stückes war kaum angedeutet, wodurch es für mich, da ich dieses Milieu kenne, an Charme verlor. – Morgens war Kultusminister Schramm hier: Diskussion der Verfassungsartikel über die Schule. Ich halte ein Schulgesetz für durchaus möglich, wenn es nicht die Frage der Konfessions- und Simultanschule behandelt, denn nur die ist durch die Verfassung bis zum Jahre 1950 auf Eis gelegt.

Samstag, 16. November 1946

König von der DANA ein Interview gegeben.[339] Nachher Gespräch mit ihm über moderne Kunst. Die jungen Leute hängen alle noch allzu eng am Realismus. Ich wies ihn auf die Rembrandt-Zeichnungen in der Ausstellung in Wiesbaden. – Mit Schomann anläßlich eines Falles interessantes Gespräch über wirtschaftliche Dinge. Ich sagte ihm, daß es notwendig sei, möglichst viele Leute zur Selbständigkeit zuzulassen. Das Verfahren des Landeswirtschaftsamtes, den Leuten zu sagen, man wolle ihnen die Genehmigung nicht geben, weil sie Geld verlieren könnten, ist kindisch. Der Staat ist keine Hebamme und kein Kindermädchen.

Nachmittags kam Gassner und dann ein Polizist, der bei der CIC arbeitet. CIC verlangt von der Dieburger Straße Fragebogen.[340] Die Leute sind schrecklich beunruhigt, denn der Polizist sagt, er käme von der Kriminalpolizei, und die Kriminalpolizei sagte auf Anruf, er käme nicht von ihr. Solche Ungeschicklichkeiten, die beunruhigen, dürfen nicht vorkommen. – Dann bei Severing. – Abends Musik gehört.

Sonntag, 17. November 1946

Morgens etwas spazierengegangen. – Nachmittags in Rimbach. Während der Rede überlegt, wie ich die Rede halte. Die abends in Hofheim ging daraufhin recht gut. Ich komme immer mehr dazu, Plauderreden zu halten, mit Beispielen und Einzelheiten. Das interessiert die Leute.

Dienstag, 19. November 1946

Mit Stock über Politik und Ministerpräsidentenfrage gesprochen. Mit Ahl, Elsesser Flüchtlings-Unterbringung behandelt. Die Ministerpräsidenten scheinen sich nicht deutlich genug zu wehren.

[339] Offensichtlich nicht erschienen.

[340] Das Haus Dieburger Straße 156, das B. als Dienstwohnung zugewiesen worden war; vgl. Anm. 58/1947.

Donnerstag, 21. November 1946

Artikel fürs „Echo".[341] Zur Militärregierung, langes Gespräch mit Sheehan über Metzger. Man ist sehr gegen ihn verschnupft, weil er eine Besprechung über Wohnungsfragen, an der ein Oberst, Leiter der Community, teilnehmen wollte, mit der Begründung absagte, er habe eine Sitzung des Parteivorstands in Frankfurt und könne auch die übrige ganze Woche nicht, da er im Untersuchungsausschuß in Wiesbaden sei.[342] Sheehan wies darauf hin, daß schon Kelly mit Metzgers Amtsführung nicht zufrieden gewesen sei. – Dann zu Knoblauch, dem Intelligence-Officer. Sehr nette Unterhaltung über politische Fragen. Er hatte mit Fräulein von Galen meine Rede in Nieder-Ramstadt gehört und kann deutsch genug, so daß er sie verstanden hatte. Sie hat ihm ersichtlich Spaß gemacht. Es ist deutlich, daß wir gute Verbindung halten können. Von dort ins Zimmer von Oberst Skarry gerufen, wo Landin war und die Frage Metzger wieder mit mir besprach. Er ist deswegen herübergekommen. Ich suchte zu beschwichtigen und betonte, daß ich manche Mängel schon längst gesehen hätte, aber keine Kompetenz habe, einzugreifen und auch persönliche Schwierigkeiten, außerhalb meiner Kompetenz mich einzuhängen. Sachlich könnte ich Landin nicht unrecht geben. L. will aber versuchen, die Sache einzurenken. Ich redete ihm dazu eifrig zu, glaube aber nicht, daß es auf die Dauer klappen wird. Der Oberst der Community [Skarry] betrachtet Metzgers Haltung als „offence" und nicht mit Unrecht. Ich sah, wie richtig es war, obwohl ich es offiziell nicht nötig gehabt hätte, immer einmal zu Sheehan zu gehen und ihn zu informieren, empfand auch gestern wieder, wie absolut einwandfrei man mich drüben behandelt. Auch der neue Offizier gab mir selbstverständlich den Vortritt und öffnete die Zimmertüren.

Nachmittags nach Frankfurt a. M. Lange Unterhaltung mit Bieberfield. Ich habe ihm nochmals über Wohnungen, den Zaun in der Villenkolonie Eberstadt und ähnliches berichtet. Er will sich mit mir noch über die Denazifizierung unterhalten. Ich mußte aber zur Sitzung zum Oberbürgermeister. Dort Diskussion der Vorbereitungen der Feier für 1848. Alle

[341] ‚Darmstädter Echo' 23. 11. 1946 (Dein Ja der Verfassung).

[342] Der von der Verfassungberatenden Landesversammlung im Oktober eingesetzte Untersuchungsausschuß sollte unter Metzgers Vorsitz die Vorwürfe prüfen, daß höchste Regierungsbeamte unberechtigterweise zusätzliche Fleisch- und Butterpakete erhalten hätten. Da sich die Regierungsmitglieder, insbesondere Ministerpräsident Geiler, weigerten, vor dem Ausschuß auszusagen, löste er sich Ende November auf und überließ es dem neu zu wählenden Landtag, die Vorwürfe erneut aufzugreifen. Vgl. ‚Darmstädter Echo' 16. und 27. 11. (Aus dem Untersuchungsausschuß); ‚Hessische Nachrichten' 22. und 27. 11. 1946 (Untersuchungsausschuß stellt Arbeit ein).

meine Vorschläge wurden freudig begrüßt und angenommen. Sehr nettes Zusammenspiel mit Beutler.[343] Nach dem Kolleg nach Hause. Todmüde und früh geschlafen.

Freitag, 22. November 1946

Mit Friedrich vielerlei besprochen. Ich hoffe, die Abteilung kommt in Ordnung. Mit Walk ein Wirtschaftsprogramm durchgegangen. Er arbeitet jetzt auch mit Hilpert offenbar gut zusammen. – Nachmittags in Frankfurt a. M. zum Sender. Der alte Ton des Verfassungsauschusses lebte wieder auf. Dann zu Gerloff, zwei Stunden mit ihm über die Finanzenzuständigkeit von Reich, Länder und Gemeinden verhandelt. Daraufhin am nächsten Tag eingehendes Gespräch mit Boll. Er wird die Dinge bearbeiten, und ich werde sie nach Berlin schicken können. Vorlesung: landwirtschaftliche Probleme.

Abends in Neu-Isenburg. Sehr gut vorbereitete und sehr volle Versammlung. Man hatte mein Thema „Ernährung, Währung, Verfassung" auf die Handzettel gedruckt. Kinobilder zum Eingang mit einem von Jugendlichen gesprochenen Text. Sehr wirkungsvoll. Wenn man sich Mühe gibt, kann man's machen. Aber die Gedankenlosen bringen nichts fertig.

Samstag/Sonntag, 23./24. November 1946

Stock, verärgert, da ihm die Listenveränderung nicht speziell noch einmal mitgeteilt worden war.[344] Ich bügelte ihn zurecht. Über Fragen Ministerpräsident. Ich sagte sehr deutlich meine Meinung über Brill, die er teilt. – Mit Boll nochmals die Regelung der zukünftigen Finanzzuständigkeiten zwischen Reich, Länder und Gemeinden erörtert für Mattusch. – Abends in Weilburg. Noch lange Unterhaltung, auch über Wiesbadener Ämter.

Sonntag abend auf der Hehrmühle im Schlitzer Land. Wunderbar gegessen (Gans). Sehr nette und angeregte Unterhaltung mit dem selbständig denkenden und gebildeten Mühlenbesitzer Schäfer.

Montag, 25. November 1946

Mit Duderstadt über die Tauschgeschäfte der Firmen zum Aufbau der Firmen gesprochen. Dasselbe dann mit Walk hier, der über Duderstadts klare Darstellung erfreut war und die ihm sehr zupasse kommt. Nachmittags

[343] UB-MR, NL Bergsträsser: Protokoll über die Sitzung der wissenschaftlichen Kommission für die Vorbereitung der Hundertjahrfeier der Paulskirchenversammlung, 21.11.1946.

[344] Gemeint ist hier die Listenveränderung im Wahlkreis I, wo B. an erster, Stock an zweiter Stelle stand.

lange Besprechung über die Kartoffellieferungen und die Möglichkeiten, Kartoffeln aus dem Lande herauszuziehen. Allgemein wurde es verurteilt, daß eine Zeit lang nur 1½ Zentner zum Einkellern gegeben wurden. Die Kartoffelhändler bekommen nichts heraus. Bayern lieferte erst, als von hier aus Aufkäufer hingeschickt wurden, genau wie beim Vieh. Es ist eben die völlige Unordnung der unteren Verwaltung in Bayern, die nicht durchgreift. – Abends in Bensheim, sehr gute Versammlung.

Dienstag, 26. November 1946

Lange Unterhaltung mit Dr. Degen über den Hirtenbrief des Bischofs.[345] Ich habe mich ungemein scharf ausgesprochen. Der Hirtenbrief ist direkt dumm, denn er verschärft die Gegensätze, was nicht im Interesse der Kirche ist. Degen war ersichtlich nicht erbaut von dem Hirtenbrief, sagte selbst, er sei kurios. Ich erinnerte an unser Gespräch mit Guyot, wo ich schon gesagt hatte, ich glaubte nicht an den Kirchenfrieden und sagte, wenn es zu einem neuen Kulturkampf komme, wisse man wenigstens genau, wer ihn begonnen habe. Ich sprach abends in der Versammlung in Frankfurt-Riederwald sehr deutlich darüber. Versammlung sehr gut besucht, beste Stimmung. Die Folge des Hirtenbriefes wird sein, daß die CDU protestantische Wähler verliert. Das kann uns ja gleichgültig sein. – Dr. Köhler: Bedenken wegen des Mitbestimmungsrechts, die ich nicht teile. Gegen die Sozialisierung hat er eigentlich nichts einzuwenden. – Nachmittags in Mainz mit Frau Markscheffel gesprochen, Pariser Adressen geben lassen. Kurz in Olm, Weintrunk.

In Wiesbaden beim M.G.: Dubock und Hillman. Dann bei Witte wegen des Druckes der Verfassungsausschuß-Protokolle. Er brachte von sich aus die Rede auf Brill und lehnte ihn scharf ab. Ich begründe meine Ablehnung und sagte, er solle sich doch mit nassauischen zukünftigen Abgeordneten in Verbindung setzen. Er wollte auch mit den Kurhessen sprechen. In der Staatskanzlei miserabel gegessen, nettes Gespräch mit Hoch.

[345] Kanzelverkündigung des Bischofs Antonius Hilfrich von Limburg vom 21.11.1946, in: Kropat, Hessen, S. 148 (Dok. 93). Die Kanzelverkündigung des Mainzer Bischofs Stohr in ‚Darmstädter Echo' 30.11.1946. Der Limburger Hirtenbrief sprach von einem „schmerzlichen" Verfassungskompromiß: „Wir vermissen den Namen Gottes in der Verfassung, den Namen des Schöpfergottes, in dem alles Recht seine Quelle und jede Gesetzgebung ihre Norm hat. Deshalb finden wir verschiedene Stellen, die bedenklich an die Art des totalen Staates erinnern, so insbesondere bei dem Schulartikel, der die Gemeinschaftsschule als Regelschule festlegt und keinen Raum gibt für die Bekenntnisschule ..." Gleichzeitig riefen die Bischöfe dazu auf, nur Kandidaten christlicher Gesinnung zu wählen.

Mittwoch, 27. November 1946

Bolls Aufzeichnungen mit ihm durchgearbeitet. – Nachmittags Brentano über den Hirtenbrief. Er sprach sich sehr scharf über diese unsinnige Haltung der 3 Bischöfe aus und sagte, der Bischof von Mainz sei von lauter alten Leuten umgeben, die, wie er selbst, reine Dogmatiker seien. Der Generalvikar Kastell sei herrschsüchtig und intolerant. Er habe seinerzeit zu hintertreiben gewußt, daß der Bischof zum Begräbnis seines, Brentanos, Vater gekommen sei, weil er auch nicht nach seiner Pfeife habe tanzen wollen.[346] Seine Mutter habe ihm schon am Sonntag nachmittag, nachdem sie den Hirtenbrief morgens gehört habe, gesagt, das sei doch unsinnig. Ich drängte ihn, möglichst bald eine deutliche Distanzierung herbeizuführen, da sonst die Zusammenarbeit unserer beiden Parteien psychologisch gefährdet sei. Daß wir das Kultusministerium jetzt verlangten, wird wohl kaum zu umgehen sein. Ich ging bei all dem davon aus, daß wir vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus kein Interesse daran haben, daß die CDU Wähler an die LDP verliert, die politisch viel unsicherer ist wie die CDU. Brentano war sich natürlich darüber klar, daß das seiner Partei bei den Wahlen Schwierigkeiten mache, besonders beim evangelischen Teil. Er hielt das Auftreten der Bischöfe für blödsinnig, genau wie ich.

Abends „Ingeborg".[347] Gute Vorstellung. Wir können unser Schauspiel, wenn wir gute Regisseure haben, wieder völlig auf die Höhe bringen, trotz der Verluste aus dem vorigen Winter. – Dazwischen ein erstes Telefongespräch der hiesigen Militärregierung, was mir sagte, meine Ausreise sei nicht bewilligt, und ein zweites aus Wiesbaden, was mir sagte, sie sei bewilligt. Das letzte Gespräch kam von Bolten indirekt. Logik!

Donnerstag, 28. November 1946

Nach 12 Uhr Prinz und Prinzessin Ludwig abgeholt, mit ihnen nach Hofheim zu Major Hillman. Festessen zum Thanksgiving-Day. Erst Drinks, dazu geräucherte Austern und Kürbis-Schnitten, dann Essen: Hummer mit Zutaten, Suppe, Truthahn, Kuchen. Wir haben alle wacker eingehauen. Meine Frau, die in der Nähe der Prinzessin saß, sagte, diese habe auch sehr tüchtig eingehauen. Typisch für die Situation. Dann Kaffee und weitere Drinks. Sie hatten es uns wirklich so nett gemacht wie nur irgend möglich und schienen sich herzlich zu freuen. Kolleg, dann Bischofsheim.

[346] Die Grabrede für den 1927 in Darmstadt verstorbenen hessischen Justizminister und Zentrumsabgeordneten Otto von Brentano hielt der Mainzer Domkapitular Prof. Georg Lenhart; vgl. Otto Schlander, Otto von Brentano di Tremezzo. Ein Offenbacher Politiker zwischen Monarchie und Republik, Offenbach 1981, S. 85f.

[347] ‚Ingeborg' von Curt Goetz.

Dort mit Frau Schwamb zusammen lang beim Bürgermeister [Graf]. – Es dankt mir nicht, wie an diesem Tage, acht verschiedene Sorten Alkohol getrunken zu haben, denn bei Hillman gab es Wein und Sekt, in Bischofsheim trank ich in der Kneipe ein Glas Wein und abends aus zwei verschiedenen Flaschen.

Freitag, 29. November 1946

Lange Unterhaltung mit den Leitern der Veith-Gummiwerke über die Kompensationsgeschäfte. Sie waren so klug, bei all diesen Geschäften den Betriebsrat mit einzuschalten, also genau das zu tun, was ich Herrn Duderstadt auf seine Mitteilung hin vorgeschlagen hatte. Sie machten eine interessante Rechnung auf, wie wenig sie durch das Landeswirtschaftsamt und wie viel sie durch Kompensationsgeschäfte bekommen haben. Walk wie ich waren in der Meinung bestärkt, daß man das legalisieren müsse. Inzwischen hat Walk mit Dr. Mueller gesprochen, der gleicher Meinung ist, ebenso Hilpert. – Lange bei Knoblauch, Captain, Information, der mich über allgemeine und besondere Dinge ausfragte in der sehr angenehmen Art, daß er meine Antworten immer aufschrieb und mir vorlas. Er hat derartige Arbeit in Frankreich und auch in den USA schon gemacht. Klug und sehr angenehm. – Nachmittags Sitzung der Regierungsdirektoren über die Zuständigkeit der Personalabteilung. Das Wichtigste davon ist, daß alle Schwierigkeiten daher kommen, daß in Wiesbaden keine einheitliche Methode angewendet wird. Es wurde beschlossen, daß die Abteilungen sich an ihre vorgesetzten Dienststellen darstellend wenden und um Regelung bitten. – Dazwischen Ritzel, der genau so gegen Brill eingestellt ist wie ich und mich einlud, im Januar in die Schweiz zu kommen. Solche Besuche seien jetzt wichtig. – Abends Aschaffenburg. Gute Versammlung, früh zu Hause.

Samstag, 30. November 1946

Sitzung mit den Regierungsdirektoren, über den Organisationsplan der Behörde. Wir beschlossen, die Umorganisation liegen zu lassen bis dem Landtag etwa eine neue Vorlage gemacht wird. – Nochmals bei Knoblauch, der mir Empfehlungen nach Paris gab. – Abends gute Versammlung in Pfungstadt.

Sonntag, 1. Dezember 1946

Wahllokalfahrt Darmstadt–Oppenheim, über Mainz, wo Markscheffel besucht und Empfehlungen geholt, zurück über Bischofsheim nach Groß-Gerau. In Bischofsheim sehr schlechte Wahlzellen festgestellt; Änderung verlangt. – Dann zu Hause.

Montag, 2. Dezember 1946

Viel über die Wahlergebnisse mich unterhalten; Artikel für „Echo".[348] Meine Auffassung ist, daß wir nur eine Koalition machen können, der auch die KPD angehört. Es wird nicht leicht sein, CDU und KPD unter einen Hut zu bringen. Es wird nicht mit Brill gehen. Wenn wir die Koalition der Mitte machten ohne KPD, würden wir uns derselben Gefahr aussetzen wie nach 1918, daß die Mitte allmählich zerrieben wird. Ich höre, daß die LDP gern in die Regierung ginge. Das ist bei ihrer negativen Haltung natürlich nicht möglich, aber wir haben gegenüber der CDU das Druckmittel, daß SPD, KPD und LDP eine anständige zwei Drittel-Mehrheit haben, die wir in Kulturfragen in Bewegung setzen könnten, wenn die CDU nicht mitmacht. – Regierungsdirektor Schafft aus Kassel besprach die morgige Sitzung in Wiesbaden mit uns. Gleiche Meinung über Kompetenzverteilung und über die Wichtigkeit der Jugendbildung, wobei Staatsbürgerkunde im Mittelpunkt stehen muß. – Nachmittags die Wahlstatistik noch genau durchgearbeitet für das Kolleg.

Dienstag, 3. Dezember 1946

Wiesbaden. Erst bei Wahrhaftig wegen meiner Reise. Er wollte telefonieren und aufklären. Ich habe ihn allerdings nachmittags nicht mehr erreicht. Dann zu der Dezernentensitzung des Kultusministeriums, wo die Frage der Zuständigkeit zwischen Regierungspräsident und Ministerium behandelt wurde. Ich sagte in meiner aggressiven Art dasselbe, was Hoch nachher mit ganz anderer Begründung auch sagte, daß nämlich das Ministerium nicht zu viel an sich heranziehen solle, weil es das nicht leisten könne. Interessant war, daß Kassel ganz in unserer Linie vorging, Renneisen aber einen scharfen Zentralismus aus politischen Gründen vertrat. Ich antwortete darauf, Zentralismus führe immer zu Diktatur, und fand großen Beifall. Auch mit meinen Bemerkungen darüber, daß die Direktoren von der Schreibarbeit entlastet werden müßten, um ihren Anstalten ein Gesicht zu geben. Die Frage selbst wurde natürlich vertagt. – Schramm krank.

Beim Mittagessen Bartsch, der mir erzählte, er habe meine letzte Vorlesung in Frankfurt a. M. gehört und den Eindruck gehabt, daß es wäre, wie wenn ein Mann auf einem furchtbar vollen Bahnhof an den Zug geht und dabei keinem auf die Füße tritt. Das war die Vorlesung über Bischöfe, Kirche, Staat. Er sagte, ich sollte doch die Professur für Politik in Frankfurt

[348] Ergebnis der Wahlen zum Landtag: SPD 42,7%, CDU 30,9%, LDP 15,7% und KPD 10,7%. Die Verfassung wurde in der Volksabstimmung mit 76,8% Ja- gegen 23,2% Nein-Stimmen, Art. 41 mit 72% Ja- gegen 28% Nein-Stimmen angenommen. B.s Artikel im ‚Darmstädter Echo' 3.12.1946 (Die Hessischen Landtagswahlen).

a. M. annehmen, andere Leute könnten das nicht machen. – Nachmittags bei Zinnkann. Mit Caspary zusammengetroffen, der mir sagte, in seiner komischen Art, er habe sich die Ministerpräsidentenfrage genau überlegt und er werde für Bergsträsser stimmen, er gefiele ihm zwar nicht ganz, aber er sei der einzig Mögliche. Dann mit Zinnkann und Stock die ganze Situation durchgesprochen. Genannt sind Bergsträsser, Brill, Stock. Stock erklärte, er sei für Bergsträsser, nach wie vor.[349]

Dezember 1946:
Bericht über meine Pariser Reise (11. Januar 1947).[350]

Die Absicht meiner Pariser Reise war, alte Beziehungen, die ich zu dortigen, direkt politischen und für Politik interessierten Persönlichkeiten hatte, wieder aufzunehmen. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß Frankreich das am deutschen Problem am meisten interessierte Land ist, was sich aus der Nachbarschaft und der geschichtlichen Entwicklung erklärt, und sagte mir, daß jede Möglichkeit, dort Verbindungen anzuknüpfen, für die Lösung der deutschen Frage nützlich sein könne, und dies nicht nur für Deutschland, sondern, da die deutsche Frage eine Frage der Weltpolitik und des Weltfriedens ist, für alle.

Meine Beziehungen begannen damit, daß ich alte Freunde aufsuchte, so den sozialdemokratischen Abgeordneten Grumbach, der ein Schulfreund aus meiner elsässischen Jugendzeit ist; so den Professor für Deutsch an der Sorbonne, Vermeil, und den früheren Direktor im Ministerium des Äußeren, Comert, die ich beide seit langen Jahren kenne. Durch sie kam ich auch mit anderen Persönlichkeiten, vor allem mit Abgeordneten verschiedener politischer Parteien in Verbindung.[351] Im übrigen habe ich durch eine Empfehlung auch Gelegenheit gehabt, den ehemaligen Botschafter François-Poncet zu besuchen. Auch traf ich einen Herrn des Auswärtigen Amtes und einen leitenden Herrn des Deutschland-Amtes. Letzterer hatte von meiner Anwesenheit gehört und mich gebeten, zu ihm zu kommen. Mit ihm besprach ich vor allen Dingen auf seine Bitte und seine Fragen hin Erziehungsfragen, über die

[349] Die maschinenschriftlichen Aufzeichnungen enden nach „er sei für Bergsträsser nach wie". Handschriftlich wurde noch „vor" hinzugesetzt. Die Vermutung liegt nahe, daß die maschinenschriftliche Aufzeichnung fortgeführt, die Folgeseiten aber später entnommen wurden. – B.s Hoffnung, Ministerpräsident zu werden, erfüllte sich nicht: Stock führte die neue Koalitionsregierung von SPD und CDU.

[350] In: UB-MR, NL Bergsträsser 2.

[351] In einem Brief an den Parteivorstand der SPD nennt B. darüber hinaus noch Max Cohen-Reuß, Daniel Mayer und Raymond Laurent; UB-MR, NL Bergsträsser 2: B. an den Parteivorstand der SPD, 17. 12. 1946.

er sich informieren wollte, weil er sie für die französische Zone bearbeitet.

Das Gesamtergebnis meines Eindrucks ist das: Es besteht ein überaus starkes Interesse für alle deutschen Angelegenheiten und gleichzeitig das Gefühl, daß man eigentlich nicht genau unterrichtet sei, da man nur etwas über die französische Zone weiß, in der die politische Entwicklung ja später eingesetzt hat wie etwa in der amerikanischen und auch in der englischen. Man war also sehr interessiert an sachlichen Aufschlüssen. Besonders gefragt wurde ich überall nach der Gesinnung der Jugend und der Möglichkeit, sie zur Demokratie zu erziehen. Ferner interessierte sehr stark die Kohlenfrage, in der ich den Vorschlag machte, ein europäisches Syndikat zu bilden, und die Frage der deutschen Einheit, wobei ich immer betonte, daß Rhein- und Ruhrgebiet Gebiete seien, die man aus Deutschland nicht herausnehmen könne (vgl. meine Denkschrift an die Militärregierung vom 7.3.1946)[352], allerdings auch hervorhob, daß es mir völlig begreiflich sei, daß Frankreich die Möglichkeit größter Sicherheit haben wolle, daß das Ruhrgebiet nicht wieder eine Waffenschmiede werde. Ich betonte, daß kein vernünftiger Deutscher gegen eine Kontrolle in dieser Beziehung etwas einwenden könne.

In der Frage der deutschen Einheit war doch allmählich bei den Personen, mit denen ich sprach, die Überzeugung durchgekommen, daß sie selbstverständlich sei, man sie also nicht hindern könne. Nur bestanden Befürchtungen darüber, daß ein zentralistisches Deutschland leichter zu einem neuen Kriege geneigt sein könne als ein föderatives. Ich stimmte dem insofern zu, als ich betonte, daß Zentralismus mit Diktatur eng verwandt sei, wobei ich darauf hinwies, daß ja der französische Verwaltungszentralismus unter der Diktatur Napoleons I. entstanden sei.[353] Und ich sagte, man könne dem durch Klauseln in der Reichsverfassung – besonders auch über die finanzielle Regelung, d.h. die Verteilung der Einnahmen – entgegenwirken. Für die Einnahmen sei das richtige, daß der, der das Geld ausgebe, auch über die Einnahmen zu beschließen

[352] Vgl. Anm. 88/1946. Interessant sind in diesem Zusammenhang die näheren Ausführungen B.s in dem Brief an den sozialdemokratischen Parteivorstand: „Der Modus, den man finden könne, sei vielleicht der, die ganzen Kohlevorkommen Europas, mit Ausschluß Rußlands und vielleicht auch Englands, in ein allgemeines Syndikat einzubringen, gemeinsam zu verwalten und nach Bedarf zu verteilen. Ich machte diesen Vorschlag, weil er geeignet wäre, die französischen politischen Absichten auf das Ruhrgebiet von vornherein abzubiegen. Die Herren, mit denen ich darüber sprach, fanden diesen Vorschlag alle erwägenswert. Er ist übrigens nicht in meinem eigenen Hirn entsprungen, sondern ergab sich in einer Unterredung."

[353] Anspielung auf das von Napoleon I. eingeführte Präfektursystem, das eine Zentralisierung der Verwaltung und eine Beschneidung der Selbstverwaltung bewirkte. Der Präfekt an der Spitze des Départements war nur der Zentralregierung verantwortlich, die ihn ernannte und abberief.

habe, also eine reine Trennung zwischen den Einnahmen der deutschen Republik, den Einnahmen der Länder und den Einnahmen der Städte und anderen Selbstverwaltungskörpern. Da die vier Siegermächte sich darin einig seien, eine Demokratie in Deutschland zu schaffen, gehöre meiner Meinung nach dazu, unbedingt eine Volksvertretung bei der Zentralregierung, das heißt, ich lehnte es ab, die Zentralregierung ohne Kontrolle durch das Volk nur [aus den] Länderregierungen zusammenzusetzen. Zur Zuständigkeit der Zentralregierung müsse alles Wirtschaftliche gehören, auch die Gesetzgebung über die Wirtschaft. Das wurde nirgends bestritten, denn die wirtschaftliche Einheit ist auch nach der Meinung der Franzosen für Deutschland notwendig. Ich verfehlte nie hervorzuheben, daß die demokratische Zukunft Deutschlands abhängig von den zukünftigen Lebensaussichten der Bevölkerung sei, wiederholte also immer den Gedanken, den ich in meiner Rundfunk-Ansprache an Amerika am 1.11.1945[354] schon ausgesprochen hatte: Eine demokratische Regierung kann nur bestehen, wenn sie ihrer Bevölkerung Arbeit und Brot geben kann. Dem klaren Sinn der Franzosen machte das natürlich Eindruck.

Persönlich bin ich von all den Personen, mit denen ich sprach, nicht nur höflich, sondern entgegenkommend behandelt worden. Die alten Freunde, die ihrerseits in der Widerstandsbewegung gestanden hatten und wußten, daß ich die ganzen Jahre hindurch auch in der Widerstandsbewegung stand, behandelten mich kameradschaftlich. Alle Unterredungen, die ich hatte, auch die etwa mit François-Poncet, dauerten sehr lange und waren sehr gründlich. Ich hebe dies hervor, weil an sich in Paris, wie in den meisten Großstädten, die Menschen oft gehetzt sind und wenig Zeit haben. Diesmal kam ich nirgends unter einer Stunde weg, und manche Unterredungen dauerten zwei und mehr. Parlamentariern verschiedener Gruppen schlug ich vor, in einiger Zeit vielleicht einmal ein ganz formloses Zusammentreffen französischer und deutscher politischer Persönlichkeiten in der französischen Zone zu arrangieren, worauf man einging. Ich hoffe, dies in einiger Zeit – vielleicht in Mainz – zustande zu bringen. Ich schlug die französische Zone vor, weil dorthin zu kommen für Deutsche wie Franzosen gleich einfach ist. So hoffe ich, eine Entwicklung, die ich für nötig und nützlich halte, ein wenig gefördert zu haben.

[354] Vgl. Eintragung 2.11.1945 mit Anm. 27/1945.

TAGEBUCH 1947

Dienstag, 4. Februar 1947

Mit Peters und Deissböck in Wiesbaden. Erst Sitzung der Vorsitzenden der Ausschüsse. Witte belehrte die kleinen Kinder. Dann zu Wahrhaftig wegen etwaiger Reise von uns drei nach Berlin. Will alles tun. Einladung zu Mittagessen, nette, lustig-boshafte Unterhaltung. Zigaretten, wie immer. Dann zu Hilpert, ganz kurz dargelegt, um was es sich mit den Franzosen handelt. Er billigte in kurzen Worten mit scharfem Tadel gegen Schumacher meinen Versuch und sagte, Geld könne er beschaffen, evtl. durch den Bischof [Stohr] von Mainz oder den Erzbischof [Groeber] von Freiburg. Er garantiere. Über die Wagensache – wir wollen etwa hier einen Wagen kaufen und dort verkümmeln – will er sich orientieren. Ungeheuere Liebenswürdigkeit. Er fragte gar nicht nach Details. Ich soll heute nach Königstein (5.2.) gehen zur CDU-Tagung.[1] Da ist Lemmer, Kaiser, Adenauer.

Die französische Sache, die seit Ende Dezember spielt, ist unabhängig von meiner Reise entstanden, aber durch meine Reise doch sehr viel leichter geworden. Wir sollen ein deutsches Komitee gründen, das um Zulassung zu den Verhandlungen in Moskau ersucht, und zwar über Frankreich.[2] Das ist richtig, denn wenn man sich mit den Russen in Verbindung setzt, würden die Angloamerikaner mißtrauisch, wenn man sich mit ihnen in Verbindung setzt, die Russen. Die Franzosen sind erstens neutral und zweitens auch die Hauptinteressierten. Man sieht in Frankreich ersichtlich, daß man nicht Bastionen verteidigen kann, die die anderen schon aufgeben. Das ganze Friedensproblem steht unter dem Generalgesichtspunkt: Demokratie oder Teutonismus. Einzelheiten sind natürlich nicht unwichtig, aber doch Einzelheiten gegenüber dem Hauptproblem.

Ende Dezember kam im Einverständnis mit seinem Minister und Kenntnis des dortigen Auswärtigen Amtes Herr Reuter. Wir fuhren mit ihm zu Steffan und Boden, Mainz/Koblenz, zu Heuss – da Maier krank

[1] Auf der Interzonentagung der CDU in Königstein wurde die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschland gegründet. Vgl. Werner Conze/Erich Kosthorst/Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Bd. 3: Werner Conze, Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, S. 123; Gurland, CDU/CSU, S. 90. Auch ‚Frankfurter Rundschau' 8.2.1947 (CDU/CSU Tagung in Königstein).

[2] Eine deutsche Beteiligung an der Moskauer Außenministertagung (10.3. bis 24.4.1947) konnte nicht erreicht werden, obwohl die Vereinigten Staaten dies durchaus für wünschenswert hielten; vgl. Akten Vorgesch. BRD 2, S. 7.

war – nach Stuttgart, zu Kopf nach Oberstdorf, mit dem wir lange und gründliche Unterredungen hatten, und zu Ehard nach München, der auch einverstanden ist und nur formale Schwierigkeiten macht. Die größten Schwierigkeiten scheinen bei Schumacher zu liegen, der nichts kapiert. Aber wenn wir die anderen haben, muß er mit. Er kann sich nicht ausschließen. Nun ist Reuters Besuch neu angekündigt. Unsere Vorbereitungen sind im großen und ganzen getroffen. Es wäre ein beachtlicher Erfolg und würde mich doppelt reizen, da es die unmögliche Situation kennzeichnen würde, in die Schumacher sich durch seine unerfahrene und rein innerpolitische Einseitigkeit hineinmanövriert hat. Als ich Hilpert sagte, ich hätte nun auch eine Einladung nach London und würde sie annehmen, wenn sie effektiv würde, antwortete er mit Recht, nachdem Sie in Paris waren, können Sie das ohne Schaden. Schumacher kann unmöglich mit den Russen, kann nicht mit den Franzosen verhandeln und ist bei den Polen etc. verhaßt. Es besteht die große Gefahr, daß durch sein Vorgehen weite Kreise des Volkes sich in Einzelheiten verbeißen und eine nationalistische Stimmung entsteht. Gescheitheit allein nützt nichts, es gehört Flair dazu. Und das haben diese Leute alle nicht. Sie meinen immer, Politik würde in Büros gemacht. Politik macht man beim Frühstück.

Auch daß man Dr. Mueller als Präsidenten des bizonalen Wirtschaftsamtes absägte, war ein ungeheurer Fehler. Es ist in der heutigen Zeit schon Unsinn, die ganze Verantwortung für die Wirtschaft zu übernehmen und noch mehr Unsinn, einen Mann, der schon seiner sprachlichen Kenntnisse wegen – er spricht fließend Englisch – zum Verhandeln höchst geeignet war und das bewiesen hat, durch einen Mann zu ersetzen, der ein stubengelehrter Theoretiker ist und nicht versteht, persönliche Beziehungen zu pflegen.[3] Solches nennt man füglich doktrinär, und sie haben auch schon einen aufs Dach gekriegt, indem Clay erklärte, der bizonale Wirtschaftsausschuß habe mit Sozialisierung gar nichts zu tun.[4] Die zukünftige Form unserer Wirtschaft ist für die Kohle ein intereuropäisches Syndikat und ansonsten die Beteiligung des Auslandes, wodurch wir erstens auf einfachem Weg nötiges Auslandsgeld bekommen und zweitens auf ebenso einfachem Weg dem Ausland die Möglichkeit geben, die Wirtschaft in be-

[3] Am 16.1.1947 wurde Rudolf Mueller als Vorsitzender des Verwaltungsrates für Wirtschaft abgesetzt und Viktor Agartz (SPD) zum neuen Leiter bestimmt; vgl. Akten Vorgesch. BRD 2, S. 104 (7. Sitzung des Verwaltungsrates für Wirtschaft in Minden). Zur sozialdemokratischen Strategie vgl. Klotzbach, Staatspartei, S. 134.

[4] Die ‚Frankfurter Rundschau' brachte am 1.2.1947 die Übersetzung eines Interviews von Clay mit der ‚New York Herald Tribune', Pariser Ausgabe, vom 30.1.1947, in dem der Militärgouverneur erklärte, daß es Agartz nicht gestattet werde, seinen neuen Posten zur Sozialisierung der Schwerindustrie zu nutzen; vgl. Akten Vorgesch. BRD 2, S. 122, dort Anm. 56.

zug auf Kriegsvorbereitungen zu kontrollieren. Die Franzosen selbst haben in ihrer kürzlichen Auslassung sich auf den Boden des Syndikats gestellt, was ich in Unterredungen in Paris vorgeschlagen hatte.[5]

Mittwoch, 5. Februar 1947

Nachmittags in Königstein, wo eine CDU-Tagung war. Mit Lemmer über die Frankreich-Sache gesprochen. Er ist sehr einverstanden und sagt, die Russen würden sich sicher darüber freuen, weil sie gleiche Absichten haben. Er will mir den Weg zu den Russen in Berlin öffnen. Adenauer bestellte mich auf den nächsten Tag. Es war hübsch zu sehen, daß ich mit vielen Leuten bekannt bin. Nette und boshafte Unterhaltung mit Köhler über den Fall Mueller. – Abends zu Hause gelesen.

Freitag, 7. Februar 1947

Nachmittags zwei Stunden mit Professor Rompe alle Universitäts- und Schulfragen durchgesprochen. In der Sowjetzone hängen die Professoren, die Weltentwicklung verkennend, genauso an der alten Universitätsorganisation wie hier. Es interessiert ihn sehr, daß auf meine Anregung hin die Freiheit der Wissenschaft und das unbedingte Vorschlagsrecht der Fakultäten aus der Verfassung draußen geblieben sind. Mit den Arbeiterstudenten haben sie schlechte Erfahrung gemacht, weil sie sie ohne besondere Vorbildung zuließen. Das ist jetzt geordnet worden.[6] Er kennt eine bisher nicht veröffentlichte Anweisung der amerikanischen Militärregierung, nach der eine sechsjährige Grundschule gefordert wird.[7] Ich ritt ihm meine staatsbürgerlichen Steckenpferde vor, und er war sehr davon angetan, weil

[5] Frankreich hatte den alliierten Mächten am 1.2. auf der Londoner Konferenz der stellvertretenden Außenminister (14.1.–25.2.1947), die die Moskauer Außenministertagung der vier Großmächte (10.3.–24.4.1947) vorbereiten sollte, ein Memorandum zur Ruhrfrage zugeleitet, in dem eine internationale Kontrolle der Ruhrkohlengruben vorgeschlagen wurde. Text in: Europa-Archiv 1947, S.626; vgl. Post, Sicherheit und Wiederaufbau, S.55.

[6] In der sowjetischen Besatzungszone hatte die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in den Zulassungsbestimmungen für die Hochschulen vom Dezember 1945 u.a. gefordert, Arbeitern und Bauern die Aufnahme an die Hochschule zu erleichtern. Im Laufe des Jahres 1946 richteten die Landes- und Provinzialverwaltungen spezielle Vorbereitungskurse ein. Im Wintersemester 1946/47 betrug der Anteil von Arbeitern und Bauern an den Universitäten 17,5%. Vgl. Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Karl-Heinz Schöneburg, Berlin (Ost) 1983, S.209.

[7] Eine diesbezügliche Anweisung war schon am 22.1. ergangen. OMGH 8/15-2/18: Wallach an Stock, 22.1.1947, „subject: Statement of aims". Vgl. zur amerikanischen Forderung nach einer undifferenzierten sechsjährigen Grundstufe Mühlhausen, Hessen, S.468.

vieles mit seinen Intentionen übereinstimmte, er aber nicht gewußt hat, wie man es eigentlich verwirklichen soll. Ich sagte ihm, daß ich gern mit den Russen in Verbindung kommen wolle. Er sagte, nichts sei leichter als dies, denn sie seien über meine Person durchaus orientiert und mir gegenüber sehr anerkennend. – Abends mit Dr. Peters und Dr. Schlüter sehr lange zusammen.

Samstag, 8. Februar 1947

Morgens kulturpolitischer Ausschuß der Partei in Frankfurt. Viel Gerede über ein Schulprogramm. Der Leiter, Stadtschulrat Seliger, wasserfällt und entbehrt wie alle Schulleute des klaren Denkens und der klaren Begriffe. Stil zum Kotzen. Viehweg und ich meist übereinstimmend, bis auf den Werkunterricht, den ich in den höheren Klassen der höheren Schulen nicht mag wegen Zersplitterung.

Montag, 10. Februar 1947

Mittagessen mit dem Roten Kreuz. Vielerlei besprochen. Dann Frankfurt: Bieberfield und 48er Sache. Mein Briefmarkenvorschlag erstaunt. Dann Rede Hilpert. Dann bei Euler interessante Unterhaltung über Währung und Wirtschaftsfragen, an der ich mich lebhaft beteiligte.

Dienstag, 11. Februar 1947

Morgens Rasp, viele Bibliotheksfragen erörtert. Wir hoffen, im Laufe des Frühsommers 150000 Bände aufzustellen. Walk berichtet vom leider sterbenden Länderrat.[8] Dabei geht das bizonale Wirtschaftsamt gar nicht. Dr. Hilpert betonte, daß man die Verwaltung logisch ordnen müsse. Metzger sagte mir, wir müßten dafür sorgen, daß die Mittelinstanz erhalten bliebe. Die Fraktionen und die Partei verstehen nichts von Verwaltung. – Dienstag nachmittag Einladung zu einer Versammlung der Schweizer. Konsul Hochstrasser, mit dem ich eine sehr lange und nette Unterhaltung hatte bei dem anschließenden Kaffeetrinken, sagte, die Schweiz wird jetzt deutschfreundlich aus Bolschewiken-Angst. Der Leiter der Organisation für die Auslandsschweizer hielt einen recht guten Vortrag über die Lage der Schweiz nach dem Krieg. Wegen der Analogie und der Gegensätze zu unserer Lage sehr anregend.

[8] Der Stuttgarter Länderrat trat im Oktober 1948 zu seiner letzten Sitzung zusammen. Offiziell löste sich das Büro erst im September 1949 auf. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 47.

März 1947:
Bericht über meinen Aufenthalt in London (9. April 1947).[9]

Mein Aufenthalt in England war dadurch veranlaßt, daß ich mich in den Jahren 1935–1939 mehrfach längere Zeit in London aufhielt, dort mit einigen politischen Persönlichkeiten bekannt wurde und viel auf dem Royal Institute of International Affairs (Chatham House) arbeitete. Dieses Institut lud mich zu einem Vortrag ein, auf Anregung dortiger Freunde. Ich habe im Institut einen Vortrag gehalten über die konstitutionelle Entwicklung in der amerikanischen Zone und die deutsche Verfassungsfrage.[10] Ich habe in diesem Vortrag die Entwicklung in der amerikanischen Zone, die ich ja von Anfang an in leitender Stellung mitgemacht habe, einschließlich des Zustandekommens und des Inhalts der Hessischen Verfassung geschildert und dann ausgeführt, daß derselbe Weg mir für das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Verfassung für praktisch erschiene. Diese Verfassung müsse eine föderalistische sein. Ein bloßer Staatenbund genüge für Deutschland nicht. Er würde Deutschland in den Zustand zurückversetzen, in dem sich Polen im 18. Jahrhundert befand. Meinem Vortrag schloß sich, wie das in England so üblich ist, eine Diskussion an, d.h. eine große Anzahl der Anwesenden stellte Fragen, die ich zu beantworten hatte. Der Vortrag fand Interesse, weil die Verhältnisse in der amerikanischen Zone den Engländern nicht genauer bekannt sind.

Das war wohl auch der Grund, weswegen der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung (research department) des Auswärtigen Amtes mich bat, den Vortrag vor seinen Mitarbeitern zu wiederholen. Auch wurde ich gebeten, im Norfolk-House, d.h. im Kontrollamt für Deutschland und Österreich, mit den für Verfassungsfragen zuständigen Damen und Herren diese Frage zu besprechen, was ich an einem Morgen 2½ Stunden lang tat. Ich sprach dann auch im National Peace Council über Verfassungsentwicklung und politische Parteien, ebenfalls mit anschließender eingehender Diskussion. In einer Veranstaltung der „German Educational Reconstruction" sprach ich über das Problem der Erziehung der deutschen Jugend zur Politik. Auch hielt ich in der deutschen Sozialdemokratischen Partei einen Vortrag über die deutsche Jugend von heute. Ebenso sprach ich im Rundfunk (deutsche Sendung) über Fragen der deutschen Verfassung und über Probleme der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert.

[9] In: UB-MR, NL Bergsträsser 2; dazu auch ‚Darmstädter Echo' 9.4.1947 (Bergsträsser über seine Englandreise).

[10] UB-MR, NL Bergsträsser 2: „Royal Institute of International Affairs. Private discussion meeting", 24.3.1947, hier B.s Vortrag: „Constitutional developments and political parties in the U.S. Zone of Germany".

An einem Wochenende besuchte ich zwei Kriegsgefangenenlager und sprach dort über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland. Auch hier wurden sehr viele Fragen gestellt. Überdies hatte ich Gelegenheit, völlig frei und ungehindert mit den Kriegsgefangenen zu sprechen. In beiden Orten sagten sie mir, daß sie mit der Behandlung zufrieden seien. Auch das Essen sei ausreichend, wenn auch etwas gleichmäßig. Immerhin waren die Kriegsgefangenen, die ihre Küche selbst verwalten, in der Lage, sich sonntags einen Kuchen zu backen. Die Kriegsgefangenen haben die Erlaubnis, 7 km weit ohne Aufsicht auszugehen. Sie können auch in englische Familien eingeladen werden, was vielfach geschieht. Natürlich sehnen sie sich alle nach Hause.[11]

Daneben hatte ich Gelegenheit, den Generalsekretär der Labour Party Morgan Phillips zu sprechen, der besonders Fragen über das wirtschaftliche Leben stellte. Ebenso einen Kreis konservativer Abgeordneter und einen Kreis liberaler Politiker. Letztere in einem Privathaus bei einer Abendeinladung. In beiden Fällen gab ich eine kurze Übersicht über die Gesamtprobleme in Deutschland, woran sich Fragen und Diskussionen schlossen.

Im ganzen genommen hatte ich Gelegenheit gehabt, alte Beziehungen zu erneuern und eine beträchtliche Anzahl neuer Verbindungen zu knüpfen. Es ist mir dadurch Gelegenheit gegeben, einer ganzen Anzahl einflußreicher Personen in Zukunft laufend über deutsche Angelegenheiten zu schreiben, wovon ich Gebrauch machen werde. Ich glaube, daß derartige Verbindungen in jeder Beziehung nützlich sind. Um so mehr, als es eine alte englische Gewohnheit ist, sachliche Informationen interessiert aufzunehmen. Persönlich bin ich in all diesen Kreisen entgegenkommend aufgenommen worden.

Ich habe natürlich auch versucht, über die Lage in England ein Bild zu gewinnen. Auch dieses Land hat natürlich infolge des langen Krieges Schwierigkeiten. Daß es von einem Gläubigerland zu einem Schuldnerland geworden ist, bedrückt maßgebende Kreise sehr. Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit eher zu schwarz gemalt werden. Das entspricht alter englischer Gewohnheit. Die Ausfuhr aus den englischen Kolonien, die Währung haben, wird vermutlich mehr helfen, als man bisher meint. Die Ernährung in England ist nicht so verschwenderisch wie in der Kriegszeit, aber genügend und mit unserer Lage gar nicht zu vergleichen. Die Versorgung mit Kleidung ist knapp, aber ausreichend.

[11] Vgl. zum Besuch der Gefangenenlager auch die Schilderung in: L. Bergsträsser, London 1947, Darmstadt 1947, S. 48.

Aufgefallen ist mir, wie wenige der zerstörten Häuser wieder aufgebaut sind oder aufgebaut werden. Es wurde mir gesagt, dies liege hauptsächlich am Mangel an Arbeitskräften und Bauholz. Die schweren Schäden des Winters, zu denen nun noch große Überschwemmungen kamen, die allein einen Schaden von 20 Millionen £ angerichtet haben sollen, bedeuten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen beachtlichen Rückschlag. Die Nationalisierung der Kohlengruben wird allgemein, auch in Nicht-Labour-Kreisen, gebilligt, weil sie als notwendig empfunden wird.[12] Die Industrieentwicklung ist dadurch gehemmt, daß die Maschinen vieler Fabriken, besonders auch der Textilindustrie überaltert sind und neue Maschinen nur mit langen Fristen und meist nur im Ausland gegen Dollar zu haben sind.

Mittwoch, 23. April 1947

Sitzung des staatsbürgerlichen Ausschusses der „Neuen Schule"[13] in Wiesbaden. Ich führe wieder den Vorsitz. Man hat in meiner Abwesenheit einen Lehrplan für die vier Oberklassen der höheren Schulen ausgearbeitet. Wir gehen ihn im einzelnen durch; er ist nicht schlecht, und ich versuche, ihn mit Erfolg in einen zwingenden logischen Zusammenhang zu bringen. Dazwischen eine Diskussion über die Stundenzahl. Wir sind uns einig, daß wir zwei Stunden brauchen, und schicken einen entsprechenden Antrag in den Schulplan-Ausschuß mit der Bitte, uns darüber zu hören. Beim Mittagessen erfahren wir, daß der Ausschuß von sich aus beschlossen hat, uns nur eine Stunde zu geben. Ich spreche mit dem Vorsitzenden, dem sehr verständigen Grießbach, der auch für 2 Stunden ist, daß wir die Frage nach Tisch noch einmal erörtern. Wir gehen alle hinüber, und eine kurze Rede von mir, in der ich die außenpolitische und die innenpolitische Bedeutung betone, wirft sie um. Die Lösung soll nun so gefunden werden, daß verschiedene Fächer je ein Jahr eine Stunde abgeben. – Abends in Heidelberg in der Partei, große Rede über Außenpolitik. Bombenbeifall. Die Maßgebenden billigten meine These, daß wir mit allen Besatzungsmächten arbeiten müssen.

[12] Im Mai 1946 war die britische Kohlenindustrie nationalisiert worden.

[13] Die im Februar 1947 gebildete Arbeitsgemeinschaft ‚Neue Schule', in der sich Schulexperten und Vertreter des Kultusministeriums zusammengefunden hatten, sollte Pläne zur Schulreform entwickeln. Sie gliederte sich in Organisationsausschüsse und Fachkommissionen. B. gehörte der Unterkommission Gemeinschaftskunde an. Die Arbeitsgemeinschaft wurde Ende 1947 aufgelöst. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 470.

Donnerstag, 24. April 1947

Nachmittags Fraktion. Hauptsächlich über Ernährung, dazwischen über eine Erklärung[14], die wir abgeben mußten, da der Narr Knothe behauptet hat, die CDU-Ernährungsminister seien an der Lage Schuld. Freidhof sagte mir, daß es nun so gut wie sicher sei, daß er nicht Landesvorsitzender bleibt. Dadurch werden sich mehrere Situationen klären, und wenn es so kommt, wird man damit rechnen können, daß wir uns gegen Hannover kritischer stellen und daß ich in den außenpolitischen Fragen maßgebend beteiligt werde. Überdies wird Knothes Intrige gegen mich zerplatzen.[15] – Abends Kolleg in Frankfurt. Doppelt so viel Zuhörer wie bei der ersten Vorlesung. Sehr aufmerksam meinen Erzählungen über England folgend.

Freitag, 25. April 1947

Ellenlange Sitzung des Plenums in Wiesbaden. Ernährungsfragen. Gute, wohl abgewogene, oft trefflich formulierte Rede von Stock. Polemische Rede von Stieler gegen Presse und Gerüchte.[16] – Abends eine halbe Stunde mit Bammel.

Samstag, 26. April 1947

Nachmittags Rettig, interessant von der russischen Zone erzählend. Mit d'Hooghe gesprochen. Die Franzosen sollen ruhig eine Auflage für ihre Zone machen, auch wenn wir 20000 von den Amerikanern für die „Paris"-Broschüre bewilligt bekommen.[17] Wir können sie leicht absetzen. Wiesbadener Buchhandlungen haben überhaupt noch nichts bekommen.

Montag, 28. April 1947

Neue Verordnung aus Wiesbaden, daß sie Museen und Bibliotheken zentral verwalten wollen. Unsinn! – Samstag habe ich mir eine Denkschrift des Württembergischen Innenministeriums telefonisch bestellt. Die wollen dort Regierungspräsidenten einführen. Bei uns will man sie absägen. Mir

[14] Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 1.5.1947 (Die CDU-Ernährungsminister).

[15] In einem Brief an Schumacher warf Knothe B. Kooperation mit bürgerlichen Kreisen vor, wobei er sich auf die Anwesenheit B.s bei der CDU/CSU-Tagung in Königstein bezog; er deutete an, „daß einige unserer besten Genossen vom Lande Hessen mich bedrängen, Bergsträsser aus der Partei auszuschließen". ASD, Best. Schumacher J 45: Knothe an Schumacher, 8.2.1947.

[16] 11. Sitzung: LT-Drucks III, S.217: Erklärung Stocks zur Ernährungsfrage und Aussprache.

[17] L. Bergsträsser, Paris. Heute und Gestern, Darmstadt 1947.

wäre es recht, persönlich. Ich würde zur Diskussion gestellt und frei. Aber sachlich wäre es falsch.

Montag nachmittag Vortrag in der Verwaltungsschule in Bensheim, über Probleme der Reichsverfassung. Das ist meine neue Walze.

Donnerstag, 1. Mai 1947

Heppenheim, Rede, in der ich sehr an die Verantwortung appellierte, auch sagte, daß man im persönlichen Leben die Folgerung aus der Verfassung ziehen müsse, daß die berufstätigen Mädchen viel zu sehr von der Familie ausgenutzt würden im Verhältnis zu den Männern.

Samstag, 3. Mai 1947

Gießen, Städtetag. Verwaltungsreform. Brill hielt eine sehr unglückliche Rede, die allgemein verschnupfte. Er kann nie den Ton für uns hier in Süddeutschland treffen und wirkt wohl noch hochmütiger als er ist. Es ist wenig Stimmung vorhanden für diese Art der Reform. Ich sprach nur zum 1. Punkt, Artikel 41, indem ich kurz darlegte, was wir unter „Gemeineigentum" verständen und daß dazu auch die gemischtwirtschaftlichen Betriebe gehören.[18] Damit war in 3 Minuten eine ganze Debatte abgegangen.

Nachmittags in Marburg Ebbinghaus, Rektor Matz, Professor Benz, Dekan der theologischen Fakultät. Matz macht einen guten Eindruck. Benz erklärte mir sehr hübsch und deutlich, daß die Marburger theologische Fakultät gegen die Errichtung einer theologischen Fakultät in Frankfurt ist. Man hat nicht Lehrkräfte genug für beide. Offenbar steckt weiter nichts dahinter als die Arroganz bestimmter kirchlicher Kreise, deren Fahnenträger der widerliche Spira ist.

[18] HStA, 502/1220: Niederschrift 15. Tagung Städteverband, 3.5.1947. Wirtschaftsminister Koch plante im 1. Ausführungsgesetz zu Art. 41 (LT-Drucks. I, Nr. 151), auch für die Gemeindebetriebe Treuhänder einzusetzen. Dem widersprachen die kommunalen Spitzenverbände, die die Gemeindebetriebe bereits als Gemeineigentum betrachteten. B. argumentierte hier im Sinne des Städteverbandes, indem er unterstrich, daß seinerzeit der von ihm geleitete Verfassungsausschuß bei der Formulierung des Sozialisierungsartikels nicht an den Einbezug der kommunalen Betriebe gedacht habe. Die Auseinandersetzung wurde fortgesetzt, obwohl das verabschiedete 1. Ausführungsgesetz (GVbl 1947, S. 72) zunächst die leitenden Organe der Gemeindebetriebe als Treuhänder bestimmte. Zum Fortgang vgl. Anm. 112/1947.

Montag, 5. Mai 1947

Nachmittags dem Europa-Union-Gewäsch in Verbindung mit der Paulskirche entzogen. In der Sitzung selbst vertrat Rebholz sehr gut unseren gemeinsamen Standpunkt.[19]

Dienstag, 6. Mai 1947

Miss Liddell. Erst bei mir, dann mit Rathgeber zusammen, dann in Giselas Club. Abschiednehmend bei Gisela sagte sie, es sei der Tag mit den besten Informationen gewesen.[20] Ich gab ihr über die Schulsachen hinaus auf ihre Fragen hin eine deutliche Schilderung der Ernährungslage, Beispiel Fräulein Kögel[21], und sehr scharf darüber, daß eine bundesstaatliche Verfassung notwendig sei und eine staatenbündlerische unmöglich, auch meine Kritik an der englischen Verwaltung.

Mittwoch, 7. Mai 1947

Morgens bei der Kommission für Vorbereitung einer Verwaltungsreform. Ich sprach wohl kaum mehr wie eine Viertelstunde, sagte, daß ich die Zeit nicht für gegeben hielte, daß eine wirkliche Selbstverwaltung nur möglich sei, wenn der einzelne Träger die Einnahmen für seine Ausgaben selbst beschaffe, sprach über die Möglichkeit, bei mir zwei Kreise verschwinden zu lassen, über die Notwendigkeit, den Regierungspräsidenten zu erhalten als Vertreter der Staatsautorität, gerade wenn die Landräte gewählt würden, gegen die Sonderverwaltungen und darüber, daß es nichts nutze, wenn man Aufgaben von einer Behörde zur anderen verschiebe, und entwickelte dann den Unsinn ministerieller Verwaltung an einigen Beispielen. Einige Ausdrücke von mir, wie „Mangelverwaltungen", machten ersichtlich den Perücken Spaß. Hoch sagte mir abends beim Sekttrinken, man habe meine starke juristische Ader sehr gemerkt, schien überhaupt mit meinen Ausführungen sehr zufrieden, weniger mit denen des Wiesba-

[19] UB-MR, NL Bergsträsser 22: Protokoll über die Sitzung des Gesamtausschusses für die Vorbereitung der Hundertjahrfeier der Paulskirchenversammlung.

[20] Helen Liddell vom Information Department des Royal Institute of International Affairs reiste im April/Mai durch Deutschland, um Fragen der Erziehungspolitik im besetzten Deutschland zu erörtern. Vgl. Helen Liddell, Education in Occupied Germany: A Field Study, in: International Affairs 26 (1948), S. 30–62.

[21] Vgl. Eintragung 20. 5. 1947.

dener Kollegen [Nischalke], die nicht präzis gewesen seien.[22] – In Wiesbaden noch schnell in der Staatskanzlei zu Mittag gegessen. Bekannte Nudeln, und dann zu Hause mit gutem Appetit zu Mittag gegessen.

Nachmittags Fräulein von Galen über Zeitungswesen. Ich sagte, der größte Fehler sei gewesen, daß man Leute, die zwangsweise bei den Nazizeitungen mitgearbeitet hätten, wie Anita Haase[23], nicht zugelassen habe. Die hätten die Erfahrung gehabt, eine gute Zeitung zu machen. Der zweite Fehler sei die bezirkliche Bindung, wodurch die Konkurrenz ausgeschaltet sei. Warum solle sich dann eine Zeitung Mühe geben?[24] Dazwischen kam der französische Universitätsoffizier aus Tübingen [Cheval], ausgezeichnet deutsch sprechend. Ich gab ihm Empfehlungen nach Marburg. Er will am Samstag wiederkommen. – Abends bei der Firma Schloß Vaux in Eltville[25], Sektprobe mit amerikanischen Offizieren. Behaglich. Ich toastete auf die amerikanischen Offiziere in Englisch in einer kleinen Kette von Bosheiten, die sie mit sehr viel Lachen behalloten.

Donnerstag, 8. Mai 1947

Vor und nach dem Kolleg lange Besprechung mit Hallstein über Universitätsreform. Der Gedanke, die Universitätsselbstverwaltung in einem Konzil zusammenzufassen, eine Einrichtung, die er von Rostock her kennt, scheint mir wichtig. Überdies schlug ich vor, die Universitätsselbstverwaltung dadurch zu festigen, daß der Hochschule ein Global-Etat gegeben werde, den sie selbst auch durch das Konzil im einzelnen verteilt. Freitag abend besprach ich dieselben Angelegenheiten mit dem Rektor Vieweg, der über meinen Global-Etat-Vorschlag entzückt war, weil er denselben schon einmal gemacht hat, wobei er mir allerdings sagte, viele Leute hätten ihn daraufhin für verrückt erklärt. Wir tranken auf gute Kollegenschaft. In Darmstadt gehen die Berufungen auch durch ein Konzil, das man kleinen Senat nennt.

[22] Protokoll in: Die Verwaltungsreform in Hessen, hrsg. von der Kabinetts-Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform, Bd. 1, Wiesbaden 1947, S. 53. Die von Brill geleitete Kommission sollte Pläne für eine Verwaltungsreform in Hessen entwerfen. B. wurde wie Nischalke lediglich als Sachverständiger gehört; Hoch war dagegen Mitglied der Kommission.

[23] Anita Haase war während des Dritten Reiches beim ‚Darmstädter Tagblatt' beschäftigt, das sein Erscheinen Ende Mai 1941 einstellen mußte.

[24] Schon im März 1946 hatte B. die Bezirksbindung der Lizenzzeitungen beklagt und gefordert, die Verbreitungsgebiete des ‚Darmstädter Echos' und der ‚Gießener Freien Presse' zu erweitern. Mat. Bergsträsser: Bergsträsser an Bieberfield, 6.3.1946.

[25] Sektkellerei.

Freitag, 9. Mai 1947

Wiesbaden: „Neue Schule". Wir sind im staatsbürgerlichen Unterricht wieder ein gutes Stück weiter gekommen, verstehen uns untereinander gut, und alle Mitglieder haben das Bewußtsein, daß hier ein Angelpunkt der Schulreform liegt. – Nachher kurz bei Wahrhaftig. Er wußte die Äußerung von Brill schon, der auf dem Städtetag ihn mit deutlich antisemitischem Ressentiment erwähnt hatte.[26] Ich hatte Stock darüber informieren wollen, was wegen seiner Krankheit nicht geschehen konnte. Brill ist taktlos, eingebildet und versteht mit süddeutschen Menschen nicht umzugehen.

Samstag, 10. Mai 1947

Vormittags mit Ministerialrat Hoffmann dieselben Probleme durchgesprochen. Unsere Standpunkte sind ziemlich nahe beieinander. Langes Hin und Her wegen der neuen Uhrzeit und der daraus sich ergebenden Folgen.[27] Wirrwarr.

Dienstag/Mittwoch, 13./14. Mai 1947

Fraktionssitzung. Stock wünscht von mir eine Denkschrift über Möglichkeiten einer zukünftigen deutschen Verfassung[28], speziell über das Zwischenstadium. Mittwoch abend mit Wahrhaftig ohne Wahrhaftig gegessen. Er bekam nämlich ein Telefongespräch von Amerika und kam zu spät. Mir tut es leid, daß er weggeht. Ich kam immer sehr gut mit ihm zu Rande.

Montag, 19. Mai 1947

Im Kulturpolitischen Ausschuß eine vernünftige Resolution über die Selbstverwaltung der Hochschulen gefaßt.[29] Es ging alles sehr glatt. Nur

[26] Im Protokoll der Städteverbandstagung vom 9.5.1947 (vgl. Anm. 18) ist die angesprochene Passage nicht enthalten.

[27] 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die doppelte Sommerzeit ein (plus 2 Stunden). Der Sozialpolitische Ausschuß des Landtages protestierte dagegen; ‚Frankfurter Rundschau' 8.5.1947 (Gegen doppelte Sommerzeit). Sie wurde am 29.6.1947 wieder auf eine Stunde reduziert.

[28] Vgl. Anhang, Dok. 4.

[29] UB-MR, NL Bergsträsser 10: Beschluß-Protokoll des Kulturpolitischen Ausschusses am 19.5.1947. Entschließung: „Der Landtag billigt die Stellungnahme des Herrn Kultusministers zur Frage der Selbstverwaltung der Hochschule und ist einhellig der Überzeugung, daß es Aufgabe der Hochschulen als staatsrechtliche Bildungsanstalten sein muß, dem Staate zu dienen, dessen Elite sie mit zu erziehen ha-

Hammer war querköpfig und stolperte entgegen Bauer über den Zwirnsfaden, daß wir eine Äußerung des Ministers billigten. Das könne er als Oppositionspartei nicht. Vorher langes Gespräch mit Willi Wittrock über die Außenpolitik der Partei. Er ist meiner Meinung, daß es so nicht gehe. Wir kündigten unseren Antrag an wegen der evangelischen Fakultät in Frankfurt.[30]

Dienstag, 20. Mai 1947

Nachmittags Lewy von der Information-Control. Ich sagte ihm, daß es dringend notwendig sei, die Wirtschaft anzukurbeln, und sagte ihm am nächsten Tag noch ergänzend, nach einem Gespräch mit Gisela, daß die Rede von Newman[31] einen verheerenden Eindruck gemacht und Hoffnungslosigkeit gesät habe statt zu stimulieren. – Prinzessin und Härting über Wahl des Rot-Kreuz-Präsidenten und Intrigen von Borngässer. Vielleicht kann man ihn mit einer Äußerung, der Minister habe gelogen, zu Fall bringen. – Dr. Brücher aus München. Mit ihr einen Artikel über Reichsverfassungsfragen verabredet, der an den Entwurf der CDU anknüpfen soll.[32] Frau Storbeck war krank, Fräulein Kögel wurde auch gegen Mittag krank. Überall werden jetzt die Leute krank. Widerstandsfähigkeit sehr gesunken. – Gegen abend führte mir Caspary zwei Amerika-

ben. Dabei soll der Geist der freien Forschung und Lehre mit dem Dienst an der Wahrheit verbunden sein. Mit dem Herrn Kultusminister ist sich der Landtag insbesondere darüber einig, daß die Selbstverwaltung der Hochschulen nicht zu ihrer Isolierung führen darf, vielmehr die Hochschule sich zu ihrer Aufgabe als aktiver und autonomer Körper innerhalb der deutschen Demokratie bekennen muß. Nur so kann die Hochschule zu einem lebendigen Bestandteil des deutschen Volkes werden".

[30] Nicht gestellt.

[31] Rundfunkansprache Newmans am 16.3.1947. Der ‚Frankfurter Rundschau' war vorab ein Manuskript der Rede übermittelt worden, das am 15.7.1947 abgedruckt wurde (Zusammen könnten wir es schaffen). Eine Passage des Manuskripts, in der Newman bei Streiks und Widerstand gegen Anordnungen der Militärregierung mit dem Belagerungszustand drohte, wurde offensichtlich von Clay gestrichen und von Newman im Radio nicht mehr vorgetragen, fand aber durch die ‚Frankfurter Rundschau' Verbreitung. Auch ohne diesen Abschnitt klang die Rede äußerst scharf und führte zu heftigen Reaktionen. Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 20. und 22.5.1947 (Dr. Newmans Rede; Dr. Newman über die Lage in Hessen).

[32] Der Verfassungsausschuß der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft hatte Ende April Grundsätze für eine künftige Verfassung entwickelt. Vgl. Wolfgang Benz, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im ‚Ellwanger Kreis' 1947/1948, in: VfZ 25 (1977), S.776–820, hier S.781; Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle Bd.2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard 1981, S.XLIII. – B.s Artikel ist nicht in der ‚Neuen Zeitung' erschienen.

ner zu. Einer, Professor Gerth, hat früher viel bei mir gehört. Er will wiederkommen. Nettes Abendessen in der Offiziersmesse. Die Angelegenheit Caspary scheint auszugehen wie das Hornberger Schießen, Knothes Intrige also wirkungslos zu sein.[33] Ich sagte den Amerikanern deutlich die Lebensmittellage.

Mittwoch, 21. Mai 1947

Abendeinladung bei Sheehan. Ausgezeichnetes Essen, nette Unterhaltung.

Donnerstag, 22. Mai 1947

Verfassungsdenkschrift für Stock fertig gemacht.[34] Ahl fand sie sehr gut. Kolleg in Frankfurt bei schwülem Wetter und entsprechender Müdigkeit.

Ab Dienstag, 27. Mai 1947 (Woche nach Pfingsten)

In Marburg zu den Marburger Hochschul-Gesprächen. Am interessantesten waren lange Unterhaltungen mit Schweizer Herren, besonders mit Dr. Fueter, dem Leiter des Schweizer Auslands-Instituts in Bern, der mir eines Abends einen richtigen Vortrag über die weltpolitische Lage hielt. Meine Auffassung, daß bei der Moskauer Konferenz China im Hintergrund stand[35], bestätigte er. Ich bin also ohne viel Quellen doch ungefähr so weit gekommen, wie man eben kommen kann. Die Diskussionen waren alle anregend, aber die eigentlichen Professoren sprachen immer zu umständlich, während wir drei Parlamentarier, Bauer, Schreiber, Bergsträsser, uns mit der Zeit, auch mit kurzer Diskussionszeit, gut einzurichten wußten. Schreiber war besonders nett mir gegenüber und sagte mir überdies, was für ihn sehr bezeichnend ist, ich käme auch in den Memoiren vor, die er während der Hitlerzeit geschrieben habe.[36] Abends gute Rede von Bleek. In der Denazifizierungs-Debatte sprach ich verhältnismäßig

[33] Knothe bezichtigte Caspary der engen Beziehungen zur KPD. Zum Fortgang vgl. Anm. 119/1947.

[34] Vgl. Anhang, Dok. 4.

[35] Obwohl der sowjetische Außenminister Molotow auf der ersten Sitzung der Moskauer Konferenz am 11.3.1947 beantragt hatte, das chinesische Problem angesichts des sich verschärfenden Bürgerkrieges auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, lehnte US-Außenminister Marshall offizielle Besprechungen ab, da er zuvor der chinesischen Regierung versichert hatte, er werde dies nicht zur Sprache kommen lassen. Vgl. Europa-Archiv 1947, S. 743.

[36] Georg Schreiber, Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches von 1919–1944, Münster 1949. B. wird (S. 53) kurz im Zusammenhang mit der Erforschung der Parteigeschichte erwähnt.

scharf. Als am Samstag die Resolutionen beraten wurden, richtete man sich völlig nach meinen Wünschen. So konnte ich auch der Resolution über die Selbstverwaltung zustimmen.[37] Mein Vorschlag eines Global-Etats oder wenigstens übertragbaren Etat-Postens wurde sehr begrüßt. – Ich war sehr angenehm untergebracht, privatim: Die Tochter Klostermann, eine der Hauptpersonen des sozialistischen Studentenbundes, klug. Ich sprach oft mit ihr über Universitätsangelegenheiten. Die Professoren haben es doch recht gut. Wenn man unsere Hetzarbeit mit ihrer Behaglichkeit vergleicht. – Samstags langer Besuch bei Dehio. Er will die „Historische Zeitschrift"[38] wieder herausgeben und speziell versuchen, Rezensionsexemplare, die seit 39 im Ausland erschienen waren, zu bekommen zu großen Berichten. Gute Idee.

Dienstag, 3. Juni 1947

Im Kultusministerium Wappensitzung über das Hessische Staatswappen. Stein, der leitete, gab eine sehr gute Übersicht und forderte mich auf, in der Diskussion als Erster zu sprechen. Man war allgemein erfreut, daß ich mich für den hessischen Löwen entschieden habe und nicht für Ähren oder sonstige Guatemala-ähnliche Symbole. – Interessante Fahrt nach Frankfurt mit Holzinger. Kluger, lebhafter, weit herumgekommener Mann. In Offenbach Mittagessen bei der Militärregierung anläßlich der Lizenzerteilung an die Offenbacher Zeitung.[39] – Abends Vortrag im Interniertenlager.[40] Tausend Leute. Lange, interessante Diskussion. Einer der Teilnehmer aus Darmstadt schrieb seiner Familie darüber. Frau Bäckermeister Reiser gab den Brief meiner Frau. Man scheint von dem Vortrag sehr angetan gewesen zu sein. Einer der Diskussionsredner, Stadtschulrat

[37] Resolutionen in: UB-MR, NL Bergsträsser 10 sowie: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, bearb. von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1961, S. 261. Die Resolution zur Selbstverwaltung der Universitäten lautet: „Es ist für die praktische Durchgliederung der Selbstverwaltung der Universitäten wichtig, daß alle der Hochschule dienenden wissenschaftlichen Einrichtungen in die Selbstverwaltung eingegliedert werden". Siehe auch ‚Marburger Presse' 30. 5. 1947 (Die Stellung der Hochschule im demokratischen Staat).

[38] Die ‚Historische Zeitschrift' erschien erst wieder ab April 1949. Geleitwort von Verlag und Herausgeber tragen das Datum Juli 1947.

[39] Gemeint ist die ‚Offenbach Post'.

[40] Im Lager Darmstadt waren Aktivisten und hohe Funktionäre der NSDAP interniert. Im Juni 1947 befanden sich dort etwa 10000 Personen, vornehmlich Mitglieder der Waffen-SS, der Allgemeinen SS und Politische Leiter. Als Teil eines Umerziehungsprogramms wurden politische Persönlichkeiten zu sogen. „Bildungsabenden" eingeladen. Vgl. Eugen Kogon, Der Kampf um Gerechtigkeit, in: Frankfurter Hefte 4/1946, S. 373–383.

Meinshausen, hat bei mir in Greifswald studiert und macht einen anständigen Eindruck. Thema: „Wie Frankreich und England die deutsche Frage sehen". Ich werde gelegentlich wieder da reden.

Mittwoch, 4. Juni 1947

Dr. Zbinden. Ich habe mich wieder an dem schönen und vollen Deutsch gefreut, das die Schweizer durch ihre Dialektnähe haben. Abends Weintrunk bei mir. Er will mich für den Herbst zu Vorträgen in die Schweiz einladen. – Vormittags „Neue Schule" in Wiesbaden. Ich aß erst bei der Militärregierung, fuhr dann in die Staatskanzlei und aß dann noch einmal, mich mit meinen Fraktionskollegen unterhaltend.

Freitag, 6. Juni 1947

Langweiliges Plenum.[41] Dazwischen Besuch von Oertel wegen des Dokumentenfilms über das Jahr 1848 und von Dr. Demeter wegen des Bundesarchivs in Frankfurt.[42]

Samstag, 7. Juni 1947

Denkschrift an den Kultusminister, er solle die direkte Unterstellung der Landesbibliothek und des Museums unter das Kultusministerium wieder rückgängig machen.[43] Man muß dauernd gegen die zähe Zentralisationswut der Ministerialräte kämpfen.

Von da bis Samstag, 21. Juni 1947

Im Bett, Venenentzündung, dann langsam aufgestanden.

[41] 13. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 287 ff.

[42] Oertel sollte für die Jahrhundertfeier der Frankfurter Paulskirche einen Dokumentarfilm drehen. Demeter, Leiter der Frankfurter Abteilung des ehemaligen Reichsarchivs, hatte im Mai 1946 vom Kultusministerium den Auftrag erhalten, die Bestände des Archivs vorläufig weiter zu verwalten. Mit Erlaß vom 2. 6. 1947 übertrug das Kultusministerium die Frankfurter Abteilung der Stadtverwaltung Frankfurt und zog den Auftrag an Demeter zurück. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Hoffmann an Demeter, 17. 6. 1947. Demeter und B. bemühten sich um selbständige Fortführung der unversehrt gebliebenen Außenstelle als Forschungsstätte „Paulskirche und Reich', um damit gleichzeitig einer Zusammenlegung von Reichsarchivsabteilung und Frankfurter Stadtarchiv zu entgehen. Mat. Bergsträsser: Demeter, Denkschrift 2. 9. 1947 „Gedanken über Frankfurter Kulturpolitik der nächsten Zukunft". UB-MR, NL Bergsträsser 10: Demeter an Kultusministerium, 15. 6. 1947.

[43] Nicht ermittelt.

Donnerstag bis Sonntag, 26. bis 29. Juni 1947

Von Donnerstag bis Sonntag abends in Nauheim. Zur Abwechslung abends mit dem Wagen im Zirkus. Hübsche artistische Vorstellungen. In Nauheim hatte das Landesernährungsamt verordnet, daß Kurgäste ihre Lebensmittelmarken in Friedberg umtauschen müssen. Für Herzleidende gerade die richtige Sache. Ich habe interveniert, und nach 3 Tagen wurde das wieder aufgehoben.

Mittwoch, 2. Juli 1947[44]

General Clay und Botschafter Murphy hier. Einstündige Unterhaltung mit Murphy.[45] Spricht gut deutsch. Wir sprachen nur wegen des dabei sitzenden Sheehan einige Male englisch. Viele Themen behandelt. Er begann zu fragen, wie ich die bizonale Entwicklung ansähe. Ich billigte sie im Prinzip mit dem Vorbehalt, den sie selbst auch machten, daß es nur ein Durchgangsstadium zur wirtschaftlichen Einheit sei, ohne die keine Aufwärtsentwicklung in Deutschland möglich sei. Skepsis gegenüber der englischen, sich in alles mischenden Offiziersverwaltung. Den Unterschied zwischen beiden hätte ich schon im November 45 festgestellt und ausgesprochen.[46] Hinweis auf meine Vorträge in London, wo ich die konstitutionelle Entwicklung in der amerikanischen Zone als gutes Beispiel empfohlen hätte, was ihn sichtlich freute. Er sagte dazu „good, good". Beispielhaft über Ernährung. Ich habe selbst keine Kartoffel mehr – meine Sekretärinnen. Ernährungsfrage sei primär, auch für die Kohlenfrage. Wenn der Ruhrarbeiter mehr hat, aber seine Familie nicht, dann teilt er doch. An der Kohle hängt alles andere. Unsere Industrie-Entwicklung – Opel, Leder, Kleinindustrien – Rohstoffe und Kohle aus der Ruhr. Für die Ruhr selbst europäisches Generalkohlensyndikat, erwähnend, daß ich es mit Franzosen auch besprochen. Über Pässe, weil er nach dem Verkehr mit der französischen Zone fragte. Er ließ sofort nachfragen und sagte, er werde das zu regeln versuchen, es sei ja unsinnig. Darauf sagte ich, noch viel unsinniger sei es, daß man uns von ausländischer Literatur abschneide, auch dann wenn es keine Geldfrage sei. „Neue Züricher Zeitung", andere Bücher aus der Schweiz. Viele von uns hätten gute Freunde. Er stimmte lebhaft zu und ließ es auch notieren.[47] Die Reuleaux begann gleich, Protokoll

[44] Die Eintragung vom 2.7. steht im Tagebuch vor der Eintragung vom 1.7.1947. Die Reihenfolge wurde aus sachlogischen Zusammenhängen so belassen.

[45] Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Aktennotiz vom 4.7.1947 über die Unterredung mit Murphy, in Abschrift auch an Stock in: HStA, 502/1874.

[46] Vgl. Eintragung 9.11.1945.

[47] Murphy griff dies bereitwillig auf. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Sheehan an B., 16.8.1947, der einen Auszug aus Murphys Bericht über diese Reise übermittelt.

zu führen. Er sah es und sagte, ich spräche vielleicht freier ohne Protokoll, worauf ich ihm sagte, das sei mir ganz gleich. Es sei vieles von mir protokolliert worden, auch in diesen Räumen, und hätte mich nie gehindert, offen zu sprechen. Sehr angenehmer Mann, weltmännisch, Verbeugung am Anfang und Ende, auch von seiner Seite. „Ich danke Ihnen", worauf ich ihm sagte: „Ich danke Ihnen um so mehr, als es für uns immer wichtig ist, mit den hohen Stellen so offen sprechen zu können."

Dienstag, 1. Juli 1947

Lange Unterhaltung mit Ullenboom über Ernährung. Er machte mir eine Statistik auf, die ich Murphy gab. Ich sagte Murphy dabei, daß man mit den tatsächlichen Kalorien, die wesentlich unter den papierenen lägen, nicht auskommen könne, und sagte auch, einer der größten Fehler sei gewesen, daß man mehr versprochen habe, was Mißtrauen gegen alle Versprechungen herbeiführe.[48] Murphy fragte auch nach Kommunisten. Ich sagte, die seien keine Gefahr wegen der Berichte aus der russischen Zone, aber eine große Gefahr sei die Apathie und die Kritik an der Leistungsunfähigkeit der Regierungsstellen, die bei uns ausarte in eine idiotische Erzählerei über die besonderen Vorteile, die die regierenden Personen sich zu verschaffen wüßten. Beispiel: Ich hätte meinen Fahrer [Schork] entlassen, weil er gedroht habe zu verbreiten, daß ich ein Schwein schwarz geschlachtet und mit ihm geteilt hätte.[49] Die Logik der Sache ist bewundernswert und ging ihm sofort auf. Er sprach über den Mangel an Zivilcourage. Ich unterstrich das.

[...] Auch mit Just gesprochen über schärferes Zugreifen gegenüber Landwirten, die hintenherum verkaufen. Die Wirkungslosigkeit des Vorgehens liegt daran, daß es für Strafen beim Ernährungsamt ein Schiedsgericht gibt. An sich schon unerhörter Blödsinn. Wenn Strafen verhängt werden, gibt es kein Schiedsgericht, höchstens eine Berufung. Ewige Bevorzugung der Landwirtschaft, die bis in die Knochen korrupt ist. Mit Murphy sprach ich auch über die Umstellung der Landwirtschaft und sagte ihm, daß es eigentlich keiner Kontrolle der deutschen industriellen Produkte bedürfe, um zukünftige Kriege zu vermeiden, sondern daß Deutschland, nachdem der Großgrundbesitz zerschlagen sei, Krieg nur führen könne, wenn es ungeheuere Getreidevorräte sammele, was man ja unbemerkt gar nicht tun könne. Dies schien ihm neu zu sein.

[48] Nach Angaben des Landesstatistischen Amtes lag die tägliche Ration für den Normalverbraucher im Juni 1947 bei ca. 900 Kalorien.

[49] B.s Fahrer Schork war zu seinem Schwiegervater, Förster Friedrich Flick, ins Jägerhaus nach Laubach gezogen, um einen KfZ-Betrieb zu eröffnen.

Donnerstag, 3. Juli 1947

Morgens langweilige Fraktionssitzung; nachmittags langweiliges Plenum, langes Reden über Denazifizierung.[50] Dann noch einmal Fraktionssitzung.

Freitag, 4. Juli 1947

Morgens wieder Plenum.[51] Ich fuhr nachmittags nach Lich, Gießen und dann Marburg. Vortrag über Reichsverfassungsproblem. Sozialistische Studentengruppe. Sehr interessierte Zuhörerschaft. Dann lange Diskussion über alle möglichen Probleme des studentischen Lebens mit etwa 10 jungen Leuten. Sehr interessant. Sie wünschen alle weniger Vorlesungen und mehr Übungen und dafür Vergrößerung des Lehrkörpers, also dasselbe wie die Professoren in Marburg auch.

Samstag, 5. Juli 1947

Bibliothek wegen 48. Archiv. – Längere Unterredung mit Benz. Weitere Unterhaltung mit Studenten. Gutes Mittagessen bei Skarry. – Dann über Nauheim nach Frankfurt zu der Jugendtagung mit Ausländern, die so schlecht organisiert war, daß man gar nichts davon hatte.[52] Die deutschen Reden waren fast alle blöd, außer der von Kolb. Herzfeld hatte die Leitung. Wie konnte es anders sein? Einer lachte sehr über meine Äußerung, Herzfeld sei der Vater der Marlitt. Interessante Unterhaltung mit Beutler. Er ist für die theologische Fakultät, aber gegen das Schulgebet.[53]

Montag, 7. Juni 1947

Bei Sheehan langes Hin und Her wegen der am Dienstag stattfindenden Einladung zu Newman.[54] Sie haben alle Einladungen über die Militärre-

[50] 17. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 431 ff. Die Debatte um die Entnazifizierung fand nicht auf dieser, sondern auf der darauffolgenden Sitzung am nächsten Tag statt.

[51] 18. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 447 ff, hier die Entnazifizierungsdebatte nach einer Erklärung Binders.

[52] Ausführlicher Bericht in ‚Frankfurter Rundschau' 8. 7. 1947 (Jugendkonferenz in Frankfurt).

[53] Kultusminister Stein verfügte mit Erlaß vom 8. 5. 1947, den Unterricht mit einem Gebet oder einem geistlichen Lied zu beginnen und zu beenden. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Kultusminister an die Kreisschulräte und Regierungspräsidenten, 8. 5. 1947.

[54] Vgl. zu dieser Zusammenkunft Newmans mit Regierungspräsident, Landräten und leitenden Beamten in Darmstadt ‚Frankfurter Rundschau' 10. 7. 1947 (Dr. Newman in Darmstadt).

gierungen an die Landräte telefonisch gegeben, woraus Wirrwarr entstand. Sheehan hilflos und umständlich wie bei solchen Sachen immer.

Dienstag, 8. Juli 1947

Tolles Hin und Her auf dem Amt. Dann zur Einladung im Bahnhofshotel, die sehr nett war. Nicht nur gutes Essen, auch die ganze Art. Man unterhielt sich auch gut. Ich saß kurioserweise neben der Frau eines „Stars and Stripes"-Mannes[55], die Französin ist. Die endlosen Reden wurden sogar noch zweigeteilt. Man machte eine auf die Herren berechnete Pause dazwischen.

Mittwoch, 9. Juli 1947

Netter Lunch mit Hillman; der in Paris studierende Sohn schwärmt.

Donnerstag, 10. Juli 1947

Morgens Haushaltsausschuß; Hochschulen, prinzipielle Fragen erörtert. Nachmittags kulturpolitischer Ausschuß. Mehrheitsbeschluß gegen die theologischen Fakultäten in Frankfurt.[56] Gute Rede Metzgers gegen den Schulgebet-Erlaß. Gutes Kolleg in Frankfurt über Pariser Konferenz.[57]

Freitag, 11. Juli 1947

Langweilige Fraktion.

[55] Die Redaktion der amerikanischen Armeezeitung ‚Stars and Stripes' wurde unmittelbar nach dem Einmarsch 1945 in Griesheim bei Darmstadt eingerichtet.

[56] Laut Beschluß-Protokoll (in: UB-MR, NL B.s 10) wurde B.s Antrag „Der Landtag wolle beschließen: Theologische Fakultäten an der Universität Frankfurt/M sollen nicht errichtet werden, da das Bedürfnis zu verneinen ist!" mit 7:1 Stimmen bei Enthaltung der CDU-Mitglieder angenommen.

[57] Die am 12.7. eröffnete Konferenz von 16 europäischen Ländern sollte das von den Vereinigten Staaten zur Bedingung für den Marshall-Plan gemachte europäische Wiederaufbauprogramm ausarbeiten. Obwohl das Angebot auch für die osteuropäischen Länder galt, durften diese auf sowjetischen Druck hin der Einladung durch Frankreich und Großbritannien nicht folgen. Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 199.

Samstag, 12. Juli 1947

Mit Stork gesprochen. Er glaubt, daß Stöcker gegen ihn intrigieren wolle in der Frage meiner Wohnung.[58] Er würde die Sache direkt dem Minister unterbreiten, aber indem er persönlich seine Meinung dazu sagte. – Es melden sich zwei Leute aus Kassel, die die Leitung des landwirtschaftlichen Schulwesens haben sollen. Längeres Gespräch, Erstaunen der Gegenseite über meine Kenntnis der Dinge. Ich plädiere für Jahresschulen statt der bloßen Winterschulen. Wir sprachen über die Umstellung der Landwirtschaft.

Montag, 14. Juli 1947

Mit Bratu gesprochen wegen Übernahme des Jugendreferates.[59] Er erzählte interessante Erfahrungen aus England und hat von da her sehr vernünftige Ideen und keine parteiengen Scheuklappen mehr. – Montag abend: Orff „Der Mond", idiotisches Stück. Musikalisch bestiehlt er immer sich selbst, weil ihm nichts einfällt.

Mittwoch, 16. Juli 1947

Wiesbaden: Rechtsausschuß, Staatsgerichtshof. Dazwischen kleiner Haushaltsausschuß über Hochschulen. Grundsätzliche Diskussion über mancherlei. Sehr ulkig, daß Kultusministerium und Finanzministerium sich offenbar vorher nicht besprochen hatten und nicht recht zusammen stimmten. Typisch für Wiesbadener Ministerien.

Donnerstag, 17. Juli 1947

Morgens mit [Anita] Haase über Sammlung meiner Denkschriften und Reden gesprochen. Mit Rasp über die Bibliothek, worauf ich am nächsten Morgen mit Holtz übereinkam, daß wir eben doch nur einen Zement-Fußboden machen.

[58] Die Zuweisung der vormaligen Dienstwohnung des Stellvertretenden Reichsstatthalters Staatssekretär Reiner in der Dieburger Straße 156 an B. führte zu Streitigkeiten mit den Vorbesitzern über die Herausgabe von Einrichtungsgegenständen.

[59] Bratu übernahm stattdessen das Amt des Öffentlichen Klägers an der Berufungsspruchkammer; er wurde im Herbst 1949 Stadtschulrat in Darmstadt.

Samstag, 19. Juli 1947

Frankfurt Hochschulkommission der Partei. Interessant wegen der Berichte aus den verschiedenen Hochschulen. Meine Auffassung über die geistige und politische Situation der Studenten wurde wieder bestätigt. Guter Bericht Klostermann, Marburg.[60]

Dienstag, 22. Juli 1947

Mit Just wegen Kontrolle speziell der Landwirtschaft verhandelt. Knothe hat ihn aufgefordert, einen Gesetzentwurf über Errichtung eines Staatskommissariats zu machen. Kurios, daß die Initiative nur wieder von mir kommt. – Mittags in Wiesbaden bei Brill. Interessant über Material für Friedensfragen unser Gebiet betreffend.[61] – Dann Ausschuß „Neue Schule". Da nur geredet wurde, sofort weg. Stein sagte mir übrigens, daß unser Unterausschuß besonders gut gearbeitet habe. Er will das Wort „Gemeinschaftskunde" auch abschaffen.[62] – Abends in Lauterbach. Eröffnung einer kleinen Ausstellung und 50. Geburtstag von Mandt. Er war ersichtlich sehr erfreut, daß ich kam, besonders da er wußte, daß ich Sonntag nicht nach Ulrichstein gefahren war. Ich mußte reden, aber es war sehr nett. Ich zog eine Parallele zwischen ihnen und mir und lobte den Dilettantismus und den Optimismus.

Mittwoch, 23. Juli 1947

Rechtsausschuß. Da Selbert nicht da war, blieb die Fraktionsführung bei mir. Glücklicherweise hatte ich im Auto die Entwürfe durchgearbeitet. Wir wurden fertig, aber, da viele Abstimmungen SPD plus KPD gegen die anderen, werden sich neue Schwierigkeiten ergeben.[63] In der Fraktion wächst die Unzufriedenheit mit den Forderungen und dem Nichtmitma-

[60] UB-MR, NL Bergsträsser 10: „Kurzbericht über die Besprechung für die Konstituierung einer Hochschulkommission".

[61] Brill hatte erheblichen Anteil an der Gründung des Deutschen Büros für Friedensfragen, das als zonale Einrichtung die Vorarbeiten bei den von deutscher Seite erhofften Friedensvertragsverhandlungen leisten sollte; vgl. Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, S. 39. Eine Materialsammlung betreffend Friedensfragen in: HStA, 502/1840.

[62] Stein nannte die „Gemeinschaftskunde" schließlich „Politischer Unterricht"; vgl. die Lehrpläne für den politischen Unterricht vom 21. 8. 1948, in: Amtsblatt Kultusminister 1948, S. 150.

[63] Beschluß-Protokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Einziger Tagesordnungspunkt war der Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof (Drucks. I HLT, Nr. 118). Als Anlage ist dem Protokoll eine Auflistung über das Abstimmungsverhalten bei den einzelnen Artikeln des Gesetzes angefügt.

chen der CDU. Ich hatte es ja gleich gesagt, man versäumte ein Programm zu machen. Beim Mittagessen nahm ich Wagner beiseite, und er erzählte mir von Intrigen gegen ihn bei Newman. Er tippt auf Knothe.

Nachmittags nach Grünberg, kluge Unterredung mit Duderstadt. Dann zur Jubiläums-Theatervorstellung in Gießen. Die „Iphigenie" wirkte besser als die Strouxische [in Darmstadt]. Sie war mehr Goethe, besonders kam die wunderbare Sprache besser heraus. Leider erstreckte sich die Regie nicht auch auf die Reden. Sie waren nicht aufeinander abgestimmt und langweilten durch Wiederholungen und Längen. Nachher hübsch mit Stein und Frau [Charlotte] zusammen gesessen. Verhältnis zu Stein immer gut, trotzdem ich seinen Theologenplan Frankfurt bekämpfe. Ich glaube, er ist nur mit halbem Herzen dabei, denn er machte sehr bissige Bemerkungen über Spira und dessen Ungeschick.

Donnerstag, 24. Juli 1947

Morgens kurzen Besuch bei Rose, nur Guten Tag sagend. Sonst vielerlei Kleinkram. – Dienstagnachmittag sprach ich übrigens noch mit Muß und Clemm über die Brill-Sache[64]; heute mit Reiber und Kirnberger. – Nachmittags Fraktionssitzung, dann Kolleg, dann parlamentarischer Abend beim Ministerpräsidenten. Ich blieb sehr lange und unterhielt mich mit vielen Leuten recht gut.

Freitag, 25. Juli 1947

Morgens langweilige Plenarsitzung.[65] Interessanter Besuch des Direktors der Pädagogischen Akademie Weilburg [Morgenstern]. – Abends Kammerkonzert moderner Musik. Diese moderne Musik ist in ihrer ganzen Problematik doch ein getreues Abbild der Zeit.

Samstag, 26. Juli 1947

Mit Just über landwirtschaftliche Erfassung verhandelt. Mit Lind über die Brill-Sache gesprochen. – Nachmittags Besuch bei Dr. Becker in Ludwigshöhe und Jungkenn in Oppenheim. Die Besonnenheit der Weinbau-Gegend umfing mich sehr heimatlich.

Sonntag, 27. Juli 1947

Abends Sinfoniekonzert. Weill problematisch, aber wie fällt dagegen der Dreck von Orff ab.

[64] Vgl. Anm. 18 und 26/1947.

[65] 20. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 515.

Montag, 28. Juli 1947

Nachmittags Sitzung mit den Apothekern. Wir bleiben dabei, die Apotheken über Mittag aufzuhalten, geben einen freien Nachmittag und schließen um 6, wollen aber auch im Winter um 8 anfangen. Dabei habe ich ihnen eingeschärft, daß der Achtstundentag in der Verfassung steht.

Dienstag, 29. Juli 1947

Dr. Schuchardt über die Ausgabe des Chenopodium-Wurmmittels, damit Schwierigkeiten in den Apotheken verhindert werden.[66] – Landrat Arnoul wegen des Industrie-Geländes in Neu-Isenburg. Ich kann das ewige Waldabholzen nicht leiden, besonders nicht nahe einer Großstadt. – Nachmittags in Dieburg Einweihung der Synagoge.[67] 37 °C Hitze! Schwarzer Anzug, Zylinderhut in überfülltem Raum. Kopfweh. Interessant war, daß immer jüdisch gesprochen wurde, mit einer Ausnahme in hochdeutsch. Interessant war auch, daß alle Redner betonten, sie wollten nach Palästina. Die Kinder der im Lager lebenden Juden sehen z. T. recht schlecht aus.

Mittwoch, 30. Juli 1947

Mit Rasp und Hopf, Direktor der Bibliothek Kassel, über Bücherei-Schutzgesetz gesprochen. Sie müssen die Initiative ergreifen. Ihnen beigebracht, daß man sich an Ministerien, Landtage und Fraktionsführer wenden müsse. Kleine Einführung in demokratische Politik und ihren Betrieb.

Donnerstag, 31. Juli 1947

Eröffnung der IKIA.[68] Meine Humanitätsrede machte Eindruck. Nettes

[66] Die Firma Merck konnte das aus englischen Spenden gelieferte Wurmmittel zur Verteilung bringen. Mat. Bergsträsser: Firma Merck an B., 8.8.1947. Die äußerst gefährliche Wurmkrankheit war in Darmstadt und im Umkreis relativ stark verbreitet und hatte schon einige Todesopfer gefordert; die KPD richtete deshalb eine Anfrage an den Innenminister: LT-Drucks. I, Nr. 258.

[67] Die 1938 unzerstörte Synagoge am Marktplatz in Dieburg wurde für die zumeist ostjüdischen Flüchtlinge des D. P.-Lagers noch einmal für einige Zeit als Gotteshaus genutzt; zur Einweihung durch den Feldrabbiner des US-Luftwaffenhauptquartiers Wiesbaden W. Z. Dalin im Beisein Newmans und B.s vgl. ‚Darmstädter Echo' 2.8.1947.

[68] Am Internationalen Kongreß für Ingenieur-Ausbildung (IKIA) vom 31.7. bis 9.8.1947 in Darmstadt nahmen mehr als 500 Wissenschaftler des In- und Auslandes teil. Vgl. den ausführlichen Bericht in ‚Darmstädter Echo' 2.8.1947 (Eröffnung des Internationalen Ingenieur-Kongresses) sowie ‚Darmstädter Hochschulblatt', Juli, Okt. 1947 und Mai 1948.

und gutes Essen in Kranichstein. Zwischen Col. Rose und dem Rektor [Tank] der T.H. Zürich, mit dem ich mich lang und ausgezeichnet unterhielt. Er betonte, wie die meisten Schweizer, die Verpflichtung der Schweiz, zu helfen. – Nachmittags Fraktion. Ich hielt eine wirkungsvolle Rede über Verwaltungsreform. – Abends Empfang der Hochschule in der Quartermaster-School. Mit sehr vielen Leuten, Engländern, Amerikanern, Schweizern, Franzosen und vielen Deutschen geredet.

Freitag, 1. August 1947

Morgens Vortrag in Idstein, Staatsbauschule, über Außenpolitik. Man hatte mir gesagt, die jungen Leute seien sehr schwierig; sie waren aber sehr aufmerksam und fragten auch ganz nett. Es kommt auf den Ton an. – Nachmittags Plenum.[69] Gute Rede von Arnoul zum Etat, Kaffeetrinken mit Voos. Beratung mit Stein über die Forschungshochschulfrage. Abendessen und Weintrunk mit Dengler. Das Konzert ließ ich ausfallen wegen Müdigkeit.

Freitagnachmittag kurze Fraktionssitzung, in der Knothe von verschiedenen Seiten wegen seiner dummen Äußerungen in Offenbach sehr scharf angegriffen wurde.[70] Auch Stock griff ein und sagte, daß die Haltung von Schumacher in der Frage der Besetzung der bizonalen Ämter völlig falsch gewesen sei. Die CDU sei schon zum Entgegenkommen bereit gewesen. Schumacher habe aber sogar eine Besprechung abgelehnt, begründet mit der Notwendigkeit, sein Referat für Nürnberg[71] zu machen, obwohl die

[69] 21. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 558ff., erste Lesung des Etats; Arnouls Rede ebd., S. 570–577.

[70] Vgl. ‚Hessische Nachrichten' 29.7.1947 (Hessische Kabinettskrise). Im Zusammenhang mit der Direktorenwahl des Wirtschaftsrates, als die SPD sich in die Opposition zurückgezogen hatte, nachdem ihre Vorschläge für das Wirtschaftsdirektorium nicht akzeptiert worden waren, wird Knothe auf einer Parteiveranstaltung in Offenbach zitiert: „Die Wahl der Direktoren war eine klare Kampfansage des Besitzbürgertums. Unter diesen Umständen halte ich es für notwendig, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, der zu prüfen hat, inwieweit die bizonale CDU-Politik sich auf die Länderpolitik auswirkt. Wir müssen uns allen Ernstes überlegen, ob die mit der CDU eingegangene Zwangsehe erhalten bleiben kann oder gelöst werden muß". Zum außerordentlichen Parteitag vgl. Eintragung 25.10.1947.

[71] II. Nachkriegsparteitag der SPD vom 29.6.–2.7.1947 in Nürnberg. Die Rede Schumachers in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 29.6. bis 2.7.1947 in Nürnberg, Hamburg o.J. – Auch als 2 der 5 gewählten Direktoren ihre Wahl nicht annahmen, änderte sich nichts an der Oppositionshaltung der SPD, so daß die beiden noch offenen Direktorenstellen ebenfalls mit Christdemokraten besetzt wurden. Vgl. Wolfgang Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, Frankfurt 1984, S. 65; zur sozialdemokratischen Strategie auch Klotzbach, Staatspartei, S. 135.

CDU gerade die Gelegenheit benutzt habe, wo Adenauer in der Schweiz war. Stock sagte, daß eine derartige Haltung von Hannover auf die Dauer nicht möglich sei. Er kommt also mit seiner Verständigkeit zu der Auffassung, die ich schon lange habe. Knothes Tage als Landesvorsitzender sind gezählt. Man denkt an Zinn, will K. als Sekretär lassen.[72] Da kann er wenigstens nicht mehr offiziell, sondern nur noch in kleinerem Maßstab Porzellan zerschlagen.

Samstag, 2. August 1947

Nachmittags im Kongreß Studentenauslese. Ein Karlsruher Professor [Plank] streifte das Politische.[73] Ich sprach nach ihm und bügelte die Sache zurecht, mit großem Beifall einiger Ausländer. Vieweg sprach ausgezeichnet, ganz kurz. – Abends bei Reinowski bis tief in die Nacht. Metzger war aufgeräumt, sprach sich sehr scharf über Stöcker aus und war auch sonst viel verständiger wie bisher.

Sonntag, 3. August 1947

Langes Gespräch mit Ebbinghaus, der bei uns wohnt, über Marburger und allgemeine Universitätsverhältnisse. Den Ausflug machte ich nicht mit. Der Kongreß ist aber, das zeigt sich jetzt schon, ein Erfolg.

Montag, 4. August 1947

Ahl erholt vom Urlaub zurück. Ein junger Mann trägt mir die Idee eines soziologischen Instituts in Darmstadt vor, aber über das Geld hat er sich noch keine Gedanken gemacht. – Abends mein Bierabend für den Ingenieur-Kongreß. Es gab gutes Bier; die Leute saßen an ungedeckten Tischen, bekamen Salzstangen. Es wurde bald sehr lebhaft. Man unterhielt sich mit viel Geschnatter, und die Leute fühlten sich sehr wohl. Kurze Begrüßung von mir, kurzer Dank von Vieweg darauf, später eine reizende Rede von Tank, Rektor der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Ich habe nachher Dr. Merlau wegen seiner Bedenken über dieses Arrangement weidlich ausgelacht, um so mehr als ich das Gefühl hatte, daß die volle Zwanglosigkeit, bei der man von einem Tisch zum andern gehen konnte, den Leuten sehr gefiel. Interessante Unterhaltung mit einem Herrn aus Schweden. Ich legte ihm unsere Ernährungslage dar.

[72] Im Oktober 1947 wurde Zinn gleichberechtigter Landesvorsitzender.

[73] Rudolf Planks Rede beim IKIA über „Spezialistentum und Allgemeine Bildung", in: ‚Darmstädter Hochschulblatt', Okt. 1947, S. 3–9.

Dienstag, 5. August 1947

Abends lange Unterhaltung mit den Schweizern und mit einer französischen Dame. Ich benutze den ganzen Kongreß hauptsächlich, um mit den Ausländern in Kontakt zu kommen.

Mittwoch, 6. August 1947

Nachmittags in Mainz. Sehr interessantes Gespräch mit dem Bischof [Stohr]. Es war ungemein reizvoll, sich mit dem formvollendeten und geistig so lebendigen und scharf denkenden Mann zu unterhalten. Er ist doch eine wirklich bedeutende Figur. Viel über Frankreich gesprochen. Anlaß war die Brill-Geschichte. Bei Regierungsrat Kehr, da der Regierungspräsident [Rückert] nicht im Amt war. Bei Dr. Falck. – Dann nach Wiesbaden zum Empfang der Stadt für den Kongreß. Ich unterhielt mich beim Essen gut. Erstaunt war ich über die völlige Ungewandtheit des Oberbürgermeisters [Redlhammer], der nicht einmal die Fähigkeit hatte, seine Gäste richtig zu empfangen. Ich mußte auf seinen Wunsch dafür sorgen, daß einige prominente Ausländer an den Tisch der Großkopfeten kamen.

Donnerstag, 7. August 1947

Nachmittags Dr. Bammel. Das Nötigste mit ihm besprochen über die 48er Edition. – Weber, Offenbach, über seine französischen Verhandlungen berichtend, Empfehlung an François-Poncet gegeben.[74] – Abends Weinprobe in Eberbach. Sehr hübsch arrangiert, reizend humoristische Rede von Minister Dr. Köhler, Karlsruhe. Ich saß neben Hockenjos, Basel, auf der einen und Schweden auf der anderen Seite. Rückfahrt mit Hockenjos und Burckhardt, Zürich, Tank, Zürich. Lange und sehr freundliche Gespräche.

Freitag, 8. August 1947

Abends Einladung des internationalen Studentenclubs ins Oberwaldhaus. Zusammen gegessen mit Tank und anderen. Langes Gespräch mit Tank, der sich überaus anerkennend über die Haltung der Bevölkerung aussprach, deren Schwierigkeiten er voll begreift. Ich hatte den Eindruck, daß dieser Aufenthalt doch sehr stark auf ihn gewirkt hatte, und daß dieser weltaufgeschlossene und gütige Mann uns in der öffentlichen Meinung dort gewißlich durch das, was er erzählt, viel helfen wird.

[74] Ludwig Weber aus Berlin kam in einem Brief an B. am 10.3.1948 auf das „damalige Gespräch am Main entlang in Offenbach" zurück und schickte B. ein von ihm verfaßtes Exposé über „Kohle und Eisen im Marshallplan"; Mat. Bergsträsser.

Samstag, 9., bis Sonntag, 17. August 1947

Krank. Die ganze Woche hindurch im Bett, aber weiter regiert, mit Telefon und hierher kommenden Menschen.

Montag, 11. August 1947

Meine nun nicht gehalten werdende Rede zum Kultur-Etat diktiert.[75] Nachmittags vieles andere diktiert. Ich war aber dann doch sehr angegriffen.

Donnerstag, 14. August 1947

Morgens Ministerialdirektor Dr. Keil. Ich setzte ihm meine schweren Bedenken über die Erlasse betreffend Eierablieferung und Entzug der Obst- und Gemüse-Karten für Gartenbesitzer und vor allen Dingen darüber, daß Ährenleser alles über 5 kg abliefern müssen, auseinander.[76] Nachher las ich in den Berichten der Landräte, daß die Mißstimmung offenbar allgemein auch bei der Bevölkerung der kleinen Landorte ist. Überdies sagte ich Keil, daß ich die Verbindung Präsident der Landwirtschaftskammer und Minister für völlig untragbar hielte.[77] – Nachmittags Dr. Fraenkel, der mir sehr ernste Bedenken über die Verengerung der Kultur [und den] kirchlichen Einfluß vortrug. Ich will ihn mit Spangenberg zusammenbringen. Er hat in vielem recht, und unsere Partei wird es erst später einsehen, wie recht er hat. – Dann Just mit einem großen Erfahrungsbericht über seine Durchsuchung in der Landwirtschaft. Er wird nun mit dem Verbraucherausschuß und über ihn die Dinge in die Öffentlichkeit bringen. Es geht so einfach nicht weiter. Die Erbitterung steigt und die Gefahr, daß die Städter aufs Land gehen und sich einfach das holen, was sie nicht haben, steigt. Es sind mir in dieser Beziehung schon besondere Fälle bekannt geworden.

[75] Die nicht gehaltene Rede zum Kultusetat als Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 10.

[76] Das Landesernährungsamt verfügte im Sommer 1947 u.a. eine Erhöhung der bis dahin gültigen Ablieferungsquoten von Eiern. Obsterzeuger mußten sämtliches Obst an die in den Kreisen zugelassenen Großhändler bzw. Erfassungsstellen abliefern, mit Ausnahme von für den Eigenverbrauch benötigte Mengen, die jedoch 10% der Ernte nicht übersteigen durften; vgl. Staats-Anzeiger 1947, S. 227: „Anordnung, betr. Regelung zur Erfassung von Obst und Gemüse im Land Hessen".

[77] Landwirtschaftsminister Karl Lorberg (CDU) war zugleich Präsident der Landwirtschaftskammer Frankfurt.

Freitag, 15. August 1947

Rasp mit vielen Bibliothekssorgen. – Abends Friedrich wegen Bildstelle und anderer Dinge. Den elenden Schwindler Lorentz habe er nun endlich aus der Bildstelle entfernt. Er wollte die Bildstelle nach Frankfurt ziehen, um dort einen Pg hineinzubringen und überdies selbst noch mitzuwirken, da er für seine Pg-Kinder in der Nähe ein Häuschen baut.

Samstag, 16. August 1947

Konrad Mommsen. Wir sprachen die ganze politische und Wirtschaftslage durch. Er machte interessante Vorschläge zur Ruhrfrage, will veranlassen, daß ich im Oktober wieder [Vortrag bei] OMGUS halte. Er hält das für richtig. Besonders nachdem ich ihm über Unterredung mit Murphy berichtet habe.[78]

Sonntag, 17. August 1947

Morgens Unterhaltung über Kartoffeln und ähnliche Fragen. – Gegen Abend mit d'Hooghe die Zukunft meiner verschiedenen Bücher besprochen.

Montag, 18. August 1947[79]

Fahrt nach Lauterbach, von da nach Salzschlirf bei Mandt, alles sehr schön für mich geordnet. – Nachmittags in dem seit kurzem freigegebenen Kurcafé, Eiskaffee getrunken und lange Unterredung mit dem Kurdirektor [Busekow]. Das hatte zur Folge, daß ich Dienstagmorgen für das Solbad die beste Kabine bekam. Der Kurdirektor war persönlich anwesend. Abends noch Besuch auf der Hehrmühle, sehr anregendes Gespräch mit dem sehr gebildeten Müller [Schäfer]; Butterbrot und Wurst, richtige Fleischwurst.

Bis 30. August 1947

Lauterbach. Jeden zweiten Tag nach Salzschlirf zum Baden gefahren. Teilweise 48. – Jeden Abend bei jemand anderem zu Besuch. Meist gab es gu-

[78] Vgl. Eintragung 2.7.1947.

[79] Die nachfolgenden Eintragungen wurden von B. offensichtlich nach Rückkehr aus der Kur verfaßt. Die Chronologie wurde dabei nicht gewahrt. Sie wurde vom Bearbeiter hergestellt, soweit dies möglich war. Dennoch ergeben sich Überschneidungen.

tes Essen. Wurst und Kartoffelsalat, Wurst und Brot und Butter. Guten Einblick in die Lebensmöglichkeiten auf dem Lande. Viel mit den Leuten geredet. Durch die Trockenheit größte Gefährdung der Viehhaltung in diesem meist auf Weidewirtschaft abgestellten Landwirtschaftsbezirk. – Mit einem Flüchtlingsausschuß Eingliederungsprobleme besprochen. In einer Muna sind 50 Gablonzer untergebracht, die Glasknöpfe machen und später Schmuck machen wollen.

Sonntag, 24. August 1947

Eröffnung der Kunstausstellung.[80] Ziemlich anständige Qualitäten. Ich mußte auch reden. Holzinger sprach für den Minister. Inhaltlich klug, formal unwirksam. Frau Stein-Wiese malte mich. Farbschöne Skizze. Das Essen im Gasthof war gut gekocht, aber nicht ausreichend. Wunderbare weiße Brötchen, zu denen der Strolch gut schmeckte. Ein hübscher Abend bei Captain Argo. Feines Dinner mit Oliven. Landrat Mandt kennt seine Kreise ausgezeichnet, ist in vielem geschickt, aber so unbürokratisch, daß die Bürokratie aus den gesträubten Haaren nicht herauskommt. Für nächstes Jahr will er Flüchtlingen Gemüseland geben, je einem für mehrere Gemeinden zusammen. Der Ertrag soll nur an Flüchtlinge verkauft werden. Richtig! – Am letzten Abend (28.8.) im Hof des alten Riedesel'schen Schlosses Ständchen. Reizende Szenerie.

Freitag, 29. August 1947

Rückfahrt über Fulda. Dom in der Stadt besichtigt.

Sonntag, 31. August 1947

Nachmittags Dr. Worliczek und Frau Dr. Worsley. Lange hochinteressante Unterhaltung bis Mitternacht. Interessant festzustellen, daß sie bei aller Klugheit den Unterschied der Ernährungssituation hier und in England nicht ganz begriff. Sie ißt Essen in den amerikanischen Messen. Worliczek wie ich redeten ihr zu. Wirkung unsicher. Sie kommt Ende September wieder.

Montag, 1. September 1947

Nachmittags bei ihr zum Essen in Frankfurt. Lange Erörterung der Frage, ob ihr Plan, eine Korrespondenz über Deutschland in London herauszugeben und eine Korrespondenz über wirtschaftliche Probleme der Welt

[80] Lauterbacher Ausstellung oberhessischer Künstler vom 23.8. bis 31.8.1947.

für Deutschland, [zu realisieren sei]. Ich halte den Plan für gut und für Deutschland sehr nützlich nach beiden Seiten hin. Ob durchführbar und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus möglich oder vorteilhaft, kann ich so nicht entscheiden.

Dienstag, 2. September 1947

Buchen, Spruchkammer. Sache ehemaliger Bürgermeister Weis/Schlossau.[81] Urteil so günstig wie möglich. Wunderhübsche Fahrt in der Frühherbstsonne.

Mittwoch, 3. September 1947

Heyd schlug mir vor, eine deutsche Bearbeitung des Fair-play-Buches zu machen.[82] Ich verwies ihn an Dr. Wadsack. – Dr. Wittlöcher und Dr. Peters. Beide über Frankreich sprechen. Peters meint, die Situation würde doch wieder kommen und Günstiges ergeben. – Fünf Autos verteilt auf 750 Anträge. Mangelwitz.

Donnerstag, 4. September 1947

Längere Denkschrift über die Notwendigkeit, schnell viel Vieh abzuschlachten, an Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister diktiert.[83] Tut man es nicht, verderben wertvolle Nahrungsmittel in Masse. Mein Material stammt aus dem Aufenthalt in Lauterbach und einer Unterhaltung mit dem Landrat [Schmerbeck] in Buchen und Weis in Schlossau, und Hofmann in Mörschenhardt, einem sehr intelligenten Viehzüchter.

Freitag, 5. September 1947

Nachmittags war Uebel eine Stunde da. Er schilderte anschaulich die völlige Verwirrung in Wiesbaden, wo kein Ministerium in Ordnung ist. Die Stimmung in der Partei sei sehr scharf und voll Unzufriedenheit, da die

[81] B. hatte sich für den ehemaligen Bürgermeister von Schlossau, Franz Weis, eingesetzt, der ihn nach seiner Ausbombung in Darmstadt während seiner Zeit in Schlossau vor Nachstellungen bewahrt hatt; Mat. Bergsträsser: Bescheinigung B.s über Franz Weis, 16.5.1946; B. an Spruchkammer Moosburg, 28.11.1946.

[82] Um welches Buch es sich hier handelt, wurde nicht festgestellt. Offensichtlich ist eine deutsche Bearbeitung nicht erfolgt.

[83] Denkschrift nicht ermittelt. Infolge des äußerst trockenen Sommers war ein katastrophaler Futtermangel eingetreten, der einen Abbau der Viehbestände dringend notwendig machte; vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 13.9.1947 (Verminderung der Viehbestände).

Regierung nicht durchgreift. Zinn äußerst kritisch, abgehbereit. Zinnkann regierungsunfähig. Stock zum Teil mit schlechten Leuten umgeben, wird auch von den Amerikanern schlecht behandelt. Unsere Regierung sei die beste, auch unsere Landräte besser wie die anderen. Im Regierungsbezirk Wiesbaden zum Teil furchtbare Zustände. Ich grinste mir eins.

Freitags morgens Ministerialdirektor Keil wegen unseren Nachforschungen durch Preiskontrolle der Volkswirtschaft, der Bauern. – Nachmittags diktierte ich noch einen Schrieb an das Innenministerium auf dessen Anforderung, über die Ernährung der Beamten. Ich schlug die 40-Stundenwoche vor und betonte, daß die Situation psychologisch zum Zerreißen gespannt sei wegen des Unterschiedes der Ernährung zwischen Stadt und Land.

Freitag, 12. September 1947

Der Dekan [Wahl] von Lang-Göns wegen einer Wohnungsangelegenheit. Im Gespräch sagte er, die evangelische Kirche habe bei Bürgermeistern nicht den Rückhalt wie die katholische in ihren Gemeinden. Ich benutzte das, davon zu sprechen, daß die evangelische Kirche sich eben vielfach im Gegensatz zu der Bevölkerung gesetzt habe, durch ihre enge Verbindung mit dem Staat, und daß sie auch 1933 Hitler begünstigt und sich erst nach 1934 zum Teil von Hitler abgewendet habe. Er stimmte dem durchaus zu, machte überhaupt einen recht verständlichen Eindruck.

Samstag, 13. September 1947

Nach dem Kaffee Besuch des Finanzministers von Brandenburg, Dr. Kunze (LDP), früher demokratischer Parteisekretär in meinem Parteikreis. Er blieb über das Abendessen und erzählte überaus interessant. Die Russen mischen sich sehr viel mehr in Einzelheiten ein als die Amerikaner. Die SED hat im Anfang eine Masse unkontrollierte und zweifelhafte Existenzen in Ämter berufen, woraus sich eine Kette von Korruptionsfällen ergeben hat. Er gab in lebhafter Schilderung viele Beispiele über Unterschlagungen und unordentliche Rechnungsführung usw. Besonders auch bei den staatlich gewordenen Betrieben und Gütern. Die SED besetzt alle Personalposten. Auch er sagte, wenn heute freie Wahlen wären, würde kaum SED gewählt, genau wie in Berlin und sogar noch mehr.[84] Vielerlei Nachrichten über alte Bekannte. Schleusener ist CDU-Mann und Land-

[84] Anspielung auf das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen vom 20.10.1946: SPD 48,7%; SED 19,8%; CDU 22,1% und LDP 9,4%.

tagsabgeordneter. Auch er ist der Meinung, daß die Russen nachgeben, wenn Marshall fest bleibt.[85]

Sonntag, 14. September 1947

Die ganzen Zeitschriften und Schulbücher vom Kongreß durchgelesen. Vieles ist gut und vieles nicht einseitig, wenn auch die materialistische Geschichtsauffassung immer triumphiert.

Freitag, 19. September 1947

War eine Sitzung in Nauheim, Minister, Landräte, etc., hauptsächlich über die Ernährungslage.[86] Ich konnte krankheitshalber nicht hinfahren. Walk fuhr, kam sehr verstimmt wieder, da nur Minister und bestellte andere Redner einiges sagten und gar keine Diskussion war. Das Ganze war eine Malerei in Rosarot, die an den eigentlichen Problemen vorbeiging. Inzwischen hatten wir hier von der Preisstelle aus Untersuchungen gemacht – Stichproben in den verschiedensten Kreisen – über die Vorratshaltung der Selbstversorger, und der Verbraucherausschuß hatte das Material verlangt und veröffentlicht. Es hat viel Sturm aufgewirbelt. Die Regierung ist wütend, aber durchgreifende Maßnahmen sind nicht geschehen. Vielmehr gibt man dem Selbstverbraucher immer noch 4 Zentner Kartoffeln, während die städtische Bevölkerung einen einzigen Zentner bekommt, den sie noch nicht sicher hat. So steigt die Erbitterung, was am 25. abends in einer Parteiversammlung sehr deutlich zum Ausdruck kam. In der Veröffentlichung des Berichtes über unsere Untersuchung war ohne mein Zutun gesagt worden, daß er auf meiner persönlichen Initiative beruhe.[87] Das hat mir von unserer Seite aus Zustimmung eingebracht, so daß die Regierung, auch wenn sie wollte, nichts gegen mich würde unterneh-

[85] Gemeint ist wahrscheinlich das von Marshall am 16.9. vorgelegte Sieben-Punkte-Programm zur Neuorganisation der UNO. Vor allem ging es hier um das Vetorecht des Sicherheitsrates, das nur auf solche Fälle beschränkt werden sollte, die ein wirtschaftliches und militärisches Eingreifen der UN erfordern würden. Vgl. ‚Die Neue Zeitung' 19.9.1947 (UN-Vollversammlung zusammengetreten).

[86] Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 20.9.1947 (Ernährung und Wirtschaftslage).

[87] In: ‚Darmstädter Echo' 20.9.1947 (Droht der Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung). Im Vorspann zu dem in Auszügen abgedruckten Bericht wird erläutert, daß B. den Leiter der Personalabteilung Faber und den Leiter der Preisüberwachungsstelle Just mit der Untersuchung betraut hatte, daß der Verbraucherausschuß bei der Preisüberwachungsstelle dann einen Beschluß zur Veröffentlichung der ihm mitgeteilten Ergebnisse gefaßt habe. Der Bericht enthielt schwere Vorwürfe an „die verschiedenen Verwaltungsbehörden", denen „Resignation, Bestechlichkeit, Gruppeninteressen und Unfähigkeit" vorgeworfen wurde.

men können. Ich halte dieses Vertuschungssystem, das durchaus deutscher Tradition entspricht, für völlig falsch. Ich bin nicht gewillt, es mitzumachen.

Donnerstag/Freitag, 25./26. September 1947

Tagung sozialistischer Schriftsteller in Offenbach. Sehr gutes Referat von Ritzel, über Deutschlands Stellung von außen gesehen. Gutes, aber einseitiges Referat von Brill, über die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts.[88] Er schmückte sich mit allen Federn der Belesenheit. Abends hielt ich eine Ansprache, die mir sehr viel Beifall einbrachte. In diesen Tagen war Frau Dr. Worsley aus London hier. Wir besprachen mehrfach ihre Absicht, drüben eine Korrespondenz über Deutschland und auch eine Korrespondenz für Deutschland, wesentlich über Außenhandel und Wirtschaftsfragen, herauszugeben. Ich würde beides für sehr nützlich halten. Nach ihrem Vortrag am Mittwoch einige Herren bei mir. Die Sache auch besprochen. Die Wissenschaftler meinten, die Berichte für Deutschland müßten branchenspeziell sein. In die Korrespondenz über Deutschland wird sie auch Kulturpolitik einsetzen. Nach der Ansprache in Offenbach brachten wir sie nach Frankfurt zum Zuge nach Basel. Gespenstiger Eindruck der Mengen Menschen, bei sehr schlechter Beleuchtung. Erinnerte an Callot. Auf der Tagung war sehr interessant, daß man eigentlich allgemein den Marxismus als heuristisches Prinzip anerkennt, als Grundlage der politischen Praxis ablehnt. Ismen eignen sich nicht für die Praxis.

Donnerstag, 25. September 1947

Nachmittags langer Besuch Ritzel. Wir sprachen die ganze außenpolitische Situation durch, und ich freute mich, daß meine Auffassung, obwohl ich weniger Informationen habe, sich mit seiner deckt. Auch er meint, daß die Russen im zugespitzten Fall nachgeben würden. Wir waren uns einig darüber, daß alle Tätigkeit in Deutschland unter dem außenpolitischen Aspekt steht, und daß dies viel zu wenig beachtet wird. Er hält wie ich die Reise von Schumacher zur AFL-Tagung[89] für einen Fehler, da sie eine so

[88] ‚Frankfurter Rundschau' 27.9.1947 (Tagung sozialistischer Schriftsteller), hier ausführlich das Referat Ritzels. Brill sprach zum Abschluß über „Die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts"; Manuskript in: Bundesarchiv Koblenz, 86 NL Brill 334; Auszüge bei Manfred Overesch, Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik in Thüringen 1945, in: VfZ 27 (1979), S. 524–559, hier S. 558.

[89] Vom 21.9. bis 30.10.1947 reiste Schumacher mit Fritz Heine auf Einladung der American Federation of Labor (AFL) in die Vereinigten Staaten und sprach am 14.10. auf dem Jahreskongreß der AFL in San Francisco; vgl. Albrecht, Kurt Schumacher, S. 131 und die Dokumente S. 559–570.

einseitige Bindung bedeutet. Auch er ist der Meinung, daß das Verhältnis zu Frankreich entscheidend ist, weil es allein den Vertrauenspunkt entscheidend berührt. Er wünscht sehr meine entscheidende Mitarbeit bei der zukünftigen Außenpolitik und will dieserhalb vorbereitende Schritte tun. Ende des Monats kommt er zu neuen Besprechungen wieder.

Freitag, 26. September 1947

Früh hatte ich während der Verhandlungen eine Besprechung mit Ludwig Weber, der von der wirtschaftlichen Seite her, und zwar von der Energieverbundwirtschaft, eine Verbindung deutscher und französischer Interessen unter Einfluß aller in einem 150 km Umkreis von Lüttich liegenden Interessenten erstrebt, darüber mit den Franzosen verhandelt und demnächst wohl in Paris verhandeln wird. Ich sagte ihm, daß ich einzelne Vorschläge, nämlich ein westeuropäisches Kohlenkartell, evtl. ein gesamteuropäisches, schon bei meinem Aufenthalt in Paris gemacht hatte.

[Nachtrag zum] Donnerstag; Vertrauensmännersitzung der Partei im Lokwerk. Guter Vortrag von Metzger über Bizonien.[90] In der Diskussion viel Gewäsche über die Beamten, das Metzger sehr scharf und sehr wirkungsvoll widerlegte.

Sonntag, 28. September 1947

Tagung der Vertrauensmänner Darmstadt-Land im Lokwerk. Langer Vortrag von Minister Koch: 1. Über den Artikel des Verbraucherausschusses, 2. über Sozialisierung. Die Sozialisierungsfrage behandelte er sehr klar und sehr klug mit eigenen Ideen, zum Teil auf englische Regelungen sich beziehend. Den Artikel [41] behandelte er sehr einseitig, zum Teil unzutreffend. Mayer verteidigte sich für den Verbraucherausschuß nicht ganz geschickt. Zinnkann sagte mir, er wolle über die Dinge mit mir sprechen. Ich beorderte einen Bericht, fuhr nachmittags für drei Tage auf die Bamberger Waldmühle.

Mittwoch, 1. Oktober 1947

Besprechung mit Walk über den Bericht.

Donnerstag, 2. Oktober 1947

Morgens sehr früh Besprechung mit Zinnkann über den Bericht. Meine Darlegung fand guten Boden. Auf der Bamberger Mühle erzählte mir Rack, der nun einen eigenen Lastwagen fährt, vielerlei über Gefälligkeits-

[90] ‚Darmstädter Echo' 30.9.1947 (Zonengrenzen müssen fallen).

und Kompensationsgeschäfte. Schon ein Lastwagen gibt trotz der Knappheit an Dieselöl, oder vielleicht gerade deshalb, weitgehende Möglichkeiten. Seltsam, daß man in Bayern die einzelnen Kreise gegeneinander absperrt und die Lastautos durchsucht, was zu Sinnwidrigkeiten führt, indem z. B. Saatgut da zurückgehalten wird, wo es nicht gebraucht wird und nicht dahin kommt, wo es nötig wäre. – Seltsames Telegramm vom Kultusministerium. Mein Schulrat soll aus seiner Stelle abgelöst und zum Direktor einer Berufsschule gemacht werden. Zwingender Befehl, dem wir zunächst zu Nr. 1 nachkommen. Wir rufen in Wiesbaden an, ob etwas gegen den Mann vorliege, da zufällig im selben Ort eine Berufsschuldirektion frei ist und wir den dort Ansässigen evtl. da verwenden möchten, was wir natürlich unter bestimmten Bedingungen nicht tun können. Antwort ist: Es liege gar nichts gegen ihn vor, aber es würden mehr so Maßnahmen getroffen. Völlig unverständliche Art des Regierens.

Zum Mittagessen Dr. Buchheim aus Leipzig. Erzählte sehr interessant über die Einwirkungsversuche der Russen. Auch ihn hatte die GPU bestellt und zu berichten aufgefordert. Er saß 5 Stunden im Kittchen. Dann sagte er Berichte zu, gibt aber nur Gewäsch. Andere gaben mehr. Dauerndes Mißtrauen der Russen. Dauernde Unsicherheit aller Personen. Kürzlich wurden einige CDU-Leute verhaftet. Man kann nie direkte Gewißheit bekommen, ob sie verhaftet sind oder etwa über die „Grüne Grenze" gegangen. Die Familien bekommen keine Nachricht. Die Universität leidet sehr unter Wegzug der Gelehrten. Er fand es richtig, daß ich Alt gesagt habe, er solle bleiben. Wir sprachen die politische Situation durch. Auch er rechnet mit schließlichem Nachgeben der Russen. Sonst würden sie nicht die Eisenbahnen demontieren. Sie hatten ja auch schon auf den amerikanischen Druck im Balkan nachgegeben.[91] Um 5 Uhr fuhr Buchheim nach Heidelberg in einem nicht übermäßig besetzten Eilzug. Ich aufs Amt bis ¾7 Uhr.

[91] Gemeint sind hier Auseinandersetzungen um Griechenland. Nachdem Großbritannien seine militärische Hilfe eingestellt hatte, gab Präsident Truman im März 1947 bekannt, daß die USA Griechenland und jedem Mittelmeer-Anrainerstaat Hilfe bei der Abwehr kommunistischer Bestrebungen gewähren würde (Truman-Doktrin). Die griechische Regierung erhielt daraufhin materielle Unterstützung zur Abwehr gegen die von kommunistischen Elitegruppen nur teilweise kontrollierte nationale Befreiungsbewegung EAM. Vgl. Loth, Teilung der Welt, S. 158. – In dieser Auseinandersetzung auf dem Balkan hatte eine Balkan-Kommission der UN im Mai 1947 ihren Bericht vorgelegt, in dem vor allem Jugoslawien, in geringerem Maße Albanien und Bulgarien, vorgeworfen wurde, die Widerstandsbewegung EAM durch Bewaffnung und Ausbildung zu unterstützen; vgl. ‚Die Neue Zeitung' 26.5. und 27.6.1947 (jeweils: Bericht der Balkan-Kommission). Gegen diesen Bericht hatten die Sowjetunion und Polen Widerspruch erhoben, doch die Vereinigten Staaten sahen keinen Anlaß, hier den Kompromiß zu suchen, und hielten an der Hilfe für Griechenland fest; vgl. ‚Die Neue Zeitung' 15.8.1947 (Kein Kompromiß über Griechenland).

Morgens hatte mich Minister Zinnkann besucht wegen der Veröffentlichung des Verbraucherausschusses im „Darmstädter Tagblatt".[92] Er schien von meinen Erklärungen befriedigt und war auch der Meinung, daß man einem Verbraucherausschuß Benutzung des Materials, das ihm zugänglich zu machen man verpflichtet ist, nicht verbieten kann. Statisten sind unnötig. – Gegen Abend Bericht Walk über eine Besprechung über denselben Gegenstand im Wirtschaftsministerium. Dort hat man versäumt, uns von den Entscheidungen zu benachrichtigen. Die mangelnde Zusammenarbeit, die sich überall zwischen Ministerium und unseren Instanzen zeigt. Zinnkann war die Existenz des Sondergerichtes beim Landesernährungsamt unbekannt. Daß es verfassungswidrig sei, leuchtete ihm ein. – Abends Essen mit den Rektoren der Technischen Hochschulen.[93]

Freitag, 3. Oktober 1947

Lange Fraktionssitzung in Vilbel über die gesamte politische Lage. Niemand von der Fraktion denkt daran, aus der Koalition herauszugehen. Die gesamte Situation hat sich insofern verschoben, als die bizonalen Behörden jetzt sehr viele Dinge von sich aus regeln. Sie sind auch schuld daran, daß die Selbstverbraucher 4 Zentner Kartoffeln bekommen und wir nur einen. Auseinandersetzung zwischen Stock und Zinn über die Justizbehörden.

Samstag, 4. Oktober 1947

Abends langweilige Bezirksversammlung. Auf der Fraktionssitzung wurde dann noch lange über Knothes Verfechtung gegen Wagner geredet.[94] Knothe scheint sich dabei sehr übel benommen zu haben, und der Parteitag wird sehr unerfreulich werden. In der Diskussion über die allgemeine Lage stellte ich eine Frage, mit welcher Begründung Schumacher die Unterredung mit Hilpert über das Zusammengehen [auf] der bizonalen Ebene abgelehnt habe, obwohl Hilpert ausdrücklich bevollmächtigt war. Stock

[92] Gemeint ist die Veröffentlichung im ‚Darmstädter Echo'; vgl. Anm. 87/1947. Das ‚Darmstädter Tagblatt' erschien erst wieder ab 1.7.1950.

[93] Über die in Anknüpfung an den Ingenieur-Ausbildungs-Kongreß vom Sommer (vgl. Anm. 68/1947) nach Darmstadt berufene Tagung der TH-Rektoren der angloamerikanischen Zonen vgl. ‚Darmstädter Echo' 9.10.1946 (Ausbildungsfragen des technischen Studiums).

[94] Ausgangspunkt für den persönlichen Konflikt zwischen Knothe und Wagner war die fortwährende Kritik Knothes an der Koalitionspolitik in Wiesbaden; vgl. Anm. 70 und 103/1947. Der Streitfall mußte durch ein parteiinternes Schiedsgericht geschlichtet werden.

gab privatim die richtige Antwort, indem er sagte, das seien Agitationsreden gewesen; man hoffe, durch diese Enthaltungspolitik 500000 Stimmen zu gewinnen.[95] Einfach lächerlich, denn wenn wir schon, die wir in der Politik stehen, über die Abgrenzung zwischen Bizone und Ländern nicht Bescheid wissen, wieviel weniger die breite Masse. Es war auch ein Fehler von Schumacher, der Einladung der AFL zu folgen. Das ist eine zu einseitige Bindung.

Mittwoch, 8. Oktober 1947

„Neue Zeitung", ebenso 9. morgens. Langes Gespräch mit von Cube. Er scheint extremer Föderalist zu sein. Ich sagte ihm, das Wichtigste bei der Regelung der Zuständigkeiten sei eine klare Verteilung der Finanzquellen, was ihm sehr einleuchtete. Inzwischen bekam ich einen Brief von Kraus, stellvertretender Chefredakteur, ich soll ihm über diese Fragen schreiben. Aber woher die Zeit nehmen.

Dann in Garmisch und Oberstdorf. Mich von allem Politischen ziemlich fernhaltend. In Oberstdorf war eine Freizeit für christliche junge Männer. Ich sprach einen Abend über Außenpolitik und stellte wieder die schreckliche Kenntnislosigkeit fest. Auf der Rückreise in Stuttgart bei Graf Wedel, und dann zum Mittagessen bei Generalsekretär Roßmann. Wir waren uns sehr einig darüber, daß die Politik der Partei, speziell Schumachers, falsche Wege gehe.

Samstag, 25. Oktober 1947

Parteitag Bezirk Hessen-Süd. Referat von Stock. Sachlich gut, äußerlich unwirksam, da er sehr müde war. Korreferat von Knothe. Stinkende Demagogie. In der Diskussion viel voraussetzungsloses Kritisieren, wobei nicht zwischen dem unterschieden [wurde], was möglich ist, denn wir können ja gar nicht aus der Regierung herausgehen, wir können nur innerhalb der Regierung eine straffere Politik machen. Im Schlußwort stellte Stock die Vertrauensfrage, was ihm einige Zurufe eintrug, es sei eine Drohung. So wenig haben diese Dummköpfe den Sinn des Parlamentarischen verstanden. Aber das Vertrauensvotum wurde gegeben.[96]

[95] Auch Heinrich Troeger schätzte die Motivation des Parteivorstandes ebenso wie Stock ein, daß man in Hannover hoffte, durch diese Enthaltungspolitik 500.000 Stimmen bei den nächsten Wahlen zu gewinnen; vgl. H. Troeger, Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947–1949, hrsg. von Wolfgang Benz und Constantin Goschler, München 1985, S. 31 (Eintragung 9. 8. 1947).

[96] Vgl. ‚SPD-Mitteilungsblatt' 31. 10. 1947 (Bekenntnis zu Weg und Ziel). Dort heißt es, daß den SPD-Ministern „einstimmig das Vertrauen entgegengebracht" wurde; auch ‚Frankfurter Rundschau' 28. 10. 1947 (Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd).

Auf dem Amt in meiner Abwesenheit nichts Wichtiges. Nur verfehlte ich zu meinem Bedauern den Besuch dreier amerikanischer Senatoren.[97]

Dienstag, 28. Oktober 1947

Vortrag im Kulturbund Bad Nauheim über Außenpolitik.[98]

Donnerstag, 30. Oktober 1947

Morgens 9 Uhr Griesheim. Minister Zinnkann hatte eine große Versammlung zusammmengetrommelt, wo über die Abwässerdüngung und Wurmkrankheit geredet wurde. Glücklicherweise legte er keinen Wert darauf, daß ich die ganze Zeit dabei war. Es ist auch nichts herausgekommen, denn die Griesheimer, Bürgermeister Müller an der Spitze, weigerten sich, Konzessionen zu machen.

Freitag, 31. Oktober 1947

Versammlung in Kelsterbach. Der Bürgermeister [Scherer] bei dem ich, um ihn abzuholen, vorbeifuhr, schenkte mir eine Kleiderbürste, einen Handfeger und einen Besen aus einer Industrie, die er selbst aufgezogen hat. Ein Genosse brachte mir noch ein Haifischkotelett. Schmeckt sehr gut, wie Kalbfleisch.

Sonntag, 2. November 1947

Versammlung in Weilbach. Sehr nette Nachsitzung mit dem Genossen Landtagsabgeordneter Weiß und anderen.

Dienstag, 4. November 1947

Nachmittags sollte ich L. II[99] zu Colonel Rose bringen. Er war nicht da. Ich sagte der Sekretärin, ich hätte keine Zeit, und ging weg. Inzwischen bekam ich das Protokoll dieser Unterhaltung, und Rose, den ich kurz dar-

[97] Eine vierköpfige (!) Delegation von US-Senatoren unter der Leitung des Republikaner Bridges hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland auf und forderte auf einer Pressekonferenz in Frankfurt zur Revision der Demontagepolitik auf; ‚Frankfurter Rundschau' 25.10.1947 (US-Senatoren gegen Demontage).

[98] ‚Frankfurter Rundschau' 4.11.1947 (Ein Vortrag Bergsträsser); B. sprach Frankreich „die Rolle des Vermittlers" zwischen Angloamerikanern und Sowjets zu.

[99] B.s inzwischen aus der Gefangenschaft heimgekehrter Sohn Ludwig.

auf bei Walk traf, sagte mir, er habe sich sehr gut mit L. II unterhalten und sich besonders gefreut, daß er ihm nur Tatsachen berichtet habe.

Mittwoch, 5. November 1947

Nachmittags Ahl. Wir besprachen den Rahmengeschäftsplan, mißbilligten gemeinsam die Stellung von Faber. Ich mache einen Gegenschrieb. Der Plan ist unorganisch und undurchdacht. Man kann nicht auf die Dauer eine Zentral-Personalabteilung haben, denn die einzelnen Ressortchefs, besonders die Innere Verwaltung, müssen in den Personalfragen, z. B. der Landratsämter, Initiative haben. – Abends in Schöneberg bei Kronberg im Gästehaus der Stadt Frankfurt a. M. Essen und Besprechung über Begründung einer Hochschule für Politik in Frankfurt, die zum 18. 5. 48 eröffnet werden soll.[100] Auf Hallsteins Vorschlag wurde ich, nachdem ich geredet hatte, aber etwas früher weggegangen war, in den Ausschuß gewählt.

Donnerstag, 6. November 1947

Morgens dreistündige Sitzung bei Stein. Eigentlich stand auf der Tagesordnung nur die Versetzung der Schulräte. Es wurde uns aber dann ein Entwurf einer Kompetenzverteilung überreicht. Der Minister berichtete. Ich sprach dann als Erster, da er mir gleich das Wort gab, ohne daß ich mich gemeldet hatte. Zum Grundsätzlichen sagte ich, daß die höheren Schulen bei den Regierungspräsidenten bleiben müßten[101], weil sonst wieder die Trennung höhere und Grundschule komme, daß auch Museen und Archive viel besser beim Regierungspräsidenten untergebracht werden. Unterschiede Regieren und Verwalten. Zur Versetzung sagte ich, es zeige sich deutlich, wie falsch es sei, wenn das Ministerium nicht frage, an dem Fall eines Schulrats, den man nach Erbach versetzen wolle, obwohl er, verheiratet, dort früher als Lehrer ein Verhältnis hatte mit einem Mädchen, von dem nicht einmal feststeht, ob es damals nicht noch im Schutzalter war. Stein meinte, das seien olle Kamellen. Ich bemerkte, daß ich nicht aus Moral spräche, sondern aus Praxis, weil die Sache doch aufge-

[100] HStA, 502/505: 1. Sitzung des Ausschusses zur Errichtung einer Hochschule für Politik in Frankfurt, 5. 11. 1947. An diesen Gesprächen waren die Stadtverwaltung Frankfurt, das hessische Kultusministerium, die Universität und die Akademie der Arbeit sowie weitere interessierte Persönlichkeiten (so auch B.) beteiligt. Geplant war, die Hochschule für Politik anläßlich der Hundertjahrfeier der Paulskirchenversammlung in Frankfurt zu gründen und den Lehrbetrieb im Oktober 1948 aufzunehmen. Zum Fortgang vgl. Anm. 47/1948.

[101] Durch Erlaß vom 29. 11. 1947 zog das Kultusministerium die Aufgaben der Referate für das höhere Schulwesen bei den Abteilungen der Bezirksregierungen zum 1. 1. 1948 nach Wiesbaden; HStA, 504/596: Stein an die Regierungspräsidenten, 29. 11. 1947.

rührt wird und der Mann da unmöglich sei. Inzwischen war Hoch gekommen, und obwohl wir uns über die Sachen vorher nicht unterhalten hatten, sagte er manchmal bis in den Wortlaut hinein genau dasselbe wie ich, war nur, da der Minister einen wegen Nichtausführung der Versetzungen angegriffen hatte, unerhört scharf. Ich kam mir in der vergleichsweisen Rolle des Lamms einigermaßen komisch vor.

Eröffnung der Exportschau.[102] Längeres Gespräch mit Vizekonsul Williams. Dann zu Nischalke, hübsches Kaffeetrinken. Dann im Theater „Zauberflöte", nicht gut dirigiert. Altmodische Dekorationen im Stil der wilhelminischen Zeit. Nicht gute Kräfte. Staatstheater contra Darmstädter Landestheater. In der Pause längeres Gespräch mit französischem Generalkonsul Decamps, der sich mir hatte vorstellen lassen. Abendessen. Wir gingen erst nach 1 weg. Mehrfache nette Unterhaltungen. Die Exportschau anzusehen hatten wir keine Zeit.

Freitag, 7. November 1947

Zum Richtfest der Paulskirche in Frankfurt. Niemöller sprach für die evangelische Kirche und betonte, daß sie die Aufgabe habe, ihre Grundsätze lebensnah zu vertreten, daß heißt in Verbindung mit dem öffentlichen Geschehen. Hallstein erzählte mir, daß ich auf seinen Antrag in den Ausschuß zur Begründung einer politischen Hochschule in Frankfurt gewählt sei. – Freitag abend Mitgliederversammlung der Partei. Zinnkann als Redner äußerte sich ziemlich deutlich gegen Knothes Vorgehen.

Samstag, 8. November 1947

Nach Gießen. Auf dem Weg in Butzbach mit Bürgermeister Wittig die Frage der Kaserne besprochen, weil die Polizeischule aus Selters dahinkommen soll. Wittig zeigte mir ein Zirkular von Knothe, in dem dieser seine idiotische Enkheimer Rede vor den Funktionären noch besonders ausposaunt.[103] In Gießen Riesenauftrieb von zu vielen Rednern, so daß die Festsitzung [der Industrie- und Handelskammer], da dieselbe nach 11 Uhr begann, erst um 2 zu Ende war. Ich sprach 5 Minuten mit guter Wirkung. Dr. Köhler hatte einen Festvortrag über Deutschland und die Welt

[102] Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 8.11.1947 (Hessische Exportschau eröffnet).

[103] StA-DA, O 27 NL Stock 279: Knothes Rundschreiben, 5.11.1947, „Vor – während – nach dem außerordentlichen Bezirksparteitag Hessen-Süd am 25.10.1947", mit Auszügen aus der Rede Knothes auf einer Delegiertentagung von Betriebsfunktionären am 16.9.1947 in Enkheim, in der er der CDU Verzögerungstaktik bei der Umsetzung sozial- und wirtschaftspolitischer Reformen, insbesondere zu den Art. 37 (Mitbestimmung) und 41 (Sozialisierung), vorwarf. – Zur nachfolgend geschilderten 75-Jahr-Feier der IHK Gießen vgl. u.a. ‚Gießener Freie Presse' 11.11.1947 (Vorwärts in eine bessere Zukunft).

gehalten, bei dem er sich im Ton ziemlich vergriff, das heißt sehr fordernd sprach und im Inhalt auch die Schwierigkeiten der deutschen Lage nicht richtig berücksichtigte. Dr. Newman sprach sehr scharf gegen deutsche Untertanenhaftigkeit, die die Handelskammern mitgemacht hätten. Seine Rede verstimmte allgemein, um so mehr, als er gleich nach der Rede wegging, da gerade die Handelskammer in Gießen unter Kommerzienrat Rinn sich bis zur Nazizeit sehr gehalten hatte. Beim Mittagessen nachher kam Rinn in seiner Begrüßung darauf zurück. Minister Dr. Koch bog die Sache in einer weiteren Rede, die sehr taktvoll und in Form und Inhalt klug war, einigermaßen zurecht.

Dienstag, 11. November 1947

Fraktion in Wiesbaden. Der Fall Knothe konnte nicht behandelt werden, da Knothe schwer erkrankt ist. Angina pectoris. Ich werde von der Fraktion in den Wiesbadener Theaterausschuß[104] delegiert und in den Ausschuß der Koalition für das Kultusministerium incl. Personalien. Nice job! Abends bei Frau [Nina] Bergsträsser, wo auch Oberst Taylor war. Wir aßen spät noch ein Hähnchen. Nette, weltgewandte Frau. Estin von Geburt. Sie sagte mir, Newman habe sich sehr freundlich über mich ausgesprochen.

Mittwoch, 12. November 1947

Morgens 8.45 Uhr bei Newman. Von ihm gebeten wegen seiner Rede in Gießen, um über den Eindruck zu berichten. Ich sagte ihm, man sei verschnupft gewesen, weil der Vorwurf, regierungsfromm zu sein, im Sinne des Antidemokratischen, für diese Kammer nicht zuträfe. Der ungünstige Eindruck sei erhöht gewesen dadurch, daß er gleich wegging, also die Gegenreden nicht anhörte. Rinn sei persönlich verschnupft gewesen, da er 1933 abgesägt wurde. Ich schlug dann vor, er solle Rinn einen Brief schreiben, daß sich seine Rede durchaus nicht gegen ihn persönlich gerichtet habe, worauf er mit großer Freude einging. Dann trug ich ihm die Angelegenheit Gisela und Schweiz vor.[105] Er hat sie inzwischen geregelt. Endbilanz: 2 Havannas. – Dann im Landtag. Plenarsitzung. Als sich Hammer

[104] Neben dem bereits bestehenden Ausschuß für das Darmstäder Theater, dem Vertreter des Kultusministeriums und der Stadt angehörten, u.a. auch B., wurde eine Theaterkommission beim Kultusministerium errichtet, die die strukturellen Probleme der hessischen Landestheater klären sollte; obwohl zur Spielzeit 1946/47 ein vorläufiger Kompromiß in Form einer Drittelung der Staatszuschüsse erreicht worden war, blieb die endgültige Regelung der Theaterfrage zunächst offen.

[105] Gisela B. beabsichtigte eine Reise in die Schweiz; das Combined Travel Board hatte die Genehmigung verweigert; Mat. Bergsträsser: B. an Murphy, 6.10.1947.

gegen die Vorlage auf Verkauf der Jugenheimer „Krone" vom Staatsbesitz an den Kreis aussprach[106], meldete ich mich zum Wort und fertigte ihn mit drei Sätzen ab. In der Endberatung am nächsten Tag stimmten dann die Liberalen zu.[107] Hammer war zurückgepfiffen worden. Ich hatte mich wieder zum Wort gemeldet und verzichtete nach seiner Erklärung. – Abends in Nieder-Olm, auf der Rückfahrt Karambolage; erst ½12 heim.

Donnerstag, 13. November 1947

Plenum, das ich benutzte, lange Besprechungen mit Stein, Kanka etc. zu führen. – Dann zur Militärregierung. Von Landin zum Lunch eingeladen in sein Haus. Sehr nette Unterhaltung. Lebendige Frau, die Volkswirtschaft studiert hat.

Freitag, 14. November 1947

Mit Krapp gesprochen über die Verpflichtung des Staates gegenüber den Kirchen, da das demnächst einmal geregelt werden muß. Es ist ungerecht, wenn den Kirchen die Beträge trotz Inflation in Gold gezahlt werden wie vorher. – Lange Beratungen über die Organisation der Regierungspräsidien, wo in meiner Abwesenheit an das Ministerium ein Vorschlag gemacht wurde, den ich nicht billige. Das Zusammenhängende darf man nicht trennen.

Samstag, 15. November 1947

Die Ministerien arbeiten immer noch äußerst seltsam. Der Sozialminister [Arndgen] beruft eine Fürsorge-Sitzung, an der unsere leitenden Leute nicht beteiligt werden. Einspruch erhoben.

Montag, 17. November 1947

Frau von Stengel geb. Aron aus Berlin. Sie hat vielerlei politische Verbindungen, die nicht ganz durchsichtig, aber wohl nützlich sind. Ich habe ihr deutlich über Frankreich meine Auffassung gesagt, auch über allerlei an-

[106] Das staatseigene Anwesen Hotel „Zur Krone" in Jugenheim, das während des Krieges als Lazarett beschlagnahmt worden war und nach dem Krieg als Krankenhaus diente, wollte der Landkreis Darmstadt zum Kaufpreis von 285000 RM erwerben, um das Krankenhaus auszubauen. Das Regierungspräsidium Darmstadt hatte die Genehmigung zur Errichtung eines Kreiskrankenhauses bereits erteilt. Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Verkauf in: LT-Drucks. I, Nr. 493; erste Beratung am 12.11.1947 (26. Sitzung): LT-Drucks. III, S. 834.

[107] Endgültig angenommen am 13.11.1947 (27. Sitzung): LT-Drucks. III, S. 858.

dere Dinge. Man scheint auch in Berlin der Meinung zu sein, daß die Russen schließlich – aber vermutlich noch nicht in London[108] – nachgeben werden. Es war doch richtig, meine Beobachtungen über die Ostzone weiterzugeben. – Die Ministerien wollen die Strafe für die BAST-Leute ermäßigen. Wir sind dagegen. Eine Regierung ist kein Hampelmann, der einmal so, einmal so geht.[108a]

Dienstag, 18. November 1947

Walk mit Hockenjos aus Basel. Als Besitzer von Papierfabriken in Deutschland, Frankreich, Schweiz, Italien kommt er viel herum. Er war sehr pessimistisch in bezug auf Frankreichs wirtschaftliche Entwicklung, sehr optimistisch für unsere. In Italien könne man alles kriegen, da niemand mehr die Bestimmungen einhalte. Es werde aber in Italien viel gearbeitet, wobei sich natürlich seine Kenntnis nur auf Oberitalien bezieht.

Abends in Limburg im sogenannten „Forum". Öffentliche Diskussion, geleitet von SPD und CDU. Thema: „Religion und Staat". Große Beteiligung, freundliches Angleichen. Eine sehr gute Form, staatsbürgerliche Interessen zu vertreten und zu lehren. Erfolgreiches Schlußwort.

Donnerstag, 20. November 1947

Morgens nach Offenbach. Sitzung mit Stock und Newman wie in Heppenheim.[109] Dann fuhr ich in Vertretung des verhinderten Ministerpräsidenten mit nach Erbach und Dieburg. Im Triebwagen Mittagessen und sehr angeregte Unterhaltung mit amerikanischen Journalisten, denen man auf diesem Weg vielerlei sagen kann. In Erbach sehr gut von Neff organisiert, der mit seiner kurzen Rede einen ausgezeichneten Eindruck machte. Es ist sehr bezeichnend, daß diese unmittelbar aus dem Leben stammenden Landräte wie Neff und Mandt mit den Amerikanern besonders gut auskommen. Ich sprach statt Stock das Schlußwort. Viel Beifall für mich, auch von den meine Rede verstehenden Amerikanern. In Dieburg war der Landrat [Ritzert] zu allgemein und zu salbungsvoll. Das wirkt nicht. Da Newman demnächst nach Friedberg und Alsfeld will, schrieb ich am nächsten Tag den Landräten meine Erfahrungen. ½7 zu Hause; nach 7 kamen Hillmans. Reizender Abend in sehr guter Unterhaltung bis nach 11.

[108] Die 5. Außenministerkonferenz der Alliierten (25. 11. bis 15. 12. 1947) in London konnte keine Einigung der Siegermächte in der deutschen Frage erzielen und signalisierte damit den endgültigen Bruch unter den Alliierten.

[108a] In der im Herbst 1946 eingerichteten Baumwollabrechnungsstelle für die US-Zone (BAST) in Stuttgart war es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, die wiederholt Gegenstand von Länderrats-Beratungen waren; vgl. Vogel, Westdeutschland II, S. 71 f.

[109] Vgl. ‚Frankfurter Rundschau' 22. 11. 1947 (Inspektionsreise Dr. Newmans).

Freitag, 21. November 1947

Wiesbaden. Morgens Hochschulpolitischer Ausschuß, nachmittags Kulturpolitischer Ausschuß der Partei, wo man furchtbar über die Kulturpolitik von Stein herzog und Wagner, Bergsträsser, Metzger alles mögliche zu tun hatten zu besänftigen. Ich redete wirkungsvoll zur Vernunft.

Samstag, 22. November 1947

Frankfurt a. M.: Mit Bammel die Publikation für 48 besprochen.[110] Dann zu Generalkonsul Decamps, Gespräch über die Verfassung. Er forderte mich auf, ihm darüber ein Memoire zu schreiben. Er sah meinen Standpunkt – Deutsche Einheit und Zentralregierung – ersichtlich ein, stellte aber die Gegenfrage, wie die französischen Politiker das der Bevölkerung beibringen könnten. – Samstagnachmittag und Sonntag großes Aufräumen meines Schreibtisches zu Hause.

Montag, 24. November 1947

Friedrich mit Herren aus Offenbach betr. Besetzung der Schulratsstelle dort. Man hat sich in Offenbach in der Partei auf einen bestimmten Mann kapriziert. Wir redeten ihnen das aus. – Dann Besuch eines Engländers, der in der englischen Militärregierung in Berlin ist. Dieser betonte sehr stark, daß es den anderen Ländern auch sehr schlecht gehe und deshalb Deutschland nicht besondere Ansprüche stellen könne. – Nachmittags in Wiesbaden Besprechung bei Stein. Frau Pitz, Herr Rieser, Spangenberg und ich über Namen des Ministeriums, Gebetserlaß und Schulgeldfreiheit. Beim Gebetserlaß erklärte Stein, die CDU-Minister würden zurücktreten, wenn der Landtag beschließe, er müsse den Erlaß zurücknehmen.[111] Er habe Viehweg vorher gefragt und dieser zugestimmt. Entscheidung vertagt. Ich betonte, daß die richtige Methode sei, sich an die Fraktionen zu wenden. Kinderkrankheiten des Parlamentarismus wie so oft bei uns.

[110] B. und Bammel sollten im Auftrag der Stadt Frankfurt eine Sammlung von Aufsätzen zur Paulskirche anläßlich der Hundertjahrfeier herausgeben. Der Sammelband kam nicht zustande, da einige Autoren ihre Beiträge nicht rechtzeitig fertigstellten. Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 22: Protokoll über die Sitzung der wissenschaftlichen Kommission zur Vorbereitung der Hundertjahrfeier, 21.11.1947; B. an Kolb, 16.12.1947.

[111] Die KPD hatte am 11.8.1947 den Antrag gestellt, den Schulgebets-Erlaß zurückzunehmen: LT-Drucks. I, Nr. 415; der Antrag wurde am 29.6.1949 abgelehnt; 63. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 2364.

Dienstag, 25. November 1947

Fraktionssitzung, langes Gerede über Artikel 41. Ich sprach dazu zum ersten Mal und erklärte mich gegen die Sozialisierung kommunaler Betriebe und machte den Vermittlungsvorschlag, daß man diesen Betrieben ja in dem Sozialisierungsgesetz andeuten könnte, sie würden auch sozialisiert, wenn sie ihre Erzeugnisse so verkauften, für einen höheren Gewinn, als [durch] die übliche Verzinsung von 4–5% herauskäme. Die Frage soll weiterbehandelt werden. Minister Koch hat sich sehr einseitig festgelegt und würde, wenn die Fraktion gegen ihn entscheidet, wohl ausscheiden.[112] In der Fraktion selbst mehrt sich die Opposition gegen die Quadratur der Sozialisierung.

Daneben längere Diskussion darüber, daß der Ministerpräsident, allerdings etwas plötzlich, zu einer Weinprobe in Eberbach eingeladen hatte. Ich betonte kurz, daß man ihn nicht sitzen lassen könne. Wir gingen hin. Ich hatte eine lange und nette Unterredung mit Graf Matuschka. Es war überhaupt ganz hübsch.

In der Fraktion wurden auch die kulturpolitischen Fragen behandelt, einschließlich Gebetserlaß, und man war sich darüber klar, daß dies kein Grund sei, die Koalition zu sprengen. Wir sollen jetzt allerdings Sonderberatungen zwischen SPD und CDU abmachen. Der Erlaß gehört auch zu den Kinderkrankheiten des Parlamentarismus, da Stein zwar den Ministerialdirektor Viehweg gefragt habe, der Sozialist ist, aber nicht die Fraktion. Man weiß immer noch nicht ganz genau, was die Fraktion entscheidet.

Freitag, 28. November 1947

Zu Opel gefahren, der zur Neuaufnahme des „Olympia" eingeladen hatte. Schon ich war gar nicht empfangen worden. Der Ministerpräsident wurde auch nicht empfangen und entschloß sich, nachdem er mich gefragt und ich ihn in seinem Entschluß bestärkt hatte, vor Beginn der Feier wegzugehen. Ich hatte ihm gleich gesagt, daß ich mich dann anschließe. Er befahl Magnus als Vertreter des Wirtschaftsministeriums auch zu gehen, und wies den Landrat Harth an, ein gleiches zu tun, ohne einen ausdrückli-

[112] Kochs Modell der Sozialgemeinschaften als Ausführung zum Sozialisierungsartikel 41 sah die Einbeziehung der Gemeindebetriebe vor, wogegen sich selbst in der eigenen Fraktion zunehmend Widerstände erhoben, so daß im Zuge der weiteren Beratungen in der Koalition schließlich auch andere Rechtsträger zugelassen wurden. Koch schied erst bei der Kabinettsumbildung im November 1949 aus; das Gesetz über die Sozialgemeinschaften wurde im Oktober 1950 bei Stimmengleichheit (41 SPD und KPD gegen 41 CDU und FDP) abgelehnt. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 419.

chen Befehl des Ministerpräsidenten. Unter den Nazis wäre so was nicht vorgekommen. Aber man muß den Leuten Benehmen beibringen. Ich habe sofort an die Landräte und Oberbürgermeister meines Bezirkes eine entsprechende Weisung ergehen lassen.[113]

Mit Minister Kirnberger, dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtes, über seine Arbeit gesprochen. Das Gericht wird schon sehr in Anspruch genommen, was er als Vertrauensbeweis ansieht. Er braucht Personal.[114] Woher nehmen? – Als ich abends mit Lange und Direktor Heyn vom Theater eine Besprechung hatte, kam nach Dienstschluß ein Fernschreiben, eine Verfassungsfeier abzuhalten am 1.12. Ich habe diese Feier gerade noch organisieren können. Unvermeidlich war dabei, da wir das Theaterorchester und den Saal brauchten, daß das Theater in seiner Arbeit gestört wurde.

Samstag, 29. November 1947

Herr von Schauroth aus Paris zurückgekehrt, erzählte mir von seinen Eindrücken.[115] Schlechte Wirtschaftslage. In Paris Kohlenmangel und starke Stromreduktionen. Man geht dort dazu über, die gebundene Wirtschaft für vielerlei Artikel aufzunehmen, und hat Erfolg damit. Zigaretten, Schuhe etc. Bei der Militärregierung, um persönlich zu der Feier einzuladen. Dabei sagte mir Colonel Rose, wir hätten so viele Nazis im Amt, und zeigte mir ein Diagramm. Darauf standen drei Namen, von denen ich wußte, daß sie nicht Nazi sind.[116] Ich ließ mir Montag die Fragebogen geben und sagte ihm noch vor der Feier, er sei falsch unterrichtet, und er sagte, er wolle nachsehen lassen, und im Gespräch sagte ich dann: „Je mehr Sie im Irrtum sind, je mehr freue ich mich!" Worauf er lachte und mir mit dem Finger drohte.

[113] StA-DA, O 27 NL Stock 23: B. an Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Darmstadt, 29.11.1947, „betr. Repräsentative Veranstaltungen".

[114] Im Juli 1947 war der Verwaltungsgerichtshof beim Regierungspräsidenten in Darmstadt unter dem Vorsitz des vormaligen hessischen Justizministers Ferdinand Kirnberger eröffnet worden. Der festgestellte Personalmangel führte zu einem entsprechenden Antrag im Landtag; vgl. dazu Anm. 42/1948.

[115] Der Darmstädter Kfz-Ingenieur von Schauroth hatte in Paris Verwandte besucht.

[116] Rose meinte die Referenten in Regierungspräsidium Friedrich Koch, Wilhelm Gärtner und Edmund Gassner. B. bestätigte ihm schriftlich, daß alle drei nicht in der NSDAP gewesen und politisch einwandfrei seien; UB-MR, NL Bergsträsser 3: B. an Rose, 1.12.1947.

Montag, 1. Dezember 1947

Verfassungsfeier. Ich sprach ¾ Stunden über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Organisierte Berichte in der Zeitung.[117] Mommsen aus Berlin kurze Zeit da. Er gerät mir unter dem Berliner Stimmungseinfluß zu sehr auf die pessimistische Seite. Dr. Bayer erzählte von seiner Reinwaschung. Es waren natürlich deutsche Intrigen. – Abends Universitätsball in Frankfurt a.M. Erbsensuppe und Smoking. Ziemlich lustig, für mich dauernd unterbrochen durch halboffizielle Gespräche mit Studenten und Professoren.

Dienstag, 2. Dezember 1947

Verfassungsdenkschrift für Generalkonsul Decamps diktiert.[118] Er hatte sie in einem Gespräch angefordert. Ich habe deutlich die deutschen Notwendigkeiten hervorgehoben. – Nachmittags Frankfurt a.M. zu einem lang dauernden Parteigericht in Sachen Caspary. Unbefriedigender Ausgang.[119]

Mittwoch, 3. Dezember 1947

10 Uhr Wiesbaden, Kultusministerium, Schulgeldfreiheit besprochen.[120] Dann mit Holl Theaterfragen. Dann mit Heinstadt das Schicksal der Oberprimaner, die kein Latein gelernt haben.

Donnerstag 4. Dezember 1947

Sitzung mit Ahl über Unterbringung des Amtes für Fernmeldewesen und einer bizonesischen Kasse in Darmstadt. Wir wollen sie haben. Das Nö-

[117] Vgl. ‚Darmstädter Echo' 2.12.1947 (Vorschläge zur deutschen Verfassung).

[118] B.s Exposé „Deutsch-französische Zukunft", in: UB-MR, NL Bergsträsser 1, ist dort mit 12.11.1947 datiert.

[119] Caspary verzichtete im Januar 1948 auf sein Landtagsmandat; HStA, 1189 NL Caspary 9: Caspary an SPD Hessen-Süd, 7.1.1948; Caspary an Dayton, 30.1.1948. Auch Mat. Bergsträsser: Caspary an B., 10.1.1948.

[120] Die Hessische Verfassung garantierte in Art. 59 die Schulgeldfreiheit an öffentlichen Schulen und die Lernmittelfreiheit mit Ausnahme der Hochschulen; der diesbezügliche Gesetzentwurf der Regierung in: LT-Drucks. I, Nr. 475. Er sah zunächst vor, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 4200 RM oder bei einem Gesamtvermögen von 20000 RM Schulgeld zu zahlen sei. Dies wurde in den Landtagsberatungen gestrichen. Das im Februar 1949 verabschiedete Gesetz legte fest, daß bereits gezahltes Unterrichtsgeld nicht zurückgezahlt werde. Der Staatsgerichtshof erklärte dies für unzulässig, da die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit der Verfassung unmittelbar geltendes Recht sei. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 477.

tige wird bearbeitet. – Nachmittags Heidelberg. Mein Trödler hatte nichts. Mit Durand über Schulprobleme gesprochen. – In Wiesloch Vortrag für die Partei. Nettes Zusammensein, gutes Essen.

Freitag bis Sonntag, 5. bis 7. Dezember 1947

Gießen, bei Rinn, der mir Newmans Brief zeigte, über den allgemeine Befriedigung. Mit Benner über Staatspropaganda eingehend gesprochen. – Nachmittags bei Major Moore Anstandsbesuch. Seine Frau sitzt als seine Sekretärin in seinem Zimmer. – Alsfeld. Zunächst Firma Bücking besucht. Sie haben teilweise ganz neue Spezialnähmaschinen, darunter eine Knopfannähmaschine, die meine Frau besonders bewunderte. Es war zufällig ein Sprechtag der Handelskammer mit Syndikus Wirtz. Ich habe daran teilgenommen und kluge Reden geführt. Es war interessant und den Leuten angenehm. Abends beim Landrat [Becker].

Am nächsten Morgen kleines Frühstück beim Landrat; dann in Neu-Ulrichstein, wo wir den Gegensatz zwischen Heimleiter und dem Landrat durch wohlgemeinte Reden ausglichen.[121] Walk und Kuhn hatten sich auch her bemüht. – Nachmittags zu Mandt Kaffeetrunk und mancherlei beredet. Dann zum Grafen Görtz; ruhiger Sonntag mit schönem Spaziergang, ungeheuer behaglich.

Montag, 8. Dezember 1947

Nach Grebenhain zum Metzgermeister Lind, Naziangelegenheiten besprochen. – Dann nach Langd, Sohn abgeholt. Panne in Nauheim. Direkt in den 48er-Ausschuß in Frankfurt.[122] Dann Vorlesung. – Dann Besuch von Vizekonsul Williams, lange, sehr angeregte Unterhaltung. Ich gab ihm alle meine Denkschriften etc. mit, auch das frischgebackene „London".[123] Wir werden in Konnex bleiben. Er spricht fließend Deutsch, was mir nach dem langen Tag sehr angenehm war.

Dienstag, 9. Dezember 1947

Fraktion. Die ganze Fraktion ist jetzt gegen Knothe, der eine unmögliche Politik macht, und die Fraktion will die Angelegenheit jetzt unbedingt klä-

[121] Das Hofgut Neu-Ulrichstein bei Homberg/Ohm (Kreis Alsfeld), bis August 1944 Wehrertüchtigungslager der Hitlerjugend und danach Grundausbildungsstätte des Volkssturms, wurde nach dem Krieg als Jugendheim genutzt.

[122] UB-MR, NL Bergsträsser 22: Protokoll über die Sitzung des Gesamtausschusses für die Vorbereitung der Hundertjahrfeier der Paulskirchenversammlung, 8.12.1947.

[123] L. Bergsträsser, London 1947, Darmstadt 1947.

ren. Endlich! Knothe war nicht da, hat sich am Landtag überhaupt nicht beteiligt. Freidhof führt darüber Buch. Die Tagesordnung der kommenden Sitzungen durchgesprochen. Dabei hielt ich eine sehr scharfe Butterrede in der Fraktion und sagte, wir müßten zu diesem Antrag sprechen.[124] Zinnkann gab mir sehr recht. Ich wurde beauftragt. Auch sonst mit einigen kleinen Reden, überdies mit der Vertretung der Fraktion im Koordinierungsausschuß in Hannover. – Abends spät nach Hause.

Mittwoch, 10. Dezember 1947

Morgens Plenum. Da niemand zum Hessischen Löwen redete, brauchte ich es auch nicht.[125] – Nachmittags Rechtsausschuß. Es war mir interessant, bei der Anwaltsordnung gegen Zulassungsbeschränkungen Vorschläge zu machen, die auf guten Boden fielen.[126] Man lernt in den Ausschüssen immer eine Menge. – Nachher bei Nina Bergsträsser. Nette Unterhaltung, Abendessen. Taylor kam auch noch.

Donnerstag, 11. Dezember 1947

Plenum. Ich sprach viermal, hielt meine Butterrede. Lorberg antwortete ein wenig grob und wurde in einer zweiten Rede von mir gründlich abgeführt, wobei ich das Glück hatte, Keil, der einen dummen Zwischenruf machte, abzureiben, so daß alles lachte, und auch dem CDU-Jäger etwas die Leviten zu lesen. Fraktion freute sich.[127] – Abends in Mörlenbach; lange Diskussion.

[124] Gemeint ist der Dringlichkeitsantrag der KPD vom 11.11.1947, in: LT-Drucks. I, Nr. 547. Der Landwirtschaftsminister wurde aufgefordert, umgehend über die künftige Fettversorgung der Bevölkerung zu berichten, da der Normalverbraucher Ende Oktober/Anfang November 1947 nur eine Fettzuteilung von insgesamt 40 Gramm erhalten hatte. Im Oktober 1947 hatte Hessen aufgrund schlechter Futtermittellage im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Rückgang der Milchproduktion um 40% zu registrieren. Die Produktion von Margarine und Butterschmalz war ebenfalls rückläufig, und die Lieferung von Fetten aus Bayern war im Rückstand.

[125] 28. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 883ff; erste Lesung des Gesetzes über die Hoheitszeichen (LT-Drucks. I, Nr. 544); nachdem Zinnkann die Vorlage begründet hatte, sprach nur noch Gaul (LDP).

[126] Beschluß-Protokoll in: AHLT.

[127] 29. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 916ff. B. bemängelte die ungleichmäßige Verteilung der Butter innerhalb der Bizone, wobei vor allem Bayern bevorzugt sei. Auch in Hessen gebe es ein regionales Gefälle bei der Butterverteilung, so daß etwa in Darmstadt im Verhältnis weniger Butter zur Verteilung gelange. B. forderte den Minister zu strengerer Kontrolle des Landesernährungsamtes auf. Lorberg und der CDU-Abgeordnete Jäger warfen B. vor, er mißbrauche die ernährungspolitischen

Freitag/Samstag, 12./13. Dezember 1947

Abends nach Hannover zum Koordinierungsausschuß der Fraktionen. Schlafwagen mit Wagner. Lange Unterhaltung mit ihm über Fähigkeit und Unfähigkeit der Partei und der Personen. – In Hannover Referat von Schumacher, meisterhaft formuliert, wie immer. Nicht übermäßig theoretisch, wie sonst so oft. Flüchtlingsfrage. Ich machte Vorschläge zur Statistik des Wohnraums. Lüdemann war in der Flüchtlingsfrage ganz wild während der Besprechung über die Fischdampfer; dies ist begreiflich. – Nachmittags eine Stunde mit Heine gesprochen und ihm meine Auffassung über die Zustände in Hessen incl. Fall Knothe in pointierten Formulierungen vorgetragen. Es war sehr nützlich, da gewesen zu sein. Interessante Unterhaltung mit Max Brauer. – Abends lange mit Swolinsky gesprochen.

Montag, 15. Dezember 1947

Erst in Groß-Gerau bei den Wirtschaftsamtsleitern des Bezirks. Gutes Referat von Koch. Mit Koch über die Memoiren seines Onkels gesprochen.[128] Dann in Rüsselsheim, Arbeitsgemeinschaft der Landräte des Bezirks. Ich sprach sehr scharf gegen die Zentralisierung der Girokassen und Hypothekenbanken. Gestern sagte mir Wink, daß der Dr. Unverzagt durch meine Rede bekehrt worden sei. Dann wurde über die Gemeindeordnung diskutiert, und ich sprach ebenso scharf gegen die Berufsbürgermeister in Gemeinden unter 3000. Auseinandersetzung mit den Vertretern des Gemeindebeamtenverbandes, die genau so unbelehrbar waren wie alle Syndici. Der Teufel hole die Verbände, sie machen die Politik kaputt. Man muß allmählich dazu übergehen, den andern seine Meinung um die Ohren schlagen wie ein nasses Handtuch, sonst wirkt es nicht. Viel Beifall der Landräte.

Dienstag, 16. Dezember 1947

Morgens in Wiesbaden Wappensitzung. Der Gesetzentwurf ist schlecht vorbereitet und kann nur durch Initiativ-Anträge geheilt werden.[129] Ich er-

Engpässe zu parteipolitischer Agitation. B. entgegnete, daß er den Minister nicht für die ernährungspolitische Krise, wohl aber für die Mängel in der Verteilung verantwortlich mache. Das Landtagsstenogramm vermerkt: „Bergsträsser: Da hat mir der Herr Minister eine Antwort gegeben, gegen die ich protestieren muß; Zwischenruf Keil: Werfen Sie ruhig den Ball zurück. Bergsträsser: dazu brauche ich ihre Hilfe nicht. (Heiterkeit)".

[128] Erich Koch-Weser, Und dennoch aufwärts! Eine deutsche Nachkriegs-Bilanz, Berlin 1933.

[129] Gesetzentwurf über die Hoheitszeichen in: LT-Drucks. I, Nr. 544.

kläre mich bereit, sie zu stellen. – Nachmittags beim Prinzen, wo wir die Möbel, die wir leihen, anschauten und dann sehr nett Kaffee tranken. Fürst und Fürstin Clary aus Böhmen, die alles verloren haben.[130] Sehr nette Leute. Anregende Unterhaltung. Die Prinzessin sang das Lob meiner englischen Sprachkenntnisse, von meinem Londoner Vortrag her.[131] Sie berichtet mir über Rote-Kreuz-Arbeit. Sie tut enorm viel. Sie lobte wieder Härting. Über des Prinzen Landabgabe gesprochen. – Abends deutsch-amerikanischer Club. Sehr nette Unterhaltung mit einer nicht tanzenden Amerikanerin. Bei der Damenwahl kam eine andere Amerikanerin, mit der ich mich auch etwas unterhalten hatte, mit tiefer und graziöser Verbeugung auf mich zu. Ich bedauerte denn doch.

Mittwoch, 17. Dezember 1947

Besuch von Prof. Schnabel. Er fühlt sich immer in all den persönlichen Dingen besonders beschwert. – Parnicke wegen Milchablieferung aufgrund meiner Butterrede. Er will mir ein Schriftstück schicken, daß der Milchhof in Darmstadt stärker beliefert wird, denn die Magermilch der Molkerei in Groß-Umstadt geht an die Bauern zur Viehfütterung zurück. Unsinn. – Dr. Kraft erzählt mir Nazi-Begünstigungen an der Universität Frankfurt. Man will den Nazi Kienast aus Graz wieder hier etablieren. – Lange. Man will ihn durch Zwissler in Mainz ersetzen, der Nazi war.[132] Ich schlage auf den Tisch. Überdies mag ich Lange, weil er Musikstücke und nicht sich selbst dirigiert.

Donnerstag, 18. Dezember 1947

Begrüßungsansprache vor den versammelten Wirtschaftsamtsleitern etc. über Lizenzierungsgesetz.[133] Ich zog allgemeine Linien. Abends in Thornton Wilders „Unsere kleine Stadt". Er versucht, Soziologie auf die Bühne zu bringen, hat vielleicht drei Gedanken, die auch nicht originell sind und

[130] Vgl. die als zeit- und kulturhistorische Quelle reizvollen Memoiren des Fürsten: Alfons Clary-Aldringen, Geschichten eines alten Österreichers. Mit Vorwort von Golo Mann, Frankfurt/Wien 1977; über Wolfsgarten S. 294f.

[131] Vgl. Anm. 10/1947.

[132] Der nur formal belastete Althistoriker W. Kienast erhielt zunächst einen Lehrauftrag in Frankfurt und wurde 1953 a. o. Professor. Nachfolger des Darmstädter Generalmusikdirektors Mathieu Lange wurde der seitherige Kasseler Operndirektor Richard Kotz; Karl Maria Zwissler blieb in Mainz.

[133] Das „Gesetz über die Errichtung gewerblicher Unternehmen" vom 24.6.1947 (GVbl 1947, S. 39) ermächtigte den Wirtschaftsminister zu strengen Richtlinien für die Vergabe von Lizenzen; es war bis zum 31.12.1948 befristet.

nicht durchgedacht werden. Im Vergleich mit „Main Street" und anderen Werken von [Sinclair] Lewis[134] ein dummes Stück.

Freitag, 19. Dezember 1947

Bei der Militärregierung Einverständnis eingeholt, am 2. und 3.1.48 die Behörde zu schließen. – Am Donnerstag Bericht an den Ministerpräsidenten über Staatspropaganda. Freitag mit Kuhn Bericht ans Befreiungsministerium, gesprochen über blödsinnige Fassung einer Dienstanweisung an die Betreuungsstellen.[135] Die Leute können nicht für einen Pfifferling verwaltungsmäßig denken.

Samstag, 20. Dezember 1947

Mit Ahl seine Rückkehr hierher besprochen.[136] Sonst komme ich nicht genügend hinaus. Er will auch zurück, weil ihm diese Tätigkeit wirklich Freude macht. Mit Linker die Landabgabe des Prinzen Ludwig besprochen. Kranichstein soll erhalten bleiben schon wegen der Bewässerungsanlage.[137] Linker sieht auch ein, daß der Prinz aus kulturellen Gründen geschont werden muß.

Montag, 22. Dezember 1947

Graf Erbach-Fürstenau, aus Brasilien kommend, will Export-Import-Geschäfte mit Brasilien einleiten, Baumwolle, Kaffee, später auch Fett.[138] Man sei dort sehr exportbereit, will Maschinen, Pharmazeutika. Empfeh-

[134] Im Manuskript steht irrt. „Louis Davis".

[135] Zur Betreuung von politisch, rassisch und religiös Verfolgten mußten die Stadt- und Landkreise nach der im November 1946 erlassenen „Verordnung über die Bildung und das Verfahren der Betreuungsstellen" (GVbl 1946, S.97) unabhängig vom Fürsorgeamt Betreuungsstellen einrichten; dazu kam für jeden Regierungsbezirk eine Hauptbetreuungsstelle. Gemeint ist hier wohl eine undatierte Anweisung (in: Amtsblatt des Hess. Min. für politische Befreiung 1948, S.150), wonach alle Anfragen der Betreuungsstellen an die Spruchkammern über das Befreiungsministerium laufen sollten; die Auskünfte erteilte dann der Öffentliche Kläger. Die Stellungnahme B.s wurde ebenso wie der vorgenannte Bericht nicht ermittelt.

[136] Ahl war von August 1947 bis März 1948 Sonderbeauftragter der hessischen Landesregierung bei der Bizonenverwaltung.

[137] Das zum ehemaligen Jagdschloß Kranichstein gehörige Hofgut blieb im Besitz des Prinzen von Hessen; die Masse der Ländereien wurde 1965 zum Bau des Stadtteils Neu-Kranichstein an die Stadt Darmstadt verkauft.

[138] Alfred Graf zu Erbach-Fürstenau hatte seit 1939 in Brasilien gelebt und erst im Dezember 1947 ein Einreisevisum nach Deutschland erhalten.

lungen an Hillman und Taylor. – Mit Lucius die Prinzen-Sache besprochen. Aufschluß über die Verhältnisse. Schwere Kriegsschäden, Fischbach.[139]

Sehr langes Gespräch mit Ministerialrat Uebel. Er ist auch dagegen, Frankfurt eine vom Regierungspräsidium unabhängige Stellung zu geben[140], da dann die drei Regierungsbezirks-Hauptstädte auch kommen würden. Ich spreche mich dagegen aus, weil die Ministerien nicht verwalten sollen. Das ergibt langes Gespräch über Verwaltungsreform und Kompetenzklärung; weitgehende Übereinstimmung gegen das preußische System und die Landeshauptleute.[141] Uebel sagt mir, die Lage der Regierung sei absolut kritisch. Es hätten Besprechungen zwischen Hilpert und Wagner stattgefunden mit dem Ziel einer Regierungskrise und einer Neubildung, wobei mein Name sehr stark genannt werde, eventuell als Ministerpräsident, der zugleich das Kultusministerium übernehme. Inneres und Justiz sollten verbunden werden, Binder verschwinden.[142] Ich verhielt mich sehr kühl, erhob nur Bedenken gegen Verbindung des Ministerpräsidiums mit einem Ministerium. Es sei zu viel, plädierte für einen Sprechminister, da das Ministerium keine Verbindung mit dem Land habe, nahm Bezug auf meine Vorschläge an den Ministerpräsidenten über Staatspropaganda. Wir sprachen auch über die Behandlung der Amerikaner. Er stimmte mir zu, daß man das Gesellschaftliche nutzen müsse. Er wußte, daß meine Stellung in der Fraktion augenblicklich sehr gut ist, war erstaunt, daß man mit mir noch nicht gesprochen habe. – Haase berichtete mir über Theatervorstellungen, die sie in meinem Auftrag besucht hatte.

[139] Schloß des Prinzen von Hessen im polnisch besetzten Schlesien, in dem während des Krieges ein Großteil des Kunstbesitzes der Familie ausgelagert war.

[140] Bereits seit der Unterstellung Frankfurts unter das Regierungspräsidium Wiesbaden im August 1945 gab es Pläne, die Aufgaben des Regierungspräsidenten für den Stadtkreis Frankfurt auf den Magistrat der Stadt zu übertragen; vgl. StA-DA, O 24 NL Hesse 120/16: Blaum an Landesregierung, 7.5.1946.

[141] In den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden, die ab 1944 zwei selbständige Provinzen Kurhessen und Nassau gebildet hatten, waren 1945 wieder Bezirksverbände unter der Führung von Landeshauptleuten (Häring in Kassel, Witte in Wiesbaden) eingerichtet worden.

[142] Auslösende Momente für die Regierungskrise waren die nachhaltige Kritik der SPD-Landesführung um Knothe an der Wiesbadener Koalitionspolitik und die Forderungen der CDU nach stärkerer Beteiligung am Kabinett und Besetzung des Wiesbadener Regierungspräsidiums mit einem Christdemokraten. Die zweite Forderung wurde im Herbst 1948 erfüllt; vgl. Eintragung 26.5.1948 mit Anm.95/1948. Die Kabinettsumbildung verzögerte sich, nachdem Binders Befreiungsministerium im März 1949 aufgelöst worden war, bis November 1949. Innenministerium (weiter Zinnkann) und Justizministerium (von Kultusminister Stein mitverwaltet) blieben getrennt. Hilpert blieb Finanzminister, und Albert Wagner übernahm die zusammengelegten Ministerien für Arbeit, Wirtschaft und Landwirtschaft. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S.485.

Auch hier weitgehende Übereinstimmung mit ihrem fachmännischen Urteil. – Nachmittags Bericht an das Befreiungsministerium über die unsinnige Dienstanweisung an die Hauptbetreuungsstellen. Ich bringe noch einige Bosheiten hinein.[143]

Dienstag, 23. Dezember 1947

Faber sprach auch über Wiesbaden, scharfe Kritik auch an Zinn. Stock sei unmöglich. Es gehe nicht an, Knothe so schlecht zu behandeln, der doch die Leute gemacht habe, gab aber zu, daß Knothe auch weg müsse im allgemeinen Abwasch. – Nachmittags Weihnachtsfeier im Roten Kreuz. Sehr nette Unterhaltung mit der einen Angestellten. Ich plaudere Erfahrungen. Kaffee und Kuchen. Jeder bekommt ein Paketchen. Es ist ein Päckchen Zigaretten drin, und überdies bekommen die Herren je ein Hemd. Also lohnend. – Dann zum Maler Schlotter, mein Bild abholen. Langes anregende Gespräch mit ihm über Kunst. Guter Maler und feiner Kopf. Er schenkt mir noch einen Farbendruck, ein junges Mädchen. Ich entwickle nach dem Bild die Psychologie des Mädchens. Er ist frappiert, daß ich das herauslese, und sagt, nach seiner Auffassung stimme es. Er empfindet das als großes Kompliment, und mit Recht.

Montag, 29. Dezember 1947

Sitzung der der Partei zugehörigen Beamten in Schlüsselstellungen auf den „Vier-Stöck".[144] Angenehm sachliches Referat von Stock, sehr pointiertes, zum Teil gegensätzliches von Brill. Brill erwies sich wieder einmal als so gescheit, daß er für die Politik unmöglich ist. Daß Brill überhaupt redete, war natürlich völlig falsch. Ich würde mir als Ministerpräsident das nicht gefallen lassen. In der Diskussion sprach auch ich auf Aufforderung über Kulturpolitik lebhaft und ziemlich scharf gegen den dauernden Wirrwarr in der Kompetenzverteilung oder vielmehr Nichtverteilung zwischen Ministerien und Regierungspräsidenten. Zuletzt sprach Zinn sehr scharf über die Hemmungen durch die Amerikaner, die sich in alles einmischten gegen die von Clay gegebenen Weisungen.[145]

[143] Vgl. Anm. 135/1947.

[144] Ausflugslokal bei Reichelsheim im Odenwald.

[145] Das von Brill angefertigte Protokoll in: StA-DA, O 27 NL Stock 317. Stock sprach zu „Grundlagen der Staatspolitik"; Brill machte laut Protokoll einige „Ergänzungen zum Referat Stocks". B.s Kritik richtete sich vor allem gegen die Zentralisierung der Kulturverwaltung und die Beschneidung der universitären Selbstverwaltung (ebd. S. 24/25). Zinns Schlußwort dokumentiert die wachsende

Dienstag, 30. Dezember 1947

Nachmittags in Oppenheim bei Jungkenn. Hübsch und behaglich. Geist des Weinlandes.

Mittwoch, 31. Dezember 1947

Morgens mit Walk die Tour durch meine Ämter fortgesetzt, aber nicht beendigt. Hochwasser-Probleme erörtert.

Unzufriedenheit der Sozialdemokraten (S. 30): „Gewisse Leute steckten sich allerdings hinter die Militärregierung, um etwas zu erreichen. Andererseits müsse diese selbst aufhören, sich einzumischen. Handlungsfreiheit hätten wir tatsächlich nicht, wir hätten eine illusionäre Demokratie. Es könnte aber eines Tages eine Grenze geben, an der die SPD erklärte: Wir machen nicht mehr mit mit CDU und Militärregierung."

Tagebuch 1948

Donnerstag, 1. Januar 1948

Zum Staatsempfang nach Wiesbaden. Sehr schlechtes Arrangement. Wirkungslose Rede von Witte. Er versprach sich mehrmals beim Ablesen, sagte „Volksvertretung" statt „Volksregierung". Stock würdevoll.[1] Nachher gratulierte man, statt daß man es vorher getan hätte. Dann wurde uns gesagt, daß es doch Essen in der Staatskanzlei gäbe. Dabei saßen die Minister im eigenen Zimmer; vom Standpunkt der Demokratie aus völlig unmöglich.

Freitag, 2. Januar 1948

In Schlossau. – Auf der Rückfahrt beim Grafen Erbach-Fürstenau noch einmal die ganzen Außenhandelsprobleme durchgesprochen. Er erörterte sehr klar und klug die Unmöglichkeit der Dollar-Basis.

Montag, 5. Januar 1948

Toller Morgen, dauernde Besuche. Mein Jugendwochen-Jüngling[2] bekommt gleich den richtigen Eindruck. Er ist Jurist, im 2. Semester, intelligent, lernt ersichtlich viel bei dieser ganzen Geschichte.

Mittwoch, 7. Januar 1948

Gießen. Große Rede im Gloria. – Dann zum Bürgermeister [Uhrhan] nach Lich, nette Unterhaltung, guter Kuchen. Abends in Lich über Verwaltungsreform referiert in dem deutsch-amerikanischen Diskutier-Club. Ich habe in einer halben Stunde die ganzen Probleme so erörtert, daß nachher nicht mehr Wesentliches gesagt wurde.[3] Kurios, in was man allmählich zur Autorität wird. – Lange Nachtsitzung mit Partei-Mitgliedern. Am anderen Morgen hübsche Fahrt zurück.

[1] StA-DA, O 27 NL Stock 176: Manuskripte der Reden von Stock und Witte. In Wittes Redemanuskript ist die von B. angesprochene Passage („Volksregierung" oder „Volksvertretung") nicht enthalten.

[2] Wohl der später erwähnte Student Rudolph; vgl. Eintragung 22. 1. 1948.

[3] StA-DA, H 1 RP Liste 21/19: „Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser über Verwaltungsreform anläßlich eines deutsch-amerikanischen Diskussions-Abends in Lich", 7. 1. 1948.

Donnerstag, 8. Januar 1948

Abends Neu-Isenburg, Kammerkonzert zur Eröffnung des Volksbildungsvereins. Ich sprach vor Beginn 10 Minuten. Friedrich fand, ich hätte nie so gut gesprochen.

Freitag, 9. Januar 1948

Scharf mit Dr. Kammer wegen Übertragung der höheren Schulen.[4] Wir sind ganz einig. Nachmittags gibt mir Friedrich seine sehr gute Denkschrift.[4] In Nauheim (10.1.) beschließen wir, über die Fraktion den Übergang der höheren Schulen ans Ministerium zu verhindern zu versuchen. Eben, wo ich dies diktiere (Dienstag morgen 13.1.) kommt Kammer: der Minister bleibt dabei. Wir haben gesagt, wir könnten die Beamten nicht abgeben ohne Befehl des Innenministers, und Kammer erzählt von dem zuständigen Amtmann der sagte, sie hätten keinen Platz, Beamte und Akten unterzubringen, und es werde ein Chaos ausbrechen. Ich sehe es mit Behagen kommen. – Langes Gespräch mit Mommsen über bizonesische und andere Fragen. Am Sonntagnachmittag wieder. Es diente sehr dazu, meine Gedanken über Bizonesien und die bizonesische Reform zu klären. Das beste hat eigentlich die „New York Herald Tribune" in einem Wort gesagt: „Ersatzstaat". Es mag richtig sein, daß man heute noch nicht direkt wählen kann, aber ich habe mit voller Absicht in Gießen in meiner Rede bemerkt, daß die Parteien nicht nur etwas Trennendes, sondern auch Bindendes sind, und das würde gerade für diesen Fall sehr stark zutreffen, weil die Parteien, wenn sie sich geeinigt haben, auf die Länderministerien einwirken. Richtig der Ersatz des Exekutiv-Komitees durch eine Ländervertretung.[5]

Samstag, 10. Januar 1948

Morgens Bad Nauheim. Besprechung der drei Regierungspräsidenten mit Uebel. Ich erklärte mich entschieden gegen die Unterstellung von Frankfurt direkt unter die Ministerien, weil das wieder der Wasserkopf-Bildung

[4] Mat. Bergsträsser: Friedrich an Viehweg, 8.1.1948 „Gedanken der Einheitsschule".

[5] Nach der ergebnislos verlaufenen 5. Außenministerkonferenz der vier Mächte in London (vgl. Anm. 108/1947) hatten die beiden Militärgouverneure Clay und Robertson auf einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Bizone und bizonalen Vertretern am 7./8.1.1948 eine Reform der Zweizonenverwaltung angekündigt. Neben der Verdopplung der Abgeordneten im Wirtschaftsrat (von 52 auf 104) sollte eine Zweite Kammer, ein Länderrat aus je zwei Vertretern je Land, den bisherigen Exekutivrat ersetzen. Der Länderrat der Bizone konstituierte sich am 23.2.1948. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 26 und die entsprechenden Dokumente.

Vorschub leiste. Hoch war in diesem Fall zu einem Kompromiß bereit, mußte aber zugeben, daß es dann schwierig sei, die anderen Städte, wie Wiesbaden und Kassel, anders zu behandeln. Wir erklärten uns alle sehr scharf gegen das Aufgeben der Mittelinstanz. Uebel selbst ist jetzt auch davon überzeugt, daß sie bleiben muß, entgegen seiner früheren Meinung. Ich sprach Hoch gegenüber auch energisch gegen die Kommunalisierung. Wir besprachen noch die Frage der Versorgung der nicht wieder gewählten Landräte.[6] Ich bemerkte, man müsse die 1945 eingesetzten wie Beamte behandeln. Nur in meinem Bezirk haben die Landräte Dekrete, in den übrigen nicht. Heilige Ordnung. – In Assenheim vorbeigefahren bei Irmi.[7] Nachmittags in Frankfurt mit Bammel die Quellen besprochen.[8]

[Abends in Arheilgen] auf dem Presseball. Sehr beschwingtes Kabarett von Dang und einem sehr begabten Ansager. Dann wirklich gemütliches Zusammensein. Stock wieder ganz der behagliche, freundliche Mensch. Ich mit etlichen Amerikanern gesprochen. Die Presseleute von Wiesbaden waren herübergekommen. Auch sonst vielerlei Leute. Sehr gemischt, nicht nur begüterte. Die Stadt war nicht vertreten, was ich skandalös finde. Ich wäre hingegangen, da der Ministerpräsident hinging, auch wenn ich innerlich absolut dagegen gewesen wäre. Das ist eine Frage des Taktes und der Disziplin. Daß die Stadt vorher von ihrem Entschluß, den sie schon einmal gefaßt hatte, nicht hinzugehen, weder mich noch den Ministerpräsidenten informiert hatte, ist toll. Ich sagte es auch deutlich.

Montag, 12. Januar 1948

Professor Rosenthal aus Eilenburg, der wegen medizinischer Sachen hier ist, sprach mit mir über die russische Zone. Nach seinen Äußerungen ist dort allgemein der Eindruck entstanden, daß die Westzone den Osten abgeschrieben habe. Natürlich russische Propaganda. Ich argumentierte ihm aufs schärfste, dort das Gegenteil zu betonen unter Nennung meines Namens. Wir verabredeten auch Einleitung eines Professoren-Austausches zu

[6] Nach § 11 der Kreisordnung vom 24. 1. 1946 (GVbl 1946, S. 101) waren die Landräte Beamte bzw. (§ 14 Kreistagswahlgesetz, GVbl 1946, S. 73) Beamte auf Zeit. Mit dem Auslaufen der Amtszeit der 1946 gewählten Landräte zum 30. 6. 1948 ergaben sich versorgungsrechtliche Probleme. Vgl. „Vorlage des Staatsministeriums betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Landräte", 22. 5. 1948, in: LT-Drucks. I, Nr. 788. Danach sollten Landräte, die sich vor Ablauf der Wahlzeit schriftlich um Wiederwahl beworben hatten, aber nicht wiedergewählt wurden, Ruhegehalt nach den allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften erhalten. Endgültiger Text in: GVbl 1948, S. 97.

[7] B.s zweite Tochter Irmgard.

[8] Für die vorgesehene Publikation anläßlich der 100-Jahrfeier der Paulskirchenversammlung.

Vorträgen. Er schildert die dortigen Verhältnisse als tragbar, Ernährung der hiesigen gleich. Unsicherheit der Personen bestritt er nicht, bezog sie aber fast ausschließlich auf Leute, die den Russen gegenüber Untragbares täten. In der SED, der er übrigens als früherer SPD-Mann angehört, sei eine ziemlich antirussische Stimmung. Die Russen verstünden unsere Verhältnisse nicht. Es sei schwer, ihnen Zusammenhänge klarzumachen, doch sei es auch möglich, sie zur Einsicht zu bringen.

Mit Schmidt 48er Sachen beredet. Gräßliche Unklarheit über den Schriftstellerkongreß. Entweder macht man ihn sozialistisch oder allgemein. Zwischending gibt es da nicht.[9] Ich weigerte mich, mit Ausländern Fühlung zu nehmen, ehe das geklärt ist. – Frl. Janke wegen der Reportage, die der Rundfunk über die Jugendwoche machen will. Es wird also doch bekannt, und das ist gut. Nur die Schulbonzen ziehen nicht. Angeborener Stumpfsinn.

Dienstag, 13. Januar 1948

Fraktionssitzung.

Mittwoch, 14. Januar 1948

Morgens Plenum[10], dazwischen Frankfurter Studenten wegen Begründung eines Diskussionsabends. Dr. Nassauer wird es machen, ich werde die Einleitung geben. Die Studenten hörten interessiert dann zu. – Mittag gegessen mit Stover von I[nformation]-C[ontrol]-D[ivision]. Vielerlei Pressedinge mit ihm besprochen. Sie lassen für demokratische Zwecke Papier aus Amerika kommen für 4 Millionen Dollar. Vernünftig. Zeitungen sollen größer werden. Ich betonte, daß der Landtag ohne das unwirksam sei. – Nachmittags Kulturpolitischer Ausschuß. Merkwürdig, wie wenig die Leute die finanzielle und Verwaltungsseite begreifen.[11] – Dazwischen Professor Hawgood, für Samstag verabredet. – Dazwischen Frowein vom Wirtschaftsministerium. Die Aussichten für das Patentamt sind sehr gut. Der Plan mit dem alten Gewerbemuseum wird überall als richtig angese-

[9] Im Gegensatz zu dem rein sozialistischen I. Schriftstellerkongreß vom Herbst 1947 (vgl. gesonderte Eintragung 25./26.9.1947) verzichtete der nachfolgende Kongreß am 19.5.1948 auf die einseitige politische Festlegung; vgl. unten.

[10] 30. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 968 ff.

[11] Beschlußprotokoll in UB-MR, NL Bergsträsser 10. B. gab im Namen der SPD-Fraktion die Erklärung ab, daß seine Partei mit der Verwaltung der höheren Schulen durch das Kultusministerium nicht einverstanden sei.

hen. Meine persönliche Idee. Die Stadtverwaltung aber war lahm.[12] – Abends Rede in Limburg, überfüllter Saal als Wirkung des Diskussionsabends. Nachher nettes Zusammensein mit Kaffee und Kuchen. Morgens Bohnenkaffee.

Donnerstag, 15. Januar 1948

Plenarsitzung. Regierungserklärung, Stock nicht scharf genug, da ihm die staatlichen und verwaltungsrechtlichen Kenntnisse fehlen. Ausgezeichnete Rede von Bleek, schlechte von Metzger, im ganzen schlechte Regie. Witte wieder einmal ganz unzulänglich.[13] Der Mangel an geeigneten Personen wird immer stärker.

Freitag, 16. Januar 1948

Mayer von den Gewerkschaften. Da ich in Wiesbaden von Streikabsichten in Frankfurt, Hanau etc. gehört hatte, wollte ich mich unterrichten. Mayer sagte, sie hätten die Arbeiter noch in der Hand und sie verträten ihnen gegenüber den Standpunkt, daß Streiks gar nichts nutzen. Er stimmte mit mir auch über den Egoismus vieler Betriebsräte überein.[14] – Mommsen berichtete vom Länderrat, u.a. daß Stock über die Beteiligung der Länder bei der Bizonesien-Verwaltung genau das gesagt hatte, was wir beide besprochen und ich Stock suggeriert.[15] – Mit Raupp die Planungen der Stadt Darmstadt besprochen. Ich werde mir jetzt alle Genehmigungen vorlegen lassen. Die Stadt tut, als existierten wir nicht, und hat windige Wolkenkukkucksheime im Kopf. Der Plan, Mathildenhöhe und Rosenhöhe durch eine große Esplanade mit Grünflächen zu verbinden und zu diesem Zweck einige reparierbare Häuser und ein völlig bewohntes Haus zu sprengen, ist in der heutigen Zeit wahnsinnig. Auch der Plan des Hochhauses Ecke Neckar- und Rheinstraße auf dem Gelände der Vereinigten

[12] Für die Unterbringung des neu zu errichtenden Patentamts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, das evt. nach Darmstadt kommen sollte, waren neben dem ehem. Gewerbemuseum an der Neckarstraße, einem der wenigen unzerstörten Verwaltungsbauten in der Stadt, freiwerdende Blocks der als Internierungslager genutzten Reiterkaserne im Gespräch. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 782; dazu Eintragung 15.6.1948 mit Anm. 110/1948.

[13] 31. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 985; Erklärung Stocks und Aussprache zur Frankfurter Konferenz vom 7./8.1.1948 und zur Neuorganisation der Bizone.

[14] Wegen der mangelhaften Ernährungslage kam es im Januar 1948 zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen. Die Proteste richteten sich auch gegen die Tatsache, daß ein Betriebsrätegesetz immer noch nicht verabschiedet war. Vgl. Anne Weiß-Hartmann, Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949, Marburg ^{2}1978, S. 234.

[15] Stocks Äußerung, wohl vor dem Länderrat in Stuttgart im Zusammenhang mit der bizonalen Neuordnung, nicht ermittelt.

Gesellschaft ist für mich wegen des Schutzes des Mollerbaues undiskutabel. Ich hatte über dieselben Sachen Dienstag, den 20., abends ein langes Telefongespräch mit Metzger, wobei eines seiner Argumente war, daß man nicht eine Seite eines Platzes mit einem runden Abschluß machen könnte, wenn die anderen eckig wären. Ich wies auf den Palais des Prinzen Alexander neben der Hauptpost am Luisenplatz hin. Er schien es nicht zu kennen, obwohl er 200 m davon geboren ist. Die Menschen haben Augen und sehen nicht. Überdies ist die Frage, ob das „Echo" nach einer Währungsreform überhaupt Geld für solche Bauvorhaben hat. Ich zweifle.

Samstag, 17. Januar 1948

Nachmittags Professor Hawgood aus Birmingham. 48er Sachen besprochen.[16] Er erwähnte, daß in den letzten Jahren das Interesse an der deutschen Sprache bei den Studenten sehr zurückgegangen sei, aber jetzt wieder steige. Genau dasselbe hatte mir kürzlich ein Amerikaner von seinem Land erzählt.

Montag, 19. Januar 1948

Minister Kunze aus Potsdam besuchte mich und erzählte allerlei Interessantes. Die Ostzonenverhältnisse spitzen sich doch bedenklich zu, aus der dortigen Perspektive gesehen. Ich betonte ihm gegenüber wieder, was ich schon Rosenthal gesagt hatte, daß wir die Ostzone nicht aufgeben wollen und werden. – Nachmittags Wiesbaden, Kulturausschuß: über Verwaltungsreform in bezug auf die höheren Schulen. Die Bezirksdirektorenidee, die man im Kultusministerium ausgeheckt hat, ist eine typische Kulturqualle.[17] Der Justitiar des Ministeriums [Allstaedt] stimmte mir und Friedrich durchaus zu. Die anderen schwatzten und verstehen von Verwaltungsdingen so viel wie tote Katzen. – Vorher Gespräch mit Holl wegen des hiesigen Theaters. Ich betonte sehr scharf, daß die diktatorischen Manieren Wiesbadens für die Mitglieder des Theaterausschusses – ich spräche dabei auch für Dr. von Brentano – gänzlich untragbar seien und nicht mitgemacht würden.[18]

[16] Hawgood sollte einen Aufsatz für den von B. herausgegebenen Sammelband zum Paulskirchenjubiläum schreiben.

[17] Mit Erlaß vom 14.1.1948 über die „Bildung von Bezirken der Höheren Schulen" (Amtsblatt Kultusminister 1948, S.7) sah vor, daß die Direktoren der höheren Schulen in jedem der neuzubildenden 17 Bezirke als ständigen Vertreter gegenüber dem Kultusministerium, dem die höheren Schulen jetzt unmittelbar unterstellt waren, einen Obmann wählen sollten.

[18] Der im Frühjahr 1947 eingesetzte Theaterausschuß aus Vertretern von Stadt und Land wurde nach der Entlassung von Jockisch mit der Frage des neuen Inten-

Dienstag, 20. Januar 1948

Nachmittags Duderstadt. Langes Gespräch über die Wirtschaftsorganisation. Er sprach sich dahin aus, man solle zwar Ablieferungen verlangen, aber das, was nach der Ablieferungsquote bleibt, dem freien Markt übergeben, und war erstaunt, wie ich ihm sagte, das sei die Neue Politik, die Lenin 1922 durchführte.[19] Der Vorschlag ist durchaus diskutabel. Ferner sagte er, mit Beispielen belegt, daß der Handel sehr viel Ware horte. In Grünberg ein Fall, wo ein Mann 1000 m Stoff von ihm bezog, der dann als nicht gemeldet von den Prüfungen festgestellt wurde, und wo der Händler dann zu ihm kam und ihn bat, doch zu bescheinigen, daß der Stoff noch in seinem Eigentum stehe. Er habe ihn hinausgeworfen. Sie lieferten jeden Monat 8000 m, und er habe noch niemand in einem daraus hergestellten Anzug gesehen. Ich ermahnte ihn sehr, an den Sitzungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Hessischen Handelskammern teilzunehmen und überhaupt mehr ins öffentliche Leben zu gehen. Unternehmer seien etwas anderes wie Syndikusse. Es sei Pflicht und Interesse zugleich, das zu tun. Er sah es ein und sagte, von diesem Gesichtspunkt aus habe er es noch nie gesehen. Er sieht immer über den engsten Kreis hinaus, weswegen mir die Unterhaltung fruchtbar ist.

Mittwoch, 21. Januar 1948

Oberstaatsanwalt Tomforde stellt sich vor. Ganz der Stil eines alten Beamten, was sich schon in der Tatsache seines Besuches zeigt. – Strahringer berichtet über den Verlauf der Protestversammlung der Straßenbahnfahrer. Ich hatte vorher mit einem anderen der Direktoren telefoniert und machte darauf aufmerksam, daß man den Regierungspräsidenten über solche Dinge orientieren müsse. Sie hatten von 12 bis 2 Uhr einen Proteststreik gemacht wegen zu scharfer Urteile bei Verkehrsunfällen. Kein Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und Ernährungslage.[20]

danten erst befaßt, nachdem Landesregierung und Stadtverwaltung in direktem Kontakt bereits eine Vorentscheidung für Dr. Skraup getroffen hatten; vgl. Eintragung 26.1.1948 mit Anm.22/1948.

[19] Nach der am 15.3.1921 – nicht 1922 – beschlossenen „Neuen Ökonomischen Politik", hatten die Bauern anstelle der Pflichtablieferung eine erheblich niedrigere Naturalsteuer zu entrichten und konnten über die verbleibenden Überschüsse frei verfügen.

[20] ‚Darmstädter Echo' 22.1.1948 (Straßenbahner keine Verbrecher). Das Fahrpersonal der Straßenbahn war aus Protest gegen drei Gefängnisurteile, die wegen Verkehrsunfällen gegen Mitarbeiter der HEAG verhängt worden waren, in einen zweistündigen Streik getreten. Direktor Strahringer hatte an den Protestveranstaltungen teilgenommen.

Donnerstag, 22. Januar 1948

Janke berichtet über Boys' Week. Der Vorschlag von Rudolph, studio[sus], der bei mir eine Woche war, eine Broschüre mit Berichten herauszugeben, scheint mir gut. Ich bespreche es mit Friedrich.

Freitag, 23. Januar 1948

Nachmittags Unterhaltung mit Grund. Ich sage ihm gründlich, daß ich seine fantastischen Sachen nicht mitmache. Wie ich auch der Stadt gesagt habe, kann man keine Bauprojekte machen, nach denen in der heutigen Zeit Häuser, die entweder heil oder reparierbar seien, niedergerissen würden.

Samstag, 24. Januar 1948

Nachmittags in Salzhausen. Landrat Moosdorf hatte einige vierzig Leute eingeladen zu Kaffee, Kuchen und Apfelwein. Ich unterhielt mich vier Stunden sehr angelegentlich mit einem großen Teil von diesen Herren und auch mit der einzigen Dame, der Leiterin der Aufbauschule in Nidda [Else Niebler]. Der Schulleiter aus Büdingen sagte mir, daß die „Boys' Week" dort sehr gut eingeschlagen habe. Ein Fabrikant [Jonen] aus Büdingen machte den bemerkenswert ulkigen Vorschlag, man solle verbieten, daß Arbeiter außerhalb ihres Kreises arbeiten. Er hat eine Akkufabrik und sucht Leute, beschäftigt viel Flüchtlinge. Auf was für Gedanken kommen so Fabrikanten! Fürst Stolberg war auch da, wohnt jetzt im Kreis. Der katholische Geistliche sagte, es gäbe schon sehr viel Mischehen mit Sudetendeutschen. Nur etwa ⅓ gingen katholisch aus. Konfessionelle Gegensätze mit der evangelischen Kirche hätten sie nicht. Sie benützten für die Gottesdienste durchweg die evangelischen Kirchen, da eigene Räume nicht zu beschaffen sind. Man schien von der Veranstaltung allgemein befriedigt, und ich will sie jetzt auch an anderen Orten machen. Es ist notwendig, daß die Leute mit den leitenden Regierungsbeamten sprechen können.

Sonntag, 25. Januar 1948

In Nauheim. Frau Schäfer klagte, daß sie vom Wirtschaftsamt keine Kohlenzuweisungen bekomme und daß der Caritas-Verband Hotels aufkaufe. Ich habe daraufhin am folgenden Mittwoch mit dem Dezernenten des Finanzministeriums für die Staatsbäder [Paehler] und mit dem Dezernenten des Wirtschaftsministeriums, Direktor Grützbach (App. 59441), die Dinge durchgesprochen, auch die Wohnungsfragen in bezug auf den Fremdenverkehr. Beide waren sehr dankbar für mein Interesse. Es gibt schon eine Verordnung, daß Pensionen und Hotels Kohlen bekommen sollen. Das

scheint nur die blöde Stadtverwaltung in Nauheim nicht zu wissen oder zu sabotieren. Ich habe Grützbach und den Mann vom Ministerium der Finanzen veranlaßt, einmal zusammen hinzufahren und die Sache mit der Stadtverwaltung etwas energisch zu besprechen.

Montag, 26. Januar 1948

Direkt auf den Sandplacken zur Zusammenkunft von sozialdemokratischen Beamten in Schlüsselstellungen. Guter Vortrag von Koch, geisterhaft falsche Vorschläge von Brill, schlechte Diskussion. Ich kam nicht mehr dazu, gegen Brill, der die Aufhebung vieler Teile der Zwangswirtschaft forderte[21], geltend zu machen, was ich am Abend vorher in Nauheim in einem Gespräch mit einem Saarbrückener gelernt hatte, nämlich die Schraube ohne Ende: Steigen der Preise und Steigen der Löhne. – Abends Theaterausschuß, wo ich und Brentano Dr. Holl gründlich und offenbar wirkungsvoll die Meinung sagten über das Verfahren, uns nicht rechtzeitig zu informieren.[22]

Dienstag, 27. Januar 1948

Fraktionssitzung. Man brummte mir die Rede über das Republikschutzgesetz auf[23], das ich noch nicht einmal gelesen hatte. Ich ließ mich von Ministerialrat Mayer auch noch informieren, machte am nächsten Morgen auf der Rückfahrt die Rede und wurde allgemein von der Fraktion beglückwünscht, auch von solchen, die sonst in diesen Dingen kühl sind. Nun werde ich die ganze Sache im Rechtsausschuß machen müssen. Fluch der weisen Tat. – Abends Vortrag im Deutsch-Amerikanischen Club: „Warum sind die Deutschen so unpolitisch?"[24] An der geschichtlichen Entwicklung bewiesen. Sehr lange Diskussion hinterher. Vorher dort wunderbar Kaffee getrunken und Brötchen gegessen. Ich hatte um den Kaffee gebeten. Nachher noch lange Unterhaltung mit amerikanischen Herren.

[21] Brill hatte für diese Sitzung eine „Entschließung zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft" vorgelegt; vgl. StA-DA, O 27 NL Stock 318.

[22] Vgl. bereits Anm. 18/1948; dazu die ungewöhnlich scharf formulierten Beschwerdebriefe B.s und Brentanos an Kultusminister Stein vom 6. und 11.2.1948, in: HStA, 504/828 und 504/56.

[23] Korrekt: Staatsschutzgesetz; vgl. LT-Drucks. I, Nr. 592: „Vorlage des Staatsministeriums, Staatsschutzgesetz, Ausführung Art. 147 bis 149 hessische Verfassung". In den Beratungen wurde der Titel in „Gesetz zum Schutz der demokratischen Freiheit" umgeändert. Nach Gründung der Bundesrepublik hielt der Landtag ein Ländergesetz für überflüssig und stellte den Entwurf zurück.

[24] Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Mittwoch, 28. Januar 1948

Plenarsitzung, nachmittags Rechtsausschuß.[25] – Abends in Mainz. Diskussion über politische Neutralität als Sicherheit. Dann sehr nett bei dem Volkshochschulleiter Rudolf mit Dr. Rückert, Frau Schwamb etc. zusammen.

Donnerstag, 29. Januar 1948

Morgens Hauptausschuß, wo wir den Hessischen Löwen und seine heraldische Entwicklung viel belachten.[26] Langes Gespräch mit Weydling über klerikale Einflüsse im Kultusministerium. – Nachmittags angenehm enttäuscht, daß nicht sehr viel im Amt los gewesen war. Dazwischen die ganzen bizonalen Verfassungsprobleme mit Wagner und Apel durchgesprochen, Vorbereitung auf den Koordinierungsausschuß in Hannover am Samstag. Es ist sehr seltsam, daß die Amerikaner jetzt ganz auf die Zentralisierungsseite kommen und auch die Finanzhoheit der Bizone sehr stärken wollen, die doch die zukünftige deutsche Verfassung selbstverständlich präjudiziert. Die Vorschläge enthielten geradezu die Kompetenz-Kompetenz für die Finanzen.[27]

Freitag, 30. Januar 1948

Abends Vortrag über 48 und Gegenwart im Kerckhoff-Institut Nauheim. Vorher bei Professor Schaefer zum Essen, nachher zum Tee. Sehr angeregte Unterhaltung über Probleme des Bades Nauheim und Ernährungsprobleme, zu denen Professor Schaefer im Auftrag der Amerikaner Untersuchungen machen soll. Sie sollen offenbar dazu dienen, daß Clay die Beweise bekommt, es müßten mehr Nahrungsmittel her, um die Bevölkerung arbeitsfähig zu halten.

[25] 32. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1007 ff. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die erste Lesung des Staatsschutzgesetzes, der dem Rechtsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wurde. Beschluß-Protokoll des Rechtsausschusses vom 28. 1. 1948 in: AHLT.

[26] Beschluß-Protokoll in: AHLT.

[27] Clay hatte am 7. 1. eine Länderunionbank als Zentralbank für die Bizone vorgeschlagen. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 133 (Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7. 1. 1948). Am 1. 3. 1948 wurde dann die Bank deutscher Länder gegründet. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 89.

Samstag, 31. Januar 1948

Nach Hannover gefahren, Koordinierungsausschuß der Partei. Im wesentlichen über Besetzung der neuen Stellen im Wirtschaftsrat. Die Parteileitung sagt sehr vernünftig, daß man nicht verdiente alte Parteigenossen brauche, sondern Leute, die etwas leisten. Unser Vorschlag, Dr. Arndt und Altwein, wurde gebilligt; der Vorstand selbst wollte Arndt. Wir suchen nun noch eine Frau, aber wir können sie bisher nicht finden.[28] Der Mangel an Menschen ist entsetzlich. Ganz interessante Unterhaltungen mit verschiedenen Leuten aus anderen Gegenden. Es ist immer gut, Anregungen zu bekommen. Hübsche Hinfahrt, verschlafene Rückfahrt.

Sonntag, 1. Februar 1948

Nachmittags Referat Mitgliederversammlung Wiesbaden über Deutschlandpolitik der vier Großmächte. Einige Schwätzer konnten es sich nicht verkneifen, in der Diskussion Volksreden zu halten, die ihre Denkunfähigkeit zeigten. – Abends in Erbach behaglich en famille.

Donnerstag, 5. Februar 1948

Große zweistündige Besprechung über Flüchtlingsfragen in der Militärregierung. Rose wegen Krankheit nicht da. Ein Herr Williams von OMGUS. Geschickt fragend. Die Übersetzerin unzulänglich, so daß ich vielfach eingriff. Sie übersetzte gerade das nicht, was wir der Militärregierung an Wünschen und Ausstellungen vortrugen, wie das so häufig vorkommt.

Freitag, 6. Februar 1948

Fräulein von Eckhardt fragte mich nach Verschiedenem aus, auch nach der Niemöller-Sache.[29] Ich gab ihr die Erklärung, er verstoße erstens gegen die Verfassung und zweitens gegen die Gerechtigkeit und drittens gegen ein Gesetz. – Mit Stöcker gesprochen wegen einer Veranstaltung der Partei für die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder aus Behörden.

[28] Die Anzahl der Mitglieder im Wirtschaftsrat wurde verdoppelt; vgl. bereits Anm. 5/1948. Von der hessischen SPD wurden schließlich Arndt, Altwein und Strahringer als zusätzliche Mitglieder bestimmt. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 94.

[29] In einem „Wort an die Gemeinden" zum 1.2.1948 ging Niemöller äußerst scharf mit der Entnazifizierungspraxis ins Gericht; die Kanzelverkündigung gipfelte in der Aufforderung: „Wir müssen deshalb den Pfarrherrn unserer Kirche um ihres Amtes und um unserer Gemeinden Willen verbieten, dies Ärgernis mitzuverantworten". Text in: HStA, 501/825.

Ich bin bereit zu sprechen, aber erst nach Dienstschluß, sonst könnte jede Partei während der Dienstzeit Versammlungen abhalten. Maschinenfabrik Frank, die demontiert werden soll. Wir sagten unsere guten Dienste zu. Walk verwies ihm sehr hübsch, vom Interesse der Arbeiter ausschließlich zu sprechen, die ja heutzutage als Facharbeiter überall unterkämen. – Ahl über bizonesische Bauvorhaben.

Montag, 9. Februar 1948

Dr. Koch wegen Unterbringung geschlechtskranker Ami-Liebchen. – Dann Bürgermeister [Haas] und Beigeordnete aus Falken-Gesäß. Ihnen hat die Hebamme wütend gekündigt, weil ihr ein Zimmer beschlagnahmt wurde. Sie fanden eine andere, und nun will die erste wieder Dienst tun. Amüsant!

Dienstag, 10. Februar 1948

Fraktionssitzung. Kaleidoskopisch.

Mittwoch, 11. Februar 1948

Plenum ohne besondere Bedeutung. Ich komme um eine Rede über Schutzmittel gegen Geschlechtskrankheiten und um eine Rede zum Fall Dietz.[30] Beides ohne Bedauern. Dafür esse ich sehr hübsch mit Lloyd und unterhalte mich mit den Leuten von der Inneren Verwaltung bei der Militärregierung, die allgemein sagten, ich solle doch öfters kommen. Schloss fragt nach der Verwaltungsreform. Ich erkläre sie für Unsinn vor dem Jahr 1950. – Abends Rechtsausschuß im Hinterzimmer der Kantine der Staatskanzlei. Im Vorderzimmer sitzen Abgeordnete beim Wein. Wie ich durchging, lud mich Freidhof ein, der schon eine Spitze hatte, und wir hielten den anderen alemannische Reden. Große Gaudi. Vorher bei Nina B[ergsträsser]. Ich benutze sie als Kanal zu Taylor.

[30] Dietz wurde vorgeworfen, er habe seine Stellung als Leiter des Landesernährungsamtes dazu benutzt, um seiner Firma Gebr. Dietz und der Import-Handelsgesellschaft, an der er mit 25% beteiligt war, Vorteile zu verschaffen. Dietz war deshalb seit Dezember 1947 beurlaubt. Der im Februar 1949 eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß kam in seinem Abschlußbericht zu dem Ergebnis, daß die Anschuldigungen ungerechtfertigt waren (LT-Drucks. II, Nr. 625). Der Landtag behandelte in der Sitzung vom 11.2. außerdem einen Antrag der SPD, der den Innenminister aufforderte, umgehend Schutzmittel herzustellen und bei der Militärregierung wegen der Lieferung von Rohstoffen vorstellig zu werden; LT-Drucks. I, Nr. 626.

Donnerstag, 12. Februar 1948

Rechtsausschuß. Richterwahlgesetz.[31] Selbert erklärt mich für einen ausgezeichneten Juristen. Beim Mittagessen spricht mich Dr. Stein an. Ungeheuer liebenswürdig. Ursache wahrscheinlich, das am selben Morgen im Kulturpolitischen Ausschuß, den ich des Rechtsausschusses wegen hatte schwänzen müssen, beschlossen worden war, daß alle Privatschulen keinen Schulgeldausfallersatz bekommen sollen. Ich nehme an, er meint, wenn ich da gewesen wäre, wäre das nicht passiert. Er sagt, daß er Holl noch einmal scharf zurückgewiesen habe. Er habe Gisela zum Dozenten in Jugenheim ernannt auf Widerruf, was er lachend betonte. Er dankte für den Brief über Kammer[32], gab mir recht in bezug auf die Prüfung in Staatsbürgerkunde. – Morgens bei Doring gefrühstückt. Über die Zurechtmachung meines Tagebuches gesprochen. Er will mir einzelne Vorschläge machen. Ich war selbst erstaunt, wie interessant das Tagebuch ist. Nur zu wenig Zeit, es richtig zu lesen.

Freitag, 13. Februar 1948

Fräulein von Eckhardt mit ihrem Chef. Lange, sehr nette Unterhaltung. Er spricht gut deutsch, machte mir Komplimente über meinen Vortrag im Club. – Frau Georgi als Abgesandte, Heidelberger Europa-Unionistin, wegen Frankreich-Politik. Ich will demnächst einmal hinüberfahren.

Samstag, 14. Februar 1948

In Gießen. Langweilige Sitzung der Landräte meines Bezirks. Abends in Grünberg bei Duderstadt [und] Böttcher. Bis tief in die Nacht geplaudert und besprochen. Wirtschaftsfragen, Bewirtschaftungsfragen, Hortung. Es ist immer interessant und lehrreich für mich, mit einem Mann des Wirtschaftslebens zu sprechen, der über seinen Zaun und seine persönlichen Interessen hinaussieht. – In Gießen wurde zuletzt die Verwaltungsdenkschrift der Kabinettskommission besprochen. Mehrere Landräte sagten, daß darüber große Aufregung herrschte (Kreis Lauterbach, Kreis Dieburg, die zerschlagen werden sollen), und man einigte sich auf eine ableh-

[31] Beschlußprotokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Behandelt wurde der „Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels Nr. 127 der Hessischen Verfassung (Richterwahlgesetz)"; LT-Drucks. I, Nr. 566. Nach Art. 127 hatte der Justizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß über vorläufige Anstellung und Berufung auf Lebenszeit zu entscheiden. Zum Fortgang vgl. Eintragung 28. 7. 1948 mit Anm. 142/1948.

[32] B.s Brief über Kammer nicht ermittelt.

nende Entschließung.[33] Brill bringt es fertig, daß ein hessischer Partikularismus gegen die Preußen groß wird. Das politische Ungeschick dieses gescheiten Mannes ist grotesk.

Sonntag, 15. Februar 1948

Rede in Watzenborn. In der Diskussion trat der dortige Pfarrer [Gontrum] auf und erklärte, er habe die Niemöllersche Kanzelverkündigung[34] nicht verlesen, da sie seinem Gewissen widerspräche. Inzwischen habe ich den Brief von Lilje gelesen, der taktvoll und fein ist.[35] Auf Niemöller scheint doch der Witz zu passen, daß sein Buch statt „Vom U-Boot auf die Kanzel" besser den Titel hätte „Mit dem U-Boot auf die Kanzel".[36]

Montag, 16. Februar 1948

Friedrich mit seinen Kollegen aus Kassel und Wiesbaden. Alle gleichgestimmt über den Unsinn im Kultusministerium, wo die guten Schulmeister nicht verwalten können und Dr. Stein zu sprunghaft ist. Beschlossen, Hoch zu veranlassen, einen Bericht an den Innenminister als Organisationsminister zu machen. – Parnicke über die Molkerei-Genossenschaft und ihre Belieferung.

[33] Der Abschlußbericht der Brill-Kommission in: Die Verwaltungsreform in Hessen, hrsg. von der Kabinetts-Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform, Bd. 1, Wiesbaden 1947, S. 9–41. Der Bericht empfahl, die Landkreise Dieburg und Lauterbach aufzulösen. Der Kreis Dieburg sollte unter den Kreisen Erbach, Darmstadt und Offenbach aufgeteilt, Lauterbach und Alsfeld zum Vogelsbergkreis mit Alsfeld als Kreisstadt zusammengelegt werden; für den wiederholt erörterten Zusammenschluß des heutigen Vogelsbergkreises bereits Eintragung 17.5.1946.

[34] Vgl. Anm. 29/1948.

[35] Mat. Bergsträsser: „Offener Brief des Landesbischofs D. Dr. Hanns Lilje D.D. an die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags", 12.2.1948, verbreitet vom Christlichen Nachrichtendienst (CND). Trotz Kritik an der Entnazifizierung hielt Lilje im Gegensatz zu Niemöller an der Fortführung der Entnazifizierung fest, plädierte aber gleichzeitig für die Möglichkeit der Bewährung: „Wenn keine Straftat und keine nachweisbare verwerfliche Handlung oder Haltung vorliegen, muß der Grundsatz großzügiger Amnestie gelten [...]. Alle Glieder unserer Kirche aber, die bei der Ausführung der Entnazifizierung zu verantwortlicher Mitarbeit berufen sind, ermahnen wir um der Verantwortung vor Gott und der Liebe zu unserem schwerleidenden Volke willen, mit größter ethischer Entschlossenheit, in völliger innerer Unabhängigkeit und aus dem festen Willen zu einer klareren und besseren Zukunft heraus zu handeln."

[36] Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934.

Dienstag, 17. Februar 1948

Vormittags Fraktion. Vielerlei kleine Sachen. Stimmung gegen Kultusministerium ziemlich scharf. Klagen über mangelnde Zusammenarbeit zwischen Regierungsmitgliedern und Fraktion. – Dazwischen bei Militärregierung und Finanzministerium. Hübscher Rückweg von der Dietenmühle zu Fuß.

Mittwoch, 18. Februar 1948

Knöpp über Etat des Staatsarchivs. Es scheinen die meisten Akten des Archivs aus dem 19. Jahrhundert verbrannt zu sein.

Donnerstag, 19. Februar 1948

Mit Fräulein Haase besprochen, daß sie die Broschüre über „Boys' Week" schreibt. D'Hooghe wird sie verlegen.[37] – Wagner, der hier dienstlich zu tun hatte. Lange, nette Unterredung. Gemeinsames Mittagessen bei Schwarz. – Abends Rede über die SPD, Volkshochschule Roßdorf. Dadurch kam ich um die Parteiversammlung, in der der Vorstand neu gewählt wurde. Am nächsten Tag erzählte man mir, daß Metzger sehr ungeschickt gegen Stöcker operiert hatte und große Niederlage erlitt. Stöcker kam dann selbst, erzählte mir die Sache und machte mir Liebeserklärungen. Kurios.

Freitag, 20. Februar 1948

Dr. Erdsiek über die Planungsstelle. Ich tat sehr skeptisch. Walk hat die Sache so gedreht, daß wir hier selbständig bleiben.

Samstag, 21. Februar 1948

Ministerialrat Hoffmann wegen des Beschlusses im Ausschuß über die Privatschulen. Ich hatte in den Rechtsausschuß gehen müssen, und nun soll ich es einrenken. Am 24. habe ich das Kompromiß mit Spangenberg besprochen.[38] – Abends Trautheim, Einladung der Studentenschaft der allgemeinen Abteilung. Unterredungen über Hochschuldinge mit Muß, Vieweg. Ich lancierte bei dem Asta-Vorsitzenden Dibelius die „Boys' Week".

[37] Nicht erschienen.

[38] Der Kulturpolitische Ausschuß hatte am 12.2.1948 beschlossen, daß Privatschulen grundsätzlich keinen Ersatz für Schulgeldausfall erhalten sollten; Beschluß-Protokoll in: AHLT; dazu Eintragung 12.2.1948. Zum Fortgang Anm. 104/1948.

Montag, 23. Februar 1948

Etliche Geburtstagsgratulanten. Nachmittags zu Hause, abends Gäste.

Dienstag, 24. Februar 1948

Morgens Fraktion, dann mit Newman in Friedberg, für den Ministerpräsidenten geredet. Abends Deutsch-Amerikanischer Club. Edith Jäger sang und machte dann eine Geburtstagsgratulation für mich und Euler in sehr reizender Form.

Mittwoch, 25. Februar 1948

Morgens Ministerpräsident fährt vorbei, um mir zu gratulieren. In der Zeitung sehr hübscher Artikel von Reinowski.[39] – Ministerialdirigent Augustin vom Finanzministerium über Gemeindefinanzen, Grundsteuer etc. Dann über die Arbeit der Ministerien allgemein. Rasche Verständigung. Wir sagten allerdings, daß wir zeitweise nicht dazugekommen wären, die nötigen Kontrollen auszuüben.

Donnerstag, 26. Februar 1948

Wiesbaden. Rechtsausschuß, langweilig.[40]

Freitag, 27. Februar 1948

Minister Kirnberger klagt, daß er keine Richter habe für das Verwaltungsgericht. Wir kommen überein, daß er mir einen Antrag zurechtmacht für den Landtag, daß auch pensionierte richterliche Beamte Richter am Verwaltungsgericht sein können, sonst ist der Mangel an Menschen nicht zu überwinden. – 17 Uhr Rede über Beamtenfragen vor den Betriebsratsmitgliedern im HEAG-Haus. Man war zufrieden, ich weniger. Stöcker jetzt mir sehr geneigt.

Samstag, 28. Februar 1948

Frankfurt a. M. Trostlos langweiliger Parteitag. Ich spreche mit viel Leuten, auch mit Ahl. Brill geht für drei Monate in Krankheitsurlaub, hat Absicht, dann Bizonese zu werden.[41] Ich sage Ahl, er solle sich den Staatsse-

[39] ‚Darmstädter Echo' 24. 2. 1948 (Ludwig Bergsträsser 65 Jahre alt).

[40] Beschluß-Protokoll in: AHLT.

[41] Brill blieb bis zum Juni 1949 Staatssekretär. Nachfolger wurde der Friedberger Landrat Bach.

kretär nicht entgehen lassen. Daß er keinen Ehrgeiz hat, weiß ich, aber es ist sachlich notwendig. Nachmittags zu Bett, Reisebeschreibungen gelesen ... Sonntag (29.2.) auch. [...]

Dienstag, 2. März 1948

Intendant Dr. Skraup stellt sich vor. – Verwaltungsgerichtspräsident Müller wegen der Besetzung der Richterstellen. Ein neuer Gesetzentwurf über Hilfsrichter liegt im Kabinett. Deswegen eigener Antrag von mir überflüssig.[42] – Nachmittags Heidelberg bei Europa-Union. Ich hatte gedacht, es sei eine Besprechung mit wenigen, es waren aber an die 20 Leute. Ich mußte ein Referat geben. Daran schloß sich eine lange wohlgemeinte, dilettantische Diskussion. Gute Ausführungen von Walz und dem Studentenvertreter über die Auslandsarbeit des Asta-Amtes. Es ist seltsam, daß alle Pazifisten unklar und illusionistisch sind. – Abends Vortrag in Mannheim, wobei mir gesagt wurde, daß der Vortrag, wenn er nicht im Rahmen der Volkshochschule gewesen wäre, wahrscheinlich viel besser besucht gewesen wäre. – Dann bei Koehlers, Gespräch mit dem Sohn [Helmut] über Berufswahl.

Mittwoch, 3. März 1948

Dr. Rasp. Vereinigung Bibliothek TH und Landesbibliothek. Entspricht jetzt auch der Auffassung der TH. Ministerium hat eine Verfügung erlassen, daß das erst im neuen Etatsjahr geschehen soll. Die muß aufgehoben werden. Am nächsten Tag spreche ich im Ministerium vor. Der Referent [Cremer] ist natürlich nicht da, aber seine Sekretärin nimmt es auf.[43] – Rektor Mesmer spricht mit mir wegen der Professoren-Ernennungen. Die Sache ist völlig unhaltbar. Wir kriegen auf diesem Weg niemanden. Überreicht mir gute Denkschrift der Rektoren.[44] – Greiner (Ministerialrat), frü-

[42] LT-Drucks. I, Nr. 711: „Vorlage des Staatsministeriums betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung von Hilfsrichtern bei den Verwaltungsgerichten". Die bei ordentlichen Gerichten bestehende Möglichkeit, Hilfsrichter zu beschäftigen, verwehrte das Verwaltungsgerichtsgesetz den Verwaltungsgerichten. Auf einer Tagung der Verwaltungsgerichtspräsidenten in der amerikanischen Zone wurde am 12.9.1947 beschlossen, den Kabinetten die Rekrutierung von Hilfsrichtern vorzuschlagen, um den personellen Engpaß bei den Verwaltungsgerichten zu beseitigen. Das Gesetz wurde im Juni 1948 verabschiedet (GVbl 1948, S. 74).

[43] Die Vereinigung zur Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt wurde am 16.7.1948 vollzogen.

[44] Wohl eine Gegenvorstellung der Rektoren zum Kabinettsbeschluß vom 3.12.1947, der die Entscheidung über die Dreiervorschläge für Lehrstuhlbesetzungen dem Kabinett vorbehielt; Kultusminister Stein hatte die Rektoren auf einer Konferenz am 27.1.1948 in Wiesbaden zu diesem Protest ermuntert. Protokoll der

herer Kollege im Reichsarchiv, kommt. Er hat das Kriegstagebuch der Obersten Heeresleitung 3½ Jahre geführt, erzählt ungemein interessant über den Aufenthalt im Führerhauptquartier. Auch nachher bei Tisch; will publizieren. Ich will das Werk in meine Memoiren-Bibliothek aufnehmen. Am nächsten Tag alles mit Drott erledigt. Er kann 100000 drucken.[45] – Dr. Kammer erzählt Grausiges von der Unordnung im Kultusministerium. Er ist derselben Meinung wie ich, daß Viehweg völlig unzulänglich ist. Viehweg hat dem Minister aufgeschwatzt, die Lietzschen Landheime in die Schulgeldfreiheit einzubeziehen, obwohl der Minister in einer Ausschußsitzung sich selbst von selbst sehr dagegen geäußert hat. So kann man nicht Politik machen. Deutlicher Beweis, daß Fachmann mit Politik unvereinbar ist. Die Leute haben alle keine Ahnung von parlamentarischem System.

Donnerstag, 4. März 1948

[...] Dann kurz Fraktion, Artikel 37, Betriebsrätegesetz. Langweilig. Richter tönt.[46] Dazwischen allerlei erledigt. Nachmittags noch einmal bei Greiner. Seine fertige Ausarbeitung ist zu militaristisch. – In Frankfurt Sitzung Hochschule für Politik.[47] Nachher noch Gespräch mit Hallstein über Professoren-Ernennung und über die theologischen Fakultäten in Frankfurt, die ich, auf Fraktionsbeschluß hinweisend, strikt ablehne.[48] Ich soll noch

Rektorenkonferenz in: HStA, 504/374. Vgl. Marianne Viefhaus, Anatomie eines Neubeginns. Dokumente zur Geschichte der TH Darmstadt 1945–1949, in: Jahrbuch 1973. Technische Hochschule Darmstadt, S. 31–88, hier S. 71.

[45] Greiner hatte zuvor mit B. Kontakt aufgenommen und ihm das Vorhaben unterbreitet. Mat. Bergsträsser: Greiner an B., 22.2.1948. 1948. Zum Fortgang des Publikationsprojekts Eintragungen 4., 11. und 23.3.1948 mit Anm. 65/1948.

[46] In den Gewerkschaften wuchs die Unzufriedenheit über die Verzögerung des Betriebsrätegesetzes. Eine Funktionärskonferenz in Frankfurt hatte im Februar mit Streikmaßnahmen gedroht, wenn das Gesetz nicht bis zum 1.4. verabschiedet werde. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 359.

[47] HStA, 502/505: 3. Sitzung des Ausschusses zur Errichtung einer Hochschule für Politik in Frankfurt, 4.3.1948. Die Beratungen zur Gründung einer Hochschule für Politik kamen ins Stocken, da zunächst die hessische Landesregierung mit Kabinettsbeschluß vom 12.4.1948, dann auch die Stadt Frankfurt die finanziellen Zusagen (in Höhe von je 350000 RM jährlich) zurückzogen; Mat. Bergsträsser: Hallstein an B., 8.6.1948. Endgültig aufgegeben wurde das Vorhaben Anfang 1950, nachdem die Hochschule für Politik in Berlin gegründet und auch in Hessen zum 1.4.1949 drei Politik-Lehrstühle eingerichtet worden waren, die allerdings noch nicht besetzt waren; vgl. HStA, 502/505: Stein an Stock, 4.1.1950, „betr. Errichtung einer Hochschule für Politik".

[48] Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Rektor Univ. Frankfurt an Kultusminister, 31.1.1948, „betr. Antrag auf Errichtung einer evangelisch- und einer katholisch-theologischen Fakultät" (in Abschrift an B.).

einmal mit ihm sprechen. Ich sagte, es werde keinen Erfolg haben. – Rückfahrt mit Hoffmann. Langes und angenehmes Gespräch über kultusministerielle Angelegenheiten. Ich teile nach wie vor die ablehnende Haltung der Fraktion nicht. Man muß eben nur entschieden sagen, was man nicht will, dann kann man mit ihm arbeiten. Er ist zu klug, um Dummheiten zu machen, und in der Verwaltung erfahren genug, daß die Sachen laufen.

Freitag, den 5. März 1948

Dengler berichtet über ministeriellen Erlaß betreffend seine Kasse. Sie soll in Kassel zentralisiert werden, obwohl dadurch die Verbindungen mit Rheinhessen zerreißen.[49] Typische Wiesbadener Zentralisierungswut. Der Referent Berger kennt unsere Verhältnisse nicht; der Minister übersieht die Dinge nicht. Ich habe ihn sofort zum Minister geschickt. Daß man ihn bei der Sache nicht gefragt hat, obwohl er Landtagsabgeordneter ist, ist bezeichnend. – Mommsen berichtet vom Länderrat. Der Stuttgarter Länderrat soll offenbar doch bleiben, aber seine Tagungen in Frankfurt abhalten, was für Minister und Clay bequemer ist.[50]

Mittags in Frankfurt im Stadthistorischen Museum, Bilder für 48 herausgesucht. Weinberger hat alles gerettet, ganz entgegen dem widerlichen Öhler, der alles verbrennen ließ. Nettes Essen in der „Insel". Kurzer Besuch in St. Leonhard, Verwunderung des Boy-Mädchens, daß ich etwas von Kunst verstehe. Bei Holzinger wegen Zeichnungen von Steinle. Bei Fraenkel. Lange, nicht ganz sachliche Kritik der Verhältnisse. Viel über Unregelmäßigkeiten und Bestechlichkeiten der Verwaltung. Ob das für Frankfurt wirklich stimmt, kann ich nicht beurteilen.

Sonntag, 7. März 1948

Vormittags bei den Jungsozialisten über Problem zukünftiger deutscher Verfassung. Kleine, sehr aufmerksame Hörerschaft. Die Notwendigkeit, den jungen Leuten die nötigen Kenntnisse in sachlicher, klarer und ansprechender Form zu übermitteln, wurde wieder deutlich. Sie waren sehr

[49] Landrat Dengler war seit Sommer 1946 mit der Neuorganisation und Leitung der Beamtenversorgungskasse des Landes Hessen (früher: Versicherungsanstalt für gemeindliche Beamte) betraut. Er wurde am 1.7.1948 erneut Landrat in Heppenheim; vgl. Eintragung 21.7.1948.

[50] Nach der Reform der bizonalen Behörden war zwangsläufig die Auflösung des Stuttgarter Länderrats zu erwarten; so etwa die Meldung im ‚Darmstädter Echo' 4.3.1948 (Länderrat in Stuttgart wird aufgelöst). Dies geschah offiziell erst im September 1949, obwohl die Amerikaner bereits zum 30.6.1948 ihr Verbindungsbüro (Regional Government Coordinating Office) in Stuttgart abgezogen hatten. Die Länderminister waren im Oktober 1948 zu ihrer letzten Sitzung zusammengekommen.

dankbar. – Nachmittags Einweihung Rathaus-Neubau Bischofsheim. Von Graf sehr gut organisiert. Allgemeine Mahnrede von mir. Nachher Zusammensein mit der Gemeindeverwaltung etc. Graf sehr angenehm und taktvoll. Dornheim, den sich Stock als Mitarbeiter geholt hat, taktlos und dumm. Es ist idiotisch, wenn man als Regierungspräsident auftritt und von eigenen Leuten als „Genosse" angeredet wird. Ich habe es nachher Stock gesagt, der eingreifen will, da er gleicher Meinung ist. Beim Kaffeetrinken nette Unterhaltung mit einem Amerikaner.

Montag, 8. März 1948

Bürgermeister [Bernardus] von Hausen wegen einer Apotheke. Eigentlicher Grund ist, daß ein Lederfabrikant sein Geld anlegen und seiner Frau, die Apothekerin ist, eine Ausweichstelle schaffen will, wenn sie schlechte Geschäfte machen. Das machen wir nicht mit.

Dienstag, 9. März 1948

Fraktionssitzung. Ellenlang und undiszipliniert. Es wird allmählich so, daß jedes Mal, wenn ich zu einem Gegenstand in der Fraktion spreche, der auf der Tagesordnung steht, ein Teil der Fraktion will, daß ich auch im Plenum spreche, da ich einer der wenigen Redner bin, die immer absolut das Ohr des Hauses haben.

Mittwoch, 10. März 1948

Langweilige Sitzung des Plenums, wo ich immer da sein mußte, weil man nie wußte, welcher Punkt der Tagesordnung nun genommen wird, und ich zu einigen Punkten reden sollte. Es ging aber ohnedem.[51]

Donnerstag, 11. März 1948

Hielt ich dafür drei Reden. Erstens als zweiter Redner zum Etat. Eigentlich wollte ich nicht, da mir Heisswolf nur drei Minuten gelassen hatte, aber die Fraktion verlangte es stürmisch. Ich sprach über Finanzausgleich und sehr scharf gegen die Ministerialbürokratie. Starker Beifall auch von der CDU, nachher von Brentano persönlich. Dann gab ich den Bericht über das Richterwahlgesetz, auf den Ton gestimmt, daß es ein Weg zur lebendigen Demokratie sei, wieder gegen Bürokratie, aber auch gegen die Kommunisten. Ich machte diese allgemeinen Ausführungen, weil der Freitod von Masaryk sehr viel Stimmung ausgelöst hatte und man gerade schon sich unter den Regierungsparteien die Abgabe einer Erklärung

[51] 34. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1086 ff.

überlegte. Meine Rede war die Einleitung dazu. Großer Applaus. Glückwünsche der Fraktion.[52] Dazwischen dann die Resolution mit Brentano aus drei Entwürfen unserer Fraktion zusammengekocht.[53] Kurze, wirkungsvolle Sätze. Knothe trug sie in unserem Auftrag vor und machte es gut. Nachher noch mein Antrag Schiedsgericht beim Landesernährungsamt aufzuheben.[54] Ohne daß ich Schritte getan hatte, stimmten Becker von der LDP und auch Kanka von der CDU zu, da sie ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Geht an den Rechtsausschuß und also in Ordnung.

Abends bei Greiner wegen Herausgabe seines Materials über den Wehrmachtsführungsstab. Sehr bedeutsam. Drott leckt sich die Finger. Weiteres Material für die Bibliothek zeitgenössischer Memoiren in Sicht. – Mit dem Etat-Referenten des Kultusministeriums für Hochschulfragen lange gesprochen. Er hat keine Ahnung, wie man so etwas mit einem Landtag verhandelt, und ich gab ihm, väterlich erklärend, allerlei Tips.

Montag, 15. März 1948

Ahl wieder da. Mit Just über Verhältnisse in Groß-Gerau gesprochen. Es scheint doch nicht so einseitig zu sein, wie die CDU meint; z.T. offenbar noch Nachwirkungen des Hammannismus.[55] – Gemeindevertreter von Gustavsburg. Sie wollen mit Ginsheim Ehescheidung und sind sehr nobel. Ahl fährt hin, aber ich fürchte, daß er trotzdem nichts erreicht. Gustavsburg hat 95% des Gewerbesteueraufkommens, und die Ginsheimer haben bisher davon gelebt.[56] – Bürgermeister Graf aus Bischofsheim brachte allerlei, auch den Beschluß wegen Trennung von Mainz, der natürlich augenblicklich sehr inopportun ist. Der Oberbürgermeister [Kraus]

[52] 35. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1137ff; B. sprach zunächst zum Etat (S. 1151), dann als Berichterstatter des Rechtsausschusses (S. 1158) und zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages, das Schiedsgericht beim Landesernährungsamt aufzuheben (S. 1182; vgl. LT-Drucks. I, Nr. 670).

[53] Die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei im Februar veranlaßte CDU und SPD zu einer Erklärung über die „Ereignisse im Osten"; ebd. S. 1164: „All die Ereignisse, die sich in der letzten Zeit im Osten abgespielt haben, müssen jeden wirklichen Demokraten mit Besorgnis erfüllen und aufs tiefste erschüttern. Ihnen ist eines gemeinsam: die Menschenrechte, für deren Wiederherstellung in Europa eine Welt gegen Hitler zu den Waffen griff, werden heute dort durch brutalen Terror vernichtet...".

[54] Antrag in: LT-Drucks. I, Nr. 670, wurde nach kurzer Beratung zurückgestellt.

[55] Anspielung auf den im Oktober 1945 entlassenen kommunistischen Landrat von Groß-Gerau, Wilhelm Hammann.

[56] Ginsheim-Gustavsburg war 1930 zur Stadt Mainz gekommen. Da die Doppel-Gemeinde östlich des Rheins lag, blieb sie bei Hessen und wurde am 19. 10. 1945 wieder selbständig.

von Mainz hat schon grantig geschrieben, und ich habe ihm geantwortet, daß ich Beschlüsse nicht verhindern könne.[57]

Dienstag, 16. März 1948

Raupp mit allerlei Baumenschen über das Baulenkungsgesetz[58], da Minister Zinnkann darüber eine Besprechung machen will. – Nachmittags um 3 bei Col. Rose. – Angebot der Schweizer für Ausstattung eines Tuberkulosenheimes, aber wir finden wahrscheinlich keinen Bau.

Mittwoch, 17. März 1948

Abends in Pfungstadt. Vor etwa 40 Funktionären über Probleme der zukünftigen deutschen Verfassung. Sie paßten sehr gut auf, fragten nachher einiges, und der Vorsitzende sagte sowohl offiziell wie mir privatim nachher, daß ich erstaunlich faßbar gesprochen hätte.

Donnerstag, 18. März 1948

König holt mich aus wegen Truman-Rede. Vergl. DENA oder „Darmstädter Echo", wo es erscheinen wird.[59]

[57] Am 27.2.1948 faßte der Gemeinderat von Bischofsheim einen einstimmigen Beschluß gegen eine Wiedervereinigung mit der Stadt Mainz, zu der man von 1930 bis 1945 gehört hatte; Beschluß im Gemeindearchiv. Der entsprechende Schriftwechsel B.s mit dem Mainzer Oberbürgermeister Kraus nicht ermittelt; vgl. aber: StA-DA, O 27 NL Stock 8: Kraus an Stock, 4.6.1948, „betr.: Rechtsrheinische Stadtteile der Stadt Mainz", mit einer Denkschrift zur Wiedervereinigung, in der eine Rückführung der ehemaligen Vororte Kastel (mit Amöneburg), Kostheim, Gustavsburg, Ginsheim und Bischofsheim gefordert wird.

[58] Das Gesetz zur Lenkung des bauwirtschaftlichen Einsatzes (Baulenkungsgesetz) vom 29.7.1947 (GVbl 1947, S.60) legte u.a. fest, daß über die Bezirksstelle für Bauwirtschaft alle Baustoffe zu beziehen waren und die Herkunft von Baumaterial nachgewiesen werden mußte. Das Gesetz ermächtigte die Bezirksstellen, Baustoffe, die ohne Bezugsberechtigung verwandt werden sollten, zu beschlagnahmen.

[59] B.s Stellungnahme zur Rede Trumans vor dem Kongreß am 17.3.1948, in der der Präsident u.a. die schnelle Verabschiedung des europäischen Wiederaufbauprogramms forderte, ist nicht im ‚Darmstädter Echo' erschienen, u.a. aber in der ‚Marburger Presse' 22.3.1948 (Deutsche Politiker zur Truman-Rede). B. wertete die Rede Trumans als „deutliche Warnung der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion mit der Absicht, die europäischen Staaten, die dem Zugriff der Sowjetunion ausgesetzt seien", zu stärken; für Deutschland bedeutete diese Abwehrstellung der Vereinigten Staaten insofern nur eine „vorläufige Lösung, als der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der vier Zonen noch erfolgen müsse".

Freitag, 19. März 1948

Interessanter Besuch von Dr. Hennemann, Rechtsanwalt in Halle, führendes Mitglied der dortigen CDU, dem es gelang, seiner Verhaftung durch die GPU zu entgehen, und zwar nur dadurch, daß seine Wohnung zwei Ein- und Ausgänge hat. Seine Frau war auch verhaftet, er hat aber jetzt Nachricht, daß sie nicht mehr verhaftet ist. Er will seine Familie aus Halle herausziehen, um dann sprechen zu können. Er gehörte zum Kaiser-Flügel der CDU, sagte übrigens, daß Lemmer wohl nicht standhalten werde. Tatsächlich sei die Partei eben gleichgeschaltet, und er habe das schon damals nicht mitmachen wollen und deswegen schon die Stelle eines Staatssekretärs abgelehnt. Er war Landtagsabgeordneter. Interessant war mir, daß er von den Verhältnissen des anderen Sachsen nichts wußte.

Samstag/Sonntag, 20./21. März 1948

Vormittags in Wiesbaden. Lange Besprechung mit dem Innenminister [Zinnkann]. Anwesend: Coßmann und Berger, über Mittelinstanz. Der Innenminister ist grundsätzlich für Beibehaltung der Regierungspräsidenten und dafür, daß ihnen die Kommunalaufgaben in Personalunion übertragen werden wie früher den Provinzdirektoren in Hessen.[60] Coßmann ist gleicher Meinung aus Grundsätzen der Staatsautorität. Meine in derselben Linie gehenden Ausführungen, die durchaus dem entsprechen, was ich vor der Brill-Kommission und in Lich sagte, fielen auf vortrefflichen Boden.[61] Nur Berger kommt von den Ideen falsch verstandener Demokratie nicht los. Ich sagte dann dem Minister noch persönlich, er solle als Organisationsminister dafür sorgen, daß die Regierungspräsidenten nicht auf kaltem Wege von den einzelnen Ministern abgemurkst würden. – Etliche Tage später erzählte mir Assessor Schmitt, daß man im Innenministerium meinen Bericht an den Befreiungsminister betr. Instruktion für die Betreuungsstellen[62] erfreut zu einer Auseinandersetzung mit dem Befreiungsminister aufgegriffen und sich über meinen boshaften Ton weidlich amüsiert habe.

[60] Vgl. zu dieser Unterredung auch StA-DA, H 1 RP Liste 21/19: Vermerk B.s vom 23.3.1948 über die Besprechung am 20.3.1948 bei Minister Zinnkann über Verwaltungsreform. Die Provinzialdirektoren im Großherzogtum Hessen (später Volksstaat) besaßen eng begrenzte Selbstverwaltungsbefugnisse im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt. Vgl. die Einleitung von Eckhart G. Franz zu: Historisches Ortsverzeichnis für das Gebiet des ehem. Großherzogtums und Volksstaats Hessen, mit einem Nachweis der Kreis- und Gebietszugehörigkeit von 1820 bis zu den Veränderungen im Zuge der kommunalen Gebietsreform, bearb. von Hans Georg Ruppel unter Mitwirkung von Karin Müller, Darmstadt 1976, S. 19.

[61] Zu B.s Äußerungen vor der Brill-Kommission vgl. Eintragung 7.5.1947 mit Anm. 22/1947. Zur Rede in Lich vgl. Eintragung 7.1.1948 mit Anm. 3/1948.

[62] Vgl. Anm. 135/1947.

Nachmittags in Viernheim die Kunstausstellung eröffnet. Vorher sehr nett beim Bürgermeister [Neff] gegessen. – Dann nach Koblenz gefahren, pünktlich angekommen, 48er Vortrag gehalten.

Nachts nach Grünberg, dort übernachtet. Morgens weiter nach Kassel, in einer großen Veranstaltung der SPD 48er Ansprache gehalten.[63] Begeisterter Beifall. Sehr hübsch mit Hoch im Kameradschaftsheim oben am Berg gegessen. – Zurück nach Neuwied, teils schlafend, teils lesend, teils Gegend beguckend. Vortrag gleich Koblenz. Abends mit Reichensperger gegessen.

Montag, 22. März 1948

Entzückende Fahrt über Ems, Nassau nach Wiesbaden. Den französischen Aufsichtsbeamten beschwätzte ich elegant. Er ist aus Toulouse, und ich schwärmte ihm von seiner Heimat vor; so kontrollierte er nicht, was der 6 Flaschen Wein wegen und auch wegen eines Instrumentes etc. wichtig war. – Fraktionssitzung. Abends noch bei Greiner.

Dienstag, 23. März 1948

Landtag. Der KPD-Müller sprach widerlich über Freiheit. Ich wollte eingreifen, was durch ein Versehen der Fraktion nicht gelang. Dann sprach Fisch über Recht, ebenso unsympathisch. Ich teilte mich mit unserem Fischer in die Redezeit von 10 Minuten und hielt gegen die Kommunisten eine Rede über die Verdrehung der Begriffe. Ungeheurer Beifall der drei anderen Fraktionen.[64] Meine waren begeistert und die anderen auch, und ich hatte draußen eine halbe Stunde lang Gratulationscour einschl. Hilpert, Bleek, die sich noch abends und Mittwoch morgens fortsetzte. Dann sprach ich noch über Schulfragen. – Nachmittags nochmals bei Greiner. Heute ist der Abschluß des Vertrages erfolgt. Er machte uns auf anderes

[63] Die Rede B.s ausführlich in ‚Hessische Nachrichten' 23.3.1948 (Revolutionsfeier der SPD).

[64] 36. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1213; B. wandte sich unmittelbar an Müller: „Gehen Sie einmal hinüber in die Ostzone und sehen Sie es sich an, was dort mit den Leuten geschieht, die nicht zur SED gehören! Immer wieder kommen Menschen zu uns herüber, die drüben verfolgt werden, die bespitzelt worden sind. Und eines abends kommt dann die GPU ins Haus; sie müssen fliehen, um sich überhaupt das Leben zu sichern ... Wir kennen diese Fälle. Wir wissen auch, wie es in der Tschechoslowakei gegangen ist. Wir kennen alle diese Pressionen, und wir grenzen uns gerade deswegen dagegen ab, weil wir wissen, daß Freiheit und Recht die Grundlagen jedes Staates sind, auch die persönliche Freiheit."

Material aufmerksam, und unsere Bibliothek zeitgenössischer Memoiren scheint gut ins Rollen zu kommen.[65]

Mittwoch, 24. März 1948

Morgens im Plenum. Beratung des Betriebsrätegesetzes.[66] Ich schwänzte, ging erst zur I.C.D., besprach mit Mr. Stover die Frage der Mitteilungsblätter der Landräte, mit einem anderen Herrn die Fragen, wie man die Erinnerungen von Meissner und Schwerin-Krosigk[67] bekommen kann, der die Sache einleiten will. Ging dann zur Militärregierung hinüber, wo mich Lloyd aufschnappte und mir erzählte, daß die Militärregierung große Kurse für jüngere und werdende Verwaltungsbeamte einrichten wolle. Erster Kurs gehalten von deutschen, zweiter von amerikanischen Experten, die Deutsch sprechen, darunter mein Freund Arnold Brecht. Man bat mich, geeignete Leute zu nennen. Mit Lloyd gegessen. Dann in den Landtag, Finanzministerium und wieder in den Landtag. Früh aus zu meiner Freude. – Auf dem Rückweg Akten abgearbeitet.

Freitag, 2. April 1948

Abends Besprechung mit Muß über seine Pläne der Ausbildung von Wirtschaftsorganisationen und damit zusammenhängende Etatfragen.

Samstag, 3. April 1948

Abends in Höchst. Da ich schlecht aufgelegt war, sprach ich zu lang. Sehr voller Saal. Meine Themaformulierung „Deutschland zwischen Washington und Moskau" ist offenbar ein guter Reißer.

Montag, 5. April 1948

Freiwillige Feuerwehren in Seeheim begrüßt, die einen neuen Bezirksverband begründen.

[65] Greiners Abhandlung erschien schließlich 1951 im Limes-Verlag, also nicht in der von B. mit Drott geplanten „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren". Vgl. Helmuth Greiner, Die Oberste Wehrmachtführung 1939–1945, Wiesbaden 1951.

[66] Zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes, 37. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1229.

[67] Beide erschienen später an anderer Stelle: Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950; Lutz Graf Schwerin-Krosigk, Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen/Stuttgart 1951.

Dienstag, 6. April 1948

Schlüchtern, beim Gemeindetag über Probleme einer zukünftigen deutschen Verfassung gesprochen, speziell über Vertretung der Länder und Finanzen. – Nachmittags bei der römisch-germanischen Abteilung des Archäologischen Instituts in Frankfurt. Auf der Rückfahrt in Frankfurt beim Wirtschaftsrat. Dr. Pünder nicht da. Schniewind, den ich auch wegen Worsley besuchte, arroganter Preuße. Solche Leute werden im Verhandeln mit den Ausländern keine Seide spinnen, wenn mir auch gesagt wurde, daß er wirklich große Kenntnisse habe. Dann langes Gespräch mit Apel, mit dem ich in den bizonesischen Fragen völlig einig gehe.

Mittwoch, 7. April 1948

Abends bei Herrn Elam in Frankfurt, dem Engländer. Sehr interessante Unterhaltung mit dem neuen Chef der Innenpolitischen Abteilung der englischen bizonalen Behörde, einem Ulstermann O'Neill, der sehr gut Deutsch spricht.

Donnerstag, 8. April 1948

Mit Dr. Worsley in Frankfurt zu Mittag gegessen. Wir haben verabredet, daß ich ihr das Stenogramm einer meiner Reden schicke.

Abends bei Dr. Fraenkel in Frankfurt mit Troeger und Professor Wehrle. Es soll eine Studiengesellschaft à la Fabian Society gegründet werden. Man zeigte mir die Vorschläge. Ich sagte, Metzger sei geistig zu straff, und Brill, wenn er hineinkomme, gehe ich nicht hinein, wobei Troeger sagte, das höre er allenthalben von allen Leuten. Ich schlug Walk noch vor. Interessante Unterhaltung dann über bizonesische Probleme einschließlich der Finanzfragen und vieles andere.

Freitag, 9. April 1948

Landesernährungsamt. Am interessantesten die Feststellung, daß die bizonesischen einschlägigen Behörden in Optimismus und die hessischen Behörden in Pessimismus machen. Es wurde allgemein getadelt, daß dieses Gegeneinanderstehen in der Öffentlichkeit das Vertrauen völlig erschüttere. Der neue Leiter [Littmann] machte einen guten Eindruck. – Nach dem Essen in den Städel. Viele alte bekannte Bilder wieder gesehen. Tiefer Eindruck. Von der kartenausgebenden Frau am Eingang enthusiastisch begrüßt, von einem früheren Aufseher des Historischen Museums ebenso. – Dann zu Frau Bekker vom Rath, die mich immer eingeladen hatte, ihre Bilderausstellungen zu besuchen. Lustige Diskussion über die völlig expressionistischen Bilder von ..... Sie nannte bei ihm einen Titel, der aber

falsch war, wie sich herausstellte, als der Künstler selbst kam. Gar nichts zu erkennen und doch merkwürdig eindrucksvoll, wenigstens dieses eine Bild. Dann zeigten sie mir in einem Nebenkabinett ein paar herrliche [Schmidt-]Rottluffs. Dies tat mir wohl, ebenso die Unterhaltungen der Tage vorher. Während der Sitzung im Landesernährungsamt hatte mir Hoch gesagt, er fühle sich müde und geistig abgespannt; man habe zu wenig Anregung, da man zu wenig Zeit habe. Er hat so recht.

Nachmittags nach Erbach zu den Verwandten.[68] Nette Plauderstunde. – Abends in Lorch. Sehr nette Einladung vorher, überfüllter Saal, aufmerksame Hörer. Meine Thema-Formulierung scheint immer zu ziehen. Zehn Flaschen Lorcher als Geschenk bekommen.

Samstag, 10. April 1948

Herren von der Akademie in Jugenheim, sich sehr beschwerend über Ausführungen, die in Fulda gegen die Akademie gemacht wurden, sie sei rein protestantisch. Professor Elzer, der Katholik, stimmte mir völlig bei, wie ich sagte, es seien doch mehr Katholiken dort, als der katholischen Bevölkerungszahl des Regierungsbezirks entspräche.

Sonntag, 11. April 1948

Rede in König. Schöne Fahrt über Lindenfels zurück. Einen blöden Handzettel der CDU über Parteibuchbeamte madig zu machen, war ein Spaß.[69]

Montag, 12. April 1948

Morgens in Gießen. Anstalten der zukünftigen Medizinischen Akademie besichtigt. Bei Professor Behrend und seiner Wiener Frau sehr nett zu Mittag gegessen. – Nachmittags bis abends 9 in Marburg. Besprechungen mit Rektor [Frick], Verwaltungsdirektor [Ranft] und anderen Leuten über den Etat. Dazwischen bei der Hessischen Bibliothek[69a] und bei der Denkmalpflege.

[68] Bei Ottilie Crass geb. Bergsträsser und ihrem Sohn Hanns, der das väterliche Weingut in Erbach im Rheingau weiterführte.

[69] In diesem Handzettel warf die CDU der SPD vor, Vettern- und Parteibuchwirtschaft zu betreiben; Abschrift des Handzettels in einem Brief B.s. an Brentano, 14.4.1948, in: Mat. Bergsträsser.

[69a] Die „Hessische Bibliothek" in Marburg, in der umfängliche Evakuierungsbestände der ehem. Preußischen Staatsbibliothek in Berlin zusammengezogen wurden, seit Abschluß des Königsteiner Abkommens 1949 „Westdeutsche Bibliothek", wurde mit Errichtung der Preußenstiftung 1962 zur Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, deren Bestände ab 1964 nach Berlin zurückkehrten.

Dienstag, 13. April 1948

Mit Ahl gesprochen über die Tragweite und praktische Anwendbarkeit des Artikels 2.[70] Meine Auffassung, daß widersprechende polizeiliche Verordnungen ungültig sind. Wir wollen die nächste Gelegenheit benutzen, eine Entscheidung herbeizuführen. – Gegen Abend Professor Walther. Mit ihm den Etat der Technischen Hochschule beredet. Abends Rede in Lindenfels. Überfüllter Saal.

Mittwoch, 14. April 1948

Vielerlei Auseinandersetzungen diese ganzen Tage über die Anschuldigungen gegen die Baustoffbewirtschaftungsstelle.[71] Mißgriffe der Kriminalpolizei. – Erste Vorlesung in Frankfurt. – Abends nach Groß-Rohrheim und nachher lange bei Ahl.

Donnerstag, 15. April 1948

Ewiges Hin und Her, Besprechungen etc. über die Vorkommnisse bei der Bauwirtschaftsstelle. Nervosität in Wiesbaden, verrückte und unsachliche Art der Untersuchung durch den Kriminalisten. Die Leute meinen immer, einer, gegen den Verdacht besteht, sei schon völlig schuldig und handeln danach. Nachwirkungen des Nazismus. Ich lehne es ab, mich in die Angelegenheiten des Untersuchungsrichters einzumischen, weil das als Beeinflussung ausgelegt werden könne. – Am 20. Sitzung über Baustoffbewirtschaftung, die von Minister Zinnkann einberufen wurde. Er ist aber dann nicht gekommen, weil er das für am besten hielt, d.h. einsah, daß er voreilig gehandelt hatte. Wittrock hielt einen sehr netten Vortrag, und ich gab nur die Erklärung ab, daß wir uns nicht einmischen in die Untersuchung. Das ganze war für die Katz und kostete Zeit.

[70] Der Grundrechtsartikel 2 der Hessischen Verfassung bestimmte u.a.: „Niemand kann zu einer Handlung, Unterlassung oder Duldung gezwungen werden, wenn nicht ein Gesetz oder eine auf Gesetz beruhende Bestimmung es verlangt oder zuläßt".

[71] Die Bezirksstelle für Baustoffbewirtschaftung beim Regierungspräsidenten war wegen Bestechungsverdacht vorübergehend geschlossen worden. Bei Hausdurchsuchungen bei Mitarbeitern der Stelle fanden sich u.a. Elektrogeräte von Firmen, die bevorzugt Zuweisungen erhalten hatten. In die Ermittlungen wurde auch ein möglicherweise fingierter Einbruch im Dezember 1947 einbezogen, bei dem Bezugsscheine, Stempel usw. abhandengekommen waren. Vgl. die ausführliche Berichterstattung im ‚Darmstädter Echo', u.a. am 15.4.1948 (Baukontingente veruntreut); dazu Eintragung 23.4.1948 mit Anm. 77/1948.

Samstag, 17. April 1948

Abends bei Prinzens in Wolfsgarten. Reizende, mit alten Möbeln wieder hergerichtete Räume aus dem 18. Jahrhundert, die allerdings nur im Sommer benutzbar sind. Sehr nette Unterhaltung. Prinz von Braunschweig, bis nachts um 12 Uhr. Als wir gerade gehen wollten, kamen noch Unterhaltungen über bizonesische Fragen. Ich forderte den Prinzen auf, das Leben seines Vaters zu schreiben.[72]

Sonntag, 18. April 1948

Abends sehr gute Versammlung in Gräfenhausen. Man trug noch Bänke herein.

Montag, 19. April 1948

Vortrag Dr. Mueller über seine Amerika-Reise. Ausgezeichnet, Ergänzungen beim Abendessen.[73]

Dienstag, 20. April 1948

Tanzabend Deutsch-Amerikanischer Club. Nette Unterhaltung mit amerikanischem Ehepaar. Gratulationen über meinen Artikel gegen Keil.[74]

Mittwoch, 21. April 1948

10 Uhr Besprechung im Interniertenlager. Mit dem Hinweis gegenüber dem Finanzministerium, daß wir jährlich 35000,– Miete zahlen für Behörden, die noch in Privathäusern untergebracht sind, mit dem Hinweis gegenüber der Stadt, daß wir Wohnungen freimachen können, bekomme ich eine von den Kasernen gleich zugesprochen, die in ein paar Wochen schon zum Teil beziehbar werden soll, und die Anwartschaft an eine zweite, die in absehbarer Zeit frei werden soll. Je 80 Räume. Warum die Stadt nichts wollte, ist mir unerfindlich. Um so besser für uns.[75]

[72] Ergebnis dieser Anregung war wohl Prinz Ludwigs Schrift: Die Darmstädter Künstlerkolonie und ihr Gründer Großherzog Ernst Ludwig, Darmstadt 1950.

[73] Veranstaltung der IHK Darmstadt; vgl. ‚Darmstädter Echo' 22.4.1948 (Dr. Mueller über Amerika-Eindrücke).

[74] ‚Darmstädter Echo' 20.4.1948 (Sehr geehrter Herr Freymann – von Ludwig Bergsträsser). Die KPD hatte in einer Plakat-Aktion behauptet, B. habe sich selbst eine erhöhte Kokszuteilung bewilligt. In der Erwiderung griff B. Keil scharf an und beschuldigte ihn des üblen Nachrufs.

[75] Zu dieser Besprechung der staatlichen und städtischen Bauleitungsbehörden ‚Darmstädter Echo' 22.4.1948 (178963 Wohnräume wieder bewohnbar).

Nachmittags Vorlesung in Frankfurt, davor und danach Beratungen mit dem Senat über Professoren, da ich Hallstein gesagt hatte, daß die Fraktion gegen die theologischen Fakultäten festgelegt ist. Hallstein als glänzender Formulator sagte, es sei für die Universität geradezu ein historisches Ereignis, daß der Verantwortliche einer Fraktion selbst komme und mit der Universität über ihre Wünsche spreche. – Abends dann Versammlung in Nieder-Beerbach. Gut besucht, im „Darmstädter Hof", wo wir früher oft einkehrten. Infolgedessen Abendessen und Apfelwein.

Donnerstag, 22. April 1948

Nachmittags Besuch von Dr. Newman. Ich erster Redner, dann nur die Stadt. Nachher Weintrunk bei mir. Newman gefiel es offenbar gut; er lobte dauernd den Wein.[76] – Abends Rede in Gustavsburg. Ich war gut aufgelegt, und es ging vorzüglich. Dreifach so viel Zuhörer wie bei der CDU-Versammlung. Sehr hübsches Zusammensitzen nachher; einige interessante Ingenieure der MAN. Handkäse, Wein, arabische Zigaretten.

Freitag, 23. April 1948

Hummel da. Unsympathische Situation von R[aupp]. Die Vorkommnisse bei der Bauwirtschaftsstelle sind unerfreulich. Einige ziemlich stark belastet.[77]

Sonntag, 25. April 1948

Große Wahlreise. Man muß dafür sorgen, daß die Gebiete am Neckar [Hirschhorn und Neckarsteinach] wenigstens politisch etwas mehr mit uns verbunden werden.

Montag, 26. April 1948

Nachmittags Unterausschuß des Haushaltsausschusses.

Dienstag, 27. April 1948

Nachmittags Fraktionssitzung. Über Wahlen gesprochen. Wir sind der Meinung, die Koalition muß aufrecht erhalten und auf die Wahl der Landräte und Bürgermeister in der Form ausgedehnt werden, daß die lo-

[76] Vgl. ‚Darmstädter Echo' 24.4.1948 (Dr. Newman in Darmstadt). Das Manuskript von B.s Rede in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

[77] Vgl. dazu die Meldungen des ‚Darmstädter Echo' vom 24.4. (Leder, Hemden und Herde) und 15.5.1948 (Baustoffe an Bevorzugte).

kal schwächere Koalitionspartei für die lokal stärkere stimmt, allerdings unter dem Vorbehalt, den sicher auch die andere Seite machen wird, daß bei der Auswahl der Kandidaten die Stimmungen der Gegenseite berücksichtigt werden. Das würde bei uns sehr stark für Bergstraße gelten, wird aber da hinfällig, da Steinmetz einen anderen Posten annimmt, wie er mir schon vorher gesagt hatte.[78] – Abends Diner mit Schloss. Dabei langes Gespräch über Politik. Er sagte, warum wir nicht jetzt die LDP ins Kabinett hineinnähmen. Beim Landwirtschaftsministerium würde sie sich doch abnutzen. Ich habe am nächsten Tag den Ministerpräsidenten darüber informiert.

Mittwoch, 28. April 1948

Kulturpolitischer Ausschuß, 9 Stunden lang.[79] Ich habe sehr viel gesprochen, z. T. mit Viehweg geschickt die Bälle tauschend und mancherlei im einzelnen erreicht. Metzger intrigiert kirchlich. Es wird mir immer unsympathischer, und ich werde in der Fraktion sehr scharf sprechen darüber.

Donnerstag, 29. April 1948

Abends langes Gespräch mit Borneo über die Weltlage. Er ist sehr pessimistisch und sieht den Krieg unmittelbar. Informierte mich auch darüber, daß Grotewohl beim Volkstag gesagt hat, man müsse zur Ausarbeitung einer Verfassung auch Westzonen-Leute herbeiziehen, und dabei Geiler und mich nannte.[80] – Ich habe mir für heute, Freitag, 30. April 1948, Herrn Lloyd von der Militärregierung, den ich seit 3 Jahren kenne, her gebeten und diese Dinge mit ihm durchgesprochen, dabei erfahren, daß meine antikommunistische Rede im Landtag[81] durch einen Bericht von Schloss der Militärregierung, auch Newman, sehr bekannt ist, und daß auch Rose eindeutig richtig über meine Stellung gegenüber den Kommunisten unter-

[78] Zu der im dargelegten Sinne getroffenen Vereinbarung vom 26. 5. vgl. Anm. 96/1948. Im Bergsträßer Kreistag war die CDU nach der Kommunalwahl vom 25. 4. mit 23 Sitzen weiterhin stärkste Fraktion, hatte aber nicht die absolute Mehrheit. Steinmetz übernahm, nachdem er in Heppenheim im Widerspruch zur Abrede auf Landtagsebene nicht wiedergewählt worden war, die ihm angebotene Stelle als Ministerialdirigent in der bizonalen Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens.

[79] Beschluß-Protokoll in: AHLT; Tagesordnungspunkt war der Gesetzentwurf über die Privatschulen (LT-Drucks. I, Nr. 665).

[80] Hier ist der 2. Volkskongreß vom 17./18. 3. 1948 gemeint; Born gab die entsprechenden Rundfunkmeldungen an B. weiter. Die von der SED initiierte und im wesentlichen getragene Volkskongreßbewegung hatte sich im Dezember 1947 konstituiert und auf dem 2. Volkskongreß in Berlin einen Deutschen Volksrat als Vorläufer eines Parlaments gewählt.

[81] Vgl. Anm. 64/1948.

richtet ist. – Graybill, unser hiesiger Jugend-Offizier, kommt mit einem Amerikaner, der sich zwei Monate hier aufhalten und Jugendfragen studieren will. Ich vertröstete ihn auf Giselas Rückkehr.[82] – Nachmittags nach Kassel. Vortrag über Frankreich. Abends mit Hoch zusammen.

Samstag, 1. Mai 1948

Im Park spazierengegangen. Nachmittags bei Zinn, der krank ist und mir über seine Kämpfe mit Stock erzählte, der von vielen Dingen halt nichts versteht. – Abends in den „Lustigen Weibern" von Nicolai. Sehr hübsche Aufführung.

Sonntag, 2. Mai 1948

Morgens in Fulda. Vortrag: Lage des Sozialismus in der Welt.[83] Dann sehr nett im Parteibüro gegessen aus Care-Paketen der Arbeiterwohlfahrt. – Dann nach Richthof. Ruhige Tage dort, anregende Unterhaltungen. [...]

Freitag, 7. Mai 1948

Morgens lange mit Stöcker gesprochen. Frage der Taktik in Darmstadt und der Personen. Ich sagte ihm deutlich, daß ich Reiber weit vor Metzger vorziehe und spielte Metzgers allzu kirchliche Haltung aus. – Abends Vortrag für deutsche Herren von dem Leiter der Stelle für Auslands-Schweizer über die Schweiz. Klug und interessant. Ich war der Einzige, der alemannisch mit dem Schweizer reden konnte. Brote, Wein, Zigaretten.

Samstag, 8. Mai 1948

Mit Reiber gesprochen, den ich Freitag veranlaßt hatte, mich zu besuchen, über die Taktik. Im Nachgang des Gesprächs mit Stöcker.

Sonntag, 9. Mai 1948

48er Feier in Wiesbaden, Staatstheater. Sehr voll, Rede sehr gut aufgenommen, obwohl ich etwas müde war.

[82] Gisela Bergsträsser befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz.

[83] Vgl. ‚Fuldaer Volkszeitung' 4.5.1948 (Maifeiern 1948 in Fulda); B.s genaues Thema war: „Die Weltsituation des Sozialismus".

Freitag bis Dienstag, 14. bis 18. Mai 1948

Im Bett; Entzündung am Bein. Viel gelesen, den ganzen Pechel „Deutscher Widerstand."[84]

Dienstag, 18. Mai 1948

Abends Empfang der Staatsregierung im Palmengarten in Frankfurt. Unendlich viel Leute getroffen. Nette Unterhaltung mit Ministerpräsident Arnold, Nordrhein, komischer Eindruck des aus Biberach stammenden Schwaben als Vertreter dieses Landes. Teusch, Frau Dr. Bähnisch, die Kollegin aus Hannover. Mit Löbe über seine Erinnerungen gesprochen. Er hat noch keinen Verleger.[85] Stock verkündet die drei politischen Professuren. Stein sondiert in Marburg gesprächsweise, ob ich die in Frankfurt annehmen würde.[86]

Mittwoch, 19. Mai 1948

Schriftstellertagung. Rudolf Alexander Schröder sehr fein. Plievier spricht ausgezeichnet.

Donnerstag, 20. Mai 1948

Nachmittags in der Paulskirche meine Rede, knapp, sehr gut aufgenommen. Guter Bericht in der „Neuen Zeitung".[87] – Abends in den Römerhallen mit Kattinka Oheimb und dem Sohn Eulenburg. Mit Kattinka Erinnerungen aufgefrischt. In einer der Diskussionen Hagelstange sehr leidenschaftlich. Scharfe Stimmung gegen Russen und Kommunismus.

[84] Rudolf Pechel, Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich 1947.

[85] Löbes Memoiren erschienen im Folgejahr bei arani in Berlin: Paul Löbe, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin-Grunewald 1949; spätere Auflagen unter dem Titel: Der Weg war lang.

[86] ‚Frankfurter Rundschau' 20.5.1948 (Hessischer Staatsempfang). Stocks Rede in: Von Weimar nach Wiesbaden. Reden und Schriften von Christian Stock (1884–1967), bearb. von Armin Hildebrandt, Darmstadt 1984, S.179. – B. erhielt keinen der zum Sommersemester 1949 in Frankfurt, Darmstadt und Marburg eingerichteten Lehrstühle für wissenschaftliche Politik, obwohl er zunächst für Frankfurt vorgesehen, dann von Stein für Darmstadt vorgeschlagen worden war. Berufen wurden schließlich Kogon in Darmstadt, E.W. Meyer in Frankfurt und Abendroth in Marburg. Vgl. den Briefwechsel B.–Stock vom Juni/Juli 1949, in: HStA, 502/365 und das Empfehlungsschreiben Steins vom 28.7.1949, in: HStA 502/506. Dazu Eugen Kogon, Die drei Lehrstühle für Politische Wissenschaften in Hessen, in: Hessen – Kultur und Wirtschaft, hrsg. von Georg August Zinn, Wiesbaden 1954, S.187f.

[87] ‚Die Neue Zeitung' 23.5.1948 (Die politische Verpflichtung des Schriftstellers).

Freitag/Samstag, 21./22 Mai 1948

Morgens im Amt. – Nachmittags in Ginsheim, Sitzung mit den SPD-Gemeindevertretern, denen ich klar sagte, daß Verbindung Gustavsburg-Ginsheim nur durch Gesetz gelöst werden könne, daß die Gemeindevertretung in ihrer Mehrheit beschließen könne, wo die Gemeindeverwaltung hinkomme, und daß die Verbindung mit Mainz aus allgemein politischen Gründen nicht gelöst werden dürfe. – Dann nach Marburg, Empfang bei der Stadt. Gute Reden von Bleek und Frick, vielerlei Leute getroffen.

Am nächsten Morgen bei den Hochschulgesprächen Referat von Raiser, Göttingen, über Hochschule und politische Erziehung. Durchaus bejahend.[88] Lange, nicht gute Diskussion. Litt, Bonn, für politische Erziehung; ich natürlich auch. Irgend jemand erzählte mir, daß Ritter, Freiburg, und andere Professoren ein öffentliches Gutachten gemacht hätten, daß im Geschichtsunterricht der höheren Schulen die Zeit nach 1918 nur chronistisch und nicht erörternd und beurteilend gegeben werden solle. Sie wollen offenbar nicht an den dreckigen Hindenburg heran. Voller Blödsinn.[89] – Nachmittags in Marburg Kaffeetafel, langes, kluges Gespräch mit Dehio. Er will die „Historische Zeitschrift" neu herausgeben; sein Verleger lehnt ab, einen Aufsatz von Stadelmann über Tirpitz zu bringen, das sei nicht aktuell.[89a] Typische deutsche Feigheit. Ich erwäge, eine Zeitschrift für Zeitgeschichte zu begründen. [...]

Montag, 24. Mai 1948

Fraktionssitzung, ohne besondere Bedeutung. – Abends bei Greiner. Buch schreitet fort. Foerster wegen der Beck'schen Denkschriften erst Mittwoch ganz kurz gesprochen. Er hat Bedenken, jetzt zu veröffentlichen. Ich sagte ihm, das sei Unsinn und hoffe, daß Greiner ihn noch beschwatzt.[90]

[88] Vgl. ‚Marburger Presse' 24.5.1948 (Die dritten Marburger Hochschulgespräche); auch: Dokumente zur Hochschulreform, S.261.

[89] Gerhard Ritter, Der neue Geschichtsunterricht. Entwurf von Richtlinien für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an höheren Schulen, in: Die Sammlung 2 (1947), S.442–462. Die Richtlinien waren von Freiburger Professoren entwickelt worden. Für die Zeit nach 1914, „deren historische Probleme noch sehr vielfach ruhig-objektiver Klärung durch die wissenschaftliche Forschung bedürfen", wurde ein „möglichst nüchtern-sachlicher Bericht unbestreitbarer Tatsachen" empfohlen.

[89a] Rudolf Stadelmanns Aufsatz „Die Epoche der deutsch-englischen Flottenrivalität" erschien dann in seinem Sammelband: Deutschland und Westeuropa. Drei Aufsätze, Schloß Laupheim (Württemberg) 1948, S.85–146.

[90] Die Aufzeichnungen, die Foerster von Beck nach der Verabschiedung 1938 zur Aufbewahrung erhalten hatte – ein Teil ging im Krieg verloren –, erschienen 1949: Wolfgang Foerster, Ein General kämpft gegen den Krieg. Aus den nachgelassenen

Dienstag, 25. Mai 1948

Lange, unwichtige Sitzung.[91] Ich gehe dazwischen auf die Bibliothek biedermeiern. – Nachmittags von Dr. Pollock, dem politischen Berater Clays, erbetene Unterhaltung in dem amerikanischen Gästehaus bei Königstein. Ich sage ihm alle Beschwerden über Export, über Hinderung der demokratischen Erziehung durch die Militärregierung, über Verfassungsfragen (vergl. Aufzeichnung).[92] Ich will ihm dieser Tage noch eine Denkschrift schreiben.

Mittwoch, 26. Mai 1948

Landtagssitzung, Betriebsrätegesetz. Gute Rede von Moosdorf, ausgezeichnete Rechtfertigung des Betriebsrätegesetzes durch den Redner der CDU [Fleckenstein]. Ewige Abstimmungen im schlecht gelüfteten Saal.[93] – Nachmittags Miss Liddell von Chatham-House eine Stunde gesprochen, nicht nur Erziehungsfragen, auch die ganze allgemeine Politik. Ich nehme an, daß sie es gut verwenden wird. Sie will mir wieder eine Einladung nach London zu verschaffen versuchen. Vor der Vorlesung in Frankfurt mit dem Asta gesprochen und für Miss Liddell eine Unterhaltung mit Asta-Leuten auf Donnerstag verabredet. Dann noch mit Miss Liddell zu Abend gegessen. Nützlichkeit der persönlichen Beziehungen. – Morgens mit Hilpert über Nauheim gesprochen. Wir wollen eine Konferenz abhalten dort, wenn der Bürgermeister gewählt ist. Er will Meller pensionieren.[94] – Mit Knothe über die Regierungspräsidenten gesprochen. Man will Nischalke als nicht ausreichend anderweitig unterbringen. Er will sich nicht pensionieren lassen, da er offenbar Angst hat vor dem Nichtstun.[95]

Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949; Neuauflage unter verändertem Titel: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus den nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs, München 1953.

[91] 39. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1281 ff.

[92] Die „Aufzeichnung über eine Unterhaltung mit Dr. Pollock, dem pol. Berater des Gen. Clay" ist dem Tagebuch angefügt.

[93] 40. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1327.

[94] Meller ging zum 31.3.1949 in den Ruhestand.

[95] Die CDU hatte seit der Koalitionsbildung 1946 Anspruch auf den Präsidentenposten in Wiesbaden erhoben, da alle drei Regierungspräsidien mit Sozialdemokraten besetzt waren; vgl. u.a. Anm. 142/1947. Nischalke wurde im September 1948 pensioniert und durch den seitherigen Vizepräsidenten Heinrich Noelle (CDU) ersetzt.

Montag, 31. Mai 1948

Als ich aufs Amt kam, saß Minister Zinnkann schon da. Wir besprachen die allgemeine Situation, die daraus entstanden ist, daß gegen die Abmachung im Kreis Bergstraße mit den Stimmen der SPD, LDP und KPD Dengler gegen Steinmetz zum Landrat gewählt worden ist.[96] Zinnkann befürchtet mit Recht den Bruch der Koalition und sagt, das sei die Folge der seinerzeitigen blöden Antikoalitionspolitik von Knothe. Ich widersprach nicht, sagte, daß ein Teil der Schuld offenbar auch an Steinmetz persönlich liege, was er bestätigte, indem er erwähnte, daß sogar einige CDU-Leute gesagt hätten, sie wollten lieber Dengler wie Steinmetz. Ich schlug vor, Dengler müsse eben gezwungen werden, die Wahl nicht anzunehmen, und zwar durch die Fraktion. Auch in Groß-Gerau und Erbach ist die Situation zugespitzt. Die Wahl in Darmstadt-Land – Wink mit den Stimmen der KPD – hat in CDU-Kreisen verschnupft, aber nach Ausführungen von Wink, der dann hereinkam, liegt das doch offenbar mehr an der CDU wie an unseren Leuten, denn der CDU war der Kreis-Syndikus angeboten, eine Stelle, die jetzt noch unbesetzt ist.[97] Das kann also ausgeglichen werden. Zinnkann ging dann ins Rathaus und kam nicht wieder zurück. Heute morgen sollen in Wiesbaden Besprechungen gewesen sein. Resultat unbekannt. – Darmstadt-Stadt ist auch schwierig. Walk erzählte mir nachmittags, daß Metzger nun bereit sei, mit Reiber zusammenzuarbeiten ohne Koalition mit der CDU, weil er offenbar unbedingt Oberbürgermeister bleiben will. Dingeldey, der Kandidat der CDU für den Bürgermeister-Posten, ist persönlich unbeliebt, gilt für sehr unbedeutend. Reiber will die Kulturpolitik nicht in CDU-Hände geben, die Fraktion auch nicht, und Reiber ist sicher, gegebenenfalls mit den Stimmen der LDP und KPD gewählt zu werden.[98] – Mit Brentano gesprochen wegen Betriebsratsgesetz.

[96] Die am 26.5. getroffene Absprache zwischen den Fraktionsspitzen von SPD und CDU sah vor, daß bei der Neuwahl der Landräte die jeweils stärkste Kreistagsfraktion den Landrat, die andere Partei den 1. Kreisdeputierten stellen sollte. Der SPD wären danach 21, der CDU 18 Landräte, darunter auch der Kreis Bergstraße zugefallen. In Heppenheim wurde gegen den von der örtlichen SPD abgelehnten Landrat Steinmetz mit den Stimmen von SPD, FDP und KPD der frühere SPD-Landrat Dengler gewählt. Vgl. bereits Eintragung 27.4.1948 mit Anm. 78/1948; dazu ‚Darmstädter Echo' 2.6.1948 (Bruch der Koalition).

[97] Wie Georg Wink im Landkreis Darmstadt waren auch die SPD-Landräte in Erbach (Neff) und Groß-Gerau (Harth) mit den Stimmen der KPD wiedergewählt worden. Alle drei Landratsposten hätten auch nach der Absprache der SPD zugestanden, doch fielen nun, da man sich vor Ort nicht einigen konnte, die Stellen der Kreisdeputierten an die KPD.

[98] In Darmstadt wurden Metzger als Oberbürgermeister und Reiber als Bürgermeister mit den Stimmen von SPD und KPD (25) gegen die Stimmen von CDU und FDP (23) wiedergewählt.

Seine Fraktion hat gemeinsam dafür gestimmt, obwohl er bei Übernahme des Fraktionsführers ausdrücklich gegen den Fraktionszwang sprach.

Dienstag, 1. Juni 1948

Haushaltsausschuß in Wiesbaden, Kultusministerium.[99] Die Haushaltsberatungen sind bei uns völlig falsch aufgezogen, indem sie sich rein auf das Finanzielle und da sogar hauptsächlich auf die Stellenbesetzung beschränken, statt auf die dahinter liegende Materie einzugehen. Es zeigt sich dies schon darin, daß die Minister nicht anwesend sind. Das muß geändert werden. Lux ganz meiner Meinung. – Abends Professor Brinkmann, Hochschulleute und Rentschler zu Gast. Angenehme Unterhaltung. Mit Mesmer über die politischen Professuren gesprochen. Er hatte Befürchtungen wegen konfessioneller Besetzung. Ich sagte ihm, der Referent im Kultusministerium [Weydling] habe in einem privaten Gespräch angedeutet, daß er einen jüdischen Herrn nehmen wolle, worüber Mesmer sehr erfreut war.

Mittwoch, 2. Juni 1948

Mit Holtz gesprochen, da das Institut für Schulfunk und Schulpflege als bizonesische Anstalt evtl. nach Darmstadt soll. – Kolleg in Frankfurt.

Donnerstag, 3. Juni 1948

Fraktion in Nieder-Florstadt. Offizieller Beschluß der Fraktion, Dengler zum Rücktritt aufzufordern. Aus allen Berichten der Unterhändler[100] geht hervor, daß man die Leute der CDU für ehrlich bestrebt hält, die Koalition zu erhalten, mit Ausnahme von Hilpert, der aber von seiner Fraktion, speziell Stieler und Brentano, überrannt worden sei. Wagner machte die sehr nette und treffende Bemerkung, daß auch bei Hilpert immer einmal der frühere Syndikus herauskomme. Ich wurde zu meinem großen Bedauern in eine Fraktionskommission zur Untersuchung des Falles Wagner-Koch gewählt.[101] Mein Protest wegen Überarbeitung wurde niedergebrüllt.

[99] UB-MR, NL Bergsträsser 10: Kurzprotokoll über die Sitzung des Haushaltsausschusses (21er-Ausschuß).

[100] Gemäß der Vereinbarung vom 26.5. hatten CDU und SPD für jeden Regierungsbezirk je einen Unterhändler benannt. Von der SPD waren dies Zinnkann (Darmstadt), Wagner (Wiesbaden) und Christian Wittrock (Kassel).

[101] Koch hatte Wagner als Leiter der Personal- und Haushaltsabteilung im Wirtschaftsministerium nach äußerst heftigen Kontroversen um Personalpolitik und Haushaltsverteilung entlassen. Umfängliches Material zum Fall Koch/Wagner in: StA-DA, 0 27 NL Stock 43.

– Abendessen zum einjährigen Bestehen der „Offenbach Post". Ich sprach mit dem Leiter der I.C.D. [Leonhard] über die Hinderung in bezug auf Bücher, Zeitschriften etc. aus der Schweiz und in die Schweiz. Er erklärte, das Verhalten der JEIA für stupid.[102] Ich pflichtete ihm sehr bei. Mein System: steter Tropfen.

Freitag, 4. Juni 1948

Deputation aus Blitzenrod wegen Ausgemeindung.[103] Ich bin durchaus dafür, mehr wie Ahl. Alle Eingemeindungen schädigen den kleineren Teil. – Ottenheimer klagt, daß er keine Wohnung bekomme in Darmstadt, obwohl Reiber sie bei seinem Konzert feierlich versprochen habe. Was kann ich bei dem Wohnungsamt in Darmstadt? – Ein Vertreter der Freireligiösen Gemeinden bittet mich um meine Auslegung eines Verfassungsartikels.

Samstag, 5. Juni 1948

Friedrich bringt ein Fräulein Dr. Wittmann, die hier eventuell Jugendpflege übernehmen will. Macht einen angenehm frischen Eindruck.

Samstag/Sonntag, 5./6. Juni 1948

Großer Auftrieb wegen Ellen Bassermanns Konzert, das sonntags sehr erfolgreich verläuft. – Abends Lange, Noack etc.

Montag, 7. Juni 1948

SPD-Leute aus Gustavsburg mit den alten Gemeindeschmerzen. Ich sagte ihnen, daß an der Verbindung mit Mainz nicht gerüttelt werden dürfe. Die von Kastel aufgebrachte Idee, daß diese Gemeinden sich alle zu einer Gesamtgroßgemeinde zusammentun sollten, lehnten sie ab und ich ebenso, denn es ist ja kein gemeinsames Interesse außer dem durch die Ausstrahlungen von Mainz. – Rodemann wegen ihres Bauvorhabens. Ahl zerschlägt ihm die Hoffnung auf Bizonesen-Förderung. – Nachmittags Dengler wegen Landratswahl. Ich entnehme daraus, daß er bereit ist, auszuschlagen, wenn er sich auch ärgert.

[102] Die Joint Export-Import Agency (JEIA) als bizonale Behörde der beiden Besatzungsmächte wickelte den deutschen Außenhandel auf Dollarbasis ab; vgl. Vogel, Westdeutschland III, S. 157.

[103] Blitzenrod war seit dem 1.4.1939 Stadtteil von Lauterbach und blieb dies auch.

Dienstag, 8. Juni 1948

10 Uhr Sitzung Nauheim; technische Durchführung des Tages X, das heißt der Währungsreform. Furchtbar viel technisches Gerede. Es wurden Sachen gefragt, daß einem schlecht wurde. Interessant, daß Lastenausgleich noch nicht kommen soll. Auch im einzelnen weiß man sonst nichts, nur daß ein bestimmter Betrag alte Mark gegen neue eingetauscht wird. Wieviel ist unbekannt. Auch ist unbekannt, ob über die alten Konten noch verfügt werden kann im Scheckverkehr, um alte Rechnungen zu begleichen. Bei Schaefers gegessen um 3 Uhr.

Nach Wiesbaden, Kulturpolitischer Ausschuß. Man hatte lange über die Schulgeldfrage diskutiert und gerade einen Antrag vorbereitet, über den sich eine neue Diskussion entspann. Ich redigierte um, machte einen Zusatz und fand allgemeine Billigung.[104] Die ganzen Leute da verstehen nichts von Verwaltung und nichts von juristischen Formulierungen. Der gute Dingeldey ist zu lahm. So wurde ich Matador. – Abends in Heppenheim vor einer Jugendgruppe über England und Frankreich geplaudert. Sehr aufgeschlossene junge Leute, die viel fragten und sehr hübsch mitgingen.

Mittwoch, 9. Juni 1948

3 Uhr Fraktionssitzung, beauftragt, Rede zu Fall Brill zu halten. Man fragte mich aber vorher erst an wegen meiner Doppelstellung. Ich hielt die Rede am Donnerstag zum Beifall der Fraktion, wobei einige hervorhoben, daß ich es im Hinblick auf meine Stellung zu Brill besonders gut gemacht hätte.[105]

[104] UB-MR, NL Bergsträsser 10: Beschlußprotokoll des Kulturpolitischen Ausschusses am 8.6.1948. Beschlossen wurde, daß zunächst für eine Übergangszeit den Privatschulen, soweit sie als Ersatz für öffentliche Schulen anzusehen waren, Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit zu gewähren sei. Antrag in: LT-Drucks. II, Nr. 812.

[105] 41. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1394. Kultusminister Stein hatte Brill gegen den Willen der Frankfurter Universität zum Honorarprofessor an der juristischen Fakultät ernannt. Die Fakultät sah darin eine Mißachtung der universitären Selbstverwaltung. Stein entgegnete, man habe alle von ihm vorgeschlagenen Kandidaten bisher abgelehnt und nichts dazu getan, um die Notsituation zu überwinden. Der langwierige Streit führte bis zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der seine Tätigkeit erst im März 1950 einstellte, nachdem sich Universität und Ministerium geeinigt hatten. Abschlußbericht des Ausschusses: LT-Drucks. II, Nr. 725; vgl. dazu Rudolf Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971, S. 205.

Donnerstag, 10. Juni 1948

Plenum, Etat. Ich gab auch den Bericht zum Kultusministerium, der aufmerksam gehört wurde. Bei der Beratung redete Viehweg endlos, obwohl es nicht nötig war.[106] Dazwischen Paß für Wittstock abgeholt; außergewöhnlich liebenswürdiger, ganz junger Amerikaner. Morgens kam der Flüchtlingskommissar [Schmahl] von Friedberg zu mir und wollte mich zur Militärregierung holen, mit dem Kommandanten [Radigan] in Friedberg zusammen. Ich lehnte ab. Dann kam er zum Mittagessen und wollte, daß ich mich mit seinem Offizier unterhielte; ich lehnte selbstverständlich ab, sagte, um 2 Uhr wäre ich im Landtag, wo sie beide antraten und der Offizier durchaus liebenswürdig war. Also: richtige Behandlung. Sachlich hoffe ich, daß wir uns einrichten. – Abends vor der Pause in der Staatskanzlei miserabel gegessen, dann weggefahren. Ich war durch die Hitze völlig erledigt.

Freitag, 11. Juni 1948

Mit Walk über etwaige Notstandsarbeiten gesprochen. Das dringendste scheint mir die Reinigung der Straßengräben, das, worauf man immer zurückkommen kann, Schuttabräumen aus den noch reparablen Häusern. Walk meint, wir müßten möglichst viel Staatsbauten in dieser Zeit fördern. Für Darmstadt ist das gewiß richtig; auch das Theater kommt in Betracht.

Samstag, 12. Juni 1948

Zwei interessante und lange Besprechungen mit Mr. Lambert, Beamter des Londoner Foreign Office, der speziell nach dem Funktionieren unserer Volksvertretungen fragte, mit dem ich dann aber auch auf andere Fragen zu sprechen kam. Ich führte das Gespräch, da der auch anwesende Landtagspräsident Witte nicht englisch kann. Ich benutzte die Gelegenheit, mit ihm einiges über das Londoner Communiqué[107] zu besprechen und ihm zu sagen, daß ich grundsätzlich eine indirekt gewählte verfassungsberatende Versammlung nicht für ein wirksames Organ hielte. Er

[106] 41. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1392ff. B. sprach zum Etat des Kultusministeriums. Viehwegs Rede ebd., S. 1396.

[107] Das Kommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg, 23.2.–6.3. und 20.4.–2.6.1948) legte die Grundsätze der weiteren Deutschlandpolitik fest, u.a. die Ausarbeitung einer Verfassung, die Ankündigung einer Internationalen Ruhrkontrolle und die Errichtung eines Militärischen Sicherheitsamtes. Text des Kommuniqués in: Parl. Rat 1, S. 1–17. Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 156.

deutete an, daß die Engländer eine größere Versammlung wünschten, die Amerikaner nur eine ganz kleine. Ich schilderte ihm auch die Ernährungsverhältnisse und sagte ihm auch, daß die Engländer in ihrem Besatzungsgebiet die wirtschaftliche Entwicklung hindern, indem sie sich in alle Wirtschaftsfragen bis in die kleinsten Einzelheiten einmischen, und daß die JEIA mit der Dollar-Zahlbasis uns den Export unmöglich macht. Gespräch sehr angenehm, kommt nächste Woche wieder. – Nachmittags Besprechung mit Abt. II[108] über die Instruierung der Gemeinden und Landräte, die bestimmte Aufstellungen liefern sollen, aus denen der Bedarf an Neugeld im Falle der Währungsreform festgestellt wird. Die Sachbearbeiter der Landräte sind auf Sonntag zusammenberufen. Ich halte ihnen am Sonntag eine kleine allgemeine Rede über die große Verantwortung, „daß es klappen müsse".

Montag, 14. Juni 1948

Besprechung der Dezernenten und Betriebsrat über die Rückwirkungen der Währungsreform auf das Personal. Aufhebung von Dienststellen, Entlassungen etc. Ich sage einleitend, wir müssen uns bei dieser Gelegenheit die besten Leute der aufzulassenden Abteilungen in andere Abteilungen herübernehmen und dafür andere entlassen. Bei den Entlassungen müssen wir beachten: 1. politische Unbescholtenheit, 2. Leistung, 3. soziale Gesichtspunkte, d.h. ob der Betreffende Familienmitglieder zu versorgen hat. Findet Billigung. Wir kommen überein, daß man über Einzelheiten noch nicht reden kann, sondern erst einige Tage nach dem Tage X. Überdies sollen noch Verfügungen ergehen. – Abends bei Col. Rose zum Abschied.[109] Großes Gesaufe.

Dienstag, 15. Juni 1948

Morgens Sitzung mit Patentamtsleuten. Dann Mittagessen mit ihnen, Einladung der Stadt. Wein von mir. Das Marstall-Gebäude imponiert ihnen. Später berichtete mir Oberbaurat Holtz, daß sie wohl anbeißen werden. Es wären immerhin etwa 6000 Personen, wenn die Sache zu Ende ist.[110]

[108] Finanzabteilung des Regierungspräsidiums.

[109] John C. Rose wurde als Leiter der amerikanischen Militärregierungseinheit in Darmstadt durch Harold P. Radigan abgelöst.

[110] Vgl. Anm. 12/1948 und ‚Darmstädter Echo' 21.8.1948 (Darmstadt und das künftige Patentamt). Das Patentamt kam schließlich doch nach München. Gesetz über die Errichtung eines Patentamtes vom 12.8.1949, vgl. Akten Vorgesch. BRD 4, S. 782 und 853.

Mittwoch, 16. Juni 1948

Mit Weyland über Möglichkeiten gesprochen, Flüchtlingsstrom aus der Ostzone zu unterbinden. – Um 11 in Wiesbaden Besprechung mit Professoren aus USA, Frankreich, England über Verfassungsfragen. Leiter dieser Gruppe war Brecht. Freundlich Bekanntschaft erneuert. Ich sprach mich für vorbereitenden Verfassungsausschuß aus, berufen durch Ministerpräsidenten, der einen Entwurf macht. Personen unter Berücksichtigung der Parteien, aber ohne unbedingte Bindung. Dann Nationalversammlung mit Verfassungsausschuß, der aber an den Vorentwurf als Grundlage gebunden sein soll wegen der Verkürzung der Fristen. Dann Referendum, aber nicht der einzelnen Länder, sondern der Gesamtbevölkerung. Den Grund, daß sonst Partikularisten, wie etwa Bayern, eine Pression ausüben können, konnte ich nicht sagen und bezog mich nur auf allgemeine demokratische Prinzipien. Über den Inhalt der Verfassung sagte der Franzose sehr vernünftig, daß man bei den Zuständigkeiten nicht von einer Theorie des Bundesstaates oder Staatenbundes ausgehen müsse, die nun 200 Jahre alt und nicht viel bedeutete, sondern praktisch von den Einzelheiten. Daß der Bereich des Wirtschaftlichen zum Bunde gehört, war allen klar. Ich erweiterte auf Handels-, See-, Wechselrecht und Zivilrecht, auch Strafrecht. Juristisch: Verwaltung Ländersache. Finanzen: Ich weise darauf hin, daß die Ausgaben des Bundes groß sein würden wegen der Kriegsfolgelasten, daß es unbedingt notwendig sei, daß der das Geld beschaffe, der es ausgebe, also weder Matrikularbeiträge noch Rücküberweisungen. In bezug auf die Finanzverwaltung wiesen schon Amerikaner darauf hin, soviel ich mich erinnere Brecht mit seiner starken deutschen Erfahrung, daß die Veranlagung sehr verschieden gehandhabt werden könne und werde, je nach landwirtschaftlichen oder industriellen Interessen. Er sagte, in USA sei eine doppelte Finanzverwaltung. Jeder verwalte seine Steuern selbst. Das ist aber sehr teuer.[111]

Nachher Essen in der Militärregierung. Ich saß neben Noble, der mich dringendst bat, wenn ich wieder in Wiesbaden sei, mit ihm zu dinnern. Ich hatte den Eindruck, als wolle er sehr bald über irgendwelche Fragen meine Meinung hören. – Dann in Nieder-Olm Kirschen, in Mainz Wein geholt. Gespräch mit Rückert und Falck über Zugehörigkeit Rheinhessens zu uns. Sie wußten von den badischen Bestrebungen, ganz Baden französisch besetzen zu lassen, um die Einheit des Landes wieder herzustellen, nichts. – Vorlesung in Frankfurt. Ich erzählte direkt von der Konferenz

[111] Die von Brecht geleitete 5köpfige internationale Expertengruppe sollte die mögliche föderale Neugestaltung mit deutschen Kreisen besprechen. Französisches Mitglied war – nach Brecht – Lazare Kopelmanas. Vgl. Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen – Zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 357.

am Morgen und besprach alle damit zusammenhängenden Probleme. – Dann Gespräch mit Sauermann, der sehr scharf sich äußerte über die verfahrenen Universitätsverhältnisse und den Mangel an politischem Fingerspitzengefühl. Man will Böhm zum Rektor machen. Da er geschäftsunfähig ist, wäre das blödsinnig. Man will es nur als Demonstration für die Selbstverwaltung. – Dann bei Fraenkel, der für die Verwaltung die extremen Selbstverwaltungsideen vertrat, im Anschluß an das Gespräch mit Lambert. Halbtot zu Hause angekommen.

Donnerstag, 17. Juni 1948

Langes Gespräch mit Mesmer über Universitätsfragen. Er billigte alle meine Anschauungen außer der scharfen Äußerung gegen die Mitläufer, deren Zusammenhang aus der politischen Atmosphäre heraus ich ihm erklärte. – Mit Walk und Ahl über die Betriebsferien gesprochen, die jetzt vielfach ausgebrochen sind. Gesetzliche Handhaben haben wir keine. Aber wenn die Währungsreform nicht bald kommt, gibt es chaotische Zustände. Es dauert schon zu lange. – Mit Holtz die Unterbringung des Instituts für akustischen und optischen Unterricht besprochen. Ich bin absolut dagegen, daß man Privatgebäude benutzt, und absolut dafür, daß man die staatlichen Gebäude benutzt.

Freitag, 18. Juni 1948

Sitzung wegen Unterbringung des bizonalen Instituts zur Förderung des akustischen und optischen Unterrichts. Die möchte man haben. Wir schlugen den alten Main-Neckar-Bahnhof vor, wo die jüdische Fachschule wahrscheinlich überdies bald hinauszieht.[112] Zwischenunterbringung auch möglich. Das schwierigste wird es sein, die Familien hier unterzubringen. Die Stadt saß wieder dabei, ohne sich richtig zu äußern. – Nachmittags Sitzung in Wiesbaden Wagner-Koch. Wir erklären uns für zuständig. Koch scheint Rückhalt in Hannover suchen zu wollen. Wir stellen fest, daß Hannover ihn, aber nicht die Gegenseite informiert hat. – Bei Greiner Kaffee getrunken. – In der Staatskanzlei guten gebackenen Fisch gegessen, dann Hauptausschuß. Ich hatte vorher verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, die eingehend besprochen wurden. Zum Sachlichen brachte ich den Abschnitt über die Gaststätten ein. Das war vergessen worden. Schreckliche Schwüle im Saal. Um 8 hören wir die Verkündigung

[112] Die von Samuel Batalion in Zusammenarbeit mit der neubegründeten jüdischen Gemeinde eingerichtete Fachschule organisierte Fortbildungskurse für jüngere jüdische D.P.s zur Vorbereitung auf die Auswanderung.

im Radio.[113] Knothe sagte mir, er habe mich als ersten für den zukünftigen Verfassungsausschuß oder so vorgeschlagen.[114] Ich sprach mit Knothe auch über die Neugliederung der Länder. Rheinhessen, Pfalz, Nordbaden, wies stark auf Aschaffenburg.[115] Parteileute von drüben waren schon bei Knothe.

Samstag, 19. Juni 1948

Morgens Boll wegen Währungsreform. Wir können keine eigene Stelle aufmachen. Es wäre zu umständlich zu verrechnen. Bereitschaftsdienst für Sonntag eingerichtet. Eine Stunde in der Stadt; die Verordnung wirkt sich gut aus. Die meisten Geschäfte offen, einige, die geschlossen waren, öffnen noch, weil ihnen die Verordnung noch nicht bekanntgeworden war. Zwei Bäckereien zwangsgeöffnet, ein Fahrradgeschäft. Im Kaufhof toller Betrieb. Es wird noch aller Schund gekauft. Der Geschäftsführer sagte mir, daß sie gestern eine Kasse von RM 9000, gehabt haben. Er habe jetzt schon Angebote, z. B. Anzüge in Kommission zu übernehmen nach der Währungsreform, und meint, daß sicher ziemlich viel Ware herauskommen werde.

Samstagnachmittag nach Roßdorf, Gundernhausen, Groß-Umstadt, Dieburg um zu sehen, ob die Geschäfte wirklich offengehalten werden. In den kleineren Orten hatte man ersichtlich den Begriff „allgemeiner Bedarf" nicht klar erfaßt, weswegen z. B. Textilgeschäfte vielfach nicht offen waren.[116] Ich hatte in der Sitzung des Hauptausschusses diese allzu formelhaften Ausdrücke beanstandet; man war aber darüber hinweggegangen. Ich hatte offenbar doch recht.

Sonntag, 20. Juni 1948

Sonntags zuerst Gisela zu unserer Umtauschstelle – Finanzamt – gefahren. Alles ruhig und ordentlich. Während ich noch mit einigen Leuten sprach,

[113] Die Bekanntgabe der Währungsreform. Dazu die vorher diskutierte „Verordnung zur Beseitigung ungewöhnlicher Notstände anläßlich der Währungsreform", nach der auch die Gaststätten am 20.6. geöffnet sein mußten, in: LT-Drucks. I, Nr. 819; Beschluß-Protokoll Hauptausschuß 18.6.1948 in: AHLT.

[114] Der Parlamentarische Rat trat am 1.9.1949 zusammen; außer B. wurden für die hessische SPD Zinn und Hoch in die verfassungsberatende Versammlung gewählt.

[115] Dazu bereits B.s Aufzeichnung über die Frankreich-Reise Ende 1946 mit Anm. 325/1946.

[116] In der in Anm. 113/1948 zitierten Verordnung hieß es, daß „alle der Versorgung der Bevölkerung dienenden Betriebe des Groß- und Einzelhandels am 19.6. von 8 bis 18 Uhr" und an den Folgetagen zu den üblichen Geschäftszeiten geöffnet sein mußten.

kam sie schon dran. – Auf dem Amt, wo ich etwa um ¾10 eintraf, war gar nichts los. Wir unterhielten uns über die wirtschaftlichen Folgen, wie jeder Einzelne sie sah. – Nachmittags Arheilgen, Langen, Sprendlingen, Offenbach. Alles wickelte sich gut ab.

Montag, 21. Juni 1948

Morgens mit Walk und Holtz die Unterbringung unserer Behörden und neu hinzukommender Behörden besprochen. – Kolleg. – Abends Bergengruen, Novelle hübsch, Gedichte teils. Anschließend Rote-Kreuz-Gäste, sehr angeregte Unterhaltung.

Dienstag, 22. Juni 1948

Benner schwer klagend[117]. – Nachmittags Fraktion.

Mittwoch, 23. Juni 1948

Morgens Landtag. Gute Rede von Hilpert.[118] – Nachmittagssitzung verschlafen. 6 Uhr Fraktion. Stock berichtet über die neue Wirtschaftsordnung. Wir sind alle sehr mit ihm übereinstimmend, daß offenbar zu viel kapitalistische freie Wirtschaft. Genaues kommt erst Freitag, deswegen Sonderfraktionssitzung am nächsten Freitag. Er spricht auch über die Verfassungsmacherei, und ich sage ihm, daß ich in den Experten-Ausschuß möchte. Dazwischen ein Stündchen in der Stadt spazieren. Reich ausgestattete Schaufenster. Viel Volk auf der Straße, das sich die anguckt. Sehr wertvolle Sachen. In einer Markenhandlung altes Südafrika, England etc. etc. Amizigaretten –,30 das Stück.

Donnerstag, 24. Juni 1948

Der neue Landrat [Neumann, d.i. Nowara] und der neue [Ober-]Bürgermeister [Engler] von Gießen besprechen ihre Einführung. Sie tun freundlich und ergeben.

[117] Der Gießener Kreistag hatte mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP (insgesamt 22) für Bürgermeister Johannes Neumann als Nachfolger des seitherigen Landrats Benner votiert, der nur die 16 Stimmen der SPD bekam; die SPD kam auch bei den übrigen Wahlen zum 1. und 2. Kreisdeputierten und zum Kreisamtmann nicht zum Zuge. Für Neumann-Nowara vgl. Anm. 139/1948.

[118] 42. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1455. Finanzminister Hilpert gab eine Erklärung zur großen Anfrage der KPD vom 12. 5. 1948 (LT-Drucks. I, Nr. 786) über die damals verdichteten Gerüchte um eine Währungsreform, die inzwischen durchgeführt war.

Freitag, 25. Juni 1948

Im Innenministerium Unterhaltung mit Mr. Thomas, MP, über innere Verwaltung und Beamte in Vertretungskörperschaften. Dann bei Wagner, der mir einen Brief an Brentano über Koalitionsverhandlungen zeigte[119] und der mir sagte, meine Beteiligung an der westdeutschen Verfassungsarbeit sei selbstverständlich, ebenso vorher Zinnkann.

Samstag, 26. Juni 1948

In mehreren Geschäften. Nach dem Gang der Dinge gefragt. Man war überall durchaus zufrieden. Olitzsch sagte, er fahre demnächst nach Weiden, um Porzellan zu kaufen. Er könne aufgrund seiner reichlichen Tageskasse bar bezahlen. Schütte hat Angebot von Damenkleidern und allerlei anderen Sachen, ist auch zufrieden. Bei Richter geht das Geschäft laufend, vor allen Dingen Küchensachen werden gut gekauft. Er ist in der angenehmen Lage, daß er keinen Schund abzustoßen braucht. Wenn es so weitergeht, ist in diesen Branchen mit Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen, im Gegenteil mit gesteigerter Produktion. Morgens auf dem Markt geradezu das alte friedensmäßige Bild. Die Griesheimer waren wieder da, es gab sehr vielerlei, auch Himbeeren, Johannisbeeren. Um ½1 noch einmal hin, im großen und ganzen geräumt, nur noch gelbe Rüben, Rettiche, gebündelte Suppenkräuter. Die Bevölkerung ist über diese Entwicklung durchaus zufrieden und freut sich, daß sie den Bauern gegenüber jetzt wieder ihre Unabhängigkeit und ihren Qualitätssinn zeigen kann.

Montag, 28. Juni 1948

Vormittags Besprechung über Entlassung. Blitzableitungs-Ausschuß gebildet. – Hendlmeyer. Es ist sehr erfreulich, daß das Institut für Fernmeldewesen seine Leute zunächst in Seeheim unterbringen kann. – Mandt von der Wahl erzählend, große Ungeschicklichkeiten der SPD. Er behauptet, Schücking sei sehr belastet. Ich kann mir das bei dem Sohn des alten Walther Schücking kaum vorstellen.[120] – Nachmittags 6–8 Cocktail-Party bei Konsul Hochstrasser zu dessen Abschied. Frankfurt wird Generalkonsulat und als politischer Posten betrachtet und mit einem Legationsrat besetzt.

[119] StA-DA, O 27 NL Stock 1: Wagner an Brentano, 24.6.1948; Wagner wertete den Ausgang der Landratswahlen in Hessen als schwere Belastung für die Wiesbadener Regierungskoalition; entgegen der in Anm. 96/1948 referierten Vereinbarung stellte die SPD nun landesweit nur 13, die CDU immerhin 19 und die LDP 7 Landräte.

[120] Vater des in Lauterbach mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum neuen Landrat gewählten Christoph Schücking war der Marburger Jurist und Reichstagsabgeordnete (DDP) Walther Schücking.

Schlange-Schöningen getroffen, der mir beim Abschied sagte, wenn ich ihn brauche, worauf ich ihm sofort die Patentamtssache vortrug. Er ist ohnehin dafür. Die Schweizer glauben alle nicht an Krieg. Sie sehen die Frage der Deutschen Mark und ihre Stabilität mit Recht außenwirtschaftlich.

Dienstag, 29. Juni 1948

11 Uhr in Wiesbaden, Innenministerium. Lange Besprechung über Bestätigung von Mitläufern als Bürgermeister, Beigeordnete etc.[121] Auch andere Wahlfragen. Der neue Kommunalreferent Dr. Buch macht einen guten Eindruck. Alle Schwierigkeiten kommen daher, daß Dr. Berger schlampige Gesetze machte, die sich widersprachen. Frage Landrat Dr. Schükking konnte ich mit der Militärregierung nicht besprechen. Frage Dr. Mildner, Alsfeld, wurde mir gesagt, daß er verhaftet werde, was inzwischen geschehen ist.[122] – Nachmittags Uebel in seine beiden neuen Ämter eingeführt.[123] – Um 6 Uhr Studentenversammlung in der Hochschule. Sie verlief sehr nett mit viel Lustigkeit dazwischen trotz der ernsten Situation. Die Studenten waren sich darüber klar, daß Selbsthilfe das beste sei, und sind durchaus willig. Rektor Mesmer sehr geschickt und schlagfertig. – Abends Club. Nette Unterhaltung mit einem neu gekommenen Amerikaner deutscher Abkunft; sehr verständig über allerlei gesprochen. Es ist halt doch eine nützliche Einrichtung. Es wurde erzählt, daß Clay die Offiziere sehr stark beeinflußt mitzumachen.

Mittwoch, 30. Juni 1948

Einführung von Oberbürgermeister und Landrat in Gießen. Würdiger Akt. Dr. Engler sprach gut, macht einen ausgezeichneten Eindruck. Landrat Neumann sprach schlecht, eigentlich nur Gequatsche, macht einen

[121] Nach § 14 (3) des Gemeindewahlgesetzes vom 11.2.1948 (GVbl 1948, S.27) konnten als Bürgermeister und Beigeordnete gewählte Mitläufer ihr Amt nur mit Genehmigung des Innenministers übernehmen. Die entsprechenden Anträge der Gemeinden, zu denen Landrat und Regierungspräsident eingehend Stellung nehmen mußten, wurden im Innenministerium von einem dreiköpfigen Ausschuß geprüft. Insgesamt wurden 1520 Bestätigungsanträge gestellt.

[122] Gegen den mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum Landrat in Alsfeld gewählten Dr. Kurt Mildner, der als Entlasteter eingestuft worden war, wurde ein neues Entnazifizierungsverfahren eingeleitet. Die Vorwürfe stellten sich als unbegründet heraus.

[123] Uebel war zum beamteten Mitglied beim Verwaltungsgericht ernannt worden. Gleichzeitig übernahm er kommissarisch die Dienstgeschäfte des Präsidenten der Hessischen Brandversicherungskammer und des Direktors des Oberversicherungsamtes beim Regierungspräsidenten in Darmstadt.

schlechten Eindruck. Beim Mittagessen zwischen dem alten und dem neuen Oberbürgermeister[124], die sich beide sehr gut vertragen. – Dann in Frankfurt mit Gerloff gesprochen, der mir den Bürstenabzug einer Broschüre über Finanzprobleme des Bundesstaates überreichte, die er auf meine seinerzeitige Anregung hin geschrieben hat.[125] Er will mir ein Gutachten über Einzelheiten besorgen. – Vorlesung über Südafrika, Empire etc.

Donnerstag, 1. Juli 1948

Landrat Schücking. Die Militärregierung wird keinen Einspruch erheben, was mich auch bei der Herkunft des Herrn Schücking gewundert hätte. Er macht einen guten und lebendigen Eindruck. Wir verabredeten die Einführung.

Freitag, 2. Juli 1948

Ersten Artikel für das „Echo" und den Nordwestdeutschen Rundfunk über die Verfassungsfragen geschrieben.[126] – Gemeinderatsmitglieder einer oberhessischen Gemeinde wegen Fragen der gemeinsamen Bürgermeisterei. Sie müssen sich noch gedulden.

Samstag, 3. Juli 1948

Zweiten Artikel für „Echo" und NWDR über das Besatzungsstatut.[127] Ziemlich scharf. Dann zur amerikanischen Bibliothek, Literatur über die

[124] Vorgänger Englers als Oberbürgermeister war Albin Mann.

[125] Wilhelm Gerloff, Die Finanzgewalt im Bundesstaat, Frankfurt 1948.

[126] ‚Darmstädter Echo' 3.7.1948 (Werdender Weststaat). B.s Artikel befaßte sich mit dem ersten der Frankfurter Dokumente (vgl. Anm. 129). Er wertete es als „Fortschritt gegenüber der Zeit unmittelbar nach der Kapitulation insoweit, als in Frankreich einmal starke Strömungen auf Zerschlagung Deutschlands bestanden haben. Auch in einem zweiten Punkt hat Frankreich nachgegeben. Die Idee eines losen Staatenbundes wurde fallen gelassen". Für die in Aussicht gestellte verfassungsberatende Versammlung hielt er zwar grundsätzlich die direkte Wahl für die demokratischere Form, favorisierte aber aus pragmatischen Gründen die Wahl durch Landtage. „Sieht man die Dinge so an, wird man sich sagen, daß der werdende Weststaat, wenn auch nur ein Provisorium, so doch ein Schritt weiter zur Festigung der deutschen Verhältnisse ist, und wird trotz dieser oder jener Vorbehalte, die man vor allen Dingen dem dritten Dokument gegenüber machen muß, überzeugt sein, daß auch dies ein Stück des Weges ist, der zu höheren Formen führt."

[127] ‚Darmstädter Echo" 6.7.1948 (Wesen und Wert des Besatzungsstatuts). Hier setzte sich B. mit dem in Dokument 3 angekündigten Besatzungsstatut auseinander; er erkannte das Recht der Alliierten auf weitere Kontrollen der Wirtschaft (Ruhrbe-

UN geholt, die ich am Sonntag durchstudierte, speziell die Bestimmungen über die Treuhänderschaft über Staatsgebiete. Man kann daraus allerlei Argumente holen, daß es so, wie die Herren Militärbefehlshaber wollen, nicht geht.

Montag, 5. Juli 1948

Skraup stellt mir einen Leipziger vor, Rechtsanwalt, den er zum Verwaltungsdirektor machen möchte, ich aber nicht. Ich spreche mit Viehweg über einen anderen, hiesigen. – Haushaltsausschuß und Kulturpolitischer Ausschuß.[128] Auch über die Studentennot. Mit Wagner, Apel die aktuelle Frage besprochen. Abends Brentano bei mir. Seltsame Übereinstimmung bis in alle Einzelheiten hinein. Man muß ausgehen von Dokument 3, das man ihnen strikt ablehnen muß und ablehnen kann, da die drei Mächte die Verfassung brauchen. Wie unsinnig 3 ist, geht aus 2 hervor. All das bleibt hinter dem zurück, was die Charta der UN für die Treuhänderschaft fordert.[129] Man soll sagen, Verfassungsausschuß, nicht Verfassungsgebende Versammlung. Das Provisorische unterstreichen, deswegen auch keinen Staatspräsidenten, sondern eher Kanzler und Vizekanzler, so daß

hörde, Reparationen, Dekartellisierung) grundsätzlich an, hielt aber eine weitere Kontrolle des Außenhandels für überflüssig und diskriminierend: „Hier liegt überhaupt der Angelpunkt. Demokratie ist Regierung durch das Volk, nach dem Willen des Volkes. Man kann ein Volk nicht mit demokratischen Einrichtungen vertraut machen und zur Demokratie erziehen, wenn man diesen demokratischen Willen hindert, sich frei auszuwirken". Die im Besatzungsstatut vorbehaltenen, nicht klar definierten alliierten Einspruchsrechte bei der Gesetzgebung wertete Bergsträsser als Eingriffe in die Souveränität und innere deutsche Angelegenheiten: „Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Verfassung und die Regierung würden dadurch zu einer Farce... Ein Besatzungsstatut, das nicht Klarheit der Zuständigkeiten schafft, hat keinen Wert. Im Gegenteil, wenn es auch richtig ist, daß das Besatzungsstatut seinem Wesen nach, da es der Besatzungsmacht Grenzen zieht, nur von ihr selbst erlassen werden kann, denn Deutschland ist noch nicht völkerrechtliches Subjekt, also noch nicht vertragsfähig, so sollte man doch darauf bedacht sein, für die Auslegung dieses Statuts eine objektive Instanz zu schaffen, Das wäre möglich etwa in der Form eines Schiedsgerichts unter dem Vorsitz eines Neutralen."

[128] Beschluß-Protokoll in: AHLT.

[129] Am 1.7.1948 hatten die westalliierten Militärgouverneure die drei Frankfurter Dokumente an die westdeutschen Länderchefs übergeben. Dok. 1 enthielt Bestimmungen zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung. Das von B. hier angesprochene Dok. 3 skizzierte die Grundzüge eines Besatzungsstatuts, in dem sich die Alliierten auch nach der Gründung eines westdeutschen Staates Rechte vor allem im außen- und außenhandelspolitischen Bereich sicherten. Dok. 2 erlaubte eine Neugliederung der Länder. Text der Dokumente in: Parl. Rat 1, S. 30; dort auch eine eingehende Analyse des Deutschen Büros für Friedensfragen, S. 37; vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 161. Die Charta der UN u.a. in: Europa-Archiv 1947, S. 345; vgl. vor allem die Kapitel XI bis XIII über die Treuhandschaft.

der eine die Arbeit schafft und der andere die Repräsentation macht einschließlich Sprechminister. Föderalistische Form erscheint uns beiden tragbar. Dazwischen zeigte ich ihm Flugschriften, die er bibliophil beschnoberte. Wenn wir beide allein die Sache zu machen hätten, täten wir uns schnell einigen.

Dienstag, 6. Juli 1948

In Frankfurt über das Mittagessen mit Apel die ganzen Probleme der drei Dokumente durchgesprochen. Sehr weitgehende Übereinstimmung. Wir verabreden auch gemeinsames Vorgehen in der Fraktion und durch ihn beim Ministerpräsidenten. – Nachmittags Fraktion. Ich halte eine größere Rede im Sinne meines zweiten Artikels im „Echo"; meine Ausführungen werden sehr beachtet und finden Widerhall in der Fraktion. Ich habe nachher und den nächsten Tag den Eindruck, daß, wenn indirekt gewählt wird, die Fraktion mich als ersten für den neuen Verfassungsrat vorschlagen wird. Abends Rede von Hilpert im Haushaltsausschuß. Nicht nur klug, sondern auch sehr lebensnah.[130]

Mittwoch, 7. Juli 1948

Morgens im Pendelverkehr im Rechtsausschuß und im Hauptausschuß. Im Hauptausschuß haben wir unter viel Lachen und boshaften Bemerkungen den Hessischen Löwen nun endgültig geboren. Ich stellte in Übereinstimmung mit den beteiligten Ministern die Anträge, die darauf hinzielten, das Gesetz in einer Form zu bringen, die allen heraldischen Finessen und Notwendigkeiten entspricht. Ich las all diese Anträge ab, da ich sie sonst nicht richtig hätte vorbringen können. – Nachmittags im Rechtsausschuß allgemeine Aussprache über das Staatsschutzgesetz. Ich vertrat die scharfe Linie und überdies die Auffassung, daß der persönliche Schutz aller im öffentlichen Leben stehenden Personen sehr betont werden müsse.[131]

Donnerstag, 8. Juli 1948

In Lauterbach Einführung des Landrats Schücking. Alles sprach sich sehr hübsch über den scheidenden Landrat Mandt aus. Ich hatte das auch in meiner Einführungsrede getan; überdies verschiedene besondere Pro-

[130] Beschluß-Protokoll in: AHLT.

[131] AHLT: Beschluß- und Kurzprotokoll Hauptausschuß 7.7.1948 sowie Beschluß- und Kurzprotokoll Rechtsausschuß 7.7.1948.

bleme des Kreises erwähnt, Umstellung der Landwirtschaft, Notwendigkeit der Industrialisierung dieses Gebirgskreises mit kargem Boden, infolgedessen und damit Eingliederung der Neubürger, kulturelle Weiterarbeit im Sinne von Mandt, und ich hatte betont, daß ein allzu großer Partikularismus – Anspielung auf Schlitz – nur dazu führe, daß man hinter der Zeit her bliebe, ebenso gesagt, daß eine Auflösung des Kreises mir untunlich erscheine. Dagegen gehöre Salzschlirf wohl sachlich zu diesem Kreis, und Alsfeld müsse über die alte Landesgrenze hinaus mit [Ziegenhain?] verbunden werden. – Nach dem kleinen Essen noch bei Mandt und seiner Frau. [...] Spät nach Hause. In Oberhessen steht noch Heu; es wäre nötig, daß der Regen aufhört. Hier bei uns steht das Getreide zum Teil reif in den Halmen; es wäre nötig, daß der Regen aufhört!

Freitag, 9. Juli 1948

Mit Dr. Boll über die Sparverordnung gesprochen. Es wird zu einer Umorganisierung unserer Behörde führen.[132] Mit Herrn Schultheiss, einem Schüler von Gerloff, darüber gesprochen, daß er Darlegungen über den Finanzausgleich zwischen dem zukünftigen Zentralstaat und den Ländern macht. Er machte darauf aufmerksam, daß die Stärke der Zentralfinanzen schon deswegen notwendig sei, weil von da aus die wirtschaftliche Planung gehe und abhängig sei. Vergleiche mit dem New Deal von Roosevelt.[133]

[132] Die „Erste Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Währung und öffentlichen Finanzen" vom 7.7.1948 (GVbl 1948, S.86) legte fest, daß jede dritte freiwerdende Planstelle solange nicht mehr besetzt werden durfte, bis eine Verminderung der am 1.7. vorhandenen Zahl an Beamten und Angestellten der einzelnen Fachverwaltungen um 20% erreicht war. Bis zum 15.8. mußten die Landesbehörden dementsprechende Organisationspläne einreichen. Zusätzlich war das Personal bei einigen Sonderverwaltungen zu reduzieren, insbesondere bei den Bezirkswirtschaftsstellen, da nach der Währungsreform die Bewirtschaftung, vor allem für gewerbliche Erzeugnisse aufgehoben wurde. Die dritte Sparverordnung vom 21.12.1948 verlängerte die Sperrfrist für Einstellungen im öffentlichen Dienst bis zum 31.3.1949.

[133] Die vom amerikanischen Präsidenten im März 1933 begonnene Politik des ‚New Deal' war das umfangreichste Gesetzgebungs- und Reformwerk in der amerikanischen Geschichte. Durch zentrale Planung und Lenkung sowie Investitionen der öffentlichen Hand bei grundsätzlicher Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems (in einer zweiten Phase durch ergänzende sozialpolitische Reformen) sollte die Weltwirtschaftskrise bewältigt werden. Konkret dachte B. möglicherweise an das 1935 verabschiedete Einkommenssteuergesetz, das zum einen eine Vermehrung der angespannten Staatsfinanzen und zum anderen eine Nivellierung des Eigentums durch gestaffelte Besteuerung bewirken sollte.

Samstag, 10. Juli 1948

Gießen – 700-Jahrfeier: Louise Schroeder wurde bei der Namensnennung vor und nach ihrer Rede enthusiastisch und demonstrativ begrüßt. Ich sprach über die Verfassungsprobleme, für die Hörer ersichtlich wirkungsvoll, nicht ganz zur eigenen Zufriedenheit.[134] Nachher netter Imbiß im Foyer. Mit vielen Leuten gesprochen. Altbürgermeister Keller machte mir große Komplimente wegen der juristischen Schärfe meiner Artikel. Hi, hi! Dazwischen die Kunstausstellung angesehen; nicht viel Gutes. Schöne und originelle Holzschnitzerei, hübsche Gläser, schöner Schmuck. – Freitagabend Gespräch mit Kammer über den Lißberger Schulstreit.[135] Ich habe gleich gesagt, unsere Entscheidung müsse eingehalten werden wegen Staatsautorität. Samstag rief Kammer wieder an und sagte, der Minister teile diese Meinung.

Sonntag, 11. Juli 1948

Gespräch mit Kammer hierüber, über Personalabbau etc.

Montag, 12. Juli 1948

Nachmittags Fraktionssitzung Wiesbaden. Diskussion ohne besondere Bedeutung, da die Dokumente, d.h. die Antworten der Ministerpräsidenten, noch nicht vorlagen.[136] – Kolleg.

Dienstag, 13. Juli 1948

Plenarsitzung. Berichte von Stock und Hilpert, nachher Fraktionssitzung, in der ich als erster Redner bestimmt wurde, obwohl der Fraktionsvorstand Knothe und Apel vorgeschlagen hatte. Daraufhin weigerte sich Knothe, überhaupt zu sprechen. Er hatte eine ausgearbeitete Rede mitgebracht, die nun nicht mehr paßte. Mir nahm er es nicht übel, da ich mich gar nicht bemüht hatte. Ich hatte mit Witte verabredet, daß erst die Opposition, dann einer von uns, dann wieder eine Opposition, dann wieder einer von uns redete, und mit Brentano verabredete ich, daß er nach den Liberalen, ich nach den Kommunisten sprach. Ich sprach viel zur Sache nach meinen Artikeln etc. Bei der Erwähnung, daß kein Staatspräsident und keine Embleme, nickte Brentano. Ich polemisierte ziemlich gegen Os-

[134] Vgl. ‚Darmstädter Echo' 13.7.1948 (Siebenhundert Jahre Stadt Gießen).

[135] Nicht ermittelt.

[136] Parl.Rat 1, S.143–150: „Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten", 10.7.1948.

kar Müller, was angenehm bemerkt wurde.[137] Knothe hatte mir vorher gesagt, daß der Parteivorstand einstimmig die Fraktion gebeten habe, mich als ersten in den Verfassungsausschuß zu schicken. Stock sagte, er solle evtl. im Jagdschloß Rüdesheim tagen. – Dazwischen bei Hilpert das Geld für das Glasdach des Museums schnell erschlagen. – Abends noch sehr hübsches Gespräch mit dem gescheiten und lebendigen Arnoul, Fischer und Voos.

Donnerstag, 15. Juli 1948

Leitung des Instituts für Erdmessung aus Bamberg war da, um sich hier niederzulassen. Wir haben ihnen eine Kaserne bei Griesheim angeboten. Es scheint ihnen zu passen. – Bürgermeister Voss von Bad Nauheim macht sehr guten Eindruck. Ich hielt ihm eine Rede über die Probleme seiner Stadt und habe ihm sicher mit meinen Kenntnissen imponiert.

Freitag, 16. Juli 1948

Morgens mit Boll und Ahl über die Umorganisierung in der Behörde gesprochen. Dann beim Landesernährungsamt. Die Aspekte werden freundlicher. Littmann macht einen sehr guten Eindruck. Er ist Landwirt, aber er kennt die Problematik der Landwirtschaft, d.h. ihre Zurückgebliebenheit als Folge der Schutzzölle. Ein Landwirt aus Limburg redete schutzzöllnerisch, obwohl er selbst Milchviehwirtschaft hat und unter den Schutzzöllen leidet. Typisch für die Verdummung.

Samstag, 17. Juli 1948

Bad Homburg, Wählergesellschaft. [...] Referat von Dolf Sternberger. Ich sprach länger dagegen mit spitzen Bemerkungen auf ihn, die er aber offenbar nicht verstand. Es fehlt ihm die praktische Ader. Typisches, deutsches philosophastrisches Theoretisieren. – Mittagessen mit Dr. Selbach und Dr. Wetzel, sehr nett. Dann kam Senator Dr. Heldmann, Bremen, dazu. Anregende Unterhaltung. Kluger Mann. – Nachher auf der Saalburg. Schaurige Rekonstruktion à la Bodo Ebhard. Hübsche Kleinfunde im Museum. – Über Nauheim nach Hause. Frau Schäfer gute Ratschläge erteilt. – Abends „Cosi fan tutte", demonstrativer Beifall für Lange. Es war seine letzte Vorstellung.

[137] 43. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1500; B. sprach zu der von Stock abgegebenen Erklärung über die Frankfurter Dokumente.

Sonntag, 18. Juli 1948

Gebiedermeiert.

Montag, 19. Juli 1948

Mit Stöcker einen Vortrag vor den Funktionären verabredet über Verfassungsfragen. Wir stimmten überein, daß die einmal etwas Vernünftiges hören müssen. – Mit Holtz über den verrückten Plan gesprochen, daß man ein VD-Lager für Mädchen ausgerechnet in eine Kaserne in die Rheinstraße legen will. Entsprechende Briefe an Zinnkann, Zinn, Paehler geschrieben.[138] Die Medizinalabteilung besteht aus lauter früheren Militärärzten, also Narren, die auf das Publikum keine Rücksicht nehmen. – Uebel wegen direkter Unterstellung des Oberversicherungsamtes. – Montag abend Zusammensein im größeren Kreis und Diskussion mit Sollmann, dem früheren SPD-Reichtagsabgeordneten und zeitweiligen Minister. Ich ging früher weg, da die Diskussion in Quatsch ausartete, sprach vorher über die Stellung der Jugend, protestierte dagegen, daß die evangelische Kirche ein Kämpfer gegen den Nationalsozialismus gewesen sei. Wir waren einig über die vielen Mißgriffe der Amerikaner, die aus Unkenntnis – nicht bösem Willen – entspringen, und die schlechte Haltung der Deutschen ihnen gegenüber. Im Privatgespräch am Dienstag wurde dies unterstrichen. Ich sagte besonders scharf, daß sie uns hindern, geistig zu demokratisieren. Er schrieb viel auf.

Dienstag, 20. Juli 1948

Bürgermeister [Schwabe] von Lindenfels will Versetzung eines Lehrers, um den alten, entnazifierten wieder zu haben. Ich widerspreche. Er ist sonst verständig. Wir reden über die Kur.

Mittwoch, 21. Juli 1948

Einführung Landrat Dengler, Heppenheim. Ich spreche u. a. über Zukunft von Landwirtschaft und Industrie. Nachher Mittagessen mit sehr viel Wein. – Spätnachmittags bei der Allgemeinen Abteilung der TH zum Sommerabend.

[138] Die Briefe B.s über den Plan, ein Lager für Geschlechtskranke (VD = Venereal Disease) einzurichten, wurden nicht ermittelt.

Donnerstag, 22. Juli 1948

Fraktion in Marburg, Lastenausgleich. Meine Anregung wegen fahrender Habe wurde wirkungsvoll dadurch ergänzt, daß ein anderer darauf aufmerksam machte, daß die Schätzung leicht sei, wenn man sich an die Feuerversicherungspolice halte und evtl. Zwangsfeuerversicherung einführe. Dadurch ist den Gegnern der Idee das hauptsächliche Argument entwunden. – Nachher im soziologischen Institut in Marburg. Dazwischen Kaffeestündchen auf dem Balkon Klostermann. – Beim Abendessen in Gießen erfahre ich die Verhaftung des Landrats Neumann-Nowara, ließ mir den Polizeikommissar kommen und konnte am nächsten Tag gleich dem Minister authentisch berichten.[139]

Freitag, 23. Juli 1948

Ministerialdirigent Becker, der die Sparmaßnahmen für den Kultusetat bearbeitet. Lange fruchtbare Unterhaltung. Er ist klug und wissenschaftsfreundlich. Er hielt die Wegnahme der höheren Schulen vom Regierungspräsidium für Blödsinn, die Pensionierung der 65jährigen ebenso. Er will sie rückgängig gemacht wissen. – Nachmittags Baracken auf der Ludwigshöhe besichtigt, dann Pilze gesucht.

Samstag, 24. Juli 1948

Große Sitzung im Lager über die Verteilung der Baracken etc. Nachmittags Zeitung gelesen.

Sonntag, 25. Juli 1948

Vormittags die Denkschrift über Organisation der Regierungspräsidenten einschl. der von Fries, Arnsberg[140], durchstudiert und während eines Spazierganges überdacht. – Nachmittags das moderne Konzert der Musikwoche. Wunderbares Cello-Solo von Professor Frank, Amsterdam. – Abends Empfang der Stadt. Mit Radigan und den Franzosen lange gesprochen.

[139] Der im Juni zum Landrat von Gießen-Land gewählte Nowara war unter dem falschen Namen Neumann mit entsprechend gefälschten Personalangaben schon seit April 1947 Bürgermeister in Gießen. Zur Wahl bereits Anm. 117/1948; vgl. ‚SPD-Mitteilungsblatt' 30.7. und 6.8.1948; ‚Gießener Presse' u.ö.

[140] StA-DA, O 24 NL Hesse 121/1: „Leitgedanken für die Beibehaltung der Mittelbehörden" von Regierungspräsident Fries, Arnsberg.

Montag, 26. Juli 1948

Nachmittags lange Besprechung im Innenministerium: Organisation der Regierungspräsidenten. Meine beiden Vorschläge: 1. der Vizepräsident muß nicht Leiter der Abteilung I, sondern kann Leiter irgendeiner Abteilung sein, 2. alle technischen Angelegenheiten einschließlich des Bauwesens werden einem Regierungsdirektor unterstellt, wurden angenommen. – Montag abends sehr nettes Gespräch mit Ministerialdirigent Becker. Kluger, interessanter und angenehmer Mann. Bremer Patriziersohn.

Dienstag, 27. Juli 1948

Mit Schmidt, Offenbach, Verlagsangelegenheiten besprochen. – Nachmittags Fraktion. Viel Schererei und Telefonieren um die Neuwahl in Gießen-Land.[141]

Mittwoch, 28. Juli 1948

Plenarsitzung. Ich besuchte das Kultusministerium, das Staatsarchiv und versäumte eine namentliche Abstimmung.[142] Auch bei Noble in der Militärregierung, wo ich mir die Zusammenstellung der Bundes-Konstitution holte. Es ist endgültig entschieden, daß ich als erster innerhalb der Fraktion für den Verfassungsausschuß vorgeschlagen werde. Leider kollidiert das mit der Europäischen Parlamentarischen Union in Interlaken[143], zu der mich die Fraktion auch wegen meiner Sprachkenntnisse schicken wollte, da Witte in seltsamer Klugheit sagte, er sei wegen seiner Sprachunkenntnisse ungeeignet. – Nachmittags Verhandlung über den Fall Brill. Ich sprach scharf gegen den parfümierten Ladenschwengel Dr. Ilau, warnte den Minister, indem ich sagte, er müsse uns bei Besetzung von Lehrstühlen besonders berücksichtigen.[144] – Furchtbare Hitze!

[141] Am 18.8.1948 wurde schließlich Alfred Dingeldey (CDU) mit den Stimmen von CDU, LDP und NDP zum neuen Landrat gewählt.

[142] 44. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1545. In der dritten Lesung über das Richterwahlgesetz (vgl. Anm. 31/1948) hatte die LDP, die an sich gegen die Bildung eines Richterwahlausschusses war, die namentliche Abstimmung über ihre Eingabe (LT-Drucks. I, Nr. 867) beantragt, den vom Rechtsausschuß gestrichenen § 19 der Regierungsvorlage (LT-Drucks. I, Nr. 566) wieder aufzunehmen. Im ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung waren auch die Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit dem Richterwahlausschuß unterworfen. Der Rechtsausschuß hatte die Arbeitsrichter ausgenommen. Bericht des Rechtsausschusses: LT-Drucks. II, Nr. 447. Der LDP-Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, das Gesetz verabschiedet.

[143] II. Kongreß der Europäischen Parlamentarier-Union vom 8.–11.9.1948, an dem B. wohl nicht teilgenommen hat.

[144] 44. Sitzung: LT-Drucks. III, S. 1575.

Donnerstag, 29. Juli 1948

Rechtsausschuß, Staatsschutzgesetz, interessante Diskussion.[145] – Nachmittags auf dem Amt, dann gebadet, dann Vortrag vor den Funktionären über Verfassung und Besatzungsstatut. Zuhörer trotz schwierigen Themas sehr aufmerksam.

Freitag bis Sonntag, 30. Juli bis 1. August 1948

Bürgermeister Graf [Bischofsheim] bringt eine Denkschrift über die Trennung von Mainz. Ich sage ihm, das ginge nicht, solange die jetzigen politischen Verhältnisse obwalten, worauf er sagte, er wolle auch nur seinen Standpunkt allgemein präzisieren. Er ist klug, verwaltungserfahren, aber doch einseitig. – Dr. Bayer bittet um vorläufige Beurlaubung, da er für einen Monat probeweise das Frankfurter Polizeivizepräsidium übernimmt. Bei Bewährung soll er es ganz behalten. Ich gewähre es natürlich. Holtz trägt erneut Unterbringungsfragen der Behörden vor.

Nachmittags Fahrt zu einem Wochenende mit Engländern auf Einladung von Mr. Birley, Leiter der Erziehungsabteilung der englischen Militärregierung. Wir sollen Verfassungsfragen diskutieren. Bei großer Hitze über Marburg-Korbach. In Arolsen Panne, Schloß besehen. In Paderborn zweite Panne, Dom besehen. Im Quellental gut zu Abend gegessen. Da besetzt, in Bielefeld sehr schön übernachtet. Frühstück mit Ei und Wurstbroten ohne Marken. Bohnenkaffee. Daß es überall jetzt Bohnenkaffee gibt, ist eine große Erleichterung des Lebens. Severing und Frau Menzel am nächsten Morgen besucht. Da nicht da, Besuch in Steinhagen. Dann nach Rothenfelde und Hilter. Die Konferenz Samstag nachmittag/Sonntag morgen. Sonntag nachmittag unter Leitung eines Oxforder Juristen, 73jähriger Herr, weiße Haare, rote Pausbäckchen, wie Pickwick Papers. Anwesend: Dr. Troeger; Magnifizenz Professor Raiser, Göttingen, klug mit politischem Sinn; Professor Peters, Berlin, klug mit weniger politischem Sinn. Ministerpräsident a. D. Steltzer hat in der Politik schlechte Erfahrungen gemacht, schimpft deswegen auf die Politik, will Sachverständige und Kommunalisierung.

Herr Bourdin, Herausgeber des „Kurier", sprach wenig. Dr. Kogon, glänzender Kopf, anschaulich und leidenschaftlich sprechend. Gemisch von jüdisch-bayrisch, höchst originell. Die ganze Sache offenbar arrangiert, damit die englische Regierung unsere Meinungen kennenlerne. Die führenden Leute verhielten sich entsprechend. Meistbeteiligt: Kogon – Bergsträsser. Es war ein Fragebogen ausgearbeitet worden, den wir durchdiskutierten. Diskussion in Deutsch, das auch der Oxforder Professor, Herr O'Neill von der Frankfurter Stelle der englischen Militärregierung,

[145] Stenographisches Protokoll in: AHLT.

sprach. Birley selbst sprach englisch, verstand deutsch. Das äußere Drum und Dran ungemein angenehm. Interessanter Unterschied zwischen den Amerikanern und den doch mehr oder minder sehr europäischen Engländern, deren diskrete Form der Gastfreundschaft sehr reizvoll ist. Mr. Wint, der Stellvertreter von Birley, mit seiner Frau, die erst zwei Tage vorher angekommen war und mit der man sich besonders gut unterhalten konnte. Sie erzählte anschaulich von einer Reise nach Tibet. In einer Pause sah ich wunderschöne Reproduktionen moderner französischer Kunst durch. Montmartre, herrlich. Im Haus entdeckte ich einen Morgenstern. Kleines Schwimmbad im Park, eifrig benutzt. Raiser fragte erstaunt, wie alt ich eigentlich sei.

Montag, 2. August 1948

Nach Osnabrück. Regierungspräsident [Petermann] und Vizepräsident [Moelle] abwesend. Mit einem Herrn ganz interessant gesprochen. In Steinhagen zu Mittag gegessen, in Paderborn die Tochter abgeholt. Furchtbarer Wolkenbruch, über Kassel und Autobahn zurück.

Dienstag, 3. August 1948

Dr. Naujoks jun. aus Tübingen, bleibt dort Assistent, will sich habilitieren, sieht gut aus, nicht wie sonst die russischen Heimkehrer. Es sei ihm auch im letzten Jahr ganz gut gegangen.

Mittwoch, 4. August 1948

Der Geschäftführer der Adventisten-Vereinigung, Mr. Rose aus Amerika, kommt wegen des Adventisten-Geländes auf der Marienhöhe. Die Adventisten wollen die Baracken an uns abgeben, aber nicht auf dem Gelände behalten, das sie für Schul- und landwirtschaftliche Zwecke brauchen. Immerhin wären uns die Baracken nützlich. – Nachmittags bei Holtz die Pläne über den Neuaufbau von Gießen angesehen. Der von Grund und der von einem Karlsruher Architekten sind irrsinnig, weil sie ohne jede Rücksicht auf das Bestehende neue Straßen ziehen wollen und sogar eine ganze Anzahl noch vorhandener Häuser abreißen. Die Baubehörde hat einen sehr hübschen Plan gemacht, der die Stadt verkehrsmäßig verbessert, ohne etwas zu zerstören, außer ein paar Schuppen.

Donnerstag, 5. August 1948

Härting sucht meine Entscheidung nach betr. einer Zuwendung an Ministerialrat Hoffmann und erzählt mir dabei, daß Brill als KZler eine Son-

derunterstützung bekommen hat für eine Kur, trotz der Höhe seines Gehaltes. – Fraktion in Alsfeld. Stock sagt mir, daß ich pensioniert werde.[146] Ich soll noch einen Lehrauftrag in Frankfurt kriegen. Wahl in den Verfassungsrat endgültig. Ebenso bin ich für Interlaken – Zusammenkunft (Europäischer Parlamentarier) – vorgeschlagen. Es ist die Frage, ob beides zeitlich vereinbar ist. Ich täte es sehr gern. – Auf der Rückfahrt in Grünberg langes Gespräch mit Duderstadt über die wirtschaftliche Lage. Auch er sieht große Preissteigerungen und damit verbunden soziale Auseinandersetzungen kommen. Er sagt, die Amerikaner unterböten mit ihrer Ware gerade in Textilien die deutsche Fabrikation, und das könnte zu Stillegungen führen. Die Sache ist mir nicht ganz erfindlich, ob das auf Dauer oder nur temporär durch die StEG sein soll. [...][147]

Freitag, 6. August 1948

Brentano besuchte mich. Ich sprach mit ihm über meine Pensionierung und etwaige Übernahme von Nauheim, die er als seine Idee Hilpert suggerieren will. Wir sprachen noch über die zukünftige Verfassung, wo wir die Notwendigkeit der Kompromißlösung wie bei der Hessischen Verfassung beide betonten. – Dann Mr. Elam aus Frankfurt, Mitglied der englischen Militärregierungskommission. Er rückte mit einem Fragebogen an über Wirtschaftsrat, deutsche und fremde Verantwortlichkeit, parlamentarischen Beirat etc. Ich sagte ihm, es sei hauptsächlich wichtig, die Kompetenzen klar herauszuarbeiten, da anders nicht erreicht werden könne, daß die deutsche Regierung Ansehen im Volk bekommt. Der Wirtschaftsrat habe gar keines, weswegen ich auch gegen Frankfurt als Sitz des Parlamentarischen Rates sei. Das spätere Parlament könne in Frankfurt sitzen, aber nicht im Börsensaal, sondern in der Paulskirche. Dem stimmte er geradezu enthusiastisch zu. Die äußere Umgebung sei bedeutungsvoll. Ich betonte, daß jede Einmischung der anderen in deutsche Regierungsangele-

[146] B. wurde am 31.8.1948 pensioniert; neuer Regierungspräsident wurde Albert Wagner.

[147] Eine der Aufgaben der Staatlichen Erfassungsstelle für öffentliches Gut (StEG) war die Übernahme und Verwaltung von überschüssigem amerikanischen Heeresmaterial. Das sogen. „Amerika-Geschäft" wurde zunächst bis zur Währungsreform per Zuteilungsverfahren geregelt. Mit dem Abbau von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften erfolgte der Verkauf am freien Markt, u.a. von Konsumgütern, vor allem Textilien aus Reservelagern der USA. Dies bewirkte einen Preisverfall bei Textilien. Vgl. Vogel, Westdeutschland II, S.55 und S.70.

genheiten schädigend sei, und verwies darauf, daß wir jetzt als Lehrmittel auch Bleistifte und Gummis unseren Kindern zur Verfügung stellen müssen.[148]

[148] Anspielung auf die Anordnung der Militärregierung vom 29.4.1948, daß nicht nur Schulbücher, sondern auch Schreibmaterialien im Rahmen der Lernmittelfreiheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müßten. Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 10: Kurzprotokoll Haushaltsausschuß (21er-Ausschuß), 1.6.1948; auch AHLT: Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung von Kulturpolitischem und Haushaltsausschuß, 27.7.1948.

Dokumente

Dokument 1: Der Weg ins neue Deutschland

Rede auf einer SPD-Veranstaltung in Langen, 4. Dezember 1945.[1]

Dreiviertel Jahre rund sind es her, daß amerikanische Truppen in diese Gegend kamen, und wir können heute sagen, daß jetzt der zweite Abschnitt der Nachkriegszeit beginnt, weil nun die deutsche Bevölkerung, die bisher nur Gegenstand der Politik gewesen ist, berufen wird, selbst wieder Anteil und Mitbestimmungsrecht an dem politischen Geschehen zu haben. Ende Januar werden Wahlen stattfinden, zwar erst einmal nur in den Gemeinden bis zu 20000 Einwohnern, aber die größeren Gemeinden und Städte sollen folgen, später auch das ganze Land Groß-Hessen.[2] Das bedeutet für jeden einzelnen, der das Recht hat zu wählen, eine neue Situation und eine neue Verpflichtung, denn Wahlrecht ist nicht nur das Recht, zur Wahlurne zu gehen; es ist Pflicht, sich klarzumachen, wen man wählt, welcher politischen Partei man seine Stimme gibt oder gar sich anschließt. Wir müssen da einen klaren Unterschied machen zwischen denen, die Anteil nehmen wollen an der Politik und denen, die sich in die Ecke stellen und sagen: Nein, das möchten wir nicht, davor haben wir Angst, oder: das geht mich nichts an. Ich weiß, daß es heute sehr viele Leute bei uns in Deutschland gibt, die sich sagen: Einmal bin ich zu einer Partei gegangen, und das ist mir schlecht bekommen. Jetzt gehe ich nie wieder zu einer Partei. Die Parteien, das ist schlimmes Zeug, davon soll man sich fernhalten. Ich sage Ihnen: Wer nicht selbst mitarbeitet und entscheidet, der überläßt anderen die Entscheidung über sich selbst. Und im Grunde genommen ist der, der nicht Partei ergreift, feig. Wir haben genug Feigheit gehabt in der letzten Zeit, und wir wissen, daß es die politische Feigheit leider Gottes in Deutschland immer gegeben hat. Schon Bismarck hat davon gesprochen, daß es dem Deutschen an Zivilcourage fehle. Es ist aber nicht nur Zivilcourage, sondern der Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, wenn jemand sich dem politischen Geschehen in seinem Volke entziehen will. Wir sollten durch die Vorgänge der letzten 12 oder 15 Jahre wenigstens gelernt haben, daß jedes Menschen Geschick durch die Politik bestimmt wird, und daß die Politik infolgedessen eine Sache ist, die jeden einzelnen sehr persönlich angeht. Wenn heute nun die, die sich die Finger verbrannt haben, abseits stehen wollen, so tun sie gerade das Gegenteil von dem, was sie tun sollten: sie sollten auch in dieser Beziehung versuchen, das, was sie falsch gemacht haben, besser zu machen. Lauheit taugt nichts, sie kennen ja: Die Lauen aber will ich ausspeien aus meinem Munde. Dies Wort ist klug, erfahren und gut. Wenn sich jetzt die politischen Parteien wieder wettkämpfend gegenüberstehen, so hoffe ich, daß es etwas anderes sein wird wie früher, wo es zum Stil in Deutschland gehörte, seinen politischen Gegner nicht nur für politisch dümmer zu halten – das ist ja selbstverständlich, sonst wäre man auf der anderen Seite – sondern, daß man ihn für einen schlechten

[1] Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 1. Die vollständige Überschrift lautet: „Der Weg ins neue Deutschland. Rede des Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser bei der Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Langen am 4.12.45".

[2] Am 20. und 27.1. fanden Gemeinde-, am 28.4. Kreistags- und am 26.5.1946 Stadtkreiswahlen statt.

Kerl ausgibt. Es war leider üblich, politisch zu schimpfen oder gar über eine einzelne politische Persönlichkeit zu schimpfen. Das ist nicht anständig. Man soll seine Meinung sagen, man kann sie verfechten, aber, wer für sich selbst in Anspruch nimmt, für einen anständigen Kerl gehalten zu werden, der soll auch dem, der anderer politischer Meinung ist, dasselbe zuerkennen.

Wir haben bisher drei politische Parteien: Sozialdemokraten, Kommunisten und die Christliche Union. Es besteht bei uns ja wohl kein Zweifel, daß der deutsche Staat in der Zukunft ein demokratischer Staat sein wird. Wenn wir nun unter dem Gesichtspunkt, wie wir am besten einen demokratischen Staat aufbauen, die politischen Parteien mustern, so können wir, die Sozialdemokratie, sagen, daß wir die eigentlich demokratische Partei sind. Wir sind immer eine demokratische Partei gewesen. Wir können daran erinnern, daß in der Revolution von 1848 Friedrich Engels für die Demokratie gekämpft hat, und wir können daran erinnern, daß August Bebel ein Demokrat gewesen ist und auch Wilhelm Liebknecht, der 1848 als Gießener Student schon für die Demokratie in den Kampf gezogen ist. Von ihnen führt der Weg hinüber zu Ludwig Frank und zu all den anderen. Wir haben eine demokratische Tradition, und für uns Sozialdemokraten ist die Demokratie nicht etwas, was wir neu lernen müssen; sie ist uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Überzeugung. Bei den anderen politischen Parteien ist es wohl nicht ganz ebenso. Das Bekenntnis der kommunistischen Partei zur Demokratie ist verhältnismäßig neu. Sie hat sich früher zur Diktatur bekannt, zur Diktatur des Proletariats nach russischem System, das sie als Ideal hinstellte. Sie hat die Demokratie in Deutschland bis zum Jahre 1933 erbittert bekämpft. Heute ist sie für die Demokratie. Aber in den Aufrufen der kommunistischen Partei heißt es denn doch, daß die Demokratie für die augenblickliche Situation in Deutschland das Richtige sei.[3] Das ist also mehr oder minder ein taktisches Bekenntnis, zugespitzt auf die gegenwärtige politische Situation. Darin unterscheiden wir uns von der kommunistischen Partei; denn wir sagen, daß die Demokratie allerwege die beste Staatsform ist im Interesse der Arbeiterklasse; daß die Demokratie vor allen Dingen die Staatsform ist, die allen Angehörigen des Staates ein köstliches Gut gibt, ein Gut, das, wie wir jetzt erkennen, um so köstlicher ist, weil wir es 12 Jahre hindurch nicht gehabt haben, das Gut der persönlichen Freiheit jedes einzelnen Menschen. Die persönliche Freiheit ist 12 schwere Jahre hindurch unterdrückt worden, was dazu geführt hat, daß gar mancher von uns, der seine Überzeugung nicht wegwarf wie ein schmutziges Hemd, gelitten hat oder gar seine Überzeugung mit einem jammervollen und schweren Tod bezahlen mußte. Auch von einem anderen Standpunkt aus gesehen, müssen wir feststellen, daß die kommunistische Partei neben diesem mehr taktischen Bekenntnis zur Demokratie eine politische Richtung verfolgt, die wir in der gegenwärtigen Zeit nicht als ganz richtig betrachten können: Deutschland hat einen unerhörten Zusammenbruch erlitten, der dazu geführt hat, daß es heute von anderen Mächten abhängig ist. Ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe, und es ist nicht angebracht, wenn wir uns einer der Siegermächte heute besonders nahe anschließen, sondern die Chance für Deutschland, wieder in die Höhe zu kommen, liegt darin, daß wir

[3] So heißt es im grundlegenden Programm des ZK der KPD vom 11.6.1945: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland ein Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg zur Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk".

versuchen, mit allen Siegermächten allmählich wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen. Wir dürfen nicht sagen, wir wollen nach der russischen Seite tendieren, wir dürfen aber auch nicht sagen, wir wollen nach der Seite der englisch-amerikanischen Demokratie gegen Rußland tendieren, sondern wir müssen versuchen, alle diese Mächte allmählich zu der Überzeugung zu bringen, daß Deutschland, das Land in der Mitte Europas, nicht zerrissen oder in chaotischen Zuständen bleiben darf, wenn der Friede in Europa gesichert sein soll. Denn an dem Frieden in Europa hängt der Frieden der Welt, und wir alle, die wir nun die grausigen Zeiten eines – oder wie die Älteren sogar zweier Kriege mitgemacht haben, haben den ernsten und unbedingten Wunsch: Friede auf lange Zeit. Dieser Friede auf lange Zeit würde vielleicht gefährdet, wenn wir uns in eine Verbindung mit einem Teil der Siegermächte begeben, auch wenn diese Siegermächte etwa Rußland wären, oder Frankreich, wo ja die kommunistische Partei einen starken Einfluß hat. Ich möchte auch sagen, es ist immer und gerade in der augenblicklichen Situation so, daß die Wiedergutmachung die Interessen der arbeitenden Klassen am stärksten berührt. Wenn wir heute Fabriken und Fabrikeinrichtungen zur Verfügung stellen sollen und die deutsche Ausfuhr geknebelt ist, so bedeutet das Schwierigkeiten und Nöte für den Industriearbeiter, solange die Zustände bestehen. Die Mächte, die am meisten Forderungen an Deutschland stellen, sind Rußland und zum Teil auch Frankreich. Wir haben in Frankreich kürzlich einen Wahlkampf gehabt[4], bei dem sich unsere, die Sozialdemokratische Partei dahin ausgesprochen hat, daß sie eine Zerreißung Deutschlands aus guten politischen Gründen nicht wolle. Die kommunistische Partei Frankreichs hat den Wahlkampf sehr stark mit nationalistischen Gedankengängen geführt, und heute werden von Frankreich die schärfsten Forderungen gegen die Einigung Deutschlands, gegen das Wiederaufbauen eines deutschen Reiches gestellt. Wir haben von keiner kommunistischen Stimme da drüben eine Kritik an dieser Politik gehört.

Dann haben wir noch eine andere politische Partei, die Partei der Christlichen Union. Ich möchte auch diese Partei gegen uns, die Sozialdemokratische Partei, in aller Sachlichkeit abgrenzen. Ich bin durchaus überzeugt davon, daß die Christliche Union in unserer Gegend es ehrlich meint mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie. Aber es gibt andere Gegenden, wo es anders steht um die Christliche Union. In Westfalen z. B. ist sie das, was man gemeinhin als Hort der Reaktion bezeichnet, denn dort sammeln sich in ihr gerade die Elemente, die dem Nationalsozialismus zur Macht geholfen haben. Es sind die Kreise der einstigen „Harzburger Front", jener Verbindung von Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die sich in dieser Partei sammeln – jener Leute also, die es mit dem Nationalsozialismus hielten, weil sie dachten, er werde ihre Stellung stärken und sie könnten dann unter ihm nicht nur viel Geld verdienen, sondern so ziemlich alles machen, was sie wollten. Diese gleichen Kreise scheinen sich in manchen Teilen Deutschlands der Christlichen Union zu bemächtigen, denn sonst wäre es wohl kaum möglich, daß in Westfalen die Leute von der alten Zentrumspartei sich bewußt von der Christlichen Union fernhalten und ihre alte Partei wieder aufgemacht haben, weil sie, wie mir ein früherer preußischer Landtagsabgeordneter des Zentrums in einer interessanten Unterhaltung mitteilte, sich nicht der Reaktion verschreiben wollen. Deswegen müssen wir an die Christliche Union hier auch die Warnung aussprechen, sich nicht von der Reaktion umgarnen zu lassen, sondern eine wirkliche klare politische Linie zu halten und bis in alle Einzelheiten aufzuzeichnen.

[4] Am 21. 10. 1945 hatten in Frankreich Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung stattgefunden.

Wir werden bei dem Aufbau Deutschlands gerne mit den beiden eben genannten Parteien auch in einzelnen Dingen zusammenarbeiten. Wir wollen getrennt marschieren, doch, wo es darauf ankommt, zusammen Politik machen; aber wir möchten doch die Sicherheit haben, daß nicht alte böse Gesellen sich in diesen Parteien wieder zusammenfinden und die Macht an sich reißen.

Die Christliche Union nennt sich christlich. Unsere Partei ist in allen kirchlichen Dingen tolerant. Wir haben gegen den Namen nichts einzuwenden, aber ich möchte doch eine Grenze ziehen. Wenn diese Partei sich christlich nennt und damit etwa sagen will, daß die Leute anderer Parteien nicht christlich sind, dann wäre das ein schwerer Fehler. Ich gehe noch einen Schritt weiter, wenn etwa kürzlich in einer kirchlichen Versammlung der Anspruch erhoben worden ist, daß der Kirche eine besondere Stellung in der Schule gegeben werde, so lehnen wir das ab. Wir sind der Meinung, daß der Erziehungsberechtigte, also die Eltern, bestimmen sollen, ob ein Kind den Religionsunterricht besucht oder nicht, aber wir möchten keinesfalls, daß Kinder gezwungen werden, den Religionsunterricht zu besuchen, wenn es die Eltern nicht wünschen. Das wäre nicht tolerant, und jeder einzelne hat ein Recht auf Duldsamkeit, einerlei, wo er steht. Da gibt es für uns keine Ausnahme.

Wenn auf der anderen Seite ein führender evangelischer Geistlicher die Forderung erhoben hat, die Kirche solle das Recht bekommen, die Lehrer, mit denen sie nicht in enger geistiger Verbindung stehe, abzulehnen, dann sagen wir: Das geht nicht! Denn dann würde doch die Kirche jeden Lehrer, der nicht unbedingt kirchlich ist und nicht alles auf das Kirchliche bezieht, ablehnen. Das ist unmöglich. Der Lehrer soll gewiß jeden religiösen Gedanken seiner Schüler schonend achten, aber zu verlangen, daß nun bestimmte Menschen vom Unterrichterteilen ausgeschlossen werden, weil sie der Kirche nicht genehm sind, das lehnen wir ab! Wir haben noch ein anderes Bedenken: Bestimmte Kreise der Kirche haben sich bisher bewußt der Denazifizierung entzogen. Wenn es sich um die große politische Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volk handelt, so ist es untragbar, wenn Leute, die sich einmal dem satanischen Hitlerismus mit Leib und Seele überschrieben haben, heute noch in wichtigen Ämtern sind, wo sie die öffentliche Meinung beeinflussen können. Es ist auch untragbar, daß in einem bestimmten Kreis halt gemacht wird, daß die einen gestraft werden: denn Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates. Wenn die Kirche uns etwa drohen sollte und sagen, sie werde dem neuen Staat oder den Maßnahmen des neuen Staates den Kampf ansagen, dann wird sie uns auf dem Plan finden. Wir haben keine Absicht, irgend jemand in seiner Überzeugung zu kränken oder ihm zu verwehren, seiner Überzeugung nachzugehen. Wird aber die Kirche intolerant und unduldsam, will sie Kampf haben oder Dinge wieder herbeiführen, die längst vergangen sind, wie etwa die konfessionellen Schulen, die es seit dem Jahre 1873 in Hessen nicht mehr gibt, dann wird sie uns als Gegner finden. Wenn sie den Kampf nicht sucht, so werden wir tolerant sein und anerkennen, daß auf der anderen Seite Überzeugungen sind, die man achten muß, auch wenn man sie nicht teilt. Denn – ich wiederhole es – die Grundlage aller demokratischen Gestaltung ist, daß man die Überzeugung des anderen achte und ihn nicht wegen seiner Überzeugung anders behandele.

Betrachten wir nun nach dem neuen Abschnitt der gesamtpolitischen Lage Deutschlands auch das Verhältnis, das wir als deutsches Volk nunmehr gegenüber den fremden Mächten haben: In der ersten Phase ist von ihrer Seite gesagt worden, das ganze deutsche Volk sei schuldig am Hitlerismus und infolgedessen sei auch das gesamte deutsche Volk ohne Ausnahme verantwortlich. Wir als Sozialdemokratische Partei haben diese Art von Verantwortung von vornherein abgelehnt; wir freuen uns deshalb, daß nun der Richter, der als erster im Nürnberger Prozeß gesprochen hat, unseren Standpunkt teilt. Er sagte, daß man Unterschiede machen muß zwischen denen, die engagierte Nazis gewesen sind, also das Unheil auf dem

Gewissen haben, und denen, die aus Unkenntnis, Schwäche oder Angst dem Hitlerismus nachgelaufen sind.[5] Das sind gewiß keine großen Charaktere gewesen, und wir wollen über sie hinweggehen, denn Geschichte und Politik sind keine Sittenrichter.

Dann gibt es eine politische Gruppe im deutschen Volk, die in den ganzen 12 Jahren ihre Überzeugung nicht geopfert und die oft genug unter Gefahr ihres Lebens – viele haben ja ihr Leben dahingegeben – für ihre Überzeugung gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat. Richter Jackson hat sehr richtig gesagt, daß es in Deutschland ja keiner Konzentrationslager bedurft hätte, wenn nicht eine Bewegung des Widerstandes dagewesen wäre. Ich gehe auf diese Dinge ein, weil ich glaube, daß diese Rede des amerikanischen Richters, die ja überall in der Welt bekannt wird, geeignet ist, manchem draußen eine andere und bessere Auffassung über Deutschland nahezulegen, als er sie bisher hatte. Wir begrüßen deswegen die Ausführungen des amerikanischen Richters dankbar als eine Tür, die aufgemacht worden ist von drüben her, damit die Völker sich wieder besser verstehen und wieder näher kommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, daß das Problem Deutschlands, von uns aus und von den anderen aus gesehen, eine große und entscheidende Frage enthält: die Frage, ob Deutschland außerhalb der übrigen Welt gestellt werden soll, oder ob es wieder eingegliedert werden soll in die Welt. Das deutsche Volk ist zu groß, seine geistigen und kulturellen Leistungen in der Vergangenheit sind zu bedeutsam gewesen, als daß man es auf die Dauer ausgliedern und als etwas besonderes, als eine Art Aussätzigen behandeln könnte. Wir, die wir während des Krieges Radio hörten – nicht den Goebbels-Radio – sondern die wir uns der Todesstrafe aussetzen, um die Stimmen zu hören, die von der anderen Seite zu uns herüberkamen, wir haben seinerzeit gehört, daß man einen Unterschied machen wolle zwischen der Leitung des deutschen Volkes und dem deutschen Volke selbst. Wir haben auch das Wort Churchills gehört, der einmal sagte, das deutsche Volk solle in seinem Bestand nicht zerrissen und zerstückelt werden. Nun leben wir heute zwar nicht in einem zerstückelten Land, aber in einem Zustand, der der Zerstückelung nicht ganz unähnlich sieht. Wir leben in völlig voneinander getrennten Zonen, in einer amerikanischen, einer englischen, einer russischen und einer französischen. Es ist ganz kurze Zeit her, daß die Grenzen dieser Zonen wenigstens für den Briefverkehr aufgehoben worden sind. Diese Zoneneinteilung ist einmal aus militärischen Gründen festgelegt worden, aber sie ist heute – ich wiederhole nur, was der englische Außenminister Bevin gesagt hat – nicht mehr berechtigt, sie ist falsch. Solange nämlich die Zoneneinteilung in dem jetzigen Zustand besteht, ist eine Ordnung der deutschen Wirtschaft unmöglich. Deswegen müssen wir den Mächten immer wieder sagen: Wenn Ihr wollt, daß Deutschland sich selbst ernährt, und wenn Ihr wollt, daß Deutschland wieder aufbaut, dann müßt Ihr die Zonengrenzen fallen lassen. Sie sind eine Behinderung, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus auf die Dauer unmöglich ist. Die deutsche Wirtschaft ist viel zu sehr ineinander verzahnt und verästelt, als daß sie ohne die Freiheit des Verkehrs genesen könnte. Manchmal merken es die Besatzungsmächte am eigenen Leib. Auf einer Reise war ich kürzlich in Westfalen auch in dem Ort Steinhagen, wo die Brennereien für die englische Besatzungsarmee arbeiten. Aber diese Arbeit wird vermutlich in einiger Zeit unterbrochen werden müssen, weil es keine Steinhägerkrüge mehr gibt; sie kommen näm-

[5] Gemeint ist die Rede des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson am 21. 11. 1945 zur Eröffnung der Anklage vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg; vgl.: Grundlegende Rede vorgetragen im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter der USA beim Internationalen Militärgerichtshof zu Nürnberg, Frankfurt 1946.

lich aus dem Westerwald aus französisch besetztem Gebiet.[6] Wenn wir uns fragen, wer eigentlich daran schuld ist, daß die Zonengrenzen noch so streng eingehalten werden, so müssen wir glauben, was der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika [Truman], und was einer seiner Mitarbeiter, Byron Price, kürzlich sagten,[7] daß nämlich viele Versuche, die Dinge in Deutschland zu vereinheitlichen, an dem Widerspruch Frankreichs gescheitert sind. Wir möchten wünschen, daß die Kritik, die in den Vereinigten Staaten jetzt an diesem Zustand laut geworden ist, im Interesse unseres Landes, aber auch im Interesse des allgemeinen Friedens und der Ordnung der Welt fruchtbar werde. Wir können in Deutschland in den schweren Zeiten, die noch vor uns stehen, unsere Bevölkerung nicht ernähren, und wir können ihr keine Arbeit geben und nichts aufbauen, wenn diese Zonengrenzen nicht fallen.

Man gibt uns jetzt das Recht zu wählen und gibt uns damit ein Mittel zur politischen Erziehung. Aber ich wünschte, daß man uns auch in dieser Beziehung die Bewegungsfreiheit gibt, die notwendig ist, daß die Parteien, die in der amerikanischen Zone ja zugelassen sind, auch über die Zonen hinweg zugelassen werden. Wenn es gar so ist, daß die Gewerkschaften nicht einheitlich arbeiten können, weil sich die Gewerkschaften der französischen Zone mit denen der anderen Zonen nicht vereinigen können, so greift hier die Politik aufs tiefste gerade in die Interessen der Arbeiterschaft hinein. Berücksichtigen wir aber die letzten 12 Jahre, dann hat es gerade die Arbeiterschaft am allerwenigsten verdient, daß sie für die Hitlerzeit gestraft werde, denn sie hat stärker als manche anderen Schichten des deutschen Volkes Widerstand geleistet. Da es eine Arbeiterregierung in England gibt und eine Arbeiterregierung in Rußland, und da in Frankreich die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen eine Mehrheit haben, möchte ich sagen, daß es im Interesse der Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt liegt, wenn in Deutschland die Organisationen der Arbeiterschaft wieder aufgebaut werden, unter einer gemeinsamen Leitung natürlich, denn ohne eine solche wird ja auch diese Seite des Wirtschaftslebens – und die Gewerkschaften sind einer der notwendigen, tragenden Körper des Wirtschaftslebens – nicht ordentlich in Gang kommen.

Es ist auch notwendig, über das bisherige System der Zeitungen hinauszukommen. Ich begrüße es mit Freuden, daß die amerikanische Militärregierung jetzt Zeitungen der einzelnen politischen Parteien zulassen will.[8] Das wird der Klarheit und vor allen Dingen der politischen Erziehung des deutschen Volkes dienen; denn die politische Erziehung ist ja bisher in Deutschland eigentlich niemals vom Staate ausgegangen, sondern in der Regel von den politischen Parteien.

Doch zurück zur Frage der Zonen und zu der Frage, was aus dem deutschen Gebiet werden soll. Von französischer Seite ist die Forderung gestellt worden, das Ruhrgebiet und das Rheinland unter eine internationale Kontrolle zu stellen. Ich erkenne vollständig an, daß Deutschland die Verpflichtung hat, den Ländern, die vom Hitlerismus überfallen und ruiniert worden sind, Kohlen zu liefern. Ich erkenne damit auch an, daß eine gewisse Kontrolle über die deutsche Kohlenförde-

[6] Vgl. Anm. 15/1946. Im Manuskript steht irrtümlich „Brauereien" statt Brennereien.

[7] Byron Price hatte im Auftrag Trumans im Oktober 1945 eine Inspektionsreise durch Deutschland unternommen. In seinem abschließenden Bericht malte er düstere Visionen über Deutschlands Zukunft, wenn es nicht gelänge den Export anzukurbeln. Dabei stellte er Frankreich als Hauptschuldigen dar, der die Gesundung Deutschlands blockiere. Sein Bericht gab „den stärksten Anstoß zur Revision der Besatzungspolitik". Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, S. 42.

[8] Ab Februar 1946 durften Mitteilungsblätter der Parteien erscheinen.

rung und Kohlenverteilung stattfinden muß, aber ich vermag nicht anzuerkennen, daß diese deutschen Gebiete politisch und verwaltungsmäßig unter eine internationale Herrschaft gestellt werden sollen.

Ich erkenne auch an, daß Deutschland Wiedergutmachungen leisten muß. Diese Wiedergutmachungen sollen nach dem Potsdamer Protokoll zu einem großen Teil darin bestehen, daß deutsche Fabriken abmontiert und anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Wenn man die Fabriken der deutschen Kriegsindustrie abmontiert, so können und wollen wir dagegen nichts einwenden. Aber die Lieferung von ganzen Fabriken hat eine Grenze, nämlich an der Forderung der Mächte selbst, in Deutschland eine demokratische Staatsgestaltung einzuführen. Eine Demokratie aber ist nicht möglich, wenn die Regierung eines Landes ihrer Bevölkerung nicht Brot und Arbeit geben kann. Die Grenze der Lieferung Deutschlands ist deshalb da, wo es unmöglich wird, daß das deutsche Volk arbeitet und durch seine Arbeit sein Brot verdient. Wenn wir aber keine Fabriken haben, können wir das nicht. Denn Deutschland hat sich niemals von seiner eigenen Landwirtschaft ganz ernähren können. Wir müssen industrielle Möglichkeiten behalten, denn unser Volk ist zu einem großen Teil in der Industrie tätig. Es wird für Deutschland nicht möglich sein, weiter zu leben, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, auch die Ausfuhr frei zu bekommen. Wenn wir nicht ausführen können, können wir nicht bezahlen, und wenn wir nicht bezahlen können, können wir nicht leben. Wir brauchen die Ausfuhr, um unsere Bevölkerung zu ernähren, und wir wollen hoffen, daß wir bald in die Möglichkeit versetzt werden, nicht Kanonen auszuführen oder Bomben oder ähnliche Dinge, wie wir es früher getan haben, sondern Güter friedlicher Arbeit. Wir glauben auch, daß die anderen Länder auf die Dauer daran interessiert sein müssen, daß Deutschland kaufen kann. Dazu muß es exportieren können.

Wir wünschen darüber hinaus, allmählich auch in anderer Beziehung wieder in die Welt hinein zu kommen, nämlich die geistigen Beziehungen zu den anderen Ländern wieder herzustellen, damit wir einmal wieder sehen und lernen, was in der Welt vorgeht, von der wir 12 Jahre hindurch abgeschlossen waren. Wir brauchen ausländische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

Ich komme nun noch auf eine andere Frage, die augenblicklich noch nicht spruchreif ist: wie es später mit einem deutschen Reich werden soll. Dabei gehe ich von dem letzten Bericht des Generals Eisenhower als Leiter der amerikanischen Zonenverwaltung aus, der sagte, daß eine politische Zusammenfassung Deutschlands wichtig und notwendig sei. Wie soll nun diese Zusammenfassung späterhin aussehen? Wir haben gerade hier in Hessen einen wichtigen Grundstein dazu gelegt, und ich kann wohl sagen, daß ich in Übereinstimmung mit meiner Partei einen vollen Anteil daran habe: die Schaffung des Landes Groß-Hessen.[9] Wir hatten Gelegenheit dazu, und wir haben sie bewußt genutzt, weil uns die bisherige Gliederung dieses Gebietes vor allen Dingen in wirtschaftlicher Beziehung unmöglich erschien. Dieses Land Groß-Hessen haben wir aber auch in politischer Absicht bewußt geschaffen, weil wir glauben, daß die bisherige Organisation Deutschlands fehlerhaft gewesen ist. Das Übergewicht Preußens hat uns vielfach einen Geist und eine politische Haltung aufgezwungen, die dem deutschen Volk und Staat nicht gemäß waren. Wenn wir jetzt Gelegenheit haben, Deutschland neu zu ordnen, so scheint es mir richtig zu sein, daß man die natürlichen Grenzen nimmt, daß man den preußischen Staat und andere Gebiete aufteilt, um Länder zu schaffen, die eine Möglichkeit des eigenen Lebens innerhalb des Rahmens Deutsches Reich haben. Es gehört zu den großen Traditionen der Sozialdemokratischen Partei, daß sie immer erklärter Gegner jedes Separatismus gewesen ist. Die Zeit der Kämpfe gegen den Separatismus in den Jahren nach 1918 sind ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei.

[9] Vgl. Einleitung, S. 17.

Und wir halten es auch noch heute so. Wir wollen Länder in Deutschland, aber wir wollen nicht, daß sich diese Länder selbständig machen und herauslösen aus dem Körper des Deutschen Reiches. Wenn uns von Bayern Äußerungen gegenübertreten, daß es ganz selbständiger Herr im Hause sein wolle, so billigen wir das nicht. Wir wollen das Reich, wir brauchen das Reich, und nicht zuletzt die Arbeiterschaft braucht dieses Reich, denn nur in einem Reich kann eine wirtschaftliche Einheit geschaffen werden, die wieder eine Blüte der Wirtschaft in Deutschland ermöglicht. Bestrebungen, in den einzelnen Ländern, Verkehrsministerien oder eine Landespost zu schaffen, sind Unfug. In einer Zeit, wo die Geschwindigkeit der Verkehrsmittel zunimmt, dürfen die Grenzen nicht kleiner werden.

Aber wir wollen für die Länder etwas anderes: mehr Selbstverwaltung. Es ist nicht notwendig, daß alle Dinge in einer Hand sind und daß es so gemacht wird, wie im Hitler-Deutschland, wo kein Beamter angestellt werden konnte, ohne Anfrage bei der Parteikanzlei in München und bei irgendeinem Ministerium in Berlin. Das wäre Zentralismus, wie er immer in der Diktatur gegeben ist. Wir wollen mehr Selbstverwaltung, weil sie die gute Eigenschaft hat, den Staatsbürger mehr an den Staat heran – und mehr in den Staat hinein zu führen. Man hat nun im englischen Gebiet die Absicht – ich weiß nicht, ob es für das amerikanische Gebiet auch in Aussicht genommen ist – ein System der Selbstverwaltung einzuführen, gegenüber dem wir Bedenken haben: man hat die Absicht gewisse Beamte, wie etwa die Landräte, wählen zu lassen.[10] In diesem Fall würde der Beamte, also der Landrat, Vertreter einer politischen Partei und würde damit selbstverständlich als Vertreter seiner Partei in bestimmten Sinne arbeiten. Ich glaube, das ist nicht im Interesse der Bevölkerung; denn es ist etwas anderes, ob ein Beamter lediglich Mitglied einer politischen Partei ist oder ob er als Vertreter dieser Partei gewählt wird. Er soll ja doch als Beamter nicht für seine Partei, sondern für die gesamte Bevölkerung da sein. Und er kann als Beamter nicht nur das tun, was seinem Parteiprogramm entspricht, sondern er muß vor allem das ausführen, was in den allgemeinen politischen Linien liegt. Auch gegen einen anderen Vorschlag, nämlich den, frühere Offiziere für die Verwaltung vorzubilden, haben wir allerlei Einwände. Wir glauben gewiß, daß es einzelne frühere Offiziere geben kann, die sich in eine derartige Tätigkeit hineinfinden, aber die Vorbildung zum Offizier entspricht nicht dem, was der Beamte in der Demokratie sein soll: ein Mann, der nicht auf die Bevölkerung drückt, sondern für die Bevölkerung da ist. Und ich weiß nicht, ob das gerade mit der Erziehung aller Offiziere übereinstimmt. Man soll diese Dinge natürlich von Fall zu Fall beurteilen und sich nicht einer Regel hingeben. Wir wollen vom Militarismus nicht nur äußerlich befreit werden, sondern wollen, daß er auch innerlich aus uns verschwinde. Es gibt ja noch sehr viele Leute, die dem Militarismus innerlich anhängen und meinen, wenn jemand eine Uniform trägt, dann sei er etwas besonderes, und wenn jemand in einer Beamtenstellung sei, dann habe er gewissermaßen das Recht, eine besondere Haltung einzunehmen. Es besteht überhaupt in der Bevölkerung nach den 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nicht ganz das richtige Verhältnis zu Beamten und zu den Amtsstellen. Es liegt ein großer Mangel an Vertrauen vor. Das ist heutzutage nicht mehr gerechtfertigt. Auf der einen Seite werden die Behörden zwar überlaufen, auf der anderen Seite ist aber immer noch ein gewisser Mangel an Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den Ämtern.

Zum Schluß noch einiges über wirtschaftliche Dinge: Unsere Wirtschaft ist, wie ich schon sagte, als Ganzes abhängig von der Möglichkeit der Ausfuhr. Wenn wir unsere Industrie ansehen, so stehen wir heute wieder vor ähnlichen Fragen wie

[10] Vgl. Eintragung 9.11.1945 über B.s Reise in die britische Zone. In der US-Zone wurde dann aufgrund amerikanischer Anweisung verfügt, daß die Landräte vom Kreistag gewählt wurden; Kreisordnung (§ 11) in: GVbl 1946, S.101.

1918 und 1919. Auch damals spielte die Sozialisierung eine große Rolle, d.h. die Überführung eines Betriebes von der privaten Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit, also des Staates, des Landes, der Gemeinde oder irgendeines Selbstverwaltungsverbandes. Für die Sozialdemokratische Partei ist es ganz selbstverständlich, daß bestimmte Industrien, die einen besonderen Monopolcharakter haben, sozialisiert werden müssen. Es ist notwendig, daß der Kohlenbergbau sozialisiert wird und daß auch bestimmte andere Industrien sozialisiert werden. Wir werden das um so mehr tun, als gerade die Besitzer dieser Industrien es gewesen sind, die den Hitlerismus gefüttert haben. Sie haben Hitler Geld gegeben, damit er sein Riesenprogramm durchführen könne, weil sie hinter diesem Programm die Möglichkeit der Aufrüstung sahen, bei der sie Riesenverdiener wurden. Die Leute, die in diesem Egoismus verkommen und die gemeint haben, sie könnten die aus der Bevölkerung gezogenen Millionen gegen die Bevölkerung verwenden, diese Leute sollen heute nicht mehr die Macht in Händen haben. Sie sollen das nie wieder tun! Ganz genau so steht es mit der Landwirtschaft. Die Großlandwirtschaft im Osten ist ja nun glücklich zerbrochen worden.[11] In unserem Gebiet haben wir nicht viel Großlandwirtschaft, aber wir stehen vor der Notwendigkeit, daß wir Siedler, etwa Flüchtlinge aus anderen Gebieten, aufnehmen müssen. Dann wird es notwendig sein, einen Teil dieser Flüchtlinge seßhaft zu machen. Wir werden es können, wenn wir Ackerstellen für sie schaffen. Etwas anderes ist es mit dem Wald. Ihn in kleine Teile aufzuteilen, etwa 500 ha als größten Waldbesitz, scheint mir abwegig. Denn 500 ha ist ungefähr das Revier für einen Förster. Der Wald aber wird besser im Großen verwaltet, und es bleibt deshalb nur die Möglichkeit, wenn man Waldbesitz enteignet, ihn in Staatseigentum zu überführen.[12]

Noch etwas anderes: Sehr viele Menschen sind heute bedrückt, weil in den zerstörten Städten der Aufbau nur langsam vorwärts geht. Das mag zum Teil an den Verkehrsverhältnissen liegen. Es liegt zu einem Teil aber auch daran, daß von den Besatzungsheeren dies oder jenes plötzlich für ihren eigenen Bedarf beschlagnahmt wird. Wir hoffen hier, zu einer allgemeinen und grundsätzlichen Regelung, zu einem guten Verteilungsschlüssel zu kommen. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Lust am Wiederaufbau lange Zeit hindurch nicht eben groß gewesen ist. Es war einer der erschütterndsten Eindrücke für mich, wie unendlich viel von der früher so lebendigen Initiative, von der Arbeitsleidenschaft und dem Arbeitswillen des Deutschen Volkes zerschlagen worden ist, einfach dadurch, daß die Leute 12 Jahre lang daran gewöhnt waren, irgendwohin zu gucken, meistens mit schlotternden Knien, und zu warten, bis sie einen Befehl bekamen. Es ist aber nichts wichtiger, als daß wir diesen Geist oder besser Ungeist des Abwartens, des Wartens auf einen Befehl, aus uns herausbringen und daß jeder wieder seine Arbeit in die eigenen Hände nehmen muß, um etwas zu leisten. Nur dadurch wird aufgebaut und nur dann kommen wir aus chaotischen Zuständen, einer unerhörten Niederlage wieder heraus. Es ist vielfach so, daß unsere Bevölkerung müde, fast mutlos in den Ecken sitzt und die Hände in den Schoß legt und fragt, ob es überhaupt einen Zweck hat, wieder anzufangen. Nichts ist schlimmer als eine derartige Einstellung. Was ich anfangs von der Politik sagte, gilt auch hier: Wer sich von der Verantwortung drückt, weiß nicht, was er sich und was er seinem Volke schuldig ist. Wenn der eine oder andere aber sagt, es nützt ja doch alles nichts, dann lassen wir ihn einmal zurückschauen, und er wird einen gewissen, wenn auch nur sehr allmählichen Wiederanfang deutlich erkennen.

[11] Vgl. Anm. 41/1946.

[12] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch mit Weisgerber am 5.12.1945.

Wenn wir nun, abgesehen von all diesen wirtschaftlichen Dingen, an die Zukunft unseres Volkes und zugleich an seine Vergangenheit denken, dann wird uns, wenn wir vor uns selbst ehrlich sind, immer wieder der Gedanke und die Überzeugung kommen, daß es sich lohnt, tätig zu sein und zu arbeiten. Wir sehen ja nicht das Bild, das Hitler weiten Kreisen des deutschen Volkes einmal vorgezaubert hat, das Bild, wonach das deutsche Volk irgendwo an der Spitze der Welt, die Welt beherrschen soll, sondern vor uns steht ein friedliches Bild: der Wunsch und der Wille, das deutsche Volk wieder einzugliedern in die Welt und mitzuarbeiten an dem Neuaufbau und an der Kultur der Welt. Man konnte uns in eine ungeheure Niederlage hineinführen, wir sind ein zerstörtes Land und haben eine zerstörte Wirtschaft, aber die großen Leistungen, die das deutsche Volk im geistigen Leben der Völker bisher vollbracht hat, wird man uns nicht nehmen können. Wenn wir auf diese Leistungen zurückblicken, so brauche ich keine Namen zu nennen, brauche nicht Schiller und Goethe zu erwähnen und die großen Musiker, die das deutsche Volk hervorgebracht hat, denn diese Leistungen des deutschen Volkes sind durch Jahrhunderte gegangen. Auch für die Zukunft können wir die berechtigte Hoffnung haben, derartige deutsche Leistungen zu sehen. Dazu gehört allerdings, daß wir die Überheblichkeit abtun, die uns vom Hitlerismus gepredigt worden ist, Dazu müssen wir uns aber auch als Volk darüber klar sein, daß wir dem Menschen gegenüber menschlich sein müssen. Wenn jetzt der ungeheure Strom der Flüchtlinge aus dem Osten kommt, so gilt es die edelste Pflicht zu erfüllen, hilfreich zu sein, Menschen zu helfen, die der Verzweiflung nahe sind und die über das größte Elend des äußeren und inneren Menschen hinwegkommen müssen. Wir müssen den Glauben daran bewahren, daß die Anstrengungen und die Arbeit, die wir in unser Leben setzten, etwas sind, was sich für uns selbst gutschreibt. Im heutigen Zustand Deutschlands brauchen wir ein wenig Hoffnung und den Optimismus, aus dieser Situation wieder herauszukommen. Wir brauchen aber auch den Glauben daran, daß es für ein Volk, das Großes geleistet hat, wieder einmal eine Zukunft großer Leistungen gibt!

Dokument 2: Grundsätze der Hessischen Verfassung

Rede vor dem Plenum der Verfassungberatenden Landesversammlung (Auszug), 6. August 1946.[1]

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns einen Leitspruch wählen wollten für die bedeutsame Arbeit, vor der wir stehen, dann würden wir ihn vielleicht finden bei einem der wirklich großen Schriftsteller Deutschlands, bei einem Manne, der zugleich einer der Begründer der Sozialdemokratischen Partei ist, bei Ferdinand Lassalle. In seinem Vortrage über Verfassungswesen sagt er: „Wann ist eine geschriebene Verfassung gut und dauerhaft? Wenn sie den im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht." Sehr einfach. Wenn wir uns daran halten und nun einmal die Machtverhältnisse, wie sie augenblicklich bestehen, an unseren Augen vorüberziehen lassen, so werden wir als erstes feststellen müssen, daß wir ein besetztes Land sind und daß augenblicklich die Besatzungsmacht die sichtbarste Macht bei uns ist. Es ist vorhin schon die Frage aufgeworfen worden, ob es unter diesen Umständen überhaupt angebracht sei, eine Verfassung zu schaffen. Nun, meine Damen und Herren, es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Haager Landkriegsordnung von 1907[2], die das Recht der Okkupationsmacht regelt, noch besteht und daß sie bestehen bleibt. Aber trotzdem: Wenn wir heute eine Verfassung beraten – und meine Fraktion ist durchaus der Meinung, daß wir eine Verfassung schaffen sollen –, dann gehen wir dabei von zweierlei aus: Erstens einmal davon, daß wir in der Politik der Okkupationsmacht Amerika eine ganz bestimmte Linie feststellen können. Ich möchte weitergehen und möchte sagen: In einem der Ziele sind wir einig, nämlich darin, daß es notwendig ist, Deutschland zu einer demokratischen Gestaltung zu verhelfen und das deutsche Volk zu einer Demokratie zu erziehen. Wenn wir in diesem Ziele einig gehen, so sehen wir, daß die Okkupationsmacht schrittweise vorgegangen ist – denn sie fand ja ein Nichts vor –, von der Gemeinde zum Kreise, vom Kreis zu dem größeren Gebilde eines Regierungsbezirks und dann zur Schaffung dieses neuen Landes Groß-Hessen. Und ich glaube, es ist nicht unrichtig, daß sie so vorgegangen ist. Jedesmal, wenn sie einen weiteren Schritt tat, gab es eines: eine neue Möglichkeit, Kompetenzen zu klären; und, meine Damen und Herren, es scheint uns wichtig zu sein, daß auch durch die Verfassung, die wir jetzt beraten, Kompetenzen geklärt werden können, und zwar geklärt werden können auch wieder in der Richtung der Entwicklung, die dahin geht, daß wir Deutschen immer mehr selbst verantwortlich sein sollen für unsere Geschicke. Das heißt also, daß nach wie vor natürlich die Besatzungsmacht die Möglichkeit hat, zu sagen „Dieses oder jenes wollen wir nicht", denn das ist ihr Recht; daß aber wir bestimmen, was wir wollen, daß also die Besatzungsmacht nur die negative Möglichkeit, nicht aber die positive Möglichkeit hat, von sich aus aktiv zu ordnen und einzugreifen, zum Beispiel bei der Besetzung von Ämtern und ähnlichen Dingen mehr. [...]

Das Problem ist ja dieses: Die Neuordnung Deutschlands wird sich vollziehen in einer Föderation. Aber das wesentlich Neue ist, daß diese Föderation nicht ein Societas Leonina ist, in der der preußische Adler die übrigen Länder überschattet, sondern wir werden jetzt sein eine Vereinigung möglichst gleichmäßiger Länder. Ich sage ausdrücklich „Länder", weil unserer Auffassung nach in der deutschen

[1] 3. Sitzung Plenum, 6. 8. 1946: LV-Drucks. III, S. 33–38.

[2] Das von 41 Staaten unterzeichnete „Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs" (Haager Landkriegsordnung) vom 18. 10. 1907 regelte die militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiet und sicherte Mindestrechte der Besetzten.

Sprache der Begriff „Staat" sich nicht deckt mit dem Begriff „Land". Denn der Begriff „Staat" bedeutet eine Vollsouveränität, und der Begriff „Land" bedeutet eine Teilsouveränität, eine eingeordnete Souveränität. Gleichmäßige Länder also, wobei wir hoffen wollen, daß nicht der Bayerische Löwe nun den Versuch machen möchte, seinerseits die Führung in einer neuen Societas Leonina zu übernehmen.

Wenn wir so die Verfassung, die wir machen sollen, auch in das Verhältnis Reich, oder sagen wir: zukünftiges Deutschland, oder deutsche Republik und einzelne Länder einordnen, wie das Herr Dr. Köhler gesagt hat,[3] so möchte ich eine Bemerkung machen: Herr Dr. Köhler erwähnte einen Staatspräsidenten. Ich möchte bemerken, wenn wir einen blauweiß angestrichenen Staatspräsidenten haben, und vielleicht einen schwarzroten und einen grüngelben oder was weiß ich: jeder Staatspräsident wäre psychologisch gesehen ein Hemmnis für die Einheit, wäre ein Hemmnis für die notwendige Einheit. Es gibt in jeder Behörde – wir wissen das ja –, nicht nur in einer bürokratischen, sondern auch in jeder anderen – einen Drang nach Macht und das Beharren in der Macht. [...]

Und nun komme ich mit einem kleinen Sprung zu dem Zweiten, was Herr Dr. Köhler gesagt hat, nämlich zu der Zweiten Kammer, oder sagen wir zu der Ersten Kammer. Nun, auch da möchte ich mit dem Herrn Abg. Bauer[4] sagen: Für das Reich, für das Deutschland der Zukunft ist für uns eine derartige Erste Kammer als Vertretung des deutschen Länderwesens eine Selbstverständlichkeit, ich möchte sagen eine Notwendigkeit. Aber für Hessen nun eine solche Kammer zu machen, das erscheint uns denn doch nicht ganz das Richtige. Wir haben ja zwei Vorschläge bekommen: beide Vorschläge gehen aus auf ein ständischen Prinzip. Was ist das? Das ständische Prinzip ist 150 Jahre lang benutzt worden, um das Verfassungswesen in Deutschland zu diskreditieren. [...]

Wenn Sie eine solche Kammer nach wirtschaftlichen Gründen zusammensetzen wollen, kommen wir auf ein sehr schweres und bedeutsames Problem, das nämlich: Wie verhält sich das zur Politik? Ich denke dabei an die Jahre 1919 bis 1926, wo Stinnes eine Arbeitsgemeinschaft gegründet hat[5], von der man jetzt wieder hört, und wo derselbe Stinnes die Politik der Regierung, daß heißt die Politik gegenüber den Siegermächten nicht nur diskreditiert, sondern zerschlagen hat aus wirtschaftlichen Gründen, weil er ein Wirtschaftsinteressent, aber nicht ein Sachverständiger war.

Es besteht ein großer Unterschied zwischen Sachverständigen und Interessenvertretern. Ich möchte als typisches Beispiel den Lord Keynes anführen; das war ein Sachverständiger. Aber die Sachverständigen, die wir früher gehabt haben – ich habe eine Reihe von ihnen gekannt – waren eigentlich immer Interessenvertreter, und sie haben gemeint, wenn ihre Interessen wirksam vertreten werden, dann geht die Welt glänzend weiter. Wir sind nicht dieser Meinung. Es gibt einen Unterschied zwischen dem Politischen, dem, was das Mögliche ist, und dem Wirtschaftlichen,

[3] Köhler hatte als erster Redner der CDU am Tag zuvor gesprochen; 2. Sitzung Plenum 5.8.1946: LV-Drucks. III, S. 14–19.

[4] Bauer war erster Redner der KPD am Tag zuvor; ebd. S. 19–25.

[5] Die im November 1918 gegründete Zentralarbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zielte auf Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme und eine möglichst reibungslose Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft. Der Austritt des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Januar 1924, als Reaktion auf die Bestrebungen der Arbeitgeber, den Acht-Stunden-Tag aufzuheben, bedeutete faktisch das Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft.

das immer ein besonderes eigenes Ziel mit Recht erstrebt, aber das sich oft nicht einordnet in das Allgemeine. Es ist nicht so, daß eine gute Wirtschaft eine gute Politik verbürgt, meine Damen und Herren; im Gegenteil, eine erfolgreiche Politik erst ermöglicht eine richtige Wirtschaft.

Wir halten fest an der Suprematie der Politik über die Wirtschaft. Deswegen können wir diesem ständischen Prinzip nicht folgen. Und wenn Sie nun etwa gar einen Kulturrat wollen, nun, in diesen Kulturrat sehe ich einziehen alle möglichen Leute, und die wollen über Politik bestimmen. Ich sehe Professoren in Talaren. Ich kenne Professoren, und ich halte von der Politik der Professoren generaliter nicht übermäßig viel. [...]

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie nun diese Zweite Kammer nach einem anderen Prinzip aufbauen wollen, nämlich nach Wahlen, wie etwa der französische Senat es gewesen ist, der aus den Generalständen erwuchs; nehmen wir an, wir machten es so, wir legen die 64 Kreise und Städte zusammen und schaffen die Möglichkeit, daß ein Gremium von 30 oder 40 Leuten zusammenkommt, glauben Sie, daß ein solches Gremium ein anderes Bild zeigen wird als dieses Gremium hier? Ich nicht. Deshalb halte ich auch diese Basis für eine solche Erste Kammer nicht für das Richtige. Sie könnten natürlich einen anderen Vorschlag machen, aber der wirkt lächerlich, wenn man ihn durchdenkt. Wir haben drei Regierungsbezirke, und jeder Regierungsbezirk schickt ein paar Leute in einen solchen Senat. Nun, meine Damen und Herren, diese Zweite Kammer also scheint mir eine Theorie, ich möchte fast sagen, eine Liebhaberei zu sein, und zwar eine Liebhaberei, ausgehend von einem gewissen Mißtrauen gegen das Parlament.

Wenn Sie solches Mißtrauen gegen das Parlament haben, dann sagen Sie doch offen: Wir wollen kein Parlament, dann ist das eine klare Stellungnahme.

Herr Dr. Köhler hat von den Sachverständigen gesprochen, die nicht im Parlament seien. Wenn wir nun einen Wirtschaftsrat hätten, und dieser Wirtschaftsrat wäre eine Erste Kammer, dann würde uns dieser Wirtschaftsrat mit Denkschriften bombardieren, mit der Fruchtbarkeit, die in solchen Dingen in Deutschland leider üblich ist. Und wenn wir dann nicht schlucken würden, was dieser Rat uns vorlegt, dann würde es im Lande heißen, die Politiker sind dumm, sie verstehen nichts davon, sonst hätten sie das alles geschluckt. Man beachtet aber nicht, daß ein Politiker andere Aufgaben hat, daß er das politisch Mögliche beachten muß; und das ist heute auch schon etwas Außenpolitisches, daß heißt das Verhältnis zu den anderen Ländern unserer Zone. Wir werden bald ein engeres Verhältnis zu mehreren Zonen bekommen, und es wird auch wieder zu größeren Gebilden in Deutschland kommen, und dann wäre der Wirtschaftsrat ein Klumpen, den wir mit uns herumschleppen müßten, und dies würde die Autorität des Parlaments und der Staatsregierung erschüttern. Wir sind durchaus der Meinung, daß es notwendig ist, daß regiert werden muß. Und das konstitutionelle Prinzip, auf das angespielt wurde – was war denn das eigentlich? Das konstitutionelle Prinzip war der Versuch einer innenpolitischen Balance. Das ist ein Kunstprodukt, nichts anderes, ein Übergangsprodukt, nichts anderes; der Versuch, einen Staat so zu organisieren, daß man zwei Lokomotiven gegeneinander fahren läßt, ohne daß man die Garantie hat, daß sie kurz voreinander stehen bleiben, ich warne! [...]

Ich komme zu etwas Neuem; ich komme dazu, einmal kurz die innenpolitischen Machtverhältnisse zu überprüfen. Und wenn ich dazu etwas sagen kann, so ist es dies: Es ist nicht das erste Mal, daß der Sozialismus eine Macht geworden ist. Und ich sage Ihnen: unsere Verfassung wird eine sozialistische sein, oder sie wird nicht sein. Ich glaube sogar, daß wir im Grundsatz, wenn ich das ausspreche, gar nicht weit voneinander entfernt sind. Der Herr Kollege Dr. Köhler hat davon gesprochen, daß bestimmte Wirtschaftszweige sozialisiert werden müssen, und ich habe in den ausgezeichneten Frankfurter Heften einen ausgezeichneten Aufsatz von

Knappstein[6] gefunden, einen Aufsatz, von dem ich und von dem alle Mitglieder meiner Fraktion, die ihn gelesen haben, ich kann wohl sagen, mit Freude Kenntnis genommen haben: einen Aufsatz, in dem gesagt worden ist, was eigentlich das Wichtige des Sozialismus heute sei. Meine Damen und Herren, das Wichtige ist nicht nur, daß die großen Wirtschaftskräfte der Möglichkeit entkleidet werden müssen, daß sie in die Politik unberechtigterweise eingreifen; das ist für uns alle eine Selbstverständlichkeit. Die Hugenberg, Kirdorf und wie sie alle heißen, die Hitler das Geld gaben, sie schrecken uns heute, und sie sollen nicht wiederkommen. Es ist nicht nur dies, sondern es ist noch etwas anderes, nämlich, daß die große Masse der arbeitenden Menschen, der besitzlosen Menschen – und die Zahl dieser Menschen ist ja durch die revolutionäre Umschichtung der letzten dreißig Jahre ungeheuer gewachsen – es einfach nicht mehr verstehen, daß sie für den Profit Weniger arbeiten sollen; sondern sie wollen ihren vollen Anteil haben, ihr Mitbestimmungsrecht. Knappstein sagt, es sei notwendig, daß die Arbeitenden ein Mitverfügungsrecht erhalten über das Kapital, von dem ihre wirtschaftliche Existenz abhängt. Das ist eine gute Formulierung und eine richtige Formulierung; es ist die Formulierung aus dem Geist eines wirklichen Sozialismus heraus. Dies wollen wir: das Mitbestimmungsrecht; aber nicht ein Mitbestimmungsrecht, das nur ein Schein und eine Attrappe ist, sondern ein wirkliches, ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden in dem Betriebe. Was das Maß der Sozialisierung anlangt, so sind wir da vielleicht ein wenig verschiedener Meinung. Wir würden meinen, daß auch das Gesundheitswesen sozialisiert werden müsse, weil wir nicht verstehen können, daß an der Not der Menschen einzelne sich bereichern, sei es nun ein Kassenlöwe oder eine pharmazeutische Fabrik. Auch die chemischen Werke scheinen uns reif zu sein für eine Sozialisierung. Dabei möchte ich gleich eine Bemerkung machen: Sozialisierung heißt für uns nicht Staatskapitalismus. Denn vor einem Staatskapitalismus, meine Damen und Herren, haben wir eine gewisse Scheu: nicht nur wegen der Bürokratisierung, sondern auch aus einem anderen Grunde. Wir haben zwölf Jahre der Diktatur hinter uns, und wir wollen nie wieder eine Diktatur, weil eine Diktatur absolut unmoralisch ist, weil sie den Menschen durch äußeren Zwang moralisch vernichtet. Und wenn der Staat neben der politischen Macht auch noch die wirtschaftliche Macht anhäuft, dann wissen wir nicht, ob er nicht irgendwann einmal die Möglichkeit wahrnimmt, durch ein anderes System tatsächlich wieder eine Diktatur aufzurichten. Das lehnen wir ab. Es müssen andere Formen gefunden werden. Ich sage noch einmal: für uns ist entscheidend wichtig, daß verhindert wird, daß wenige Besitzer große Gewinne machen, die wir als unmoralisch empfinden in dieser Zeit.

Ich möchte noch kurz auf einiges andere zu sprechen kommen. Es ist von meinen Herren Vorrednern gesprochen worden auch über das Verhältnis von Kirche und Schule. Ich will mit der Schule beginnen. Der Herr Kollege Dr. Köhler hat gefußt auf dem Recht der Erziehungsberechtigten. Meine Damen und Herren, dieses Recht findet seine Grenze an dem Recht des Staates. Auch hier wollen wir ausgehen von der Wirklichkeit, und diese Wirklichkeit für uns in Deutschland heißt, daß wir ein konfessionell getrenntes Volk sind. Ein solches konfessionell getrenntes Volk, meine Damen und Herren, muß von Jugend an das allerwichtigste lernen – es ist eine der Grundlagen einer jeden Demokratie: die Toleranz. Deswegen, meine Damen und Herren, verlangen wir die Simultanschule, die eingebaut ist schon

[6] Karl Heinrich Knappstein, Die Stunde der Sozialreform, in: Frankfurter Hefte 1/1946, S. 1–3. Knappstein, der zum linken Flügel der CDU zählte, forderte in diesem Aufsatz eine wirtschaftspolitische Neuordnung mit Mitbestimmung, Planung und Sozialisierung.

lange in die Tradition dieses Landes. Das ist etwas, meine Damen und Herren, von dem meine Fraktion bei der zukünftigen Gestaltung der Verfassung unseres Landes nicht abgehen möchte.

Im übrigen wollen wir – ich habe das Wort Duldsamkeit nicht umsonst gebraucht – duldsam sein. Über den Religionsunterricht sollen die Erziehungsberechtigten allein bestimmen. Allerdings, wenn Erziehungsberechtigte nicht wünschen, daß ihre Kinder den Religionsunterricht besuchen, so ist das ihre Sache; einen Zwang wollen wir auch in dieser Beziehung nicht ausüben. [...]

Und nun zur vierten Frage. Meine Damen und Herren, es ist hier gesprochen worden von der Verbindung zwischen Staat und Kirche von der einen Seite, und es ist von der andern Seite gesprochen worden von der Trennung von Staat und Kirche. Das Wort von der Trennung von Staat und Kirche – um damit zu beginnen – hat einen unterschiedlichen Charakter, läßt verschiedene Spielarten zu. Es gibt eine Trennung von Staat und Kirche, wie sie Aristide Briand im Jahre 1905 in Frankreich durchgeführt hat. Diese Trennung von Staat und Kirche – darüber sind wir uns einig – ist schikanös. Eine derartige Trennung von Staat und Kirche würden auch wir ablehnen. Aber es gibt auch etwas anderes. Wenn von mancher Seite die enge Verbindung von Staat und Kirche verlangt und gefordert wird – ich verstand Herrn Dr. Köhler so –, so möchte dagegen doch mancherlei zu sagen sein. Sehen Sie, die lebendige Kirche und der lebendige Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben ist da am stärksten, wo die Verbindung der Kirche mit dem Staat am schlechtesten ist. Denken Sie daran, daß in England gerade die Kirche, die nicht mit dem Staate verbunden war, es gewesen ist, die die großen sozialen Reformen gefördert, die Sklaverei bekämpft hat und ähnliches mehr, während die High-Church dasaß und wartete. Und denken Sie daran, daß an der Tatsache, daß die evangelische Kirche in Deutschland zeitweise sehr stark die Verbindung mit den breiten Massen der Bevölkerung verloren hatte, mit schuld gewesen ist der Umstand, daß die evangelische Kirche immer wieder sich abhängig fühlte vom Staate. Denken Sie an eine Persönlichkeit, die ich zitiere, weil ihre eine Seite ehrlich und bedeutend gewesen ist, an Stöcker. Ich zitiere nicht den Antisemiten Stöcker, ich zitiere den Sozialpolitiker Stöcker. Er war nicht von unserer Art, nicht von unserer Richtung. Aber daß er es ehrlich meinte, ist gewiß, Und was für einen Dank hat er geerntet? Den Dank, daß seine Kirche ihn schlecht behandelt hat. Meine Damen und Herren, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Und die Verbindung zwischen der geistig-moralischen Macht und der äußeren Macht des Staates – ich glaube nicht, daß sie für die Religion von Vorteil ist. Und ich weiß, daß gerade die religiösen Sozialisten in unserer Fraktion nicht nur, sondern auch in unserer Partei auf das stärkste den Grundsatz betonen: Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche im Interesse der Religion.

Auch in weiten evangelischen Kreisen – ich habe einige Fühlung zu der Bekennenden Kirche – wird dieser Grundsatz heute nicht mehr als etwas betrachtet, das man strikte ablehnt. Das, worauf es ankommt, sind nicht die Worte Trennung von Staat und Kirche, sondern es ist der Inhalt dieser Worte. Wir glauben, daß es nützlich wäre, die Bereiche des Staates und der Kirche gegeneinander abzugrenzen im Interesse beider.

Und ich meine: Wenn wir uns über diese Dinge im Verfassungsausschuß unterhalten und dabei nicht ausgehen von einem schematischen Begriff, den ich ablehne, sondern wenn wir ausgehen von den einzelnen Wirklichkeiten, dann können wir sehr wohl dazu kommen, daß wir uns verstehen, und es können dann aus diesem Verständnis auch Formeln und Formulierungen erwachsen, die uns dann nicht mehr so weit voneinander scheinen lassen als bisher.

Ich glaube überhaupt, meine Damen und Herren, eine erste Lesung gibt die Gelegenheit, seine principia zu stipulieren, und die zweite Lesung bietet schon die

Möglichkeit, den Realitäten näher zu kommen; die dritte Lesung erbringt ja dann die Realität. So sehe ich diese erste Diskussion an, meine Damen und Herren.

Nun möchte ich noch eine Bemerkung machen, sagen wir einmal – ich will dieses Wort benutzen – parteitaktischer Natur. Es ist gesprochen worden von den möglichen Kombinationen. Nun, meine Damen und Herren, wir, die sozialdemokratische Fraktion, sind in der angenehmen Lage, daß wir mit jeder anderen Fraktion eine Mehrheit bilden können, theoretisch. Auch wenn wir mit der liberalen Fraktion zusammengingen, hätten wir eine Mehrheit. Aber diese Möglichkeit wird sich ja aus unseren Beratungen ergeben. [...]

Nun, Herr Bauer, dann möchte ich denn doch bei dieser Gelegenheit einmal die politische Gretchenfrage an Sie richten, nicht nur die Frage: Wie halten Sie es eigentlich mit der Verfassung? Wollen Sie wirklich eine Verfassung? Sind Sie nicht nur bereit, mitzuarbeiten bei den Vorbereitungen? – und ich muß gestehen, nachdem wir im Ausschuß so gut zusammengearbeitet haben, würde ich mich freuen, auch weiterhin mit Ihnen zusammen zu sein –, sondern darüber hinaus die Gretchenfrage: Wollen Sie für eine Verfassung stimmen – vorausgesetzt natürlich, daß sie Ihnen paßt –, oder lehnen Sie das Stimmen für eine Verfassung aus allgemeinen Einheitsgrundsätzen ab? Es wäre ganz interessant, darüber etwas zu wissen.

Dann noch etwas. Der Herr Abgeordnete Dr. Köhler hat gesagt, daß, wenn diese Verfassung nicht auf einer breiten Grundlage zustande käme, ja die Möglichkeit bestände, daß seine Fraktion bei dem Referendum ihren Verfassungsvorschlag unterbreiten werde.[7] Meine Damen und Herren! Ich halte diese staatsrechtliche Konstruktion von Herrn Dr. Köhler für falsch. Es ist nicht möglich, daß jede Fraktion einen Verfassungsentwurf zum Referendum stellt. Denken Sie sich doch einmal, Herr Dr. Köhler kommt mit seinem, die Sozialdemokratische Partei hat ja schließlich auch einen Entwurf in der Rocktasche, dann kommen die Liberal-Demokratische und die Kommunistische Partei auch. Dann haben wir vier verschiedene Verfassungsvorschläge, und dann bekommen zwei Verfassungsvorschläge mehr Stimmen als die anderen. Soll dann zwischen diesen beiden Verfassungsvorschlägen eine Stichwahl stattfinden? Wie denken Sie sich dies? Abgesehen davon, widerspricht es allem, was bei solchen Versammlungen Brauch ist. Es ist nämlich Brauch, daß die Versammlung einen Verfassungsentwurf anfertigt, diesen Verfassungsentwurf unterbreitet und keinen anderen. So steht es auch, wenn ich mich erinnere, in den Direktiven, die die Militärregierung erlassen hat. Also das scheint mir nicht das Richtige zu sein, Herr Dr. Köhler.

Wir sind immer eine Partei gewesen, die in den Verfassungen einen besonderen Sinn gesehen hat; das heißt, wir sind uns immer darüber klar gewesen, daß es nicht angeht, eine Verfassung mit anderen Gesetzen gleichzustellen. Sie steht über den anderen Gesetzen, und wenn der Herr Abgeordnete Bauer von den Grundrechten spricht und sagt, man müsse mit diesen Grundrechten vor die Gerichte gehen können, so stimmen wir dem vollkommen zu. Wir wollen versuchen, die Grundrechte so zu formulieren, daß sie judiziabel werden, und weil wir das Verfassungsgesetz für etwas Besonderes halten, auch dieses Verfassungsgesetz für das kleine Land Hessen. Deswegen glauben wir, daß es wohl gut wäre, wenn diese Verfassung von einer möglichst breiten Masse der Bevölkerung angenommen wird, und wir sind durchaus bereit, in dieser Richtung mitzuwirken, unter dem Vorbehalt natürlich,

[7] So Köhler am Tag zuvor: „Wir sind ... zu dem Weg der koalitionsmäßigen Zusammenarbeit bereit und wollen unvoreingenommen jede Möglichkeit einer Verständigung erschöpfen. Wir sind aber ebenso gewillt und entschlossen, einem rein formaldemokratischen Majoritätsentwurf einen Entwurf eigener Prägung und eigener Auffassung entgegenzustellen und mit diesem Entwurf vor das groß-hessische Volk zur Entscheidung zu treten"; LV-Drucks. III, S. 19.

daß in gewissen Dingen, die bei uns von besonderer Wichtigkeit sind, wir zu einer wirklich konstruktiven Einheit kommen. Ich glaube, das eine sagen zu können: Wir sind mit etwas weniger Erwartungen in bezug auf die Aufgeschlossenheit mancher Mitglieder dieser hohen Versammlung bezüglich Sozialisierung hierhergekommen.

Es hat heute den Anschein, als könnten wir uns in diesen Dingen näherkommen. Wir begrüßen das herzlich. Wir möchten aber auch in anderen Dingen durchaus zusammenarbeiten, und wir hoffen, daß in der nächsten Zeit eine derartige loyale Zusammenarbeit möglich sein wird. Wir gehen dabei von zweierlei aus. Einmal davon, daß ja das parlamentarische System nicht nur auf den Formeln einer Verfassung beruht, sondern auf der Gesinnung der Menschen; und diese Gesinnung der Menschen – wir haben leider dafür in Deutschland kein gutes Wort, wir müssen schon das englische gebrauchen – ist bedingt durch fairness. Wir sind bereit, fair zu sein. Wir erwarten, daß Sie es auch sind; dann werden wir gedeihlich arbeiten können. Wir wollen daran denken, daß dieser erste Schritt, den wir nun tun, ein Schritt sein soll und sein wird nicht nur für uns in Hessen, sondern weit darüber hinaus. Deswegen wollen wir an dieser Verfassung arbeiten, deshalb halten wir es für richtig, auch jetzt in der Zeit der Okkupation Arbeit zu tun; denn wir wollen unsere politische Visitenkarte abgeben weithin, auch über das Meer. Und diese Visitenkarte wird um so besser sein, je mehr wir ernsthaft zusammenarbeiten, indem wir uns jederzeit Rechenschaft abgeben über den ungeheuren Einschnitt, der seit 1914 in die deutsche Geschichte gemacht wird, ein Einschnitt wirtschaftlicher Art, der gewißlich revolutionär ist. Wir sind uns gewiß, daß die Grundlage jedes sittlichen Menschen – ich betone den Ausdruck „sittlichen Menschen" – Freiheit ist, die äußere Freiheit, die allein die innere Freiheit möglich macht. [...]

Dokument 3: Der Verfassungskompromiß

Rede in Darmstadt vor sozialdemokratischen Vertrauensleuten, 14. Oktober 1946[1].

Wenn man die ganze Arbeit, die in Wiesbaden von der Landesversammlung und speziell von unserer Fraktion geleistet worden ist, richtig beurteilen will, dann muß man sich zunächst einmal die politische Situation klarmachen, in der wir gehandelt haben. Und diese Situation war die, daß die SPD-Fraktion zwar die stärkste war, aber nicht die Mehrheit gehabt hat. D. h., wir hatten 42 Sitze, hätten 46 zur Mehrheit gebraucht. Es war von vornherein so, daß wir, um eine Mehrheit zu bekommen, mit einer anderen Fraktion zusammengehen mußten. Nun war die Frage: mit welcher? Theoretisch hätten wir mit jeder anderen Fraktion zusammen eine Mehrheit bekommen, z. B. auch mit der KPD. Wir haben diese Situation in einer der ersten Fraktionssitzungen eingehend besprochen, und die Fraktion ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es richtig sei, den Versuch zu machen, diese Verfassung auf einer möglichst breiten Grundlage zustande zu bringen. Die Fraktion war sich darüber klar, daß es für sie nicht günstig wäre, wenn die Verfassung nur mit der KPD gemacht würde, und zwar aus zwei Gründen: Erstens einmal hielt es die Fraktion nicht für richtig, eine Verfassung mit einer kleinen Mehrheit überhaupt zu machen; zweitens waren wir der Meinung, daß, wenn die Verfassung von SPD und KPD allein gemacht wird, es fraglich ist, ob diese Verfassung nachher im Volksentscheid im Referendum angenommen wird oder nicht. Denn die Landesversammlung hat nur eine Verfassung beraten, und die Entscheidung über die Verfassung liegt beim Volk, bei dieser Volksabstimmung. Diese Auffassung wurde bestärkt dadurch, daß ja in Frankreich eine Verfassung gemacht worden ist, und zwar nicht einmal von Sozialdemokraten, sondern von einer viel breiteren Mehrheit, und trotzdem wurde sie dann im Volksentscheid abgelehnt[2]. Wir kamen zu der Überzeugung, daß man sich der Gefahr der Ablehnung der Verfassung nicht aussetzen solle, aus politischen Gründen. Zunächst einmal ist das Pflänzlein „Demokratie" in Deutschland und auch in der amerikanischen Zone noch ein wenig empfindlich. Und wenn nun sein Leben begonnen hätte damit, daß die Verfassung abgelehnt worden wäre, das wäre nicht gut. Andererseits sagten wir uns, daß es notwendig ist, möglichst bald die Verfassung zu bekommen, und zwar deswegen, weil nur da eine Klarheit in der Politik für Hessen geschaffen werden kann, wenn nun auf die Verfassung eine klare politisch orientierte Regierung folgt. Dann kam hinzu, daß, allerdings erst im Laufe der Verhandlungen, durch die Rede des Staatssekretärs Byrnes[3], doch in uns allen der Eindruck entstand, daß die Lösung der deutschen Frage, d. h. der Frage der Einheit eines deutschen Staates, näher liegt, als wir vorher gedacht hatten. Dazu kam, daß inzwischen das Abkommen zwischen der englischen und amerikanischen Zone auf Vereinigung in wirtschaftlicher Beziehung[4] geschaffen worden ist, und das bedeutete für uns eine verstärkte Notwendigkeit, die Regierung von der Volksvertretung aus zu beaufsichtigen, zu lenken, ihr die Richtung zu geben und zu kontrollieren.

[1] Manuskript in: UB-MR, NL Bergsträsser 1; vollständige Überschrift: „Ansprache des Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser am 14. 10. im Lokwerk, Darmstadt".

[2] Vgl. Anm. 180/1946.

[3] Vgl. Anm. 266/1946.

[4] Abkommen zur Bildung bizonaler deutscher Verwaltungen (5 Ressorts) vom 1. 10. 1946; vgl. Benz, Besatzungsherrschaft, S. 43/44.

All das würde hinausgezögert, wenn die Verfassung nicht sofort angenommen würde. Für uns als Sozialdemokraten kam noch hinzu die Frage, ob es für uns parteitaktisch günstig sei, die Verfassung allein mit den Kommunisten zu machen. So entschied dann die Fraktion, es solle der Versuch gemacht werden, die Verfassung auf einer möglichst breiten Grundlage zu machen. So wurde der Versuch gemacht, und wir fanden zunächst einmal auch bei den anderen Fraktionen Entgegenkommen, oder auch die anderen Parteien legten anfänglich Wert darauf, die Verfassung auf einer möglichst breiten Grundlage entstehen zu lassen, und zwar ausnahmslos alle Fraktionen, nicht nur die KPD und CDU, sondern zu Beginn auch die LDP. Dabei ist die Politik der KPD nicht ganz durchsichtig gewesen. Wir nahmen anfangs an, daß sie überhaupt nur die Absicht haben würde, nur im Verfassungsentwurf mitzuarbeiten und dann dagegenzustimmen. Deswegen hatte ich in meiner Rede im Auftrag der Fraktion – ich glaube, am 6. 8. – an die KPD die Frage gestellt, ob sie überhaupt die Verfassung ablehnen werde, denn in Württemberg hatte die KPD abgelehnt. Bauer, KPD, hatte mir geantwortet, sie werden einer Verfassung, die für sie tragfähig sei, zustimmen[5]. Ich habe den Eindruck gehabt, als sei diese Erklärung einwandfrei. Doch kann man das ja nie bei einer anderen Fraktion wissen, deshalb war ich vorsichtig. Die CDU hatte die Absicht, die Verfassung möglichst mit uns zu machen. Sie hat aber schon sehr früh durch den Mund ihres Fraktionsführers, Herrn Dr. Köhler, erklärt – ihm sind die Worte etwas entfallen, er hat sich ein wenig verplappert – Gegensätze zwischen CDU und SPD in punkto Verfassung müßten ausgehandelt werden. Sie dachten von vornherein an einen Kompromiß, mit der Absicht natürlich, uns möglichst viel abzuschneiden. Es gab von vornherein, das war gewiß, drei mögliche oder wichtige Streitpunkte. Der erste war die Wirtschaftsbestimmung, Bestimmung der Grundrechte über die allgemeine Regelung des Wirtschaftslebens; der andere: Kirche, Staat, Schule; der dritte eine Frage des Staatsaufbaues, eines zweiten Kammersystems. Dabei war die Sache so: Die LDP stand uns in den Kulturfragen näher, die CDU in den Wirtschaftsfragen.

Die andere Grundfrage war die, daß nicht in den Parteien, aber doch unter den einzelnen Mitgliedern des Verfassungsausschusses Unterschiede der Auffassungen bestanden. Da war die Frage, ob wir überhaupt eine ganze Verfassung machen sollten oder nur eine verkürzte Verfassung, also etwas, was man im Verfassungsausschuß ein Organisationsstatut genannt hat. Verschiedene Mitglieder stimmten für ein Organisationsstatut aus dem Grund, diese Verfassung würde, solange Hessen besetzt ist – und da ist mit einigen Jahren zu rechnen – nur unter uns Deutschen gelten und nicht gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht, die ja das Recht hat, über diese Verfassung hinwegzugehen, das Recht jeder Okkupationsmacht. Ich bin persönlich immer ein Anhänger davon gewesen, eine ganze Verfassung zu machen, und die Fraktion ist aus zwei Gründen auch immer dieser Meinung gewesen. Was kann man aus einer Verfassung weglassen? Die Bestimmung über die Wirtschaft, schon mit der Begründung, daß das ja später eine Angelegenheit eines ganzen Deutschland werde? Dann kann man auch die Bestimmungen über Gesetzgebung und ähnliches weglassen. Bestimmungen über Kirche und Schule wegzulassen, wäre ein Fehler gewesen, denn so sehr die Zukunft und die Zuständigkeit des zukünftigen deutschen einheitlichen Staates heute noch zweifelhaft ist, eines scheint uns allen ziemlich sicher zu sein, nämlich dies: daß die Schul- und die Kirchen-Fragen, also die Kulturfragen, in Zukunft Angelegenheiten der Länder sein werden. Infolgedessen war es durchaus sinngemäß, diese Dinge schon in der Hessischen Verfassung festzulegen. Es wäre also das Organisationsstatut im Grunde genommen darauf hinausgelaufen, daß nur der wirtschaftliche Teil weggefallen wäre, und das wäre manchen Leuten sehr angenehm gewesen, nämlich der LDP und der CDU.

[5] Vgl. Dok. 2.

Allerdings stand auch Bauer auf dem Standpunkt, daß man ein Organisationsstatut machen solle, auch der Abgeordnete von Brentano vertrat den gleichen Standpunkt schon in dem vorläufigen Verfassungsausschuß, den wir gehabt haben und der von der Regierung zusammenberufen worden war. Wir als Fraktion haben also entschieden für eine ganze Verfassung, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Diese Verfassung zu machen, war ja nicht nur eine Aufgabe, die uns hier für uns Hessen angeht – so wichtig sie für uns ist –, sondern zunächst ist dabei ins Auge zu fassen, daß wir mit dieser Verfassung unsere Visitenkarte als junge Demokratie für die Amerikaner und für eine breitere Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands abgeben sollen. Infolgedessen hielt die Fraktion es immer für richtig, daß wir diese größere Verfassung machen sollen, um zu zeigen, daß wir es mit der Demokratie nun wirklich ernst nehmen, alle Parteien, die in diesem Landtag beteiligt sind. Angenehm ist das Ergebnis, als diese drei Verfassungen von der Militärregierung geprüft worden sind. Unsere Verfassung in Hessen wurde als beste erklärt. In einem Brief des General Clay an den Herrn Präsidenten Witte[6] wurde uns nicht nur der Dank für unsere Arbeit ausgesprochen, sondern darüber hinaus ein Kompliment gemacht, wir hätten eine wirklich demokratische Verfassung geschaffen, in dem Geiste, der der Welt so nötig sei. Das ist nicht zu unterschätzen gerade in dem Augenblick, wo wir ja jetzt wissen, daß von amerikanischer Seite aus bestimmte Bestrebungen und Anträge für die Gestaltung Deutschlands vorliegen.

So haben wir aufgrund dieser Richtlinie unsere Arbeit im Verfassungsausschuß angefangen. Nun war der Verfassungsausschuß ein merkwürdiges Gebilde. Der Ältestenrat beschloß, daß der Ausschuß aus 29 Personen bestehen solle, d. h. beinahe einem Drittel der ganzen Versammlung. Ich habe von vornherein das Gefühl gehabt, daß diese 29 zu viel seien, denn es war uns ja von der Militärregierung gesagt worden, wir müßten bis 30. September fertig werden, und 29 Menschen reden unbedingt mehr wie eine kleinere Zahl. Abgesehen davon, daß ja, je kleiner die Zahl ist, man leichter in persönliche Verbindung kommt und dadurch die Möglichkeit hat, persönlich miteinander zu reden und Ausgleichsformen zu finden. Wir begannen nun damit, daß wir zunächst die Teile behandelten, die politisch verhältnismäßig harmlos gewesen sind. Ich habe das so eingerichtet, weil ich als Vorsitzender bestimmen konnte, welche Teile zunächst dran kommen.

Als erstes waren vorgesehen: persönliche Grundrechte, Freiheitsrechte, Rechte der freien Meinungsäußerung, der freien Versammlung, Recht, daß ein Polizist einen nicht in der Wohnung packen kann usw. Etwas ist sehr schnell durchgesetzt worden, und ich bitte die wenigen Frauen, die hier anwesend sind, das den übrigen sehr deutlich zu sagen: die volle Gleichberechtigung der Frau, und zwar zunächst die volle Gleichberechtigung im öffentlichen Leben. Da besteht ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Verfassung von Weimar, denn in der Weimarer Verfassung war festgelegt: „Die Frau steht im öffentlichen Leben dem Mann grundsätzlich gleich".[7] Grundsätzlich bedeutet nun in der Sprache der Rechtskundigen nicht, daß sie unbedingt gleich steht, sondern daß man Ausnahmen machen kann, und so ist die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben in der ganzen Zeit der Weimarer Verfassung nicht durchgeführt worden. Doch jetzt muß sie durchgeführt werden. Was das bedeutet, erkläre ich durch ein kurioses Beispiel: Es gibt Bestimmungen z. B. in Allendorf a. d. Lumda, daß eine ledige Frau nicht Ortsbürgerin werden kann, sie kann z. B. nicht das Holz bekommen, das die übrigen Gemeindebürger bekommen. Eine Lehrerin dort bekommt das Holz nicht, weil sie unverheiratet

[6] Vgl. Anm. 321/1946.

[7] Der von B. angesprochene Satz in Art. 109 der Weimarer Verfassung lautet: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten".

ist, der unverheiratete Lehrer dagegen bekommt das Holz. Wenn unsere Verfassung angenommen ist, wird sich der Gemeinderat von Allendorf an der Lumda dazu bequemen müssen, diese Bestimmung umzuändern. Dann ist auch im wirtschaftlichen Teil etwas durchgesetzt worden – auch das bitte ich in die breite Öffentlichkeit zu tragen – und zwar, daß die Frau bei gleicher Leistung gleichen Lohn bekommt; das bedeutet, daß Tarifverträge, wie sie seither bestanden haben, wonach eine Frau als Buchhalterin 10% weniger bekam wie ein Mann, trotz gleicher Leistung, aufgehoben werden, wobei sich allerdings für die Frau eine Verpflichtung ergibt: die Frau muß wirklich Gleiches leisten und kann deswegen nicht sagen: „Ich will als Frau jeden Monat einen freien Tag haben, um Wäsche zu waschen, Kleider zu flicken usw." Denn dann leistet sie nicht mehr das gleiche. Kürzlich sind im Frauenausschuß in Darmstadt solche Fragen diskutiert worden, sie sind gar nicht so weltfern. Im übrigen will ich auf diesen Teil der Grundrechte nicht mehr besonders eingehen.

Nachdem wir dies festgelegt hatten, sind wir übergegangen zu den Grundrechten für soziales und wirtschaftliches Leben. Dabei ergab sich eine ellenlange Diskussion. Dabei merkten wir, daß wir mit den 29 Leuten nicht durchkommen, und bestimmten einen Unterausschuß, der in engerem Kreis von 7 Leuten beriet. Da ich als Vorsitzender natürlich dessen Tätigkeit miterleben mußte, um auf dem laufenden zu sein, ging auch ich hinein. Dann wünschte die CDU, daß der stellvertretende Vorsitzende dazu käme, so waren wir also 9.[8] Wir haben nun den wirtschaftlichen und sozialen Teil in langen umständlichen Diskussionen beraten, wobei es schließlich zu einer großen Anzahl gemeinsamer Formulierungen kam. Allein über die Betriebsräte wurde einen Nachmittag verhandelt, wobei schließlich die CDU und LDP sagten, sie müßten sich unter sich beraten, mich hinausriefen, und ich mit Vorschlägen über diese Formulierungen zwischen den beiden Zimmern wohl eine Stunde hin- und herspazierte.[9] Doch kamen wir zu gemeinschaftlichen Formulierungen.

Dann kam ein anderer Punkt. Die CDU erklärte, die Formulierung in bezug auf bestimmte wirtschaftliche Dinge, namentlich die Sofortsozialisierung und ebenso die Formulierung der Schulfrage könnten nicht bleiben. Wir gingen zurück zum 29er Ausschuß. Wir hatten bisher nicht abgestimmt, hatten immer wieder versucht, uns auf eine gemeinsame Formel zu einigen. Als dann der 29er Ausschuß zusammentrat, habe ich die Abstimmungsmaschine in Bewegung gesetzt. Zuerst wurde über den Rest des wirtschaftlichen Teils, Kirche und Schule abgestimmt. Es ergab sich das Ergebnis, daß SPD und KPD zusammen stimmten, wobei wir natürlich auch der KPD einige Zugeständnisse machen mußten, die an sich nicht ganz in unserem Programm lagen. Es kam dadurch zustande, daß in diesem zweiten Teil des wirtschaftlichen Teils sehr viel von unserem Programm stand und auch in dem Kapitel Kirche und Schule.

Dann kamen wir zu den Fragen der Staatsorganisation. Bei diesen Fragen spielte für die CDU und die LDP die Frage einer Kammer neben der Abgeordneten-Kammer eine besondere Rolle. Sie hatten ursprünglich eine Kammer gewollt, bestehend aus sogenannten ständischen Vertretern, also Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk, Kirche, Schule, Beamten usw. Wir hatten sofort erklärt, daß wir eine ständische Vertretung, in der die Arbeiterschaft unbedingt in der Minderheit ist, nicht mitmachen. Es stand für uns außerhalb jeglicher Diskussion, und auch das haben wir den Leuten sofort erklärt. Dann kam hinzu, daß auch die Amerikaner erklärten, eine ständische Vertretung werden sie nicht billigen und ablehnen, denn das habe zu viel mit den Dingen in Italien zu tun, die den Faschismus hervorbrach-

[8] Vgl. Anm. 250/1946.

[9] Nicht stenographierte Sitzung des Siebener-Ausschusses; vgl. aber Eintragung 3.9.1946 sowie Anm. 264/1946.

ten. So fiel die Kammer dieser Art aus. Es wurde eine Änderung vorgeschlagen: Es sollte eine Kammer anderer Art gebildet werden; jeder Kreis und jede Stadt wählen zwei Vertreter nach dem Proportional-Wahlsystem; das wären ungefähr 90 Vertreter, und diese wählen nun aus ihrer Mitte 24 Leute oder 24 Leute nicht aus ihrer Mitte – frei, wie sie wollen; das ergibt die sogenannte Erste Kammer oder den Senat, wobei Bestimmung ist, daß die Mitglieder mindestens 40 Jahre alt sein sollen.[10] Wir sprachen nur vom „politischen Altersheim". Da war nun auch eine Feinheit dran. Wenn man nämlich nach dem Proportional-Wahlsystem immer zwei Leute gewählt hätte, hätte die SPD überall eine Stimme und die CDU, wenigstens in rein katholischen Kreisen, auch eine bekommen. In einigen ausgefallenen Kreisen, wie Marburg und Eschwege[11], hätte die LDP 1–2 Stimmen und die CDU eine, wir nichts. Da auf diese Art eine bürgerliche Mehrheit entstanden wäre – wir haben das schön ausgerechnet –, konnten wir auf das Verfahren nicht eingehen. Das habe ich im Verfassungsausschuß nach einer längeren Diskussion in einer der folgenden Sitzungen gesagt.[12] Über das Wahlverfahren haben wir nicht fertig diskutiert. Wir wollten erst einmal abstimmen, ob überhaupt eine 1. Kammer. Wenn die 1. Kammer nicht abgestimmt wird, fällt ja die Diskussion über das Verfahren sowieso flach. CDU war etwas geistesabwesend und ließ die Abstimmung machen. Nachher, wie es sich herausstellte, daß SPD und KPD dagegen waren, warf sie mir eine falsche Geschäftsführung vor. Doch ich habe diesen Vorwurf mit allem Recht zurückgewiesen. Wenn eine Fraktion eine Aussetzung einer Abstimmung verlangt, kann sie natürlich ausgesetzt werden. Sie hatten sie jedoch nicht verlangt.

Es verschärften sich die Gegensätze, doch wurde ruhig alles weiter durchgesprochen und abgestimmt, und der erste Entwurf war fertig, wobei wir allerdings von unserem ursprünglichen Programm, die Verfassung auf einer breiten Grundlage zu machen, weggekommen waren. Das, was beschlossen wurde, waren nur die Beschlüsse zu einem Teil von SPD und KPD. Das wurde in der Fraktion dann doch bedauert, und einer unserer Fraktionsgenossen sagte dann zu mir, wir seien doch in die Situation gekommen, die wir hätten vermeiden wollen. Ich war der Meinung, daß man einmal so verfahren müsse und das übrige würde sich ergeben.

Inzwischen waren einzelne Herren der CDU aus dem Verfassungsausschuß der CDU gekommen und hatten gefragt, ob wir uns nicht doch an ihren Verhandlungstisch setzen wollen. Wir hatten ja schon einmal verhandelt, doch die CDU erklärte, sie würden nur verhandeln, wenn nicht nur die Fraktionsvorstände, sondern ein paar Leute kämen. Wir sollten ihnen noch einen Tag für ihre eigene Verhandlung lassen, dann kämen 3 von ihnen und 3 von uns und würden sich zusammensetzen. Montags hatten wir uns dann zusammengesetzt und vier Stunden verhandelt. In diesen vier Stunden wurde dann die Abmachung getroffen, von der Sie in der Zeitung gelesen haben. Es dauerte recht lange, bis die Abmachung zustande kam. Von unserer Seite wurden die Verhandlungen geführt von den Genossen Stock, Caspary und mir, der ich den Vorsitz im Verfassungsausschuß innehatte. Von CDU-Seite waren daran beteiligt: Rechtsanwalt Dr. Kanka, Abgeordneter Stieler (Land-

[10] Antrag der CDU: LV-Drucks. I, Nr. 60. B.s Beschreibung der Zweiten Kammer ist nicht korrekt. Im CDU-Entwurf war ein Mindestalter von 35 und nicht 40 Jahren vorgesehen. Der Senat sollte aus 30 Mitgliedern bestehen, die auf 6 Jahre gewählt wurden.

[11] Eschwege ist in diesem Zusammenhang offensichtlich falsch. Dort besaß die SPD mit 51,33% die absolute Mehrheit. Nach Vorstellung der CDU sollte die Wahl ohnehin nicht direkt, sondern über vom Kreistag bestimmte Wahlmänner erfolgen, die die 30 Senatsmitglieder nominierten.

[12] 11. Sitzung Verfassungsausschuß, 23.9.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 166.

rat Schlüchtern) und der Fraktionsvorsitzende Dr. Köhler. Er war der, der gesagt hatte, man müsse alles wieder umstoßen. So ist es zu dem Kompromiß gekommen, von dem Sie ja im allgemeinen wissen.[13] Doch ist es wichtig, ihn im einzelnen darzulegen für uns alle, weil wir von der KPD dieses Kompromisses wegen sehr stark angegriffen werden, wobei noch nicht klar ist, ob die KPD gegen die Verfassung stimmen wird oder nicht. Ich habe nicht von der KPD selbst, aber von anderen Leuten, die sich mit der ganzen Stimmung und den Verhältnissen befassen, gehört, die KPD werde wahrscheinlich nicht gegen die Verfassung stimmen, weil sie nicht in einen so großen Gegensatz zu uns geraten wolle. Ob das richtig ist, will ich dahingestellt sein lassen.

Worum handelt es sich nun? In dem letzten Abschnitt der Verfassung „Übergangsbestimmungen" steht etwas über eine 2. Kammer. Ich will Ihnen das genau vorlesen:

> Artikel 155: „Es bleibt vorbehalten, durch ein Verfassungsgesetz nach Artikel 123 Abs. 2 in das Verfahren der Gesetzgebung ein weiteres aus demokratischen Wahlen hervorgehendes Organ einzuschalten."

Was heißt das? Das heißt, daß die Möglichkeit dazu besteht, aber dieses Organ – die 2. Kammer – müßte geschaffen werden als eine Verfassungsänderung, und eine Verfassungsänderung ist ziemlich schwer. Wenn das nicht drin stünde, wäre die Sache genau so, denn jede Änderung, die beantragt wird, kann beschlossen werden, wenn sie die nötige Mehrheit findet. Es ist also weiter nichts, als daß die CDU vor ihre Wähler treten kann und ihnen sagen kann: „Wir haben leider diese 2. Kammer nicht durchgesetzt, aber durch diesen Paragraphen eine Tür, durch die wir vielleicht zu einer 2. Kammer kommen können." Möglich wäre das nur, wenn sich $^2/_3$ der Abgeordneten für eine solche 2. Kammer bereit erklären, also 61 Abgeordnete, wenn der Landtag vollständig zusammen ist.[14] Das würde bedeuten, daß die SPD und die KPD auf eine verschwindende Minderheit herabgedrückt würden. Das ist so unwahrscheinlich wie nur irgendwie möglich. Das war eines der Zugeständnisse, das wir gemacht haben, das uns sehr billig gekommen ist. Von unseren eigentlichen Grundsätzen haben wir dabei gar nichts aufgegeben, haben das nur als einen kleinen Trost geschenkt. Wenn jemand Ihnen gegenüber behauptet, die SPD habe einer 2. Kammer zugestimmt oder der zukünftigen Errichtung einer 2. Kammer, so ist das falsch. Sagen Sie bitte, daß es falsch sei, und daß das nur auf dem Weg einer Verfassungsänderung kommen könne. Ob das in der Verfassung drinstehe oder nicht, sei egal. Soweit ist die 2. Kammer erledigt. Doch noch eine zusätzliche Erklärung: Die Fraktion war sich darüber klar, daß eine 2. Kammer für Hessen falsch sei, wenigstens die überwiegende Mehrheit oder auch geschlossen die ganze Fraktion – es wurde ja nicht darüber abgestimmt, doch hörte ich es aus den Unterhaltungen –, doch ist sie der Meinung, daß für die zukünftige Verfassung für Deutschland eine solche 2. Kammer notwendig sei als Vertretung der einzelnen Länder neben dem Reichstag. Ich will Ihnen das sagen, damit Sie diese Dinge nicht verwechseln und sich gleichzeitig daran erinnern, wie sich die Fraktion gehalten hat.

Der zweite strittige Teil: unsere Zugeständnisse im wirtschaftlichen Teil. Hier haben wir einige Zugeständnisse gemacht, die ja von der KPD sehr stark behandelt werden. Das erste dieser Zugeständnisse ist: Der Ausdruck in bezug auf die Sozial-

[13] Vgl. Eintragung 30.9.1946 mit Anm. 294/1946.

[14] Art. 123 Abs. 2 ist nicht korrekt zitiert; er lautet: „Eine Verfassungsänderung kommt dadurch zustande, daß der Landtag sie mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder beschließt und das Volk mit der Mehrheit der Abstimmenden zustimmt."

versicherung hieß ursprünglich: „Auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten wird ein einheitlicher Versicherungsträger gebildet, dessen Organe von den Versicherten in allgemeiner und gleicher Wahl bestimmt werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz." Dieser „einheitliche Versicherungsträger" ist nun in der letzten Formulierung weggefallen, allerdings nur dieser Satz.[15] Tatsächlich ist die Formulierung so, daß auf einen einheitlichen Versicherungsträger deutlich genug in der Verfassung hingewiesen worden ist, und zwar derart, daß unser Genosse Stock diese Formulierung vollständig gebilligt hat. Stock ist ja der Vertreter der Sozialversicherungsreform nicht nur für Hessen, sondern eine anerkannte Autorität in ganz Deutschland. Und wenn Stock, der diese Verhandlungen mit geführt hat, diese billigte, kann es uns nur recht sein.

Das zweite, was wir zugestanden haben, ist dann eine Auslassung. In dem jetzigen Artikel 38 stand ursprünglich, daß eine gemeinwirtschaftliche Gestaltung zu fördern sei. Dieser Satz ist weggefallen. Aber ein anderer Satz heißt: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen." Der nächste Satz: „Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen." Wenn nun Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll gelenkt werden sollen, dann ist das zwar nicht mit Worten die „gemeinwirtschaftliche Gestaltung", aber doch tatsächlich. Wir haben noch die Verteilung in der letzten, diese Dinge behandelnden Sitzung hineingebracht, die CDU stimmte zu, es ist also nur das Wort „gemeinwirtschaftliche Gestaltung" entfallen.[16] Ich lege Nachdruck darauf, um Ihnen zu zeigen, daß wir einige allgemeine Formulierungen weggelassen haben, damit die CDU diese Verfassung vertreten kann und damit ihr nicht immer wieder vorgehalten werden kann: „Ihr habt etwas mitgemacht, was Eurem Programm widerstrebt." Es ist für die CDU wichtig, daß sie ihren Wählern erzählen kann, sie hätten uns nur kleine Zugeständnisse gemacht. Diese Möglichkeit haben wir geschaffen. An dem wirklichen Inhalt hat sich dadurch, daß wir die planvolle Lenkung von Herstellung, Verteilung, Erzeugung darinhaben, so gut wie nichts geändert. Durch die Bedarfsdeckungs- und die Planwirtschaft ist durchaus den gemeinwirtschaftlichen Organen und dem Staat die Möglichkeit gegeben, diese Wirtschaft sinngemäß zu lenken.

In der Frage der Sozialisierung haben wir folgendes getan. Wir haben durchgesetzt die Sofortsozialisierung von bestimmten Betrieben, und zwar die Sofortsozialisierung in einer Form, wie sie noch niemals in einer deutschen Verfassung enthalten war, nämlich daß mit dem Inkrafttreten dieser Verfassung nicht erst Gesetze geschaffen werden, um bestimmte Betriebsarten zu sozialisieren, sondern daß sie schon mit dem Inkrafttreten sozialisiert werden. Die bisherigen Eigentümer dieser Unternehmen werden mit dem Tage der Inkrafttretung der Verfassung nur noch Treuhänder sein. In Gemeineigentum überführt werden: Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), Eisen- und Stahlerzeugung, Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.[17] Herausgenommen ist, ein Zugeständnis von uns an die CDU, die chemische Großindustrie, wobei die Frage der IG[-Farben] nicht mitzählt, denn die IG wird ja von den Amerikanern verwaltet. Sie ist beschlagnahmt, und was die Amerikaner damit machen, bleibt offen. Es wurde aber ein Antrag gestellt, daß die Betriebe der IG vorläufig in Staatshände

[15] Art. 35, Abs. 1.

[16] Art. 38, Abs. 1.

[17] Art. 41.

kommen, um dann im Interesse des gesamten Volkes verwaltet zu werden.[18] Ob die Amerikaner darauf eingehen, ist eine andere Frage. Sie haben nämlich gegen Staatseigentum von einem bestimmten Punkt aus etwas einzuwenden. Sie sagen allzuoft, Staatseigentum gibt dem Staat eine zu große Macht, die ein neuer Nährboden für Diktatur werden könne. Nun ist dann in der Landesversammlung ein Antrag gestellt worden auf die Sozialisierung von Merck.[19] Dieser Antrag ist mit unseren Stimmen dem zuständigen Ausschuß überwiesen worden. Die KPD hatte beantragt, daß dieser Antrag sofort dem Staatsministerium überwiesen werden solle. Dem haben wir nicht zugestimmt, schon deswegen, weil ein ähnlicher Antrag von uns vorlag, der auch diesem Ausschuß überwiesen worden ist und auch aus einem anderen Grunde. Solange wir diesen Kompromiß mit der CDU haben, daß die chemische Großindustrie aus der Sofortsozialisierung draußen bleibt, können wir natürlich die Sofortsozialisierung der chemischen Industrie nicht auf einem anderen Weg beschließen. Das wäre eine Beschwindelung der CDU. Wir können das nicht machen, davon abgesehen, daß meine politische Überzeugung die ist, daß man nicht mit anderen Parteien Verträge schließt und sie dann auf einem anderen Weg beschwindelt. Wir wissen nicht, wie die Verhältnisse sind und ob wir nicht mit anderen Parteien Verträge schließen müssen. Nicht nur die CDU, auch andere Parteien würden dann erklären: „Diese Partei hat einen Vertrag geschlossen, hintenherum alle möglichen Dinge gemacht; sie ist nicht mehr vertragsfähig." Wir haben da aus der Politik Hitlers noch genügend Erfahrungen. Wir wissen, wohin diese Politik geführt hat; und schon deshalb dürfen wir derartige Fehler nicht machen. Wenn man Verträge schließt, so sind diese anständig und ihrem Sinn gemäß zu halten. Überhaupt muß man immer darauf achten, daß, wenn etwas passiert, was politisch unangenehm ist, der andere und nicht man selber, schuldig ist. Wenn keine Verfassung auf breiterer Grundlage zustande kommt, muß die CDU den „schwarzen Peter" bekommen, sie muß schuldig sein. Genau wie bei anderen Dingen muß man sich aus politischen Gründen davor hüten, daß man den „schwarzen Peter" bekommt. Wir haben das getan.

Nun kommt noch eine Bestimmung, die geändert worden ist. Und zwar hieß es ursprünglich „Das Streikrecht wird anerkannt. Das Nähere bestimmt das Gesetz." In der neuen Formulierung heißt es nun, daß das Streikrecht anerkannt wird, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären.[20] Der Unterschied besteht darin, daß der Streik nicht erklärt werden kann aus politischen Gründen, daß wir also wilde Streiks nicht anerkennen. Das ist also ein Punkt, der für die Gewerkschaften ist und gegen Leute spricht, die gegen die Gewerkschaften Politik machen wollen und wirtschaftliche Verhältnisse nur benutzen wollen, um Unruhe zu schaffen, um ihre politischen Sondersüppchen in diesen Unruhen zu kochen. Wer das ist, können Sie sich denken.

Dann wurde noch eine Änderung in einem anderen Artikel durchgeführt. Die frühere Formulierung hieß, daß jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, ins-

[18] Nach Maßgabe von Gesetz 52, spezifiziert durch Gesetz 9 vom 30.11.1946, wurden die IG-Farben von den Amerikanern verwaltet; vgl. Hans-Dieter Kreikamp, Die I.G. Farbenindustrie A.G. und die Gründung der Nachfolgegesellschaften, in: VfZ 25 (1977), S.220–251. Der Antrag der SPD in: LV-Drucks. I, Nr.48.

[19] Antrag der KPD in: LV-Drucks. I, Nr.91. Mit einer Stimme Mehrheit wurde abgelehnt, den Antrag direkt der Landesregierung zu überweisen; LV-Drucks. III, S.205; dazu auch Anm.305/1946.

[20] Art.29, Abs.4.

besondere zum Ausbau monopolistischer Machtzusammenballung und der Erlangung politischer Macht untersagt sei. Ursprünglich stand dabei „seitens einzelner Unternehmer oder Unternehmungen". Dies ist weggefallen.[21] Es ist also jetzt jede monopolistische Machtzusammenballung und jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht zur Erlangung politischer Macht verboten. Es ist ja tatsächlich so, daß nur Unternehmer die Möglichkeit zu monopolistischer Machtzusammenballung haben, nur Unternehmer den Versuch machen können, wie sie es ja getan haben, die wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Herausgefallen sind nur die Worte „Unternehmungen und Unternehmer". Das ist auch deshalb geschehen, weil die CDU sagte: „Warum nennt man dabei Unternehmer? Die Gewerkschaften oder sonst jemand könnten ja so etwas vielleicht auch machen." Wir haben uns damit einverstanden erklärt, die Unternehmer zu streichen. Unter diese Bestimmung fallen sie aber nach wie vor, werden nur nicht einzeln erwähnt. Da, wie die CDU meinte, wir die Gleichheit nur vor dem Gesetz beschlossen haben, dieser § also gegen diese Gleichheit verstößt, haben wir es also gestrichen.

Im weiteren Teil, Kapitel „Staat, Kirche", haben wir zunächst einmal zugestanden, daß zu der ursprünglichen Überschrift „Staat, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften" das Wort „Kirche" hinzukommt. Die ursprüngliche Form in Artikel 32 hieß: „Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden." Auf Antrag der CDU kam noch hinzu: „Gezwungen oder gehindert." Wir sind immer stolz darauf gewesen, daß wir als Sozialdemokraten eine Partei der Duldsamkeit sind, wollen auch nicht, daß jemand an der Religionsausübung gehindert wird. Es war also ein Zugeständnis, das für uns nichts zu bedeuten hat.

Nun kommen wir zu einem entscheidenderen Paragraphen (Art. 50). Dieser Artikel heißt: „Es ist Aufgabe von Gesetz oder Vereinbarung, die staatlichen und kirchlichen Bereiche klar gegeneinander abzugrenzen." Also: Aufgabe eines Gesetzes oder einer Vereinbarung, die möglichste Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen. Da war nun noch eine größere Bestimmung hinzugefügt worden: „Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben sich, wie der Staat, jeder Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Teiles zu enthalten". Geschieht das doch, kann die Abstellung dieser Mängel erzwungen werden. Das richtet sich gegen die besonderen Organisationen der Kirche; gemeint ist speziell die katholische Kirche. Schon in unserer Fraktion, als wir in Hochwaldhausen einen Verfassungsentwurf machten[22], haben wir das besprochen. Das ist also der Paragraph, der die politische Tätigkeit der Kirche – unter ein Gesetz stellend – verbieten soll. Damals habe ich gesagt, man könne es auch zu einem solchen Gesetz machen, aber nützen würde es nichts. Wir haben einen solchen Paragraphen im Strafgesetzbuch (ich glaube, 166). Von Bismarck wurde ein derartiger Paragraph ins Strafgesetzbuch gebracht, hat immer gestanden, aber nie dazu geführt, daß irgend etwas geschehen ist. Praktisch müssen Sie sich vorstellen, daß ein Geistlicher von der Kanzel herunter auffordert, bestimmte Parteien zu wählen oder nicht. Denn schließlich handelt es sich nur um die Tätigkeit von der Kanzel. Dieser Geistliche würde deswegen bestraft. Ein schlauer Geistlicher drückt sich so aus, daß man ihn nicht greifen kann. In jeder Versammlung kann er wie jeder andere – sei es nun ein Arbeiter oder ein Regierungspräsident – seine Meinung äußern. Überdies hat der katholische Geistliche die Möglichkeit, daß er in der Beichte seine Beichtkinder ermahnt, und niemals dringt dies in die Öffentlichkeit. Weil es die CDU als eine Kompromißforderung erhob, haben wir es nun aufgegeben. Auf der anderen Seite entsteht die Bedingung, daß auch der Staat sich in die Angelegenheiten der Kirche

[21] Art. 39, Abs. 1.

[22] Vgl. Anm. 179/1946.

nicht einzumischen hat. Da wir immer dieser Meinung gewesen sind, daß alle Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften selbständig und frei sind, ist dieses Zugeständnis nicht schwergefallen.

Wichtiger ist die Abteilung über die Simultanschule. Caspary und ich haben von vornherein geklärt, die Erhaltung der Simultanschule, wo sie gesetzlich verankert ist seit langer Zeit, ist für uns eine Frage, an der wir absolut nicht rütteln lassen. Jeder Kompromiß würde an einer solchen Forderung unbedingt scheitern. Die Simultanschule in unserem Hessen und in Nassau bleibt. In Hessen besteht sie seit 1873, in Nassau seit 1870. Geändert wurde nur eines: Es wurde die Möglichkeit gegeben, daß in den Gebieten des Regierungsbezirks Kassel, wo die Simultanschule bis 1933 nicht bestanden hat, auf Antrag der Eltern bei konfessioneller Mehrheit die Simultanschule durchgeführt werden kann[23], vorausgesetzt, daß andere Kinder in ihrer Schulversorgung nicht irgendwie gehindert werden, wenn dadurch eine mehrklassige Volksschule zu einer Volksschule von weniger Klassen wird. Wir haben es zugestanden, weil es in den katholischen Gebieten immer so gewesen ist. Das war für die CDU ein Punkt, wo sie nicht gut anders konnte.

Unser letztes Zugeständnis war das: Es wurde festgelegt, daß der Schulunterricht in allen Schulen grundsätzlich frei ist (Mittelschule, Höhere Schule, Hochschule). Der CDU haben wir aber das Zugeständnis gemacht, daß die Lernmittel zwar an der Grundschule, Mittel- und Höheren Schule frei sind, nicht aber an den Hochschulen.[24] Ich persönlich habe mit Hochschuldingen viel zu tun gehabt, bin der Meinung, daß das eine richtige Lösung ist. Denn die Lernmittel an Hochschulen sind manchmal sehr, sehr teuer. Und wenn jemand nicht begütert ist als Student, kann man ihm – was in der Verfassung vorgeschrieben ist – mit besonderen Beihilfen einen Ausgleich schaffen. Daß aber die Kinder begüterter Eltern die Lernmittel auf den Hochschulen frei haben – wo das bei Chemie oder bei ähnlichem Studium, Medizin z. B. in die Hunderte von Mark gehen kann –, sehe ich nicht ein. Bücher für Medizin, Apparate und Präparate für Chemie kosten so viel Geld. Und warum dann ganz allgemein die Kinder auch der begüterten Eltern die Lernmittelfreiheit haben sollen, vermag ich nicht einzusehen.

Wenn wir das zusammenfassen, stellen wir fest, daß wir bei diesem Kompromiß verhältnismäßig gut weggekommen sind, deswegen, weil ein ganz großer Teil der Zugeständnisse, die wir gemacht haben, ja nur Zugeständnisse bestimmter Formen sind, die in Wirklichkeit nichts bedeuten. Ohne das Zugeständnis über die Regelung der Möglichkeit, konfessionelle Schulen einzuführen, hätte die CDU der Verfassung einfach nicht zustimmen können. Sie wären dann in der Gefahr gewesen, daß katholische Mitglieder gesagt hätten, sie machen das nicht mit. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß die CDU sehr viel mehr Zugeständnisse gemacht hat als wir. Wir müssen dabei immer bedenken, daß die CDU stärkere Zugeständnisse machen mußte, als wenn sie von vornherein gegen uns verhandelt hätte. Und warum hat die CDU diesen Kompromiß gemacht? Natürlich auch, weil sie ihren Vorteil finden wollte. Sie hatte eine gewisse Bange davor, daß die KPD und die SPD allein diese Verfassung machen und dann vielleicht bei dem Volksentscheid siegen würden. Ich bin der Meinung, wir hätten bei einem solchen Volksentscheid eine Niederlage erlitten. Bei den Landtagswahlen war eine Wahlbeteiligung von 75%.[25] Es waren also noch 20% Wähler, die man mobil machen könnte. Wenn die Entscheidung hart auf hart gekommen wäre, hätte die andere Seite von diesen

[23] Art. 156, Abs. 1.

[24] Art. 59, Abs. 1.

[25] Bei den von B. hier gemeinten Wahlen zur Verfassungberatenden Landesversammlung am 30.6. lag die Beteiligung bei 71,0%.

20 vielleicht 15% gegen die Verfassung mobil machen können, während wir aus diesen 20% so gut wie nichts hätten herausholen können. Das war die entscheidende Frage. Die CDU befürchtete, daß im nächsten Landtag eine sozialistische Mehrheit kommen könnte, die dann die CDU vollständig aus der Regierung herausdrückt.

Nach unserer Verfassung ist es so, daß der neue Landtag dann mit Mehrheit den Ministerpräsidenten wählt.[26] Das ist ein alter Brauch allen parlamentarischen Lebens, daß der Ministerpräsident von der stärksten Fraktion gestellt wird. Wenn wir also die stärkste Fraktion bleiben, stellen wir ihn. Es wäre uns allen sehr fraglich gewesen, ob wir, wenn wir mit der KPD allein diese Verfassung gemacht hätten, Aussicht gehabt hätten, die stärkste Fraktion zu bleiben. Eine große Anzahl der Menschen, die an der Verfassung und diesen ganzen Dingen interessiert sind, haben gesehen, daß die sozialdemokratische Fraktion bei dieser ganzen Verfassungsarbeit und bei diesem Kompromiß vollständig die Führung in der Hand gehabt hat und, indem sie einiges nachgab und zu einem Kompromiß kam, gezeigt hat, daß sie eine Arbeit leisten will für eine längere Zukunft. Und die CDU – und darauf legen wir viel Gewicht – ist an diese Verfassung gebunden, die wie Clay gesagt hat, eine wirkliche ehrliche und unbedingt demokratische Verfassung ist.

[26] Art. 101, Abs. 1.

Dokument 4: Die Frage der zukünftigen deutschen Verfassung

Denkschrift, 19. Mai 1947.[1]

Diese Frage hat zwei Seiten, eine innenpolitische und eine außenpolitische. Daß sie eine außenpolitische hat, zeigte sich deutlich auf der Moskauer Konferenz[2], wo diese Frage von den Außenministern eingehend und bis in Einzelheiten hinein diskutiert worden ist. Bei jeder Behandlung der Frage wird man von dieser Tatsache ausgehen müssen, und vor allem wird sich die Methode der Behandlung danach zu richten haben. Dabei wird man dem alten Grundsatze folgen müssen, daß es sich nicht allein darum handelt, was zu tun ist, sondern daß es ebenso wichtig ist, sich in jedem Augenblick und in jedem Fall und bei jeder Einzelheit zu überlegen, wie gehandelt werden muß. Alle Verhandlungen bestehen darin, daß man sich in die Gedankengänge des Verhandlungspartners versetzt und von ihnen aus die Materie durchdenkt. Denn mindestens ebenso wichtig wie das, was man will, ist die Frage, wie man den Verhandlungspartner davon überzeugen kann, daß das Ziel, das man hat, richtig, notwendig und seinen eigenen Interessen angemessen, mindestens nicht widersprechend sei. Das gilt für jede einzelne der in bezug auf die Reichsverfassung strittigen Fragen.

Dabei wird man davon ausgehen müssen, daß die vier Mächte unter sich über die Fragen der zukünftigen deutschen Verfassung nicht einig sind; nicht einmal die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern ist sich einig. Die Auffassungen gehen vom losen Staatenbund bis zum zentralen Staat. Der lose Staatenbund wurde auf der Moskauer Konferenz von keiner der Mächte ganz klar vertreten. Er schimmerte nur in dem, was der französische Außenminister [Bidault] sagte, durch, und auch der englische Außenminister [Bevin] war von diesen Gedankengängen nicht ganz unbeeinflußt. Wenn man die Stimmung des Auslandes kennt, so weiß man, daß gerade einige sehr wichtige und einflußreiche Persönlichkeiten – solche, die sich mit deutschen Angelegenheiten eingehend befaßt haben – die Idee des Staatenbundes vertreten. Das ist z. B. in Frankreich der frühere Botschafter François-Poncet, der im „Figaro" immer wieder zu deutschen Problemen Stellung nimmt und der mir in einer längeren Besprechung diese Idee in der Form vortrug, daß es nach seiner Auffassung einen direkt gewählten Reichstag nicht geben dürfe, sondern nur eine Vertretung der Länder.[3] Das ist in England der Senior der englischen politischen Publizistik, Wickham Steed, der allerdings diese Meinung bisher nicht öffentlich aussprach, wie er sie denn auch z. B. nicht sagte, als er bei meinem Vortrag im Institut für Außenpolitik den Vorsitz führte[4], er sich aber privatim mit mir über diese Frage unterhielt und seine Ansicht sicher auch anderen einflußreichen Personen mitgeteilt hat; denn er kennt alle maßgebenden Politiker persönlich. Das andere Extrem trug Molotow vor. Dabei ist wichtig festzustellen, daß auch er nicht für einen Zentralismus eintrat, wie ihn das Hitler-Regime in Deutschland geschaffen hat, sondern für etwa den Zustand, wie er vor dem Hitler-Regime bestand, wie er denn auch ausdrücklich betonte, daß Länder mit Landtagen geschaffen werden sollten. Er geht also im Grunde genommen auf das Modell der Weimarer Verfas-

[1] In: UB-MR, NL Bergsträsser 1; eine gleichlautende Abschrift für Stock in: HStA, 502/1513.

[2] Moskauer Außenministerkonferenz, 10.3.–24.4.1947.

[3] Vgl. den Reisebericht über Frankreich.

[4] Zum Vortrag in London vgl. Reisebericht über den Aufenthalt in London sowie Anm. 10/1947.

sung zurück, nur mit einer sehr wichtigen Änderung, indem er für Deutschland ein Zweikammersystem befürwortet.[5]

Man wird sich darüber klar sein müssen, daß innerhalb einer solchen Organisation eines Bundesstaates sehr weite Möglichkeiten bestehen. Das Bismarcksche Reich war ebenso ein Bundesstaat wie die Weimarer Republik. Der Bundesstaat kann also fast einem Staatenbund ähnlich sein und fast einer zentralistischen Regierung. Der wesentliche Unterschied gegenüber dem Staatenbund besteht darin, daß im Bundesstaat Beschlüsse der Zentralregierung mit Majorität gefaßt werden können, während im Staatenbund, da in diesem ja die einzelnen Mitglieder voll souverän bleiben, jedes einzelne Mitglied durch seinen Widerspruch Beschlüsse und damit die Weiterentwicklung unterbinden kann. Damit allein schon ist gesagt, daß der Staatenbund für Deutschland unmöglich ist, und zwar unmöglich auch im Sinne der vier Mächte, denn es besteht unter diesen Mächten kein Widerspruch darüber, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit erhalten bleiben muß. Bei der ungeheuren Kompliziertheit der wirtschaftlichen Verhältnisse im gegenwärtigen Augenblick wäre es aber völlig unmöglich, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn dabei ein einzelnes Land jede Maßnahme von vornherein unmöglich machen könnte. Es kann also den vier Mächten sofort gesagt werden, daß vom Standpunkt ihrer eigenen Zielsetzung aus der Staatenbund unmöglich ist. Dies um so mehr, als die Mächte übereingekommen sind, Reparationen aus der laufenden Produktion Deutschlands zu verlangen[6], damit also die zukünftige Zentralregierung zu den geeigneten wirtschaftlichen und steuerpolitischen Maßnahmen zu veranlassen. Dies sei hier nur als Beispiel erwähnt. Auf die einzelnen strittigen Fragen in bezug auf den Bundesstaat und die Zuständigkeiten der Zentralregierung soll nachher eingegangen werden.

Zunächst scheint es mir richtig, die außenpolitische Linie einen Augenblick weiter zu verfolgen. Wenn das deutsche Volk überhaupt auf die Gestaltung der Verfassung schon im jetzigen Stadium, d. h. vor dem Zusammentritt der nächsten Konferenz der Außenminister[7], Einfluß nehmen will, so ist dazu nötig, daß man sich in Deutschland auf ein Verfassungsprogramm einigt, denn nur dann kann die Stimme Deutschlands Eindruck machen und Gewicht haben. Allerdings wird man sich dabei weise beschränken müssen, insofern als es sich für diesen Zweck nicht darum handeln dürfte, eine ins einzelne ausgeführte Verfassung etwa in diesem Stadium schon den vier Mächten vorzuschlagen. Täte man das, würde man in den Fehler verfallen, zu einem völlig unelastischen Verhandlungspartner zu werden und Kritik an jedem einzelnen Artikel der Verfassung geradezu herauszufordern. Es wäre auch für die Beteiligten nicht sympathisch, wenn sie von festen Formulierungen unter dem Druck der vier Mächte würden abgehen müssen. Infolgedessen wäre es richtig, wenn die Stelle, die für Deutschland spricht, sich auf eine Reihe elastisch gehaltener Sätze, allgemeiner Sätze, beschränkte. Das enthält die Möglichkeit, diese Sätze je nach den Verhältnissen so oder so auszulegen, über die Einzelheiten zu diskutieren und in dieser Diskussion teils Lücken zu schließen, teils vielleicht auf der einen Seite Ausgleichsmöglichkeiten zu suchen. Es enthält auch eine weitere Möglichkeit, nämlich die, daß diese allgemeinen Sätze wichtigen Vertretern der ausländischen Presse zugänglich gemacht und von ihnen in ihren Zeitungen diskutiert werden,

[5] Vgl. zu den einzelnen Vorschlägen der Außenminister: Europa-Archiv 1947, S. 671 ff; Molotows Rede ebd. S. 697/698.

[6] Hier irrt B. Molotow forderte zwar auf der Moskauer Konferenz die Entnahme aus der laufenden Produktion für Reparationszwecke, doch die Westmächte lehnten eine Übereinkunft in dieser Frage ab.

[7] Die nächste (5.) alliierte Außenministerkonferenz fand vom 25. 11. bis 15. 12. 1947 in London statt.

wobei im Falle allgemeiner Formulierungen sehr wohl die Möglichkeit besteht, daß einzelne Journalisten – man nehme etwa amerikanische – die Sätze mehr im Sinne ihrer eigenen Verfassung auslegen. Und diese amerikanische Verfassung hat sich ja im Laufe ihrer eigenen Entwicklung immer mehr nach der zentralistischen Seite hin entwickelt. Es bestünde auch die weitere Möglichkeit, daß Deutsche, die Beziehungen zum Ausland haben und im Ausland als völlig einwandfreie Antifaschisten bekannt sind, einerseits in der ausländischen Presse – in England z. B. in den so ungemein wichtigen Wochen- und Monatsschriften – zu diesem Programm Stellung nähmen und es erläuterten. Auf diese Möglichkeiten weise ich deshalb hin, weil ich aus langer Erfahrung überzeugt bin, daß es notwendig ist, vor den neuen Verhandlungen der Außenminister auch in Einzelfragen – wie etwa der der Verfassung – eine Art Atmosphäre zu schaffen. Und das kann nicht geschehen durch offizielle Schritte, sondern nur auf dem Weg durch einzelne Personen, denn jeder offizielle Schritt bindet zu sehr. Allgemeine Richtlinien aber sind für eine solche Diskussion, eben weil sie elastisch sind, durchaus geeignet.

Es ergibt sich dabei die weitere Frage, wer in Deutschland diese Richtlinien aufstellen und sie vertreten soll. Lange Zeit haben die politischen Parteien diese Aufgabe für sich in Anspruch genommen. Sie sind aber mit ihr bisher nicht zu Rande gekommen. Es liegt zur Zeit nur ein einziger von einer Partei ausgearbeiteter Verfassungsvorschlag vor: der der SED, den Grotewohl ausgearbeitet hat.[8] Nach meiner Information ist die CDU augenblicklich damit beschäftigt, ihrerseits einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, mit dem sie wohl in einigen Tagen fertig sein wird. Sie will ihn dann der Öffentlichkeit unterbreiten als Diskussionsmaterial.[9] Ich halte die Tatsache, daß sie das tut, für günstig, um so mehr als ich vom Vorsitzenden des betreffenden Ausschusses der CDU, Herrn von Brentano, weiß, daß dieser Verfassungsentwurf ausgesprochen bundesstaatlich sein wird, so daß er einer zukünftigen Stärkung der zentralen Gewalt keinerlei Hindernisse in den Weg legt. Und da in diesem Verfassungsentwurf auch die bayrische CSU beteiligt ist und da auch sie ihm zustimmen wird, so kann man diesen Verfassungsentwurf füglich als ein Mindestprogramm bezeichnen, das von allen anderen Richtungen auch gebilligt wird. Denn ganz abgesehen von der SED ist sicher sowohl die SPD wie die LDP zentralistischer denn die CDU. Die Bedeutung dieses CDU-Entwurfs würde also darin liegen, daß er mit dem Geschwätz vom Föderalismus ein Ende machen würde und daß jedermann genau sähe, was maßgebende Föderalisten in Deutschland unter Föderalismus verstehen, nämlich eben eine bundesstaatliche Gestaltung. Bedauerlicherweise haben weder die SPD noch die LDP bisher einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet; wenigstens ist mir darüber nichts bekannt geworden. Und selbst wenn sie das getan haben würden oder in der allernächsten Zeit tun würden, wäre nun sehr die Frage, ob die maßgebenden Parteien, in die das Zentrum eingeschlossen werden müßte, sich auf gemeinsame Richtlinien leicht würden einigen können, ganz abgesehen davon, daß die Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten[10],

[8] Am 14. 11. 1946 hatte die SED einen Verfassungsentwurf verabschiedet. Text in: Otto Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne, Berlin 1947, S. 87–112.

[9] Vgl. zum Entwurf der CDU: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingeleitet und bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981, Einleitung S. XXVI.

[10] Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder aller vier Zonen waren für den Juni nach München eingeladen worden. Noch am Vorabend der Konferenz (6.–8. 6. 1947) reisten die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone wegen Meinungsverschiedenheiten um die Tagesordnung ab. Vgl. Akten Vorgesch. BRD 2, S. 476 ff.

wenn sie zustande kommt, woran nach Zeitungsnachrichten offenbar nicht zu zweifeln ist, vor den politischen Parteien selbst einen Vorsprung haben würde. Ich habe immer die Meinung vertreten, daß es Sache der Länderregierungen sei, hier vorzuarbeiten, vorausgesetzt natürlich, daß sie es in einer geschickten Weise tun. Nehmen wir einmal an, daß die Länderregierungen sich auf solche allgemeine Richtlinien für eine zukünftige Verfassung einigen, so würden sie natürlich diese Richtlinien veröffentlichen, und die einzelnen Länderchefs hätten die Möglichkeit, diese Richtlinien ihren Militärregierungen vorzutragen, zu erläutern, mit ihnen zu besprechen. Schon das gäbe die Möglichkeit einer gewissen Propaganda für diese Richtlinien und die zweite Möglichkeit, die Auffassungen der Gegenseite wenigstens auf diesem Wege kennenzulernen. Wertvoll wäre daneben natürlich, wenn die Länderregierungen diese Richtlinien auch dem Kontrollrat unterbreiteten und dort erörtern ließen. Dabei wäre es allerdings wohl besser, wenn das nicht direkt durch einen der Regierungschefs geschähe, sondern wenn man hiermit eine Persönlichkeit beauftragte, die politisch bekannt, außenpolitisch nicht unerfahren und in Verfassungsfragen nicht unbewandert ist. Eine solche Persönlichkeit kann jederzeit desavouiert werden. Und das scheint mir in diesem Vorstadium wichtig zu sein. Es könnte vielleicht auch – und das wäre besonders wertvoll – erreicht werden, daß eine solche Persönlichkeit direkt mit bestimmten Stellen des Auslandes Fühlung nähme, z. B. in England mit den dortigen einschlägigen Persönlichkeiten der Control-Commission (Norfolk-House), bei denen die Auffassungen über die deutsche zukünftige Verfassung durchaus noch nicht feststehen, wie ich aus einer Unterhaltung genau weiß, oder in Frankreich mit der entsprechenden Stelle und vielleicht mit dem Sachbearbeiter im Außenministerium. Es wäre unter Umständen auch möglich, mit dieser Aufgabe im Ausland eine zweite oder dritte Persönlichkeit zu beauftragen, die dann eben einen halb privaten, halb offiziösen, aber unbedingt keinen offiziellen Charakter hätte. Das würde den Vorteil haben, daß keinem der Länderchefs aus dieser ganzen Aktion wirkliche Schwierigkeiten würden erwachsen können.

Gehen wir nun zu den eigentlichen Problemen der Verfassung über. Es besteht wohl in Deutschland Einigkeit darüber, daß die zukünftige deutsche Verfassung aus zwei Kammern bestehen soll, einem vom Volk direkt gewählten Parlament und einem zweiten Hause, das man vielleicht am besten als Senat betitelt. Dabei ist die Frage offen, ob dieser Senat aus direkten Wahlen oder aus indirekten hervorgehen soll. Indirekte Wahlen würden bedeuten, daß die einzelnen Landtage die Repräsentanten wählen. Das hat gewisse Schwierigkeiten in der Berücksichtigung der Minoritäten. Direkte Wahlen, natürlich nach dem Proportionalsystem in diesem Falle, wären vielleicht besser. Wichtig wäre, ob man, dem amerikanischen System folgend, großen und kleinen Ländern die gleiche Zahl von Senatoren geben wollte. Ich persönlich halte das für richtig. Die Frage eines Präsidenten liegt doch wohl so, daß ein solcher notwendig ist, schon aus Gründen der äußeren Staatsrepräsentation – Empfang von Gesandten usw. –, daß man aber von der direkten Wahl in diesem Fall unbedingt absehen muß. Ob man die Wählbarkeit auf die Mitgliedschaft zu Parlament und Senat beschränken soll oder nicht, ist eine Einzelfrage. Sicher ist, daß man dem Präsidenten keine außerordentlichen Vollmachten geben kann. Die Regelung des Notstandes, wie sie in der hessischen Verfassung getroffen worden ist, entspricht wohl den Notwendigkeiten.[11]

[11] Art. 125 der Hessischen Verfassung legt fest: „Nur der Landtag kann feststellen, daß der verfassungsmäßige Zustand des Landes gefährdet ist. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder...".

Den Amerikanern vor allen Dingen scheint nach einer Äußerung des Staatssekretärs Marshall daran gelegen, daß Grundrechte in die deutsche Verfassung aufgenommen werden.[12] Ich halte das aus zwei Gründen für richtig. Einmal bedeuten Grundrechte nach außen hin eine demokratische Visitenkarte, wie ich das schon in meiner Verfassungsrede im Landtag ausgeführt habe. Zum anderen haben Grundrechte eine indirekte, zentralisierende Bedeutung, denn der Zentralregierung obliegt in irgendeiner Form die Aufsicht darüber, daß auch in den andern die Grundrechte eingehalten und gewahrt werden. Und da die Grundrechte, besonders wenn man auch, wie in der hessischen Verfassung, Richtlinien für das soziale und wirtschaftliche Leben einbezieht, eine sehr umfassende Bedeutung haben, damit eine gewisse Oberaufsicht über die gesamte innere Politik. Sie würde wahrgenommen werden können durch Beschwerden des einzelnen Staatsbürgers oder von Gruppen von Staatsbürgern, und man könnte dabei dem föderalistischen Standpunkt ein Zugeständnis machen, insofern als diese Beschwerden erst an den Staatsgerichtshof des betreffenden Landes zu gehen hätten und nur dann an einen Staatsgerichtshof Deutschlands, wenn in einem zweiten Beschwerdenfall über denselben Artikel der Grundrechte ein zweiter Staatsgerichtshof eines Landes anders entscheidet, so daß die Rechtseinheit in Gefahr gerät. Wir haben eine ähnliche Regelung auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wo an sich das Oberlandesgericht oberste Beschwerdeinstanz ist, wenn aber ein Oberlandesgericht eine Entscheidung fällen will, die von der schon gefällten eines anderen Oberlandesgerichtes abweicht, so geht die Sache in Preußen an das Kammergericht, das endgültig entscheidet und so die Einheit der Rechtsprechung wahrt.

Diese Bedeutung der Grundrechte dürfte natürlich nach außen hin nicht ausgesprochen werden, weil sie sonst Widerspruch hervorriefe. Es ist vielleicht sogar gut, sie nicht einmal bei den Beratungen in München auszusprechen. Dies klingt seltsam, aber ich weiß aus Erfahrung, daß auch versierte Politiker sich von der zentralisierenden Wirkung von Grundrechten keine richtige Vorstellung machen. Die Weimarer Verfassung kann in dieser Beziehung nicht als Modell gelten, denn in ihr waren die Grundrechte wirkungslos abgefaßt. Sie waren mehr Grundsatz-Gesetzgebung und nicht unmittelbar anwendbares Recht, so wie wir's in der hessischen Verfassung gemacht haben. Gerade weil der nötige Zentralismus durch die außenpolitische Konstellation gefährdet erscheint, wäre es um so wichtiger, ihn auf diesem Wege indirekt zu stärken.

Zur Frage der Zuständigkeit der Zentralregierung muß man ausgehen auch wieder von der allgemein anerkannten wirtschaftlichen Einheit. Sie ist beste Begründung. Dabei kann man für die ausschließliche Gesetzgebung des Reiches den Artikel 6 der Weimarer Verfassung zugrunde legen, wenn man nur Nr. 2 und 4 „Kolonialwesen" und „Wehrverfassung" streicht:

„Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die Beziehungen zum Ausland;
3. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung;
5. das Münzwesen;
6. das Zollwesen sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs;
7. das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens."

Alles andere hängt direkt mit der Wirtschaft zusammen.

[12] Vgl. Europa-Archiv 1947, S. 696.

Für die Gesetzgebung der Zentralregierung wäre auch der Artikel 7 der Reichsverfassung anwendbar, denn er hängt zum großen Teil auch mit der Wirtschaft aufs engste zusammen. Außerhalb dieses stehen eigentlich nur Punkt 2 „das Strafrecht", wo man aber die Beziehungen zum Wirtschaftlichen auch hervorheben kann, Punkt 6 „Presse-, Vereins- und Versammlungswesen" und Punkt 20 könnte meiner Meinung nach aus der zukünftigen Verfassung draußen bleiben:

„Das Reich hat die Gesetzgebung über:
1. das bürgerliche Recht;
2. das Strafrecht;
3. das gerichtliche Verfahren einschließlich des Strafvollzugs sowie die Amtshilfe zwischen Behörden;
4. das Paßwesen und die Fremdenpolizei;
5. das Armenwesen und die Wandererfürsorge;
6. das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen;
7. die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge;
8. das Gesundheitswesen, das Veterinärwesen und den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;
9. das Arbeitsrecht, die Versicherung und den Schutz der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitsnachweis;
10. die Einrichtung beruflicher Vertretungen für das Reichsgebiet;
11. die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen;
12. das Enteignungsrecht;
13. die Vergesellschaftung von Naturschätzen und wirtschaftlichen Unternehmungen sowie die Erzeugung, Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft;
14. den Handel, das Maß- und Gewichtswesen, die Ausgabe von Papiergeld, das Bankwesen sowie das Börsenwesen;
15. den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit Gegenständen des täglichen Bedarfs;
16. das Gewerbe und den Bergbau;
17. das Versicherungswesen;
18. die Seeschiffahrt, die Hochsee- und die Küstenfischerei;
19. die Eisenbahnen, die Binnenschiffahrt, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie den Bau von Landstraßen, soweit es sich um den allgemeinen Verkehr handelt;
20. das Theater- und Lichtspielwesen."

Die im Artikel 10 erwähnte Grundsatz-Gesetzgebung kann auch übernommen werden, mit Ausnahme des Absatzes 1, der den Ländern füglich überlassen bleiben könnte:

„Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für:
1. die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften;
2. das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und das wissenschaftliche Büchereiwesen;
3. das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften;
4. das Bodenrecht, die Bodenverteilung, das Ansiedlungs- und Heimstättenwesen, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevölkerungsverteilung;
5. das Bestattungswesen."

Ebenso der Artikel 11 über die Grundsätze der Landesabgaben:

„Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze über die Zulässigkeit und

Erhebungsart von Landesabgaben aufstellen, soweit sie erforderlich sind, um
1. Schädigung der Einnahmen oder der Handelsbeziehungen des Reichs,
2. Doppelbesteuerungen,
3. übermäßige oder verkehrshindernde Belastung der Benutzung öffentlicher Verkehrswege und Einrichtungen mit Gebühren,
4. steuerliche Benachteiligungen eingeführter Waren gegenüber den eigenen Erzeugnissen im Verkehr zwischen den einzelnen Ländern und Landesteilen oder
5. Ausfuhrprämien

auszuschließen oder wichtige Gesellschaftsinteressen zu wahren."

Dieser Artikel führt über zu einem der wichtigsten Probleme der zukünftigen Verfassung, nämlich der Finanzhoheit. Hierbei scheint es mir wichtig, zwischen der Regelung des Bismarckschen Reiches, wo das Reich von den Ländern lebte, und der Regelung der Weimarer Republik nach der Erzbergerschen Steuerreform, einschließlich der dritten Steuernotverordnung vom Jahre 1924, wo die Länder vom Reich lebten, einen Mittelweg zu finden.[13] Das scheint mir um so notwendiger, als es Grundsatz jeder geordneten und sparsamen Finanzwirtschaft sein muß, daß der, der das Geld ausgibt, unter eigener Verantwortung dafür zu sorgen hat, daß er das Geld auch einnimmt. Die Regelung der Bismarckschen Reichsverfassung erschwerte den Ländern eine geordnete auf längere Sicht aufgebaute Finanzgebarung, da sie nie wußten, welche Anforderungen das Reich stellen würde. Die Weimarer Regelung mit den Rücküberweisungen an die Länder führte dazu, daß bei hohem Steueraufkommen die Länder viel zu hohe Überweisungen bekamen, dann nicht wußten, was mit dem Geld anfangen, und verschwendeten. Dabei ist es natürlich in der heutigen Situation unmöglich, das Reich nur auf die indirekten Steuern zu verweisen. Man wird davon ausgehen müssen, daß alle Aufwendungen, die infolge des Krieges zu leisten sind, Sache des Reiches sind. Verführe man anders, so käme man zu untragbaren Ungleichheiten, da einzelne Länder unter dem Krieg wesentlich weniger gelitten haben wie andere und also schon in der Frage der Kriegsschäden einheitlich verfahren werden muß. Geht man davon aus, was man übrigens auch den Alliierten Mächten und ihren Vertretern gewißlich wird klarmachen können, und weist man ferner darauf hin, daß auch die Verfassung der Vereinigten Staaten seit der Verfassungsänderung vom Jahre 1913 die Zentralregierung nicht mehr auf indirekte Steuern beschränkt[14], so wird man wohl dazu kommen, zunächst einmal alle Zölle, alle Verkehrssteuern einschließlich der Kapital-Verkehrssteuern

[13] Die Erzbergersche Steuerreform 1919/20 schuf eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung, indem sie die Finanzhoheit beim Reich zentralisierte, zu ungunsten von Steuerrechten der Länder, die im Deutschen Kaiserreich auf finanzpolitischem Gebiet (Einnahme- und Vermögenssteuern) eigenständig geblieben waren. Das Reich bekam die Ertragshoheit über Einkommens-, Körperschafts-, Kapitalertrags- und Umsatzsteuer zugewiesen, während den Ländern vornehmlich die Realsteuern zufielen. Zugleich erhielten die Länder im Rahmen des Finanzausgleichs Steuerdotationen aus den Erträgen des Reiches. – Die dritte Steuernotverordnung vom 14.2.1924, ergangen aufgrund des zweiten Ermächtigungsgesetzes vom 8.12.1923, war zum einen Instrumentarium des Reiches, in der Inflation überhaupt Steuern zu erhalten; zum anderen erhöhte sie die Beteiligung der Länder an den Überweisungssteuern. Vgl. zur Finanzpolitik des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik: Robert Nöll von der Nahmer, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1: Allgemeine Finanzwissenschaft, Köln/Opladen 1964, S. 33–37.

[14] 1913 wurden zwei Zusätze zur amerikanischen Verfassung in Kraft gesetzt (16. und 17. Amendment). B. bezog sich hier auf den 16. Verfassungszusatz mit der Einführung einer Bundeseinkommenssteuer.

und die Verkehrseinnahmen der zentralen Verkehrsanstalten – Bahn, Post – dem Reiche zuzusprechen; darüber hinaus wird man ihm die Veranlagung der hauptsächlichen direkten Steuern zubilligen und es an dem Ertrag dieser Steuer beteiligen. Über den Prozentsatz der Beteiligung oder darüber, ob man diese Reichseinkommensteuer niedrig hält und den Ländern und eventuell auch den Gemeinden Zuschläge erlaubt, kann im einzelnen diskutiert werden. Die einheitliche Veranlagung ist wichtig, weil sonst je nach politischer Konstellation in den einzelnen Ländern bestimmte Kreise geschont werden. Wir haben das früher erlebt; ein so erfahrener Steuermann wie der württembergische Minister Pistorius hat darauf wirkungsvoll hingewiesen. Andere Steuern wird man ausschließlich den Ländern oder den Gemeinden vorbehalten können.

Eine der wichtigsten Fragen in der Diskussion mit den Alliierten wird die der Kompetenz-Kompetenz sein, d.h. des Rechts der Zentralregierung, ihre Zuständigkeit auf einen gesetzlichen, natürlich verfassungsändernden Weg zu erweitern. Im Prinzip liegt darin natürlich die Möglichkeit, auf dem verfassungsändernden Weg zum Zentralismus zu kommen. Deswegen dürfte es notwendig sein, hier eine stärkere Erschwerung vorzusehen, vielleicht sogar nicht nur die, die für Verfassungsänderungen an sich gesetzt wird – das wäre etwa die Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern –, sondern noch darüber hinausgeht: die Dreiviertelmehrheit. Nur vor einem ist dabei zu warnen, daß ein einzelnes Land das Recht des Widerspruchs haben dürfte. Denn das würde unter Umständen dazu führen, daß ein einzelnes Land mit diesem Widerspruch sich isoliert und dadurch der ganze Bau der deutschen Republik erschüttert wird. Schon rein vom Standpunkt politischer Psychologie also erscheint diese Lösung als nicht tragbar, und zwar gerade zum Beispiel im Interesse Bayerns, wo vielleicht am ehesten derartige Auffassungen könnten vertreten werden.

Es ist verhältnismäßig leichter, sich über das Ziel klarzuwerden, das erreicht werden soll, wie über den Weg, auf dem es erreicht werden kann. Denkt man darüber nach, so wird man von der an sich gewiß bedauerlichen Tatsache ausgehen müssen, daß eine Initiative der zusammenarbeitenden Parteien kaum möglich erscheint. Innerhalb der politischen Parteien hätte an sich die Sozialdemokratie ihrer Größe nach wohl den Führungsanspruch. Sie hat diese Situation nicht ausgenutzt. Von ihr liegt kein Verfassungsentwurf vor. Auch hat sie nicht den ersten Schritt getan, mit den anderen Parteien in dieser Frage Zusammenarbeit zu suchen. In beiden Fällen ist bisher die SED vorangegangen, wenn auch ohne Erfolg, denn der Verfassungsentwurf der SED ist oberflächlich und gerade in der wichtigsten Frage der Zuständigkeit der Zentralregierung vollkommen ungenügend. Die Situation der Sozialdemokratie ist erschwert dadurch, daß das Verhältnis zwischen ihr und der SED denkbar schlecht ist. Der Gegensatz ist begreiflich. Die Ursachen sind bekannt. Aber trotzdem habe ich den Eindruck, als sei er auch von seiten der Sozialdemokratie mehr auf die Spitze getrieben worden, als dies unbedingt nötig ist. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie zwar eine außenpolitische Initiative ergriffen hat, daß es doch aber sehr fraglich erscheint, ob diese Initiative den gegebenen Verhältnissen vollkommen entsprach.[15] Durch die Haltung der russischen Besatzungsmacht ge-

[15] Was B. hier als außenpolitische Initiative der SPD bezeichnet, ist nicht zweifelsfrei festzustellen. Zum einen könnte er die Entschließung des Parteivorstandes vom 14.3.1947 meinen, in der die SPD anläßlich der Moskauer Außenministerkonferenz ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung bekundete, zugleich aber vor nationaler Machtpolitik, insbesondere Annexionen von deutschen Gebieten, bei den erhofften Friedensvertragsverhandlungen warnte. Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokrati-

genüber der Sozialdemokratie hat sich diese Partei in einen Gegensatz gegen die russische Okkupationsmacht hineinmanövrieren lassen, der sie gegenüber dieser Macht belastet und dadurch jede Initiative der Sozialdemokratie von vornherein den Russen verdächtig erscheinen läßt. Überdies hat die enge Verbindung der Sozialdemokratie mit der englischen Labour Party nicht nur bei den Russen, sondern auch bei den Franzosen Mißtrauen erweckt und beeinträchtigt dadurch jeden Schritt von dieser Seite.[16] Überdies sind die nicht nur sachlichen, sondern auch persönlichen Spannungen zwischen Dr. Schumacher und Dr. Adenauer einer initiativen Zusammenarbeit der SPD und der CDU für ganz Deutschland nicht eben förderlich. Das Ergebnis dieser Situation ist, daß die Initiative der Bayrischen Staatsregierung möglich wurde und sich als nützlich herausstellte.[17] So scheint also der Weg direkt über die Parteien nicht der zu sein, der zu gehen wäre. Es bliebe die andere Möglichkeit, daß die Ministerpräsidenten der deutschen Länder [in der Bi-] Zone – die Angelegenheit in die Hand nähmen und vorwärts trieben. Doch auch hier erheben sich Bedenken. Dieser Weg wird sehr dornig sein, und es ist die Frage, ob es richtig wäre, die einzelnen Länderregierungen in die Gefahr zu bringen, auf diesem Weg Rückschläge zu erleiden. Das könnte dazu führen, daß die ohnehin nicht unbedingt als stabilisiert anzusehende Autorität dieser Regierungen noch mehr erschüttert und ihre tatsächlich natürlich bestehende Abhängigkeit von den vier Besatzungsmächten in einer psychologisch unerwünschten Weise neuerdings sichtbar gemacht würde. Deshalb wäre es vielleicht richtig, den Übergang auf dem Wege zu suchen, der von der amerikanischen Militärregierung bei dem Aufbau demokratischer Regierungen in den drei Ländern ihrer Zone eingeschlagen worden ist.

Das würde also bedeuten, daß zunächst einmal eine vorläufig rein geschäftsführende Zentralregierung eingesetzt würde; in diesem Falle natürlich vom Kontrollrat. Man würde damit auf eine Idee zurückgreifen, die schon früher unter den vier Mächten diskutiert und in der Potsdamer Deklaration niedergelegt worden ist, nämlich für die Ämter, die für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands notwendig

schen Partei Deutschlands 1947, Göttingen o.J. (1948), S. 96. – Zum anderen könnte er auf die zwei Monate vor der Moskauer Konferenz ergriffene Initiative von emigrierten, in Amerika gebliebenen SPD-Reichstagsabgeordneten anspielen, die dem amerikanischen Außenministerium Forderungen zur künftigen Deutschlandpolitik unterbreiteten. Deutschland sollte das Recht erhalten, an den Verhandlungen zu einem Friedensvertrag teilzunehmen, wobei die im Versailler Vertrag als deutsch anerkannten Territorien im Reichsgebiet verbleiben sollten. Die Emigranten drängten darüber hinaus auf Einstellung der Demontragen und ein baldiges Ende der Besatzungszeit. Vgl. Hans-Jürgen Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983, S. 69.

[16] Vgl. den Bericht über B.s Frankreichreise. In einem Brief an den Parteivorstand der SPD gibt er die Stimmung in Frankreich wieder: „Mein Aufenthalt fiel in die Zeit, da der Besuch der Genossen in London und besonders Berichte über die Reden des Genossen Dr. Schumacher in Paris sehr viel diskutiert wurden und dort, so muß ich es ausdrücken, eine gewisse Mißstimmung erregten. Ich habe ... immer bemerkt, daß es von uns aus natürlich ganz selbstverständlich war, eine derartige Einladung anzunehmen ... Über die Äußerungen von Dr. Schumacher im einzelnen könne ich nichts sagen, da ich nicht wisse, ob die Zeitungsberichte zuverlässig seien. Daß er den deutschen Standpunkt betone, sei an sich selbstverständlich". Vgl. Anm. 351/1946.

[17] Die bayerische Regierung hatte zur Konferenz der Ministerpräsidenten eingeladen; s.o. Anm. 10.

sind, Staatssekretariate zu bilden.[18] Das wäre: Finanz, Post, Eisenbahn – vielleicht diese zusammengefaßt als Verkehr –, Ernährung, Außenhandel und Wirtschaft. Dazu müßte natürlich ein Staatssekretariat kommen für Verfassungsangelegenheiten oder wie man das irgendwie nennen wollte, d.h. ein mehr politisches Staatssekretariat. Und vielleicht wäre es richtig, diesem politischen Staatssekretär den Vorsitz im Kabinett der Staatssekretäre zu geben und das Ganze so zu gestalten, daß unter diesem Staatssekretär ein Unterstaatssekretär oder Ministerialdirektor – der Rang tut wenig zur Sache – mit den Verfassungsangelegenheiten speziell betraut würde. Diese Staatssekretariate könnten also aus Personen bestehen, die vielleicht im einzelnen mit bestimmten politischen Parteien in enger Verbindung ständen, bei denen aber diese Verbindung als eine persönliche Angelegenheit betrachtet würde, ähnlich wie das in Hessen unter der Regierung Geiler der Fall war. Für die Verfassungsangelegenheiten speziell würde dann diese Regierung zu gegebener Zeit einen vorbereitenden Verfassungsausschuß berufen, der auch wieder so gestaltet sein könnte wie die vorbereitenden Verfassungsausschüsse der Länder der amerikanischen Zone, die ja teilweise aus wirklichen Sachverständigen, d.h. Professoren des Staatsrechtes, teilweise aus politischen Persönlichkeiten bestanden, teilweise aus Persönlichkeiten, die für ihre Person als Vertreter der Auffassungen der verschiedenen politischen Parteien anzusehen wären. Es würde dann so sein, wie es in diesen vorläufigen Verfassungsausschüssen gewesen ist, daß auch diese mit politischen Parteien verbundenen Persönlichkeiten in dem vorbereitenden Verfassungsausschuß nur mit einem persönlichen Mandat säßen[19], d.h. ihrer Partei gegenüber nicht gebunden wären, was den Vorteil hätte, daß eine Grundlage gefunden wäre für eine völlig freie Diskussion aller Verfassungsprobleme. Diese Diskussion würde sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielen; sie würde darin gipfeln, daß dieser vorbereitende Ausschuß einen Verfassungsvorentwurf lieferte, der veröffentlicht würde, und so eine allgemeine Diskussion würde anregen können. Wenn man sich überlegt, wer etwa in diesen Verfassungsausschuß zu berufen wäre, so wären von Sachverständigen etwa zu nennen:

> Professor Jellinek in Heidelberg, politisch ungebunden, vermutlich den Liberalen nahestehend; Professor Hartung, Berlin, Verfassungshistoriker, der wissenschaftlich allgemein anerkannt ist; Professor Laun, Hamburg; Professor Schmid, Tübingen, Sozialdemokrat; Oberbürgermeister Blaum; Professor Smend, Göttingen.

Von den politischen Parteien nahestehenden Persönlichkeiten kämen in Betracht:

> Herr Grotewohl, der den Verfassungsvorschlag der SED ausgearbeitet hat; Herr Dr. v. Brentano, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der CDU; Dr. Bergsträsser als Vorsitzender des hessischen Verfassungsausschusses und anerkannter Verfassungshistoriker; Innenminister Dr. Menzel, Nordrhein-Westfalen; Minister Dr. Süsterhenn, Rheinpfalz.

Die Liste ist natürlich nicht vollständig, soll es auch nicht sein. Man sollte dabei wohl über die Zahl von 24 nicht hinausgehen, da derartige Gremien, wenn sie zu

[18] Das Potsdamer Abkommen sah 5 zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen unter der Leitung von Staatssekretären vor: Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie.

[19] Vgl. zur Zusammensetzung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Hessen Anm. 72/1946 sowie die Eintragungen von April bis Juni 1946.

groß sind, zu umständlich arbeiten. Wenn dieser Entwurf fertig wäre, müßten dann allgemeine Wahlen für ein deutsches Parlament stattfinden, das diesen Verfassungsentwurf in derselben Art, wie es hier in Hessen geschah, als Leitfaden, d.h. ohne Bindung im einzelnen, seiner Arbeit würde zugrunde legen können. Die Verfassungsberatende Versammlung könnte zugleich die Funktionen eines beratenden Ausschusses für Gesamt-Deutschland übernehmen, so daß damit eine erste, wenn auch lose Kontrolle und Instanz der öffentlichen Kritik gegenüber der geschäftsführenden Regierung geschaffen wäre. Diese Volksvertretung würde ihrerseits einen Verfassungsausschuß wählen; dieser Verfassungsausschuß würde eine Verfassung vorberaten, und diese Verfassung würde dann vom Plenum angenommen und zum Referendum gestellt werden.

Das heißt also, daß auch in diesem Falle die geschäftsführende Regierung nicht einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Verfassungsberatungen haben würde. Auch das erscheint gut und richtig, denn die geschäftsführende Regierung wird sich in ihrer Tätigkeit vor große Schwierigkeiten gestellt sehen, die mit denen der geschäftsführenden Regierungen in den Ländern der amerikanischen Zone kaum verglichen werden können, da es sich ja bei ihr darum handelt, alle wichtigen und entscheidenden Fragen nicht nur mit einem Vertreter einer Militärregierung, sondern mit vier Vertretern von vier verschiedenen Militärregierungen zu besprechen, zu beraten, zum Ausgleich zu bringen. Schon deswegen bedürften die fachlichen Staatssekretariate einer politischen Spitze, für die nur eine Persönlichkeit in Betracht käme, die ihrer ganzen Natur nach geeignet wäre auszugleichen und doch die Garantie böte, daß sie ihren Standpunkt wahrt. Gerade weil die Anfangsschwierigkeiten besonders groß sein werden, dürfte es richtig sein, diese Regierung nicht sogleich zu einer parlamentarischen Regierung zu machen, sondern sich auf eine geschäftsführende Regierung zu beschränken, sonst könnten für die demokratische Entwicklung allzu große Rückschläge eintreten. Dabei bleibt die Frage des Friedensvertrages, die Frage also, wer den Friedensvertrag von deutscher Seite aus unterzeichnen soll, zunächst überhaupt offen, da sich ersichtlich die vier Mächte selbst über diese Frage noch nicht klargeworden sind und schwanken zwischen der Annahme durch einen Reichstag und der Annahme durch ein Referendum. Die Aufgabe der geschäftsführenden Regierung würde es zunächst sein, die Reichsämter einzurichten und damit die Geschäfte zu übernehmen, die augenblicklich in der vereinigten englisch-amerikanischen Zone von den bizonalen Ämtern bearbeitet werden. Damit würde sie reichlich zu tun haben, die Zuständigkeitsfragen wenn nicht zu klären, so doch als Problem aus ihrer täglichen Arbeit heraus immer wieder zu stellen, wobei es wiederum wichtig wäre, daß diese geschäftsführende Regierung es vermiede, grundsätzliche Probleme von sich aus bindend zu lösen. Es würde nicht angehen, daß sie schon auf dem Wege der Tatsachen ein neues Staatsrecht schüfe, sondern sie würde eben Teilabgrenzungen vornehmen können, wobei ja die bisherige staatsrechtliche Entwicklung der Zuständigkeiten der Länder und der bizonalen Instanzen als Vorarbeiten oder Modelle verwendbar wären. Mit anderen Worten: es wäre richtig, daß von vornherein der provisorische und einleitende Charakter dieser geschäftsführenden Regierung anerkannt und öffentlich betont würde.

Bei der Zusammensetzung dieser geschäftsführenden Regierung würde natürlich darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß jede der vier Besatzungsmächte durch eine Persönlichkeit vertreten wäre, die sie als Mann ihres besonderen Vertrauens ansähe, wie es ja denn überhaupt so wäre, daß diese geschäftsführende Regierung vom Kontrollrat unter eigener Verantwortung eingesetzt würde. Das entspräche auch den völkerrechtlichen wie den staatsrechtlichen augenblicklichen Bedingungen. Es wäre damit die Tatsache anerkannt, daß die Reichseinheit noch besteht, was ja von seiten der Staatsrechtler mit Recht immer betont wurde (vgl. das Gut-

achten von Professor Laun, Hamburg).[20] Und es wäre damit auch gesagt, daß der Kontrollrat der Ausüber der Reichsgewalt ist, in einer Art von Geschäftsführung aus den Verhältnissen heraus. Das wäre für die Wahrung der Rechtskontinuität nicht ohne Bedeutung, denn wir müssen ja immer wieder davon ausgehen, daß alle Reichsgesetze, auch die aus der nationalsozialistischen Zeit, noch gelten, wie das ja hier in Hessen auch geschehen ist und wie es unbedingt nötig ist, um zu verhindern, daß ein gesetzgeberisches und rechtliches Chaos eintritt.

Für das Vorwärtstreiben speziell der Verfassungsfrage wäre auch noch eine andere Möglichkeit gegeben, nämlich die, daß die Ministerpräsidenten sich in München darauf einigten, von sich aus einen Verfassungsausschuß zu berufen. Für diesen Verfassungsausschuß wäre als Zusammensetzung vielleicht folgendes erwägenswert: Jedes einzelne Land stellt je ein Mitglied, das von der betreffenden Regierung nominiert wird. Da es in der amerikanischen, in der französischen und in der englischen Zone je drei Länder gibt, in der russischen 4, so wären das 13. Man könnte überdies noch je einen Vertreter der Städte Hamburg, Bremen und Berlin hinzuziehen. Das wären dann zusammen 16. Als Vertreter der Regierungen wären entweder zu nehmen die Vorsitzenden der Verfassungsausschüsse der betreffenden Länder oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die natürlich auch führende Mitglieder politischer Parteien sein könnten, die in Verfassungsfragen bewandert sind. Zu diesen 16 Personen könnte man dann noch acht Sachverständige hinzuziehen, wobei man auf die fünf von mir oben vorgeschlagenen zurückkommen und sie durch drei weitere wohl leicht ergänzen könnte. Ich kann dazu Einzelvorschläge nicht machen, da ich nicht genauer darüber orientiert bin, wer in der russischen Zone hierfür in Betracht käme, denn der Berliner Professor Hartung wohnt in der amerikanischen Zone. Dieses Verfahren hätte den Vorteil, daß die Stimme Deutschlands schon vor dem Wiederzusammentritt der Außenministerkonferenz über Deutschland würde gehört werden können. Dabei wäre es möglich, daß dieser Ausschuß völlig frei arbeitete und sein Werk als die Privatarbeit der Kommission veröffentlichte. Es wäre aber auch möglich, daß dieser Ausschuß sein Werk erst den Länderregierungen unterbreitete und mit den Ministerpräsidenten oder den von ihnen bestimmten Vertretern beriete und es erst dann als die deutsche Auffassung publiziert würde. Welches Verfahren vorzuziehen ist, kann ohne genauere Kenntnis der Verhältnisse, d.h. der Auffassungen der beteiligten Mächte und der Einstellungen der Ministerpräsidenten, kaum gesagt werden, wie denn überhaupt dieses Gutachten sich darauf beschränkt und wohl jedes Gutachten sich in der augenblicklichen Situation darauf beschränken muß, die Probleme zu stellen, um dadurch den Ministerpräsidenten für ihre Beratungen eine Art Tagesordnung-Leitfaden und eine Problemstellung im einzelnen zu geben.

[20] Rudolf Laun, Die Haager Landkriegsordnung (Das Übereinkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs), Hamburg [4]1948 (1. u. 2. Aufl. im Selbstverlag der Universität Hamburg 1946/1947). Dazu auch Launs Artikel in ‚Die Zeit' 13.3.1947 (Hat Deutschland Rechte?), aufgenommen in: ders., Reden und Aufsätze zum Völkerrecht und Staatsrecht, Hamburg 1947. S. 16–20.

Abkürzungen

AFL	American Federation of Labor
AHLT	Archiv des Hessischen Landtags
ASD	Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn
BDM	Bund Deutscher Mädels
BerLA	Beratender Landesausschuß
BK	Bekennende Kirche
CAD	Civil Administration Division
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps
CSU	Christlich-Soziale Union
DANA	Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
GVbl	Gesetz- und Verordnungsblatt (Groß-)Hessen
HEAG	Hessische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft
HStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
ICD	Information Control Division
IKIA	Internationaler Kongreß für Ingenieurausbildung
JEIA	Joint Export-Import Agency
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP	Liberaldemokratische Partei
LT	(Hessischer) Landtag
LV	(Verfassungberatende) Landesversammlung
M.G., MG	Military Government
MP	Member of Parliament
NDP	Nationaldemokratische Partei
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
OMGH	Office of Military Government, Land (Greater) Hesse(n)
OMGUS	Office of Military Government, United States
PG	Parteigenosse (NSDAP)
RBD	Reichsbahndirektion
RP	Regierungspräsidium (-dent)
SA	Sturmabteilungen der NSDAP
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffeln der NSDAP

StA-DA	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
TH(D)	Technische Hochschule (Darmstadt)
UB-MR	Universitätsbibliothek Marburg
UN	United Nations
USFET	United States Forces, European Theater
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VD	Venereal Disease
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVA	Vorbereitender Verfassungsausschuß
ZK	Zentralkomitee (KPD-Berlin)

Quellen und Literatur

Archivalien

Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn (ASD):
- Bestand Schumacher
- Nachlaß Brill

Archiv des Hessischen Landtages, Wiesbaden (AHLT):
- Beratender Landesausschuß
- Verfassungberatende Landesversammlung
- Ausschüsse des Hessischen Landtages, 1. Wahlperiode

Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden (HStA):
- 501: Hessischer Minister für Politische Befreiung
- 502: Hessischer Ministerpräsident – Staatskanzlei
- 504: Hessischer Minister für Kultus und Unterricht
- 528: Der Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Länderrat
- 1126: Nachlaß Geiler
- 1189: Nachlaß Caspary

Hessisches Staatsarchiv, Darmstadt (StA-DA):
- H1: Regierungspräsidium Darmstadt
- O 24: Nachlaß Hesse
- O 27: Nachlaß Stock
- Dienstregistratur (Dienstakten)

OMGH = Mikrofiches der RG 260 der National Archives, Suitland, im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (649), Staatsarchiv Darmstadt (Q 4) und Staatsarchiv Marburg (711)

Privatarchiv Gisela, Christine und Ludwig Bergsträsser, Darmstadt:
- Schriftwechsel Bergsträsser 1945 ff.

Universitätsbibliothek Marburg (UB-MR):
- Nachlaß Bergsträsser

Periodika

a) Zeitungen

Darmstädter Echo 1945 ff.
Frankfurter Neue Presse 1946
Frankfurter Rundschau 1945 ff.
Fuldaer Volkszeitung 1945 ff.
Gießener Freie Presse 1946
Hessische Nachrichten 1945 ff.
Informationen der KPD, Frankfurt 1946
Marburger Presse 1945 ff.
Die Neue Zeitung 1945 ff.
SPD-Mitteilungsblatt (zunächst Volksstimme), Frankfurt 1946 ff.
Volksstimme s. SPD-Mitteilungsblatt
Wiesbadener Kurier 1945 ff.

b) Sonstiges

Amtsblatt des Hessischen Ministeriums für Politische Befreiung, Wiesbaden 1947 f.
Amtsblatt des Hessischen Ministeriums für Kultus und Unterricht, Wiesbaden 1948

Darmstädter Hochschulblatt, Rundschreiben der Technischen Hochschule Darmstadt, Darmstadt 1946ff.
Europa-Archiv 1946ff.
Gesetz- und Verordnungsblatt für (das Land) (Groß-)Hessen, Wiesbaden 1945ff.
Keesing's Archiv der Gegenwart 1945ff.
Mitteilungsblatt der Deutschen Regierung des Landes Hessen, Darmstadt 1945f.
Staats-Anzeiger für das Land (Groß-)Hessen, Wiesbaden 1946ff.

Literatur
(nur mehrfach genannte Sekundärliteratur)

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 1: September 1945–Dezember 1946, bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz, München 1976; Bd. 2: Januar 1947–Juni 1947, bearbeitet von Wolfram Werner, München 1979; Bd. 3: Juni 1947–Dezember 1947, bearbeitet von Günter Plum, München 1982; Bd. 4: Januar 1948–Dezember 1948, bearbeitet von Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger, München 1983; Bd. 5: Januar 1949–September 1949, bearbeitet von Hans-Dieter Kreikamp, München 1981.
Albrecht, Willy (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Berlin/Bonn 1985.
Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern. Dokumente, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen mit einer Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt, Frankfurt 1978.
Benz, Wolfgang, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, München 1984.
Bergsträßer, Ludwig, Mein Weg, Bonn 1953.
Bergsträsser, Ludwig, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 397–416.
Beyer, Hans-Christoffer, Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946, Diss., Marburg 1977.
Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, bearbeitet von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1951.
Drucksachen der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Abt. I, II, III, IIIa, IV, Wiesbaden 1946.
Drucksachen des Hessischen Landtages, I. Wahlperiode, Abt. I, II, III, IV, Wiesbaden 1947ff.
Fehrenbach, Elisabeth, Ludwig Bergsträsser, in: Deutsche Historiker Bd. VII, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1980, S. 101–117.
Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt 1971.
Gurland, A. R. L., Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. von Dieter Emig, Frankfurt 1980.
Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit? Die Wiedergründung der SPD 1945/1946, Bonn/Berlin ^{2}1980.
Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982.
Kropat, Wolf-Arno, Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten, Wiesbaden 1979.
Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone 1944–1947, Stuttgart 1973.

Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980.
Mühlhausen, Walter, Hessen 1945–1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Frankfurt 1985.
Niethammer, Lutz, Die Mitläuferfabrik. Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Bonn/Berlin 1982 (Neuauflage von: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972).
Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Bd. 1: Vorgeschichte, bearbeitet von Johannes Volker Wagner, Boppard 1975.
Post, Oswald, Zwischen Sicherheit und Wiederaufbau – Die Ruhrfrage in der alliierten Diskussion 1945–1949, Gießen 1986.
Rüschenschmidt, Heinrich, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Marburg/Darmstadt 1981.
Schleier, Hans, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. I.: Strömungen – Konzeptionen – Institutionen, II.: Die linksliberalen Historiker, Berlin (Ost) 1975.
Vogel, Walter, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil I: Koblenz 1956; Teil II: Boppard 1964; Teil III Boppard 1983.

Personenregister

Nicht aufgenommen wurden Personennamen, die in Anmerkungen lediglich als Korrespondentenbezeichnung auftreten. Nennung von MdL ohne Landesangabe bezieht sich ebenso wie die Nennung von Ministerien, Landesämtern etc. ohne Landesangabe auf das Land (Groß-)Hessen. Bei den schon vor der Gründung Groß-Hessens in der Provinzregierung bzw. Landesregierung Hessen(-Darmstadt), später Regierungsbezirk Hessen bzw. Darmstadt, tätigen Personen wird auf die Nennung von Provinz- bzw. Landesregierung verzichtet. Es wird lediglich RP Darmstadt angegeben.

Abkürzungen

Bgm	Bürgermeister
MdB	Bundestagsmitglied
MdL	Landtagsmitglied
MdR	Reichstagsmitglied
Mitgl. LV	Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen
OB	Oberbürgermeister
Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
RB	Regierungsbezirk

Abendroth, Wolfgang (1906–1985), Prof. für Politische Wissenschaften, 1949 Wilhelmshaven, 1950–73 Marburg 29, 303

Abraham, dt. Mitarbeiter der amerik. Militärregierung 96

Adcock, Clarence L. (1895–1967), US-General USFET, 1946 stellv. Militärgouverneur, 1947–49 amerik. Vorsitzender des Bipartite Control Office 20

Adenauer, Konrad (1876–1967), 1917–33 und 1945 OB Köln, Mitgl. preuß. Staatsrat, Zentrum, 1945 Mitbegründer CDU, Mitgl. Parl. Rat, 1949–67 MdB, 1949–63 Bundeskanzler, 1950–66 CDU-Bundesvorsitzender 215, 217, 240, 367

Agartz, Viktor (1897–1964), 1946 Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft (brit. Zone), 1947 Leiter des Zwei-Zonen-Wirtschaftsamtes Minden, MdL Nordrhein-Westfalen, Abgeordneter Wirtschaftsrat, SPD bis 1957 26, 181, 216

Ahl, Heinrich (1895–1962), bis 1933 Leiter des Hess. Landeskriminalamtes, April 1945 kurzzeitig Bgm Groß-Rohrheim, dann Regierungsdirektor RP Darmstadt, zunächst Leiter der Abteilung Polizei, dann der Abteilung Allgemeine und Innere Verwaltung, Aug. 1947–März 1948 Sonderbeauftragter der Landesregierung bei der Zweizonenverwaltung, 1954–60 Regierungsvizepräs. 40, 47, 49, 63, 68, 70, 80f., 83–86, 96, 98, 103, 107, 109, 116, 119, 122, 132, 159, 162, 205, 228, 240, 254, 262, 267, 282, 286, 291, 298, 308, 313, 323

Ahl, Marie (1897–1979), Frau von Heinrich A. 68

Allstaedt, Reinhold (1895–1981), Regierungsrat (ab 1946 Oberregierungsrat) Referent Kultusministerium 276

Alt, Albrecht (1883–1956), Theologieprof. Greifswald, Basel, Halle und zuletzt Leipzig 250

Altwein, Erich (*1906), Vorstandsmitgl. Degussa, Mitgl. LV, Abgeordneter Wirtschaftsrat, SPD 126, 161, 166, 170, 281

Amelunxen, Rudolf (1888–1969), 1926–32 Regierungspräs. Münster, 1945/46 Oberpräs. Westfalen, 1946/47 Ministerpräs., Kultus- und Sozialminister, 1950–58 Justizminister Nordrhein-Westfalen 53

Anouilh, Jean (*1910), frz. Dramatiker 121

Anschütz, Gerhard (1867–1948), Staatsrechtler, Prof. in Tübingen, Berlin und Heidelberg (1900–08 und 1916–32) 95

Apel, Wilhelm (1906–1969), Mitgl. LV, 1946–50 MdL, bis 1963 Bevollmächtigter des Landes Hessen bei der Bundesregierung, SPD 185, 189f., 204, 280, 296, 319f., 322
Argo, Clyde R., 1947/48 Leiter Militärregierung Lauterbach 244
Armstrong, William P. (*1907), Berater des amerik. Außenministeriums 45
Arndgen, Josef (1894–1966), 1932–33 Vorsitzender des Zentralverbandes christl. Lederarbeiter, 1945–47 Ministerialdirektor Arbeitsministerium, 1947–Nov. 1949 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 1946–49 MdL, 1949–65 MdB, CDU 48, 257
Arndt, Adolf (1904–1974), 1945 Oberstaatsanwalt Marburg, 1947 Ministerialrat Innenministerium, Abgeordneter Wirtschaftsrat, 1949–69 MdB, SPD 153, 281
Arnold, Karl (1901–1958), 1946 OB Düsseldorf, 1946 stellv., 1947–56 Ministerpräs. Nordrhein-Westfalen, 1957/58 MdB, CDU 303
Arnoul, Wilhelm (1893–1964), 1924–33 Bgm Neu-Isenburg, 1932 MdL Volksstaat, Emigration, 1945/46 Bgm Neu-Isenburg, 1946–50 Landrat Offenbach, Mitgl. LV, 1946–50 und 1954–64 MdL, SPD, 1950–61 Regierungspräs. Darmstadt 149, 156, 238f., 322
Augustin, Karl (1877–1974), 1921–24 Bgm Wilmersdorf, 1924–36 Bgm Charlottenburg, 1936–45 Dezernent Reichsfinanzministerium, DVP, nach 1946 Ministerialdirigent hess. Finanzministerium, Leiter der Abteilung Finanz- und Lastenausgleich 286

Bach, Hans-Viktor (*1926), Sohn von Hermann B., 1953–55 Richter in Wiesbaden, 1955–66 stellvertr. Leiter der Kommunalabteilung Innenministerium, seit 1966 Regierungsvizepräs. Darmstadt 126
Bach, Hermann J. (1897–1966), vor 1933 Zentrum, 1922–27 Regierungsassessor hess. Innenministerium, 1928–31 Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes und der politischen Polizei in Hessen, 1931–33 Polizeidirektor Offenbach, 1946–49 Landrat Friedberg, Aug. 1949–Jan. 1963 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei, SPD 76, 80, 102f., 286
Bähnisch, Theanolte (1899–1973), 1946–59 Regierungspräs. Hannover, 1959–64 Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen in Bonn, SPD 303
Ball, Ira M., Special Branch Officer E-3 RB Darmstadt 116f.
Bammel, Ernst (*1923), Assistent Tübingen, Prof. für Geschichte in Erlangen ab 1953 165, 182, 222, 241, 259, 273
Bartsch, Fritz (1893–1968), Pressechef der hess. Regierung, SPD 142, 189, 211
Bassermann, Ellen (*1925), Tochter von Fritz B., Klavierpädagogin 139, 308
Bassermann, Fritz (1882–1965), Vetter von Bergsträsser, Großkaufmann 49, 58, 129
Bassermann, Liselotte (1922–1975), Tochter von Fritz B., Medizinstudentin 58, 124, 137
Batalion, Samuel (*1918), jüd. Fabrikant Darmstadt 313
Bauer, Georg (1886–1952), bis 1945 in führender Position bei der Reichsbahn, 1945/46 Präs. der Reichsbahn-Oberbetriebsleitung Frankfurt 97
Bauer, Leopold (1912–1972), vor 1933 SPD, dann SAP, ab 1932 KPD, Emigration Frankreich, Schweiz, Mitgl. LV (Fraktionsvorsitzender), 1946–48 MdL, 1949 Chefredakteur Deutschlandsender, 1950 Verhaftung, 1952 zum Tode verurteilt, 1955 in die BRD abgeschoben, Chefredakteur „Neue Gesellschaft" 22, 58, 94, 101, 108, 111, 115, 123, 130, 132, 145, 153, 159–161, 164, 170, 174f., 177f., 186, 189, 192, 202, 227f., 342, 344, 346, 349f.
Bayer, Kurt (1902–1983), Regierungsdirektor, RP Darmstadt 262, 327
Bebber, Fritz (1899–1976), 1946–65 Bgm Friedberg, SPD 102
Bebel, August (1840–1913), sozialdem. Parteiführer, Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1892–1913 SPD-Parteivorsitzender, 1867–81 und 1883–1913 MdR 332
Beck, Ludwig (1880–1944 hingerichtet), dt. General, 1935–38 Generalstabschef, Widerstandskämpfer 304

Becker, Johann Baptist (1869–1951) 1916–18 hess. Finanzminister, 1922–23 Reichsinnenminister, 1919–30 MdR, DVP 237
Becker, Heinrich (1903–1963), April 1947–Juni 1948 Landrat Alsfeld, parteilos 263
Becker, Howard (1899–1960), amerik. Soziologe, 1926/27 Studienaufenthalt in Köln, Prof. in Chicago und Harvard, Mitarbeiter Office of Strategic Services, 1947/48 Leiter Higher Education Branch OMGH 325f.
Becker, Max (1888–1960), 1946–49 MdL, Mitgl. Parl. Rat, 1949–60 MdB, LDP/FDP 291
Behncke, Eberhardt (1885–1958), ehem. Offizier, Schwager von R. von Leers 157
Behrend, Fritz (1885–1949), Prof. für chemische Geologie Berlin 297
Behrend, Hedwig, Frau von Fritz B. 297
Bekker vom Rath, Hanna (1893–1983), Malerin und Kunsthändlerin Frankfurt 296
Belzer, Rudolf (1901–1976), 1938–46 Regierungsrat bei Finanzämtern Wien, 1946/47 Landrat Dieburg, 1947/48 Ministerialrat Finanzministerium, 1948–54 Landrat Konstanz, dann Polizeidirektor Freiburg 123, 142, 145, 148
Benner, Johann (1889–1955), 1921–33 Mitgl. Kreisausschuß Gießen, 1944 KZ Dachau, Juli 1946–Juni 1948 Landrat Gießen, SPD 149, 151, 263, 315
Benz, Ernst (1907–1978), Theologieprof. 1932 Halle, 1935 Marburg 223, 233
Bergengruen, Werner (1892–1964), dt. Schriftsteller 315
Berger, Ernst (*1881), 1922–28 Vizeoberpräs. Provinz Oberschlesien, 1928–33 OB Oppeln, 1945–Jan. 1946 Bgm Marktredwitz, Jan. 1946–Nov. 1948 Ministerialrat Innenministerium, Leiter der Kommunalabteilung 179, 289, 293, 317
Bergér, Wilhelm (1891–1975), stellv. Superintendent Kirchenprovinz Starkenburg 59, 103, 162, 166
Bergsträsser, Arnold (1896–1964), Vetter von B., Kulturhistoriker, Politikwissenschaftler, 1937 Emigration USA, bis 1950 Prof. am Claremont College, 1954 Prof. Freiburg, 1955–59 Direktor des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik Bonn 139
Bergsträsser, Gisela (*1911), Tochter von B., Kustodin, 1971 Oberkustodin Landesmuseum 63, 67, 69, 85, 87, 131, 144, 183, 192, 224, 227, 256, 283, 302, 314
Bergsträsser, Irmgard (1913–1964), Tochter von B. 50, 95, 273
Bergsträsser, Ludwig Alexander (*1926), Sohn von B., Galerist 164, 253f., 263
Bergsträsser, Martha (1884–1953), geb. Unger, Frau von B. 172, 200, 209, 229, 263
Bergsträsser, Nina von (*1925) 256, 264, 282
Bernardus, Georg (1896–1965), Juni 1945–Juli 1948 Bgm. Hausen 290
Bernhard, Georg (1875–1944), Schriftleiter „Vossische Zeitung", 1928–30 MdR, DDP, 1933 Emigration 12
Berning, August Heinrich (1895–1979), 1945/46 Lizenzträger „Hessische Nachrichten", April 1946–Juli 1947 Lizenzträger „Frankfurter Neue Presse" 137
Beutler, Ernst (1885–1960), Prof., Goetheforscher, ab 1925 Direktor des Freien Dt. Hochstifts in Frankfurt und des Frankfurter Goethe-Museums 165, 207, 233
Bevin, Ernest (1881–1951), brit. Politiker, 1940–45 Minister für Arbeit, 1945–51 Außenminister, Labour Party 335, 359
Bidault, Georges (1899–1983), frz. Politiker, Mitbegründer und 1949–52 Vorsitzender des Mouvement Républicain Populaire, mehrfach Außenminister, 1946 und 1949/50 Ministerpräs. 359
Bieberfield, Ernest S., Information Control Division OMGH 74, 79, 87f., 96, 101, 133, 146, 204, 206, 218
Biermer, Elisabeth (Lily) (1904–1963), schweiz. Schriftstellerin, lebte bis 1945 in Deutschland 85
Binder, Gottlob (1885–1961), Juni–Okt. 1945 Direktor Arbeitsamt Frankfurt,

Okt. 1945 bis März 1949 Minister für politische Befreiung und Wiederaufbau, SPD 39–41, 46, 48, 66, 69, 120, 124, 190, 198, 233, 268
Binder, Marianne (1886–1959), Frau von Gottlob B. 41
Birley, Robert (1903–1982), 1945–48 Erziehungsberater der brit. Militärregierung, dann Prof. in England, u.a. Eton und London 327f.
Bismarck, Otto von (1815–1898), 1871–1890 Reichskanzler und preuß. Ministerpräs., Ehrenbürger der Stadt Darmstadt 331, 356, 360, 365
Blaum, Kurt (1884–1970), 1921–33 OB Hanau, DDP, 1945/46 OB Frankfurt, dann Leiter des Landesamtes für Vermögenskontrolle 46, 84f., 94, 102, 105, 115, 123, 128, 131, 150, 173, 368
Bleek, Karl Theodor (1898–1969), 1932/33 Landrat Arnswald, 1946–51 OB Marburg, 1946–51 MdL, 1951–57 2. Staatssekr. Bundesinnenministerium, 1957–61 Staatssekr. Bundespräsidialamt, LDP/FDP 164, 228, 275, 294, 304
Bleibaum, Friedrich (1885–1974), 1926–45 Provinzialkonservator Hessen-Nassau, 1945–50 Landeskonservator 146, 158f.
Blum, Léon (1872–1950), frz. Politiker, Gründer der sozialistischen Partei, 1936/37, 1938 und 1946/47 Ministerpräs. 1943–45 KZ-Haft 88
Blunck, Andreas (1905–1974), Rechtsanwalt und Schriftsteller 59, 62
Bode, Karl F. (*1912), 1934 Emigration, 1937–45 Prof. Stanford, 1945/46 Wirtschaftsberater OMGUS, 1946–49 Leiter der Abteilung Planung und Statistik, Bipartite Control Office 74
Boden, Wilhelm (1890–1961), 1919–33 Landrat Altenkirchen, 1932–33 MdL Preußen, Zentrum, Juni 1945 Regierungspräs. Koblenz, Jan. 1946 Oberpräs. Rheinland-Hessen-Nassau, Dez. 1946–Mai 1947 Ministerpräs. Rheinland-Pfalz, dort 1947 Präsident Landeszentralbank und ab 1947 MdL, CDU 215
Böhm, Franz (1895–1977), 1932–38 Prof. für bürgerliches Recht Freiburg und Jena, 1946–62 Frankfurt (1948 Rektor), Nov. 1945–Febr. 1946 Kultusminister, 1953–65 MdB, CDU 48, 51, 59–61, 76, 87, 89, 95, 120, 137, 313
Böttcher, Herta (*1897), Fabrikbesitzerin Grünberg 283
Bohnet, Rudolf (*1920), Schauspieler, 1945/46 in Darmstadt 75
Boll, Wilhelm (1897–1974), ab 1927 Regierungsrat Oberrechnungskammer Darmstadt, 1937 Leiter der Landeshauptkasse, April 1945 als Regierungsdirektor Leiter Finanzabteilung RP Darmstadt, 1946–62 Leiter des Landesrechnungshofes 37f., 42, 63, 102–104, 109, 207, 209, 314, 321, 323
Bolten, Seymour R., Mitarbeiter Governmental Structure Branch CAD, OMGUS 204, 209
Born, Ekkehard (*1914), ab 1942 Gymnasiallehrer in Darmstadt, 1968–79 Leiter der Georg Büchner-Schule 43, 76, 81, 301
Borngässer, Wilhelm (1879–1963), Prof. für Musikwissenschaft, 1931–45 Darmstadt, 1905–58 Chorleiter Stadtkirche 227
Bourdin, Paul (1900–1955), 1945–49 Lizenzträger und Chefredakteur des „Kurier" (Berlin), 1949/50 Pressechef der Bundesregierung, 1950 Chefredakteur der „Welt" 327
Braband, Jakob (1878–1953), März 1945–Mai 1946 Bgm Ober-Ramstadt, SPD 92
Bratu, Artur E. (*1910), 1934–40 Sekr. des Internationalen Berufssekretariats für Lehrer (Brüssel), Emigration, Rückkehr als Mitarbeiter der brit. Militärregierung, 1949–69 Schulrat, 1970–77 Direktor der Hess. Landeszentrale für politische Bildung 133, 235
Brauer, Max (1887–1973), 1924–33 OB Altona, Emigration USA, 1946–53 und 1957–61 1. Bürgermeister von Hamburg, 1961–65 MdB, SPD 265
Braunschweig (s. Hannover)
Brecht, Arnold (1884–1977), 1921–27 Ministerialdirektor Reichsinnenministerium, dann Bevollmächtigter Preußens im Reichsrat, Emigration USA, Prof. für Staats- und Finanzwissenschaften New York, nach dem Krieg Berater der amerik. Militärregierung 295, 312

Brentano, Lilla Beata von (1863–1948), geb. Schwerdt, Mutter von Heinrich von B. 209
Brentano, Heinrich von (1904–1964), Mitgl. LV, 1946–49 MdL, Mitgl. Parl. Rat, 1949–64 MdB, 1955–61 Außenminister, CDU 94, 106, 111, 115, 121, 123, 126, 131, 136, 163f., 177, 179–181, 184, 189f., 203, 209, 276, 279, 290f., 297, 306f., 316, 319, 322, 329, 350, 361, 368
Brentano di Tremezzo, Otto von (1855–1927), Vater von Heinrich von B., 1918–27 hess. Justizminister, seit 1921 auch Innenminister, 1919–24 MdR, Zentrum 209
Briand, Aristide (1862–1932), frz. Politiker, mehrfach Ministerpräs. 1924–32 Außenminister 345
Bridges, Styles (1898–1961), republikanischer Senator 253
Brill, Hermann L. (1895–1959), 1918–22 USPD, dann SPD, 1920–32 MdL Thüringen, 1921–23 Staatsrat für Gotha, 1932–33 MdR, 1939–45 KZ Buchenwald, 1945 kurzzeitig Staatspräs. Thüringen, Juli 1946–Juli 1949 Staatssekr. und Chef der hess. Staatskanzlei, 1948 Prof. Frankfurt, 1949–53 MdB 23f., 32, 146, 154, 157f., 169f., 178f., 182f., 204, 207f., 210–212, 223, 226, 236f., 241, 248, 269, 279, 284, 286, 293, 296, 309, 326, 328
Brill, Martha (1904–1980), Frau von Hermann B. 146
Brinkmann, Carl (1885–1954), 1923 Prof. für Volkswirtschaftslehre Heidelberg, 1942 Berlin, 1946 Erlangen, 1947 Tübingen 307
Brown, L. W., Leiter Militärregierung in Bensheim für Landkreis Bergstraße/Landkreis Erbach 103
Brücher, Hildegard (später Hamm-Brücher) (*1921), Mitarbeiterin der „Neuen Zeitung", 1950–66 und 1970–76 MdL Bayern, FDP, 1967–69 Staatssekr. hess. Kultusministerium, 1972/76 stellv. FDP-Bundesvorsitzende, seit 1976 MdB 112, 227
Buch, Friedrich (*1906), Okt. 1945–April 1946 Bgm Wetzlar, Juni 1948–52 Ministerialrat Innenministerium, 1952 diplomatischer Dienst, 1963–66 Botschafter Dänemark, 1966–70 Botschafter Schweiz 317
Buch, Georg (*1903), 1933 Stadtverordneter Wiesbaden, Haft, KZ, 1946 Stadtverordneter Wiesbaden, Mitgl. LV, 1946–50 und 1954–74 MdL (davon 1966–74 Präs.), 1954 Bgm und 1960 OB Wiesbaden, SPD 189
Buchenau, Arthur (1879–1946), vor 1933 Stadtschulrat in Berlin 78, 80
Buchheim, Karl (1889–1982), Prof. für Geschichte 1946 Leipzig, 1950 München 250
Bück, Karl (1888–1980), Sep. 1946–Juli 1948 Bgm Grünberg, christl. Landvolk 148
Burckhardt, Carl Jakob (1891–1974), schweiz. Historiker, Schriftsteller und Diplomat, seit 1932 Prof. in Genf, 1937–39 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig, 1944–48 Präs. des Internationalen Roten Kreuzes, 1945–50 Gesandter in Paris 55
Burckhardt, Johann Jacob (*1903), Mathematikprof. Zürich 241
Burt, William T., Sept.–Dez. 1945 Direktor E-3 RB Darmstadt 49
Buschette, Marianne (*1922), Sekretärin Staatskanzlei 119, 128, 157, 160, 167
Busekow, Friedrich Wilhelm (1913–1974), bis 1953 Kurdirektor Bad Salzschlirf 243
Byrnes, James F. (1879–1972), 1930–41 Senator und 1951–55 Gouverneur South Carolina, Juni 1945–Jan. 1947 amerik. Außenminister 55, 167f., 170–172, 348

Cahn-Garnier, Fritz (1889–1949), 1946/47 MdL Württemberg-Baden und dort 1946 Finanzminister, 1948 OB Mannheim, Abgeordneter Wirtschaftsrat, SPD 115
Caillaux, Joseph (1863–1944), radikalsozialistischer frz. Politiker, 1906–09 Finanzminister, 1911/12 Ministerpräs. 50
Callot, Jacques (1592–1635), frz. Zeichner und Radierer 248
Cames, Laure, Luxemburgerin, März–Nov. 1945 Dolmetscherin der amerik. Militärregierung RB Darmstadt, Studienrätin 40, 42, 49

Canter, Karl (1889–1979), Nov. 1945–Jan. 1947 Ministerialdirektor Justizministerium, später Senatspräs. Bundesgerichtshof, CDU 48
Caspary, Friedrich (1901–1978), 1934–45 Wirtschafts- und Steuerberater, Mitgl. LV, 1946 bis Jan. 1948 MdL, SPD 110, 129, 153, 161, 170, 175f., 183f., 212, 227f., 262, 352, 357
Cecilie Kronprinzessin von Preußen (1886–1954) 117
Chapin, John S. (*1915), 1945 Finanzoffizier E-3 RB Darmstadt, März 1946 Leiter Militärregierung Dieburg, 1947 Limburg, 1948 Ziegenhain 148
Cheval, René (*1918), frz. Kontrolloffizier Universität Tübingen, 1948–54 Direktor Frankreich-Institut Tübingen, 1963–66 Prof. Rennes, 1966–73 Kulturattaché Bonn und 1973–78 Wien 225
Christ, Sekretärin/Dolmetscherin 103
Churchill, Winston (1874–1965), mehrfach brit. Minister, 1940–45 und 1951–55 Premierminister, Konservative Partei 335
Clary-Aldringen, Alfons Fürst von (1887–1978) 266
Clary-Aldringen, Ludwine Fürstin von (1894–1984) 266
Clay, Lucius D. (1897–1978), amerik. General, April 1945 stellv. und Jan. 1947–Mai 1949 Militärgouverneur in Deutschland 20, 43, 47, 78, 159f., 182, 186–188, 191, 198, 216, 227, 231, 269, 272, 280, 289, 305, 317, 358
Clemm, Ludwig (1893–1975), 1937–58 Direktor Staatsarchiv Darmstadt, 1934–49 Vorsitzender des Historischen Vereins für Hessen, 1950–69 Vorsitzender der Historischen Kommission Darmstadt 48, 100, 140, 143, 147
Cohen-Reuß, Max (1876–1963), 1908 Stadtverordneter Frankfurt, 1912–18 MdR, 1934 Emigration, 1944 Mitgl. und ab 1947 Vorsitzender Exekutivausschuß der Landesgruppe dt. Sozialdemokraten in Frankreich 212
Comert, Pierre, 1933–38 Pressechef des frz. Außenministeriums 212
Copeland, Richard W., Jan.–Febr. 1946 Direktor E-3 RB Darmstadt 49, 76, 78, 86
Coques, Gonzales (1614–1684), fläm. Maler 105
Coßmann, Heinrich August (1889–1949), 1925–32 Landrat Biedenkopf, 1932–35 Justitiar Regierung Schleswig, DDP/Staatspartei, Okt. 1945 Ministerialrat und ab Jan. 1947 Ministerialdirektor Innenministerium 56, 293
Crass, Hanns (*1918), Weingutsbesitzer, Sohn von Ottilie C. 297
Crass, Ottilie (1873–1962), Cousine von L. Bergsträsser 297
Crass, Otto (*1901), Pater, Sohn von Ottilie C. 111
Cremer, Martin (*1913), Nov. 1945–April 1948 Referent für Bibliotheken und Archive Kultusministerium, 1948–61 Direktor der Westdeutschen Bibliothek, 1962–77 Direktor des Instituts für Dokumentationswesen der Max-Planck-Gesellschaft, seit 1980 Präs. der Dt. Schillergesellschaft 287
Cube, Walter von (1906–1984), Leiter des innenpolitischen Ressorts der „Neuen Zeitung", 1947–72 Programmdirektor Bayrischer Rundfunk 252

Dahrendorf, Gustav (1901–1954), 1928–33 und ab 1946 Abgeordneter Hamburger Bürgerschaft, 1932 MdR, SPD, 1945 Mitgl. Berliner Zentralausschuß SPD, 1947–49 Vizepräs. des Wirtschaftsrates 117
Dalin, W. Z., Feldrabbiner des US-Luftwaffenhauptquartiers 238
Dang, Anton (*1901), Syndikus, Referent im Landeswirtschaftsamt 98
Dang, Johann Sebastian (1891–1958), Schriftsteller, Lizenzträger „Darmstädter Echo" 273
Daum, Leonhard (1893–1984), bis Okt. 1945 komm. Leiter der Forstabteilung in Darmstadt, 1930–33 und ab 1946 Lehrer in Brensbach 70, 86
Davis, Clare R., Sept. 1944–Nov. 1945 Direktor E-3 RB Darmstadt 16, 49
Dayton, Kenneth C., Jurist, Civil Administration Division OMGUS, 1947 stellv. Direktor OMG Bayern, 1949 Governmental Affairs Adviser 155, 157, 160f., 167, 177, 186f., 191, 195
Decamps, André (*1892), frz. Diplomat,

1945/46 Konsul und 1947–52 Generalkonsul in Frankfurt 255, 259, 262
Degen, Valentin (1902–1961), kath. Pfarrer und Studentenseelsorger 133, 208
Dehio, Ludwig (1888–1963), 1945–54 Direktor Staatsarchiv Marburg, Prof. für Geschichte, Herausgeber „Historische Zeitschrift" 229, 304
Deissböck 215
Demeter, Karl (1889–1976), Archivrat, 1920 Reichsarchiv, 1933 Leiter der Frankfurter Abteilung des Reichsarchivs, 1952–54 Bundesarchiv 96, 230
Dengler, Wilhelm (1889–1951), 1919–33 Bgm Erbach, zeitweilig KZ, Dez. 1945–Juni 1946 und Juli 1948–51 Landrat Bergstraße, 1946–48 komm. Leiter der Versorgungskasse RB Darmstadt, 1946–49 MdL, SPD 72, 239, 289, 306–308, 324
Deuker, Heinrich (1888–1948), Kriminalinspektor, Stadtverordneter Darmstadt, SPD 163
D'Hooghe, Robert (*1903), Kunst- und Buchhändler, Verleger 88, 222, 243, 285
Dibelius, Günther (*1923), stud. ing., ASTA-Vorsitzender Darmstadt 285
Dibelius, Martin (1883–1947), Theologieprof. Heidelberg 129
Dietz, Fritz (1909–1984), Zuckergroßkaufmann, 1945 Sonderbeauftragter Ernährungsministerium, 1946–48 Leiter des Landesernährungsamtes 149, 282
Dingeldey, Alfred (1894–1949), 1946–49 MdL, 1948–49 Landrat Gießen, CDU 306, 309, 326
Dönges, Karl (1891–1975), April 1945–Juli 1946 OB Gießen 151
Doerell, Ernst Gustav (*1892), 1945 Flüchtlingskommissar Groß-Gerau, dann Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsstation des Vereins Dt. Düngefabrikanten 146
Doring 283
Dorn, Walter L. (1894–1961), Mitgl. der Research and Analysis Branch des Office of Strategic Services, 1945 Berater USFET, 1946 Berater Clays in Entnazifizierungsfragen, später Prof. für Geschichte Ohio State University 18, 56f., 78f., 83f., 197
Dornheim, Hugo (*1886), 1944 KZ Dachau, ab Febr. 1947 als Oberregierungsrat persönl. Referent Stocks 290
Drigalski, Wilhelm von (1871–1950), Bakteriologe und Hygieniker, 1923 Leiter Gesundheitsamt Berlin, DDP, ab Okt. 1945 Leiter des hess. Gesundheitsamtes, dann als Ministerialrat Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Innenministerium 127
Drott, Karl (1906–1971), 1930–33 Jugend- und Bildungssekr. der Sozialistischen Arbeiterjugend, Verleger (Bollwerk-Verlag, Offenbach), Mitgl. LV, 1946–58 MdL, SPD 25, 87, 173, 288, 291, 295
Dubensky, William P., Leiter der Theatre and Music Branch OMGH 96, 119f., 122
Dubock, amerik. Militärregierung 208
Duderstadt, Curt (1907 o. 1908–1962), Geschäftsführer Grünberg 87, 97, 123, 141, 148, 207, 210, 237, 277, 283, 329
Dumkow (?), amerik. Militärregierung 72
Durand, Karl (*1884), 1946–51 Direktor der Hölderlinschule Heidelberg 129, 263

Ebbinghaus, Julius (1885–1981), Prof. für Philosophie, 1930 Rostock, 1940 Marburg, 1945/46 Rektor Universität Marburg 118f., 123, 139, 223, 240
Ebhard, Bodo (1865–1945), Hofbaurat, Architekt und Burgenforscher, Baumeister Wilhelms II. 323
Eckhardt, Anni von, Sekretärin bei der amerik. Militärregierung 281, 283
Ehard, Hans (1887–1980), 1946–54 und 1960–62 bayerischer Ministerpräs., dort 1962–66 Justizminister, 1949–55 Vorsitzender CSU 216
Eilermann, Adolf (1882–1946), Hotelbesitzer Bad Nauheim 138
Eisenhower, Dwight D. (1890–1969), amerik. General, Juli–Nov. 1945 US-Oberbefehlshaber in Deutschland, 1945–48 US-Generalstabschef, 1950–52 NATO-Oberbefehlshaber, 1953–61 US-Präs., Republikaner 337
Eisinger, Otto (1879–1955), 1925–30 II. Geschäftsführer Landwirtschaftskam-

mer Wiesbaden, 1945–Jan. 1947 Ministerialdirektor Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, CDU 48
Elam, brit. Militärregierung 296, 329
Ellenbogen, Theodore, Legal Division OMGH 43
Ellinghaus, Wilhelm (1888–1961), 1928–31 Landrat Angerburg (Ostpreußen), 1931–32 Regierungspräs. Gumbinnen, 1945/46 Regierungspräs. Hannover, Dez. 1946–April 1947 Justizminister Niedersachsen, 1947–51 MdL Niedersachsen, 1951–55 Bundesverfassungsrichter 53f.
Elliott, John (*1896), amerik. Publizist, ab 1928 „New York Herald Tribune", 1946 in Deutschland, 1947 Berater der Militärregierung, 1948/49 Mitherausgeber „Neue Zeitung" 109
Elsesser, Hieronymus (1889–1969), 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Darmstadt, 1945 als Oberregierungsrat Leiter des Landesamtes A für Flüchtlinge (Flüchtlingstransporte, Versorgung etc.), SPD 183, 190, 205
Elzer, Hans-Michael (1916–1982), Prof. für Erziehungswissenschaften, 1948–63 Jugenheim, 1963 Darmstadt 297
Engels, Friedrich (1820–1895), dt. Sozialist 332
Engler, Otto (1894–1969), Juli 1948–Jan. 1954 OB Gießen, FDP 315, 317f.
Eppelsheimer, Hanns Wilhelm (1890–1972), bis 1933 Direktor der Landesbibliothek Darmstadt, 1946–57 Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt 165
Erbach zu Erbach, Christa Gräfin (1894–1962) 73
Erbach-Fürstenau, Alfred Graf zu (*1905), 1939 bis Dez. 1947 Brasilien, 1956–58 MdL, CDU 267, 271
Erdsiek, Heinrich (1903–1961), 1946 als Oberregierungsrat Referent für Kunst, Bau- und Denkmalspflege Kultusministerium, 1947 in der Hauptabteilung Wiederaufbau des Innenministeriums 285
Erkelenz, Anton (1878–1945), 1920–30 MdR, DDP, Übertritt zur SPD 13
Erzberger, Matthias (1875–1921 ermordet), ab 1903 MdR, Juni 1918–März 1920 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, Zentrum 365
Essel, Hermann (1898–1967), Verleger Bensheim 118
Eulenburg, Mortimer Graf von (*1905) 303
Euler, August Martin (1908–1966), ab 1946 Landesvorsitzender LDP/FDP, Mitgl. LV (Fraktionsvorsitzender), 1946/47 MdL, Abgeordneter Wirtschaftsrat, 1949–58 MdB, FDP, ab 1956 Freie Volkspartei 161, 164, 177, 183, 186, 188, 192, 218
Euler, Wilhelm (*1906), 1946/47 Präs. und 1948–51 Vizepräs. IHK Darmstadt 121, 130, 286
Eyck, Jan van (1390–1441), niederl. Maler 105

Faber, Alfred (1886–1949), vor 1933 hess. Innenministerium, ab Aug. 1945 als Regierungsdirektor Leiter der Personalabteilung RP Darmstadt, SPD 43, 58, 63, 66f., 70, 80f., 88, 92, 98, 103, 107f., 110, 119f., 125, 127, 132f., 138, 162f., 247, 254, 269
Falck, Richard (1886–1959), 1945–47 stellv. Regierungspräs. Rheinhessen 132, 241, 312
Fay, Fritz (1900–1966), Journalist, 1945 Kommentator Radio Frankfurt, 1946 Stadtrat Frankfurt, 1948 Korrespondent Hess. Rundfunk, SPD 47
Feigel, August (1880–1966), Prof., ab 1907 im Darmstädter Landesmuseum, 1934–48 dessen Leiter 69, 116, 158
Feldbusch, Johann (*1913), Kunsthistoriker, Assistent in Darmstadt 158 f.
Feuerstack, Käthe (1886–1972), Oberregierungs- und Schulrätin Hannover, SPD 53
Fisch, Walter (1910–1966), 1928 Sekr. des Kommunistischen Jugendverbandes Hessen, 1931–33 Bezirkssekr. KPD Hessen, dann Haft, Exil, Mitgl. Bewegung Freies Deutschland (Schweiz), ab 1945 Landesvorsitzender KPD, Mitgl. LV, 1946–49 MdL, 1949–53 MdB, ab 1948 II. Vorsitzender KPD Westzonen 22, 130, 192, 294

Fischer, Heinrich (1895–1973), 1925 Bezirksleiter Gewerkschaftsbund Hanau, 1942 Haft, 1945 Leiter Arbeitsamt Hanau, 1946–70 MdL, 1949/50 Ministerialrat, 1951–55 Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, 1956–62 OB Hanau, SPD 294, 323
Fleckenstein, Nikolaus (*1906), 1946–70 MdL, CDU 305
Flex, Walter (1887–1917), nationalistischer dt. Dichter 50
Flick, Friedrich (1895–1959), Förster Laubach 56, 232
Foerster, Wolfgang (1875–1963), Prof., 1931–35 Direktor der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Reichsarchiv, dann Präs. der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte 304
Fraenkel, Ernst (1891–1971), Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1929–31 Mitgl. Schlesischer Provinziallandtag, DDP/Staatspartei, 1939 Emigration, 1947 Prof. Jugenheim, 1957 Frankfurt 242, 289, 296, 313
Franco y Bahamonde, Francisco (1892–1975), span. General und Diktator, 1936–75 Regierungschef 97
François-Poncet, André (1887–1978), frz. Diplomat, 1931–38 Botschafter in Berlin, dann Rom, 1940–43 Mitgl. Nationalrat, nach Deutschland deportiert, 1948 Berater frz. Regierung, 1949–53 Hochkommissar und 1953–55 Botschafter in Deutschland 212, 214, 241, 359
Frank, Josef (*1912), Regierungsdirektor, Leiter der Zweizonenbauaktion in der Direktorialkanzlei des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 165
Frank, Ludwig (1874–1914), Mitbegründer der Arbeiterjugend, Redakteur, ab 1907 MdR, SPD, Kriegsfreiwilliger 332
Frank, Maurits (1892–1959), niederl. Violoncellist, 1944 Mitgl. des Amsterdamer Streichquartetts, 1949 Prof. Musikhochschule Köln 325
Freidhof, Rudolf (1888–1983), 1921–28 MdL Baden, dann SPD-Bezirkssekr. Kassel, 1944 KZ Sachsenhausen, 1946 Stadtverordneter Kassel, Mitgl. LV, 1946–49 MdL, 1949–57 MdB 161, 170, 222, 264, 282
Frick, Heinrich (1893–1952), Prof. für Religionswissenschaften, 1919–26 Darmstadt, dann Marburg 297, 304
Fricke, Otto (1902–1954), seit 1926 Pfarrer in Frankfurt, mehrfach Haft ab 1933, nach 1945 Mitgl. der Kirchenleitung und Bevollmächtigter des evangel. Hilfswerks in Hessen und Nassau 103, 169
Friedensburg, Ferdinand (1886–1972), 1927–33 Regierungspräs. Kassel, 1945 Mitbegründer CDU Berlin, 1946–51 stellv. Bgm Berlin, 1952–65 MdB 202
Friedrich, Karl (1886–1969), 1923–33 Stadtrat Darmstadt, 1944 KZ Dachau, Mai–Okt. 1945 Referent für Grundschulen RP Darmstadt, Okt. 1945–Febr. 1946 Ministerialdirektor Kultusministerium, dann bis 1951 Leiter der Schulabteilung RP Darmstadt, SPD 15, 39f., 44, 47–49, 51, 80, 89f., 92–94, 111, 117, 120, 125, 147, 207, 243, 259, 272, 276, 278, 284, 308
Fries, Fritz (1887–1967), April/Mai 1945 OB Siegen und Landrat Siegen, Juni 1945–Juli 1949 Regierungspräs. Arnsberg 325
Fries, Heinrich Lorenz (1883–1975), 1945 Bgm Jugenheim, CDU 59
Fries, Werner von (1898–1970), Bevollmächtigter der Landesdienststelle des Länderrats für Groß-Hessen 171
Fritz, Robert (1890–1983), Landgerichtsdirektor Frankfurt, im Okt. 1945 kurzzeitig Justizminister 38, 40
Fröba, Georg (1896–1944 hingerichtet), bis 1933 Ortsverbandsvorsitzender der KPD in Darmstadt, mehrfach Haft 190
Frommann 124
Frowein, Friedrich (1889–1968), Leiter der Abteilung Forschung und Technik Wirtschaftsministerium 274
Fueter, Karl Eduard (1908–1970), 1944–47 Direktor des Schweizer Auslandsinstituts in Bern 228

Gärtner, Wilhelm (1904–1985), Dipl.-Ing., Leiter des Straßenverkehrsamtes RP Darmstadt 261
Gaire, Charles (1901–1952), frz. Diplomat, 1945 Konsul in Frankfurt, dann

Aleppo (Syrien), ab 1950 Budapest 140, 164
Galen, Elizabeth von (*1922), Dolmetscherin 206, 225
Gassner, Edmund (*1908), Dipl.-Ing., Leiter des Referates Verkehrswesen, ab Herbst 1945 Leiter des Referates Bauwesen in der Abteilung Wiederaufbau RP Darmstadt, ab 1950 Prof. für Bautechnik Bonn 205, 261
Gaul, Karl (1889–1972), Schulrat, 1946–50 MdL, LDP/FDP 264
de Gaulle, Charles (1890–1970), Nov. 1945 bis Jan. 1946 frz. Regierungschef, 1958–70 Staatspräs. 69, 85
Gedat, Gustav Adolf (1903–1971), 1945 Reichssekr. des Evangel. Jungmännerbundes, 1953–65 MdB, CDU 82f., 103
Geddes, David C. (*1917), brit. Militärregierungsoffizier, Bruder von Prinzessin Margaret von Hessen 52, 54f., 134
Geiler, Karl (1878–1953), Prof. 1921–39 Heidelberg, 1945/46 Ministerpräs., 1947/48 Rektor Universität Heidelberg, parteilos 20f., 24, 30, 37, 39–41, 44, 47f., 57f., 67, 69–72, 74–76, 78, 80, 83–87, 89f., 94f., 99–102, 106, 108, 110, 117–119, 131–133, 139f., 142, 145, 150, 155, 159, 166, 168, 173, 190, 301, 368
Gemmingen, Freiherr Adolf von (1886–1963), Juni 1945–Febr. 1946 Landrat Dieburg 93, 106
Georgi, Elsa (1895–1969), Betriebsleiterin Heidelberg, Mitgl. Europa-Union 283
Gerloff, Wilhelm (1880–1954), Prof. für wirtschaftliche Staatswissenschaften, 1922–40 und ab 1946 Frankfurt 84f., 173, 197, 207, 317, 321
Gerloff, Frau von Wilhelm G. 172
Gerth, Hans Heinrich (1908–1978) Prof. für Soziologie, 1934/35 Mitarbeiter „Berliner Tageblatt", 1936/37 Mitarbeiter amerik. Tageszeitungen in Deutschland, 1938 Emigration USA, dort Prof. an verschiedenen Universitäten 228
Giegerich II, Leonhard (1885–1963), Bgm. Nieder-Kainsbach, parteilos 124
Giese, Friedrich (1882–1958), Prof. für Rechtswissenschaften Greifswald, Posen, 1914–46 Frankfurt 73, 85, 94, 99
Gluck, Christoph Willibald Ritter von (1714–1787), dt. Komponist 90
Goebbels, Joseph (1897–1945), 1928 MdR, 1929 Reichspropagandaleiter der NSDAP, ab 1933 Reichspropagandaminister 335
Görtz, Otto Hartmann Graf von Schlitz, gen. G. (1907–1977) 263
Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832), dt. Dichter 60, 165, 237, 340
Goetz, Curt (1888–1960), dt. Schriftsteller und Dramatiker 209
Gontrum, Wilhelm (1910–1969), evangel. Pfarrer Watzenborn, 1953–1965 MdB, CDU (ab 1962 fraktionslos) 284
Graf, Karl (1896–1971), 1945–57 Bgm Bischofsheim, SPD 210, 290f., 327
Graybill, amerik. Jugendoffizier Darmstadt 302
Greiner, Helmuth (1892–1958), 1920–39 Reichsarchiv, 1939–43 führte er das Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabes 287, 291, 294f., 304, 313
Griechenland, Sophie Prinzessin von (*1914) 117
Grießbach, Arthur (1889–1973), 1929–33 und 1950–57 Direktor der Hohen Landesschule Hanau, SPD 221
Grimme, Adolf (1889–1963), 1930–32 preuß. Kultusminister, 1946–48 Kultusminister von Hannover bzw. Niedersachsen, 1948–56 Generaldirektor Nordwestdeutscher Rundfunk, SPD 52, 60, 103
Gritz, Richard (*1891), 1933–38 Forstmeister und Leiter der Forstverwaltung des Fürsten Lichnowsky in Grätz 173
Groeber, Konrad (1872–1948), seit 1932 Erzbischof von Freiburg 215
Gros, Adolf (1878–1966), 1927 Landgerichtsrat Darmstadt, Juli 1945–Juni 1947 Landgerichtspräs. Darmstadt 68
Grotewohl, Otto (1894–1964), 1920 MdL Braunschweig, 1921–24 dort Landesminister, 1925–1933 MdR, SPD, 1945/46 Vorsitzender des Ber-

liner Zentralausschusses der SPD, 1946–50 MdL Sachsen, 1949 Ministerpräs. der DDR, SED 54, 301, 361, 368
Grützbach, Heinrich (1895–1963), Leiter der Abteilung Fremdenverkehr Wirtschaftsministerium 278f.
Grumbach, Salomon (1884–1952), frz. sozialistischer Politiker, 1928–40 und 1945–52 Mitgl. der Kammer bzw. Nationalversammlung 212
Grund, Peter (1892–1966), Architekt, ab Juni 1947 Oberbaudirektor Darmstadt 278, 328
Gumpertz, Mitarbeiter der Information Control Division OMGH 146
Guyot, Paul Daniel (1896–1974), Pfarrer, Dozent für Theologie am pädagog. Institut Jugenheim 49, 208

Haas, Wilhelm (1882–1962), 1945–52 Bgm Falken-Gesäß, SPD 282
Haase, Anita (1911–1951), Theater- und Konzertkritikerin, bis 1941 Redakteurin „Darmstädter Tagblatt" 225, 235, 268, 285
Häbich, Theodor (1893–1960), 1945 Landwirtschaftsreferent RP Darmstadt, ab März 1946 als Ministerialrat Abteilungsleiter im Ministerium Landwirtschaft, Ernährung und Forsten 38, 73, 117
Haenisch, Konrad (1876–1925), 1918–21 preuß. Kultusminister, 1923–25 Regierungspräsident Wiesbaden, SPD 44
Häring, Georg (1885–1973), Gewerkschaftssekr., 1923 Landesrat des Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Kassel, 1926–33 im preuß. Staatsrat, 1945/46 Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, 1945–53 Bezirkshauptmann Kassel, SPD 46–48, 95, 101, 119, 268
Härting, Wilhelm (1904–1974), bis 1933 Landesversicherungsanstalt Hessen, 1945 Referent für soziale Dienste RP Darmstadt 61, 64, 85, 227, 266, 328
Hagelstange, Rudolf (1912–1984), Schriftsteller 303
Hagemann, Eberhard (1880–1958), 1931–33 Landeshauptmann der Provinz Hannover, 1931–33 preuß. Staatsrat, 1945 Oberpräs. von Hannover 53
Hallstein, Walter (1901–1982), Prof. für Rechtswissenschaften, 1930–41 Rostock, 1941–48 Frankfurt, 1950/51 Staatssekr. im Bundeskanzleramt, danach diplomatischer Dienst, 1969–72 MdB, CDU 85, 132, 139, 172, 225, 254f., 288, 300
Hamberger, Robert Philipp (1891–1977), bis 1933 Ausbildungsleiter der Hess. Polizeischule, 1945/46 Chef der Landespolizei 63, 66f., 70, 77f., 96, 116–118, 120, 127f., 131, 138, 166
Hammann, Wilhelm (1897–1955), 1927–33 MdL Volksstaat, 1935–38 Zuchthaus, 1938–45 KZ Buchenwald, Juli–Okt. 1945 Landrat Groß-Gerau, 1949–55 dort Kreistagsmitgl., KPD 70, 291
Hammer, Richard (1897–1969), Arzt, ab 1946 LDP/FDP-Vorsitzender Darmstadt, 1946–49 MdL, 1949–57 MdB 146, 227, 256f.
Hannover, Ernst August Prinz von (1887–1953), 1913–18 reg. Herzog von Braunschweig, vorher Herzog von Cumberland 117
Hannover, Ernst August Prinz von (*1914), Herzog von Braunschweig-Lüneburg 299
Hannover, Georg Wilhelm Prinz von (*1915) 117
Hansen, Peter Christian (1886–1946), 1934 Vizepräs. Oberlandesgericht Darmstadt, April–Juli 1945 Leiter der Justizabteilung Regierung Hessen (-Darmstadt) 16, 42, 58, 68
Harth, Jean (1882–1956), 1918–33 MdL Volksstaat, 1918–33 Beigeordneter Rüsselsheim, 1945–54 Landrat Groß-Gerau, 1949/50 MdL, SPD 260, 306
Hartshorne, James, bis 1947 Leiter der Higher Education Branch der Education and Religious Affairs Division OMGH 105, 109, 128
Hartung, Fritz (1883–1967), Prof. für Geschichte, 1922 Kiel, 1923–49 Berlin 368, 370
Haster, Elisabeth (*1907), 1945/46 Chefdolmetscherin im RP Darmstadt, Juli 1948 Dozentin pädagog. Institut Jugenheim, ab 1963 Prof. für

Didaktik der engl. Sprache Gießen 121, 127
Haussmann, Hermann (1879–1958), 1919–32 Regierungspräs. Stralsund, 1945–Nov. 1946 Leiter der Personal- und Organisationsabteilung hess. Innenministerium, 1947–Sept. 1949 Leiter der Staatl. Akademie für Verwaltungswissenschaften Speyer 56, 131
Hawgood, John A. (1905–1971), Prof. für Neuere Geschichte Birmingham, ab 1939 Berater des Foreign Office, nach 1948 Sonderberater für Erziehungsfragen der brit. Militärregierung 274, 276
Heckert, Valentin (1899–1955), bis 1930 SPD, dann KPD, Nov. 1945–Mai 1946 als Ministerialrat Leiter der Rechtsabteilung im Ministerium für politische Befreiung, Juni 1946–Jan. 1947 Ministerialdirektor Innenministerium 166
Heddäus, Friedrich (1906–1977), ab Juni 1945 Referent Personalabteilung RP Darmstadt, 1948–71 als Oberregierungsrat Leiter des Flüchtlingsdezernats, SPD 163
Heimerich, Hermann (1885–1963), 1920–25 Stadtrat Nürnberg, 1925–28 2. Bgm Kiel, 1928–33 und 1949–55 OB Mannheim, Mai/Juni 1945 Oberpräs. Mittelrhein-Saar (Neustadt), Abgeordneter Wirtschaftsrat, SPD 17, 19f., 37f., 57, 62, 67, 76, 79, 168, 188
Heine, Fritz (*1904), SPD, Emigration, 1946–57 Pressechef und Mitgl. des SPD-Parteivorstandes 160, 248, 265
Heinrich, Werner (1912–1981), 1945–55 Pfarrer Gonterskirchen 87
Heinstadt, Anton (1886–1970), 1924–33 MdL Volksstaat, Zentrum, April 1945–März 1946 Bgm Friedberg, Aug. 1946–1950 Oberregierungs- und Schulrat Kultusministerium, 1952–64 Vorsitzender CDU-Fraktion Friedberg 262
Heisswolf, Leonhard (1880–1957), 1924–33 Stadtverordnetenvorsteher Frankfurt, dann zeitweilig Haft, Mitgl. LV, 1946–50 und 1953/54 MdL, SPD 178, 191, 290
Heldmann, Erhart (1908–1949), Jan. 1948 Senator für Ernährung und Landwirtschaft Bremen, FDP (Bremer Demokratische Volkspartei) 323
Henckels, Ruth (*1911) 192
Hendlmeyer, Josef (1904–1965), Juni 1945–1965 Vizepräs. Oberpostdirektion Frankfurt 14, 95, 316
Hennemann, Elfriede, Frau von Werner H. 293
Hennemann, Werner (1905–1985), Rechtsanwalt Halle, Jan.–März 1947 als Ministerialdirektor Stellv. des Wirtschaftsministers Provinz Sachsen-Anhalt, MdL Sachsen-Anhalt, CDU 293
Henrich, Wilhelm (1889–1955), vor 1933 Theaterdezernent im hess. Amt für Bildungswesen, 1945 Kulturreferent RP Darmstadt, 1945/46 Intendant Landestheater 96, 104, 185
Herget, Mathilde (1893–1976), Sekretärin 76
Hermes, Andreas (1878–1964), 1920–23 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1924–28 MdL Preußen, 1928–33 MdR, Zentrum, 1944 Haft, Mitbegründer CDU Berlin 81f.
Herrfahrdt, Heinrich Wilhelm (1890–1969), Prof. für Rechtswissenschaften, ab 1933 Marburg, 1945 Berater der Militärregierung 45
Herzfeld, Gottfried (1885–1976), Oberregierungs- und Schulrat, Leiter des Referates Jugendpflege und Leibeserziehung Kultusministerium bis März 1949 81, 87, 127, 233
Hesse, Hermann (1882–1953), 1921 Ministerialrat im hess. Finanzministerium, 1933–45 Leiter der Finanzabteilung, 1945–1948 Justitiar Finanzministerium 181
Hesse, Hermann (1877–1962), Schriftsteller, Goethe-Preisträger 1946 165
Hessen, Alexander Prinz von (1823–1888) 276
Hessen, Christoph Prinz von (1901–1943) 117
Hessen, Ludwig Prinz von (1908–1968) 209, 266f., 299
Hessen, Margaret Prinzessin von (*1913) 52, 59, 61, 112, 117, 209, 227, 266
Heuss, Theodor (1884–1963), 1924–28 und 1930–33 MdR, DDP/Staatspartei, 1945/46 Kultusminister Württem-

berg-Baden, dort 1945–49 MdL, 1948 Vorsitzender FDP, Mitgl. Parl. Rat, 1949–59 Bundespräs. 215
Heyd, Kurt (1906–1981), Pressereferent RP Darmstadt, ab 1954 Chefredakteur „Abendpost Nachtausgabe", Mitbegründer und 1949–53 Präs. der Darmstädter Sezession 245
Heyn, Bruno (*1899), vor 1933 und 1946–48 Oberspielleiter (Oper) Theater Darmstadt 261
Hildebrandt, Hugo (*1909), 1945 kurzzeitig Landrat Saarbrücken, 1945/46 Treuhänder chemische Fabrik Merck 70, 79, 135, 148
Hilfrich, Antonius (1873–1947), 1930–47 Bischof von Limburg 208
Hillman, Julian A., Executive Officer E-3 RB Darmstadt, ab Juni 1946 Economics Division OMGH 61, 63f., 66, 68, 76, 79, 162, 208–210, 234, 258, 268
Hillman, Sohn von Julian H. 234
Hilpert, Werner (1897–1957), vor 1933 Zentrum, KZ Buchenwald, 1945/46 Hauptgeschäftsführer IHK Frankfurt, 1945–52 Vorsitzender CDU Hessen, 1945–51 stellv. Ministerpräs., 1947–51 Finanzminister, 1946/47 und 1950–52 MdL, 1952–57 Präs. Dt. Bundesbahn 39f., 48, 90, 94, 100f., 106, 108, 112, 128, 180, 183, 185, 207, 210, 215f., 218, 251, 268, 294, 305, 307, 315, 320, 322f., 329
Hindemith, Paul (1895–1963), dt. Komponist 91
Hindenburg, Paul von (1847–1934), Generalfeldmarschall, 1925–34 Reichspräs. 118, 304
Hitler, Adolf (1889–1945), Vorsitzender NSDAP, 1933–45 Reichskanzler 14f., 74, 82, 135, 228, 246, 291, 338–340, 344, 355, 359
Hoch, Fritz (1896–1984), 1926–32 Regierungsrat preuß. Innenministerium, dann beim RP Kassel, 1945–61 Regierungspräs. Kassel, Mitgl. Parl. Rat, SPD 29, 39f., 44, 46f., 56, 94, 102, 112, 118, 125, 134, 136, 208, 211, 224f., 255, 273, 284, 294, 297, 302, 314
Hochstrasser, Paul (1895–1984), 1936–45 Kanzleisekr. Schweizer Gesandtschaft in Berlin, 1945/46 Vizekonsul Bayreuth, 1946–48 Konsul Frankfurt und 1948–60 Hamburg 165, 218, 316
Hockenjos, Emil W. (1896–1975), 1926–56 Direktor der Gesellschaft für Holzstoffverarbeitung Basel 241, 258
Hoegner, Wilhelm (1887–1980), 1930–33 MdR, Emigration, Mai 1945 bayer. Justizminister, 1945/46 und 1954–57 Ministerpräs., SPD 45, 82, 170
Höxter, Siegfried (*1906), Schüler B.'s., Jungbannerführer, Emigration USA, nach 1945 Mitarbeiter des Office of Strategic Services 98
Hoffmann, Adolf (1858–1930), 1904–07 und 1920–24 MdR, USPD, KPD und SPD, 1919–28 MdL Preußen, 1918/29 preuß. Kultusminister 44, 46
Hoffmann, Hans (1880–1949), 1922–33 MdL Volksstaat, Zentrum, 1924–33 Hess. Landesamt für Bildungswesen, 1944 Haft, Juni 1945 Referent für Hochschulen RP Darmstadt, Nov. 1945 als Ministerialrat Referent für Hochschulen und Lehrerbildung Kultusministerium, CDU 43, 51, 73, 95, 112, 141, 203, 226, 285, 289, 328
Hofmann, Otto (*1914), Viehzüchter Mörschenhardt 245
Hohmann, Georg (1880–1970), Prof. für Medizin, 1930 Frankfurt, dort 1945/46 Rektor, 1946 München 84f.
Holl, Karl (1892–1975), 1918–43 Musikkritiker „Frankfurter Zeitung", Sept. 1945–März 1946 Direktor des künstl. Betriebes Städt. Bühnen Wiesbaden, ab April 1946 Regierungsdirektor Kultusministerium, Leiter des Referates Theaterwesen 185, 262, 276, 279, 283
Holtz, Friedrich (*1897), Oberregierungsbaurat, ab Juni 1948 Leiter des Referates Bauwesen in der Abteilung Wiederaufbau RP Darmstadt 235, 307, 311, 313, 315, 324, 327f.
Holzinger, Ernst (1901–1972), Direktor des Städelschen Kunstinstituts, Leiter der städt. Galerie Frankfurt 229, 244, 289
Hopf, Wilhelm (1876–1962), 1912 Bibliothekar Kassel, ab 1921 Direktor der Landesbibliothek Kassel 238
Hugenberg, Alfred (1865–1951), Indu-

strieller, 1919–45 MdR, DNVP, 1928 Parteivorsitzender, 1933 kurzzeitig Reichswirtschafts- und -ernährungsminister 344
Hume, Reginald V. (1898–1960), 1921–27 brit. Militärattaché in Berlin, 1945–47 Kommandeur in Hannover, 1948/49 Leiter Education Branch brit. Militärregierung, 1949–52 stellv. und 1952–55 Land Commissioner Schleswig-Holstein 54
Hummel, Heinrich (1885–1961), Kriminalrat 300

Ibsen, Henrik (1828–1906), norweg. Dichter und Dramatiker 204
Igel, Johannes (1880–1965), 1938–55 kath. Pfarrer Jugenheim 59
Ilau, Hans (1901–1974), Geschäftsführer IHK Frankfurt, 1946–50 MdL, LDP/FDP 326
Illert, Friedrich Maria (1892–1966), 1921–34 Leiter der Stadtbibliothek und 1934–58 Direktor der städt. Kulturinstitute Worms 84
Irvin, Leon P. (*1896), Prof. für roman. Sprachen, Miami, 1945/46 Education and Religious Affairs Branch Officer E-3 Darmstadt, auch Information Control bzw. Displaced Persons Officer E-3, 1947 Gastprof. Heidelberg 42, 61–63, 66, 76

Jackson, Robert H. (1892–1954), 1936–39 stellv. und 1940/41 US-Justizminister, 1945 Hauptankläger Nürnberger Prozesse 335
Jäger, Edith (*1918), Sängerin 264, 286
Janke, Martha (*1899), Sekretärin 274, 278
Jellinek, Walter (1885–1955), Prof. für Rechtswissenschaften, u.a. Straßburg, Leipzig, 1911 Kiel, 1929–35 und ab 1945 Heidelberg 94, 99, 101, 106, 111, 115, 128, 132f., 173, 368
Jockisch, Walter (1907–1970), 1946–Jan. 1948 Intendant Darmstädter Theater 203, 276
Johnson, Edgar N. (1901–1969), Prof. für Geschichte Chicago, Mitarbeiter des Office of Strategic Services (OSS), 1944/45 Leiter der Österreichabteilung OSS, dann Sonderberater OMGUS 149f.
Johnson, OMGUS 155
Jonen, Clemens (1896–1957), Geschäftsführer und Inhaber der Akkumulatorenfabrik Sonnenschein, Büdingen 278
Jungkenn, Ernst (1888–1968), Weingutsbesitzer, 1923–32 Stadtrat und 1945–48 Beigeordneter Oppenheim 237, 270
Just, Gilbert (*1914), Referent für Preisüberwachung RP Darmstadt, zwischenzeitlich (März–Aug. 1946) Bgm Grünberg, 1948–57 Bgm Bad Soden/Ts., 1957–63 Stadtdirektor Leverkusen, dann bis 1976 Stadt- bzw. Oberstadtdirektor Düsseldorf 148, 236, 242, 247, 291

Kaiser, Jakob (1888–1961), 1933 MdR, Zentrum, Mitbegründer CDU Berlin, 1. Vorsitzender sowjet. Zone (1947 abgesetzt), Mitgl. Parl. Rat, 1949–57 MdB und Minister für Gesamtdeutsche Fragen, bis 1958 stellv. CDU-Bundesvorsitzender 201, 215, 293
Kalvius, Rudolf (1900–1972), Schauspieler und Regisseur, 1945/46 Darmstadt, 1946–65 Kassel 75
Kammer, Otto (1879–1964), 1932 Referent für Höhere Schulen hess. Kultusministerium. 1945 desgl. RP Darmstadt, 1948 als Ministerialrat Leiter der Schulabteilung Kultusministerium 99, 129, 147f., 169, 181, 272, 283, 288, 322
Kanka, Karl (1904–1974), Mitgl. LV, 1946–58 MdL, 1957–65 MdB, CDU 161, 163, 167, 174, 176, 184, 257, 291, 352
Kardorff-Oheimb, Katharina von (1879–1962), 1920–24 MdR, DVP, nach 1945 Bgm Ahrendorf Uckermark, Vorstandsmitgl. LDP Berlin, bis 1948 Dozentin für Europakunde an der Dt. Hochschule für Politik Berlin 303
Karsten, Anders (*1900), Dipl. Ing., vormals Reichsbahndirektor, Mai 1947 kurzzeitig Stadtbaurat Darmstadt 169
Kastell, Wilhelm (1879–1958), 1915–45 Kaplan St. Ludwigskirche Darmstadt, 1945–56 Generalvikar Diözese Mainz 209

Kaun, Ingeborg (*1915), Schauspielerin 75
Kehr, Jakob (1891–1978), Regierungsrat Bezirksregierung Rheinhessen 241
Keil, Johannes (1888–1961), April 1945/46 als Regierungsdirektor Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft RP Darmstadt, ab Jan. 1947 Ministerialdirektor Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten 47, 56, 75, 109, 111, 143, 242, 246
Keil, Ludwig (1896–1952), 1917–20 SPD, dann KPD, 1931–33 MdL Volksstaat, Okt. 1945 bis Jan. 1947 Ministerialdirektor Wirtschaftsministerium, 1946–50 MdL 48, 80, 85, 146, 159, 190, 264f., 299
Keil, Wilhelm (1870–1969), 1910–1918 und 1920–32 MdR, 1900–33 MdL Württemberg, 1921–23 württemberg. Arbeits- und Ernährungsminister, nach 1945 MdL Württemberg-Baden, 1947–52 Landtagspräs., SPD 115, 151, 168
Keller, Karl (1879–1951), 1907–14 Beigeordneter und 1914–März 1934 OB Gießen 322
Keller, Rudolf (1878–1960), ab 1928 Stadtrat und Kultusdezernent Frankfurt, 1949 Mitgl. und 1951 Vorsitzender Rundfunkrat Hess. Rundfunk 149
Kelly, Bruce W., Finance Division OMGH 57
Kelly, Louis G., bis Jan. 1946 Leiter Militärregierung Stadt und Landkreis Darmstadt, dann Marburg 62, 68, 71f., 135, 206
Kempner, Robert W. (*1899), 1928–33 preuß. Innenministerium, dann Haft, Emigration USA, 1946–49 amerik. Ankläger Nürnberger Prozesse, 1951 Rechtsanwalt Frankfurt 42, 172
Kenny, Dumont F., bis 1948 Leiter der Religious Affairs Branch der Education and Religious Affairs Division OMGH 103, 105
Keynes, John M. (1883–1946), brit. Nationalökonom 342
Kienast, Walther (1896–1985), Prof. für Allgemeine Geschichte des Mittelalters, 1939–45 Graz, 1948 Lehrauftrag Frankfurt, dort 1953 Prof. 266
Kießhauer, Dorothea (*1930), Journalistin 81
Kirdorf, Emil (1847–1938), Industrieller 344
Kirn, Paul (1890–1965), Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte, ab 1935 Frankfurt 137
Kirnberger, Ferdinand (1875–1962), 1927 Minister ohne Geschäftsbereich und 1928–33 Finanzminister, 1931–33 auch Landwirtschaftsminister Hessen, 1947 Direktor Verwaltungsgerichtshof Darmstadt 237, 261, 286
Klabund, eigentl. Alfred Henschke (1890–1928), dt. Schriftsteller 75
Klapproth, Willy (1892–1967), Aug. 1945–46 Bgm Bensheim, 1946 Polizeipräs. Frankfurt, SPD 106
Kleinmann, Ludwig Theodor (1907–1979), 1945/46 frz. Kommandant Mainz 50
Klostermann, Hildegard (*1924), Studentin, SPD 229, 236, 325
Knappstein, Karl Heinrich (*1906), 1945–47 Ministerialdirektor Ministerium für politische Befreiung, 1947 Leiter Presseabteilung Verwaltungsrat im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, dann diplomatischer Dienst, u.a. 1956–58 Botschafter Madrid und 1962–68 Washington 48, 344
Knoblauch, Ernest, Information Control Division OMGH 206, 210
Knodt, Karl (1881–1960), Propst bzw. Superindentent der evangel. Kirche für Oberhessen 88
Knodt, Kurt (1909–1978), 1946–54 Landrat Dillkreis, Mitgl. LV, SPD 179
Knöpp, Friedrich (*1904), Archivrat, ab 1928 im Staatsarchiv Darmstadt, dessen Leiter 1959–69 285
Knothe, Wilhelm (Willi) (1888–1952), 1920–33 SPD-Parteisekr. Wetzlar, 1921–24 Stadtverordneter, 1924–33 Kreistagsmitgl., Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend Hessen-Nassau, 1934 Haft, 1945–51 Vorsitzender SPD Hessen-Süd und Landesvorsitzender, 1946/47 2. stellv. Vorsitzender SPD-Westzonen, Mitgl. LV (Fraktionsvorsitzender), 1946–49 MdL, 1949–52 MdB 23f., 39, 49, 57, 59, 62, 73, 77, 80, 85, 90, 92, 94, 96,

101, 106, 108f., 112, 114f., 118, 127, 138, 145, 147, 149, 151–154, 160, 178, 183, 185–187, 189, 191, 202, 204, 222, 228, 236f., 239f., 251f., 255f., 263–266, 268f., 291, 305f., 314, 322f.
Koch, Friedrich (1894–1957), Referent für Gesundheitswesen RP Darmstadt 261, 282
Koch, Harald (*1907), 1945 Ministerialdirektor und Minister für Finanzen in Oldenburg, 1947–49 hess. Wirtschaftsminister, 1949–53 MdB, 1956 Arbeitsdirektor bei Hoesch, SPD 25, 223, 249, 256, 260, 265, 279, 307, 313
Koch-Weser, Erich (1875–1944), Onkel von Harald K., 1913–19 OB Kassel, 1919–30 MdR, 1919–21 Reichsinnen- und 1928–31 -justizminister, 1933 Emigration, DDP 12, 265
Kögel, Magdalene (*1927), Sekretärin 31, 224, 227
Köhler, Erich (1892–1958), vor 1933 DVP, 1945 Hauptgeschäftsführer IHK Wiesbaden, 1945 stellv. Landesvorsitzender CDU, Mitgl. LV (Fraktionsvorsitzender), 1946/47 MdL, dann Präs. des Wirtschaftsrates, 1949–57 MdB, 1949/50 Bundestagspräs. 153, 156f., 161, 163f., 172, 174–177, 180, 182, 185f., 188–192, 208, 217, 255, 342f., 345f., 349, 353
Köhler, Heinrich (1878–1949), 1920 Finanzminister, 1924/25 und 1926/27 Staatspräs. Baden, 1927/28 Reichsfinanzminister, 1946–48 Wirtschaftsminister Württemberg-Baden, CDU 241
Koehler, Helmut (*1929), Sohn von Walter K., Rechtsanwalt 287
Koehler, Walter (1896–1973), verschwägert mit B., Rechtsanwalt 287
Köhler, Wilhelm (1867–1962), 1945/46 und 1947–49 Präs. IHK Darmstadt 98
König, Edu(ard), Journalist beim „Darmstädter Echo" zugleich Berichterstatter DANA 205, 292
König, Friedrich (1883–1956), Jugendfreund B.'s aus dem Elsaß, 1945–48 Oberstudiendirektor Altes Realgymnasium Gießen 148, 203
König, Gustav (1890–1963), März–Juni 1945 Bgm Heppenheim, April–Nov. 1945 Landrat Bergstraße, Febr. 1946 kurzzeitig Landrat Alsfeld 19, 42, 47, 72, 93, 114
König, Maria, Frau von Gustav K. 72
Koenig, Pierre (1898–1970), 1945–49 frz. Militärgouverneur in Deutschland, ab 1951 Mitgl. Nationalversammlung, 1954/55 frz. Verteidigungsminister 132
Köster, Franz (1875–1965), Mai 1945–Juni 1946 Präs. Reichsbahndirektion Frankfurt, Febr.–Juni 1946 gleichzeitig Leiter der Reichsbahn-Oberbetriebsleitung US-Zone 97
Köth, Georg (1889–1953), Kreisschulrat Friedberg 102
Kogon, Eugen (*1903), 1939–45 KZ Buchenwald, 1946 Herausgeber „Frankfurter Hefte", 1951–68 Prof. für Politikwissenschaft Darmstadt 29, 303, 327
Kolb, Walter (1902–1956), bis 1933 Landrat Schmalkalden, ab 1946 OB Frankfurt, 1950–56 MdL, SPD 156, 165, 182f., 233
Kopelmanas, Lazare, frz. Prof. 312
Kopf, Hinrich Wilhelm (1893–1961), ab Sept. 1945 Oberpräs. Provinz Hannover, 1946–55 und 1959–63 Ministerpräs., 1957–59 Innenminister Niedersachsen, ab 1946 MdL, SPD 53, 216
Koselleck, Arno (1891–1977), 1930/31 Direktor der pädagog. Akademie Kassel, dann Dortmund und Saarbrücken, 1946–56 Direktor der pädagog. Hochschule Hannover 60
Kotz, Richard (1899–1982), ab 1948 Generalmusikdirektor Darmstadt, zuvor Kassel 266
Kraft, Heinrich (1903–1971), 1947–52 Leiter AOK Frankfurt, Stadtverordneter, 1952/53 komm. und 1953–64 geschäftsführender Direktor Landesversicherungsanstalt, SPD 266
Krapp, Adam (1876–1962), 1920 Finanzrat hess. Finanzministerium, 1945 Referent Finanzabteilung RP Darmstadt 42, 132, 257
Kraus, Emil (1893–1972), 1945–49 OB Mainz, parteilos 291f.
Kraus, Max W. (*1920), dt. Emigrant, stellv. Chefredakteur „Die Neue Zeitung" 252
Kremer, Paul, Mitverfasser eines Verfassungsentwurfes 152

Kriedemann, Herbert (1903–1977), ab 1947 MdL Niedersachsen, ab 1946 Mitglied SPD-Parteivorstand Westzonen, Abgeordneter Wirtschaftsrat, 1949–72 MdB 54
Külz, Wilhelm (1875–1948), 1920–32 MdR, DDP/Staatspartei, 1926 Reichsinnenminister, nach 1945 LDP-Vorsitzender sowjet. Zone 12
Kuhn, Ferdinand (1888–1969), Referent der Inneren Abteilung RP Darmstadt 163, 263, 267
Kunze, Walter (*1898), ab 1924 Parteisekr. DDP in Osthavelland, Oberschlesien, Hessen-Darmstadt und Berlin, 1946 Finanzminister Brandenburg, LDP 246, 276
Kurz, SPD 165
Kuster, Wilhelm (1899–1966), Amtmann, Sozialgerichtsrat 63
Kwast-Hodapp, Frieda (1880–1949), Pianistin 117

Laird, Noel P., Febr./März 1946 komm. Leiter Militärregierung Stadt und Landkreis Darmstadt 100
Lambert, T. D., Beamter des brit. Außenministeriums 310, 313
Lancken(-Wakenitz), Oskar Freiherr von der (1867–1939), 1907 I. Sekr. bei der dt. Botschaft Paris, 1914–18 Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Generalgouvernement Brüssel 50
Landin, Harold W., 1944–47 Leiter Civil Administration Division E-5 bzw. OMGH 19, 40, 43, 68, 71f., 87, 153, 155, 182f., 187, 206, 257
Landin, Frau von Harold L. 257
Lang, Adam (1876–1965), 1919–24 und 1925–27 MdL Volksstaat, SPD, nach 1945 Verwaltungsdirektor AOK Dieburg 183
Lange, Carl Mathieu (*1908), Jan. 1946–Juli 1948 Generalmusikdirektor Theater Darmstadt, zuvor Hannover 61, 104, 261, 266, 308, 323
Lassalle, Ferdinand (1825–1864), Mitbegründer und 1. Präs. des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 341
Laun, Rudolf (1882–1975), Prof. für öffentliches Recht, bis 1950 Hamburg, 1949–55 Präs. Bremer Staatsgerichtshof 368, 370
Laurent, Raymond (*1890), frz. Journalist, Abgeordneter, Mouvement Républicain Populaire 212
Lautz, Ludwig (*1905), Bäcker, Brotfabrikant Darmstadt 131
Leeds, Robert S., amerik. Offizier Frankfurter Rundfunk 47
Leers, Rose von (*1904) 153, 157
Leggatt, Albert C., 1945/46 Leiter Militärregierung Landkreis Bergstraße/Landkreis Erbach 72
Lehr, Hans-Joachim (*1905), 1934 Amtsgerichtsrat Lorsch, dann am Landgericht Darmstadt, Mai 1945 Referent Justizabteilung Land Hessen-Darmstadt, dann Justizministerium 116
Lemmer, Ernst (1898–1970), 1924–33 MdR, DDP/Staatspartei, Mitbegründer CDU Berlin, 1947–48 2. Vorsitzender sowjet. Zone, 1952–70 MdB, 1956–65 mehrfach Bundesminister 199, 201f., 215, 217, 293
Lemmer, Friedrich August, Beauftragter des Stuttgarter Länderrats beim Zentralamt für Wirtschaft (Minden) 134, 137
Lenhart, Georg (1869–1941), Prof., 1919–27 MdL Volksstaat, Zentrum, ab 1909 Diözesanpräses Mainz, 1920–1941 Domkapitular 209
Lenin, Wladimir I. (1870–1924), sowjet. Revolutionär und Politiker 277
Leonhard, Frederick N., Dez. 1947–Nov. 1948 Leiter Information Control Division OMGH 308
Leuchtgens, Heinrich (1876–1959), 1924–31 MdL Volksstaat, Bauernbund, nach 1945 Gründer und Vorsitzender der NDP, 1949–53 MdB, FDP, dann Neue Rechte, zuletzt fraktionslos 78, 102
Leuschner, Wilhelm (1890–1944 hingerichtet), 1928–32 hess. Innenminister, 1933/34 KZ, führender Widerstandskämpfer, 1944 verhaftet, SPD 15, 139
Levi, Paul (1883–1930), Rechtsanwalt, 1920/21 KPD, 1920–30 MdR, SPD 12
Levin, Carl (*1912), Journalist, 1945 Korrespondent der „New York Herald Tribune" in Dt. 43f., 56f., 109
Lewis, Sinclair (1885–1951), amerik. Schriftsteller 267

Lewy, Benno, ehem. Schüler B.'s in Libau, Arzt, Emigration USA 150
Lewy, Mitarbeiter Information Control Division OMGH 227
Lichnowsky, Felix Fürst von (1814–1848 ermordet), 1848 Mitgl. Frankfurter Nationalversammlung 14, 173
Liddell, Helen, Mitarbeiterin des Royal Institute of International Affairs 224, 305
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900), sozialist. Politiker, 1874 MdR, Haft, 1891 Redakteur des „Vorwärts" 332
Lilje, Hanns (1899–1977), 1935–45 Generalsekr. des Lutherischen Weltkonvents, 1947–71 Landesbischof von Hannover 284
Lind, Erwin (*1896), 1929 Direktor des Hess. Landesstatistischen Amtes, 1945 Dezernent für Kommunalaufsicht RP Darmstadt 237
Lind, Heinrich, Metzgermeister Grebenhain 263
Linker, Karl (1888–1967), Juni 1945 Leiter des Vermessungs-, Kultus- und Siedlungswesens RP Darmstadt, Okt. 1946 als Regierungsrat Leiter der Landeskulturverwaltung Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten 267
Litt, Theodor (1880–1962), Prof. für Pädagogik, 1920–37 und 1945–47 Leipzig, 1919 und ab 1947 Bonn 304
Littmann, Hans-Georg (*1908), Aug. 1946 Geschäftsführer der Kreisstelle des Landesernährungsamtes in Kassel, 1948/49 Leiter des Landesernährungsamtes Hessen 296, 323
Lloyd, Charles E., Civil Administration Division OMGH 282, 295, 301
Löbe, Paul (1875–1967), 1919–33 MdR, zeitweilig Reichstagspräs., Mitgl. Parl. Rat, 1949–53 MdB, SPD 203, 303
Loewenstein, Karl (1891–1973), bis 1933 als Verfassungsrechtler Prof. in München, Emigration USA, Prof. in Amherst und in Massachusetts, nach 1945 Mitarbeiter Legal Division OMGUS 139
Lorentz, Heinrich (1873–1956), Kreisschulrat, Leiter der Landesbildstelle Darmstadt 243
Lorenz, August (1883–1963), 1919–33 und 1945–50 Bgm Erzhausen, 1931–33 MdL Volksstaat, Mitgl. LV, SPD 99
Lorberg, Karl (1891–1972), Direktor Landwirtschaftskammer Frankfurt, 1947–Nov. 1949 Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, CDU 242
Lucius, Wilhelm (1888–1961), 1945 Stadtkämmerer Darmstadt, 1946 Vermögensverwalter Prinz Ludwig von Hessen, 1948–52 ehrenamtl. Stadtrat 268
Ludwig, Wilhelm (1892–1960), Juli 1945 Dezernent für Höheres Schulwesen RP Wiesbaden, 1946 als Oberschulrat Referent für Höhere Schulen und Privatschulen Kultusministerium 148, 187
Lüdemann, Hermann (1880–1959), 1919–29 MdL Preußen, 1920–22 preuß. Finanzminister, 1927 Regierungspräs. Oldenburg, 1928 Oberpräs. Mittelschlesien, 1946 Innenminister und 1947–49 Ministerpräs. Schleswig-Holstein, SPD 265
Lux, Anton (1878–1953), 1919–33 MdL Volksstaat, 1928–33 und 1945–53 Bgm Nieder-Florstadt, 1944 KZ Dachau, 1946–53 MdL, SPD 307

Magel, Hermann (1894–1980), März 1946 kurzzeitig Bgm Grünberg 148
Magnus, Kurt (1887–1962), 1925–33 Direktor Reichsrundfunk, 1945–51 Ministerialrat bzw. -direktor im Wirtschaftsministerium (später Ministerium für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft), dann Vorsitzender des Rundfunkrates Hess. Rundfunk 100, 260
Maier, Reinhold (1889–1971), 1924–33 Vorsitzender DDP Württemberg und MdL, 1932–33 MdR, 1930–33 württemb. Wirtschaftsminister, 1946–69 MdL und 1945–53 Ministerpräs. Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–59 MdB, 1957–60 FDP-Bundesvorsitzender 215
Mandt, Gustav (1897–1957), Kaufmann und Kunsthändler, April 1945–Juni 1948 Landrat Lauterbach, parteilos 97, 109, 121, 130, 186, 236, 243f., 258, 263, 316, 320f.

Mandt, Johanna (*1912), Frau von Gustav M. 321
Mann, Albin (1883–1960), 1921–31 MdL Volksstaat, Aug. 1946–Juni 1948 OB und 1948–52 Stadtverordneter Gießen, SPD 151, 318
Markscheffel, Günter (*1908), 1933–46 Emigration Frankreich, 1947–57 SPD-Landesvorsitzender Rheinhessen, 1950–58 MdL Rheinland-Pfalz, 1957–70 Chefredakteur SPD-Pressedienst 58, 67, 85, 210
Markscheffel, Margarete (*1902), Frau von Günter M. 208
Marlitt, Eugenie (1825–1887), dt. Schriftstellerin 233
Marquard, Theodor 103
Marshall, George C. (1880–1959), 1939–45 US-Generalstabschef, 1947–49 Außen- und 1951/52 Verteidigungsminister 228, 247, 363
Masaryk, Jan (1886–1948), 1925–38 tschech. Gesandter in London, 1940–48 Außenminister der Exilregierung und 1. Nachkriegsregierung 290
Mattes, Wilhelm (1892–1952), 1921–33 MdL Baden, 1931–33 badischer Finanzminister, DVP, Mai–Juni 1945 Präsidialdirektor Neustadt, Okt. 1945–Okt. 1946 hess. Finanzminister, bis Aug. 1947 Vorsitzender des gemeinsamen Dt. Finanzrates Frankfurt 37–40, 42f., 45, 48, 56, 76, 80, 83, 102, 104, 109, 113f., 119, 142f., 145, 159, 180f., 184f., 188
Mattusch 207
Matuschka-Greiffenclau, Richard Graf (1893–1975), vor 1933 Zentrum, 1945–47 Mitgl. CDU-Landesvorstand, 1947–50 MdL 38, 260
Matz, Friedrich (1890–1974), Prof. für Archäologie Marburg, 1946/47 Rektor 223
Mayer, Albert (*1900), ab Okt. 1946 Bezirksleiter des hess. Gewerkschaftsbundes für Darmstadt, Stadtrat 249, 275
Mayer, Daniel (*1909), frz. sozialistischer Politiker, 1946–48 mehrfach Minister 212
Mayer, Hans (1905–1984), 1947 Leiter der Rechtsabteilung, 1948 der Personalabteilung Innenministerium, Ministerialrat 279
Meinshausen, Johann (1889–1948 hingerichtet), 1930–33 stellv. NSDAP-Gauleiter Berlin, 1932/33 MdR, 1934 Stadtschulrat Berlin 230
Meissner, Otto Leberecht (1888–1953), 1920 Leiter des Büros des Reichspräs., 1934–45 Chef der Präsidialkanzlei Hitlers 25, 295
Meller, Otto (1882–1952), 1945–49 Kurdirektor Bad Nauheim, zugl. Dezernent Hess. Staatsbäder 57, 76, 82, 106, 180f., 305
Menzel, Walter (1901–1963), 1928–31 Finanzrat preuß. Innenministerium, 1931–33 Landrat Weilburg, 1945 Berater amerik. Kontrollkommission, 1946–50 Innenminister Nordrhein-Westfalen, Mitgl. Parl. Rat, 1949–63 MdB, SPD 180, 368
Menzel, Emma, Frau von Walter M. 180, 327
Merlau, Karl (*1902), Jan. 1946–1948 Treuhänder chem. Fabrik Merck 148, 240
Mesmer, Gustav (*1905), Prof. Luftfahrtzeugbau, 1940–52 Darmstadt, 1947–49 Rektor, 1950–59 St. Louis 287, 307, 313, 317
Metzger, Ludwig (*1902), 1945–50 OB Darmstadt, Mitgl. LV, 1946–54 MdL, 1951–53 Minister für Erziehung und Volksbildung, 1949–69 MdB, SPD 15, 32, 39, 41, 56, 58, 62, 68–73, 77, 85–87, 92, 96, 102, 121, 135, 141, 151, 162f., 170, 183, 206, 218, 234, 240, 249, 259, 275f., 285, 296, 301f., 306
Meyer, Ernst Wilhelm (1892–1969), 1921–37 Auswärtiges Amt, 1940–47 Prof. für Politische Wissenschaften Pennsylvania, 1950 Frankfurt, 1952–57 Botschafter Indien, 1957–65 MdB, SPD 29, 303
Meyer, Oscar (1876–1961), 1915–21 MdL Preußen, 1924–32 MdR, DDP, 1933 Emigration USA 25
Michel, Günther (1916–1972), 1942 Dramaturg Theater Darmstadt, später Leiter Volkshochschule 158
Milazzo, Pasquale S., amerik. Offizier E-3 Darmstadt 62
Mildner, Kurt (1903–1981), 1931 Bgm Grünberg, 1948–67 Landrat Alsfeld, CDU 317
Miss, Konrad (1880–1952), 1929–33

und 1945–48 Landrat Wetzlar, SPD 102
Mitscherlich, Alexander (1908–1982), Psychoanalytiker und Arzt, Prof., 1952 Heidelberg, 1966 Frankfurt, 1960–76 Direktor Sigmund-Freud-Institut 139
Moelle, Erich (*1892), Regierungsdirektor Osnabrück, zeitweilig komm. Vizepräs. 328
Moll, Wilhelm (*1920), Emigrant, 1945 Übersetzer US-Kriegsministerium, 1946/47 Information Control Division OMGH, dann OMGUS, 1949–51 Political Affairs Officer amerik. Hohe Kommission 155
Molotow, Wjatscheslaw M. (*1890), 1939–49 und 1953–56 sowjet. Außenminister 228, 359f.
Mommsen, Konrad (*1896), Journalist, Mitarbeiter amerik. Militärregierung 162f., 198, 243, 262, 272, 275, 289
Monnard, Martha (*1906), Sekretärin 76
Moore, G. P., Leiter Militärregierung Gießen, 1947 Eschwege 263
Moore, Frau von G. P. M. 263
Moosdorf, Kurt (1884–1956), 1928 und 1946–55 Bgm Bad Vilbel, Mitgl. LV, 1946–50 MdL. 1952/53 MdB, SPD 93, 278, 305
Morgenstern, Georg (1892–1975), Direktor der pädagog. Akademie Weilburg 237
Mozer, Alfred (*1905), Journalist Kassel, 1933 Emigration Niederlande, 1945 Redakteur, 1946 Leiter des außenpolitischen Sekretariats der niederländ. Arbeiterpartei 144, 182
Müller, Daniel (1886–1953), April 1945–Dez. 1952 Bgm Griesheim, SPD 253
Müller, Friedrich (1879–1947), Oberkirchenrat, Präs. der vorläufigen Kirchenleitung Darmstadt 103, 162f., 166
Müller, Gerhard (1876–1957), bis 1933 Verwaltungsgerichtsrat, 1947–50 Präs. des Verwaltungsgerichtshofes Kassel, SPD 287
Müller, Oskar (1896–1970), 1925–33 MdL Preußen, KZ Haft, Okt. 1945–Jan. 1947 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Mitgl. LV, 1946–49 MdL, 1949–53 MdB, KPD 22, 38f., 45, 48, 57, 64, 102, 111, 168, 294, 323
Mueller, Rudolf (*1904), 1945 Vizepräs. IHK Darmstadt, Okt. 1945–Sept. 1946 Wirtschaftsminister, bis Jan. 1947 Leiter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft 26, 44, 48, 65f., 79, 81, 99, 127f., 130, 158, 181, 185, 210, 216f., 299
Murphy, Robert D. (1894–1978), US-Diplomat, 1944–1949 pol. Berater der amerik. Militärregierung in Dt., 1949–53 Botschafter in Brüssel 231f., 243
Muß, Max (1885–1954), Prof. für Volkswirtschaftslehre, 1923 Leipzig, 1924 Leiter des staatl. Wirtschaftsinstituts Hessen, 1923–54 Prof. Darmstadt, 1945 auch Leiter des Amtes für Landesstatistik 57, 165, 237, 285, 295
Musgrove, Frank R., Jan./Febr. 1946 Leiter d. Militärregierung Stadt und Landkreis Darmstadt 86, 135

Napoleon I. (Bonaparte) (1769–1821), Kaiser der Franzosen 14, 105, 213
Nassauer, Kurt (*1911), vor 1933 Schüler B.'s in Frankfurt, 1946 wiss. Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Soziale Gesundheitslehre Universität Frankfurt 274
Naujoks, Eberhard (*1915), Assistent Tübingen, ab 1964 Prof. für Geschichte der Neuzeit Tübingen 328
Naumann, Friedrich (1860–1919), Sozialpolitiker, 1907–1918 MdR, Mitbegründer und 1919 Vorsitzender DDP 11
Neff, Karl (1882–1958), 1920–24 MdL Volksstaat, 1930–33 Bgm Michelstadt, KZ-Haft, 1945 kurzzeitig Bgm Michelstadt, April 1945–1951 Landrat Erbach, Mitgl. LV, SPD 79, 258, 306
Neff, Lorenz (1893–1961), April 1946–Juni 1960 Bgm Viernheim, SPD 294
Neumann, Franz (1904–1974), 1946–58 Landesvorsitzender der SPD Berlin, 1949–69 MdB 201
Neumann, Johannes (s. Nowara)
Newman, James R. (*1901), Absolvent der Akademie West Point, 1945–49

Direktor OMGH, dann Land Commissioner Hessen 19f., 37, 40, 72, 88, 91, 95, 135, 138, 227, 233, 237f., 256, 258, 263, 286, 300f.
Nichols, Arthur T., Leiter Legal Division E-3 RB Darmstadt 42
Nichols, amerik. Major beim Frankfurter Rundfunk 43, 46
Nicolai, Otto (1810–1849), dt. Komponist 302
Niebler, Else (*1914), Okt. 1945–Febr. 1949 Leiterin des Realgymnasiums Nidda 278
Niederstadt, Karl (*1891), Schüler B.'s in Greifswald, 1945–48 alleiniger Vorstand der C. W. Tasche AG, Steinhäger und Kornbrennerei in Steinhagen 73, 180
Niemöller, Martin (1892–1984), 1. Weltkrieg U-Boot Kommandant, Bekennende Kirche, 1937–45 Haft, 1945 Mitgl. Evangel. Kirchenleitung Deutschlands, 1947–64 Kirchenpräs. der Landeskirche Hessen und Nassau 255, 281, 284
Nischalke, Martin (1882–1962), 1928–33 Regierungs- und Schulrat, Aug. 1945–Aug. 1948 Regierungspräs. Wiesbaden, Mitgl. LV, 1946–50 MdL, SPD 47, 56, 64, 77, 93–95, 125, 170, 204, 225, 255, 305
Noack, Friedrich (1890–1958), 1920–1958 Prof. für Musikwissenschaft Darmstadt, 1946–55 Landesmusikschule Darmstadt, 1946–52 deren Direktor 308
Noack, Ulrich (1899–1974), Prof. für Geschichte, 1941–45 Greifswald, ab 1946 Würzburgs Mitbegründer CDU Berlin, 1946 persönl. Referent Geilers, 1947 Austritt CDU, Begründer des „Nauheimer Kreises" 94, 100, 119, 128f., 131f., 152, 157, 159f., 165
Noble, Dale, 1948/49 Leiter der Civil Administration Division OMGH 312, 326
Nöll von der Nahmer, Robert (1899–1986), Prof. für Volkswirtschaft 1934–40 Breslau, 1940–45 an der Schule für Welthandel Wien, 1945/46 Ministerialdirektor hess. Finanzministerium, Nov.–Dez. 1946 mit Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministers beauftragt, 1946–64 Prof. Mainz, 1949–53 MdB, FDP 48, 173
Noelle, Heinrich (1891–1964), 1929–33 Landrat Melsungen, 1946–48 Vizepräs. und 1948–64 Regierungspräs. Wiesbaden, CDU 305
Nölting, Erik (1892–1953), 1923–33 Prof. an der Akademie der Arbeit, 1928–33 MdL Preußen, Aug. 1945 Generalreferent für Wirtschaft beim Oberpräsidenten Westfalen, 1946–50 Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalen, 1949–53 MdB, SPD 53
Nölting, Ernst (1901–1967), 1926–33 Direktor der staatl. Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Berlin, 1945–Aug. 1946 als Regierungsdirektor Leiter der Abteilung Wirtschaft und Verkehr im Hannoverschen Oberpräsidium, Aug./Sept. 1946 Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Hannover, SPD 53
Noske, Gustav (1868–1946), 1906–18 MdR, 1918 Mitgl. des Rates der Volksbeauftragten (Ressort Heer und Marine), 1919/20 Reichswehrminister, 1920–33 Oberpräsident Hannover, SPD 42, 85, 173
Nowara, Johannes (*1898), unter falschem Namen Neumann 1947 Bgm Gießen, Juli 1948 zum Landrat Gießen gewählt und verhaftet, CDU 315, 317, 325

Obst, Erich (1886–1981), Prof. für Geographie, Marburg, Konstantinopel, Breslau, 1938 Hannover, ab 1918 DDP/Staatspartei, 1918–21 Generalsekretär der DDP für Schlesien 60
Odets, Clifford (1906–1963), amerik. Dramatiker 204
Öhler, Richard (1878–1948), Bibliothekar, ab 1927 Direktor Stadtbibliothek Frankfurt 289
Oertel, Curt (1890–1959), Filmregisseur und -produzent, Dokumentarfilmer 230
Oheimb (s. Kardorff-Oheimb)
Old, William A., Executive Officer E-3 RB Darmstadt 66
Olitzsch, Karl (*1907), Kaufmann Darmstadt 316
Ollenhauer, Erich (1901–1963), 1933 Emigration, im SPD-Parteivorstand,

1946–52 stellv. und 1952–63 Vorsitzender der SPD, 1949–63 MdB 161
O'Neill, Douglas Walter (* 1912), 1948–53 Political Adviser brit. Militärregierung 296, 327
Opel, Fritz von (1899–1971), ab 1929 Generaldirektor Adam Opel A. G. 81
Oppenheimer, Fritz E. (1896–1968), Rechtsanwalt Berlin, 1940 Emigration, US-Army, Major USFET, 1945/46 persönl. Berater Clays, 1946–48 Sonderberater US-Außenministerium 39, 41, 43
Orff, Carl (1895–1982), dt. Komponist 235, 237
Ostheimer, Konrad (1898–1968), Café- und Konditoreibesitzer 145, 171
Ostheimer, Maria (*1900), Frau von Konrad O. 171
Ostrowski, Otto (1883–1963), 1926–33 und 1945/46 Bgm Berlin (Prenzlauer Berg bzw. Wilmersdorf), 1946/47 OB Berlin, SPD 200
Ottenheimer, Paul (1873–1951), Komponist, 1913–19 Leiter der Oper Hoftheater Darmstadt, 1926–33 Leiter der Opernschule an der Akademie für Tonkunst Darmstadt 308

Paehler, Paul (1882–1967), 1918–21 Landrat Hechingen, 1928–33 Regierungsvizepräs. Königsberg, Zentrum, 1945/46 Oberregierungsrat Halle/S., ab 1948 Ministerialrat, Leiter der Abteilung Staatsvermögen, Bäderverwaltung etc. Finanzministerium, CDU 278
Papen, Franz von (1879–1969), Zentrum, 1932 Reichskanzler, Gesandter in Österreich, 1938–44 Botschafter in Ankara 178
Parkman, Henry (1894–1958), 1946/47 Governmental Affairs Adviser OMGUS, 1949/50 amerik. Vertreter Internationale Ruhrbehörde, 1953–55 Mitarbeiter US High Commission 195
Parnicke, Hugo (1885–1954), Leiter des Ernährungsamtes Darmstadt 266, 284
Patton, George S. (1885–1945), US-General, Oberbefehlshaber von Bayern 44
Paul, Rudolf (1893–1978), 1945 OB Gera, dann Präs. Thüringen, SED, 1947 Flucht in den Westen, Rechtsanwalt in Frankfurt 121 f., 127
Pechel, Rudolf (1882–1961), Publizist 1919–42 Leiter der „Dt. Rundschau", KZ-Haft, 1945/46 Chefredakteur des Berliner CDU-Organs „Neue Zeit", 1946–61 Hrsg. „Dt. Rundschau" 14, 303
Petermann, Johannes (1886–1961), 1945 OB Osnabrück, Nov. 1945–1951 Regierungspräs. Osnabrück, CDU 328
Peters, Hans (1896–1966), Prof. für öffentliches Recht, Berlin, 1949 Köln, Präs. der Görres-Gesellschaft 327
Peters, Jens-Heinz (*1899), Generaldirektor der Schuhfirma Tack 55, 104, 117, 128, 215, 218, 245
Pfannmüller, Irmgard (*1921), Sekretärin von B. April 1945–Febr. 1946 41, 45, 76, 81, 126, 148
Pfeffel, Christian Friedrich (1726–1807), Historiker und Diplomat 10
Pfeil, Hartmuth (1893–1962), Graphiker, Maler und Karikaturist 64
Pflaumbaum, Walter (1891–1974), 1934 Vorsitzender Hauptvereinigung der Dt. Viehwirtschaft, 1935–45 Vorsitzender Reichsstelle für Tiere, MdL Niedersachsen, 1957–65 MdB, CDU 59
Phillips, Morgan (1903–1963), Generalsekr. Labour Party, Vorsitzender der Soz. Internationale ab 1951 220
Picard, Louis Benoît (1769–1828), frz. Dramatiker 96
Piepenbring, Ernesto (1892–1983), Betriebsleiter 97, 180
Pierenkämper, Maria, Schauspielerin, 1945/46 Darmstadt, 1946–50 Wiesbaden 77
Pistorius, Theodor von (1861–1936), Chef des Finanzdepartments Württemberg 1914–18 366
Pitz, Elisabeth (später Pitz-Savelsberg) (*1906), 1946–53 MdL, 1953–69 MdB, CDU 259
Plank, Rudolf (1886–1973), Prof. für Ingenieurwissenschaften, ab 1925 Karlsruhe 240
Plievier, Theodor (1892–1955), dt. Schriftsteller, 1933–45 Exil 303
Polligkeit, Wilhelm (1876–1960), Jurist, 1929–33 Leiter des Dt. Vereins für

öffentliche und private Fürsorge, 1945/46 Wohlfahrtsdezernent Frankfurt, Honorarprof. Frankfurt 147
Pollock, James K. (1898–1968), Prof. für Staatsrecht (Michigan/Ann Arbor), Juli bis Okt. 1945 Leiter der Governmental Structure Branch (United States Group Control Council), Nov. 1945–Aug. 1946 Leiter Regional Government Coordinating Office (Stuttgart), 1947/48 persönl. Berater Clays, 18, 106, 305
Poth, Friedrich (1912–1953), Kaufmann 114
Precht, Fritz (1883–1951), Mitgl. LV, 1946–51 MdL, SPD 170
Prélot, Marcel (1898–1972), Prof. für Rechtswissenschaften Straßburg, Montpellier und zuletzt Paris 132
Price, Byron (*1891), 1941–45 Direktor der US-Zensurbehörde, 1945 persönl. Berater Trumans in Deutschland 336
Pröstler, Victor (1904–1969), Bevollmächtigter des hess. Staatsministeriums beim Alliierten Kontrollrat in Berlin 73
Pünder, Hermann (1888–1976), 1926 Staatssekr. Reichskanzlei, bis 1934 Regierungspräs. Münster, Mitbegründer CDU, 1945–48 OB Köln, MdL Nordrhein-Westfalen, Direktor Zweizonenwirtschaftsverwaltung und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bizone, 1949–57 MdB 296

Rack, Josef (1909–1971), Besitzer Bamberger Mühle 249
Radbruch, Gustav (1878–1949), 1920–24 MdR, SPD, zeitweilig Reichsjustizminister 42
Radigan, Harold P., 1948 Leiter Militärregierung Friedberg, Juni 1948–1949 Darmstadt 310f., 325
Raiser, Ludwig (1904–1980), Prof. für Handels- und Wirtschaftsrecht, 1933 Berlin, 1942 Straßburg, 1945 Göttingen (1948–50 Rektor), 1953 Tübingen, 1952–55 Präs. Dt. Forschungsgemeinschaft 304, 327f.
Ranft, Gerhard (1893–1976), 1946–58 Verwaltungsdirektor Universität Marburg 297
Rasp, Hans (1895–1966), 1922 Bibliotheksdienst Universität Gießen, 1943 Bibliothekar und ab 1946 Direktor der hess. Landesbibliothek Darmstadt 48, 158, 203, 218, 235, 238, 243, 287
Rathgeber, Walther (1912–1972), bis 1940 und 1945–54 Jugendpfarrer Darmstadt 148, 224
Raue, Ernst (*1902), Mai/Juni 1946 Landrat Alsfeld, Juli 1946–48 Landrat Oberlahnkreis, CDU 130
Raupp, Walther (1896–1985), 1945–47 Stadt- bzw. Baudirektor Darmstadt 126, 275, 292, 300
Rebholz, Johannes (1885–1960), 1930–33 Vorsitzender SPD Groß-Frankfurt, Jan. 1946 bis Jan. 1947 Vorsteher Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, 1947–50 OB Offenbach, SPD 224
Redlhammer, Hans Heinrich (1891–1980), 1915–31 dipl. Dienst, Juni 1946–1953 OB Wiesbaden, CDU 241
Redslob, Edwin (1884–1973), Kunst- und Kulturhistoriker, 1920–33 Reichskunstwart, 1949–54 Rektor bzw. Prorektor Freie Universität Berlin 165
Reiber, Julius (1883–1960), 1919–31 MdL Volksstaat, DDP, ab 1945 Bgm Darmstadt, 1948 Stadtrat, 1952–56 Stadtverordnetenvorsteher, SPD 43, 71f., 96, 163, 237, 302, 306, 308
Reibold, Georg (1893–1967), bis 1933 Leiter der politischen Polizei beim Landeskriminalamt Darmstadt, 1945–59 Polizeipräs. Darmstadt 80
Reichenau, Charlotte von (1890–1952), Prof. für theoret. Volkswirtschaftslehre, 1941 Frankfurt 137
Reichensperger, Peter (1886–1963), Kunstwissenschaftler Koblenz 294
Reichvilser, Simon (*1891), Gastwirt Hauptbahnhof Darmstadt 165
Reiner, Heinrich (1892–1946), April 1935 stellv. Leiter der hess. Landesregierung, 1938 Staatssekr. 235
Reinhold, Peter (1887–1955), 1919–24 MdL Sachsen, 1928–32 MdR, DDP/Staatspartei, 1924–26 sächs. Finanzminister, 1926/27 Reichsfinanzminister, seit 1917 verheiratet mit Caroline Merck, Tochter des Teilhabers der chem. Fabrik E. Merck, Carl Emanuel Merck (1862–1909) 79

Reinicke, Fritz (1879–1967), 1945/46 OB Offenbach 152, 156
Reinowski, Hans J. (1900–1977), 1923–33 SPD-Bezirkssekr. Braunschweig, Emigration Dänemark/Schweden, ab 1947 Chefredakteur und Herausgeber „Darmstädter Echo" 240, 286
Reiser, Katharina (1892–1976), Bäckereiinhaberin 229
Rembrandt (1606–1669), niederl. Maler 205
Renneisen, Jakob (1899–1973), bis Mai 1947 Oberregierungsrat Kultusministerium, 1950 MdL, KPD 119, 211
Rentschler, Walter (*1911), Prof., Leiter des Instituts für Physik Hohenheim 307
Rettig, Friedrich (1911–1977), Architekt 222
Reuleaux, Erich (1883–1967), Prof. für Bauingenieurwesen, 1926–67 Darmstadt, 1945/46 Rektor 76
Reuleaux, Regina (*1916), Dolmetscherin 71, 231
Reuter, Paul (*1911), Prof. für Rechtswissenschaft, u.a. Aix-en-Provence, Berater des frz. Außenministeriums 27, 215f.
Richter, Georg (1891–1967), 1926–33 SPD-Bezirkssekr. Düsseldorf, 1933 Emigration Schweiz, 1946 Vorsitzender SPD Düsseldorf 85
Richter, Joseph (*1907), Geschäftsinhaber, Darmstadt 316
Richter, Willi (1894–1972), 1926–33 Gewerkschaftssekr. Darmstadt, ab 1946 Gewerkschaftsvorsitzender Hessen, Mitgl. LV. Abgeordneter Wirtschaftsrat, 1949–57 MdB, SPD, 1956–62 DGB-Vorsitzender 39, 157, 170, 172, 288
Riegel, Heinrich (1883–1967), 1920 SPD-Parteisekr. Darmstadt, 1924–33 dort Kreistagsabgeordneter, Mitgl. LV 130, 144, 189
Rieser, Karl (1902–1957), Oberregierungsrat Kultusministerium, 1946–50 MdL, CDU 259
Rinn, Ludwig (1870–1958), Zigarrenfabrikant, 1930–33 und 1946–53 Präs. IHK Gießen 256, 263
Ritter, Gerhard (1888–1967), Historiker, nach Prof. in Hamburg 1925–56 Freiburg, 1944/45 Haft 25, 105, 304
Ritzel, Heinrich (1893–1971), 1919–30 Bgm Michelstadt, 1924–30 MdL Volksstaat, 1930–33 Oberregierungsrat Kreisverw. Gießen, 1930–33 MdR, Emigration, 1939–47 Generalsekr. Schweizer Europa-Union, 1949–65 MdB, SPD 125, 210, 248
Ritzert, Karl (1880–1951), 1926–33 Bgm Darmstadt, Juli 1947–51 Landrat Dieburg 258
Robertson, Brian H. (1896–1974), 1947–50 Oberbefehlshaber der brit. Besatzungstruppen in Deutschland, 1949/50 brit. Hoher Kommissar 272
Rodemann, Paul (1887–1963), 1919/20 MdR, SPD, 1945 Lizenzträger „Frankfurter Rundschau", dann „Darmstädter Echo" 308
Röthe, Eberhard (*1905), Direktor der MIAG 137
Rohrbach, Friedrich Wilhelm (*1881), Regierungsrat RP Kassel, 1948 Regierungsdirektor Landespersonalamt 66
Rompe, Robert (*1905), Prof., Direktor physikalisches Institut Humboldt-Universität 217
Roosevelt, Franklin D. (1882–1945), 1933–1945 US-Präs., Demokratische Partei 321
Rose, Adventist 328
Rose, John C., bis Mai 1947 Leiter Militärregierung Offenbach, dann bis Juni 1948 Darmstadt 237, 239, 253, 261, 281, 292, 301, 311
Rosenkranz, August (1886–1954), 1919–33 Bgm Altenkirchen, 1945 Bgm Alsfeld, bis Nov. 1945 und Juni 1946–März 1947 Landrat Alsfeld, SPD 72, 130
Rosenthal, Wolfgang (1884–1971), Prof. für Medizin, Leipzig, ab 1950 Berlin 273, 276
Roßmann, Erich (1884–1953), 1920–33 SPD-Landesvorsitzender Württemberg, 1924–33 MdR, 1945–48 Generalsekr. Länderrat US-Zone, 1948/49 Intendant Radio Stuttgart 252
Rost, Karl (1902–1950), 1931/32 MdL Volksstaat, KPD, Haft, 1944 KZ Dachau, Nov. 1945–Juni 1946 Ministerialdirektor Innenministerium 48, 93
Rudolf, Josef (1892–1977), 1948–57 Re-

ferent für Jugend, Kultur, Presse und Erwachsenenbildung Mainz, Leiter der Volkshochschule, SPD 280
Rudolph, stud. jur. 271, 278
Rückert, Georg (*1901), 1927–31 Stadtverwaltung Darmstadt, 1931–33 und 1945 Bgm Ober-Ingelheim, 1947 Regierungspräs. Rheinhessen, SPD 241, 280, 312
Ruhl, Siegfried (1870–1962), Mitgl. LV, 1947–49 MdL, CDU 145

Sahm, Adam Adolf (1891–1966), 1945–48 Bgm Jügesheim, SPD 149
Sauermann, Heinz (1905–1981), Prof. für Staatswissenschaften, Frankfurt 46, 84, 105, 109, 173, 313
Schacht, Hjalmar (1877–1970), bis 1926 DDP, 1924–30 und 1933–39 Reichsbankpräs., 1934–37 Wirtschaftsminister, 1944 Haft, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg freigesprochen 178
Schaeder, Hans-Heinrich (1896–1957), Orientalist, Prof. 1926–30 Königsberg, 1930/31 Leipzig, 1931–45 Berlin, ab 1945 Göttingen 52
Schäfer, Fritz, Gewerkschaftler, SPD-Funktionär Frankfurt 39
Schaefer, Hans (*1906), Prof. für Medizin, Herzspezialist, 1941 Direktor Kerckhoff-Institut, 1951 Heidelberg 280, 309
Schäfer, Heinrich (1882–1970), Mühlenbesitzer 207, 243
Schäfer, Frau, Pensionsbesitzerin Bad Nauheim 278, 323
Schäffer, Fritz (1888–1967), 1931–33 bayer. Finanzminister, 1945 Ministerpräsident, 1949–57 Bundesfinanzminister, 1957–61 Bundesjustizminister, 1949–61 MdB, CSU 44, 82, 202
Schafft, Hermann (1883–1959), bis 1933 Akademieprof. pädagog. Akademie Kassel, 1945 als Regierungsdirektor Leiter der Schulabteilung RP Kassel, später Vorsitzender des hess. Jugendherbergsverbandes 82, 211
Schauroth, Heinz Dieter Freiherr von (1903–1985), Kfz-Sachverständiger 261
Schenck, Carl Alwin (1868–1955), bis April 1946 Leiter der Landesforstverwaltung 113
Schenck, von, bis März 1946 Referent der Landesforstverwaltung 113
Scherer, Wendelin (1897–1974), 1945–61 Bgm Kelsterbach, SPD 253
Schermerhorn, Willem (1894–1977), Juni 1945–Mai 1946 niederl. Ministerpräs. 144
Schiffer, Eugen (1860–1954), 1903–18 MdL Preußen, 1912–17 und 1919–24 MdR, ab 1919 DDP, 1919–21 mehrfach Minister, 1945–48 Leiter der Justizverwaltung der sowjet. Zone, LDP 194
Schiller, Friedrich (1759–1805), dt. Dichter 340
Schlange-Schöningen, Hans (1886–1960), 1924–32 MdR, DNVP bzw. Volkskonservative, 1947–49 Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, 1949/50 MdB, CDU, 1950–55 Generalkonsul bzw. Botschafter in Großbritannien 317
Schleusener, Frank (1876–1950), vor 1933 DDP, OB Brandenburg, Regierungspräs. Potsdam, 1924–33 Staatssekr. preuß. Finanzministerium, 1945 Vizepräs. Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, 1946 dort MdL, CDU, 1950 Haft 246
Schlitt, Karl Josef (1886–1960), 1918–33 Landrat Wiesbaden, Mitgl. LV, 1949/50 MdL, CDU 160f., 178, 184
Schloss, Bert P., Civil Administration Division OMGH 282, 301
Schlotter, Eberhard (*1921), Maler und Graphiker 269
Schlüter, Otto (1872–1959), Prof. für Geographie, ab 1911 Halle 218
Schmahl, Eugen (1892–1954), Journalist und Schriftsteller, Flüchtlingskommissar, 1947–54 Leiter Volkshochschule Friedberg 310
Schmerbeck, Franz Xaver (1894–1973), Sept. 1945–Aug. 1946 Bgm Buchen, 1946–64 Landrat Buchen 245
Schmid, Karl (Carlo) (1896–1979), 1946/47 Präs. Staatssekr. Württemberg-Hohenzollern, 1947/48 stellv. Staatspräs., 1947–50 Justizminister, Mitgl. Parl. Rat, 1949–72 MdB, SPD 115, 123, 368
Schmidt, Karl L. (1900–1953), Bollwerk-Verlag Offenbach 274, 326

Schmidt-Rottluff, Klaus (1884–1976), Maler und Graphiker 297
Schmitt, Friedrich (1900–1975), 1945–49 Bgm Worms, 1949–65 Betriebsleiter städt. Verkehrsbetriebe 84
Schmitt, Hermann (später Schmitt-Vockenhausen) (1923–1979), Referent in der Personalabteilung Innenministerium, 1953–79 MdB, SPD 57, 293
Schmitt, Josef (1874–1939), 1927–31 Finanz- und 1931–33 Kultusminister Baden, 1928–30 und 1931–33 Ministerpräs., 1932/33 MdR, Zentrum 145
Schmittlein, Raymond (1904–1974), 1934 Prof. in Kaunas (Litauen), 1939 Leiter frz. Kulturinstitut in Riga, 1942 Militärattaché Moskau, 1945–51 Leiter der Abteilung für öffentliche Bildung der frz. Militärregierung, 1955 frz. Handelsminister 132
Schnabel, Franz (1887–1966), Prof. für Geschichte, 1922–36 Karlsruhe, 1947–62 München 266
Schneider, Georg, Sept. 1945–Febr. 1946 Bgm Grünberg 49, 97, 148
Schniewind, Otto (1887–1970), Bankier, 1948 Leiter des Büros für die Koordinierung der Angelegenheiten des Marshall-Plans 296
Schnorr, Julius Karl (1894–1965), 1924–33 Stadtverordneter Frankfurt, 1930 und ab 1946 Leiter der Messe- und Ausstellungs-GmbH, 1945/46 Leiter Landesernährungsamt 98f
Schomann, Gustav-Adolf (*1902), Kaufmann, Referent in der Wirtschaftsabteilung RP Darmstadt 205
Schork, Adolf (1909–1959), Fahrer von B. 121, 141, 144, 232
Schork, Hermann (1907–1983), Bruder von Adolf S., Fahrer von Duderstadt 141
Schramm, Franz (1887–1966), 1945 Ministerialrat Kultusministerium, April 1946–Jan. 1947 Kultusminister, CDU 94, 106, 113, 118–120, 127, 184, 205, 211
Schrauth, Ludwig (1885–1980), ab 1920 Direktor des Arbeits- und Wohnungsamtes Darmstadt, 1945 Leiter der städt. Hauptverwaltung und Fürsorgedezernent 72
Schreiber, Georg (1882–1963), 1920–33 MdR, Zentrum 12, 228
Schroeder, Louise (1887–1957), 1919–33 MdR, 1946 Bgm Berlin, 1947/48 OB Berlin, SPD 160, 322
Schröder, Rudolf Alexander (1878–1962), dt. Dichter, Mitgl. Bekennende Kirche 303
Schubert, Erich von (*1890), Arzt, Vetter von B. 190
Schuchardt, Ludwig (1891–1957), Nervenarzt Darmstadt 238
Schücking, Christoph (*1912), 1945 Regierungsrat RP Kassel, Juni 1948–Juni 1954 Landrat Lauterbach, CDU 316–318, 320
Schücking, Walther (1875–1935), 1919–28 MdR, DDP, 1930 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag 316
Schürer, Oskar (1892–1949), 1942–49 Prof. für Kunstgeschichte Darmstadt 43, 51
Schütte, Rudolf (*1896), Geschäftsinhaber Darmstadt 316
Schultheiss, Wilhelm (*1916), Schüler von Gerloff 321
Schumacher, Kurt (1895–1952), 1924–31 MdL Württemberg, 1930–33 MdR, dann Haft und KZ, 1946–52 SPD-Parteivorsitzender, 1949–53 MdB, Fraktionsvorsitzender 22, 26, 45, 54, 67, 141, 160, 165, 215f., 222, 239, 248, 251f., 265, 367
Schwabe, Wolfgang (1910–1978), 1948–60 Bgm Lindenfels, SPD 324
Schwamb, Elisabeth (1897–1964), Frau des hingerichteten Widerstandskämpfers Ludwig Schwamb (1890–1945) 210, 280
Schwerin-Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf von (1887–1977), 1932–45 Reichsfinanzminister, Mai 1945 Leiter der Reichsregierung Dönitz, 1949 zu 10 Jahren Haft verurteilt, 1951 begnadigt 25, 295
Seeberg, Ando (*1921), Mediziner Göttingen 60
Seeberg, Margot (1892–1983), Mutter von Ando S. 60
Seelbach, Adolf (1891–1955), Geschäftsinhaber Bad Nauheim 76
Segel, Julius (*1909), 1945 als Verbindungsmann zur Militärregierung bei

der IHK Frankfurt, Nov. 1945–Juli 1948 Leiter der hess. Wirtschaftsvertretung in Berlin 73
Selbach, Helmut (*1909), Prof. für Psychiatrie Berlin 323
Selbert, Elisabeth (1896–1986), vor 1933 und 1946–52 Stadtverordnete Kassel, Mitgl. LV, 1946–58 MdL, Mitgl. Parl. Rat, SPD 170–172, 179, 236, 283
Seliger, Heinrich (1888–1956), 1928–33 und 1945–54 Magistratsschulrat Frankfurt, SPD 218
Sevenich, Maria (1907–1970), vor 1933 KPD, nach 1945 Mitbegründerin CDU Darmstadt, 1945/46 Mitgl. Landesleitung, 1949–70 SPD, 1947–70 MdL Niedersachsen 119, 121, 126, 147
Severing, Carl (1875–1952), 1907–12 und 1920–33 MdR, 1920/21, 1921–26 und 1930–32 preuß. Innenminister, 1928–30 Reichsinnenminister, ab 1947 MdL Nordrhein-Westfalen, SPD 42, 143, 173, 180, 204f., 327
Sheehan, William R., 1945 und 1948/49 Leiter Militärregierung Offenbach, Okt. 1945 Leiter der Zivilabteilung E-3 RB Darmstadt 49f., 61–64, 68, 71, 76, 78f., 87, 100, 121, 126, 133, 142, 149f., 167, 206, 228, 231, 233f.
Sheehan, Frau von William S. 133
Siebecke, Eugen (1891–1959), April 1945 bis Febr. 1946 OB Marburg, SPD 59
Siegert, Rudolf (1882–1956), 1945 Polizeipräs. Aschaffenburg, 1946 Frankfurt 70
Simon, Josef (1865–1949), 1900–33 Vorsitzender des Zentralverbandes der Schumacher, 1912–18 und 1920–32 MdR, zeitweilig USPD dann SPD 67
Simpfendörfer, Wilhelm (1888–1973), 1930–33 MdR, Christl.-Sozialer Verein, 1946/47 Kultusminister Württemberg-Baden, 1953–58 desgl. Baden-Württemberg, CDU 160
Skalweit, August (1879–1960), Prof. für wirtschaftl. Staatswissenschaften, u. a. Bonn, Kiel, ab 1933 Frankfurt 84
Skarry, Arthur, April 1945–Juni 1946 Direktor E-4 RB Kassel, Juli 1946–Mai 1947 Leiter Militärregierung Darmstadt 206, 233
Skraup, Sigmund (1901–1963), 1948–51 Intendant Theater Darmstadt 277, 287, 319
Smend, Rudolf (1882–1975), Prof. für Staats- und Kirchenrecht, u. a. Greifswald, Tübingen, Bonn, Berlin und 1935–50 Göttingen, 1946–55 Mitglied EKD-Rat 52, 107, 368
Sollmann, Wilhelm (1881–1951), 1920–33 MdR, 1923 kurzzeitig Reichsinnenminister, SPD, Emigration, Prof. in Philadelphia, Mitgl. German Labour Delegation 324
Soutou, André, frz. Kulturoffizier Worms 84
Spangenberg, Johanna (1894–1979), Ministerialrätin Kultusministerium, 1946–50 MdL, SPD 242, 259, 285
Spira, Theodor (1885–1961), Prof. für Anglistik/Amerikanistik, Königsberg, 1946 Frankfurt, 1947–53 Direktor Amerika-Institut Frankfurt 95, 110, 112, 127, 223, 237
Sprenger, SPD 165
Stadelmann, Rudolf (1902–1949), Historiker 304
Stalin, Iossif W. (1879–1953), sowjet. Staatsoberhaupt, ab 1922 Generalsekr. der KPdSU 41
Steed, Henry Wickham (1871–1956), brit. Journalist, Korrespondent der „Times", 1937–47 BBC Abteilungsleiter (Overseas) 54, 99, 359
Steffan, Jakob (1888–1957), 1927–33 MdL Volksstaat, 1932 MdR, 1945 Regierungspräs. Rheinhessen, 1946–49 Innenminister und 1949/50 Arbeitsminister Rheinland-Pfalz, 1946–50 dort MdL, SPD 50f., 129, 215
Stein, Charlotte (*1908), Frau von Erwin S. 237
Stein, Erwin (*1903), Jurist, Mitgl. LV, 1946–51 MdL, 1947–51 Minister für Kultus und Unterricht, Nov. 1949–51 auch Justizminister, 1951–71 Bundesverfassungsrichter, CDU 29, 180f., 184, 229, 233, 236f., 239, 254, 257, 259f., 268, 279, 283f., 287, 303, 309
Stein-Wiese, Ina (1910–1966), Malerin, Mitgl. Oberhess. Künstlerbund 244
Steinecke, Wolfgang (1910–1961), 1934–44 Theaterkritiker, 1945 Presse- und Kulturreferent Darmstadt, 1946 Gründer und Direktor des Kranichsteiner Musikinstituts 75

Steinle, Edward Jakob von (1810–1886), Maler und Zeichner 289
Steinmetz, Hans (*1908), 1945/46 Referent für Handelsfragen RP Darmstadt, Juli 1946 bis Juni 1948 Landrat Kreis Bergstraße, Mitgl. LV, 1946–49 und 1954–56 MdL, CDU, 1956–69 Staatssekr. Bundespostministerium 122, 147, 301, 306
Steltzer, Theodor (1885–1967), 1920–34 Landrat Rendsburg, 1944 zum Tode verurteilt, 1945 stellv. Leiter Ernährungsamt Berlin, Nov. 1945–April 1947 Oberpräs. bzw. Ministerpräs. Schleswig-Holstein, CDU 327
Stengel, Elisabeth Freifrau von (*1900) 257
Stenzel, Hugo (1901–1964), 1946 Lizenzträger „Frankfurter Neue Presse", dort bis 1964 137
Sternberger, Dolf (*1907), 1934–43 Redakteur „Frankfurter Zeitung", Herausgeber „Die Wandlung", 1960 Prof. für Politische Wissenschaften Heidelberg, 1964–70 Vorsitzender des PEN-Zentrum 204, 323
Stieler, Georg (1886–1955), 1928–33 Regierungspräs. Aachen, 1919–32 MdL Preußen, Mitgl. LV, Landrat Schlüchtern, 1946–50 MdL, CDU, 1949/50 Fraktionsvorsitzender 176, 189, 222, 307, 352
Stinnes, Hugo (1870–1924), Industrieller und Politiker, 1920–23 MdR, DNVP 342
Stock, Christian (1884–1967), 1918 Heidelberg Arbeiter- und Soldatenrat, 1919 Mitgl. Nationalversammlung, 1920 Unterstaatssekr., 1922 Geschäftsführer AOK Heidelberg, 1921–25 MdL Baden, 1932 Direktor AOK Frankfurt, zeitweilig KZ, Mai 1945 Präs. Landesversicherungsanstalt Hessen-Darmstadt, desgl. Dez. 1945 Hessen, Mitgl. LV, 1946–54 MdL, 1946–50 Ministerpräs., SPD 24, 39f., 102, 170, 176, 183, 203, 205, 207, 212, 222, 226, 228, 231, 239f., 246, 251f., 258, 269, 271, 273, 275, 290, 302f., 315, 322f., 328, 352, 354, 359
Stöcker, Adolf (1835–1909), Hof- und Domprediger Berlin, 1881–93 und 1898–1908 MdR, ultrakonservativ, Antisemit, Gründer des Kirchlich-Sozialen Bundes 345
Stöcker, Fritz (1896–1965), ab 1946 Stadtverordneter Darmstadt, 1952 Fraktionsführer, 1948 Vorsitzender SPD Darmstadt 235, 240, 281, 285f., 302, 324
Stohr, Albert (1890–1961), 1931–33 MdL Volksstaat, Zentrum, 1935–61 Bischof von Mainz 16, 208, 215, 241
Stolberg-Roßla, Christoph Martin Fürst zu (1888–1949) 278
Storbeck, Anna Christine (1919–1969), B.'s Sekretärin 227
Stork, Wilhelm (*1904), als Regierungsrat Leiter des Referates Wohnungs- und Siedlungswesen der Abteilung Wiederaufbau im RP Darmstadt, 1946–53 Mitgl. Verwaltungsrat Hess. Landesbank 120, 158, 190, 235
Stover, Raymond, bis Nov. 1948 Leiter der Press Branch OMGH, dann stellv. Leiter Information Control Division OMGH 274, 295
Strahringer, Wilhelm (1898–1982), Dipl.-Ing., Direktor HEAG, 1946 Stadtverordneter, 1948 Abgeordneter Wirtschaftsrat, Honorarprof. Darmstadt, SPD 277, 281
Stroux, Karl-Heinz (1908–1985), 1945/46 Regisseur Theater Darmstadt 104, 120, 237
Stürmer, Johann (1886–1961), 1929 Polizeirat hess. Innenministerium, Aug. 1945 Polizeidezernent RP Darmstadt, Jan. 1947 als Ministerialrat Leiter der Polizeiabteilung Innenministerium 117
Sue, Eugène (1804–1857), frz. Schriftsteller 14, 51
Süsterhenn, Adolf (1905–1974), 1946–51 MdL Rheinland-Pfalz, dort 1946–51 Justiz- und Kultusminister, Mitgl. Parl. Rat, 1961–69 MdB, CDU 368
Swarm, William R., Sept. 1945–Febr. 1946 stellv., dann bis Juni 1946 Direktor E-3 RB Darmstadt, ab Juli 1946 Leiter Militärregierung Kassel 49, 91, 113, 120, 125f., 129, 132f.
Swart, Hugo (1885–1952), bis 1930 Landrat Heydekrug und Landsberg, 1930–33 Landeshauptmann Provinz

Brandenburg, DVP, Okt. 1945–Juli 1946 Staatssekr. und Chef der hess. Staatskanzlei 42f., 63, 93f., 101f., 118
Swolinzky, Kurt (1887–1967), bis 1933 SPD-Vorsitzender Breslau, 1946–55 Stadtverordneter und Mitgl. des Berliner Abgeordnetenhauses 265

Tank, Franz (1890–1981), Prof. für Hochfrequenztechnik und Physik TH Zürich, 1947 deren Rektor 239–241
Taylor, Joseph J., 1947 stellvertr. Leiter Economics Division OMGH, 1948 Leiter Economics Branch der Bizonal Liaison Division OMGH 256, 264, 268, 282
Teusch, Christine (1888–1969), 1919–33 MdR, Zentrum, 1947–54 Kultusministerin Nordrhein-Westfalen, CDU 303
Theis, Adolf (1886–1965), Diplomingenieur, Architekt 120, 124
Thesing, Paul (1882–1954), Maler 149f.
Thomas, David E. (1882–1954) brit. Politiker, Parlamentsmitglied, Labour Party 316
Tirpitz, Alfred von (1849–1930), Großadmiral, 1897–1916 Staatssekr. Reichsmarineamt 304
Tomforde, Hans (1883–1965), Okt. 1947–April 1949 Oberstaatsanwalt in Darmstadt 277
Treibert, Heinrich (1898–1974), 1929–32 Landrat Fritzlar, Mai 1945–Juni 1948 Landrat Ziegenhain, 1948–68 Vorstandsvorsitzender der EAM Kassel, 1951–70 Aufsichtsratsmitglied und (1959–70) gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsausschusses der PREAG Hannover, 1947–49 Präs. des Dt. Landkreistages, SPD 75, 102
Troeger, Heinrich (1901–1975), 1926–33 Bgm Neusalz (Oder), 1945/46 OB Jena, 1947 Ministerialdirektor hess. Finanzministerium, 1947–49 Generalsekretär des Exekutivrats bzw. Länderrats der Bizone, 1954–58 MdL, SPD, 1951–56 hess. Finanzminister, 1956 Präs. Landeszentralbank, 1958–1969 Vizepräs. der Dt. Bundesbank 252, 296, 327
Trotouin, Roger, frz. Verbindungsoffizier in Darmstadt 72f., 103
Truman, Harry S. (1884–1972), 1934–44 Senator für Kansas, 1944/45 Vizepräs. und 1945–53 Präs. der USA, Demokrat. Partei 41, 250, 292, 336

Uebel, Karl (1893–1957), März 1945–Juni 1946 Landrat Offenbach, Nov. 1946 Leiter der Personal- und Organisationsabteilung Innenministerium, 1948 Präs. Hess. Brandversicherungskammer und Direktor des Oberversicherungsamtes beim RP Darmstadt 143, 149, 245, 268, 272f., 317, 324
Uffelbein, Referentin Justizministerium 92
Uhrhan, Jakob (1894–1971), Juni 1946–Juni 1960 Bgm Lich, SPD 271
Ullenboom, Josef (1903–1971), Dezernatsleiter RP Darmstadt 232
Ulrich, Fritz (1888–1969), 1919–33 MdL Württemberg, 1930–33 MdR, 1945–56 Landesdirektor bzw. Innenminister Württemberg-Baden (Baden-Württemberg), dort 1946–68 MdL, SPD 46, 115
Unverzagt, Friedrich (1896–1964), ab 1927 Journalist bei der „Dt. Sparkassenzeitung" 1934 Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Sparkasse", Aug. 1945 Dezernent für Sparkassenaufsicht RP Kassel, 1946–54 Geschäftsführender Direktor Hess. Sparkassen- und Giroverband 265

Vaisseur, CIC Gießen 185
Vansittart, Robert G. (1881–1957), brit. Politiker, ab 1930 Unterstaatssekr. Außenministerium 112
Veit, Hermann (1897–1973), 1945/46 OB Karlsruhe, 1946–60 Wirtschaftsminister, Württemberg-Baden (Baden-Württemberg), Abgeordneter Wirtschaftsrat, 1949–53 MdB, SPD 151
Velleman, J., niederl. Verbindungsoffizier Darmstadt 144, 182f.
Venedey, Hans (1902–1969), 1929 Stadtverordneter Konstanz, 1933 Emigration Frankreich, Schweiz, Okt. 1945–Juli 1946 Innenminister, SPD, ausgeschlossen 24, 39f., 44, 46, 48, 57f., 64, 66–70, 75, 83, 86, 92, 94, 101f., 106–108, 110, 123, 127, 131, 136, 138, 150

Venedey, Martin (1860–1934), Vater von Hans V., Rechtsanwalt, Mitgl. 2. badische Kammer und 1919 Landtag 66
Vent, M. H., USFET 84
Vermeil, Edmond Joachim (1878–1964), Prof. für Germanistik, 1907–14 Paris, 1919–34 Straßburg, 1934–51 Paris 212
Vidal, Raymond, frz. sozialist. Politiker, 1940 Staatssekr. 161
Viehweg, Willy (1888–1978), 1946–55 Ministerialdirektor Kultusministerium, SPD 148, 173, 218, 259f., 301, 310, 319
Vieweg, Richard (1896–1972), Prof. für Physik, 1935–51 Darmstadt, 1946/47 Rektor, 1951–61 Präs. der physikal.-techn. Bundesanstalt 103, 112, 225, 240, 285, 288
Vockel, Heinrich (1892–1968), bis 1933 Generalsekr. der Zentrumspartei, 1930–33 MdR, Mitbegründer Berliner CDU, 1950–62 Bevollmächtigter der Bundesrepublik in Berlin 81
Völker, Franz (1899–1965), Kammersänger 133
Völker, Georg (*1923), Sohn von Franz V., Kammersänger 133
Voos, Paul (*1884), 1946/47 Regierungs- und Schulrat RP Wiesbaden, Mai 1947–Juni 1951 als Regierungs- und Schulrat Referent für Volks-, Mittel- und Sonderschulen Kultusministerium 239, 323
Voss, Krafft-Helmut (1910–1965), 1948–54 Bgm. Bad Nauheim, parteilos 323
Vossler, Elisabeth (*1903), Frau von Otto V. 89
Vossler, Otto (*1902), Prof. für mittelalterliche und neuere Geschichte, 1946–67 Frankfurt 89, 94, 100, 118

Wadsack, Referent Kultusministerium 76, 87, 93, 245
Wagenbach, Joseph Heinrich (1900–1980), Juni 1945–Juni 1946 Landrat Gießen, Juli 1946–1966 Landrat Main-Taunus-Kreis, Mitgl. LV, 1947–50 MdL, CDU 88, 97, 125, 148
Wagner, Albert (1885–1974), 1926–30 Stadtrat Potsdam, 1930–33 Regierungsvizepräs. Breslau, 1945 Landrat Oberlahnkreis, Mitgl. LV, 1946–66 MdL, zeitweilig SPD-Fraktionsvorsitzender, Aug. 1948 Regierungspräs. Darmstadt, Nov. 1949–51 Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft 170, 237, 251, 259, 265, 268, 280, 285, 307, 313, 316, 319, 329
Wahl, Wilhelm (1880–1970), Dekan von Lang-Göns 246
Wahrhaftig, Samuel L. (*1913) stellv. Leiter Civil Administration Division OMGH 152f., 155, 161, 177f., 182f., 185–191, 211, 215, 226
Walk, Emil P. (*1900), April 1945–50 als Regierungsdirektor Leiter der Abteilung Wiederaufbau RP Darmstadt, dann Ministerialrat Landesplanungsamt, SPD 37, 51, 75, 79, 98–100, 104, 106, 109, 114, 124–126, 128, 148, 158f., 162, 181, 207, 210, 218, 247, 249, 251, 254, 258, 263, 270, 282, 285, 296, 306, 310, 313, 315
Walther, Alwin (1898–1967), Prof. für Mathematik, 1928–67 Darmstadt 298
Walz, Ernst (1888–1966), Nov. 1945–Mai 1946 OB Heidelberg, dann Präs. badischer Verwaltungsgerichtshof Karlsruhe 287
Wantz, Leni, Sekretärin 76
Weber, Alfred (1868–1958), Nationalökonom und Soziologe, seit 1907 Prof. Heidelberg 204
Weber, Ludwig (1891–1965), Syndikus Berlin 241, 249
Wedel, Emil Graf von (1886–1970), 1920–23 Landrat Steinau, 1929–33 Landrat Hersfeld, ab Nov. 1945 Länderratsbevollmächtigter des Landes Hessen, SPD 252
Wehrle, Emil (1891–1962), Prof. für Volkswirtschaftslehre, u.a. 1929 Karlsruhe, 1934 Marburg, ab 1936 Frankfurt, Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen 296
Weill, Kurt (1900–1950), dt. Komponist 237
Weinberger, Wilhelm (1899–1963), evangel. Pfarrer Darmstadt 163
Weinberger, Stadthistorisches Museum Frankfurt 289
Weis, Franz (1894–1971), 1926–45 Bgm Schlossau 245
Weisenborn, Günther (1902–1969), dt.

Dramatiker, 1942 Haft, 1945–47 Mitherausgeber des „Ulenspiegel" 126
Weisgerber, Leonhard (*1903), Okt. 1945 bis April 1946 Leiter der Forstabteilung RP Darmstadt bzw. des Bezirksforstamtes, April 1946 Personal- und Haushaltsreferent Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, ab April 1950 Leiter der Forstabteilung 56, 75, 339
Weiß, Heinrich (1893–1966), 1946–66 MdL, SPD 253
Weniger, Erich (1894–1961), 1945 Direktor der pädagog. Akademie, dann Prof. für Pädagogik Göttingen 103
Werner, Else (*1913) 95
Wetzel, Ernst (*1893), Dipl.-Ing., 1933–63 Prof. für Maschinenbau Darmstadt 323
Wetzel, Ursula (*1918), Medizinerin, Referentin in der Gesundheitsabteilung RP Darmstadt 183
Weyand, Jakob (1886–1964), Mai 1945–Juni 1946 Kommandant der Ordnungspolizei Frankfurt, Aug. 1946–1949 Direktor des Landesamtes für Arbeitslager und Arbeitseinsatz, 1949 stellv. Leiter der Abteilung Wiedergutmachung Innenministerium 59, 85, 203 f.
Weydling, Georg (*1911), Lehrer, 1944 Emigration Schweden, Mai 1947 als Regierungsrat Referent für Hochschulwesen Kultusministerium 280, 307
Weyland, Philipp (1889–1962), Febr.–Mai 1946 komm. und Mai/Juni 1946 Landrat Dieburg, dann Leiter des Bezirksflüchtlingsamtes Darmstadt, SPD 108, 121, 123, 312
Wiese, Leopold von (1876–1969), Nationalökonom und Soziologe, Prof. in Hannover und Köln 172
Wilder, Thornton (1897–1975), amerik. Schriftsteller und Dramatiker 266
Wilhelm II. (1859–1941), dt. Kaiser 60
Wilke, Paul Johannes (*1912), Buchhändler Heidelberg 81, 148
Williams, Alan M. (1909–1972), brit. Diplomat, u.a. in Hamburg, Wien, 1945–47 im Außenministerium, dann Bagdad 255, 263
Williams, OMGUS 281
Williver, Wilson W., 1945/46 Civil Administration Officer E-3 RB Darmstadt 40–42, 46, 49, 89, 91, 97, 99
Wilson, Kenneth A., Property Control und Public Safety Officer E-3 RB Darmstadt 66
Wink, Georg (1895–1967), April 1945–1962 Landrat Darmstadt, SPD 98, 183, 265, 306
Wint, stellv. Leiter der Erziehungsabteilung der brit. Militärregierung 328
Wint, Frau 328
Wirtz, Wilhelm (*1894), 1942–51 Geschäftsführer IHK Gießen 263
Wissell, Rudolf (1869–1962), 1919–33 MdR, SPD, 1919 Reichswirtschafts- und 1928–30 Reichsarbeitsminister, 1933 Haft 173
Witte, Otto (1884–1963), 1926–33 MdR, Landesrat Provinzialverwaltung Wiesbaden, Haft, 1944 KZ, 1945–53 Landeshauptmann RB Wiesbaden, Mitgl. LV, 1946–54 MdL, SPD, Landtagspräs. 157 f., 160, 164, 166, 182, 189, 208, 215, 268, 271, 275, 310, 322, 326, 350
Wittig, Bruno (1885–1973), 1919–21 MdL Volksstaat, April 1945–April 1949 Bgm. 1919–33 und 1952–60 Stadtverordneter Butzbach, SPD 255
Wittlöcher 245
Wittmann, Hanne (*1918), 1948 Lehrerin Darmstadt, 1964–81 Stadtverordnete, CDU 308
Wittrock, Christian (1882–1967), 1939–45 KZ, Mitgl. LV, 1946–54 und 1958 MdL, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord 307
Wittrock, Willi (1898–1966), nach 1945 Stadtrat Kassel, Mitgl. LV, 1946–62 MdL, SPD 170, 178 f., 227, 298
Wittstock, Gertrud (*1892), Lehrerin 148, 310
Wollkiser, Mitarbeiter Economics Division OMGUS 74, 76, 79
Worliczek, Adalbert, tschech. Emigrant, Journalist in London, 1948 kurzzeitig beim hess. Landesamt für Arbeitslager und Arbeitseinsatz 244
Worsley, brit. Journalistin, heiratete 1948 A. Worliczek 244, 248, 296

Yakoubian, Arsen L., 1945 Leiter Militärregierung Usingen, ab Febr. 1946 Vorsitzender der Denazification Re-

view Board OMGH, stellv. und dann Leiter Denazification Division OMGH 95

Zahn, Karl von (1877–1944), bis 1933 Ministerialrat Reichsinnenministerium, dann im Reichsarchiv, DDP 60

Zahn, Peter von (*1913), Rundfunkjournalist, 1945 Leiter der Abteilung Wort und Kommentar beim Nordwestdeutschen Rundfunk, 1951–60 Amerika-Korrespondent 60

Zbinden, Hans (1893–1971), 1944–51 Präs. der Berner Schriftstellervereinigung, 1946 Gründer und Präs. des Schweizer Vortragsdienstes für auswärtige Beziehungen 230

Zinn, Georg August (1901–1976), 1945 Landgerichtsdirektor Kassel, Nov. 1945–Nov. 1949 Justizminister, Abgeordneter Wirtschaftsrat, Mitgl. Parl. Rat, 1954–70 MdL, 1949–51 und 1961 MdB, SPD, 1950–69 Ministerpräs. 28, 48, 93f., 99, 101, 119, 128, 153, 178–180, 240, 246, 251, 269, 302, 314, 324

Zinnkann, Heinrich (1885–1973), 1919–33 Stadtverordneter Worms, 1924–33 MdL, SPD, ab 1931 Fraktionsvorsitzender, 1945 Referent für Arbeitsschutz und Arbeitsrecht in der Abteilung Wiederaufbau RP Darmstadt, Aug. 1946–55 Innenminister, Mitgl. LV, 1946–62 MdL, 1954–62 Landtagspräs., SPD 24, 47, 57, 62, 67f., 71, 73, 77, 82, 87f., 90–94, 102, 106, 109, 118f., 150, 154, 166f., 170, 179, 212, 246, 249, 251, 253, 255, 264, 268, 292f., 298, 306f., 324

Zwissler, Karl Maria (1900–1984), 1936–67 Generalmusikdirektor Stadttheater Mainz, mehrfach auch Intendant 266

Orts- und Sachregister

AFL 26, 248, 252
Albanien 250
Allendorf a.d. Lumda 142, 350f.
Alsfeld 72, 78, 103, 114, 120–122, 130, 186, 258, 263, 284, 317, 321, 329
Altkirch 10
Alzenau 144
Amerikanische Zone 9, 20, 45, 58, 62, 100, 150, 163, 168, 172, 202, 213, 219, 287, 338, 369f.
Amöneburg 292
Amsterdam 144, 325
Amt für Fernmeldewesen 262
Archivorganisation/-wesen 48, 100f., 140, 142f., 147, 254
Arnsberg 325
Arolsen 327
Aschaffenburg 17, 196, 210, 314
Assenheim 273
Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsorganisation 102

Babenhausen 144
Baden 102, 312, 314
Bamberg 323
„Bamberger Mühle" 144, 249
Bank deutscher Länder 280
Basel 241, 248, 258
Baulenkungsgesetz 292
Baumwollabrechnungsstelle 258
Bayern 44, 99, 111, 144, 160, 170, 182, 196, 198, 208, 250, 264, 338, 366
Beamtenversorgungskasse 289
Beamtenwesen 52, 54, 161, 175, 338
Beerfelden 80
Bekennende Kirche 87, 163, 345
Belgien 60, 137, 310
Bensheim 106, 118, 208, 223
Beratender Landesausschuß 21, 40, 93, 95, 109, 139f.
Bergstraße 42, 72, 104, 106, 301, 306
Berlin 11, 45, 54, 67, 73f., 76, 81, 150, 162, 179, 181, 183, 185, 190–204, 207, 215, 217, 246, 257–259, 262, 288, 297, 327, 338, 368, 370
Bern 228
Besatzungsstatut 28, 318f., 327
Bessungen 82
Bezirksstelle für Baustoffbewirtschaftung 298
Biberach 303
„Bibliothek zeitgenössischer Memoiren" 25, 173, 288, 291, 295
Bibliotheksorganisation/-wesen 93, 101f., 106, 218, 222
Bielefeld 180, 327
Birmingham 276
Birstein 102
Bischofsheim 209f., 290, 292, 327
Bizone 167, 170, 181, 231, 251f., 272, 275, 280, 289, 296, 348, 367, 369
Blitzenrod 308
Bodenreform 56, 81, 155f., 232, 339
Böhmen 266
Bonn 29
Boys' Week 185, 278, 285
Brandenburg 246
Brasilien 267
Braunschweig 53, 137
Bremen 370
Bremer Konferenz der Ministerpräsidenten (1946) 168
Breslau 196
Breuberg 171
Britische Zone 48, 50, 52f., 103, 134, 137, 158, 162f., 165, 168, 180f., 213, 313, 370
Buchen 245
Buchschlag 143
Büchereischutzgesetz 238
Büdingen 78, 93, 122, 278
Bulgarien 250
Butzbach 255

CDU 22–24, 26, 31, 80, 92f., 102, 108, 121–123, 134, 144f., 147, 152–154, 162, 180, 185, 208f., 211f., 222, 227, 237, 239, 250, 258–260, 268, 270, 290f., 293, 297, 300, 305–307, 316f., 326, 333, 361, 367
- Königsteiner Verfassungsentwurf 159
- Reichstagung Bad Godesberg (1945) 56
- sowjetische Zone 81, 128, 199–201, 246
- und Verfassung 21, 23, 145, 152, 157, 159–161, 166–169, 174–177, 182–184, 186, 188–192, 342–346, 349, 351–358

CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft 215
- Königsteiner Tagung (1947) 215, 217, 222

CDU/CSU-Verfassungsausschuß 227, 361, 368
China 228
CIC 79, 185, 205
Colmar 10
CSU 170, 361

Dänemark 60
DANA (DENA) 76, 109, 127, 156, 205, 292
Darmstadt 15, 17, 25, 29, 48, 59, 63, 68–70, 72, 75f., 88f., 92f., 95, 102–104, 117, 126f., 134, 136, 144, 148, 162, 170, 186f., 190, 192, 197, 209f., 233, 238, 240, 249, 251, 257, 262, 264, 267, 302, 306, 308, 310, 317
- Arbeitsamt 69, 129, 133
- IHK 98, 121, 130, 299
- Interniertenlager 229, 275, 299
- Landes-/Hochschulbibliothek 48, 64, 165, 203, 230, 235, 286
- Landestheater 46, 60, 75, 90f., 96, 104, 119–122, 124, 126, 158, 184, 203f., 209, 237, 255, 261, 266, 276
- Landkreis 62, 79, 190, 257, 284, 306
- Milchhof 266
- Militärregierung s. dort
- Oberlandesgericht 42
- Staatsarchiv 25, 48, 100, 141, 147, 285
- Technische Hochschule 25, 66, 76, 103, 112–114, 131, 140, 182, 225, 287, 298, 303, 310, 317, 324
- Verwaltungsgerichtshof 261, 286
- Volkshochschule 43, 75, 86, 203

Darmstadt-Arheilgen 190, 273, 315
Darmstadt-Eberstadt 46, 48, 143, 206
„Darmstädter Echo" 114, 142, 206, 211, 225, 251, 276, 292, 318, 320
„Darmstädter Tagblatt" 225, 251
DDP 11f., 316
Degussa 126
Deutsches Büro für Friedensfragen 236
„Deutsche Rundschau" 14
Deutsche Staatspartei 13
Deutsch-Hannoversche Partei 53
Dieburg 46, 80, 106, 108, 120f., 123, 142, 145, 148, 171, 238, 258, 284, 314
Dillenburg 179
Dortmund 180
Dresden 81
Dritte Steuernotverordnung 1924 365
DVP 12f.

Eberbach (Kloster) 155, 241, 260
Eilenburg 273
Elsaß 10, 26
Eltville 131, 225
Bad Ems 294
Entnazifizierung 18, 44f., 49, 58, 68, 79, 90, 97, 101, 103, 108, 116, 147, 150, 178, 181, 197f., 206, 228, 267, 281, 284, 334
Erbach 72, 107, 111, 124, 254, 258, 281, 284, 297, 306
Erzhausen 50
Eschwege 352
Europäische Parlamentarische Union 326

Falken-Gesäß 282
Finanzausgleich/-organisation/-zuständigkeiten 42, 181, 207, 213, 280, 286, 290, 296, 312, 321, 365
Fischbach 268
Frank (Maschinenfabrik) 282
Frankfurt 17, 40f., 43, 45, 56, 67, 70, 79f., 89, 93–95, 97, 103, 109, 114, 117f., 129f., 134, 137, 147, 149, 152, 155f., 160f., 164, 169, 172, 183, 189, 204, 206f., 211, 230, 233, 236, 243f., 248, 253–255, 263, 268, 273, 275, 288f., 296, 303, 316, 318, 320, 329
- IHK 37
- Oberlandesgericht 99
- Stadthistorisches Museum 289
- Theater 120
- Universität 46, 66, 84f., 88, 94, 105, 114, 137, 149, 173, 179, 197, 222f., 227f., 233, 254, 262, 266, 288, 300, 303, 305, 307, 309, 312f., 318

Frankfurter Dokumente 10, 318–320, 322
„Frankfurter Neue Presse" 136f., 159
„Frankfurter Rundschau" 49, 106, 108, 114, 129, 216, 227
Frankfurt-Höchst 40, 125, 295
Frankfurt-Riederwald 208
Frankfurt/Oder 196
Frankreich 10, 14, 26, 50, 55, 69, 88f., 131f., 136f., 140, 160f., 164, 168, 210, 212f., 215, 217, 230, 234, 245, 249, 257–259, 283, 302, 309f., 312, 333, 336, 348, 359, 362
Französische Zone 168, 213f., 231, 370
Freiburg 105, 304
Friedberg 17, 78, 80, 102f., 231, 258, 286, 310

Fürth (Odenw.) 80
Fulda 244, 297, 302

Garmisch(-Partenkirchen) 252
Gemeinderechnungskammer 92
Gemeindewahlgesetz (1946) 101f.
Gemeindewahlgesetz (1948) 317
Gemeinschaftskunde 113, 118f., 203, 236 (s.a. Staatsbürgerkunde)
Gesetz über die Errichtung gewerblicher Unternehmen 266
Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus 101
Gießen 26, 75, 78, 88, 110, 113, 118, 125, 132, 138, 144, 148f., 151, 185, 187, 203, 223, 233, 255f., 263, 271f., 283, 297, 315, 317, 325f., 328
- IHK 65, 255f., 263
- 700-Jahrfeier 322
- Theater 166, 237
- Universität 94, 105, 114, 166
„Gießener Freie Presse" 124, 225
Ginsheim-Gustavsburg 291f., 304
Goethe-Preis (1946) 165
Göttingen 52, 60, 74, 103, 107, 327, 368
Gonterskirchen 87
Gräfenhausen 299
Grätz 14, 173
Graz 266
Grebenhain 263
Greifswald 11, 45, 59, 73, 230
Griechenland 250
Griesheim 79, 234, 253, 316, 323
Großbritannien (England) 14, 53, 89, 133f., 158, 219f., 222, 230, 234f., 250, 309, 312, 333, 345, 359, 361f.
Groß-Gerau 25, 62, 70, 80, 190, 210, 265, 291, 306
Groß-Rohrheim 68
Groß-Umstadt 266, 314
Grünberg 49, 97, 141, 148f., 186f., 237, 277, 283, 329
Gundernhausen 314
Gustavsburg 300, 308 (s.a. Ginsheim-Gustavsburg)

Haager Landkriegsordnung 169, 341
Halle 293
Hamburg 55, 146, 368, 370
Hanau 40, 109, 275
Hannover 52–54, 59, 61, 107, 117, 138, 264f., 281
Hausen 290
HEAG 71, 277, 286
Hehrmühle (Schlitz) 207, 243
Heidelberg 10, 37, 99, 129, 148, 173, 204, 221, 250, 263, 283, 287, 368
Heppenheim 47, 72, 143, 147, 223, 258, 289, 301, 306, 309, 324
Hessen (Landesgründung) 17f., 196, 337
Hessen (Volksstaat) 9, 16, 38, 86, 92, 96, 102, 142, 293
Hessisches Staatswappen 229, 264f., 280, 320
Hilter 327
Hirschhorn 300
Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe (1946) 182, 208f.
„Historische Zeitschrift" 229, 304
Hochschule für Politik 25, 254f., 288
Hochwaldhausen 41, 124, 135, 356
Hofheim 205, 209
Hohenwehrda 102
Homberg 263
Bad Homburg 62, 120, 323
Hungen 141

Idstein 239
IG-Farben 41, 97, 354
Industrie- und Handelskammern 157, 169, 277
„Informationen der KPD" 183
Institut für Berichterstattung (Bad Nauheim) 99f.
Institut für Schulfunk und Schulpflege 307
Institut für Zeitgeschichte 29
Interlaken 326, 329
Internationaler Kongreß für Ingenieurausbildung 238–241, 251
Italien 137, 258, 351

„Jägerhaus" 41, 49, 56, 87, 97, 122f., 125, 141f., 166, 232
JEIA 308, 311
Jügesheim 149
Jugenheim 127, 257
- Hotel „Zur Krone" 257
- Pädagogisches Institut 59, 283, 297
Jugoslawien 250

Kabinettskommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform 224f., 284, 293
Kailbach 80
Kanzelverkündigung der evangelischen Kirche (1948) 281, 284

Karlsbad 190
Karlsruhe 151, 241
Kassel 47, 56, 82, 103, 108, 134, 197, 211, 235, 268, 273, 284, 289, 294, 302, 307, 328
- Landesbibliothek 238
- Staatstheater 96, 119f., 122, 266
Kastel (Mainz-) 292, 308
Kaysersberg 10, 203
Kelsterbach 253
Kerckhoff-Institut 280
Kirche
- und Entnazifizierung 42, 50, 59, 62, 82, 103, 105, 281, 284, 334
- und Staat 40, 136, 345, 356
Knittlingen 115
Koblenz 37, 42, 196, 215, 294
Köln 54
Bad König 297
Königstein 131, 215, 217, 222, 305
Königsteiner Abkommen (1949) 297
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 29
Kommunistisches Manifest 189
Kontrollrat 124, 139, 144, 150, 226, 362, 367, 370
Korbach 327
Kostheim 292
Kowno 11, 60
KPD 20, 22, 28, 64, 77f., 80, 85, 92f., 102, 130, 134f., 140, 146, 211, 236, 306, 315, 346
- Juni-Aufruf (1945) 332
- und Verfassung 21, 159, 174f., 177, 183, 186, 188, 192, 348f., 351–353, 355, 357f.
Kranichstein 238, 267
Kranichsteiner Musikkurse 162
Kreisordnung (1946) 273, 338
Kurhessen 66
„Kurier" 327

Labour-Party 112, 160, 163, 165, 199, 220
Länderrat (US-Zone) 58, 99, 101, 106, 123, 134, 155, 160, 198, 218, 252, 275, 289
Landesarbeitsamt 39, 129, 133
Landesbildstelle 158, 243
Landesernährungsamt 98f., 149, 183, 232, 242, 251, 282, 291, 296f., 323
Landesrechnungshof 92, 104
Landesstatistisches Amt 57
Landtag (Hessischer) 29, 120, 178, 190, 222, 230, 233, 237–239, 256f., 259, 261, 264, 274f., 280, 290, 294f., 309f., 315, 322f., 326, 358, 363
- Hauptausschuß 280, 313f.
- Haushaltsausschuß 234f., 307, 320
- Kulturpolitischer Ausschuß 226, 234, 283, 285, 301, 309
- Rechtsausschuß 235f., 264, 279f., 282f., 285f., 291, 320, 327
- Sozialpolitischer Ausschuß 226
Langd 263
Langen 60, 114, 122, 315, 331
Lang-Göns 246
Lastenausgleich 309, 325
Laubach 41, 141, 232
Lauterbach 45, 121f., 186, 236, 243, 245, 284, 308, 316, 320
LDP 22, 80, 93, 134, 144, 146, 162, 188, 190, 200, 209, 211, 291, 301, 306, 316f., 326, 346
- Homburger Parteitag (1946) 162
- und Verfassung 21, 161, 166–168, 174f., 177, 186, 192, 349, 351f.
Lehrstühle für Politik 29, 288, 303
Leipzig 10, 250
Leipziger Messe (1946) 128
Libau 11, 150
Lich 89, 233, 271, 293
Liegnitz 196
Lietzsche Landheime 288
Limburg 208, 258, 274, 323
Lindenfels 297f., 324
Lißberg 322
Lohr 144
London 26, 112, 158, 160, 199, 216, 219, 231, 244, 248, 305, 359, 367
Londoner Außenministerkonferenz (1945) 55
Londoner Außenministerkonferenz (1947) 258, 272, 360
Londoner Kommuniqué 28, 310
Londoner Konferenz der stellv. Außenminister (1947) 217
Lorch 297
Ludwigshöhe 237
Lünen 180
Lüttich 249
Luxemburg 41, 310

Main-Taunus-Kreis 125
Mainz 50f., 84, 150, 173, 209f., 214f., 241, 266, 280, 289, 291f., 304, 308, 312, 327

- Universität 94, 129, 131f., 173
MAN 300
Mannheim 129, 196, 287
Marburg 45, 59, 118, 123, 135, 138f., 147, 189, 225, 233, 236, 303f., 327, 352
- „Hessische Bibliothek" 297
- Staatsarchiv 48, 100, 141
- Universität 119, 140, 223, 240, 297, 303
Marburger Hochschulgespräche 25, 138f., 228, 304
Marokkokrise (1905) 10
Marokkokrise (1911) 50
Marshallplan 234, 241, 292
Maulbronn 115
Merck, chem. Fabrik 70, 79, 98, 126, 140, 183, 355
Meschede 180
MIAG 137
Michelstadt 79
Militärisches Sicherheitsamt 310
Militärregierung
- Darmstadt 15f., 40, 49, 61–63, 66, 71f., 78, 82, 86f., 95, 97, 106f., 110, 116f., 125f., 129, 132, 135, 206, 209, 267, 281, 311
- OMGUS 23, 74, 87, 139, 146, 155, 163, 195, 197f., 204, 243, 281
- USFET 41f., 57, 68, 84
- Wiesbaden (Landesmilitärregierung/ OMGH) 17, 19f., 37f., 40f., 45, 64, 66, 69–72, 74, 76, 87, 89, 91, 99f., 103, 110, 115, 117, 120, 129, 131, 135, 138, 152, 155, 163, 166f., 179, 182, 208, 230, 257, 282, 285, 301, 312, 317, 326
- - Civil Administration Division 19, 38
- - Information Control Division 146f., 155, 210, 227, 274, 295, 308
- - Special Branch 116
- und Verfassung 22f., 157, 160, 163f., 177f., 182, 185–188, 190f., 199, 358
Minden 134, 158, 171
Mitbestimmung (auch Betriebsrätegesetz) 26, 167, 208, 255, 275, 288, 295, 305f., 344
Mörlenbach 264
Mörschenhardt 245
Montabaur 73
Moskau 295
Moskauer Außenministerkonferenz (1947) 27f., 215, 217, 228, 359f., 366f.
Mühlhausen 14
Mülheim 76
München 10f., 57, 99f., 170, 216, 227, 311, 338
Münchner Ministerpräsidentenkonferenz (1947) 361, 363, 367, 370
Münster 53
Museumsorganisation 222, 254

„Nachrichten der Akademie der Wissenschaften Göttingen" 107
Nassau 294
Nassau (Provinz) 17, 74, 176
Bad Nauheim 47f., 50, 57, 76, 78, 80, 82, 99, 106, 125–127, 138, 143, 165, 231, 233, 247, 253, 272, 278f., 305, 309, 323
NDP 78, 102, 316f., 326
Neckarsteinach 300
Neue Ökonomische Politik 277
„Neue Schule" (Arbeitsgemeinschaft) 221, 226, 230, 236
„Die Neue Zeitung" 112, 141, 252, 303
„Neue Züricher Zeitung" 231
Neu-Isenburg 126, 133, 143, 202, 207, 238, 272
Neustadt 17, 19, 37, 42, 62, 84
Neu-Ulrichstein 263
Neuwied 294
New Deal 321
New York 43, 46, 150
„New York Herald Tribune" 43f., 56, 109, 216, 272
Nidda 278
Nieder-Beerbach 300
Nieder-Florstadt 101, 307
Nieder-Kainsbach 124
Niederlande (Holland) 137, 144, 182, 310
Nieder-Olm 164, 257, 312
Nieder-Ramstadt 206
Niedersachsen 53
Niedersächsische Landespartei 53
Nordrhein-Westfalen 368
Nordwestdeutscher Rundfunk 60, 318
Nürnberg 67
Nürnberger Prozesse 25, 42, 74, 100, 178, 334f.

Oberhessen 16f., 64f., 109f., 321
Ober-Ramstadt 80, 92, 137, 150
Oberrechnungskammer 103
Oberstdorf 216, 252
Oberwaldhaus 241

Bad Oeynhausen 133
Offenbach 17, 125f., 129, 133f., 143, 149f., 152, 156, 229, 239, 241, 248, 258f., 315, 326
– IHK 183, 185
„Offenbach Post" 229, 308
Oldenburg 53
Olpe 180
OMGUS s. Militärregierung
Opel A.G. 81, 260
Oppenheim 84, 210, 237, 270
Osnabrück 328

Paderborn 327f.
Palästina 238
Paris 10, 26, 43, 50, 58, 62, 67, 150, 190, 208, 210, 212, 214, 216f., 219, 234, 249, 261, 367
Pariser Marshallplan-Konferenz (1947) 234
Parlamentarischer Rat 29, 314, 329
Patentamt 275, 311, 317
Pattensen 52
Paulskirchenfeier (1948) 149, 206f., 224, 230, 254, 259, 263, 273, 276, 303
Pfalz 37, 196, 314
Pfungstadt 119, 163, 210, 292
Pirmasens 129
Polen 128, 194, 250
Polizeiordnung/-organisation 66, 91, 96, 98
Pommern 196
„Le Populaire" 88
Potsdam 12, 39, 192f., 195, 276
Potsdamer Abkommen 55, 74, 337, 367f.
Pressegesetz 188f.
Preußen 117, 184, 284
Preußische Staatsbibliothek 297
Princeton 45

Rathenow 96
Reichelsheim 116, 269
Reichsarchiv 11–13, 60, 96, 98, 230, 288
Reichsbahn 97
Rheinhessen 17, 37, 132, 196, 289, 312, 314
Richterwahlgesetz 283, 290, 326
Richthof 102, 302
Rimbach 205
Rosenhof 129
Roßdorf 80, 285, 314
Rostock 225
Rotes Kreuz 61, 64, 95f., 112, 117, 218, 227, 266, 269
Rothenfelde 327
Royal Institute of International Affairs 219, 224
Rüdesheim 323
Rüsselsheim 76, 265
Ruhr (-frage) 27, 55, 67, 88, 98, 100, 140, 168, 179, 213, 217, 243, 310
Ruhrbehörde (Internationale) 318

Saalburg 323
Saar(-land) 27, 37, 168
Saarbrücken 70, 148
Bad Sachsa 52
Sachsen 128, 293
Bad Salzhausen 147, 171, 278
Bad Salzschlirf 243, 321
Sandbach 171
Sandplacken 279
San Francisco 248
Schlesien 27, 196
Schlitz 321
Schlossau 15, 245, 271
Schlüchtern 296
Schöllenbach 80
Schöllkrippen 144
Schöneberg/bei Kronberg 254
Schopfheim 129
Schotten 41, 97, 109, 122
Schriftstellerkongreß (1948) 274, 303
Schulwesen(-organisation) allgemein 76, 99, 102, 113, 161, 164, 173–176, 184, 205, 217f., 221, 226, 254, 272, 274, 276, 294, 325
Schulgebet(-erlaß) 233f., 259f.
Schulgeld- und Lernmittelfreiheit 259, 262, 285, 309, 330, 357
Schweden 55
Schweiz 55, 68, 85, 124, 210, 218, 231, 239f., 256, 258, 302, 308
SED 22, 104, 146, 194, 199f., 246, 274, 294, 301, 361, 366, 368
Seeheim 63, 77, 133, 295, 316
Seligenstadt 122
Selters 255
Siegen 180
Simultanschule 46, 87, 94, 110, 161–166, 168f., 176, 182f., 205, 208, 344, 357
Sowjetische Zone 54, 78, 81, 104, 127, 168, 185, 192, 194, 200–202, 217, 222, 232, 273, 276, 293f., 339, 361, 370

Sowjetunion (Rußland) 10, 26, 69, 91, 128, 141, 165, 168, 250, 292, 333, 336
Sozialisierung (auch Art. 41) 22f., 25, 30, 135, 157, 160, 174f., 183, 185–191, 199, 208, 216, 223, 249, 255, 260, 339, 343f., 347, 351, 354f.
Soziologentag (1946) 172
Spanien 97, 150
Sparverordnung 321
SPD 12f., 20, 24, 28, 30, 44, 47, 49, 78, 80f., 87, 89, 92f., 102, 119, 122, 130, 134, 144, 146, 150, 163, 180f., 189, 199–201, 212, 236, 239, 258, 260, 268, 270, 281f., 285, 291, 294, 297, 304, 306–308, 315f., 332f., 337, 361, 367
- Hochschulkommission 236, 259
- Hochwaldhäuser Beschlüsse 135, 153
- Kulturpolitischer Ausschuß 218, 259
- Landtagsfraktion 222, 226, 233, 237, 251, 256, 260, 263f., 268, 274, 279, 282, 285f., 288–291, 294, 301, 304, 307, 309, 315, 320, 322f., 325f.
- Parteivorstand Hannover 26, 54, 138, 160f., 212f., 222, 240, 252, 264f., 280f., 313, 367
- sowjetische Zone 82, 199, 201
- Verfassungskommission 21, 110, 118, 124f., 135, 356
- Konferenz US-Zone (Jan. 1946) 67, 104
- Konferenz Wennigsen 45, 54
- Landesparteitag (1945) 58
- Landeskonferenz (Febr. 1946) 90
- Parteitag Hannover (1946) 107
- Parteitag Hessen-Süd (1947) 252, 255
- Parteitag Hessen-Süd (1948) 286
- Parteitag Nürnberg 239
- und KPD 22, 28, 54, 64, 77, 80, 104, 124f., 130, 183
- und Verfassung 21, 152, 154, 160, 164, 170–172, 174–178, 187, 341–349, 351–358
Sprendlingen 77, 315
Staatsbürgerkunde (-licher Unterricht) 39f., 43, 46f., 51f., 60, 102, 141, 148, 211, 217, 226 (s.a. Gemeinschaftskunde)
Staatsgerichtshof 191, 235f., 363
Staatsgrundgesetz 86, 93
Staatsschutzgesetz 279f., 320, 327
Städteverband 26, 223, 226
Starkenburg 9, 15–17, 62, 109
„Stars and Stripes" 234
StEG 329
Steinhagen 73, 180, 327f., 335
St. Germain 161
Straßburg 132
Stuttgart 58, 99f., 106, 111, 114f., 123, 151, 160, 167–169, 173, 216, 252, 289

Tag der jungen Generation 128, 131f.
Tagung sozialistischer Schriftsteller (1947) 248, 274
Tewa 156
Theaterorganisation/-wesen 25, 96, 119–122, 184, 203, 256, 262, 276, 279
Thüringen 121f., 146
Tibet 328
Toulouse 294
Trautheim 285
Treysa 182
Trier 37, 196
Troppau 14, 173
Tschechoslowakei (ČSSR) 28, 136f., 291, 294
Tübingen 74, 165, 225, 328, 368

Ulrichstein 236
Universitäten (allgemein) 63, 94, 107, 112f., 148, 203, 217, 225–227, 229, 234f., 269, 287
- Theologische Fakultäten 84, 223, 227, 233f., 237, 288
UNO 247, 319
UN-Balkankommission 250
Unter-Sensbach 80
USFET s. Militärregierung
USPD 24, 44

Veith-Gummiwerke 210
Vereinigte Staaten (USA, Amerika) 48, 57, 89, 91, 125, 139, 149f., 158, 160, 198, 204, 210, 214, 226, 250, 292, 299, 310, 312, 336, 341, 366
Verfassungberatende Landesversammlung 21, 29f., 145f., 153f., 172, 177, 191, 204, 206f., 348
- Ältestenrat 153f., 178, 190, 350
- Hauptausschuß 155f., 170, 178, 185, 188–190
- Verfassungsausschuß 21, 23, 145, 147, 154–159, 161, 163, 165, 167, 169–175, 177f., 182–184, 186, 191, 350, 352
- Siebener-Ausschuß 161, 164f., 167, 169f., 173, 351
- SPD-Fraktion 145, 151–157, 161f., 165, 170, 172, 174, 176, 179, 182f.,

189–191, 344, 348 (s.a. SPD und Verfassung)
- Wahlgesetz zur 106–108
Verfassungskompromiß 21f., 176, 186, 348–358
Verordnung über die Bildung und das Verfahren der Betreuungsstellen 267
Versailler Vertrag 367
Verwaltungsgericht 287
Verwaltungsreform 102, 104, 111, 114, 197, 218, 224f., 254, 257, 268, 271, 273, 282f., 293, 326
Viernheim 294
„Vier-Stöck" 269
Bad Vilbel 121, 143, 251
Volksabstimmung (1946) 20, 211, 348
Volkskongreß 301
Vorbereitender Verfassungsausschuß 21, 93f., 99–101, 106, 111, 117f., 123, 128, 131f., 134, 136, 138, 152, 350, 368

Währungsreform 10, 31, 276, 309, 311, 313–315, 321
Wahlgesetz/-recht/-system 45, 58, 83, 94, 101, 106, 108, 151, 204, 317, 352
Wahlen
- Gemeindewahlen (1946) 9, 56, 75, 77f., 80f., 102, 331
- Kommunalwahlen (1948) 299f., 306
- Kreistagswahlen (1946) 83, 121–123, 331
- Landtagswahlen (1946) 9, 20, 83, 151, 210f., 357
- Stadtkreiswahlen (1946) 134, 331
- zur Verfassungberatenden Landesversammlung 20, 78, 144, 151, 348
Washington 182, 295
Watzenborn 284
Weilbach 253
Weilburg 207, 237
Weimarer Republik 360, 365
Weimarer Verfassung 115, 350, 359, 363–365
Weinheim 196
Welfen-Bewegung 53
Westdeutsche Bibliothek 297
Westfalen 53, 162, 196
Wetzlar 65, 102, 143
Wieck 165
Wien 173
Wiesbaden 17, 37f., 40f., 43, 46f., 56f., 61f., 64, 66, 68f., 73, 75, 77, 79, 81, 87, 89, 91, 93, 99f., 102, 105–107, 111–119, 121, 123–125, 127, 130, 132, 134f., 137f., 145, 148, 152, 158f., 162f., 167, 169, 171, 173f., 183f., 186 bis 188, 190, 197, 205f., 210f., 215, 221, 226, 236, 241, 246, 259, 262, 265, 269, 271, 273, 275, 280f., 284, 287, 293f., 302, 306, 309, 313
- Landesregierung 43, 46, 56f., 63, 68, 71, 74, 78f., 87, 90, 95, 98, 120, 135, 142, 166, 207, 222, 225, 245, 250f., 257, 260, 277, 289, 298
- Militärregierung s. dort
- Staatsarchiv 100, 141, 326
- Staatstheater 96, 119f., 122, 255
Wiesbaden-Schierstein 184
„Wiesbadener Kurier" 101, 172
Wiesloch 263
Winterkasten 80
Wirtschaftsamt (Minden) 26, 216
Wirtschaftsrat 239, 251f., 272, 281, 296, 329
Wolfsgarten 61, 89, 299
Worms 83f.
Württemberg-Baden 99, 111, 155, 160, 170, 182, 196, 198, 349
Wuppertal 48

Zabern 164
Zentrum 12, 44, 162, 333
Zerbst 200
Ziegenhain 75, 321
Zoneneinteilung/-abkommen 17, 37, 335
Zürich 239, 241

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1949

Herausgegeben von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte

Das Werk liegt geschlossen vor:
5 Bände zusammen DM 1022,–

Band 1
September 1945 - Dezember 1946
Bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz
1976. 1197 Seiten, DM 230,–
ISBN 3-486-44321-6

Band 2
Januar - Juni 1947
Bearbeitet von Wolfram Werner
1979. 654 Seiten, DM 118,–
ISBN 3-486-44551-0

Band 3
Juni - Dezember 1947
Bearbeitet von Günter Plum
1982. 1068 Seiten, DM 218,–
ISBN 3-486-49141-5

Band 4
Januar - Dezember 1948
Bearbeitet von Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger
1983. 1076 Seiten, DM 226,–
ISBN 3-486-49151-2

Band 5
Januar - September 1949
Bearb. von Hans-Dieter Kreikamp
1981. 1160 Seiten, DM 230,–
ISBN 3-486-49161-X

Aus der Fachkritik:

Das Parlament:
„Das fünfbändige Werk hat nunmehr mit dem Band 4 seinen Abschluß gefunden und es läßt sich schon nach dem ersten Sichten mit Fug und Recht sagen, daß den zahlreichen Mitarbeitern hiermit etwas ganz Großes gelungen ist, auf das man immer wieder zurückgreifen wird, wenn man sich forschend, lehrend oder aus dem Interesse des Zeitzeugen oder Nachgeborenen heraus mit dieser Epoche deutscher Zeitgeschichte befassen will."
Bernd Rudolph

Historische Zeitschrift:
„Die vorbildliche Kommentierung setzt Maßstäbe."
Rudolf Morsey

Wehrwissenschaftliche Rundschau:
„Das Bestreben der Herausgeber ist es, die wichtigsten politischen Entscheidungen zu dokumentieren, die als Etappe zur Weststaatsgründung angesehen werden können. So werden deutliche Schwerpunkte gebildet. Außerdem führt ein umfangreicher Anmerkungsapparat den Benutzer zu weiterem ungedruckten Material. Nur so war es möglich, dem Aktenberg eine Gestalt zu geben, die eine Benutzung der Bände auch in Lehrveranstaltungen der Universitäten und anderen Bildungsstätten ermöglicht."
Andreas Hillgruber

Oldenbourg